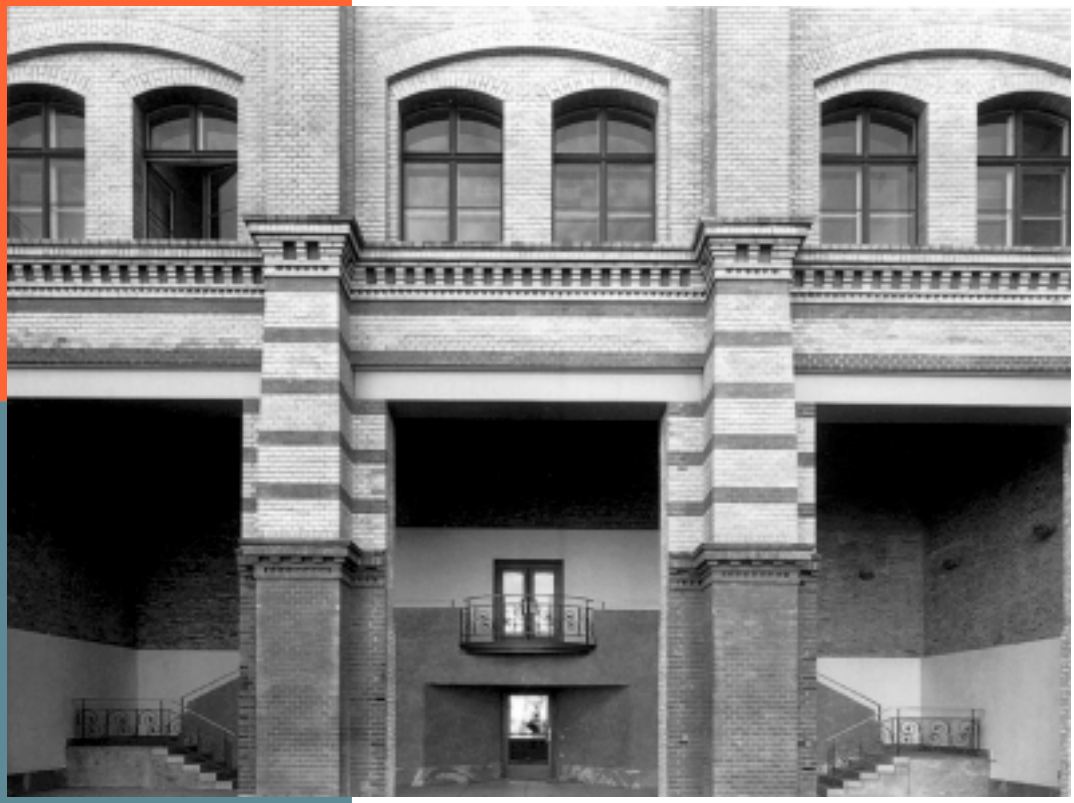
WZB

Bericht 1998–1999



Bericht 1998–1999
ISSN 0935-574 X

Herausgeber:
Der Präsident des Wissenschaftszentrums
Berlin für Sozialforschung
Professor Dr. Friedhelm Neidhardt

D-10785 Berlin, Reichpietschufer 50
Telefon: (0 30) 25 49 1-0
Telefax: (0 30) 25 49 16 84
Internet: http://www.wz-berlin.de
E-mail: presse@medea.wz-berlin.de

Redaktion:
Burckhard Wiebe (Geschäftsführender Redakteur), Christoph Albrecht (Arbeitsmarkt und Beschäftigung; AG Wissenschaftstransformation), Christian Rabe (Technik – Arbeit – Umwelt), Konstanza Prinzessin zu Löwenstein (Sozialer Wandel; AG Metropolenforschung), Manfred Fleischer (Marktprozeß und Unternehmensentwicklung; AG Public Health)

Graphische Gestaltung: kognito

Titelfoto: Reinhard Görner
Fotos: Süddeutscher Verlag Bilderdienst (S. 52, 66, 74, 84, 96, 109, 140, 175, 189, 204, 207, 213), Ullstein (S. 117, 131, 154, 221), Kundel-Saro (S. 81), Klaus Lehnartz (S. 15, 31), Burckhard Wiebe (S. 23, 29, 30), privat (S. 6)

Gesamtherstellung: Oskar Zach GmbH & Co. KG, 10715 Berlin

Gedruckt auf 100 Prozent-Recyclingpapier
WZB, 2000

Inhalt

5 Vorwort

7 Das Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung (WZB)

7 Sozialwissenschaftliche Forschung im WZB

13 Organe, Gremien, Kontrollen

15 Abteilungen, Forschungsgruppen, Forschungsprofessuren

18 Haushalt und Personal

21 Geschäftsführung

21 Forschungspolitik und Strukturentwicklung

24 Interne Zusammenarbeit und Koordination

26 Außenbeziehungen und internationale Kooperationen

32 Presse- und Öffentlichkeitsarbeit

34 Verwaltung

41 Forschungsschwerpunkt Arbeitsmarkt und Beschäftigung

44 Abteilung „Arbeitsmarktpolitik und Beschäftigung"

56 Abteilung „Organisation und Beschäftigung"

68 Abteilung „Wirtschaftswandel und Beschäftigung"

77 Forschungsschwerpunkt Technik – Arbeit – Umwelt

81 Abteilung „Organisation und Technikgenese"

91 Abteilung „Regulierung von Arbeit"

103 Abteilung „Normbildung und Umwelt"

112 Forschungsprofessur „Umweltpolitik, Technikentwicklung, Arbeitsformen"

114 Forschungsgruppe „Transformation und Globalisierung"

120 Forschungsschwerpunkt Sozialer Wandel, Institutionen und Vermittlungsprozesse

124 Abteilung „Öffentlichkeit und soziale Bewegungen"

136 Abteilung „Institutionen und sozialer Wandel"

150 Abteilung „Sozialstruktur und Sozialberichterstattung"

162 Forschungsprofessur „Vergleich demokratischer Systeme"

167 Forschungsschwerpunkt Marktprozeß und Unternehmensentwicklung

170 Abteilung „Market Dynamics"

182 Abteilung „Wettbewerbsfähigkeit und industrieller Wandel"

195 Forschungseinheiten beim Präsidenten

195 Querschnittsgruppen

199 Arbeitsgruppe „Public Health"

206 Arbeitsgruppe „Wissenschaftstransformation"

212 Arbeitsgruppe „Internationale Politik"

216 Arbeitsgruppe „Metropolenforschung"

Anhang

225 Mitglieder des Kuratoriums des WZB

226 Weitere WZB-Gremien

227 WZB-Organisationsschema

228 Verwaltung des WZB

229 WZB-Kolloquien 1998–1999

231 Publikationen

231 – Beim Präsidenten

231 – „Public Health"

236 – „Internationale Politik"

237 – „Wissenschaftstransformation"
238 – „Metropolenforschung"
239 – Arbeitsmarkt und Beschäftigung
239 – „Arbeitsmarktpolitik und Beschäftigung"
241 – „Organisation und Beschäftigung"
243 – „Wirtschaftswandel und Beschäftigung"
245 – Technik – Arbeit – Umwelt
245 – „Organisation und Technikgenese"
248 – „Regulierung von Arbeit"
251 – „Normbildung und Umwelt"
254 – Forschungsprofessur
258 – „Transformation und Globalisierung"
259 – Sozialer Wandel, Institutionen und Vermittlungsprozesse
259 – „Öffentlichkeit und soziale Bewegungen"
261 – „Institutionen und sozialer Wandel"
264 – „Sozialstruktur und Sozialberichterstattung"
268 – Forschungsprofessur
270 – Marktprozeß und Unternehmensentwicklung
275 Sachregister
277 Personenregister

Vorwort

Das WZB hat sich den eigenen Forschungsprogrammen nach den in den Vorjahren sehr erfolgreich bestandenen Evaluationen sowohl des eigenen Beirats als auch des Wissenschaftsrats im Berichtszeitraum konzentriert zuwenden können; davon wird in den folgenden Berichten der einzelnen Forschungseinheiten ausführlich die Rede sein. Im Bericht der Geschäftsführung ist aber auch darüber Auskunft zu geben, wie sich das WZB auf künftige Herausforderungen unter immer restriktiver gewordenen Haushaltsbedingungen einzustellen versucht.

Der Wandel der Herausforderungen, denen sich eine auf „problemorientierte Grundlagenforschung" verpflichtete Forschungseinrichtung zu stellen hat, ergibt sich nicht nur durch die Entwicklungen der Forschung selber, sondern vor allem auch durch den Wandel der Problemstellungen, auf die sich diese Forschung bezieht. Es ist eine dauerhaft zentrale Aufgabe auch des WZB, sich im Hinblick darauf beweglich zu halten – und das heißt nicht zuletzt: Bewährtes aufzugeben, bevor es zu reiner Routine erstarrt, um Neues aufnehmen und bearbeiten zu können. Außerordentliche Anlässe ergeben sich dafür vor allem dann, wenn Leitungspersonen, mit denen bestimmte Forschungsprogramme verbunden waren, aus dem Institut ausscheiden. Für das WZB hat mit dem Jahr 1999 eine Phase begonnen, in der innerhalb weniger Jahre viele Abteilungsdirektoren altersbedingt das Haus verlassen werden.

Daß für das WZB entscheidende Ereignisse mit Personen zusammenhängen, ist uns erst kürzlich wieder dadurch bewußt geworden, daß Professor Horst Albach, seit 1991 Leiter der Abteilung „Market Dynamics", am Ende des Sommersemesters 1999 emeritiert wurde. Mit ihm verläßt einer der jahrzehntelang führenden deutschen Betriebswirtschaftler unser Haus, der der industrieökonomischen Forschung des WZB internationale Anerkennung verschaffte. Dies geschah mit einer ungewöhnlichen Offenheit für sozialwissenschaftliche Perspektiven anderer Fächer, die im WZB vertreten sind, da Horst Albach wie nur wenige Ökonomen für interdisziplinäre Kooperation begabt und motiviert war. Es ist gut zu wissen, daß er mit dieser Orientierung eine große Zahl jüngerer Kollegen und Kolleginnen ausgebildet und geprägt hat, von denen einige auch im WZB-Kontext weiterhin eine Rolle spielen werden.

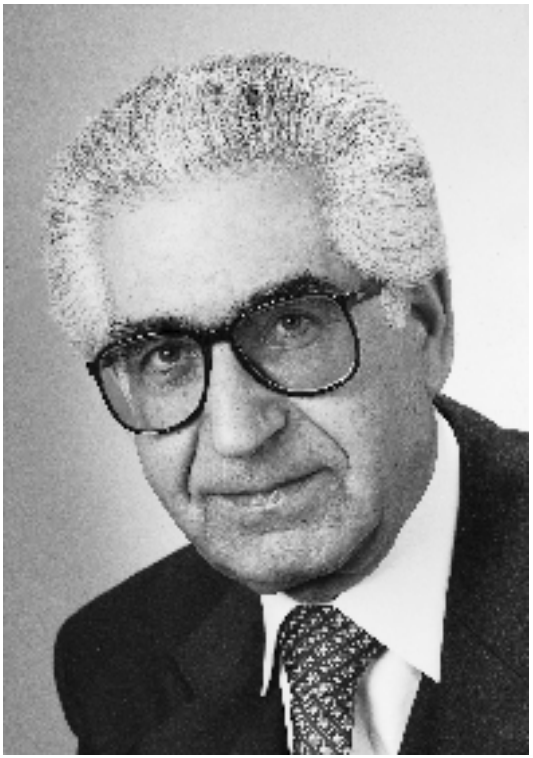
Immer noch erschreckt und benommen sind wir von dem völlig unerwarteten Tod unseres Kollegen Professor Frieder Naschold. Er starb auf einer Dienstreise in Wien am 30. November 1999. 23 Jahre hat er in leitenden Funktionen im WZB, zuletzt als Direktor der Abteilung „Regulierung von Arbeit", gewirkt, und er war einer unserer Besten. Keinem von uns ist es überzeugender als ihm gelungen, die eigene Forschung nicht nur akademisch gut, sondern auch praktisch nützlich zu machen. Ihn interessierte die „Mikropolitik" von Verbänden, Behörden und Unternehmungen, und wenn es darum ging, in diesen Praxisfeldern vor allem für die Organisation von Arbeit jene Herausforderungen zu bewältigen, die sich mit dem raschen Wandel und der zunehmenden Internationalisierung politischer und ökonomischer Bedingungen aufdrängten, dann war seine Expertise im In- und Ausland vielfältig gefragt und hoch geschätzt. Nun sind alle Planungen, die auch wir mit ihm verbanden, hinfällig geworden. Frieder Naschold hinterläßt eine hervorragend ausgewiesene Abteilung, die die von ihm angeregten und eingefädelten Projekte in seinem Sinne zu Ende führen kann. Ersetzbar ist Frieder Naschold nicht.

In anderer Weise, aber ähnlich betroffen waren wir vom Tod Gerhard Jahns, 1969 der wohl aktivste Mitbegründer und von Anfang an als einziger

ununterbrochen Kurator des Wissenschaftszentrums. Ohne ihn, da sind wir sicher, gäbe es das WZB gar nicht. Er hing an „seinem“ WZB, und wir konnten uns auf seine kritische Aufmerksamkeit und auf seine engagierte Sympathie verlassen. Er hat auf uns im doppelten Sinne aufgepaßt. Wenn es für die politischen Geschicke des WZB darauf ankam, haben wir seinen Rat und seine Hilfe gesucht, und wir können uns nicht erinnern, daß uns dieser auch in der großen Politik so vielbeschäftigte Mann jemals enttäuscht hätte. Am 20. Oktober 1998 ist er gestorben. Wir werden diesen noblen Menschen nicht vergessen.

Institutionen zehren von guten Programmen und profitieren von glücklichen Umständen. Aber sie verwirklichen sich nur mit Menschen und brauchen, um zu gedeihen, deren engagiertes Talent und ihren Unternehmungsgeist, auch ihre Integrität. Dies gehört zu den Lektionen, an die das Wissenschaftszentrum in den letzten beiden Jahren erinnert wurde.

Berlin, Februar 2000 Friedhelm Neidhardt
Christiane Neumann



Gerhard Jahn 1927–1998

Sozialwissenschaftliche Forschung im WZB

Das WZB ist laut Gesellschaftsvertrag „eine Trägerorganisation für problemorientierte Grundlagenforschung". Es besitzt die Rechtsform einer gemeinnützigen GmbH und wird als „Leibniz"-Institut der Wissenschaftsgemeinschaft Gottfried Wilhelm Leibniz (WGL) vom Bund (75 Prozent) und vom Land Berlin (25 Prozent) als den beiden Gesellschaftern gemeinsam finanziert. Der jährliche Zuwendungsbedarf betrug 1999 rund 23 Millionen Mark.

Das WZB gewinnt die Maßstäbe für seine Arbeit aus den Zielsetzungen seines Gesellschaftsvertrags sowie aus forschungspolitischen Grundsätzen, die seit seiner Gründung im Jahre 1969 zum Selbstverständnis der Einrichtung und ihrer Organe gehören.

Forschungsprogramm

Die WZB-Forschung ist auf problemorientierte Grundlagenforschung, also auf einen Forschungstyp auszurichten, der zwischen „reiner Grundlagenforschung" und „produktorientierter Anwendungsforschung" (Jürgen Mittelstraß) nach zwei Seiten hin offen sein soll. Durch Beiträge zur Grundlagenforschung soll das WZB die theoretischen und methodischen Zielsetzungen wissenschaftlicher Erkenntnisprogramme verfolgen, deren Maßstäben verpflichtet sein und zur Entwicklung der Sozialwissenschaften beitragen.

Die Problemorientierung dieser Grundlagenforschung bindet die Wahl von Forschungsthemen an gesellschaftliche Problemlagen und bezieht die Vermittlung von Forschungsergebnissen nicht nur auf die „scientific community", sondern auch auf die Handlungsfelder, in denen Probleme von Akteuren der Politik, der Wirtschaft und anderer Bereiche kollektiv definiert und praktisch bearbeitet werden. Das WZB muß sich nach beiden Seiten hin verpflichtet fühlen. Der dafür zentrale Gegenstandsbezug der WZB-Forschung ist durch das Leitthema „Entwicklungstendenzen, Anpassungsprobleme und Innovationschancen moderner demokratischer Gesellschaften" charakterisiert.

Betrachtet man die besondere Art der WZB-Forschung, so wird deutlich, daß relativ viele und zentrale Forschungsprojekte sich durch Merkmale problemorientierter Grundlagenforschung auszeichnen, denen zu entsprechen anders verfaßten Forschungseinrichtungen – zum Beispiel den Hochschulen – aufgrund ihrer spezifischen Funktionen und Strukturen normalerweise schwerer fällt. Dazu zählen in den Sozialwissenschaften größere Projekte mit längerer Laufzeit, mit interdisziplinärem Zuschnitt und mit stark internationaler Vernetzung.

Forschungsprofil

Die im WZB bearbeiteten Forschungsprojekte werden in den Berichten der einzelnen Abteilungen, Arbeitsgruppen und Forschungsprofessuren an späterer Stelle im einzelnen beschrieben. Aus der Sicht des Präsidenten sollen im folgenden einige übergreifende Fragestellungen und Forschungsschwerpunkte hervorgehoben und systematisiert werden, die sich mit der dem WZB zugerechneten Funktionsformel „problemorientierter Grundlagenforschung" aufeinander beziehen lassen.

Die Problemorientierung der WZB-Forschung bezieht sich auf Spannungen, Unzufriedenheiten und Konflikte von Gesellschaften, die sich als ökonomisch hochentwickelte Demokratien den Herausforderungen sich wandelnder und dabei differenzierender Ansprüche ihrer Bürger, den gegenwär-

tigen Schwierigkeiten von Transformationsprozessen, dem Druck eines zunehmend globalen Wettbewerbs und den Warnsignalen einer offensichtlich übermäßig beanspruchten Umwelt ausgesetzt sieht. Die dabei aufkommenden Probleme sind im Hinblick auf Zahl, Art und Gewicht nicht selbstevident, sie müssen in einer Gesellschaft, die sich als lernfähig erweisen will, wahrgenommen und verhandelt werden, bevor sie sich dann mehr oder weniger erfolgreich bearbeiten lassen. Dieser Prozeß ist auf mehreren Ebenen komplex und konfliktreich.

Auf einer „unteren" Ebene erscheinen Probleme als soziale Probleme und betreffen die individuellen Lebenslagen und deren Bewertung durch die Bürger. Die Leistungen der gesellschaftlichen Institutionen und das Funktionieren ihres Zusammenspiels müssen sich in Demokratien an den Maßstäben beweisen, mit denen die Bürger ihre Vorstellung von Wohlfahrt bestimmen. Das WZB ist mit seiner Forschung auf Gruppen mit besonderen Problemlagen, die auf dieser Ebene entstehen, nicht unmittelbar in dem Sinne konzentriert, daß in größerer Zahl Studien über die Lebenslage und die Befindlichkeit solcher Gruppen stattfänden. Gleichwohl werden ständig Daten im Rahmen einer systematisch angelegten Dauerbeobachtung zentraler Dimensionen der Wohlfahrtsentwicklung (u. a. im Hinblick auf Einkommen und Lebensstandard, Erwerbsverhältnisse, Bildung, Wohnungsverhältnisse und Freizeitmuster) erhoben, die prinzipiell allen Forschungseinheiten zur Verfügung stehen.

Spezielle Aufmerksamkeit finden darüber hinaus Gesundheitsfragen, Aspekte der Frauengleichstellung und Probleme, die Migranten und Ausländer betreffen, vor allem aber Fragen, die durch sich wandelnde Arbeitsplatzstrukturen und das zentrale Problem der Arbeitslosigkeit für beachtliche Teile der Bevölkerung entstehen. Festzuhalten ist gleichwohl, daß sich das Hauptaugenmerk des WZB weniger auf die Beschreibung von Problemgruppensituationen und deren individuelle Auswirkungen, sondern auf die Bestimmung gesellschaftlicher Problemdefinitionen und institutioneller Problembearbeitung bezieht.

Ob und in welcher Weise soziale Probleme einzelner Gruppen von verantwortlichen Akteuren und Instanzen aufgenommen und bearbeitet werden, hängt vor allem von kollektiven Definitionsprozessen ab, in denen Zustände bewertet, Ursachen und Verantwortlichkeiten festgeschrieben und Ansprüche anerkannt oder aber verworfen und je nachdem weitervermittelt oder blockiert werden. Probleme erfahren in dieser Hinsicht ungleiche „Problemkarrieren". Dies trifft sowohl auf den Steuerungsbereich einzelner Organisationen zu, der im WZB vor allem im Hinblick auf Wirtschaftsunternehmen und Verwaltungen bearbeitet wird, als auch im Hinblick auf Gesellschaften insgesamt.

Auf nationaler Ebene spielen in Demokratien einerseits Massenmedien und Öffentlichkeit, andererseits bestimmte „intermediäre Strukturen" eine zentrale Rolle, nämlich Parteien, Verbände und soziale Bewegungen. Eine größere Zahl von WZB-Projekten behandelt diese Einrichtungen und fragt nach ihrer Leistungsfähigkeit: Sind sie offen genug für die Wahrnehmung von Spannungen, Problemlagen und darauf bezogene Ansprüche? Entsprechen ihre Selektionen den Aufgaben und Programmen, für die sie unterstützt werden und mit denen sie sich selber rechtfertigen? Arbeiten sie effektiv im Hinblick auf die Vorbereitung problemlösender Entscheidungen?

Entscheidungsprobleme entstehen vor allem daraus, daß in einem pluralistischen System der Interessenvermittlung konkurrierende Interessen aufeinandertreffen und die Tendenz haben, sich gegenseitig zu blockieren. Das trifft zum Beispiel für Umweltkonflikte zu, die in mehreren Bereichen der WZB-Forschung behandelt werden. Zwei große Projekte widmen sich – auch im internationalen Vergleich – speziellen Verfahren partizipativer Konfliktregelung und versuchen, Bedingungen und Muster erfolgreicher oder aber auch scheiternder Kompromißbildung zu bestimmen.

Strategien und Praktiken institutioneller Problembearbeitung werden im WZB einerseits im Bereich der Politik – insbesondere der Arbeitsmarkt- und Gesundheitspolitik – untersucht. Andererseits sind vor allem im Bereich der Wirtschaft entscheidungs-

theoretisch orientierte Projekte im WZB mehrfach vertreten. Als Akteure bzw. Akteursfelder stehen dabei Unternehmen, Branchen und Sektoren sowie die Märkte, in denen diese operieren, im Mittelpunkt.

Gefragt wird, wie unter Bedingungen der Globalisierung ökonomischer Prozesse und grassierender Technikentwicklungen erfolgreiche Prozeß- und Produktinnovationen gelingen und welche Konsequenzen daraus nicht nur für die Marktstellung der Unternehmen und den Reichtum von Gesellschaften, sondern auch für Arbeitsorganisation und Beschäftigung resultieren. Dabei finden besondere Aufmerksamkeit jene Netzwerke, über die Unternehmen mit anderen Unternehmen sowie mit Banken, Ausbildungsinstitutionen, wissenschaftlichen Einrichtungen und staatlichen Behörden verknüpft sind – all dies in Abhängigkeit von national ungleichen Rahmenbedingungen ihrer Koordination.

Deutet man jenseits der Vielzahl der Einzelthemen, die in WZB-Projekten bearbeitet werden, deren Beitrag zu problemorientierter „Grundlagenforschung", so lassen sich viele Studien als Beiträge zu einer Theorie institutionalisierter Lernfähigkeit moderner Gesellschaften und ihrer Organisationen verstehen. Zu vielen Aspekten einer solchen Theorie liegen Befunde vor: zu den Bedingungen der Wahrnehmung und Vermittlung handlungsfordernder Probleme, der darauf bezogenen Wirksamkeit intermediärer Strukturen und Prozesse, den institutionellen Voraussetzungen für Kompromiß- und Synergiebildungen im Rahmen konkurrenzbestimmter und konflikthaltiger Konstellationen und den Formen des Verhältnisses von Koordination und Innovation.

Forschungsprojekte

Die Forschungsarbeit des WZB vollzieht sich im Rahmen der Forschungsprogramme in Form von Projekten. Insgesamt wird eine große Zahl von Projekten durchgeführt (1999: 118)*. Die Zahl entspricht ungefähr der Kopfzahl des gesamten wissenschaftlichen Personals. Bei dieser Größenordnung ist zu berücksichtigen, daß etwa vier Fünftel dieser Projekte mit dem Erhebungsaufwand empirischer Recherchen (andere überwiegend mit Sekundäranalysen) betrieben werden (Abbildung 1).

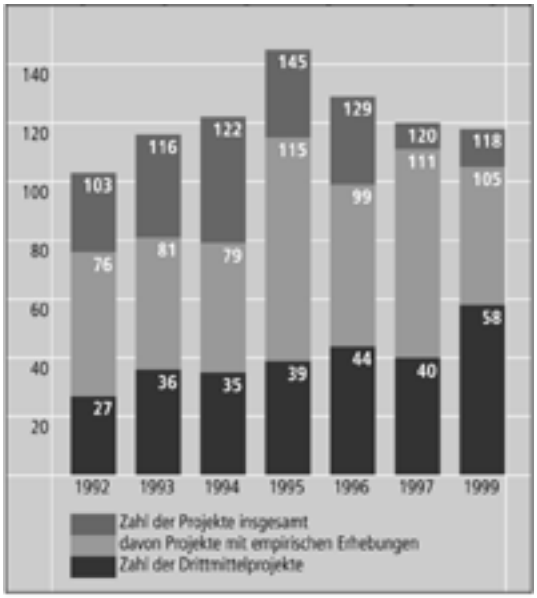


Abbildung 1
Zahl und Art der WZB-Projekte 1992–1999

Das WZB besitzt die institutionellen Voraussetzungen, um die Art von Projekten durchzuführen, die an anderer Stelle schwer zu verwirklichen sind, nämlich größere Projekte mit längerer Laufzeit, international vergleichender Anlage und multidisziplinärem Ansatz. Solche Projekte setzen relativ häufig den Rahmen wissenschaftlicher Netzwerke im In- und Ausland voraus, die besonderer Pflege bedürfen.

Definiert man die Größe eines Projekts als Funktion von Personaleinsatz (Zahl der mitwirkenden Wissenschaftler und Wissenschaftlerinnen) und Projektlaufzeit, so läßt sich feststellen, daß im WZB in allen Forschungseinheiten große Projekte im Mittelpunkt der Forschungsarbeit stehen und deutlich mehr als die Hälfte der jeweiligen For-

* Die Zahlenangaben beziehen sich auf die Ergebnisse der WZB-Erhebung, die für den Zeitraum von 1992 bis 1994 retrospektiv und ab 1995 kontinuierlich durchgeführt wird.

schungskapazität in Anspruch nehmen. Betrachtet man die Projektzusammenhänge, so dienen kleinere Projekte zur Abrundung und Ergänzung, im übrigen auch zur Vorbereitung neuer Großprojekte. Diese Forschungsprojekte werden zum großen Teil von multidisziplinär zusammengesetzten Forschungsteams durchgeführt; ihre Themen und Analysen überschreiten traditionelle Disziplinengrenzen.

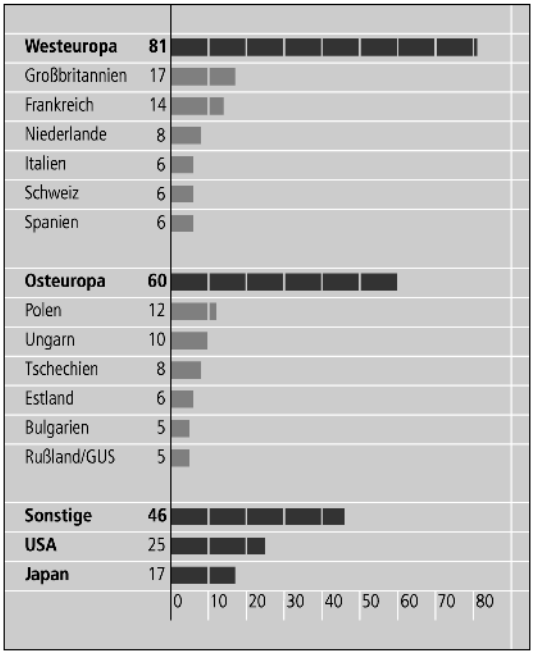


Abbildung 2
Auslandsforschung des WZB nach Ländern 1999 (Auswahl)

Das WZB hat seine Besonderheiten von Anfang an nicht nur im Vorherrschen komplexer Projekttypen gesehen, sondern auch in der dezidiert internationalen Ausrichtung seiner Projekte. Genauere Erhebungen zeigen, daß zwar eine speziell auf Berlin bezogene Regionalforschung im WZB keineswegs fehlt (1999: 5 Projekte), daß aber in der Tat die Internationalität der WZB-Forschung stark ausgeprägt ist. Im Berichtszeitraum bezogen sich über zwei Drittel aller Projekte (und darunter alle zentralen Großprojekte) vergleichend auf mehrere Länder und entsprachen auch insoweit dem Projekttypus, den das WZB ausdrücklich fördert. Darin drückt sich sicher eine der auffälligen Stärken des WZB aus. Besonders ausgeprägt ist der vergleichende Bezug auf die U.S.A. und die Länder der Europäischen Union, aber auch auf Japan und mit beachtlichem Anteil auf osteuropäische Länder (Abbildung 2).

Kooperationen

Es entspricht der Internationalität der Forschungsbezüge, daß auch die Kooperationsnetzwerke des WZB entsprechend angelegt sind. Neben institutionellen Kooperationen drückt sich diese Zusammenarbeit am verbindlichsten in gemeinsamer Projektarbeit aus.

Solche Arbeitskontakte werden in beträchtlichem Maße über Hospitationen angebahnt bzw. gepflegt. Ergeben sich mit deutschen Kollegen und Kolleginnen auf verschiedenen Wegen schnelle und unaufwendige Kommunikationen, so bemüht sich das WZB vor allem bei ausländischen Wissenschaftlern um eine Sicherung und Intensivierung von Arbeitsbeziehungen durch Gastgeberschaft. Eine C4-Stelle und flexible Personalmittel werden im WZB genutzt, um hochrangige ausländische Gastwissenschaftler (u. a. für die jährlich international ausgeschriebene „Karl W. Deutsch-Gastprofessur“) zu gewinnen.

Daraus ergibt sich, daß ständig eine große, sich angesichts reduzierter Haushaltsmittel allerdings verringernde Zahl ausländischer Kollegen und Kolleginnen zu mehr als kurzfristigen (= mehr als zweiwöchigen) Gastaufenthalten im WZB präsent ist (1999: 40), weit überdurchschnittlich häufig Gäste aus den U.S.A. Deutlich geringer ist dagegen die Zahl von WZBlern, die an ausländischen Forschungseinrichtungen mehr als kurzfristig hospitieren (1999: 12).

Wissenschaftliche Konferenzen stellen Foren dar, in denen Kollegialbeziehungen organisiert, eigene Forschungen vorgestellt, Forschungen anderer wahrgenommen werden. Das WZB beteiligt sich daran einerseits mit einer großen Zahl von individuellen Konferenzteilnahmen und führt andererseits zu den eigenen Forschungsschwerpunkten in beträchtlichem Ausmaß selber Konferenzen durch

(1999: 33), dies überwiegend mit internationaler Beteiligung.

Das Ausmaß kollegialer Vernetzung drückt sich im übrigen auch in der hohen Anzahl von Ämtern aus, die WZB-Wissenschaftler und -Wissenschaftlerinnen vor allem in der Selbstverwaltung der „scientific community", aber auch in Praxisbereichen national und international wahrnehmen. Die Konzentration von Funktionen, die vom WZB aus in Vorständen wissenschaftlicher Fachgesellschaften, in Herausgebergremien wissenschaftlicher Zeitschriften, in Forschungsnetzwerken, in Kuratorien und Beiräten anderer Forschungseinrichtungen, in Gutachtergremien drittmittelverteilender Fördereinrichtungen, in Akademien, Hochschulen und auch in außerwissenschaftlichen Organisationen und politikberatenden Gremien wahrgenommen werden, weist auf Leistungen hin, die den besonderen wissenschaftsorganisatorischen Funktionen des WZB zuzurechnen sind (Abbildung 3).

In einem hochdezentralisierten und disziplinär relativ fragmentierten Wissenschaftsbereich wie dem der Sozialwissenschaften bedarf es bestimmter Einrichtungen der Wissenschaft, die für nationale und internationale Koordinationen und Repräsentationen geeignet sind. Das WZB hat in den Forschungsfeldern der Politikwissenschaft, Soziologie und Wirtschaftswissenschaften, auf die es seine eigene Arbeit konzentriert, eine hohe Sichtbarkeit und Reputation erworben. Dies zeigt sich nicht nur in Ausmaß und Reichweite seiner Netzwerke und Kooperationen, sondern auch in der Nachfrage nach Übernahme von Projekten, Konferenzen, Gastgeberschaften, Beratungsleistungen etc.

Hochschulen

Vermittlungsfunktionen werden auch durch eine erhebliche Beteiligung von WZB-Wissenschaftlern und -Wissenschaftlerinnen an den Lehr-, Ausbildungs- und Prüfungsaufgaben der Hochschulen wahrgenommen. Das WZB ist sich bewußt, daß sein Status als außeruniversitär plaziertes „Leibniz"-Institut zu dauerhaften Arbeitsbeziehungen auch mit den Universitäten verpflichtet. Diese Beziehungen sind auf mehreren Ebenen ausgeprägt und werden im übrigen dadurch gestützt, daß die Präsidenten der Berliner Universitäten qua Amt Mitglieder des WZB-Kuratoriums sind und zusätzlich eine größere Zahl von Universitätsprofessoren entweder dem Kuratorium oder dem Beirat angehört.

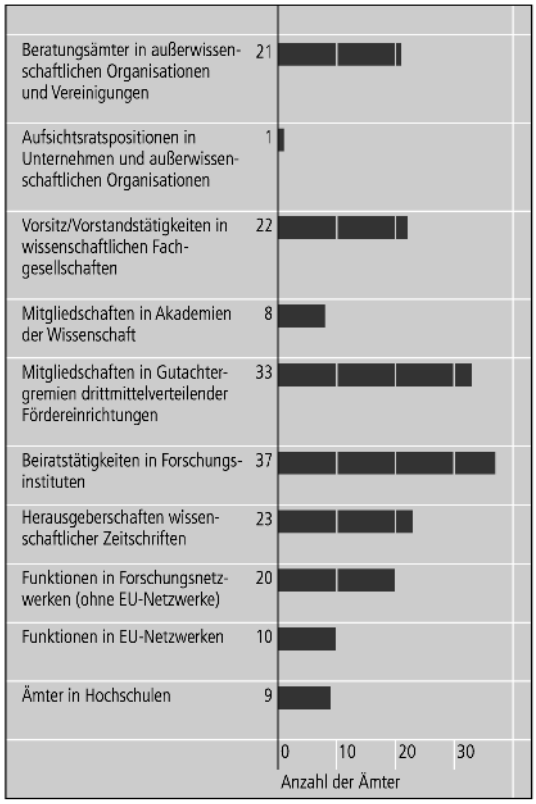


Abbildung 3
Ämter von WZB-Wissenschaftlern und -Wissenschaftlerinnen in Institutionen der „scientific community" sowie in wissenschaftlichen Beratungsgremien der Praxis (1999), national und international

Die dauerhaft intensive Hochschulverflechtung erscheint am wirksamsten durch die bestehenden Kooperationsverträge gesichert, die mit der Freien Universität Berlin (FU) und der Technischen Universität Berlin (TU) bereits im Oktober 1976, mit der Humboldt-Universität zu Berlin (HU) im Januar 1994 abgeschlossen wurden. Im Rahmen dieser Verträge sind aufgrund gemeinsamer Berufungen gegenwärtig acht der neun Abteilungsdirektoren ordentliche Professoren der FU (5), der TU (2)

oder – seit 1995 – auch der HU (1).* Sie nehmen als solche zwar reduzierte, aber dennoch nicht geringe Verpflichtungen eines Hochschullehrers wahr. Dies trifft auch für die WZB-Mitarbeiter zu, die als Privatdozenten und außerplanmäßige Professoren überwiegend an die Berliner, aber zunehmend auch an die Brandenburger Universitäten angebunden sind bzw. dort Vertretungsprofessuren wahrnehmen.

Die formellen WZB-Verbindungen drücken sich unter anderem in der Lehre in einer beträchtlichen Zahl von Veranstaltungen aus, die an den Universitäten erbracht werden (1999: 52). Daß daran in den vergangenen Jahren ca. 37 Wissenschaftler und Wissenschaftlerinnen beteiligt waren, verweist über die Professoren und Privatdozenten hinaus darauf, daß mit Blick auf akademische Nachwuchsförderung die Vermittlung von Lehraufträgen betrieben wurde, die nichthabilitierte Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen wahrnahmen. Den Lehreinsätzen entspricht, daß sich WZBler auch in erheblichem Umfang an Prüfungsverpflichtungen beteiligten und eine große Zahl von Studienabschlußarbeiten, Dissertationen und Habilitationen betreuten (1999: 170).

Darüber hinaus räumt das WZB Diplomanden und Doktoranden der Berliner Universitäten im Rahmen seiner Forschungsprojekte Arbeitsmöglichkeiten ein. Die Erfahrungen einer betriebsförmigen Forschung und insbesondere einer in internationale Netzwerke eingebundenen Forschung kommt Nachwuchswissenschaftlern zugute.

Publikationen

Das WZB muß sich jenseits der Leistungen, die im Lehr- und Prüfungsbetrieb der Universitäten erbracht werden, vor allem durch die spezifische Qualität seiner problemorientierten Grundlagenforschung bewähren. Über die Anerkennung und soziale Geltung dieser Qualität entscheiden die „Märkte“, in denen die für das WZB relevanten Bezugsgruppen den „Output“ der Projekte wahrnehmen, beurteilen und nutzen: einerseits „scientific communities“ und deren Vereinigungen, Fakultäten, Zeitschriftenherausgeber, Gutachter und „peers“, andererseits jene politischen Instanzen, Verbände, Organisationen und Öffentlichkeiten, in denen Probleme aus der Sicht der Praxis definiert und bearbeitet werden. Die besondere Aufgabe des WZB besteht darin, die Verbreitung sozialwissenschaftlicher Erkenntnisse in Wissenschaft und Praxis zu fördern und dementsprechend hohe Geltung nach beiden Seiten hin zu erwerben und aufrechtzuerhalten. Das WZB stellt sich den diversen Bezugsgruppen mit einer Fülle von Publikationen, Veranstaltungen und Beratungen. Analysiert man im Hinblick darauf die Publikationsstatistik des WZB für den Berichtszeitraum, so ergibt sich, daß 1999 insgesamt 53 Bücher und 339 Aufsätze von WZB-Wissenschaftlern und -Wissenschaftlerinnen publiziert wurden. Bei den Büchern fallen die relativ starken Herausgeberaktivitäten, bei den Aufsätzen der hohe Anteil von Beiträgen zu Sammelbänden auf; beides ist sicher im Zusammenhang mit der relativ großen Zahl themenzentrierter WZB-Konferenzen zu sehen. Ein Fünftel bis ein Viertel der Veröffentlichungen erscheint in englischer Sprache.

Ein wesentliches Mittel zur schnellen Verbreitung von Ergebnissen der WZB-Forschungen sind die Discussion papers, die – fast zur Hälfte in englischer Sprache – in verschiedenen Serien von den jeweiligen Forschungseinheiten des WZB publiziert werden. Jährlich erscheinen etwa 120 neue Titel. Von diesem Angebot wird in erheblichem Maße Gebrauch gemacht. Im Jahr 1999 gab es von außen Bestellungen über 35.976 papers.

Dreimal im Jahr (Januar, Mai, September) erscheint die „WZB-Forschung – Hinweise auf neue Arbeiten“ in einer Auflage von jeweils 5.100 Exemplaren. Dort finden sich Kurzbeschreibungen der Discussion papers sowie Hinweise auf neue Aufsätze in Fachzeitschriften und auf Buchveröffentlichungen aus der Arbeit des WZB.

Mit der viermal jährlich erfolgenden Herausgabe der „WZB-Mitteilungen“, die in einer Auflage von rund 11.000 Exemplaren erscheint, sorgt das WZB für eine breitere Diffusion der eigenen Forschungsergebnisse. Seit April 1996 wird einmal jährlich

* Eine Direktorenstelle ist zur Zeit kommissarisch besetzt; eine weitere vakant.

der Informationsdienst „WZB abstracts“ in englischer Sprache veröffentlicht. Er stellt alle in Englisch erschienenen Discussion papers sowie ausgewählte englischsprachige Bücher und Zeitschriftenartikel vor. Regelmäßig veranstaltet das WZB für Journalisten Pressekonferenzen und gibt Pressemitteilungen zu Ergebnissen der WZB-Forschung heraus. Angesichts der Entwicklung des Internets zu einem wichtigen Medium der wissenschaftlichen Kommunikation wurde eine Konzeption für die Präsentation des WZB im Internet entwickelt, die im Berichtszeitraum umgesetzt worden ist und ständig weiterentwickelt wird.

Organe, Gremien, Kontrollen

Zur Durchsetzung und Kontrolle seiner Funktionen besitzt das WZB eine Reihe von Instanzen, deren Rolle der Gesellschaftsvertrag im einzelnen festgelegt hat. Die Gesellschafterversammlung, der die beiden Zuwendungsgeber des Bundes und des Landes Berlin angehören, befindet über den Gesellschaftsvertrag und regelt u. a. die Bestellung und Abberufung der Geschäftsführer und der Mitglieder des Kuratoriums.

Kuratorium

Das Kuratorium beschließt die Grundzüge der Forschungspolitik der Gesellschaft und wirkt in allen wesentlichen forschungspolitischen und finanziellen Angelegenheiten der Gesellschaft mit. Zu seinen zwölf stimmberechtigten Mitgliedern gehören zum Berichtszeitpunkt die Vertreter der beiden Zuwendungsgeber als Vorsitzende (Parlamentarischer Staatssekretär Wolf-Michael Catenhusen, Stellvertreterin: Senatorin Christa Thoben), zwei vom Bundestag benannte Vertreter (Werner Lensing MdB, Professor Richard Schröder), die Präsidenten der drei Berliner Universitäten, mit denen das WZB Kooperationsverträge unterhält (Professor Hans Meyer, Professor Peter Gaethgens, Professor Hans-Jürgen Ewers), sowie die Professoren Wolfgang Schluchter (Erfurt), Klaus Zimmermann (Berlin), Dieter Simon (Berlin) und Professorin Helga Nowotny (Zürich). Die Amtszeit von Professor Jürgen Kocka endete am 30. September 1999; eine Neuberufung steht im Frühjahr 2000 an. Als beratende Mitglieder nehmen an den Sitzungen des Kuratoriums der Vorsitzende des Beirats, Professor Hans-Hermann Hartwich (Hamburg), sowie Dr. Gerd Paul und Dr. Maria Oppen als gewählte wissenschaftliche Mitarbeiter bzw. Mitarbeiterin teil.

Beirat

Das Kuratorium läßt sich in fachlichen Angelegenheiten von einem Beirat beraten. Neben dem Vorsitzenden, Professor Hans-Hermann Hartwich, gehören dem Beirat an: Professorinnen Eileen Appelbaum Ph.D. (Washington D.C.) und Marlis Buchmann (Zürich), die Professoren Wolfgang Franz (Konstanz), Ronald F. Inglehart Ph.D. (Ann Arbor, Michigan), Hanspeter Kriesi (Genf), Herbert Kubicek (Bremen), Meinhard Miegel (Bonn), Louis Phlips (San Domenico di Fiesole), Arnold Picot (München), Manfred G. Schmidt (Bremen) sowie Dr. Bogdan W. Mach (Warschau). Als Vertreter der drei Berliner Universitäten wurden berufen: Professor Ulrich K. Preuß (Freie Universität Berlin), Professor Gunnar F. Schuppert (Humboldt-Universität zu Berlin) und Professorin Karin Hausen (Technische Universität Berlin).

Der Beirat kommt in der Regel zweimal im Jahr zu Sitzungen zusammen, zu denen mindestens eine Forschungseinheit des WZB zur Präsentation gebeten wird, deren Ergebnisse anschließend diskutiert und bewertet werden. In den Jahren 1998 und 1999 befaßte sich der Beirat vor allem mit den Forschungsarbeiten der Abteilungen des Forschungsschwerpunkts Sozialer Wandel, Institutionen und Vermittlungsprozesse und ihrer Weiterführung bzw. Neuorientierung, dies auch mit Blick darauf, daß die Direktoren dieser Abteilungen in den Jahren 2000 bis 2002 aus dem WZB ausscheiden werden.

Interne Ämter/ Gremien

Der Gesellschaftsvertrag des WZB bestimmt neben Gesellschafterversammlung, Kuratorium und Beirat Ämter und Gremien, die zur Steuerung der WZB-Arbeit beitragen. Entsprechende Festlegungen betreffen vor allem die Funktionen der Geschäftsführung, für die ein wissenschaftlicher Geschäftsführer, der die Amtsbezeichnung Präsident

führt, und eine administrative Geschäftsführerin verantwortlich sind. Über deren Aufgaben und Tätigkeiten wird im nachfolgenden Berichtsteil (vgl. S. 21 ff.) ausführlicher berichtet.

Daneben wird im Gesellschaftsvertrag die Rolle des Wissenschaftlichen Rats definiert, dem neben der Geschäftsführung die Abteilungsdirektoren, die Forschungsprofessoren und Leiter der Forschungsgruppen sowie gewählte Vertreter der wissenschaftlichen Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen angehören. Der Wissenschaftliche Rat „berät die Gesellschaft in wissenschaftlichen Angelegenheiten und spricht Empfehlungen aus".

WZB-intern finden ständig und auf mehreren Ebenen Diskussionen über den Stand und die Entwicklungsaufgaben sowohl des WZB allgemein als auch ihrer einzelnen Forschungseinheiten statt. Dies geschieht nicht nur im Wissenschaftlichen Rat, sondern auch einerseits in regelmäßigen Beratungen der Geschäftsführung mit den Abteilungsdirektoren auf Leitungsebene und andererseits in Plenarveranstaltungen, in denen sich reihum (in etwa dreijährigen Abständen) Abteilungen, Forschungsprofessoren und Forschungsgruppen mit Berichten über ihre Programme und Ergebnisse präsentieren.

Erhebung

Um den Informationsstand des WZB in eigener Sache zu erhöhen und die laufenden Selbstreflexionen verbindlicher zu machen, hat der Präsident ab 1995 eine WZB-Erhebung veranlaßt, deren Befunde in diesen Bericht eingegangen sind. Sie werden nicht nur dem Kuratorium und dem Beirat vorgelegt, sondern auch in die laufenden Diskussionsprozesse des WZB zurückgegeben. Die WZB-Erhebung wurde bis 1997 jährlich und ab 1999 zweijährlich durchgeführt, so daß für einen konzentrierten Deskriptorensatz Zeitreihen entstehen, mit denen relevante Entwicklungen des WZB erfaßt und beurteilt werden können.

Kontrollen

Besondere Aufmerksamkeit richtet sich im WZB auf die ständige Kontrolle der diversen WZB-Veröffentlichungen. Die jährlich etwa 120 Titel der „Discussion papers" werden in der Verantwortung der jeweiligen Leiter durch kollegiale Kritik in den Abteilungen und Forschungsgruppen, in einem Fall auch durch einen Forschungsrat auf Schwerpunktebene begutachtet. Die pro Jahr ca. 50 Forschungsbeiträge in den „WZB-Mitteilungen" werden unter der Herausgeberverantwortung des Präsidenten von einem Redaktionskollegium aus einem größeren Angebot von Texten ausgewählt und zum Teil nach Überarbeitung veröffentlicht. Eine Lektorin überprüft die Publizierbarkeit von Buchmanuskripten, die als „WZB-Bücher" in externen Verlagen veröffentlicht werden sollen. Sie bereitet unter Berücksichtigung eigens erstellter Gutachten eine Entscheidung des Herausgebergremiums unter dem Vorsitz des WZB-Präsidenten vor, dessen Mitglieder vom Wissenschaftlichen Rat gewählt wurden. Die Ablehnungsraten schwanken in den beiden zuletzt genannten Fällen zwischen zehn und 20 Prozent; der Prozentsatz der Überarbeitungsauflagen dürfte im Durchschnitt etwa ein Drittel der von den Forschungsschwerpunkten eingereichten Manuskripte erfassen.

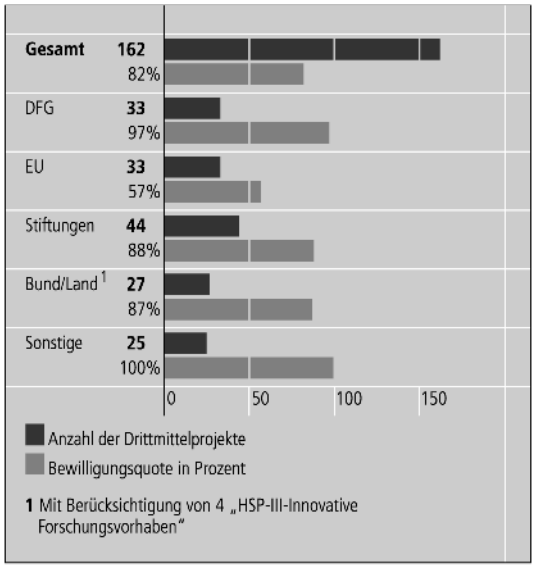


Abbildung 4
Bewilligungsquote der Drittmittelprojekte 1993–1999

Auch die Drittmittelanträge des WZB unterliegen einem Beratungs- und Kontrollverfahren, in dem insbesondere der Zusammenhang geplanter Projekte mit den selbstgesetzten Forschungsprogram-

men geprüft wird. Kontrollen der WZB-Forschung werden darüber hinaus auch von außen geübt, und zwar nicht nur durch externe Gremien, sondern auch über die Märkte, auf denen sich das WZB mit seinem „Output“ in Qualitätskonkurrenzen bewähren muß. Dies betrifft zum einen den Publikationsmarkt und die in ihm wirksamen Selektionsentscheidungen von Zeitschriftenherausgebern, Lektoren und Verlagen. Es gilt zum andern auch für den Drittmittelmarkt dann, wenn gesichert ist, daß die Zuweisung von Drittmitteln in fachlich kontrollierten Konkurrenzen entschieden wird (Abbildung 4).

Abteilungen, Forschungsgruppen, Forschungsprofessuren

Die Forschungsarbeit des WZB vollzieht sich vor allem in elf längerfristig angelegten Abteilungen, in gegenwärtig vier befristet eingerichteten Arbeitsgruppen und durch zwei Forschungsprofessuren. Diese Forschungseinheiten arbeiten im Rahmen der allgemeinen WZB-Bedingungen und in den Grenzen der Programmbereiche, denen sie nach Empfehlungen einer von externen Experten besetzten Themenfindungskommission und auf Vorschlag des Präsidenten durch Entscheidungen des Kuratoriums gewidmet sind, selbständig. Sie definieren in diesem Rahmen die inhaltliche Ausgestaltung ihres Forschungsprogramms und bestimmen die Projekte, mit denen Programmschwerpunkte bearbeitet werden, bleiben allerdings vor dem WZB und seinen Gremien und Instanzen begründungs- und rechenschaftspflichtig. Die Direktoren der Abteilungen und die Leiter der Arbeitsgruppen tragen die unmittelbare Verantwortung für ihre Arbeit und deren Ergebnisse.

Organisationsstruktur

Abteilungen sind die zentralen Elemente der Infrastruktur der WZB-Forschung, fallweise ergänzt durch

Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des WZB (7. Juli 1998) Foto: Klaus Lehnartz

Die Forschungseinheiten

Stand: Juni 2000

Präsident:
Prof. Dr. Friedhelm Neidhardt
Administrative Geschäftsführerin:
Christiane Neumann

Schwerpunkt I
Arbeitsmarkt und Beschäftigung

Abteilung Arbeitsmarktpolitik und Beschäftigung
Direktor: Prof. Dr. Günter Schmid

Abteilung Organisation und Beschäftigung
Direktorin: Prof. Dr. Hedwig Rudolph

Abteilung Wirtschaftswandel und Beschäftigung
Direktor: David Soskice

Schwerpunkt II
Technik – Arbeit – Umwelt

Abteilung Organisation und Technikgenese
Direktor: Prof. Dr. Meinolf Dierkes

Abteilung Regulierung von Arbeit
Kommissarischer Direktor: Prof. Dr. Ulrich Jürgens

Abteilung Normbildung und Umwelt
Direktor: Prof. Dr. Wolfgang van den Daele

Forschungsprofessur
Umweltpolitik, Technikentwicklung, Arbeitsformen
Prof. Dr. Udo Ernst Simonis

Schwerpunkt III
Sozialer Wandel, Institutionen und Vermittlungsprozesse

Abteilung Öffentlichkeit und soziale Bewegungen
Direktor: Prof. Dr. Friedhelm Neidhardt

Abteilung Institutionen und sozialer Wandel
Direktor: Prof. Dr. Hans-Dieter Klingemann

Abteilung Sozialstruktur und Sozialberichterstattung
Direktor: Prof. Dr. Wolfgang Zapf

Forschungsprofessur Vergleich demokratischer Systeme
Prof. Dr. Max Kaase

Schwerpunkt IV
Marktprozeß und Unternehmensentwicklung

Abteilung Market Dynamics
Direktor: N. N.

Abteilung Wettbewerbsfähigkeit und industrieller Wandel
Direktor: Prof. Lars-Hendrik Röller Ph.D.

Beim Präsidenten

Arbeitsgruppe Public Health
Kommissarischer Leiter: Privatdozent Dr. Hagen Kühn

Arbeitsgruppe Wissenschaftstransformation
Leiter: Prof. Dr. Werner Meske

Arbeitsgruppe Internationale Politik
Leiter: Prof. Dr. Wolf-Dieter Eberwein

Arbeitsgruppe Metropolenforschung
Leiter: Prof. Dr. Bernward Joerges

Forschungsgruppen und Forschungsprofessuren. Sie sind in vier Forschungsschwerpunkten zusammengefaßt. Den Forschungsprofessuren obliegt die Aufgabe, die Programme der Forschungsschwerpunkte des WZB zu ergänzen (siehe die Übersicht auf S. 16). In Zukunft sollen – unter anderem bedingt durch die Ressourcenkürzungen – Forschungs- bzw. Arbeitsgruppen nicht mehr regelmäßig eingerichtet werden; an Stelle von unbefristeten Forschungsprofessuren werden in stärkerem Maße hochrangige Gastwissenschaftler rekrutiert (vgl. S. 29 ff.). Bei der Größe der Abteilungen ist intendiert, daß sie dem WZB-Forschungstyp entspricht; sie erhalten eine personelle Mindestausstattung, die in Abhängigkeit von befristeten Forschungsprogrammen ausgeweitet werden kann. Einzelheiten über die Programme und Projekte der Abteilungen, Forschungsgruppen und Forschungsprofessuren werden ab Seite 41 ausführlich dargestellt.

Die gegenwärtigen Organisationsstrukturen stellen das Ergebnis der aufgrund von Kuratoriumsbeschlüssen seit 1985 verfolgten Umstrukturierung des WZB dar. Sie konnte im Jahre 1994 mit der Einrichtung der Abteilung „Wettbewerbsfähigkeit und industrieller Wandel" im Schwerpunkt Marktprozeß und Unternehmensentwicklung abgeschlossen werden. Die Umstrukturierung brachte die Einführung neuer und die Umwandlung alter Programmbereiche mit sich und führte auf allen Ebenen zu einer beträchtlichen Zahl von Neurekrutierungen. Dabei konnte in einigen Fällen an die Programmschwerpunkte der früheren WZB-Institute direkt angeschlossen werden.

Die Umstrukturierung des WZB brachte neben allem sonstigen eine erhebliche Verkleinerung der Forschungseinheiten mit sich. Nicht nur die Forschungsgruppen, sondern auch die Abteilungen des WZB sind Produktionsgruppen geringer bis mittlerer Größe. Die Größe der elf Abteilungen variiert zwischen fünf und sieben wissenschaftlichen Planstellen (einschließlich Leitungspositionen), die der vier Arbeitsgruppen zwischen einer und zwei; hinzu kommen drittmittelfinanzierte Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Den Forschungsprofessuren sind ausschließlich begrenzte Sekretariatskapazitäten zugeordnet.

In den Konzeptionen, die dem WZB-Gesellschaftsvertrag zugrundelagen, wurden vor allem die auf Zeit angelegten Organisationseinheiten der „Forschungsschwerpunkte" für eine relativ enge Zusammenarbeit der in ihnen plazierten Abteilungen, Forschungsgruppen und Forschungsprofessuren vorgesehen. In der Tat läßt sich nachweisen, daß in diesem Rahmen Kooperationen eingeleitet und praktiziert werden, dies insgesamt aber nur in einem mäßigen Umfang.

Schwerpunkte haben sich nicht zuletzt aufgrund der Tätigkeit der vier „Beauftragten", die dort Funktionen des administrativen Managements und der Öffentlichkeitsarbeit wahrnehmen, als gleichzeitig dezentral arbeitende und zentral integrierte Verwaltungseinheiten bewährt, sind als kollektive Forschungsakteure aber relativ wenig hervorgetreten. Die schwerpunktübergreifenden Kooperationen zwischen den Abteilungen und Forschungsgruppen sind inzwischen deutlicher ausgeprägt als im schwerpunktinternen Arbeitsverkehr.

Bei der Beurteilung dieses Sachverhalts ist davon auszugehen, daß es dem Wesen der Wissenschaft nicht angemessen sein kann, die Eigendynamik ihrer Forschungsprozesse formal einzuengen. Darüber hinaus ist zu berücksichtigen, daß sich nach innen hin Restriktionen aus den starken und international ausgreifenden Außenorientierungen der WZB-Forschung ergeben, auf die nicht verzichtet werden soll. Auch bei Berücksichtigung dieser Bedingungen läßt sich allerdings feststellen, daß in der zurückliegenden Entwicklungsphase der überwiegend neu eingerichteten Forschungseinheiten, als es darauf ankam, die eigenen Abteilungen und Forschungsgruppen in den internationalen Forschungsnetzwerken angemessen zu plazieren, interne Kooperationen innerhalb des eigenen Schwerpunkts nur im Ansatz entwickelt wurden.

Darüber wird im WZB seit längerem diskutiert, und es sind einige Initiativen ergriffen worden, interne Kooperationen dort zu verstärken, wo sie im Hinblick auf Fragestellungen, Forschungsthemen, theoretische Orientierungen und methodische Verfahren fruchtbar erscheinen und Synergiegewinne versprechen. In diesem Sinne wurden vom Präsi-

denten „Querschnittsgruppen“ eingerichtet, zunächst zu den Themen „Arbeit und Ökologie“ und „Innovationsforschung“, im Berichtszeitraum zu „Gender, Arbeit, Organisation“ und „Gemeinwohl“ (vgl. S. 195 ff.).

Haushalt und Personal

Haushalt

Die Haushaltsmittel, die dem WZB für seine gesamten Ausgaben zur Verfügung stehen, werden von den Zuwendungsgebern Bund (75 Prozent) und Land (25 Prozent) eingebracht. Die Grundfinanzierung betrug im Berichtszeitraum pro Jahr rund 23 Millionen Mark. Diese Mittel wurden mit Drittmitteln regelmäßig ergänzt, etwa 4,6 Millionen Mark 1999. Diese Angabe schließt diejenigen Drittmittel mit ein, die von WZB-Mitgliedern eingeworben wurden, aber an Berliner Hochschulen verwaltet werden. Diese wurden fast ausschließlich für Personalausgaben eingesetzt. Der Anteil des Drittmittelpersonals am Gesamtbestand des wissenschaftlichen Personals betrug jeweils etwa 30 Prozent.

Personal

Sieht man von der Besetzung der Stellen für Abteilungsdirektoren ab, so erfolgt auf allen anderen Ebenen jede Einstellung von Wissenschaftlern und Wissenschaftlerinnen zunächst befristet. Die Höchstgrenze der Befristung beträgt nach gesetzlichen Vorgaben fünf Jahre. Bei Ablauf der Befristung bedürfen Entfristungsvorhaben der Direktoren besonderer Begründungen und die Zustimmung der zentralen Leitungsebene. Als Folge dieser stark kontrollierten Entfristungspraxis ergibt sich, daß das WZB nicht unter dem Druck steht, Drittmittel einwerben zu müssen, um Personal mit unbefristetem Anstellungsanspruch finanzieren zu können.

Ca. 60 Prozent der Verträge mit Wissenschaftlern und Wissenschaftlerinnen (incl. Inhaber von AT-Stellen) sind befristet; bezieht man die Drittmittelverträge nicht ein, sind es ca. 47 Prozent. Durch die dem WZB verordneten Stellenkürzungen ist dieser Anteil in den letzten Jahren erheblich gesunken (Abbildung 5). In jedem Fall liegt der Anteil unbefristeter Anstellungsverhältnisse im WZB noch unterhalb der vom Wissenschaftsrat für die Leibniz-Institute empfohlenen maximalen Entfristungsmarge (50 bis 70 Prozent).

Betrachtet man die akademischen Qualifikationen, so ergibt sich für das Jahr 1999, daß von der Gesamtzahl des wissenschaftlichen Personals (einschließlich Drittmittelpersonal) 20 (also fast 17 Prozent) habilitiert waren; 14 nehmen an Hochschulen Professuren wahr, davon besetzten neun – nach gemeinsamen Berufungen – C4-Professuren an den Berliner Universitäten. (Eine Stelle ist zum Erhebungszeitpunkt vakant.) 45 (37 Prozent) sind promoviert.

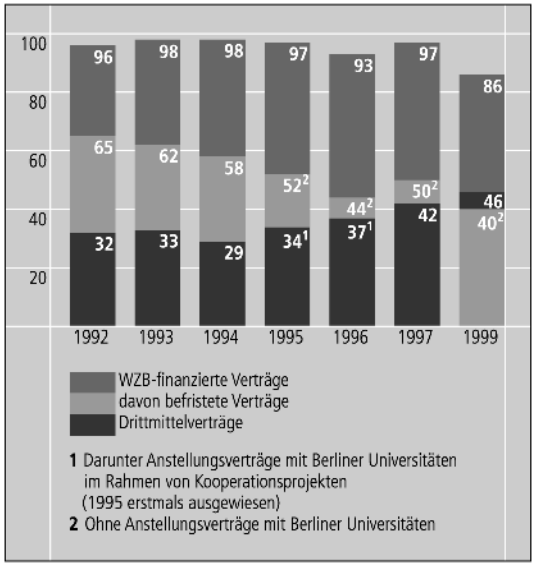


Abbildung 5
Verträge mit wissenschaftlichem Personal 1992–1999 mit Drittmittel- und Befristungsanteil (jeweils 1. Oktober). Die Zahl der Verträge ist nicht gleichzusetzen mit der Zahl der Personalstellen

Im Hinblick auf die fachliche Zusammensetzung der WZB-Forscher und -Forscherinnen entspricht es dem WZB-Auftrag, „Entwicklungstendenzen, Anpassungsprobleme und Innovationschancen moderner demokratischer Gesellschaften“ zu unter-

suchen, daß in seinem Forschungspersonal die Fachdisziplinen der Politikwissenschaft (47), Soziologie (26) und Wirtschaftswissenschaft (31) dominieren, wenn man fachliche Ausrichtung nach Studienabschlüssen bestimmt. Eine größere interdisziplinäre Reichweite deutet sich mit elf Natur- und Technikwissenschaftlern in Forschungsbereichen an, in denen deren spezifische Kompetenz erforderlich erscheint. Geringer ist der Anteil der Rechts- und Verwaltungswissenschaftler (3).

Die vom WZB mit besonderem Nachdruck verfolgte Internationalität seiner Forschung drückt sich auf anderen Ebenen zuverlässiger aus (siehe S. 10), macht sich aber auch schon darin bemerkbar, daß 1999 21 Wissenschaftler und Wissenschaftlerinnen des WZB, d. h. 17 Prozent, aus dem Ausland kamen.

Wissenschaftlicher Nachwuchs

Die akademischen Betreuungsleistungen, die durch Anbindung von Professoren und Privatdozenten des WZB an den Hochschulen erbracht werden, beziehen sich überwiegend auf Studierende, die dem WZB nicht vertraglich verbunden sind. Sie beziehen sich natürlich auch auf einen großen Teil sowohl der nichtpromovierten WZB-Mitarbeiter und -Mitarbeiterinnen (1999: 59) als auch der studentischen Hilfskräfte des WZB, die ihren ersten Studienabschluß an den Berliner Hochschulen noch anstreben (1999: 38). Ihre akademische Qualifizierung gehört zu den Ausbildungsfunktionen des WZB.

Zur Förderung der Qualifizierung des wissenschaftlichen Nachwuchses hat der Wissenschaftliche Rat des WZB im April 1994 Empfehlungen einer von ihm eingesetzten Arbeitsgruppe Doktoranden/Doktorandinnen beschlossen. Diese Richtlinien beinhalten Vereinbarungen, die sich insbesondere auf die Planung und Durchführung des Promotionsvorhabens im WZB, das Betreuungsverhältnis und die Förderung der Integration der Promovenden und Promovendinnen in die „scientific community“ beziehen. Es ist Gegenstand interner Diskussionen, ob die Nachwuchsförderung im WZB nicht noch gezielter und systematischer betrieben werden müßte als bisher; der Präsident rechnet entsprechende Initiativen zu seinen Aufgaben (vgl. S. 24).

Obwohl im WZB hinsichtlich der Nachwuchsförderung noch Handlungsbedarf gesehen wird, ist festzuhalten, daß sich auch für die letzten Jahre gute Ausbildungserfolge nachweisen lassen. Diese lassen sich nicht nur daran erkennen, daß aus dem WZB ausscheidende Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen von Arbeitslosigkeit offenbar kaum bedroht sind, sondern überwiegend Anschlußstellen in der Forschung – vor allem im Bereich der Universitäten – finden. Für vier der 29 (1999) ausgeschiedenen Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen ergab sich, daß eine Anschlußtätigkeit kurzfristig nicht gefunden wurde.

Das speziell akademische Potential der WZB-Forschung wirkt sich in der Nachwuchsausbildung noch deutlicher darin aus, daß Mitarbeitern und Mitarbeiterinnen des WZB an den Universitäten im Berichtszeitraum nicht nur Promotionen (9), sondern auch Habilitationen (1994–1999: 9) gelingen; es stellt dann auch keine Rarität dar, daß Mitglieder des „Mittelbaus“ immer wieder auf Hochschulprofessuren berufen werden (5), darunter nicht wenige an ausländische Hochschulen.

Frauenförderung

Im Rahmen der Frauenförderung hat sich das WZB dazu verpflichtet, den Frauenanteil an den wissenschaftlichen Beschäftigten zu erhöhen. Dabei sind seit der Einführung eines Programms zur Frauenförderung am WZB im Jahre 1990 sowie der Einrichtung eines Frauenausschusses mit der Aufgabe, auf die berufliche Gleichstellung von Frauen und die Beseitigung für sie bestehender Nachteile hinzuarbeiten, deutliche Erfolge erzielt worden. Seit dem 1. April 1999 ist eine Gleichstellungsbeauftragte von der Geschäftsleitung für zwei Jahre bestellt worden, da sich das Modell des Frauenausschusses auf längere Sicht nicht bewährt hat (vgl. S. 24).

Im Jahre 1999 waren 13 Prozent des Leitungspersonals, 37 Prozent der wissenschaftlichen Mitarbeiter, 50 Prozent der Doktoranden und 43 Prozent der wissenschaftlichen Hilfskräfte Frauen. In

den letzten fünf Jahren ist der Anteil von Frauen bei den wissenschaftlichen Mitarbeitern/innen im wesentlichen konstant geblieben.

Bei den unbefristeten Anstellungen liegt der Anteil weiblicher Beschäftigter immer noch unter einem Viertel (1999 = 24 Prozent). Im Hinblick auf die niedrigere Entfristungsquote bei Wissenschaftlerinnen wird im WZB angestrebt, bei der Vergabe unbefristeter Einstellungen im wissenschaftlichen Bereich Frauen wenigstens zu gleichen Anteilen, bezogen auf die aktuelle Stellenbesetzung mit Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern, zu berücksichtigen. Im Sinne einer Förderung des weiblichen wissenschaftlichen Nachwuchses hat das WZB einen Fonds mit Mitteln für sechs Doktorandinnen-Stellen eingerichtet.

Geschäftsführung

Die Geschäftsführung des WZB wird vom Präsidenten als wissenschaftlichem Geschäftsführer und von der administrativen Geschäftsführerin wahrgenommen. Professor Dr. Friedhelm Neidhardt ist seit 1994 Präsident, Christiane Neumann seit 1992 administrative Geschäftsführerin.

Der Präsident

Der Präsident wird bei der Ausübung seiner Funktionen der wissenschaftlichen Geschäftsführung von dem Referat „Forschungsplanung und -koordination“ unterstützt (Dr. Dagmar Simon, Dr. Georg Thurn). Das Presse- und Informationsreferat (Burckhard Wiebe M.A., B.A.) pflegt Kontakte mit Journalisten, Medien, Institutionen sowie interessierten Personen und Besuchergruppen. Vom Lektorat (Heidi Hilzinger M.A.) innerhalb des Pressereferats werden die Jahrbücher des WZB sowie die ausdrücklich als WZB-Bücher deklarierten Publikationen betreut (vgl. S. 32 ff.).

Forschungspolitik und Strukturentwicklung

Nach dem Gesellschaftsvertrag des WZB sorgt der Präsident für „die Koordination der wissenschaftlichen Einrichtungen der Gesellschaft“ sowie für „die Erarbeitung der Grundzüge der Forschungspolitik der Gesellschaft und der thematischen Orientierung der wissenschaftlichen Einrichtungen“. Zu seinen besonderen Aufgaben gehört die Einrichtung von Forschungsabteilungen, Forschungsprofessuren und Forschungsgruppen, die Bildung von Forschungsschwerpunkten, die Berufung der leitenden Wissenschaftler und Wissenschaftlerinnen und die Zuordnung der Ressourcen für die wissenschaftliche Arbeit. Im Rahmen der vereinbarten thematischen Orientierungen arbeiten die dezentralen Forschungseinrichtungen selbständig. Die Anwendung der thematischen Orientierungen auf spezifische Fragestellungen erfolgt in zeitlich befristeten Forschungsprogrammen.

Forschungsressourcen

Die institutionellen Rahmenbedingungen für die WZB-Forschung werden in erheblichem Maße von allgemeinen Entwicklungen im deutschen Wissenschafts- und Forschungssystem beeinflußt. Die von den Zuwendungsgebern bis zum Jahr 2000 fortgeschriebenen Stellenkürzungen haben für das WZB den Umfang der Ressourcenausstattung von zwei Forschungsabteilungen erreicht und schränken damit die Bewegungsfähigkeit und die Möglichkeiten zur Neubestimmung von Forschungsbereichen gravierend ein.

Zusätzlich hat das WZB – wie alle Einrichtungen der Blauen Liste – eine Einschränkung des Ressourcenrahmens dadurch hinnehmen müssen, daß ihm seit 1997 eine Abgabe von 2,5 Prozent des institutionellen Haushalts an die Deutsche Forschungsgemeinschaft (DFG) auferlegt wurde. Der für eine größere Zahl von Forschungseinrichtungen der Blauen Liste damit verbundene Vorteil, Zugang zur DFG-Förderung und die Chance auf Einwerbung von Drittmitteln zu erhalten, erwächst dem WZB nicht, da es seit langem erfolgreich DFG-Mittel einwirbt. Die DFG-Abgabe stellt für das WZB also einen weiteren Ressourcenverlust dar.

Insgesamt muß das WZB beklagen, daß sich die herausragende Bewertung seiner Forschung durch den Wissenschaftsrat bislang keineswegs „ausgezahlt“ hat. Entgegen ihren auf Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit bezogenen „Leitlinien“ hat es die Forschungspolitik weder des Bundes noch des Landes fertig gebracht, Mittelkürzungen in Abhängigkeit von Leistungskriterien zu differenzieren.

Den einschneidenden Einschränkungen durch Ressourcenkürzungen konterkarieren die Möglichkeiten, die dem WZB im Hinblick auf thematische Neubestimmungen von Forschungsaufgaben durch personelle Fluktuationen entstehen. In den nächsten Jahren (2000–2002) werden – bedingt durch das Ausscheiden von vier Direktoren und einem Forschungsprofessor in den Forschungsschwerpunkten Marktprozeß und Unternehmensentwicklung sowie Sozialer Wandel, Institutionen und Vermittlungsprozesse – mehrere Abteilungen ihre Programme abschließen.

Programmentwicklung

Die im Hinblick auf die Neueinrichtung von Abteilungen wünschbaren Neuorientierungen von Forschungsprogrammen wurden unter Leitung des Präsidenten WZB-intern zunächst von einer Arbeitsgruppe „Programmentwicklung" vorbereitet, dann auf der sogenannten Leitungsebene und im Wissenschaftlichen Rat erörtert. Der Beirat des WZB hat sich in mehreren Sitzungen mit den Forschungsprogrammen und perspektivischen Vorstellungen der entsprechenden Abteilungen befaßt und durch seine Expertise und seine Stellungnahmen die Klärungsprozesse im WZB unterstützt und befördert.

Im Fall der zunächst anstehenden Besetzung der Direktoren-/Direktorinstelle im Forschungsschwerpunkt Marktprozeß und Unternehmensentwicklung, die nach dem Ende der Amtszeit von Professor Horst Albach durchzuführen war, sind die thematischen Vorstellungen des WZB, die zukünftigen Forschungsarbeiten auf globale Wirtschaftsprozesse und deren institutionelle Kontexte zu beziehen und die Möglichkeiten einer Neubalancierung von sozialer Sicherheit und ökonomischer Wettbewerbsfähigkeit in den Blick zu nehmen, in die Beratungen der vom Kuratorium eingesetzten Berufungskommission eingegangen und bestätigt worden. Auf der Grundlage der Empfehlungen der Berufungskommission, der unter anderem Vertreter der drei Berliner Universitäten angehörten, hat der Präsident dem Kuratorium den Vorschlag unterbreitet, Professor Kai Konrad von der Freien Universität zu berufen. Das Kuratorium hat auf seiner Sitzung am 30. November 1999 diesem Berufungsvorschlag zugestimmt.

Neuorientierung von Schwerpunkt III

Die Ressourcenkürzungen, denen das WZB unterworfen war, sind bei den Überlegungen zur zukünftigen Struktur des Forschungsschwerpunkts Sozialer Wandel, Institutionen und Vermittlungsprozesse unmittelbar wirksam geworden: Zum jetzigen Zeitpunkt können nur zwei Direktoren-/Direktorinnenstellen und eine befristete Forschungsprofessur anstatt drei Stellen für Abteilungsleitungen ausgeschrieben werden. Das Forschungsprogramm des Schwerpunkts mußte entsprechend gekürzt werden, obwohl es sowohl vom Wissenschaftsrat als auch vom Wissenschaftlichen Beirat des WZB als förderungswürdig und ausbaufähig beurteilt wurde.

Das WZB hat, auch nach intensiver Beratung im Beirat, dem Kuratorium Ausschreibungsvorschläge unterbreitet, die auf den langjährigen Forschungsarbeiten von zwei der drei Abteilungen des Schwerpunkts aufbauen und auf einige neue wissenschaftliche Fragestellungen im Themenfeld „Demokratie und Wohlfahrt" orientieren. Hierbei soll auf der Grundlage von Sozialstrukturanalysen, die der Bestimmung sozialer Problemlagen dienen, die Untersuchung von Politikprozessen besondere Berücksichtigung finden. Die Erforschung von gesellschaftlichen Entwicklungstendenzen und Steuerungsproblemen soll verstärkt auch auf die langfristigen Herausforderungen bezogen werden, die sich aus der Internationalisierung ökonomischer und sozialer Prozesse und der Supranationalisierung von Governance-Strukturen ergeben. Das Kuratorium hat den Ausschreibungstexten sowie der Einsetzung einer Berufungskommission zugestimmt.

Forschungseinheiten

Die Forschungsplanung des Präsidenten war darauf ausgerichtet, einerseits die bestehenden Chancen auf Fortentwicklung und Neubestimmung der Forschungsaufgaben zu nutzen, andererseits die das WZB treffenden Ressourcenkürzungen so aufzufangen und zu verarbeiten, daß – vor allem durch Fokussierung und Flexibilisierung der Forschung – die Rahmenbedingungen für die spezifische WZB-Forschung gewährleistet werden und darüber hinaus durch institutionelle Beweglichkeit inhaltliche Offenheit gewahrt wird.

Im Hinblick darauf kommt den Abteilungen, deren Organisationsform sich für den WZB-spezifischen Forschungstyp besonders bewährt hat, ein zentraler Stellenwert in der Forschungsstruktur des WZB zu. Entscheidend ist es, daß die Größe der einzelnen Abteilungen dem WZB-spezifischen Forschungstyp entspricht; sie sollte aber gleichzeitig in Abhängigkeit von ihren befristeten Programmen oberhalb einer bestimmten Mindestgröße variabel sein. Dies schließt mit ein, daß je nach Ressourcenentwicklung auch die Zahl der Abteilungen variabel gehalten werden muß.

Die bestehenden Forschungsgruppen wurden in den letzten zwei Jahren fristgerecht beendet bzw. in auf Zeit angelegte Arbeitsgruppen umgewandelt (siehe S. 199 ff.). Anstelle von unbefristeten Forschungsprofessuren werden – wie auch vom Wissenschaftsrat empfohlen – hochrangige Gastwissenschaftler/innen zur Unterstützung und Fortentwicklung laufender Forschungsprogramme rekrutiert. Querschnittsgruppen (siehe S. 195 ff.) erhalten als integrative Einrichtung auf Zeit besondere Förderung, jedoch in der Regel keine feste Zuweisung von Stellen aus Haushaltsmitteln.

Drittmittel

Die Mittel aus dem institutionellen Haushalt werden durch Drittmittel ergänzt, die bei Forschungsförderorganisationen und Stiftungen, aber auch bei öffentlichen Auftraggebern beantragt werden. Kriterium für die Einwerbung von Drittmitteln ist der sinnvolle wissenschaftliche Zusammenhang eines Drittmittelprojekts mit dem Forschungsprogramm der jeweiligen Forschungseinheit des WZB. Im Hinblick darauf unterliegen die Drittmittelanträge im WZB einem internen Beratungs- und Prüfverfahren beim Präsidenten.

In den Jahren 1998 und 1999 wurden insgesamt ca. 10.380.000 Mark an Drittmitteln eingeworben, der größte Anteil (39 %) entfällt dabei mit 4.062.000 Mark auf die Bundesministerien. Darunter befindet sich die erstmalige Gründung eines eigenen Tochterunternehmens des WZB, die Firma „Choice“, deren Projektentwicklungsphase das Bundesministerium für Bildung und Forschung im Rahmen der Mobilitätsforschungsinitiative der Bundesregierung unterstützt (siehe S. 84 f.). Die zweitgrößte Summe wurde mit 2.909.000 Mark (28 % der Gesamtbewilligungssumme) bei der Deutschen Forschungsgemeinschaft eingeworben, gefolgt von Mitteln der Europäischen Union (EU) mit rund 2.000.000 Mark (19 %) und 841.000 Mark (8 %) der Stiftungen.

Das WZB war insgesamt an zwölf Vorhaben beteiligt, die von der EU gefördert wurden. Acht Projekte wurden aus dem 4. Forschungsrahmenprogramm finanziert, davon vier Projekte aus dem sozialwissenschaftlichen Programm „Targeted Socio-Economic Research (TSER)“, drei Vorhaben aus dem Programm „Training and Mobility of Researchers (TMR)“ sowie ein Projekt aus dem Umweltprogramm. Bei acht EU-Projekten ist das WZB an Netzwerken beteiligt, davon in zwei Fällen als Koordinator (siehe S. 45 und 188 ff.).

Gastprofessur

Auf Einladung des Präsidenten hat am 1. Oktober 1999 Professor Gunnar Folke Schuppert seine Tätigkeit als Gastprofessor am WZB aufgenommen. Schuppert ist Lehrstuhlinhaber für Öffentliches Recht und Verwaltungswissenschaften an der Humboldt-Universität zu Berlin und verstärkt mit seiner besonderen Qualifikation die rechtswissenschaftliche Kompetenz im WZB. Er wird sich für ein Jahr mit dem Thema „Gemeinwohl und Institutionenbildung“ befassen und interdisziplinäre Bezüge zu Forschungsthemen des WZB herstellen. Besondere Arbeitsverbindungen bestehen bereits

Gunnar Folke Schuppert Foto: Burckhard Wiebe

mit den Forschungsabteilungen „Öffentlichkeit und soziale Bewegungen“, „Regulierung von Arbeit“ sowie „Normbildung und Umwelt“. Zu dem genannten Thema ist im November 1999 eine Initiative für eine Querschnittsgruppe entstanden.

Gleichstellungspolitik

Weitere forschungspolitische Themen waren 1999 die WZB-Gleichstellungspolitik und die Nachwuchsförderung. Am WZB wurde 1999 intensiv über neue Formen der Gleichstellungspolitik diskutiert, da sich das Modell eines Frauenausschusses vor allem wegen der zeitlichen Belastung der in dieses Gremium gewählten Wissenschaftlerinnen auf Dauer nicht in jeder Hinsicht bewährt hat.

Seit dem 1. April 1999 ist eine Gleichstellungsbeauftragte mit einer Arbeitszeit von zehn Wochenstunden von der Geschäftsleitung für zwei Jahre bestellt worden, die zuvor von einer Frauenversammlung nominiert wurde. Sie nimmt die Aufgaben aus der Betriebsvereinbarung über den Frauenausschuß und dem Programm zur Frauenförderung im Rahmen eigener Prioritätensetzung wahr und beteiligt sich an der Erarbeitung einer neuen Betriebsvereinbarung zur Gleichstellung am WZB. Zur Unterstützung und Beratung der Gleichstellungsbeauftragten wird weiterhin ein personell verkleinerter Frauenausschuß tätig sein. Nach Ablauf von zwei Jahren wird zu prüfen sein, ob sich diese Regelungen bewährt haben.

Nachwuchsförderung

Ausgehend von den 1994 vom Wissenschaftlichen Rat beschlossenen Empfehlungen zur Nachwuchsförderung im wissenschaftlichen Bereich hat der Präsident im Wissenschaftlichen Rat und Kuratorium über den gegenwärtigen Stand des WZB berichtet. 1999 waren am WZB 52 Doktorandinnen und Doktoranden im Rahmen von Promotions- oder Projektstellen bzw. im Doktorandinnenprogramm angestellt, davon 23 Frauen. Etwa ein Drittel wird über Drittmittel finanziert. Um sich über den Stand und die Probleme der Nachwuchsförderung aus Sicht der Betroffenen zu informieren und über mögliche zusätzliche Fördermaßnahmen zu beraten, hat sich der Präsident im Dezember 1999 mit Doktoranden und Doktorandinnen einer seit einigen Monaten bestehenden Nachwuchsinitiative getroffen.

Die auf Zusatzqualifizierungen bezogenen Vorschläge dieser Nachwuchsgruppe werden vom Präsidenten auch deshalb nachhaltig unterstützt, weil die Befristungspolitik des WZB nur sehr wenigen Doktoranden und Doktorandinnen die Chance eröffnet, im WZB zu bleiben. Fast alle müssen ihre weiteren Karrieren außerhalb des WZB gestalten und entsprechend marktfähig sein.

Dieser Gesichtspunkt wird für die nächsten Jahre dadurch zusätzliches Gewicht erlangen, daß nach Auffassung des Präsidenten die Zahl der entfristeten Verträge im WZB gegenwärtig zu hoch liegt und die Möglichkeiten thematischer Neuorientierungen allzu sehr einzuschränken droht. Das WZB ist zwar einerseits auf eine hinreichend große Zahl von Seniors unter den Mitarbeitern und Mitarbeiterinnen unterhalb der Leitungsebene angewiesen, um hinreichend Expertise für langfristig angelegte Forschungsvorhaben vorhalten zu können. Dieses Erfordernis ist aber zu balancieren mit dem dauerhaften Bedarf an frei verfügbaren Stellen. Daß die Zahl frei verfügbarer Stellen durch allgemeine Mittelkürzungen in den vergangenen Jahren erheblich geschrumpft ist, verschärft die Notwendigkeit einer außerordentlich restriktiven Entfristungspraxis. Der Präsident hat entsprechende Regelungen getroffen.

Interne Zusammenarbeit und Koordination

Thematische Querbezüge und Chancen auf Kooperationen zwischen Forschungseinheiten des WZB wahrzunehmen und auszubauen, hat sich der Präsident in den vergangenen Jahren zur besonderen Aufgabe gemacht. Die interne Zusammenarbeit drückt sich einerseits in gemeinsamen Projekten oder Veranstaltungen aus, die von Wissenschaftlern und Wissenschaftlerinnen aus unterschiedlichen Arbeitsfeldern in beachtlicher Zahl vereinbart und durchgeführt wurden. Hinzu kommen besondere Unternehmungen, die vom Präsidenten angeregt und von seinem Forschungsplanungsreferat

koordiniert wurden, die sogenannten „Querschnittsgruppen“ und die Verknüpfung von Forschungseinheiten bei der Erarbeitung der WZB-Jahrbücher.

Querschnittsgruppen

Querschnittsgruppen sind Arbeitskreise (oder Projektgruppen), in denen sich Kollegen und Kolleginnen aus einer größeren Zahl von Forschungseinheiten des WZB auf Zeit zu einer übergreifenden Thematik zusammenfinden und gemeinsame Forschungsprojekte entwickeln – Forschungsprojekte, die einerseits mit den Forschungsprogrammen bestimmter Abteilungen und Arbeitsgruppen zusammenhängen müssen, die andererseits aber in den ad-hoc-Querschnittsgruppen bestimmte Formate erhalten, die geeignet sind, über die Grenzen der längerfristig arbeitenden Abteilungen und Arbeitsgruppen hinweg Kooperationsgewinne zu erzeugen. Bestehende Forschungsansätze und Forschungsarbeiten werden auf wissenschaftliche Zusammenhänge hin fokussiert, deren Erforschung von der Zusammenführung unterschiedlicher Kompetenzen in der Regel interdisziplinär profitieren kann.

Solche Arbeitskreise sind zeitlich befristet angelegt und werden vom Präsidenten für ihre Tätigkeit mit zusätzlichen Ressourcen ausgestattet. Der Verbindlichkeit der Kooperationen, die über Querschnittsgruppen organisiert werden, soll die Vorkehrung dienen, daß sich die gemeinsamen Vorhaben nach Ablauf der Zusammenarbeit auch mit einem gemeinsamen Produkt (Veröffentlichung, Konferenz, Memorandum etc.) belegen lassen.

Zu den Querschnittsgruppen „Arbeit und Ökologie“ sowie „Innovationsforschung“ ist im Februar 1999 eine weitere Querschnittsgruppe „Geschlecht, Arbeit, Organisation“ hinzugekommen. Eine vierte Querschnittsgruppe wird seit Dezember 1999 zum Thema „Gemeinwohl“ von einem als Gastprofessor am WZB tätigen Rechtswissenschaftler aufgebaut. (Zu den Querschnittsgruppen vgl. die Darstellungen auf S. 195 ff.).

Jahrbücher

Die Absicht, Kooperationen durch Verpflichtung auf gemeinsam erstellte Produkte eine sinnvolle Zielsetzung zu geben, steht auch hinter der Reihe der „WZB-Jahrbücher“. Ihre Vorbereitung setzt über einen Zeitraum von zwei bis drei Jahren die verbindliche Zusammenarbeit zwischen Mitarbeitern und Mitarbeiterinnen aus unterschiedlichen Arbeitszusammenhängen voraus. Bis zum Jahr 2001 ist inzwischen fest vereinbart, daß jeweils mindestens zwei leitende Wissenschaftler unterschiedlicher Forschungseinheiten für die gemeinsame Planung und Herausgabe der Jahrbücher verantwortlich zeichnen.

Die Reihe wurde 1998 fortgeführt mit dem Band „Organisationslernen – Institutionelle und kulturelle Dimensionen“, der von Horst Albach, Meinolf Dierkes, Ariane Berthoin Antal und Christina Vaillant herausgegeben wurde. Das Jahrbuch 1999 mit dem Titel „Eine lernende Demokratie – 50 Jahre Bundesrepublik Deutschland“ wurde von Max Kaase und Günther Schmid vorbereitet und veröffentlicht. In Vorbereitung sind die Jahrbücher für 2000 zum Thema „Zukunft der Demokratie“ (Arbeitstitel), herausgegeben von Hans-Dieter Klingemann und Friedhelm Neidhardt, und für 2001 über „Zukunft der sozialen Marktwirt-

Der Präsident einschließlich
Referat Forschungsplanung und -koordination

Personal am 1. Oktober 1999	seit
Isa Dubois	1994
Nicola Fielk	1991
Birgit Hahn	1981
Professor Dr. Friedhelm Neidhardt	1988
Cornelia Piotrowski	1978
Dr. Martina Röbbecke	1998
Dr. Dagmar Simon	1989
Dr. Georg Thurn	1981
Ausgeschiedenes Personal[1]	1998–1999
Simone Kollmorgen	1991–1998

1 mit mindestens 12 Monaten Zugehörigkeit zum WZB

schaft“ (Arbeitstitel), herausgegeben von Lars-Hendrik Röller et al.

Präsentationen

Die Reihe der internen Präsentationen der WZB-Forschungseinheiten, die der Selbstverständigung über den Stand und die Perspektiven der Forschungstätigkeit der diversen Forschungseinheiten dienen, ist 1998 und 1999 fortgesetzt worden. Direktoren und Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen stellen Forschungskonzepte und -ergebnisse dar; dazu nimmt jeweils ein Direktor oder Senior Researcher einer anderen Forschungseinheit als Discussant Stellung. Im Berichtszeitraum haben sich die Arbeitsgruppen „Public Health“, „Internationale Politik“, die Querschnittsgruppe „Arbeit und Ökologie“ sowie die Abteilungen „Wirtschaftswandel und Beschäftigung“, „Wettbewerbsfähigkeit und industrieller Wandel“ und „Sozialstruktur und Sozialberichterstattung“ vorgestellt.

Außenbeziehungen und internationale Kooperationen

Die Außenbeziehungen des WZB richten sich zunächst auf die Verbindung seiner Forschung mit Berliner Universitäten und die mit Kollegen und Kolleginnen hier sowie an anderen deutschen Hochschulen und Forschungseinheiten bestehenden Kooperationen (siehe oben S. 11 f.; vgl. auch die Hinweise bei der Darstellung der Aktivitäten der einzelnen Forschungseinheiten).

WGL

Grundbedingungen der Forschungstätigkeit außeruniversitärer Forschungseinrichtungen und ihrer öffentlichen Förderung sind Gegenstand der Beratungen in der Wissenschaftsgemeinschaft Gottfried Wilhelm Leibniz (WGL), der das WZB – wie mittlerweile nahezu jede über die sogenannte „Blaue Liste“ von Bund und Ländern gemeinsam finanzierte Einrichtung – angehört. Bevor sich die Mitwirkung in der WGL-Sektion „Sozial- und Wirtschaftswissenschaften; Raumwissenschaften“ auf substantielle Fragen der Forschungsaufgaben – ihrer Zielsetzung, Koordinierung und Bewertung – erstrecken kann, standen zunächst übergreifende Fragen des Selbstverständnisses der Gemeinschaft und der Entwicklung eines wissenschaftspolitischen Profils im Vordergrund. Das WZB hat sich auf mehreren Ebenen an solchen Vorhaben der WGL beteiligt. Diese Beteiligung drückt sich am nachhaltigsten dadurch aus, daß die Administrative Geschäftsführerin des WZB, Christiane Neumann, auf der Mitgliederversammlung der WGL am 15. Oktober 1999 als Administrative Vizepräsidentin in das Präsidium der WGL gewählt wurde.

Im Hinblick auf den Beschluß der Ministerpräsidenten zur „Sicherung der Qualität der Forschung“, der für die Bund/Länderfinanzierten Institute verschiedene Instrumente wie Kosten-Leistungs-Rechnungen, Programmbudgets und sogenannte Visiting Committees für Evaluierungen vorsieht, hat die WGL verschiedene Initiativen unter dem Begriff „Forschungscontrolling“ gestartet. An der Diskussion über eine den Leibniz-Instituten adäquate Umsetzung der vorgesehenen Verfahren hat sich das WZB direkt beteiligt, so der Präsident als Vorsitzender eines Evaluationsausschusses des WGL-Präsidiums an der Ausarbeitung eines Vorschlags für ein zukünftiges Evaluationsverfahren der WGL-Gremien.

Auf der Mitgliederversammlung der WGL am 15. Oktober 1999 berichtete der Präsident von ersten Ergebnissen des mit Martina Röbbecke und Dagmar Simon gemeinsam durchgeführten Forschungsprojekts „Institutionelle Selbstbeobachtung als Steuerungsinstrument für außeruniversitäre Forschungsinstitute?“, das auf das WZB-Selbstbeobachtungsverfahren rekurriert. In diesem Zusammenhang wurde auch im Mai 1999 ein Workshop zu „Qualitätsförderung durch Evaluation?“ am WZB veranstaltet, der Wissenschaftspolitiker, Evaluationsspezialisten sowie Praktiker aus Hochschulen und außeruniversitären Forschungseinrichtungen zusammengeführt hat, um eine Verständigung über Aufgaben, Instrumente und Verfahren von Forschungsevaluationen aus unterschiedlichen Perspektiven zu erzielen. Diese Aktivitäten profitierten davon, daß das WZB langjährige Erfahrungen mit Evaluierungen und Audits

seiner Beiräte sowie wie mit einem System interner Selbstbeobachtungsverfahren („WZB-Erhebung“) zur Qualitätskontrolle und -förderung wissenschaftlicher Leistung besitzt (siehe S. 14 f.).

Das Präsidium der WGL hat auf Empfehlung der Deutschen Forschungsgemeinschaft seinen Mitgliedsinstituten aufgegeben, ihre Wissenschaftler und Wissenschaftlerinnen auf bestimmte Regeln zur Sicherung guter wissenschaftlicher Praxis ausdrücklich zu verpflichten. Für den Umgang mit Fällen von Fehlverhalten wurden bestimmte Verfahrensregeln definiert. Lassen sich solche Fälle nicht in den Instituten selber zufriedenstellend regeln, soll sich ein für alle Institute zuständiger Untersuchungsausschuß einschalten. Auf seiner Sitzung am 14. Oktober 1999 hat der Senat der WGL den Präsidenten des WZB für drei Jahre zum ständigen Vorsitzenden dieses Untersuchungsausschusses gewählt.

BMBF

Strukturelle Voraussetzungen der Förderung außeruniversitärer Forschungseinrichtungen und das Zusammenspiel von Wissenschaft, Verwaltung und Politik, vor allem aber übergreifende Fragestellungen der gesellschaftlichen Veränderungsdynamik und die Komplexität des Zusammenwirkens ökonomischer und sozialer Problemstellungen waren der Gegenstand von Orientierungsgesprächen zwischen dem Präsidenten und den Direktoren verschiedener Forschungsabteilungen des WZB auf der einen und leitenden Beamten der Grundsatzabteilung des Bundesministeriums für Bildung und Forschung (BMBF) auf der anderen Seite. Anläßlich eines Besuchs des Leiters der Unterabteilung „Strategische Entwicklungen“ des BMBF im März 1998 und in verschiedenen späteren Gesprächen wurde das Interesse gerade auch an umfassend und längerfristig angelegten Forschungen zur Klärung von Voraussetzungen und Folgen einer zukunftsorientierten Bildungs- und Forschungspolitik deutlich. Das WZB ist offen für eine Weiterführung der Kontakte und für Formen der Zusammenarbeit, die auf einen breiter angelegten Dialog zwischen Politik, Verwaltung und wissenschaftlicher Forschung auf den ihnen gemeinsamen Aufgabenfeldern hinauslaufen.

EU

Im Zusammenspiel mit dem BMBF und der für die sozioökonomischen Förderprogramme der Europäischen Union zuständigen Nationalen Kontaktstelle bemüht sich das WZB auch weiterhin darum, die Wahrnehmung der Möglichkeiten europäischer Forschungsförderung durch deutsche Sozial- und Wirtschaftswissenschaftler und deren stärkere Beteiligung an Antragsinitiativen wie auch an konzeptionellen Überlegungen zur künftigen EU-Programmgestaltung anzustoßen. Im Berichtszeitraum wurden zum einen die – zum Teil größeren, vom WZB federführend koordinierten – Projekte aus dem Vierten Forschungsrahmenprogramm der EU weitergeführt und abgeschlossen (s. o. S. 23).

Zum anderen standen die ersten Vorhaben des Fünften Forschungsrahmenprogramms zur Ausschreibung, wobei sich die Forschungsthemen des WZB in einem nicht unbeträchtlichen Maße überschneiden mit Themenstellungen sowohl der sogenannten Leitaktion zur „Verbesserung der sozioökonomischen Wissensgrundlage“ als auch mit den sozialwissenschaftlichen Forschungsaufgaben, die bei den thematischen Programmen – etwa zu Problemstellungen von Innovation und Wettbewerbsfähigkeit, Umweltentwicklung oder Gesundheitssystem – anfallen; Förderanträge werden in verschiedenen Forschungseinheiten des WZB gestellt bzw. vorbereitet. Zum dritten ist das WZB auf verschiedenen Ebenen zur Beteiligung an Überlegungen zur Ausgestaltung des Sechsten Forschungsrahmenprogramms der EU (ab 2001/2002) eingeladen.

Eine Konferenz zur EU-Erweiterung wurde Anfang Juni 1999 vom WZB gemeinsam mit dem Institut für Technologische Zukunftsforschung (Institute for Prospective Technological Studies / IPTS, Sevilla), das zur Gemeinsamen Forschungsstelle der Europäischen Kommission gehört, durchgeführt. Zum Thema „EU-Enlargement: Science, Technology and Society“ waren hochrangige Vertreter der Technologiepolitik und Wissenschaftsforschung aus Bulgarien, Estland, Lettland, Litauen, Polen, Rumänien, der Slowakischen Republik, der Tschechischen Republik, Ungarn und Zypern nach Berlin eingeladen worden, um Trends in Wissenschaft und Technik in ihren Auswirkungen auf die europäische Forschungspolitik und die Ent-

wicklung der Beitrittsländer zu erörtern. Unter Leitung von Dr. Jean-Marie Cadiou, dem Direktor des IPTS, und Ministerialdirektor Karsten Brenner (BMBF), der die deutsche EU-Präsidentschaft wahrnahm, ging es um Beiträge zur Lösung sozioökonomischer Fragen in den Beitrittsländern und um einen Meinungsaustausch zu den Anforderungen und Möglichkeiten der Zusammenarbeit im Vorfeld des EU-Beitritts. Eine längerfristige Verbindung des WZB mit den auf Osteuropa bezogenen Aufgaben des IPTS wird dadurch hergestellt, daß Professor Werner Meske, Leiter der Arbeitsgruppe „Wissenschaftstransformation", vom 1. November 1999 an für sechs Monate nach Sevilla als „Nationaler Sachverständiger" an dieses Institut der gemeinsamen Forschungsstelle der Europäischen Kommission abgeordnet ist.

Internationale Zusammenarbeit

Ebenfalls im Rahmen der deutschen EU-Präsidentschaft fand im Mai 1999 in Frankfurt (Oder) eine von der Europa-Universität Viadrina veranstaltete Konferenz „Ein erweitertes Europa verstehen – Die Rolle der Geistes-, Sozial- und Wirtschaftswissenschaften" statt, an deren Vorbereitung auch das Präsidentenreferat des WZB ebenso beteiligt war wie das Centre Marc Bloch, das Deutsch-Französische Zentrum für Sozialwissenschaften in Berlin. Die bewährte Zusammenarbeit beim Austausch jüngerer Wissenschaftler mit dem Centre National de la Recherche Scientifique (CNRS) und der Maison des Sciences de l'Homme (MSH) wurden fortgeführt, auch in Verbindung mit dem Centre Marc Bloch in Berlin.

Besonderen Ausdruck fanden die französisch-deutschen Verbindungen in der Berufung von Professor Hans-Dieter Klingemann auf die Alfred-Grosser-Professur an der Fondation Nationale des Sciences Politiques in Paris. In der Reihe der von der Deutsch-Israelischen Stiftung (G.I.F.) organisierten Forschungskonferenzen fand eine besondere Veranstaltung im Mai 1998 in Jerusalem zum 50. Jahrestag der Staatsgründung Israels statt. Gemeinsam mit seinem israelischen Kollegen Professor Ephraim Yuchtman-Yaar (Tel Aviv) leitete der Präsident des WZB eine Konferenz zum Thema „Collective Identity and the Boundaries of Solidarity: Conflict and Integration in Germany and Israel", an der jeweils 15 Wissenschaftler aus Israel und aus Deutschland teilnahmen und die der Anregung gemeinsamer Forschungsprojekte diente.

Polen

Der Festigung und Intensivierung der Zusammenarbeit mit polnischen Sozial- und Wirtschaftswissenschaftlern diente ein Besuch des WZB-Präsidenten beim Institut für Philosophie und Soziologie der Polnischen Akademie der Wissenschaften in Warschau im Februar 1999. Dabei wurden auf der Grundlage des bestehenden Kooperationsvertrags die Forschungsplanungen beider Einrichtungen verglichen, um weitere Chancen auf gemeinsame Forschungsprojekte und gegenseitige Einbeziehung von Gastwissenschaftlern, insbesondere auch jüngeren Forscherinnen, zu identifizieren.

Bei einem Gegenbesuch hochrangiger polnischer Sozialwissenschaftler am WZB im November 1999 wurde sodann eine Reihe von Workshops verabredet, die in den Jahren 2000/2001 in Berlin, Warschau, Torun, Prag und Kiew zu Problemen der Transformation post-sozialistischer Länder und deren Weg der europäischen Integration stattfinden und auch mittel- und osteuropäische Kollegen einbeziehen sollen. Weitere Vereinbarungen mit polnischen Institutionen betreffen den Austausch von jüngeren Forschern und Graduierten mit der Central European University und der Warsaw School of Economics. Besonderes Echo hatten im Januar 1999 die Ergebnisse einer deutsch-polnischen Elitestudie gefunden, die gemeinsam vom Zentrum für Internationale Beziehungen (Warschau) und dem WZB unter der Leitung von Botschafter a.D. Janusz Reiter und Wolf-Dieter Eberwein durchgeführt worden war.

„Balkan-Initiative"

Eine sogenannte „Balkan-Initiative" ist Ende Juni 1999 vom Präsidenten der Berlin-Brandenburgischen Akademie der Wissenschaften unter Beteiligung der sechs Universitäten in Berlin und Brandenburg, des Wissenschaftskollegs zu Berlin, des Max-Delbrück-Centrums für Molekulare Medizin und des WZB ins Leben gerufen worden. In diesem Rahmen ist das WZB auf seinem Aufgabenfeld vorangegangen und hat – über die bereits bestehenden Forschungsverbindungen hinaus –

Möglichkeiten verstärkter Austausch- und Kooperationsbeziehungen mit Sozialwissenschaftlern aus den Staaten des früheren Jugoslawien und aus benachbarten Ländern erschlossen. In dem koordinierten Berlin-Brandenburgischen Förderprogramm konzentriert sich das WZB zum einen darauf, Kollegen aus diesen Ländern, insbesondere auch jüngeren Wissenschaftlern und Wissenschaftlerinnen, Austausch- und Arbeitsmöglichkeiten im unmittelbaren Zusammenhang mit hiesigen Forschungsschwerpunkten zu eröffnen.

Zum anderen soll ein besonderer Akzent auf die Intensivierung von Forschungsnetzwerken und internationalen Kooperationen in diesen Ländern selbst gesetzt werden, wobei auch Möglichkeiten der Unterstützung von Forschungsinfrastrukturen am jeweiligen Ort gesucht werden. Erste Einladungen sind noch für den Winter 1999 erfolgt; für Frühjahr/Sommer 2000 sind Workshops und „Summer Schools" in Montenegro unter Beteiligung des WZB geplant. Dabei werden bestehende Forschungskontakte mit Serbien, Albanien sowie Bulgarien genutzt und weitere Verbindungen, auch nach Mazedonien und Bosnien-Herzegowina, hergestellt.

Wissenschaftskontakte, Gastwissenschaftler

Unter den vielfältigen deutschen Wissenschaftskontakten des WZB-Präsidenten hervorzuheben sind der Austausch mit dem Rektor und Ständigen Fellows des Wissenschaftskollegs zu Berlin und die Verbindungen zum Kölner Max-Planck-Institut für Gesellschaftsforschung, dessen wissenschaftlichem Beirat der Präsident vorsitzt.

Gastwissenschaftler

1998

Professor **Andreas Blume**, University of Iowa, U.S.A.

Dr. **Colette Fagan**, University of Liverpool, Großbritannien

Professor **Nancy Fraser**, The City University of New York, U.S.A.

Professor **Dietmar Harhoff** Ph.D., Zentrum für Europäische Wirtschaftsforschung, Mannheim

Professor **Richard I. Hofferbert**, Binghamton University, New York, U.S.A.

Professor Dr. **Peter Katzenstein**, Cornell University, Ithaka, U.S.A.

Dr. **Thomas König**, Universität des Saarlandes, Saarbrücken

Dr. **Jacob de Koning**, Netherlands Economic Institute, Rotterdam, Niederlande

Dr. **Volker Teichert**, Neckar-Institut für Kultur, Umwelt und Sozialforschung, Heidelberg

1999

Professor **Senser Ayata**, Middle East Technical University, Ankara, Türkei

Moshe Banai Ph.D., The City University of New York, U.S.A.

Professor **Vladimir Gel'man**, European University, St. Petersburg, Rußland

Professor **Jeremy Lever**, All Souls College, Oxford, Großbritannien

Professor Dr. **Gunnar Folke Schuppert**, Humboldt-Universität zu Berlin

Thomas König Foto: Burckhard Wiebe

Peter J. Katzenstein Foto: Burckhard Wiebe

José M. Magone Foto: Burckhard Wiebe

Die Einladung von Gastwissenschaftlern des Präsidenten an das WZB dient dem Ziel, übergreifende Fragestellungen zu verfolgen und WZB-relevante Kooperationen anzubahnen oder zu vertiefen. (Zu den entsprechenden Aktivitäten der einzelnen Forschungseinheiten vgl. deren Berichte.)

Als längerfristig am WZB tätiger Gastprofessor hat M. Rainer Lepsius (Universität Heidelberg) seine Kooperationen mit WZB-Wissenschaftler fortgeführt und inzwischen beendet. Als wiederkehrender Gast des Präsidenten arbeitet regelmäßig Botschafter a.D. Dr. Richard E. Benedick (Washington D.C.) am WZB. Er befaßt sich mit globalen Umweltproblemen, darauf bezogenen politischen Verhandlungsprozessen und internationalen Vertragswerken. Fragen der politischen Entwicklung in Rußland im Vergleich zu anderen post-sozialistischen Ländern wie auch zu westlichen Demokratien hat Dr. Vladimir Gel'man, Senior Lecturer an der European University in St. Petersburg, während eines Gastaufenthalts am WZB bearbeitet.

In den Jahren 1998 und 1999 waren insgesamt 14 hochrangige Gastwissenschaftler und Gastwissenschaftlerinnen auf Einladung des Präsidenten und der verschiedenen Forschungseinheiten für kurz- und mittelfristige Arbeitsaufenthalte am WZB tätig (siehe Übersicht S. 29).

Karl W. Deutsch-Gastprofessur

Von besonderer Bedeutung ist die Karl W. Deutsch-Gastprofessur, die das WZB zum Andenken an seinen früheren Direktor jährlich ausschreibt. Diese Gastprofessur haben 1998 Professor Thomas König (Universität Mannheim) und Professor Peter J. Katzenstein (Cornell University) sowie 1999 Professor Dr. José M. Magone (University of Hull) wahrgenommen. Die Forschungsarbeiten dieser Wissenschaftler bezogen sich auf die Jahrbuchthemen „Eine lernende Demokratie – 50 Jahre Bundesrepublik Deutschland" sowie „Zukunft der Demokratie" und wurden in Abstimmung mit den Herausgebern der betreffenden Forschungseinheiten durchgeführt. Die Vorträge der Karl W. Deutsch-Gastprofessoren im Rahmen der WZB-Kolloquienreihe standen ebenfalls in engem Zusammenhang mit den Themen der WZB-Jahrbücher. Auch für die folgenden Jahre ist als Schwerpunkt der Ausschreibungen der Karl W. Deutsch-Gastprofessur das jeweilige Themenfeld des in Arbeit befindlichen WZB-Jahrbuchs bestimmt worden; damit soll ein weiterer

Seymour M. Lipset (links), Hans-Dieter Klingemann Foto: Burckhard Wiebe

Bundespräsident Roman Herzog (am Rednerpult) am 23. Juli 1998 im WZB Foto: Klaus Lehnartz

Beitrag zur Verknüpfung und Kooperation zwischen Forschungseinheiten des WZB geleistet werden.

Berlin

In Kooperation mit der Berliner Senatsverwaltung für Wissenschaft, Forschung und Kultur wurde am 9. Juni 1998 eine Fachtagung „Verwaltungsreform auf Ministerialebene" unter der wissenschaftlichen Leitung von Frieder Naschold und Alexander Wegener veranstaltet, auf der Sozial- und Verwaltungswissenschaftler, Praktiker aus den Verwaltungen und Politiker unter Einbeziehung der Erfahrungen anderer Kommunen und Bundesländer über die Kernprobleme der Berliner Verwaltungsreform diskutierten. Vom November 1998 bis März 1999 wurde vom WZB gemeinsam mit den Berliner Wirtschaftsgesprächen e.V. eine Forumsreihe „Berlins Zweite Zukunft" organisiert, in der Kernfelder der Berliner Stadtpolitik – zum Beispiel Berlin als Einwanderungsregion, „Schulaufgaben" der Berliner Bildungspolitik, Arbeitsmarkt und Qualifizierungspolitik, Neuorientierung auf mittelosteuropäische Staaten – im Dialog zwischen Wissenschaft, Politik und anderen Praxisfeldern zur Diskussion gestellt wurden. Im Mittelpunkt standen zentrale Zukunftsaufgaben Berlins in einem veränderten gesellschaftspolitischen Umfeld.

Kolloquien

Anläßlich des 25. Jubiläums der „Anglo-German Foundation for the Study of Industrial Society" hat das WZB gemeinsam mit der Stiftung ein Seminar zum Thema „Deregulation and Privatisation in Britain: Impact in the UK and Abroad" unter Mitwirkung von Lars-Hendrik Röller, David Soskice und des WZB-Präsidenten durchgeführt. Die Veranstaltung fand in Anwesenheit des damaligen Bundespräsidenten, Professor Dr. Roman Herzog,

statt, der zu diesem Anlaß erstmalig das WZB besuchte.

Darüber hinaus finden im WZB regelmäßig Kolloquien statt, in denen vor allem externe Referenten und Gastwissenschaftler, aber auch WZB-Wissenschaftlerinnen und -Wissenschaftler über ihre Forschungsarbeiten berichten und sie einem größeren Publikum vorstellen. 1998 wurde in Vorbereitung der Diskussion um die inhaltliche Ausrichtung einer neuen Abteilung im Forschungsschwerpunkt Marktprozeß und Unternehmensentwicklung eine Kolloquienreihe „Globalisierung, Systemwettbewerb, Innovation“ mit Vorträgen von Professor Axel Börsch-Supan (Mannheim), Dr. Jane Humphries (Cambridge), Professor Dennis Snower (London), Professor Hans Werner Sinn (München), Professor Dietmar Harhoff (München), Professor Richard B. Freeman (Cambridge, U.S.A.), Professor Frieder Meyer-Krahmer (Karlsruhe) und Professor Dr. Ekkehart Schlicht (München) veranstaltet. Auch die Vortragsreihe zu den gesellschaftlichen und politischen Transformationsprozessen in Mittel- und Osteuropa wurde mit Kolloquien mit Professor Dr. Laslo Sekelj (Belgrad), Professor Andrzej Rychard (Warschau), Dr. Michal Federowicz (Warschau), Dr. Vladimir Gel'man (St. Petersburg) sowie Professor Hubert Orlowski (Poznan) fortgesetzt.

Weitere Vorträge befaßten sich mit folgenden Themen: Professor Ronald Inglehart (Michigan): „Clash of Civilizations or Globalization of Cultures? Empirical Evidence from 61 Societies“; Professor Dr. Arndt Sorge (Tilburg): „Die Hochschule als betriebsförmige Wirtschaftsorganisation in den Niederlanden“; Professor Nancy Fraser (New York): „Social Justice in the Age of Identity Politics: Redistribution, Recognition, Participation“; Professor Sencer Ayata Ph.D. (Ankara): „Political Conflict and Social Change in Contemporary Turkey“; Professor Ayse Günes-Ayata Ph.D. (Ankara): „State, Society and Gender in Turkey“; Professor Ulrich Beck (München): „Die Zukunft der Arbeit und ihre Szenarien“ und Professor Seymour Martin Lipset (Washington, D.C.): „Conditions of Democracy“.

Presse- und Öffentlichkeitsarbeit

Periodika

Die Zeitschrift „WZB-Mitteilungen“ dient der schnellen Vermittlung von Ergebnissen der WZB-Forschung und ist an eine breitere Öffentlichkeit gerichtet. Sie erscheint viermal jährlich (März, Juni, September, Dezember) in einer Auflage von derzeit rund 11.000 Exemplaren und berichtet in knapper Form auch über Konferenzen, Seminare, Gastwissenschaftler, Personalien.

Dreimal im Jahr (Januar, Mai, September) erscheint die „WZB-Forschung – Hinweise auf neue Arbeiten“ in einer Auflage von 5.100 Exemplaren. Hier finden sich Kurzbeschreibungen der Discussion papers sowie Hinweise auf Buchneuerscheinungen und aktuelle Aufsätze in Fachzeitschriften. Im Frühjahr wird der Informationsdienst „WZB abstracts“ in englischer Sprache veröffentlicht; hier werden die im Vorjahr in Englisch erschienenen Discussion papers sowie ausgewählte englischsprachige Bücher und Zeitschriftenartikel vorgestellt.

Papers

In verschiedenen Serien der einzelnen Forschungseinheiten erscheinen jährlich etwa 120 neue Titel der Discussion papers, in denen (erste) Ergebnisse und Zwischenbilanzen von Projekten aus der WZB-Forschung vorgelegt werden. Von diesem Angebot wird weiterhin von einer Vielzahl von Interessenten Gebrauch gemacht; so wurden 1998 insgesamt 40.119 papers angefordert, 1999 waren es 35.976 (zum Vergleich 1996: 40.666; 1997: 46.174).

Presse

Etwa monatlich veröffentlicht das WZB Pressemitteilungen zu Ergebnissen seiner Forschungen. In Pressekonferenzen, zu denen mehrmals im Jahr eingeladen wird, präsentieren Wissenschaftler ihre Publikationen und diskutieren mit Journalisten Thema und Resultat ihrer Projekte. Besonders erfolgreich, was die Anzahl der darauffolgenden Berichte in den Medien anbelangt, waren zwei Pressekonferenzen 1999: zur deutsch-polnischen Elite-Studie am 14. Januar sowie zum WZB-Jahrbuch 1999 am 7. Juni. Erhebliche Resonanz fand etwa auch

die Pressemitteilung vom 7. September 1998 („Schweden an der Spitze der kulturellen Entwicklung"), die auch in Schweden selbst Beachtung fand und im Wahlkampf zum schwedischen Reichstag eine Rolle spielte.

idw

Seit September 1997 werden die Pressemitteilungen des WZB auch in den „informationsdienst wissenschaft" (idw) sowie auf die Internet-Seiten des WZB in elektronischer Form eingestellt. Etwa 4.200 Abonnenten insbesondere aus dem Bereich der Medien nutzen den idw, über deren Experten-Makler die WZB-Pressestelle ebenfalls angeschlossen ist. Mit dessen Hilfe können den anfragenden Journalisten Fachwissenschaftler zu bestimmten tagesaktuellen Sachfragen – etwa für Interviews – vermittelt werden.

WZB-Bücher

In den Jahren 1998 und 1999 sind 48 Buchneuerscheinungen aus dem WZB zu verzeichnen (1998: 21; 1999: 27). Davon entfallen 24 Titel auf die WZB-Buchreihe, die bei edition sigma veröffentlicht wird; weitere 24 Bände erschienen außerhalb dieser Reihe in verschiedenen Verlagen des In- und Auslands.

Ein besonderer Stellenwert auch in der Außenwahrnehmung kommt den WZB-Jahrbüchern zu, die im Berichtszeitraum zum fünften und sechsten Mal der Öffentlichkeit vorgelegt wurden. Sowohl das WZB-Jahrbuch 1998 „Organisationslernen – institutionelle und kulturelle Dimensionen", das von Meinolf Dierkes, Horst Albach, Ariane Berthoin Antal und Kristina Vaillant herausgegeben wurde, als auch das Jahrbuch 1999 „Eine lernende Demokratie – 50 Jahre Bundesrepublik Deutschland", für das Max Kaase und Günther Schmid als Herausgeber zeichnen, erzielten eine breitere Aufmerksamkeit, abzulesen nicht zuletzt an der positiven Absatzentwicklung. Beide Bände wurden zwischenzeitlich nachgedruckt.

Unter den weiteren Reihentiteln stieß vor allem das Buch „Der dritte Sektor in Deutschland – Organisationen zwischen Markt und Staat im gesellschaftlichen Wandel", herausgegeben von Helmut K. Anheier, Eckhard Priller, Wolfgang Seibel und Annette Zimmer, auf eine außergewöhnlich starke Nachfrage. Eine Nachfolgepublikation zu diesem Thema ist in Vorbereitung. Ähnlich erfreuliche Resonanz fand der von Eckart Hildebrandt und Eberhard Schmidt herausgegebene Titel „Arbeitnehmerbeteiligung am Umweltschutz – Die ökologische Erweiterung der industriellen Beziehungen in der Europäischen Union", von dem die Bundesarbeitskammer in Wien eine zusätzliche, gesonderte Auflage übernahm. Größeres Interesse verbuchen konnten auch die Bände „Arbeitsmarktstatistik zwischen Fiktion und Wirklichkeit" (Herausgeber: Jürgen Schupp, Felix Büchel, Martin Diewald, Roland Habich) und „The Annotated Bibliography of Organizational Learning" (Herausgeber: Meinolf Dierkes, Marcus Alexis, Ariane Berthoin Antal, Bo Hedberg, Peter Pawlowsky, John Stopford, Lai Si Tsui-Auch).

Seit längerem gut etabliert ist eine Veröffentlichungsreihe, die Max Kaase und Hans-Dieter Klingemann beim Westdeutschen Verlag zu den

Presse- und Informationsreferat

Personal am 1. Oktober 1999	seit
Udo Borchert	1991
Birgit Gruber	1987
Heidi Hilzinger M.A.	1984
Ingeborg Weik-Kornecki	1991
Burckhard Wiebe M.A., B.A.	1982

deutschen Bundestagswahlen herausgeben und 1998 mit dem Band „Wahlen und Wähler – Analysen aus Anlaß der Bundestagswahl 1994“ fortführten. Ähnliches gilt für das „Jahrbuch Ökologie“, das unter der Herausgeberschaft von Günter Altner, Barbara Mettler-von Meibom, Udo E. Simonis und Ernst U. von Weizsäcker im Verlag C.H. Beck publiziert wird und inzwischen auf eine neunjährige Tradition zurückblickt.

Zu den WZB-Büchern, die in britischen bzw. US-amerikanischen Verlagen veröffentlicht wurden, zählen die Monographie „Labour Market Efficiency in the European Union“ von Klaus Schömann, Ralf Rogowski und Thomas Kruppe sowie der von Jacqueline O'Reilly und Colette Fagan edierte Sammelband „Part-time Prospects – An International Comparison of Part-time Work in Europe, North America and the Pacific Rim“; beide Werke erschienen bei Routledge. Erwähnenswert ist ferner, daß der Verlag Rowman & Littlefield 1999 das ein Jahr zuvor in Deutschland bei edition sigma publizierte Buch „Acts of Dissent“ (Herausgeber: Dieter Rucht, Ruud Koopmans, Friedhelm Neidhardt) in einer zusätzlichen Ausgabe auf den US-amerikanischen und kanadischen Markt brachte.

Verwaltung

Im Laufe des Berichtszeitraums wechselte in der Konsequenz von Beschlüssen der Regierungschefs des Bundes und der Länder „Zur Sicherung der Qualität der Forschung“ die federführende Betreuung zunächst vom Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) zum Sitzland Berlin und 1999 wegen des überwiegenden Bundesinteresses wieder zum Bundesministerium für Bildung und Forschung. Wie bei allen Leibniz-Instituten erhält das Land weiterhin eine Zuweisung aus dem Bundeshaushalt für das WZB und ist dessen alleiniger Zuwendungsgeber. In der inhaltlichen und administrativen Betreuung ist jedoch der Bund federführend, und es gelten das Recht und die Bewirtschaftungsgrundsätze des Bundes für das WZB.

Seit 1998 unterliegt das WZB – zunächst bis zum Jahr 2000 – der Verpflichtung zur Leistung einer Abgabe von 2,5 Prozent der geplanten Haushaltsmittel – ohne Hochschulsonderprogramm (HSP) und Bauinvestitionen – an die Deutsche Forschungsgemeinschaft (DFG). Die DFG-Abgabe betrug in den Berichtsjahren 579.000 Mark bzw. 576.000 Mark; sie ist nicht zuwendungsfähig, muß also im Haushaltsvollzug zu Lasten anderer Positionen eingespart werden. Bemühungen um eine Revision dieser Abgabe waren bislang nicht erfolgreich. Auch diese Maßnahme gilt für alle Leibniz-Institute in der Folge der genannten Regierungschefbeschlüsse.

Seit dem 30. Juli 1998 hält das WZB eine Beteiligung in Höhe von knapp 25 Prozent an der CHOICE Mobilitätsproviding GmbH. Die Gründung dieser Gesellschaft erfolgte zusammen mit der Audi AG und der Stattauto Berlin GmbH und ist die Konsequenz aus der Förderung eines Leitprojekts des BMBF im Bereich der Mobilitätsforschung. Die Beteiligung blieb durch eine dafür empfangene Spende haushaltsneutral.

Der langjährige Leiter der Allgemeinen Verwaltung und Beauftragte für den Haushalt Manfred Lenz ist zum 31. Dezember 1999 altersbedingt ausgeschieden. Diese und andere personelle Veränderungen in der Finanzbuchhaltung mußten zeitgleich mit der Einführung eines neuen DV-Systems für die Finanzbuchhaltung bewältigt werden, da das alte System weder Jahr-2000- noch Euro-fähig war. Eingeführt wurde zum Ende des Jahres 1999

das Software-System „Navision Financials“, das auch Module für die Kosten- und Leistungsrechnung und ein auf die Bedürfnisse des WZB zugeschnittenes Modul für die Kalkulation und Abrechnung von Forschungsprojekten enthält. Die Implementation des gesamten Systems wird noch im Jahre 2000 andauern.

Bereits gegen Ende des vergangenen Berichtszeitraums konstituierte sich eine Arbeitsgruppe, die Eckpunkte für eine Kleine Verwaltungsreform im WZB erarbeiten soll. Die aktuelle Organisationsstruktur und die personelle Besetzung der Verwaltung ist aus dem Organigramm auf S. 228 ersichtlich. Die Arbeitsgruppe Verwaltungsreform wurde 1999 zunächst ausgesetzt, um die Entwicklungen im Zusammenhang mit der Einführung der Kosten- und Leistungsrechnung (KLR) zu beobachten und im WZB zu diskutieren. Eine Arbeitsgruppe KLR hat sich inzwischen mit der Problemanalyse befaßt und erste Kriterien für die Ausgestaltung einer Kosten- und Leistungsrechnung im WZB diskutiert. Ihre flächendeckende Einführung als ein Element umfassenden Forschungscontrollings neben systematischer Evaluierung und Programmbudgets in den Leibniz-Instituten ist das Ergebnis von Beschlüssen der Bund-Länder-Kommission für Bildungsplanung und Forschungsförderung einerseits und der Leibniz-Gemeinschaft andererseits. Die KLR als internes betriebswirtschaftliches Steuerungsinstrument ist zu verstehen als Äquivalent zu größeren haushaltsrechtlichen Freiheiten und zum weitgehenden Verzicht auf eine externe Detailsteuerung durch die Zuwendungsgeber.

Seit 1998 gelten auch für das WZB neue, flexiblere Bewirtschaftungsgrundsätze, die die Haushaltsführung im Detail erleichtern. Eine völlige Abkehr von der Kameralistik ist damit noch nicht vollzogen, bleibt aber das Ziel. Bereits für 1999 und künftig können Restmittel ohne Anrechnung auf die Zuwendung in das Folgejahr übertragen werden.

Personal

Im Berichtszeitraum mußte das WZB weitere Kürzungen seines Stellenplans hinnehmen und verfügte zum Jahresende 1999 nur noch über 143,5 Planstellen für Angestellte, davon 86,5 Stellen der Vergütungsgruppen IIa und höher, eine Planstelle für Arbeiter sowie drei Positionen für Auszubildende (gegenüber zwei im vorigen Berichtszeitraum). Für zwei weitere Planstellen wurden die erforderlichen Mittel im Personalhaushalt gestrichen. Damit hat das WZB seit 1994 praktisch 13,5 Stellen verloren, also den Stellenbestand zweier großer Abteilungen. Andererseits kann das WZB inzwischen vier Mitarbeiterinnen bzw. Mitarbeiter mit unbefristeten Verträgen außerhalb des Stellenplans beschäftigen. Durch diese sogenannten Projektstellen ist es möglich, einige Stellenverluste wieder auszugleichen und durch Drittmitteleinnahmen zu finanzieren.

In Konsequenz der Stellenverluste wurden für die Neustrukturierung des Forschungsschwerpunkts Sozialer Wandel, Institutionen und Vermittlungsprozesse ab 2002 nur zwei anstelle der bisherigen drei Abteilungen zur Neubesetzung ausgeschrieben: die erste Manifestation drastischer Strukturveränderung aufgrund der anhaltenden Kürzungen.

Seit Jahren schon werden Flexibilitäten im Stellenplan genutzt, die durch die befristete Beschäftigung im Wissenschaftsbereich und den hohen Anteil von Teilzeitbeschäftigung im Infrastrukturbereich entstehen. Aber der Anteil befristeter Beschäftigung beim wissenschaftlichen Planstellenpersonal geht kürzungsbedingt zurück (vgl. S. 18), und die Planstellen für das Infrastrukturpersonal sind ausschließlich unbefristet besetzt. Diese Positionen sind kurz- und mittelfristig schon aus arbeitsrechtlichen Gründen nicht einzusparen und weiterhin – insbesondere im Bereich wissenschaftlicher Sekretariate – unverzichtbar. Unbefristete Arbeitsverträge müssen daher aus sogenannten Aushilfsmitteln weiterfinanziert werden, und es werden auch zunehmend befristete Aushilfsarbeitsverhältnisse für die Sekretariatsbetreuung von Drittmittelprojekten eingegangen, die allerdings aus der Grundfinanzierung bezahlt werden müssen.

Durch eine Vereinbarung von Bund und Ländern, daß bei gemeinsamen Berufungen mit den Universitäten eine Lehrverpflichtung von bis zu zwei Semesterwochenstunden finanzierungsneutral sein soll, entfällt bei künftigen gemeinsamen Berufun-

gen mit den Universitäten deren Finanzierungsanteil. Das WZB wird die Aktivbezüge gemeinsam berufener Professoren/Direktoren vollständig tragen, soweit deren Lehrverpflichtung zwei Semesterwochenstunden nicht übersteigt. Die Kooperationsvereinbarung mit der Humboldt-Universität aus dem Jahre 1993 ist insofern bereits an die neue Rechtslage angepaßt, als eine Lehrverpflichtung von bis zu vier Semesterwochenstunden bei einer anteiligen Finanzierung von 15 Prozent durch die Universität vorgesehen ist.

Für die Versorgungsansprüche gemeinsam Berufener wird das WZB künftig einen Versorgungszuschlag in Höhe von 30 Prozent der Bezüge an die Universitäten zahlen. Die Versorgungslastenteilung entfällt und damit auch das weitere Anwachsen von Pensionsverpflichtungen, die langfristig den Personalhaushalt des WZB belasten. Immerhin werden die absehbaren Pensionsverpflichtungen für die gegenwärtig gemeinsam berufenen Professoren auf eine knappe Million Mark pro Jahr bis zum Jahr 2008 anwachsen. Dafür wird seit 1996 in einem eigens dotierten Haushaltstitel die Finanzierung jeweils entsprechend den zu erwartenden Pensionierungsfällen bereitgehalten.

Im März/April 1998 wurde die Personalwirtschaft des WZB einer umfänglichen Innenrevision unterzogen, deren Ergebnisse Eingang in die praktische Arbeit der Personalstelle fanden, wo dies angezeigt war. Schwerpunkte der Prüfung waren die Personalaktenführung und die Eingruppierungen nach dem BAT. Mit der empfohlenen Einführung der Stellenbeschreibungs- und -bewertungssoftware der Firma BIOS im Laufe des Jahres 1999 verfügt die Personalstelle nun über ein Instrument, den sich immer mehr verschärfenden Anforderungen der Prüfungsinstanzen in diesem Bereich in Zukunft zuverlässiger gerecht zu werden.

Dem WZB steht weiterhin eine C4-Stelle für den Abschluß von außertariflichen Anstellungsverträgen mit Gastwissenschaftlern zur Verfügung. Eine weitere C4-Stelle wird seit 1997 längerfristigen Engagements von Gastwissenschaftlern vorbehalten, die die Arbeit der Forschungsbereiche für etwa ein Jahr begleiten und anreichern (vgl. S. 29).

Das WZB ist seitens der Zuwendungsgeber ermächtigt, mit Gastwissenschaftlern ohne besondere Genehmigung außertarifliche Anstellungsverträge abzuschließen, wenn das Engagement nicht über 18 Monate hinausgeht und die Vergütung auf der Basis des Besitzstands eine solche der Besoldungsgruppe B7 nicht übersteigt. Das Verfahren ermöglicht neben den langfristig geplanten auch kurzfristige Einladungen und hat sich sehr bewährt. In den Jahren 1998/1999 konnten 14 (gegenüber 26 im Berichtszeitraum 1996/1997) hochrangige Gastwissenschaftlerinnen und Gastwissenschaftler für Forschungsaufenthalte am WZB gewonnen werden. Namen und Herkunftsinstitutionen sind in der Übersicht auf Seite 29 aufgeführt.

Der durchschnittliche monatliche Personalbestand lag 1998 bei 270 und 1999 bei 279 Personen. Die beträchtliche Differenz zur Anzahl der Planstellen ergibt sich aus der großen Zahl von wissenschaftlichen Hilfskräften, Doktoranden, zusätzlichem Drittmittelpersonal und aus der Teilzeitbeschäftigung auf Planstellen.

Im Jahr 1998 wurden 158, im Jahr 1999 insgesamt 153 Anstellungsverträge geschlossen. 1998 verließen 101 und 1999 genau 108 Beschäftigte das WZB. Im Jahr 1999 waren durchschnittlich 365 Abrechnungsfälle zu bearbeiten. Diese Zahl ist höher als die der Mitarbeiter, weil regelmäßig Rückrechnungen für ausgeschiedene Mitarbeiter oder aufgrund von tariflichen oder persönlichen Änderungen zu erstellen sind. Die Sachbearbeitung für die Gehaltsabrechnung wird von der Personalstelle wahrgenommen; die Abrechnung selbst wird weiterhin von einem externen Dienstleister durchgeführt.

Haushalt

Der Haushalt des WZB entwickelte sich in den vergangenen vier Jahren wie in Tabelle 1 dargestellt.

Die im Vergleich zu den Vorjahren niedrigeren Soll-Ansätze in den Jahren 1998 und 1999 berücksichtigen einerseits den Wegfall der Mittel für Baumaßnahmen und andererseits Reduzierungen bei den Personalmitteln aufgrund von Stellenverlusten. Das Zurückbleiben der Ist-Ausgaben hinter den

	1996	1997	1998	1999
Personalausgaben	17.215.505	17.277.149	16.940.997	17.743.000
Sächliche Verwaltungsausgaben	5.401.852	5.229.497	5.421.114	5.612.000
Geräteinvestitionen	902.616	359.612	308.765	183.383
Bauinvestitionen	348.796	180.400	417	–
Vorfinanzierung USt.-Rest (+) bzw. Erstattung USt.-Rest (–)	134.421	78.080	–517.927	–
HSP III	285.387	355.800	357.198	569.400
Summe Ist-Ausgaben	24.288.577	23.480.538	22.510.564	22.997.865
Soll lt. Wirtschaftsplan	25.088.000	24.355.000	23.819.500	23.852.000
Drittmittel	3.144.339	2.668.300	3.949.871	3.638.002

Tabelle 1 Haushaltsentwicklung 1996–1999

Soll-Ansätzen in den Berichtsjahren ist im wesentlichen darauf zurückzuführen, daß die veranschlagten Mittel für die DFG-Abgabe (1998: 579.000 Mark; 1999: 576.000 Mark) und Tarifvorsorgemittel nicht zugewendet wurden. Sie mußten im Betrieb eingespart werden. Die verbleibende Differenz erklärt sich durch gesperrte Versorgungszusagetitel, Kassenrestmittel und nicht abgerufene Mittel.

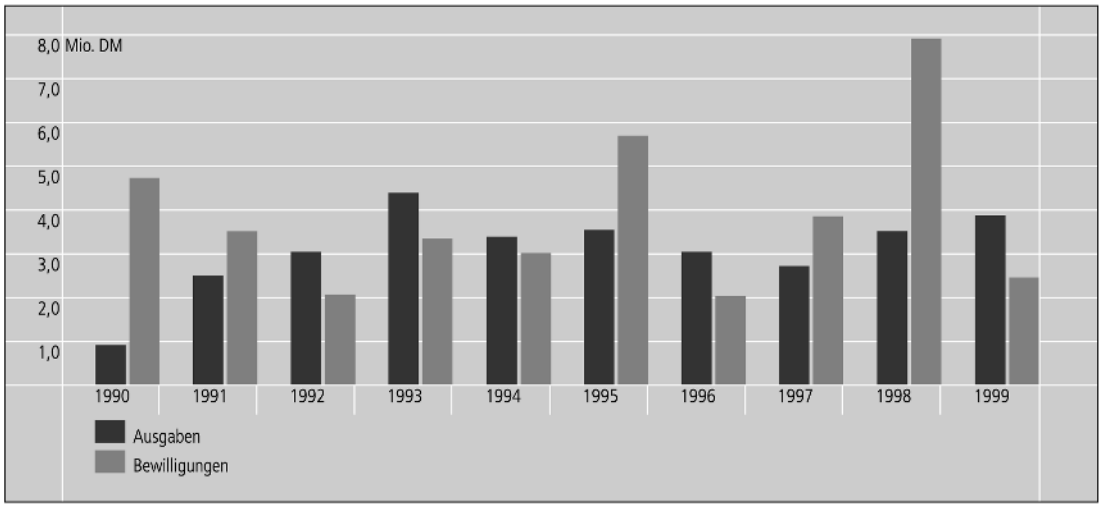
Im Jahre 1998 kam es per Saldo zu umfangreichen Steuerrückerstattungen aus der regen Investitionstätigkeit der Vorjahre. Sie wirken als Verminderung der Ist-Ausgaben 1998. Trotz der erfolgten Umsatzsteuererstattung ist das generelle Problem der Vorsteuerabzugsberechtigung des WZB bei gleichzeitiger Inanspruchnahme steuerlicher Gemeinnützigkeit ungeklärt. Da dieses Problem auch andere Forschungseinrichtungen betrifft, befaßt sich gegenwärtig eine Arbeitsgruppe der Umsatzsteuerreferenten des Bundes und der Länder mit diesem Thema. Das WZB hat aber im Rahmen der laufenden Umsatzsteuerprüfung für die Jahre 1993 bis 1996 noch keine rechtsmittelfähigen Bescheide erhalten wie andere Forschungseinrichtungen, die sich hohen Umsatzsteuerrückforderungen seitens der Finanzbehörden ausgesetzt sehen.

Auch im Berichtszeitraum 1998/1999 unterlag das WZB der fortgesetzt restriktiven Haushaltspolitik der Zuwendungsgeber. Unumgängliche Mehrausgaben wie die hohe DFG-Abgabe oder die unerwartete Personalkostensteigerung 1999 durch die Tariferhöhung von 3,1 Prozent im Öffentlichen Dienst mußten im Haushaltsvollzug aus Investitionsmitteln und zu Lasten der wissenschaftlich relevanten Budgetpositionen, die naturgemäß weniger langfristig verplant sind, eingespart werden.

Drittmittel

Im Berichtszeitraum hat sich der Anteil der Drittmittel an den Gesamtausgaben des WZB mit ca. 16 Prozent wiederum erhöht. Die Entwicklung der Drittmittelbewilligungen und -ausgaben seit 1990 ist in der Grafik 1 (S. 38) abzulesen. Im zweijährigen Berichtszeitraum erhielt das WZB Bewilligungen in Höhe von knapp 10,4 Millionen Mark. Die Anteile der unterschiedlichen Zuwendungsgeber an diesen Bewilligungen sind in der Grafik 2 dargestellt (S. 38).

Alle Drittmittelprojekte des WZB werden von der Vorkalkulation bis zum abschließenden Verwendungsnachweis von der Drittmittelstelle des WZB administrativ abgewickelt. Dies schließt auch die umfassende Beratung bei Antragstellung in personalwirtschaftlicher und steuerlicher Hinsicht, im Hinblick auf die Richtlinien der Zuwendungsgeber sowie die Fertigstellung der Anträge in Abstimmung mit der Geschäftsführung ein.

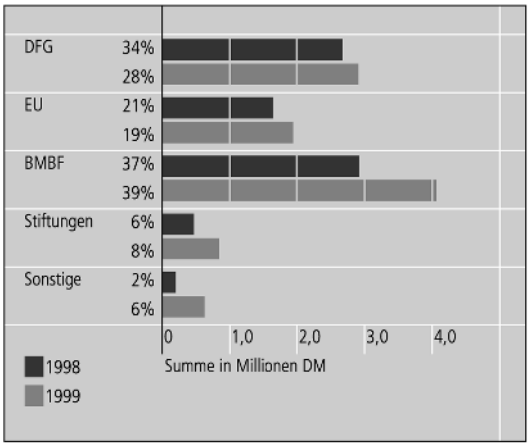


Graphik 1
Drittmittel 1990–1999, Ausgaben und Bewilligungen

Nach ihrer Bewilligung werden für die Projekte eigene Kostenstellen eingerichtet, die eine projektbezogene Budgetkontrolle ermöglichen. Elemente von Kosten- und Leistungsrechnung sind also in diesem Bereich bereits verwirklicht und gewährleisten einen umfassenden administrativen Service für die Forschungsbereiche.

Weiterbildung

Entsprechend der Zielrichtung der Betriebsvereinbarung für Weiterbildung aus dem Jahre 1994 lag der personelle Schwerpunkt der geförderten Weiterbildungen wiederum bei den nichtwissenschaftlichen Beschäftigten, insbesondere der Verwaltung. 1998 wurden hierfür ca. 80 Prozent der budgetierten Weiterbildungsmittel eingesetzt. Es wurden anteilig 42 Prozent Weiterbildungsmaßnahmen für die Personalstelle, zu 16 Prozent im Bereich Allgemeine Verwaltung und zu knapp 22 Prozent Weiterbildung im Bereich der Administrativen Geschäftsführung finanziert. 1999 wurden im Bereich der Personalstelle und der Allgemeinen Verwaltung ca. 40 Prozent des Weiterbildungstitels für Weiterbildungsmaßnahmen in Anspruch genommen.



Graphik 2
Anteile der Zuwendungsgeber an den Drittmittelbewilligungen 1998–1999

Neben die individuellen, meist externen Weiterbildungsmaßnahmen traten im Berichtszeitraum verstärkt Gruppenveranstaltungen in Form von Inhouse-Schulungen, überwiegend zu Themen aus dem Bereich Software/Internet. Die beiden umfangreichsten Veranstaltungen dieser Art waren Einführungen in die Erstellung von PDF-Dokumenten und zur Nutzung des Internet.

Druckerei

Die Herstellung von Büchern, Broschüren und anderen Druckschriften erfolgt unverändert in der eigenen Hausdruckerei. Im Berichtszeitraum wurden rund 11,1 Millionen (1996/97: 14,4 Millionen) Vervielfältigungen hergestellt, die zu 11.728

(1996/97: 12.903) Büchern und 77.945 (1996/97: 112.353) Broschüren weiterverarbeitet wurden. Der erhebliche Rückgang in der Herstellung von Broschüren und Büchern erklärt sich aus der zunehmenden Nutzung des Internet, dem elektronischen Versand von Discussion papers per E-mail bzw. daraus, daß die Papers auf den Internet-Seiten vieler Abteilungen des WZB bereits verfügbar sind.

Datenverarbeitung

Im Jahr 1998 wurde wie geplant der Engpaß bei der Internetverbindung des WZB beseitigt, indem die Leitungskapazität von 64 Kilobit auf 2 Megabit pro Sekunde erhöht wurde. Recherchen und andere Arbeiten im Internet wurden dadurch wesentlich erleichtert.

Im gesamten Berichtszeitraum wurden viele Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter darin ausgebildet, Internetseiten zu erstellen und zu gestalten. Das hat dazu geführt, daß jetzt fast alle Abteilungen und Arbeitsgruppen in erweiterter Form im Internet präsent sind. Ferner gab es ein umfangreiches und erfolgreiches Schulungsprogramm im Bereich des elektronischen Publizierens. Angestrebt und weitgehend verwirklicht wurde einerseits, die hauseigene Druckerei nur noch mit elektronischen Vorlagen zu beliefern, und andererseits, Publikationen wie etwa die WZB-Discussion papers im Internet bereitzustellen. So wurden 1998 ca. 700-mal Discussion papers über das Internet abgerufen, 1999 bereits ca. 5000-mal.

Ende 1998 wurden die zentralen Speicherkapazitäten von 50 auf 85 Gigabyte erhöht, ein neuer, schnellerer Internetserver eingerichtet, der CD-ROM-Server von 14 auf 21 CD-Laufwerke erweitert sowie ein sehr schneller, zentraler Laserdrukker angeschafft, der auch DIN A3-Papier verarbeiten und doppelseitig drucken kann. Im Jahr 1999 wurden die zentralen DV-Anlagen ebenso wie die Arbeitsplatzrechner und deren Software auf ihre „Jahr-2000"-Tauglichkeit überprüft. Auf der Basis dieser Überprüfung wurden einige wenige Geräte ausgesondert sowie Software-Updates eingespielt. Der zentrale Router des WZB, der den Übergang zum Internet realisiert, wurde durch ein neues Gerät ersetzt, da seine Jahr-2000-Festigkeit nicht gesichert war. Nach dem Jahrtausendwechsel sind keine Probleme bekannt geworden. Nach dem Ablauf des Jahres 1999 unterstützt das WZB die Verwendung des Betriebssystems „Windows 3.1" nicht mehr. Alle Arbeitplatzrechner müssen hinfort mit „Windows 95/98" ausgerüstet sein.

Da sich im Laufe des Jahres 1999 die zentrale Speicherkapazität wieder erschöpfte, hat das WZB einen neuen Fileserver mit 227 Gigabyte Plattenspeicher beschafft. Dieser Server ist inzwischen eingerichtet; er wurde mit dem neuen Netzwerkbetriebssystem „Novell Netware 5" ausgestattet. Im gesamten Berichtszeitraum wurden die Softwarebestände des WZB kontinuierlich erweitert und erneuert.

DV-Koordination

Personal am 1. Oktober 1999	seit
Diplom-Mathematiker Jürgen Bruchhaus	1993
Jan Flickschu	1999
Diplom-Mathematiker Peter Rindfuß	1983
Diplom-Soziologin Carola Schirmer	1999
Ausgeschiedenes Personal[1]	1998–1999
Diplom-Informatikerin Inger Hoffmann	1995–1998

1 mit mindestens 12 Monaten Zugehörigkeit zum WZB

Bibliothek und Dokumentation

Die Bezeichnung „Bibliothek" kennzeichnet nur noch sehr unzureichend die heutigen Hauptaufgaben und -funktionen dieser Abteilung des WZB. Die bibliothekarische Tätigkeit am WZB ist inzwischen überwiegend durch die Nutzung informationstechnologischer Instrumente zur Beschaffung digitaler Objekte gekennzeichnet. Bibliothekarische Arbeitsplätze am WZB sind definitiv Internet-Arbeitsplätze. Dieser Wandel war vor zwei Jahren in der Tendenz schon erkennbar; er vollzog sich im Berichtszeitraum jedoch so schnell, daß der jetzt erreichte Stand bereits als etwas Alltägliches und Selbstverständliches empfunden wird.

Bibliothek und Dokumentation

Personal am 1. Oktober 1999	seit
Simeon Faensen	1998
Anke Gessner	1974
Silvia Höhne	1997
Birgit Hünerbein	1988
Ursula Husingen	1993
Dr. Gerd Paul	1978
Dankwart Purbs	1974
Jürgen Richter	1988
Diplom-Bibliothekarin Katharina Röttig	1989
Elke Salecker	1999
Katharina Sell	1993
Diplom-Bibliothekarin Regine Sühring	1979
Diplom-Bibliothekarin Birgit Wobig	1988
Karin Ziegler	1998
Ausgeschiedenes Personal[1]	1998–1999
Carsten Ernst	1997–1999
Barbara Schelkle	1995–1999

Mehr als die Hälfte aller bibliothekarischen Tätigkeiten beziehen sich mittlerweile auf die digitale Recherche und Textbereitstellung – überwiegend mittels Internet. Die Internet-Kompetenz der Abteilung erfährt denn auch immer wieder hohe Anerkennung; als ein Mix aus Technikkompetenz, fachlich-inhaltlicher Kompetenz und solidem Erfahrungswissen ist sie ein wichtiger Bestandteil der fachlichen Informationsversorgung der Forschung am WZB. Zu den naheliegenden Folgen dieser Entwicklung gehört, daß die Abteilung Internet-Einweisungen und -Schulungen für ihre Nutzerinnen und Nutzer durchführt, ein Angebot, von dem zahlreich Gebrauch gemacht wird.

1 mit mindestens 12 Monaten Zugehörigkeit zum WZB

Die WZB-Bibliothek leistet ihrerseits auch einen Beitrag zum weltweiten digitalen Wissenspool. In den letzten zwei Jahren wurde ein sogenannter Internet-OPAC (Online-Public-Access-Catalogue) installiert; er ermöglicht, daß – über das WZB-interne Netz hinaus – Interessenten weltweit einen WWW-Zugang zu den Bibliotheks-Datenbeständen haben. Mittlerweile weisen vier Datenbanken (über eine Benutzungsoberfläche gemeinsam und separat recherchierbar) Bücher und Fachzeitschriften sowie Einzelbeiträge von rund 70 Prozent aller in der Bibliothek gehaltenen Periodika und die Gesamtheit aller aus der Forschung hervorgegangenen Publikationen des Hauses nach, letzteres – dem Stand der Entwicklung entsprechend – mit Links zum Volltextserver der Bibliothek und zu den dort (seit 1999) bereitgestellten digitalen WZB-Publikationen. Insgesamt umfaßt der Bibliothekskatalog derzeit 265.000 Literaturnachweise, und jährlich kommen rund 70.000 weitere hinzu.

Die Elektronisierung der Katalog- und Literaturreferenzsysteme sowie ihre Vernetzung, die Digitalisierung von (Informations-) Beschaffungswegen über das Internet einschließlich der Bereitstellung elektronischer Volltexte sind nur erste Schritte in einem Prozeß, der jetzt auch die bibliothekarischen Geschäftsgänge und die Formen der Werkstückbearbeitung erreicht hat. Die Bibliothek plant für den kommenden Berichtszeitraum, ein Konzept zur Elektronisierung weitgehend aller internen Arbeitsschritte und Arbeitsabläufe zu entwickeln und umzusetzen, dessen Komponenten durch netz- und formulargestützte Datenflüsse gekennzeichnet sind. Dieser wie die bisherigen Entwicklungs- und Innovationsprozesse orientieren sich an einem Modell der Bibliothek, das sich durch eine ausgesprochene „Kundenorientierung“ für die Bedürfnisse der Forschung am WZB auszeichnet; für dieses Modell steht auch die weitgehende Integration der verschiedenen bibliothekarischen Teilarbeiten zu einer Tätigkeit, die alle Schritte der „klassischen“ Buchbearbeitung und Buchverwaltung sowie die Informationsversorgung als übergeordnetes Ziel bibliothekarischen Handelns umfaßt.

Forschungsschwerpunkt Arbeitsmarkt und Beschäftigung

Grundlagen

Arbeitsmärkte und die Beschäftigungsentwicklung in vielen hochentwickelten Volkswirtschaften werden geprägt durch mindestens zwei der drei Herausforderungen:

- Die wachsende Bedeutung menschlicher Ressourcen und ihre Organisation für die Leistungsfähigkeit der Wirtschaft;
- die neuen Verteilungsmuster von Beschäftigungs- und Einkommenschancen, die durch den Wandel in den Beziehungen zwischen Arbeits-, Dienstleistungs- und Produktmärkten einerseits und sozialen Institutionen andererseits ausgelöst worden sind;
- eine hohe und andauernde Arbeitslosigkeit.

Für eine positive Beschäftigungsentwicklung in Ländern, die sich auf dem Weltmarkt behaupten wollen, spielen Differenzierung und Qualität der Produkte und Dienstleistungen eine immer wichtigere Rolle. Dies erfordert dezentralisierte, flexible und „intelligente" Organisationsstrukturen. Die Anpassungsprozesse können nur dann Erfolg haben, wenn innovative Fähigkeiten in Unternehmen, Arbeitgeberverbänden und Gewerkschaften den organisatorischen Wandel unterstützen. Der spezifische Ansatz des Forschungsschwerpunkts Arbeitsmarkt und Beschäftigung liegt darin, sich auf die Analyse der Interaktionsbeziehungen zu konzentrieren, die für die Entwicklung des Arbeitsmarkt- und Beschäftigungssystems von Bedeutung sind.

Dem Forschungsprogramm liegt die These zugrunde, daß institutioneller Wandel (Anpassung und Innovation) die grundlegende Voraussetzung ist, um die Herausforderungen für Arbeitsmarkt- und Beschäftigungssysteme produktiv aufzugreifen. Folgende Forschungsfragen charakterisieren diesen Ansatz:

- Welche Handlungsoptionen eröffnen unterschiedliche nationale, regionale und sektorale institutionelle Regimes zur Bewältigung der neuen Herausforderungen?
- Wie wirken sich unterschiedliche nationale, regionale und sektorale institutionelle Arrangements auf die Bewältigung ähnlicher Herausforderungen aus?
- Wie passen sich Institutionen den neuen Herausforderungen an?
- Was kann aus der Analyse für die Gestaltung institutioneller Innovationen für Deutschland gelernt und was für andere Länder verallgemeinert werden ?

Zur Umsetzung dieses Forschungsansatzes werden unterschiedliche methodologische Elemente integriert: die international vergleichende Analyse der Interaktion zwischen Märkten und anderen Institutionen, die Analyse der Interaktion zwischen Mikro-, Meso- und Makroebenen von Märkten und anderen Institutionen, internationale und/oder interregionale Vergleiche unterschiedlicher institutioneller Arrangements auf der Grundlage von quantitativen und qualitativen Längs- und Querschnittsanalysen.

Abteilungen

Im Vordergrund der Forschung der Abteilung „Arbeitsmarktpolitik und Beschäftigung" steht der internationale Vergleich nicht von isolierten, sondern von interagierenden Beschäftigungssystemen. Es sollen institutionelle Arrangements entdeckt werden, die den Herausforderungen der Globalisierung und Individualisierung gewachsen sind. Dabei geht es besonders um Arrangements, die effizient und gerecht sind, die also sowohl den Beschäftigungsgrad und die Produktivität erhöhen als auch zum sozialen Ausgleich, insbesondere zur Gleichstellung der Geschlechter, beitragen.

Basis der Abteilungsforschung ist die Annahme, daß das traditionelle Ziel der Vollbeschäftigung nicht mehr zeitgemäß ist und durch ein neues Leitbild ersetzt werden muß. Als strategische Neuorientierung der Arbeitsmarktpolitik wird das Konzept der Übergangsarbeitsmärkte vorgeschlagen, in denen entlohnte Erwerbsarbeit mit anderen persönlich oder gesellschaftlich nützlichen Tätigkeiten (selbständige Erwerbsarbeit, Eigenarbeit, Erziehen, Bildung oder Weiterbildung, kulturelles Gestalten, politische Beteiligung, soziales Engagement) kombiniert werden. Übergangsarbeitsmärkte gehen von einem erweiterten Arbeitsbegriff aus und zielen auf eine Steigerung der Wahlmöglichkeiten zwischen verschiedenen Beschäftigungsverhältnissen, deren Risiken rechtlich, kollektivvertraglich oder sozialpolitisch abgesichert sind. Sie sind institutionelle Scharniere zur Bewältigung des Strukturwandels. Ziel der Abteilung ist es, die zeitgemäßen Formen solcher Übergangsarbeitsmärkte zu entdecken und die ökonomischen wie politischen Bedingungen zu analysieren, die ihr bestmögliches Funktionieren ermöglichen.

Die Forschungsprojekte der Abteilung gliedern sich in drei Bereiche:

- Evaluierung der Arbeitsmarktpolitik,
- Qualifikation, Weiterbildung, Beschäftigung,
- Arbeitszeitpolitik, Haushalt, Wohlfahrtsstaat.

Im Mittelpunkt stand das übergreifende Abteilungsprojekt „Soziale Integration durch Übergangsarbeitsmärkte". Ziel dieses von der EU-Kommission im Rahmen des „Targeted Socio-Economic Research (TSER)"-Programms von 1996 bis 1999 geförderten Projekts war die Vertiefung der theoretischen und empirischen Grundlagen des Konzepts der Übergangsarbeitsmärkte. Die Ergebnisse der Analysen werden 2000/2001 in vier Büchern im Verlag Edward Elgar veröffentlicht.

Die Abteilung „Organisation und Beschäftigung" hat das fünfjährige Forschungsprogramm weitgehend abgeschlossen, die zentralen Fragen für die neue Forschungsperiode entwickelt und mit neu fokussierten Studien begonnen.

Das beendete Programm war in drei Projektfelder organisiert: Finanzdienstleistungen, Transformation und Internationale Mobilitäten. Im Mittelpunkt des „Eurobanking-Projekts" standen vergleichende Untersuchungen des Wandels von Unternehmensstrukturen sowie von Ausbildungs- und Beschäftigungspolitiken in Deutschland, Großbritannien und Frankreich. Wie der international und national veränderte institutionelle Rahmen und die dadurch verschärften Wettbewerbsbedingungen im Finanzdienstleistungssektor von Versicherungen wahrgenommen und marktstrategisch, operational sowie personalpolitisch beantwortet werden, wurde in dem Projekt „Organisationslernen in deutschen Versicherungsunternehmen" analysiert.

Im zweiten Forschungsfeld Transformation bearbeitete Dorothee Bohle Fragen nach den Verbindungsmustern externer, insbesondere über die EU-Integration induzierter Entwicklungsprozesse und intern-pfadabhängiger Restrukturierungsprozesse der Systemtransformation in Polen.

Das Forschungsfeld Internationale Mobilitäten wurde aus drei Perspektiven bearbeitet. Zum einen ging es um die Rolle westlicher Großunternehmen im Transformationsprozeß Mittelosteuropas. Analysiert wurden grenzüberschreitende Mobilitäten von hochqualifizierten Arbeitskräften und deren Implikationen für die Restrukturierung der Wirtschaft und von primären Arbeitsmärkten in Polen und Lettland. In zwei weiteren Teilprojekten wurden die sozio-ökonomischen und geschlechtsspezifischen Positionen von Migranten und Migrantinnen aus Polen bzw. die Beschäftigungssituation selbständiger und abhängig beschäftigter türkischer Frauen, jeweils bezogen auf Berlin in den 90er Jahren, untersucht.

Das neue Forschungsprogramm konzentriert sich mit einer gesellschaftstheoretischen und akteurszentrierten Perspektive auf Internationalisierungsprozesse. Das deutliche Wachstum und die komplexe Vernetzung grenzüberschreitender wirtschaftlicher Aktivitäten werden dabei als Ausdruck und Instrument einer sich erneut wandelnden internationalen Arbeitsteilung begriffen. Empirische Felder der Analysen sind der Logistiksektor, die

Professionalisierung internationaler Unternehmensberatung und die Neugestaltung der Schnittstellen in den internationalen Wertschöpfungsketten der Lebensmittelwirtschaft.

Das Projekt „Logistiksteuerung zwischen Europäisierung und Globalisierung“ beruht auf den Ergebnissen des Forschungsvorhabens Reorganisation der Arbeit entlang der logistischen Kette, das von 1997 bis 1999 durchgeführt wurde. Es geht dabei um die institutionellen und wirtschaftlichen Bedingungen der Formierung einer neuartigen, produktionsbezogenen Dienstleistungsindustrie, die europapolitische Ausgestaltung des Politikfelds „Transport/Logistik“ und die Dimensionen europäischer Unternehmensreorganisation mit ihren Auswirkungen auf die verbandliche Interessenvertretung.

In einem weiteren Projekt stehen die Professionalisierungsstrategien von Unternehmen und Verbänden der Unternehmensberater-Branche im Mittelpunkt. Geklärt werden soll, mit welchen Politiken sie den Herausforderungen der Internationalisierung begegnen, in deren Kontext sie Akteure und zugleich „Objekte“ sind. Von besonderem Interesse sind dabei Veränderungen der beruflichen Möglichkeiten von Frauen und Männern.

In dem Projekt „Lebensmittelwirtschaft: Internationalisierung als Machtspiel in der Wertschöpfungskette“ wird untersucht, nach welchem Modus sich Internationalisierungsprozesse in diesem Sektor vollziehen und welche Zusammenhänge mit Veränderungen von Arbeitsformen und Beschäftigung bestehen. Vor dem Hintergrund der europäischen und nationalen (Re-)Regulierungen der Lebensmittelwirtschaft werden die Marktstrategien (insbesondere) fokaler Unternehmen im europäischen Raum sowie die Wechselbeziehungen zwischen dem Integrationsmodus entlang der Wertschöpfungskette, realisierten informations- und kommunikationstechnischen Standards und betrieblichen Arbeitspolitiken in den Unternehmen analysiert.

Im Mittelpunkt der Forschung der Abteilung „Wirtschaftswandel und Beschäftigung“ stand die Weiterentwicklung des Konzepts „varieties of capitalism“ und damit die Analyse unterschiedlicher nationaler Institutionengefüge. Die rapide wachsende Integration der Märkte bedeutet einen zunehmenden Druck auf die nationalen Institutionengefüge, sich den neuen Anforderungen anzupassen. Ziel ist eine empirisch fundierte Klassifizierung hochentwickelter kapitalistischer Volkswirtschaften. Neben dem „klassischen“ Vergleich der angelsächsischen Länder mit den mitteleuropäischen Wohlfahrtsstaaten wird Frankreich als „eigenständiges“ Beispiel zusätzlich in die Analyse einbezogen.

Zu den bisher analysierten Teilsystemen der Arbeitsmarktregulierung, des Tarifverhandlungssystems, der Aus- und Weiterbildung, der Unternehmensbeziehungen und des „corporate-governance“-Systems wurde das Innovationssystem hinzugenommen. Neben den international vergleichenden Studien wird dem deutschen Innovationssystem besondere Aufmerksamkeit gewidmet. Damit wird die Kritik aufgegriffen und geprüft, deutsche Unternehmen hätten eine im internationalen Vergleich unterdurchschnittliche Innovationskapazität. Durch die Differenzierung in radikale und inkrementelle Innovationen gelingt es, die spezifischen Leistungsfähigkeiten unterschiedlicher nationaler Institutionengefüge zu analysieren. Am Beispiel der Branchen Software und Biotechnologie wird diese konzeptionelle Unterscheidung empirisch überprüft.

Erweitert wurden die Forschungsthemen auch durch Analysen zu den politökonomischen Konsequenzen der Europäischen Währungsunion und ihren Auswirkungen auf die „varieties of capitalism“. Die Bedingungen der Entstehung, Reduzierung und Verhinderung von Arbeitslosigkeit in dem durch die einheitliche Währung veränderten Umfeld stehen dabei im Mittelpunkt. Nach dem Wegfall der Anpassungsmöglichkeiten durch unterschiedliche Währungen im EU-Raum ist jetzt die Lohnentwicklung, das heißt die Tarifpolitik, in eine strategische Bedeutung hinsichtlich der Entwicklung des Zinsniveaus wie des Außenwerts des Euro gekommen.

Das wiederholt vorgetragene Argument der mangelhaften Flexibilität auf den europäischen Arbeits-

märkten wird im Hinblick auf institutionelle und organisatorische Einflüsse durch ökonometrische Modelle geprüft.

Ergänzt werden die beiden Projektlinien durch Analysen, die sich mit der Rolle der Politik unter besonderer Berücksichtigung parteipolitischer Einflüsse beschäftigen. An dieser Schnittstelle von ökonomischer und politologischer Analysen geht es um die Frage, wie sich die Veränderungen auf den internationalen Märkten in den nationalen Steuerpolitiken und staatlichen Ausgabeentscheidungen widerspiegeln. Daran anknüpfend wird auch die Reaktion der Bürger untersucht, wie diese Politiken ihre Einschätzung gegenüber ihrer Regierung und der Demokratie als Staatsform beeinflussen.

Abteilung „Arbeitsmarktpolitik und Beschäftigung"

Grundlagen

In der Abteilung werden die Bedingungen erfolgreicher Arbeitsmarktpolitik im Kontext des ökonomischen, sozialen und politischen Strukturwandels in Europa untersucht. Unter Arbeitsmarktpolitik werden dabei nicht nur die direkten Maßnahmen der Arbeitsförderung oder der Einkommenssicherung bei Arbeitslosigkeit verstanden, sondern auch die gezielte Gestaltung derjenigen Institutionen, die indirekt auf Arbeit und Beschäftigung einwirken – das System der Arbeitsbeziehungen, der (beruflichen) Bildung, der sozialen Sicherung und der staatlichen Regulierung von Arbeitsverträgen. Erst das Ensemble dieser Beziehungen erklärt die unterschiedliche Funktionsweise von nationalen Arbeitsmärkten, die im Zuge der Europäisierung und Internationalisierung zunehmend miteinander konkurrieren, sich aber auch wechselseitig beeinflussen und anpassen.

Darüber hinaus werden nationale Arbeitsmärkte zunehmend von transnationalen Vereinbarungen und Regelungen beeinflußt, so daß die Koordination von Wirtschafts- und Sozialpolitik einen immer stärkeren internationalen Charakter erhält. Im Vordergrund der Abteilungsforschung steht daher der internationale Vergleich nicht von isolierten, sondern interagierenden Beschäftigungssystemen. Das Ziel ist die Identifizierung von institutionellen Arrangements, die den Herausforderungen der „Globalisierung" und „Individualisierung" gewachsen sind. Gesucht sind solche Arrangements, die effizient und gerecht sind, die also sowohl den Beschäftigungsgrad und die Produktivität erhöhen als auch zum sozialen Ausgleich, insbesondere zur Gleichstellung der Geschlechter, beitragen.

Grundlage der Abteilungsforschung ist die Annahme, daß das traditionelle Ziel der Vollbeschäftigung nicht mehr zeitgemäß und durch ein neues Leitbild zu ersetzen ist. Als strategische Neuorientierung der Arbeitsmarktpolitik wird das Konzept der Übergangsarbeitsmärkte vorgeschlagen, in denen entlohnte Erwerbsarbeit mit anderen persönlich oder gesellschaftlich nützlichen Tätigkeiten – wie selbständige Erwerbsarbeit, Eigenarbeit, Erziehen, Bildung oder Weiterbildung, kulturelles Gestalten, politische Beteiligung oder soziales Engagement – kombiniert werden.

Übergangsarbeitsmärkte

Übergangsarbeitsmärkte beruhen auf einem erweiterten Arbeitsbegriff und zielen auf eine Steigerung der Wahlmöglichkeiten zwischen verschiedenen Beschäftigungsverhältnissen, deren Risiken rechtlich, kollektivvertraglich oder sozialpolitisch abgesichert sind. Sie sind institutionelle Scharniere zur Bewältigung des Strukturwandels. Ziel der Abteilung ist es, die zeitgemäßen Formen solcher Übergangsarbeitsmärkte zu entdecken und die ökonomischen wie politischen Bedingungen zu analysieren, die ihr bestmögliches Funktionieren ermöglichen. Den „Sollbruchstellen" oder Risiken einer typischen Erwerbskarriere entsprechend lassen sich fünf Typen von Übergangsarbeitsmärkten unterscheiden:

– Übergänge zwischen Bildungs- und Beschäftigungssystem;

– Übergänge zwischen kurzzeitiger und vollzeitiger Beschäftigung oder zwischen abhängiger und selbständiger Erwerbstätigkeit;

– Übergänge zwischen nicht marktförmigen, aber gleichwohl produktiven Tätigkeiten und bezahlter Erwerbsarbeit;
– Übergänge zwischen Erwerbslosigkeit und Beschäftigung;
– gleitende Übergänge in die Rente.

Im theoretischen Ansatz geht die Abteilungsforschung von den komplementären Stärken und Schwächen gesellschaftlicher Steuerungsmedien aus: Märkte, Hierarchien, Netzwerke und Bürgerrechte. Der Arbeitsmarkt ist ein besonderer und durch soziale Institutionen geprägter Markt. Oft fallen Nutzen und Kosten der Handlungen individueller oder institutioneller Akteure auseinander, so daß positive oder negative externe Effekte entstehen. Um erwünschte Ziele zu erreichen und unerwünschte Nebenwirkungen zu vermeiden, bedarf es daher der Koordinierung durch gesellschaftliche Institutionen.

Die gegenwärtigen Basisinstitutionen des Arbeitsmarkts (berufliches Bildungssystem, Arbeitslosen- und Rentenversicherung, Organisation und Finanzierung der Arbeitsmarktpolitik, Tarifpolitik, Arbeitszeitregulierung) sind vielfach inkongruent, inkonsistent und mangelhaft koordiniert; sie bieten daher keine optimalen Anreizstrukturen zu einem beschäftigungsfreundlichen Verhalten. Das theoretische Interesse der Abteilung konzentriert sich daher auf die Frage, wie institutionelle Inkongruenzen und Inkonsistenzen vermieden oder aufgelöst werden können.

Das methodische und empirische Interesse richtet sich auf die Analyse der Übergänge zwischen verschiedenen Formen der Erwerbs- und Nichterwerbstätigkeit (berufliche Bildung, Vollzeit- oder Teilzeitbeschäftigung, Arbeitslosigkeit, Selbständigkeit, private oder familiäre Arbeit, schöpferische Tätigkeiten und Rente). Neben internationalen, nationalen und regionalen Aggregatdaten treten daher zunehmend individuelle Prozeßdaten (Paneldaten) in den Vordergrund der Analyse, um transitorische Ereignisse im Längsschnitt zu analysieren.

Eine dem sozioökonomischen Ansatz verpflichtete Evaluierung umfaßt dabei nicht nur quantitative und qualitative Wirkungsanalysen, sondern auch die Bewertung der Kosten und Nutzen für die beteiligten oder betroffenen Akteure und für die Gesellschaft. Ausgangspunkt des methodischen Ansatzes ist die Annahme, daß die konventionelle Programmevaluierung (Analyse eines Programms im Hinblick auf die Auswirkungen auf verschiedene Ziele) durch eine zielorientierte Politikevaluierung (Analyse der Einwirkungen verschiedener Programme und Institutionen auf ein bestimmtes Ziel, hier Übergangsarbeitsmärkte) zu erweitern ist.

Die Forschungsprojekte der Abteilung gliedern sich in drei Bereiche:

– Evaluierung der Arbeitsmarktpolitik,
– Qualifikation, Weiterbildung und Beschäftigung,
– Arbeitszeitpolitik, Haushalt und Wohlfahrtsstaat.

Soziale Integration

Im Mittelpunkt der Berichtszeit steht das übergreifende Abteilungsprojekt „Soziale Integration durch Übergangsarbeitsmärkte“. Ziel dieses von der EU-Kommission im Rahmen des „Targeted Socio-Economic Research (TSER)“-Programms geförderten Projekts war die Vertiefung der theoretischen und empirischen Grundlagen des Konzepts der Übergangsarbeitsmärkte. Nicht nur Arbeitslosigkeit, sondern auch der Wechsel im Beschäftigungsstatus leiten häufig Prozesse sozialer Ausschließung ein. Übergangsarbeitsmärkte bieten theoretische Lösungsmöglichkeiten an, um solche Prozesse zu verhindern und die soziale Integrationswirkung von Arbeit oder Beschäftigung zu verbessern.

Die konkrete Ausgestaltung solcher Arrangements bedarf jedoch der genaueren Prüfung, wobei die Analyse international unterschiedlicher Ansätze ein Licht auf die ökonomischen und politischen Rahmenbedingungen zur erfolgreichen Umsetzung solcher institutionellen Arrangements werfen kann. Das von der Abteilung koordinierte Projekt (Leitung: Günther Schmid, Koordination: Jacqueline O’Reilly) war mit zehn anderen Forschungsinstituten aus Irland, England, Frankreich,

Spanien, den Niederlanden und Schweden vernetzt und in vier Module gegliedert (vgl. unten). Die Projektförderung endete im Januar 1999.

Die Ergebnisse der Analysen werden 2000/2001 in vier Büchern im Verlag Edward Elgar veröffentlicht:

- „Working Time Changes – Social Integration through Transitional Labour Markets", herausgegeben von Jacqueline O'Reilly, Inmaculada Cebrián und Michel Lallement,
- „Labour Market Policy and Unemployment", herausgegeben von Jaap de Koning und Hugh Mosley,
- „Education, Training and Employment Dynamics – Transitional Labour Markets in the European Union", herausgegeben von Klaus Schömann und Philip J. O'Connell,
- „The Dynamics of Full Employment – Social Integration Through Transitional Labour Markets", herausgegeben von Günther Schmid und Bernard Gazier.

(1) Evaluierung der Arbeitsmarktpolitik

Akteure der Arbeitsmarktpolitik gehen zunehmend zum „benchmarking" über und messen ihre Leistungsfähigkeit an vergleichbaren oder konkurrierenden Institutionen. Dieser Leistungsvergleich, der sich auf unterschiedliche Akteure (Arbeitsämter, Städte oder Kommunen, Regionen, Länder, Nationen, internationale Verbünde) beziehen kann, soll wissenschaftlich fundierte und für die Praxis wichtige Hinweise erbringen, wie die eigene Leistung (Performanz) verbessert und den „best performers" angenähert werden kann. Solche Leistungsvergleiche setzen letztlich immer ein systematisches Verfahren der Evaluation voraus. Die Abteilung, die mit dem „International Handbook of Labour Market Policy and Evaluation" (1996) hierzu Maßstäbe setzte, hat diesen Entwicklungstrend aufgegriffen und mehrere theoretische, methodologische und angewandte Beiträge geliefert.

Die integrierte Wirkungs- und Implementationsstudie der Arbeitsmarktpolitik und die vergleichende Studie zur Performanz von Beschäftigungssystemen waren Teil des TSER-Projekts (1, 2); einige Beiträge (3, 4, 5) entstanden im Rahmen des Forschungsnetzwerks (RESNET) der Generaldirektion „Beschäftigung und Soziale Angelegenheiten" der Europäischen Kommission, einer Gruppe von sieben Mitgliedern aus Deutschland, England, Frankreich, Italien, Japan, Schweden und den U.S.A., welcher der Abteilungsleiter angehört. Weitere Beiträge folgten aus der laufenden wissenschaftlichen Beratung der Europäischen Kommission (6, 7) und der Senatsverwaltung für Arbeit, Berufliche Bildung und Frauen in Berlin (8); darüber hinaus zählt ein Dissertationsprojekt (9) und im weiteren Sinne auch das Projekt „Geschichte der Arbeitsmarktpolitik" (10) zu dem Projektbereich „Evaluierung der Arbeitsmarktpolitik".

(1) Aktive Arbeitsmarktpolitik (Koordination: Hugh Mosley, Günther Schmid; Mitarbeiter: Holger Schütz, Stefan Speckesser, Christoph Hilbert)

Im Mittelpunkt dieses TSER-Moduls standen die Effekte aktiver Arbeitsmarktpolitik und ihr Beitrag zur Verhinderung sozialer Ausschließung. Die Evaluationsstudien bezogen sich auf zwei Aspekte aktiver Arbeitsmarktpolitik, die in der bisherigen Forschung eher vernachlässigt wurden: die aggregierte Wirkungsanalyse und die Prozeß-Evaluierung. Die Methodologie zur Beurteilung der Wirkungsweise ist vor allem für Forschungsansätze weit entwickelt, die auf Mikrodaten beruhen. Die so zu beobachtenden Effekte können sich von denen auf der Makroebene unterscheiden; auf diese Effekte kommt es aber hauptsächlich an. Darüber hinaus gilt, daß potentielle Effekte aktiver Arbeitsmarktpolitik positiv sein können, die tatsächlich eingetretenen Effekte aber negativ sind; das bedeutet, daß die Wirkungsweise aktiver Arbeitsmarktpolitik stark von der Art der Implementation abhängt.

Fünf Länder

Die aggregierte Wirkung aktiver Arbeitsmarktpolitik auf Übergänge von Arbeitslosigkeit in Beschäftigung wurde mit Hilfe regionaler Aggregatdaten für Frankreich, Deutschland, die Niederlande, Spanien und Schweden geschätzt. Zusätzlich wur-

den für Deutschland, die Niederlande und Schweden regionale Implementationsstudien erstellt. Zusammengefaßt ergab die integrierte Wirkungs- und Implementationsanalyse, daß es für die Annahme, aktive Arbeitsmarktpolitik reduziere (langfristige) Arbeitslosigkeit, einige empirische Belege gab, die Ergebnisse teilweise aber widersprüchlich und unklar blieben. Nur für Deutschland und Spanien gab es deutlichere Belege für einen Effekt aktiver Arbeitsmarktpolitik auf die Verminderung der Langzeitarbeitslosigkeit. Generell sind aber die in den einzelnen Studien beschriebenen Effekte eher gering. Aktive Arbeitsämter, denen es im besonderen Maße gelang, die Langzeitarbeitslosen zu erreichen, zeichnen sich vor allem durch Kooperation mit einer professionalisierten Trägerstruktur und durch konstruktive Einbindung der Unternehmensseite aus.

(2) Beschäftigungssysteme im Wandel (Koordination: Günther Schmid)

Die Prinzipien der institutionellen Kongruenz und der institutionellen Pfadabhängigkeit verbieten einfache Übertragungen „guter Praxis" aus anderen Ländern. Entsprechend sind Übergangsarbeitsmärkte als regulative Prinzipien zu verstehen, die in der konkreten Ausgestaltung ganz unterschiedlich umgesetzt werden können. Ziel dieses zum TSER-Projekt gehörenden Moduls war es daher, die Bedingungen für eine erfolgreiche Anpassung an den Strukturwandel in einer Weise zu formulieren, daß sie für unterschiedliche institutionelle Bedingungen gültig sind.

Aus der Sicht der Übergangsarbeitsmärkte kann etwa die (in vielen Ländern der EU geringe) Beschäftigungsintensität des Wachstums durch zwei Strategien erhöht werden: durch höhere Mobilität und Lohnflexibilität oder durch Arbeits- und Einkommensumverteilung. Welche Strategie oder welcher Strategien-Mix unter welchen Bedingungen effektiv ist und welche Konsequenzen dies auf soziale Integration oder Ausschließung hat, sollte durch einen Vergleich von Beschäftigungssystemen analysiert werden, der (räumliche wie zeitliche) Variationen institutioneller Arrangements systematisch mit Variationen arbeitsmarktpolitischer Performanz verknüpfte.

Abteilung „Arbeitsmarktpolitik und Beschäftigung"

Personal am 1. Oktober 1999	seit
Diplom-Volkswirt Christoph Albrecht*	1990
Dr. Peter Auer (beurlaubt)	1981
Diplom-Politologin Silke Bothfeld Doktorandin	1995
Dr. Dietmar Dathe	1997
Christel Hartmann	1978
Christoph Hilbert	1997
Hannelore Minzlaff*	1978
Hugh Mosley Ph.D.	1986
Jacqueline O'Reilly Ph.D.	1994
Olaf Reimann*	1997
Karin Reinsch	1990
Professor Dr. Günther Schmid	1974
Dr. Klaus Schömann	1992
Diplom-Politologe Holger Schütz	1995
Robyn Wiesener	1972
Ausgeschiedenes Personal[1]	1998–1999
Diplom-Politologin Silke Gülker	1997–1999
Diplom-Soziologe Thomas Kruppe	1993–1998
Diplom-Volkswirtin Birgitta Rabe	1993–1998
Diplom-Politologe Stefan Speckesser	1994–1998
Diplom-Politologin Nicola Wiebe	1998–1999

Kein Modell

Als Ergebnis zeichnet sich ab, daß kein einzelnes Land als Modell für erfolgreiche Beschäftigungspolitik taugt. Dennoch gibt es Anzeichen dafür, daß die Konturen eines zukunftsweisenden Beschäftigungssystems erkennbar werden, wenn die Strukturmuster nachhaltig erfolgreicher Länder verglichen werden. Ein wesentliches gemeinsames Merkmal dieser Länder ist – wenn auch in unterschiedlichen Formen – eine neue Balance zwischen Flexibilität und sozialer Sicherheit. Dies entspricht

1 mit mindestens 12 Monaten Zugehörigkeit zum WZB
*) für den gesamten Schwerpunkt tätig

dem regulativen Prinzip der Übergangsarbeitsmärkte, die institutionellen Voraussetzungen für variablere Beschäftigungsverhältnisse unter geregelten oder verhandelbaren Bedingungen zu schaffen.

(3) Internationaler Leistungsvergleich der Beschäftigungsperformanz und der Arbeitsmarktpolitik (Hugh Mosley, Holger Schütz, Stefan Speckesser, Günther Schmid, Antje Mayer)

In diesem Projekt wurden zunächst die konzeptionellen Grundlagen für angemessene Verfahren des Leistungsvergleichs von Beschäftigungssystemen und der Arbeitsmarktpolitik („benchmarking") entwickelt und Anwendungsmöglichkeiten aufgezeigt. Darüber hinaus wurde das bei solchen Leistungsvergleichen beliebte Ranking-Verfahren einer detaillierten Kritik unterzogen, und es wurden Verbesserungsmöglichkeiten aufgezeigt. Da Arbeitsmarktpolitik mehrdimensionale Ziele verfolgt, wurde ein Verfahren der betriebswirtschaftlichen Praxis aufgegriffen, solche Dimensionen als Zielmarken („benchmarks") zu operationalisieren und sowohl optisch als auch mathematisch integriert darzustellen („radar-charts").

Grenzen der Verfahren

Das Verfahren eignet sich zur Veranschaulichung von Leistungsvergleichen zwischen Ländern oder anderen Handlungseinheiten, von Zielerreichungsgraden im Zeitverlauf sowie zum Aufzeigen möglicher Zielkonflikte. Die Abteilung hat jedoch auch die methodologischen und theoretischen Grenzen solcher Verfahren dargestellt und auf Alternativen verwiesen. Das Verfahren wurde mittlerweile in den Beschäftigungsberichten der Europäischen Kommission aufgegriffen und wird von der Abteilung in Form des „diamond approach" laufend weiterentwickelt.

(4) Beschäftigungsfähigkeit: Konzepte und Politische Maßnahmen (Hugh Mosley, Holger Schütz, Günther Schmid, Stefanie Flechtner)

In der Arbeitsmarktpolitik tritt anstelle der „Vollbeschäftigung" zunehmend das Ziel der „Beschäftigungsfähigkeit", obwohl dieses Konzept noch unklar und sehr umstritten ist. Im Rahmen einer explorativen Studie zu den unterschiedlichen Konzepten der Beschäftigungsfähigkeit und darauf bezogener Politik hat die Abteilung zwei spezifische Fragen bearbeitet: Wie wird die Beschäftigungsfähigkeit durch Langzeitarbeitslosigkeit beeinträchtigt, und wie reagiert die Politik darauf? Welche Institutionen können die Risiken absichern, die mit der Verfolgung eines gleichzeitig schwächeren und erweiterten Vollbeschäftigungsziels verbunden sind? In beiden Beiträgen wird die zunehmende Bedeutung präventiver Arbeitsmarktpolitik sowie die notwendige Erweiterung der Arbeitslosenversicherung zu einer Beschäftigungsversicherung betont.

(5) Beschäftigungspolitische Determinanten der Dienstleistungen (Dietmar Dathe, Günther Schmid)

Im Rahmen des RESNET-Projekts „Das Beschäftigungspotential des Dienstleistungssektors in Europa" untersuchte die Abteilung die Determinanten der Entwicklung von unternehmens- und personennahen Dienstleistungen. Es ging um die Bestimmung der Ursachen und des Umfangs der vielzitierten Dienstleistungslücke anhand regionaler Variationen der Beschäftigungsdynamik in Westdeutschland und um die Formulierung politischer Handlungsempfehlungen im Lichte internationaler Erfahrungen. Die These besagt, daß die klassische „industrial-district"-Hypothese zur „service-industry-district"-Hypothese erweitert werden muß und daß es über die vielfach geforderte Förderung eines Niedriglohnsektors hinaus effektivere und nachhaltigere Strategien der Dienstleistungsförderung gibt.

(6) Leistungsfähigkeit der öffentlichen Arbeitsverwaltung im internationalen Vergleich (Hugh Mosley, Holger Schütz, Stefan Speckesser)

In dem Teilprojekt „The Role of the Social Partners in the Design and Implementation of Active Measures" – gefördert durch die Internationale Arbeitsorganisation ILO – wurde der Einfluß der Sozialpartner auf die aktive Arbeitsmarktpolitik untersucht. In der vergleichenden Studie standen nationale Erfahrungen mit der Beteiligung von Arbeitgebern, Arbeitnehmern und dem Staat bei der staatlichen Beschäftigungsförderung im Mittelpunkt. Formale Verantwortung – so das Ergebnis – bedeutet nicht automatisch einen größeren Einfluß. Wichtiger ist die Existenz einer Kultur des sozialen Dialogs.

Bestandsaufnahme

Das Teilprojekt „Operational Objectives and Performance Indicators in European Public Employment Service“, gefördert von der EU-Kommission, greift frühere Analysen der Abteilung über die deutsche Arbeitsmarktverwaltung auf. Im Mittelpunkt steht die zunehmende Anwendung operationeller Vorgaben und Leistungsindikatoren als Instrumente der zielorientierten Leistungssteuerung („Performance Management“) von öffentlichen Arbeitsverwaltungen. Die Einführung einer Ziel- bzw. Ergebnissteuerung soll die Leistungsfähigkeit der Arbeitsverwaltung (im Sinne von „New Public Management“) erhöhen. Nach einer Bestandsaufnahme entsprechender Managementpraktiken in den Arbeitsverwaltungen der EU und Norwegens werden die Erfahrungen mit der Zielsteuerung für vier Länder vertiefend verglichen und analysiert.

(7) Beschäftigungsdynamik und Arbeitslosigkeit in der Europäischen Union (Klaus Schömann, Thomas Kruppe, Heidi Oschmiansky)

Ausgehend von der Theorie der Übergangsarbeitsmärkte wurden die vielfältigen Brücken in Beschäftigung, aber auch der Verlust von Beschäftigung untersucht. Jährliche Zuströme in und Abströme aus Beschäftigung und Arbeitslosigkeit wurden mit Daten der Europäischen Arbeitskräftestichprobe ermittelt. Diese „natürlichen“ Ströme werden zunehmend ergänzt durch Teilnehmer an Maßnahmen der Arbeitsmarktpolitik in Form von Übergangsarbeitsmärkten.

Ströme auf dem Arbeitsmarkt haben aber auch die jeweiligen Gegenströme zu berücksichtigen. So stehen den Abgängen aus auch die Zugänge in Arbeitslosigkeit gegenüber. Ein einseitiger Fokus auf Abgänge aus Arbeitslosigkeit ist wenig erfolgversprechend, wenn gleichzeitig Zuströme in Arbeitslosigkeit anwachsen. Die Differenz beider Ströme ist der eigentlich interessante Indikator zur Bewertung einer erfolgreichen Arbeitsmarktpolitik.

Übergänge

Die Ströme zwischen Arbeitslosigkeit und Beschäftigung werden ins Verhältnis zu allen anderen Übergängen in Beschäftigung, aus Inaktivität, Bildungsaktivitäten und Selbständigkeit gesetzt. Nur zwischen einem Drittel bis maximal zwei Dritteln aller Ströme in abhängige Beschäftigung kommen aus Arbeitslosigkeit. Zusätzlich werden sowohl Übergänge zwischen Bildungs- und Beschäftigungssystem als auch die Übergänge in Rente untersucht. Die Übergangsarbeitsmärkte aus abhängiger Beschäftigung oder Arbeitslosigkeit in selbständige Tätigkeit zeigen eine positive Dynamik auf.

Neben den Übergangsbilanzen wurden individuelle Übergangswahrscheinlichkeiten zwischen Beschäftigung und Arbeitslosigkeit sowie für die Rückkehr aus Arbeitslosigkeit in abhängige Beschäftigung berechnet. Basierend auf gepoolten logistischen Regressionen zwischen 1988 und 1996 zeigt sich der bedeutende Einfluß von Alter, Qualifikationsniveau und Geschlecht in den Mitgliedsländern. Veränderungen über die Jahre hinweg spiegeln konjunkturelle Einflüsse wider.

(8) Beschäftigungsdynamik und Übergangsarbeitsmärkte in Berlin im Vergleich (Dietmar Dathe, Heidi Oschmiansky, Günther Schmid)

Nach dem Fall der Mauer entwickelte sich der Arbeitsmarkt in Berlin zu einem funktional integrierten Agglomerationsraum, der auch zunehmend mit dem Umland Brandenburg interagiert. Auch die Hauptstadtfunktion forciert den Strukturwandel und stellt die Arbeitsmarktpolitik Berlins vor neue Herausforderungen. Ein systematischer Vergleich Berlins mit anderen (vor allem erfolgreichen) Ballungsregionen soll Aufschlüsse geben, wohin die Reise des Strukturwandels geht und wie Arbeitsmarktpolitik diesen Strukturwandel beschäftigungsfreundlich unterstützen kann. Die verstärkte Ansiedlung und Pflege wissensintensiver Dienstleistungen sowie die Institutionalisierung von Gelegenheitsstrukturen für variable Beschäftigungsformen (Übergangsarbeitsmärkte) sind zentrale Elemente einer Strategie, die einer Metropole angemessen ist.

(9) Verhandlungen in der Arbeitsmarktpolitik (Birgitta Rabe)

Die gravierenden Beschäftigungsprobleme nach der Vereinigung der beiden deutschen Staaten waren mit den traditionellen arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen nicht zu bewältigen. Birgitta Rabe untersuchte in ihrer Dissertation („Verhand-

lungen in der Arbeitsmarktpolitik – Eine spieltheoretische Analyse der Implementation von Lohnkostenzuschüssen in Ostdeutschland") eines der neuen Instrumente, die Lohnkostenzuschüsse nach § 249h des Arbeitsförderungsgesetzes, das weithin als erfolgreich angesehen wurde. Kern der Fragestellung war der Einfluß institutioneller Faktoren auf Verhandlungsergebnisse im politischen Implementationsprozeß.

Drei Bundesländer

Die funktionale Interdependenz dieses arbeitsmarktpolitischen Instruments ergab sich aus der Kofinanzierung von Projekten durch die Bundesanstalt für Arbeit, die ostdeutschen Länder und die Treuhandanstalt sowie durch die Verzahnung mit strukturpolitischen Zielen. Die spieltheoretische Analyse dieser Interdependenz wurde am Beispiel der Verhandlungen in den Ländern Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen über Projekte der Jahre 1994 und 1995 vorgenommen. In diesen Ländern bildeten sich einerseits die Interessengegensätze der Verhandlungspartner besonders deutlich ab, andererseits stand an möglichen Kooperationsgewinnen hinsichtlich der Schaffung von Arbeitsplätzen besonders viel auf dem Spiel.

Birgitta Rabe zeigte als ein Ergebnis ihrer Arbeit, daß die spezifischen Spielregeln (Kostenteilung, alternative Handlungsoptionen) institutionell eher zufällig vorgegeben waren als daß sie demokratischer Willensbildung entsprochen hätten. In Verbindung mit bedeutsamen Spielereigenschaften (politisch-ideologische Nähe bzw. Distanz) führte dies zu Benachteiligungen. Eine Stärkung der Verhandlungsmacht der Länder hätte dazu geführt, „daß ein größerer Anteil der Projekte in peripheren Regionen mit hoher Arbeitslosigkeit durchgeführt worden wäre anstatt in Regionen, in denen Personalabbau aus Treuhandunternehmen anstand und eine vergleichsweise hohe Investitionsdynamik herrschte."

(10) Geschichte der Arbeitsmarktpolitik und Arbeitslosenversicherung (Günther Schmid, Nicola Wiebe und Frank Oschmiansky)

Im Rahmen eines auf zwölf Bände angelegten Werks zur „Geschichte der Sozialpolitik in Deutschland seit 1945" hat die Abteilung im April 1998 den Beitrag zur „Geschichte der Arbeitsmarktpolitik und Arbeitslosenversicherung" übernommen. Das Gesamtwerk wird gemeinsam vom Bundesministerium für Arbeit und Sozialordnung und dem Bundesarchiv in Koblenz herausgegeben und soll im September 2000 abgeschlossen sein. In sieben Zeitabschnitten wird aufgezeigt, wie sich Angebot und Nachfrage auf dem Arbeitsmarkt entwickelten, wie die Arbeitsmarktpolitik darauf reagierte und welche Wirkungen sie hatte.

Historische Fundierung

Dabei werden die Verknüpfungen der Arbeitsmarktpolitik mit anderen Politikbereichen beachtet, und alle Beiträge zu den historischen Einzelabschnitten werden einen spezifischen theoretischen Bezugsrahmen und einen dokumentarischen Textteil enthalten. Da im Forschungsansatz der Abteilung die These der „Pfadabhängigkeit" eine zentrale Rolle spielt, ist die historische Fundierung der Arbeitsmarktpolitik ein unentbehrlicher Bestandteil der Abteilungsforschung.

(2) Qualifikation, Weiterbildung und Beschäftigung

Eine Schlüsselstellung im Konzept der Übergangsarbeitsmärkte nimmt die Schnittstelle zwischen Bildungs- und Beschäftigungssystem ein. Sowohl der Übergang von der Schule in den Beruf als auch der Übergang von einer beruflichen Tätigkeit in eine andere sind kritische Ereignisse im Erwerbsleben, in denen die Weichen entweder für erfolgreiche Erwerbskarrieren oder für kumulative Prozesse der sozialen Ausschließung gestellt werden.

Übergangsarbeitsmärkte stellen institutionelle Brücken dar, um die mit solchen kritischen Ereignissen verbundenen Risiken abzusichern. Sie ermöglichen vor allem, Lernen mit Arbeiten zu kombinieren. Die beschäftigungspolitische Funktion solcher Kombinationen ist die investive Verkürzung der Erwerbsarbeitszeit, die sowohl zu einer Erhöhung des Beschäftigungsniveaus und damit zu einer ausgeglicheneren Verteilung der Beschäftigungschancen führt, als auch zu einem produktiveren Einsatz der Arbeitskräfteressourcen, insbesondere durch die breitere Institutionalisierung des lebenslangen Lernens und durch

die Vernetzung unterschiedlich produktiver Tätigkeiten.

(1) Bildung und Beschäftigung (Koordination: Klaus Schömann)

Dieses Modul im Rahmen des TSER-Projekts wirft den Blick auf die Bildungsprozesse, Arbeitsmarktprozesse und die Koppelung der beiden Prozesse in den Niederlanden, Irland, Frankreich, Spanien und Deutschland. In einem an der Lebensverlaufsforschung orientierten Untersuchungsdesign wurden erstens der weiterhin erhebliche Einfluß des Elternhauses auf Bildungsentscheidungen, zweitens die sektorale und segmenthafte Prägung des ersten Einstiegs in den Arbeitsmarkt und drittens die geschlechts- und altersspezifische Selektivität der Weiterbildung untersucht.

Lernen „on the job"

Ein weiterer Schwerpunkt lag auf einer Untersuchung der betrieblichen Bestimmungsfaktoren für „on-the-job"-Lernen und formaler beruflicher Bildung sowie der Auswirkung von betrieblichen Bildungsaktivitäten auf Umsatz und Beschäftigung. Darüber hinaus wurden die Akteursstrukturen in ausgewählten Bildungsprozessen thematisiert und die wachsende Rolle der Europäischen Union als Kofinanzier über verschiedene bildungs- und arbeitsmarktpolitische Programme mittels Fallstudien erörtert.

Wichtigstes Ergebnis über die drei Themenschwerpunkte hinweg war: Nachschulische Bildungsprozesse sollten möglichst frühzeitig initiiert werden, bevor eventuelle Arbeitslosigkeit eingetreten ist. Damit parallele Bildungs- und Lernprozesse rechtzeitig einsetzen können, ist ein frühzeitiges Erkennen von Qualifikationsbedarf nötig, was Gegenstand eines ebenfalls international vergleichenden Nachfolgeprojekts ist.

(2) Qualifikationsbedarf in den Ländern der OECD – Ermittlung, Analysen und Implementation (Klaus Schömann, Christoph Hilbert, Silke Gülker, Carroll Haak)

Dieses vom Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) geförderte Projekt ist in ein großes Netzwerk zur Früherkennung von Qualifikationserfordernissen (FreQueNz) eingebunden. Daran sind acht Forschungseinrichtungen beteiligt, die auf unterschiedlicher methodischer Grundlage eine Informationsplattform für bildungspolitisch verantwortliche Akteure und interessierte Individuen schaffen. Der Beitrag der Abteilung beruht auf folgenden Thesen: Erstens ist es für die Umsetzung eines Früherkennungssystems von Qualifikationserfordernissen erforderlich, internationale Erfahrungen aufzunehmen, und zweitens besteht die Notwendigkeit, daß sowohl die Entwicklung des Bedarfs mit dafür geeigneter Methodik erfaßt als auch die Implementation von erkanntem Bedarf in die Betrachtung einbezogen werden.

Acht OECD-Staaten

Entsprechend ist es Aufgabe des Projekts, die Ansätze ausgewählter OECD-Länder zu analysieren, zu vergleichen, auf Zuverlässigkeit zu prüfen und als erweiterte Informationsbasis für die deutsche Praxis fruchtbar zu machen. Es wurde bereits in einem Vergleich von acht OECD-Staaten untersucht, mit welchen Methoden Qualifikationserfordernisse erhoben und prognostiziert werden, zu welchen Ergebnissen dies führt und wie diese politisch umgesetzt sowie praktisch implementiert werden. Diese Arbeit wird fortgeführt, indem die verwendeten Methoden, Datenressourcen und institutionellen Arrangements der Erhebung in den Ländern analysiert und die daraus resultierenden Möglichkeiten eines regelmäßigen Vergleichs der ermittelten Qualifikationserfordernisse zwischen den Staaten verfolgt werden.

(3) Künstler- und Publizistenarbeitsmärkte (Carroll Haak, Günther Schmid)

Im aktuellen wissenschaftlichen Diskurs über den Wandel der Arbeitswelt stellen der Niedriglohnsektor, der Dritte Sektor und die „Neuen Selbständigen" die Arenen für zukünftige beschäftigungspolitische Strategien dar. Unter Berücksichtigung dieser aktuellen Diskussion um die „Zukunft der Arbeit" untersuchten Carroll Haak und Günther Schmid die Frage, inwieweit die Teilarbeitsmärkte von Künstlern und Publizisten in Deutschland Merkmale aufweisen, die Hinweise auf die Strukturierung der „Beschäftigungssysteme von morgen" geben und Lösungsstrategien für die zunehmende Unsicherheit in Beschäftigungsverhältnissen in anderen Berufs- und Tätigkeitsfeldern erkennen lassen. Diese

„Vertrag" der Generationen Foto: Gerd Pfeiffer

Analyse ist ein Beitrag der Abteilung zu der Kooperation mit der Querschnittsgruppe „Arbeit und Ökologie" im WZB, deren Forschungsthema die Zukunft der Arbeitsgesellschaft ist.

Mikrozensus 1995

Forschungsleitend für die Untersuchung der Künstlerarbeitsmärkte war die These, daß in Zukunft auch in einer Vielzahl anderer Berufsfelder ähnliche Probleme auftreten werden, wie sie prinzipiell seit langem in Künstler- und Publizistenarbeitsmärkten existieren. Die empirische Grundlage dieser Arbeit bildete eine Analyse der Daten des Mikrozensus 1995 in Deutschland. Als Auswahlkriterium für Künstlerberufe wurden die Abgrenzungen des Künstlersozialversicherungsgesetzes gewählt und diese aufgrund der Themenstellung auf abhängig Beschäftigte erweitert.

Da das Künstlersozialversicherungsgesetz Publizisten und Dolmetscher als versicherungspflichtigen Personenkreis betrachtet, wurden diese Berufsgruppen ebenfalls in der Untersuchung berücksichtigt. In einer vergleichenden Analyse des Gesamtarbeitsmarkts und der Entwicklung der Künstler- und Publizistenarbeitsmärkte wurden die Funktionsprinzipien dieser Teilarbeitsmärkte anhand einzelner Merkmale (Qualifikations- und Finanzstrukturen, Lohnmechanismen, Modelle der sozialen Sicherung) diskutiert.

(3) Arbeitszeitpolitik, Haushalte und Wohlfahrtsstaat

Vollbeschäftigung beruhte traditionell auf einem „Geschlechtervertrag", in dem den Männern die „Ernährerrolle" (und damit in einer Marktwirtschaft die Erwerbsrolle) und den Frauen die „Hausfrauenrolle" (und damit allenfalls eine Zuverdienerrolle) zugewiesen wurde. Komplementär dazu galt ein „Generationenvertrag", in dem die gegenwärtige (männliche) Erwerbsbevölkerung die Generation der Jungen und Alten unterhielt (Umlagesystem). Der gesellschaftliche Diskurs über ein neues Leitbild der „Vollbeschäftigung" ist zwar noch im Fluß und durchaus kontrovers, aber zwei Entwicklungstendenzen zeichnen sich ab: Zum einen löst sich die einseitige Fixierung der Geschlechterrollen auf, und zum anderen nehmen diskontinuierliche Erwerbsverläufe und variable Beschäftigungsformen zu. Beide Tendenzen erfordern eine neue Justierung der Schnittstellen zwischen wohlfahrtstaatlichen Institutionen und Arbeitsmarkt, die Gegenstand der folgenden Projekte der Abteilungsforschung sind.

(1) Arbeitszeitregimes und Haushalte (Koordination: Jacqueline O'Reilly, Mitarbeit: Silke Bothfeld)

In diesem dem TSER-Projekt zugehörigen Modul wurden institutionelle Arbeitszeitarrangements dahingehend untersucht, ob sie geeignet sind, Übergänge zwischen bezahlter Erwerbsarbeit und anderen, nicht erwerbsförmigen Tätigkeiten zu erleichtern. Drei unterschiedliche Formen der Übergänge konnten identifiziert werden: Flexibilität auf der Grundlage vorangegangener Verhandlungen, eine gesetzlich unterstützte Flexibilität und eine frei-

willige, nur von äußeren Rahmenbedingungen begrenzte Flexibilität. Analysiert wurden individuelle Arbeitsmarktübergänge auf der Basis von Haushalts-Panel- und Arbeitsmarktdaten. Außerdem wurde in Fallstudien untersucht, wie durch Veränderungen in der Arbeitsorganisation neue Möglichkeiten für Arbeitsmarktübergänge geschaffen wurden oder bestehende Möglichkeiten verloren gingen.

Drei Kategorien

Als Ergebnis der in unterschiedlichen Sektoren und Ländern gemachten Studien bot sich eine Kategorisierung der Übergänge in integrierend, stabilisierend und ausschließend an. Integrierende Übergänge fanden sich vor allem bei Beschäftigten, die vorher nicht beschäftigt waren. Arbeitslose suchten vor allem nach einer ihre Erwerbskarriere stabilisierenden Vollzeitbeschäftigung. Eine Teilzeitbeschäftigung leisten konnten sich in erster Linie nur sogenannte Zweitverdiener. Übergänge, die zu Ausschlußprozessen führten, wurden bei Niedrigqualifizierten und Beschäftigten mit Pflege- und Erziehungsaufgaben festgestellt.

(2) Perspektiven der Teilzeitarbeit (Jacqueline O'Reilly)

Das von Jacqueline O'Reilly mit Colette Fagan (University of Manchester) herausgegebene Buch „Part-time Prospects: International comparisons of Part-time work in Europe, North America and the Pacific Rim" verknüpft Beiträge zu einer konzeptionellen Debatte über die Entwicklung der Teilzeitarbeit aus einer vergleichenden empirischen Perspektive. In den vergangenen 40 Jahren war das Wachstum der Teilzeitbeschäftigung in den industrialisierten Volkswirtschaften eine besonders auffällige Entwicklung. In dem Buch werden unterschiedliche Standpunkte zur Erklärung dieser Entwicklung gegenübergestellt.

Nur für Frauen?

Dabei geht es vor allem um die Motive für Teilzeitarbeit und unter welchen Bedingungen sie entsteht. Im Mittelpunkt der Analysen steht die Frage, ob Teilzeitarbeit zukünftig ein zunehmend normalerer Teil des Erwerbsarbeitslebens der meisten Menschen sein oder ob sie ein Ghetto für Frauen bleiben wird, in dem eine niedrige Bezahlung, niedrige Rentenansprüche und geringqualifizierte Arbeit vorherrscht.

(3) Ein neuer Geschlechtervertrag: Wandel der Arbeit und Wohlfahrt (Jacqueline O'Reilly)

Im Jahre 1999 begann Jacqueline O'Reilly das Projekt „The Gender Contract: Changing Work and Welfare in Europe". Ausgangspunkt der international vergleichenden Studie (Deutschland, Frankreich, Großbritannien, Niederlande) ist die Tatsache, daß der Rückgang des „Der-Mann-als-Alleinverdiener-Modells" zu Schwierigkeiten führt, die in der Nachkriegszeit entstandenen Wohlfahrtsregimes aufrechtzuerhalten. Ausgehend von den theoretischen Debatten zu den Kategorien „Vertrag" und „Status" werden die aktuellen Debatten über internationale Vergleiche zu Arbeit und Wohlfahrt analysiert. Das Wechselverhältnis zwischen den sich ändernden Arbeitszeitstrukturen und dem Einkommen und die aus der Beschäftigungsbiographie abgeleiteten wohlfahrtsstaatlichen Rechte sind die wichtigsten Analyseebenen.

(4) Familienphasen und Erwerbsbeteiligung (Dietmar Dathe)

In diesem Projekt wurde der Zusammenhang von Familienphasen und Erwerbsbeteiligung auf der Grundlage des Mikrozensus 1995 (Scientific Use File) untersucht. Die Erwerbsbeteiligung verheirateter Mütter zeichnet sich durch eine erhebliche Varianz familialer Erwerbsmuster zwischen den einzelnen Familienphasen aus. Dies wird zusätzlich überlagert durch Prozesse der Divergenz und der Übereinstimmung familialer Erwerbsmuster im West-Ost-Vergleich: Westdeutsche Familienbiographien beruhen stärker auf der traditionellen geschlechtsspezifischen Arbeitsteilung, in der das weibliche Arbeitsangebot vom altersbedingten Betreuungsaufwand der im Haushalt lebenden Kinder bestimmt wird. Die manchmal diskutierte Frage, inwieweit eine Entlastung des Arbeitsmarkts über eine Angleichung des Erwerbsverhaltens ostdeutscher Mütter an westdeutsche Erwerbsmuster zu erwarten ist, kann nur für die erste Familienphase „positiv" beantwortet werden.

Familienbiographie

Die Untersuchung zeigt, daß dies weniger durch das Angebotsverhalten bewirkt als vielmehr durch die Nachfragebedingungen auf dem ostdeutschen

Arbeitsmarkt erzwungen wird. Die Brüchigkeit des (männlichen) Versorgermodells in Ostdeutschland wird darin deutlich, daß es mit einem überdurchschnittlichen Verarmungsrisiko einhergeht. Die durch Erwerbstätigkeit der Ehepartnerin erworbenen Ansprüche hinsichtlich Lohnersatzleistungen und Rentenzahlungen stellen die wirksamste Barriere gegen Prekarisierungstendenzen dar. Für die Erforschung zeitgemäßer institutioneller Arrangements zur Bewältigung der Beschäftigungskrise konnte die Notwendigkeit einer stärkeren Berücksichtigung familienbiographischer Phasen verdeutlicht werden.

(5) Arbeitszeitpolitik und Arbeitsangebot (Dietmar Dathe)

Der Vorschlag einer Arbeitsumverteilung mittels Arbeitszeitverkürzung sieht sich – im deutlichen Unterschied zu den 80er Jahren – vielfach Einwänden gegenüber, welche die Chancen einer Gleichverteilung der Arbeit mittels Arbeitszeitverkürzung negativ beurteilen. Demgegenüber beruht das Konzept der Übergangsarbeitsmärkte auf der Anerkennung der Notwendigkeit und Möglichkeit einer beschäftigungspolitisch effektiven und gleichzeitig produktiven Umverteilung der Arbeit, insbesondere auch im Hinblick auf eine größere Chancengleichheit zwischen den Geschlechtern. Auf der Grundlage einer Sekundärauswertung nationaler und internationaler statistischer Quellen konnte gezeigt werden, daß die Präferenz „Arbeitszeitverkürzung" immer noch einen hohen Stellenwert bei einer Mehrheit der abhängig Beschäftigten einnimmt.

Zeit und Geld

Gleichzeitig wurde deutlich, daß Diskrepanzen zwischen geäußerten Zeitpräferenzen und tatsächlichem Handeln auf konkrete materielle, geschlechtsspezifische und demographische Handlungszwänge verweisen, die politisch beeinflußbar und gestaltbar sind. Diese Aussage wird durch die Situation in Dänemark und den Niederlanden gestützt. Gerade in diesen beiden Ländern ist die hohe Akzeptanz einer Arbeitsumverteilung mittels Arbeitszeitverkürzung auf die aktive Unterstützung der Arbeitsumverteilung seitens der Beschäftigungspolitik zurückzuführen. Konflikte zwischen Zeit- und Geldpräferenzen beruhen vor allem darauf, daß aktuelle Erfordernisse von Haushaltsausgaben und Möglichkeiten der Einkommenserzielung familienphasenabhängig oft nicht in Übereinstimmung zu bringen sind.

(6) Kognitive Determinanten der Politikwahl (Silke Bothfeld)

Risikohafte Übergänge zwischen verschiedenen Erwerbsstatusformen sind ein Phänomen, das die Erwerbsverläufe in zunehmendem Maße kennzeichnen. Besonders Frauen sind aufgrund der ihnen zugeordneten Hauptverantwortung für die Erziehungsarbeit dem Risiko der Dequalifizierung oder der Verdrängung aus dem Arbeitsmarkt nach wie vor ausgesetzt. Aus dem Konzept der Übergangsarbeitsmärkte lassen sich institutionelle Lösungen – wie etwa die Reform des Erziehungsurlaubs – ableiten, die diese Risiken mindern und die Integration von Frauen in das Beschäftigungssystem verbessern.

Elternurlaub

In dem Dissertationsprojekt wird nach den Durchsetzungschancen einer egalitären Elternurlaubsregelung gefragt, und die Momente der Problemdefinition und der Politikformulierung werden ins Zentrum der Analyse gerückt. In zwei vergleichenden Fallstudien (Deutschland und Frankreich) untersucht Silke Bothfeld, inwiefern sich „kognitive Barrieren" bei den politischen Akteuren als Determinanten für eine Politikwahl identifizieren lassen. Dabei können Vorstellungen über Gerechtigkeit und Gleichheit ebenso wie Annahmen über Kausalbeziehungen eine entscheidende Rolle spielen.

*

Konferenzen

Im Januar 1999 wurde mit der vierten Konferenz aller Kooperationspartner die geförderte Projektlaufzeit des TSER-Netzwerks (siehe S. 45 f.) beendet. Nach drei Jahren gemeinsamer Forschung war der größte Teil der empirischen Arbeiten abgeschlossen, und vier international zusammengesetzte Herausgeber-Teams hatten jeweils ein Buchprojekt entworfen, deren erste Fassungen vorgestellt und diskutiert wurden.

Im Februar 1999 fand ein von Günther Schmid konzipiertes und organisiertes Forum zum Thema

„Berlin – Beschäftigungspolitische Zukunftswerkstatt im Lichte internationaler Erfahrungen“ statt, an dem u. a. Allan Larsson, Generaldirektor der Generaldirektion V „Beschäftigung und Soziale Angelegenheiten“ der EU-Kommission, Ove Hygum, dänischer Arbeitsminister, und die Berliner Senatorin für Arbeit, Berufliche Bildung und Frauen, Gabriele Schöttler, teilnahmen. Als Ergebnis dieser Veranstaltung wurde zwischen EU und Berliner Senatsverwaltung für Arbeit verabredet, daß Berlin mit EU-Unterstützung zu einer beschäftigungspolitischen Modellregion entwikkelt werden soll. Das Forum fand im Rahmen der sechsteiligen Veranstaltungsreihe „Berlins Zweite Zukunft“ statt, die von dem Verein „Berliner Wirtschaftsgespräche e.V.“ organisiert worden war.

Lehre

Günther Schmid, Dietmar Dathe, Klaus Schömann, Silke Bothfeld und Stefan Speckesser unterrichteten, teilweise in jedem Semester, an der Freien Universität Berlin bzw. der Humboldt-Universität zu Berlin über Themen aus der Abteilung und vermittelten so neue Forschungsergebnisse in die akademische Lehre. Sie betreuten Seminar- und Diplomarbeiten; Günther Schmid war auch an mehreren Promotionsverfahren als Erst- oder Zweitgutachter beteiligt.

Gastwissenschaftler

Kolleginnen und Kollegen aus einigen Forschungsinstituten des von der Europäischen Kommission geförderten und von der Abteilung koordinierten Projektverbunds „Transitional Labour Markets“ waren immer wieder Gäste in der Abteilung, auch nach Abschluß der Projektlaufzeit im Januar 1999.

Colette Fagan Ph.D., University of Manchester, war im Frühjahr 1998 Gastwissenschaftlerin der Abteilung, um mit Jacqueline O’Reilly Herausgeberarbeiten für ein gemeinsames Buchprojekt abzuschließen.

Professorin Eunice Rodriguez, Assistant Professor im Department of Policy Analysis and Management der Cornell-University, Ithaca, U.S.A., war von Januar bis Juli 1999 im Rahmen eines Stipendiums der Alexander-von-Humboldt-Stiftung Gastwissenschaftlerin in der Abteilung „Arbeitsmarktpolitik und Beschäftigung“ und der Arbeitsgruppe „Public Health“. Sie arbeitete an einer Studie über den Einfluß unterschiedlicher institutioneller Regelungen im Gesundheits- und Sozialbereich in den U.S.A. und Deutschland auf die gesundheitlichen Auswirkungen von Arbeitslosigkeit und Arbeitsbedingungen.

Preis

Günther Schmid erhielt den ersten Preis der Fritz Thyssen Stiftung für sozialwissenschaftliche Aufsätze des Jahrgangs 1997 für den Beitrag „Beschäftigungswunder Niederlande? – Ein Vergleich der Beschäftigungssysteme in den Niederlanden und in Deutschland“, erschienen in Heft 3/Jahrgang 25 des „Leviathan“.

Berufungen

Günther Schmid wurde in die wissenschaftlichen Beiräte des Deutschen Jugendinstituts e.V., München, des Instituts zur Erforschung sozialer Chancen e.V., Köln, des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB), Nürnberg, der JobRotation Promoter der SPI Servicegesellschaft mbH, Berlin, und der Landesagentur für Struktur und Arbeit Brandenburg (LASA) GmbH, Potsdam, gewählt. Die Freie Universität Berlin hat ihn wieder zum Mitglied der Auswahl-Kommission „Berlindienliche Forschungsförderung“ ernannt. Als Mitglied des arbeitsmarktpolitischen Beirats bei der Senatsverwaltung für Arbeit, Berufliche Bildung und Frauen arbeitete er an zwei Berliner Memoranden mit. Außerdem war er Mitglied der Arbeitsgruppe „Berlin – Zivile Wege in das 21. Jahrhundert“, die eine von der Berliner Senatskanzlei in Auftrag gegebene Studie zur Zukunft Berlins erarbeitete.

Klaus Schömann wurde im Dezember 1999 von der OECD in eine Kommission zur Evaluation des Schweizer Bildungs- und Weiterbildungsystems aus der Perspektive des lebenslangen Lernens berufen. 1998 und 1999 war er Mitglied des Beirats von Eurostat im Zuge der Konzeption und des Aufbaus einer neuen Datenbank zur statistischen Erfassung der Arbeitsmarktpolitik der EU-Mitgliedsländer.

Jacqueline O’Reilly wurde 1999 zur Associate Editor der Zeitschrift „Gender, Work, Organization“

berufen, nachdem sie bereits mehrere Jahre dem Editorial Board angehört hatte.

Abteilung „Organisation und Beschäftigung"

Grundlagen

Das Untersuchungsfeld der Abteilung sind Veränderungen im Verhältnis von Organisation und Beschäftigung, d. h. die Neustrukturierung unternehmensinterner, zwischenbetrieblicher, regionaler, sektoraler, nationaler und internationaler Produktionsregimes. Die aktuell wichtigsten Veränderungen in der Organisation gesellschaftlicher Arbeit vollziehen sich im Kontext von Internationalisierungsprozessen. Ein zentraler Aspekt dieser Entwicklung ist die Tatsache, daß die nationalstaatliche Steuerungskapazität politischer, wirtschaftlicher und sozialer Prozesse im Rahmen der Herausbildung transnationaler Politiknetzwerke transformiert wird.

In Europa, geographisch das Forschungsfeld der Abteilung, treffen diese widersprüchlichen Prozesse markant aufeinander. Internationalisierungstendenzen wurden in den 90er Jahren hier spezifisch überformt durch die weiterführenden Schritte zur europäischen Integration und Osterweiterung der EU vor dem Hintergrund der Transformationen in Mittelosteuropa. Diesen Entwicklungen tragen die Akzentsetzungen des Forschungsprogramms der Abteilung Rechnung.

Bei den Projekten des bisherigen Programms standen international vergleichende Organisations- und Beschäftigungsanalysen in unterschiedlichen Ländern im Mittelpunkt. In den letzten beiden Jahren sind jedoch zunehmend die Internationalisierungsprozesse als (verändernde) Rahmenbedingungen für Restrukturierungsprozesse in den Blick genommen worden. Damit erfolgt eine Konzentration auf den Modus der Internationalisierung selbst, d. h. ihre gesellschaftstheoretischen und akteurszentrierten Perspektiven.

Die Vollendung der europäischen Integration hat Veränderungsimpulse ausgelöst, die sich als Deregulierung mit (partiellen) Re-Regulierungsansätzen auf der europäischen Ebene, aber auch auf der Ebene der Nationalstaaten, umschreiben lassen. Mehrere Projekte des laufenden Forschungsprogramms sind um die Fragen zentriert, wie sich diese Prozesse auf nationale Organisationen, Institutionen und Beschäftigungsgefüge auswirken. Das Untersuchungsinteresse richtet sich auf das Zusammenspiel von Konvergenz- und Divergenzprozessen bei den Reaktionsmustern.

Der Zusammenbruch des COMECON-Blocks veränderte die Koordinaten des globalen Wirtschaftens grundlegend. Für alle Länder begann mit dem Postsozialismus eine neue Zeitrechnung. Die sogenannten Reformstaaten sind mit den spezifischen Herausforderungen konfrontiert, sich als „latecomer" in der westlichen Staatengemeinschaft und am Weltmarkt zu etablieren. Ob sich diese Konstellation als Chance oder als Handicap auswirkt, hängt nicht nur von den internen Potentialen und den wirtschaftspolitischen Strategien der ehemals sozialistischen Länder ab; die Entwicklung wird wesentlich auch davon bestimmt, welche Positionen und Funktionen ihnen seitens westlicher Länder bzw. Staatenverbünde zugestanden werden. In mehreren Projekten stehen die damit aufgeworfenen Fragen nach der An- und Einpassungsfähigkeit der Reformländer, aber auch die nach den Rückwirkungen auf die westlichen Regimes im Zentrum der Analysen.

Das theoriebezogene Interesse richtet sich auf die Modalitäten des sozialen Wandels oder aber der Beharrung. Konzeptionelle Grundlage bilden sozio-ökonomische Ansätze, die sich durch Kontextorientierung auszeichnen. Die Entscheidung für diese theoretische Ausrichtung korrespondiert mit einer Vorstellung von Wirtschaften als gesellschaftlichem Prozeß. „Organisation", „Beschäftigung" und „Institutionen" sind die drei Konzepte, auf die alle Projekte des Forschungsprogramms Bezug nehmen.

Die zentralen Fragen richten sich auf Beschäftigungseffekte von Restrukturierungsprozessen,

wobei das Gewicht der verschiedenen Ebenen (international, branchenbezogen, zwischenbetrieblich oder unternehmensintern) je nach Projektfeld variiert. Dabei interessieren vor allem die (langfristigen) Entwicklungen im Dienstleistungsbereich und speziell den unternehmensbezogenen Dienstleistungen. Inwieweit – so wird gefragt – löst dieser „Hoffnungsträger für Beschäftigungswachstum" die in ihn gesetzten Erwartungen ein, und wie ist es um die Qualität der Arbeitsplätze dort bestellt?

Vor dem Hintergrund der Erfahrungen, daß gesellschaftliche Umbrüche geschlechtsspezifische Konturen aufweisen, werden auch Fragen der Entwicklung des Geschlechterverhältnisses in verschiedenen Projekten thematisiert, jeweils mit unterschiedlichem Gewicht. Die Einführung von „Geschlecht" als analytischer Kategorie verspricht differenziertere Aufschlüsse über Akteurskonstellationen und Wirkungszusammenhänge, die bestehende gesellschaftliche Ungleichheiten stabilisieren oder transformieren.

Daß im Team der Abteilung verschiedene sozialwissenschaftliche Disziplinen vertreten sind (Ökonomie, Soziologie, Politologie, Psychologie, Sozialgeographie und Ethnologie), schafft günstige Ausgangsbedingungen für disziplinübergreifende Analyseansätze. Hinsichtlich der methodischen Zugänge setzen alle Projekte des laufenden Forschungsprogramms eher auf qualitative Verfahren; deren analytische Reichweite wird durch die Kombination jeweils verschiedener Informationszugänge validiert. Die Wahl qualitativer Methoden wird vorrangig durch den begrenzten Forschungsstand in den Projektfeldern des Programms nahegelegt. Hypothesengenerierung und -tests sind in diesem Umfeld zielführende Schritte zur Erweiterung des Wissensstands.

Die Forschungen der Abteilung im alten, nun veränderten Programm waren in drei Projektfeldern organisiert: Finanzdienstleistungen, Transformation und internationale Mobilitäten.

Finanzdienstleistungen

Im Finanzsektor hat seit Mitte der 70er Jahre eine Internationalisierung einzelner Marktsegmente stattgefunden; zudem haben Banken Konkurrenz von Seiten der Versicherungen und anderer Finanzdienstleistungsanbieter erhalten. Binnenmarkt und Europäische Währungsunion tragen zu einer weiteren Internationalisierung der Märkte und damit zu einer Verschärfung des Wettbewerbs bei. Zugleich zeichnet sich eine Sättigung der Nachfrage nach standardisierten Finanzdienstleistungen ab, während für komplexere Produkte und Dienstleistungen die Nachfrage je nach Kundengruppen differiert. Damit stellt sich auch für den Finanzdienstleistungsbereich die Frage, wie Unternehmen die Anpassung an veränderte Marktbedingungen vollziehen, welche Unternehmens- und Personalstrategien sie dabei verfolgen und wie sich diese auf Arbeitsmarkt- und Beschäftigungsstrukturen auswirken.

Eurobanking

Im Mittelpunkt des Eurobanking-Projekts, das im Berichtszeitraum von Sigrid Quack und Swen Hildebrandt abgeschlossen wurde, standen vergleichende Untersuchungen des Wandels von Unternehmensstrukturen sowie von Ausbildungs- und Beschäftigungspolitiken in Deutschland, Großbritannien und Frankreich. Diese Länder wurden für einen Vergleich ausgewählt, da sie drei verschiedene, aber typische Finanzsysteme repräsentieren und darüber hinaus im Bereich der Bildungs- und Arbeitsmarktinstitutionen charakteristische Unterschiede aufweisen.

Im Berichtszeitraum wurde ein Teil der Untersuchungsmaterialien im Rahmen des Dissertationsprojekts von Swen Hildebrandt im deutsch-französischen Vergleich vertiefend ausgewertet. Konzeptionell wird der internationale Vergleich um die Dimension teilsektoraler Differenzierungen – zwischen den Institutsgruppen „Banken" und „Sparkassen" – erweitert. Konzentrieren sich vergleichende Organisationsstudien bislang vorrangig auf national- bzw. sektorspezifische Unterschiede, so werden nunmehr institutsgruppenspezifische Entwicklungsverläufe bei der betrieblichen Reorganisation erfaßt, die auf unterschiedlichen Marktregulierungen und Arbeitsmarktinstitutionen beruhen. Darüber hinaus wurden betriebliche Reorganisationsprozesse der Kreditinstitute in weiteren Geschäftsfeldern untersucht: die neuen Direktvertriebswege im Bankgeschäft und die

Neugestaltung des Privatkundengeschäfts in der Filialorganisation.

Auch in diesen Reorganisationsfeldern erwiesen sich die Unternehmenspolitiken von Banken und Sparkassen und deren Umsetzung in Organisations-, Arbeits- und Personalbeziehungen als mit den jeweiligen ökonomischen und institutionellen Umfeldbedingungen der Kreditinstitute verknüpft. Swen Hildebrandt entwickelt vor diesem Hintergrund das Konzept der „relativen Divergenz" und zeigt, daß die Restrukturierungsvorschläge international agierender Consulting-Unternehmen, denen eine universelle Entwicklungslogik immanent ist (z. B. der Lean Banking-Ansatz), der empirisch analysierbaren Realität widersprechen.

KMU

Das Teilprojekt „Finanzdienstleistungen für Klein- und Mittelbetriebe", das sich zunächst auf einen deutsch-französischen Vergleich konzentrierte, wurde durch eine Kooperation zwischen Sigrid Quack und Christel Lane, Alan Hughes und Frank Wilkinson (ESRC Center for Business Research in Cambridge) auf Großbritannien ausgeweitet. Auf der Grundlage eines soziologisch-institutionellen Ansatzes, der Entscheidungen über Risiken als soziale Prozesse analysiert, konnte gezeigt werden, wie in den beiden Ländern je spezifische, institutionell geprägte, normative und kognitive Orientierungen die Wahrnehmung und das Management von Risiken durch Banken beeinflussen.

Ergebnisse des Eurobanking-Projekts zum Einfluß nationaler Institutionen auf die ökonomische Leistungsfähigkeit von Unternehmen flossen schließlich auch in die Arbeiten an einem Buch zum Thema „National Capitalisms, Global Competition and Economic Performance" ein, den Sigrid Quack zusammen mit Glenn Morgan und Richard Whitley (Manchester Business School) erstellte. Die Beiträge geben ebenfalls Anlaß zu Skepsis gegenüber Vorstellungen einer „one best practice", mit der Unternehmen zum Erfolg in internationalen Märkten gelangen können. Vielmehr zeigen sie eine große Vielfalt von organisatorischen Lösungen auf, die nach wie vor mit ihrem gesellschaftlichen und institutionellen Kontext verwoben sind und zudem von den beteiligten Akteuren häufig an spezifischen Leistungskriterien gemessen werden.

Organisationslernen

Wie der international und national veränderte institutionelle Rahmen und die dadurch verschärften Wettbewerbsbedingungen im Finanzdienstleistungssektor von Versicherungen wahrgenommen und marktstrategisch, operational sowie personalpolitisch beantwortet werden, untersuchte das Team des Teilprojekts über Organisationslernen in deutschen Versicherungsunternehmen. Hedwig Rudolph und Anne Schüttpelz analysierten im Rahmen des von der Gottlieb Daimler- und Karl Benz-Stiftung geförderten Kollegs „Organizational Learning" (Leitung: Meinolf Dierkes, Abteilung „Organisation und Technikgenese"), inwieweit die betrieblichen Reaktionsformen auf veränderte Kontextbedingungen organisationsinterne Lernprozesse erkennen lassen. Die Untersuchung bezog sich zentral auf das Konzept des Organisationslernens und orientierte sich dabei am interpretativen Paradigma.

Auf Sektorebene wurden nationale Muster der (Lebens-)Versicherungsmärkte und der Beschäftigung auf der Basis von Sekundäranalysen vorliegender Studien, Berichte und Statistiken sowie Expertengesprächen dokumentiert. Als zentrale Rahmenbedingungen, die aktuell starken Veränderungen unterliegen, wurden das nationale und europäische Versicherungsrecht, das System der Versicherungsaufsicht, das Steuer- und Rentensystem sowie konkurrierende Anbieter und Produkte aus benachbarten Bereichen des Finanzdienstleistungssektors identifiziert. Intensivfallstudien in zwei Versicherungsunternehmen bildeten den zweiten Teil des Projekts, um zu klären, was sich in den Organisationen konkret verändert hat (oder auch nicht).

Als Ergebnis des 1999 abgeschlossenen Teilprojekts wurde deutlich, daß es keinen „Königsweg" gibt, sondern daß verschiedene Kombinationen von Entscheidungskriterien und -verfahren, operativen Strukturen und Strategien zum Ziele führen. Erfolge von Prozessen des Organisationslernens waren nicht nur am Grad der Erreichung formulierter Ziele abzulesen, sondern auch an den

Begründungen für ein Beharren. Zentral für die Einschätzung, ob Organisationslernen zu unterstellen ist oder nicht, ist die Prüfung, inwieweit es in den Unternehmen gelingt, Informations- und Entscheidungsprozesse verschiedener Ebenen überzeugend miteinander zu verknüpfen. Soweit in den untersuchten Unternehmen Restrukturierungen vorgenommen wurden, implizierten sie verstärkte Selbstkontrolle der Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen über vertiefte Identifikation mit den Unternehmenszielen (was Außenkontrollen entlastete). Die hierarchische Entscheidungsfindung stand nicht zur Disposition.

Frauen im Banken-Management

Zu den Fragen nach geschlechtsspezifischen Unterschieden der Beschäftigungschancen im Finanzdienstleistungssektor wurde im Berichtszeitraum ein (weiteres) Teilprojekt durchgeführt. Der Zusammenhang zwischen betrieblichen Reorganisationsmaßnahmen und geschlechtsspezifischen Zugangsmöglichkeiten zu Führungspositionen wurde im Rahmen von Fallstudien in deutschen und finnischen Banken untersucht. In einem vom Deutschen Akademischen Austauschdienst (DAAD) und der Akademie von Finnland finanzierten Kooperationsprojekt überprüften Hildegard Theobald und Sigrid Quack zusammen mit Janne Tienari (Helsinki School of Economics and Business Administration) die These, daß die in beiden Ländern zunehmende Spezialisierung und Segmentierung von Karrierewegen geschlechtsspezifische Konturen aufweisen.

Ausgangspunkt war die Annahme komplexer Zusammenhänge zwischen dem gesellschaftlichen Kontext (speziell dem Typus des nationalen Wohlfahrtsstaats) und den organisationsinternen Prozessen. Personalstatistiken ausgewählter Banken in beiden Ländern belegten einen Zusammenhang zwischen der reorganisationsbedingten Abwertung der Filialleiterposition und einer Erhöhung des Frauenanteils. Interviews mit Filialleiterinnen und Vertretern des Topmanagements zeigten erhebliche Länderdifferenzen im Verlauf der „Feminisierung“ auf. Die jeweiligen Möglichkeiten der Vereinbarung von Beruf und Familie sowie die betriebliche Bewertung von Qualifikation und Alter für den Karriereverlauf beeinflußten den Zeitpunkt des Zugangs von Frauen in die Filialleiterebene und dienten gleichzeitig der Legitimation für die Begrenzung ihrer weiteren Aufstiegsmöglichkeiten.

Abteilung „Organisation und Beschäftigung“

Personal am 1. Oktober 1999	seit
Diplom-Politologin Dorothee Bohle	1994
Alev Deniz	1998
Brigitte Freihoff	1976
Dr. Felicitas Hillmann	1994
Sylvia Pichorner	1979
Diplom-Politologe Dieter Plehwe	1996
Dr. Sigrid Quack	1991
Professorin Dr. Hedwig Rudolph	1990
Anne Schüttpelz	1995
Dr. Hildegard Theobald	1998
Ausgeschiedenes Personal[1]	1998–1999
Diplom-Sozialwirt Swen Hildebrandt	1993–1998
Diplom-Politologin Frauke Miera	1995–1998

Transformation

Im zweiten Forschungsfeld bearbeitet Dorothee Bohle im Rahmen ihrer Dissertation Fragen nach den Verbindungsmustern externer, insbesondere über die EU-Integration induzierter Entwicklungsprozesse und intern-pfadabhängiger Restrukturierungsprozesse in der polnischen Systemtransformation. Die der Arbeit zugrundeliegende Annahme ist, daß der sich abzeichnende Grad politischer und ökonomischer Verflechtung Polens mit der EU auf eine historisch neue Qualität hinweist, die mit herkömmlichen, eng am Nationalstaat orientierten entwicklungs- und transformations-

1 mit mindestens 12 Monaten Zugehörigkeit zum WZB

theoretischen Konzepten nicht hinreichend erfaßt werden kann.

Die Agenda der EU in Osteuropa geht in ihrer Reichweite weit über die früherer Erweiterungsrunden hinaus. Sie umfaßt Kernbereiche ökonomischer Regulation, makroökonomische, geld- und haushaltspolitische Programme und dringt in Bereiche vor, die sowohl unter dem Fordismus als auch unter dem Staatssozialismus Kernstücke gemeinwohlorientierter staatlicher Politik waren.

Die Durchsetzungsfähigkeit der EU-Agenda erklärt sich erst vor dem Hintergrund einer doppelt nachholenden Entwicklung in den Transformationsökonomien: dem nachholenden Prozeß der Durchsetzung des Kapitalismus und dem nachholenden internationalen Öffnungsprozeß. Hieraus resultiert eine Reihe osteuropäischer Besonderheiten, die den vertieften Einfluß der EU und transnationaler Akteure in der Transformation ermöglichen. Insbesondere sind zu nennen:

1) Die ideologischen Voraussetzungen: die mit der EU-Agenda weitgehend identische neoliberale Reformagenda erweist sich deshalb als so wirkungsmächtig, weil sie die radikalste Kritik des delegitimierten staatssozialistischen Systems darstellt.
2) Die gesellschaftlichen Voraussetzungen: der Versuch, den Kapitalismus „ohne einheimische Kapitalisten" herzustellen, führt zu einer sehr weiten Öffnung gegenüber ausländischem Kapital, welches sich zunehmend an die Stelle einer einheimischen Bourgeoisie setzt.
3) Die Notwendigkeit der externen Absicherung interner Reformen: weil die osteuropäischen Reformeliten zunächst gesellschaftlich nur schwach verankert waren, kommt der externen Einbindung der Reformprojekte eine zentrale Rolle zu.

Anhand einer Analyse der Transformation des polnischen Transportsektors wird abschließend den Auswirkungen der transnationalen Verflechtung Polens nachgegangen. Es wird argumentiert, daß eine neue, den Nationalstaat transzendierende Dualität entsteht: einerseits ein transnational-europäisch integriertes und aufgewertetes Segment und andererseits ein von dieser Entwicklung abgekoppeltes Segment.

Internationale Mobilitäten

Lettland

Im Projekt „Internationale Mobilitäten", das Hedwig Rudolph und Felicitas Hillmann durchführten, ging es um die Rolle westlicher Großunternehmen im Transformationsprozeß Mittelosteuropas. Mit der Implosion der sozialistischen Regimes veränderten sich nicht nur die Wirtschaftsordnungen im Osten; vielmehr wurden zugleich auch neue Absatz-, Beschaffungs- und Arbeitsmärkte für die westlichen Wirtschaften zugänglich – ein Umstand, der die strategischen Optionen westlicher Unternehmen erweiterte.

Im Mittelpunkt der Studie standen grenzüberschreitende Mobilitäten von hochqualifizierten Arbeitskräften und die Frage nach ihren Regelungsmechanismen sowie Implikationen. Konzeptionell orientiert an der früheren Studie über Polen, wurden im Berichtszeitraum Wanderungsströme von Fach- und Führungskräften zwischen Westeuropa und Lettland untersucht, einem kleinen, geographisch peripheren Land, das – wie die anderen baltischen Staaten auch – den Übergang zu Demokratie und Marktwirtschaft relativ spät gestartet hatte. Das Projekt ging von den Prämissen aus,

– daß sich in der Reorganisation der institutionellen Rahmenbedingungen (auf den verschiedenen Ebenen) Prozesse der Transformation und der Internationalisierung überlagern und
– daß die Wanderungen der Arbeitskräfte (auch) die Veränderungen der internationalen Arbeitsteilung widerspiegeln.

Die beiden für die empirische Untersuchung ausgewählten Branchen, die Nahrungsgüterindustrie und der Sektor der Informations- und Kommunikationstechnologien (IuK), spielen für die Modernisierung der lettischen Wirtschaft und Gesellschaft herausragende Rollen, und sie stehen im

Blick auf die angestrebte EU-Integration des Landes vor der Aufgabe weitreichender Rationalisierung und Deregulierung. Methodisch handelte es sich um eine Mehrebenenanalyse, deren Kern Erhebungen in 35 Unternehmen der beiden Branchen bildeten.

Für die Modernisierung der Wirtschaft setzte Lettland stark auf westliches Kapital und kam deshalb – vor allem in den ersten Jahren – westlichen Unternehmensinteressen weit entgegen. Dennoch ist das Land aufgrund seines geringen Marktpotentials und vor dem Hintergrund der Spannungen mit Rußland (wegen der restriktiven Minderheitenpolitik) nur bedingt als Produktionsstandort attraktiv, eher dagegen als Distributionsbasis. Markterschließung und nicht Kostenersparnis war denn auch – das ergaben die Erhebungen – das Hauptmotiv der Auslandsinvestitionen in den beiden ausgewählten Branchen in Lettland.

Die von der Mehrheit der westlichen Investoren entsandten Fach- und Führungskräfte dienten vorrangig dem Ausgleich systembedingt fehlender marktbezogener Qualifikationen. Dabei ging es neben Kenntnissen und Fähigkeiten vorrangig um Managementorientierungen und Arbeitshaltungen (sogenannte „soft skills"). Das erklärt die große Bedeutung der internationalen internen Arbeitsmärkte der Unternehmen in der Entsendepraxis. Remigranten spielten dagegen keine nennenswerte Rolle unter den „Expatriates", weil die lettische Diaspora sich nicht vorrangig unternehmerisch profilierte.

Insofern konnte Lettland – im Gegensatz etwa zu Polen – für die Bewältigung der Transformationsaufgaben kaum auf Ressourcen aus früheren Migrationsnetzwerken zurückgreifen. Die vergleichsweise homogene Sozialstruktur der westlichen Fach- und Führungskräfte verwies auf hoch selektive Auswahlprozesse. Der inzwischen nachhaltig vorangetriebene Austausch durch lokale Kräfte wurde als ein Indikator für den Erfolg dieser Personalpolitik angeführt.

Bezüglich der Frage nach dem Modus der Integration Lettlands in die internationale Arbeitsteilung zeigte das überproportionale Engagement skandinavischer Unternehmen im Land und die noch stärkere Repräsentation von Finnen unter den Expatriates eine Revitalisierung des ökonomischen und politischen Verbunds der Ostsee-Anrainerstaaten an: Internationalisierungstendenzen als Motor für Regionalisierung.

Eine geschlechtssensible Perspektive kennzeichnet zwei weitere Teilprojekte zu internationalen Mobilitäten.

Polen in Berlin

Im Zentrum des Promotionsvorhabens von Frauke Miera stehen Fragen nach den sozio-ökonomischen und geschlechtsspezifischen Positionen, die Migranten und Migrantinnen aus Polen in Berlin in den 90er Jahren (verglichen mit den 70er/80er Jahren) einnehmen, und nach den Einflußfaktoren, die bei den Positionierungen wirksam werden. Den theoretischen Rahmen bilden der Ansatz der Migrationssysteme sowie die Konzepte sozialer Netzwerke und transnationaler sozialer Räume. Die Arbeit stützt sich auf Interviews mit Migranten, polnisch-sprachige Medien (in Berlin), Expertengespräche, Dokumentenanalyse und Statistiken.

Die bisherigen Auswertungen lassen erkennen, daß Polinnen und Polen in Berlin – im Kontext der verstärkt an ökonomischen Interessen ausgerichteten deutschen Migationsregulation – sich zunehmend transnational orientieren. Die Transnationalisierung der sozialen Netzwerke steht in einem Wechselverhältnis zu der ökonomischen Transnationalisierung. Grenzüberschreitende Orientierungen und Aktivitäten sind sowohl bei rechtlich und ökonomisch relativ etablierten Migranten der 80er Jahre als auch bei den aufgrund ihres rechtlich unsicheren Status überwiegend im informellen Arbeitsmarkt beschäftigten Migranten der 90er Jahre zu beobachten.

Andererseits sprechen zahlreiche Hinweise für eine wachsende Bedeutung des „polnischen Berlin" im Lebenszusammenhang der Migranten. Machtungleichheiten im Geschlechterverhältnis im Privaten und in den Arbeitsbeziehungen führten zur Etablierung eigenständiger polnischer Frauennetzwerke, so daß Frauen und Männer für ihre soziale

und ökonomische Positionierung auf je spezifische Ressourcen zurückgreifen konnten.

Migrantinnen als Unternehmerinnen

Ebenfalls auf Berlin und die geschlechtsbezogenen Implikationen der veränderten politischen und ökonomischen Bedingungen in der Stadt bezieht sich ein weiteres Teilprojekt. Anknüpfend an ihre Literaturstudie zur ethnischen Strukturierung von Arbeitsmärkten am Beispiel New York City und an eine explorative Studie zum türkischen ethnischen Gewerbe im Food-Sektor in Berlin (Rudolph/Hillmann 1997) hat Felicitas Hillmann 1998 eine Pilotstudie zur Beschäftigungssituation türkischer Frauen erstellt.

Wie in anderen deutschen Städten hat auch in Berlin die ausländische (insbesondere türkische) Bevölkerung seit den späten 70er Jahren – u. a. als Reaktion auf die verschlechterte Arbeitsmarktsituation – Schritte in die Selbständigkeit gewagt. Im Vordergrund der wissenschaftlichen und öffentlichen Wahrnehmung dieser Entwicklung stehen zumeist Männer, und sie leiten in der Tat weitaus die Mehrheit der Unternehmen türkischer Herkunft.

Demgegenüber wurden im Rahmen dieses sektorübergreifenden Teilprojekts in Berlin 50 Interviews mit türkischen Frauen durchgeführt, von denen zwei Drittel selbständig ein Unternehmen führten und ein Drittel abhängig beschäftigt war. Den analytischen Ausgangspunkt bildete das Konzept des „ethnischen Gewerbes", das durch folgende Merkmale gekennzeichnet ist:

- horizontale und vertikale Vernetzung in der ethnischen „Community";
- Rekrutierung der Klientel aus der ethnischen „Community";
- ethnische Zulieferbetriebe und
- (vorrangiger) Rückgriff auf Familienmitarbeit.

Der Vergleich der lebensgeschichtlichen und bildungsbezogenen Daten der in der Studie befragten Frauen ließ stärkere Bezüge der in türkischen Unternehmen „angestellten" Türkinnen zur ethnischen Community erkennen. Demgegenüber erscheinen die Unternehmerinnen türkischer Herkunft weder als Teil einer Nischen- bzw. ethnischen Ökonomie, noch streben sie an, zu diesem Segment zu gehören. Ihre Entscheidung für berufliche Selbständigkeit läßt sich dahingehend interpretieren, daß sie stärker auf ihre Qualifikation zur Behauptung am Markt setzen als auf die Aktivierung ethnischer Ressourcen.

Neukonturierung des Forschungsprogramms

Den Schwerpunkt des bisherigen Forschungsprogramms bildete somit der Vergleich sektoraler Restrukturierungsprozesse und ihrer jeweiligen Implikationen für Beschäftigung und Arbeit in einer Reihe europäischer Länder. In verschiedenen Feldern konnte die Bedeutung von Pfadabhängigkeiten der Entwicklungen verdeutlicht werden, wenn auch „gebrochen" durch exogene Einflüsse. Internationalisierungsprozesse kamen dabei zunächst lediglich als Kontextbedingungen in den Blick. Zunehmend zeichneten sich jedoch die Grenzen eines solchen Ansatzes ab: Internationale Akteure, Strukturen und Prozesse als „exogen" zu sehen, blendet die an Bedeutung gewinnenden Interdependenzen zwischen nationalen Politiken und emergenten internationalen Strukturen und Handlungslogiken aus.

Das neue Forschungsprogramm konzentriert sich deshalb auf eine gesellschaftstheoretische und akteurszentrierte Perspektive der Internationalisierung selbst. Die Internationalisierung, d. h. das deutliche Wachstum und die komplexe Vernetzung grenzüberschreitender Aktivitäten, wird dabei als Ausdruck einer sich erneut wandelnden internationalen Arbeitsteilung begriffen. Diese hat erhebliche Auswirkungen auf die Konfiguration gesellschaftlicher Kräfteverhältnisse. Nationale Gestaltungsmöglichkeiten werden überformt, andererseits werden aber auch neue Handlungsräume zugänglich – nicht zuletzt durch die Bildung internationaler Allianzen auf den unterschiedlichen Ebenen. Das dem Forschungsprogramm zugrunde liegende Konzept von Internationalisierung läßt sich mit drei Thesen charakterisieren:

– Internationalisierung wird „produziert“, d. h. vollzieht sich nicht als schlichte Durchsetzung von Macht (z. B. Multis), sondern unter Mitwirkung der Akteure im Feld – wenn auch mit ungleichem Einfluß.

– Internationalisierung impliziert neue Muster transnationaler politischer *und* ökonomischer Koordination. Sie beinhaltet Veränderungen der internationalen Arbeitsteilung *und* der Machtverteilung.

– Ausdruck und Instrument dieser Entwicklung ist ein zunehmend komplexes Institutionen-Set auf supranationaler, nationaler, regionaler und sektoraler Ebene.

Indem die Qualität der Internationalisierung zum Gegenstand der Untersuchung gemacht wird, sollen Zusammenhänge geklärt werden zwischen Macht und Ressourcenzugang, Staat und Markt, Interessen und Institutionen sowie – nicht zuletzt – zwischen der nationalen und der internationalen Ebene.

Die Forschungen, die im Rahmen des neu akzentuierten Programms begonnen werden, versprechen damit Beiträge nicht nur zu den Debatten um Internationalisierung, sondern auch zu den Diskursen um Individualisierung (im Spannungsfeld von Ent-Institutionalisierung und Re-Institutionalisierung) sowie um neue politische Steuerungsformen und -möglichkeiten.

Europa

Der geographische Untersuchungsraum wird weiterhin Europa sein, ein Raum, in dem sich Internationalisierung und Transformation deutlich artikulieren. Kriterium für die Auswahl der empirischen Zugänge ist eine besondere Beeinflussung der jeweiligen Bereiche durch Prozesse der Internationalisierung. Sowohl im Logistiksektor als auch im Bereich der Unternehmensberatung wie auch in der Lebensmittelwirtschaft sind durch die Internationalisierung die Branchenkonfigurationen erheblich verändert worden – was zu deutlichen Reaktionen mit Gestaltungsintentionen auf Seiten der Unternehmen geführt hat:

– Im Logistiksektor stehen die Zusammenhänge zwischen Unternehmensreorganisation und Veränderungen von Interessenmediation auf nationaler und insbesondere internationaler Ebene im Mittelpunkt.

– Das Professionalisierungsprojekt hebt ab auf das Verhältnis von Internationalisierungsstrategien von Beratungsunternehmen und ihren Professionalisierungspolitiken im nationalen und europäischen Rahmen.

– Im Projekt zur Lebensmittelwirtschaft gilt das zentrale Analyse-Interesse der Neugestaltung der Schnittstellen in den internationalen Wertschöpfungsketten.

Logistik als emergenter Sektor

Reorganisation der Arbeit entlang der logistischen Kette

Die Perspektive der vergleichenden Erforschung von ökonomischen, politischen und gesellschaftlichen Transnationalisierungsprozessen des Logistiksektors wurde von Dieter Plehwe in zwei Richtungen ausgestaltet:

1) institutionelle und wirtschaftliche Bedingungen der Formierung einer neuartigen, produktionsbezogenen Dienstleistungsindustrie;

2) europapolitische Ausgestaltung des Politikfelds Transport/Logistik.

Anhand der empirischen Untersuchung von Reorganisationsprozessen klassischer Transportunternehmen (z. B. Spedition, Kurier-, Expreß- und Paketdienste, staatliche Bahn- und Postunternehmen) konnten drei zentrale Merkmale der veränderten Angebotsprofile in der Transport- und Logistikwirtschaft festgestellt werden, welche jeweils weitreichende Veränderungen der Unternehmens- und Arbeitsorganisation nach sich ziehen.

Globalangebot

Dem Beispiel der Kurier-, Expreß- und Paketdienste folgend, entwickeln die Unternehmen im Sektor 1.) industrialisierte Transportsysteme für verschiedene, jeweils standardisierte Gütergruppen (Industrialisierung, Automation Lager/Umschlag etc.). Nach der Aufhebung der regulierungsbedingten Internationalisierungsblockade entwickelte sich 2.) ein

umfangreicher Prozeß nachholender Internationalisierung. Schließlich positionieren sich zahlreiche Anbieter 3.) als produktionsbezogene Logistikdienstleister neu in der Wertschöpfungskette, um ausgelagerte Tätigkeitsbereiche aus Industrie und Handel zu integrieren. Aufgebaut wird ein mehr oder weniger vollständiges Globalangebot („key account management") als Strategie zur Erschließung von Rationalisierungsreserven in der Zirkulationssphäre (Warenumschlag, Materialfluß).

Die starke Polarisierung der Branchenstruktur im Logistiksektor, bedingt durch den Preisdruck auf Transportleistungen, war Gegenstand eines weiteren Arbeitsschritts. Während in der Straßengüterverkehrsbranche eine erhebliche Schwächung der Marktposition von Klein- und Kleinstunternehmen (häufig selbstfahrende Unternehmer) unverkennbar ist, konnte im Logistik-Arbeitsfeld „Informationsfluß" aufgrund der verstärkten Einführung betriebswirtschaftlicher Basissoftware bei Anbietern und Kunden eine große Zahl von neuen Selbständigen im Beratungsgeschäft ihre Position erheblich verbessern, weil das Know-how äußerst knapp war. Im Ergebnis kann eine stärkere Ausdifferenzierung und Heterogenisierung der Beschäftigungsverhältnisse („up- und down-grading") entlang der logistischen Kette festgestellt werden.

Die in Kooperation mit der Projektgruppe „Logistik und Dienstleistung" an der Gerhard-Mercator-Universität/Gesamthochschule Duisburg erstellte Expertise zum Thema Arbeit und Mitbestimmung erbrachte neben einer Bestandsaufnahme der Konturen der neuen Logistikbranche Ansätze zur Bewältigung ungeschützter bzw. „atypischer" Beschäftigungsverhältnisse sowie Hinweise auf gewerkschaftlichen Handlungsbedarf auf europäischer Ebene.

Logistiksteuerung zwischen Europäisierung und Globalisierung

Im Jahre 1999 konzentrierte sich die Arbeit auf Dimensionen europäischer Unternehmensreorganisation und deren Auswirkungen auf die verbandliche Interessenvertretung. Zu dieser Fragestellung konnten Drittmittel von der Volkswagen-Stiftung im Bereich „Regulierung der Globalisierung" eingeworben werden.

Das von Christoph Dörrenbächer, Dieter Plehwe und Stefano Vescovi durchgeführte Projekt „Logistiksteuerung zwischen Europäisierung und Globalisierung" geht der Frage nach, welche Zusammenhänge zwischen dynamischer Unternehmensreorganisation und strukturellen wie materiellen Veränderungen von Interessensmediation bestehen. Damit ist zum einen eine systematische Verbindung von betriebswirtschaftlichen und politologischen Fragestellungen angelegt, die bislang eher selten ist. Zum anderen rücken entlang der generellen Entwicklungslinie des Abteilungsprogramms gezielt Internationalisierungsprozesse sowohl von Organisationen als auch von Politik in den Blick.

Liberalisierung

Untersuchungsfeld ist, anknüpfend an die Arbeiten zur logistischen Kette, der sich herausbildende europäische Gütertransport/Logistiksektor. Hier hat die nationale und europäische Liberalisierungspolitik der 80er und 90er Jahre im Zusammenwirken mit Privatisierungsmaßnahmen die Branchenkonfiguration und -koordination weitreichend verändert.

Zu beobachten ist sowohl eine fortschreitende Aufhebung der blockierten Unternehmensinternationalisierung im Sektor als auch eine Überwindung der modal- wie produktmarktspezifischen Branchensegmentierung. Parallel dazu hat vor allem im Verlauf der 90er Jahre auf EU-Ebene eine erhebliche Aufwertung transsektoraler Sekundärziele u. a. im Umwelt-, Sozial- und Technologiebereich stattgefunden.

Dieses Politikfeld läßt sich konkreter durch die Betrachtung der fünf folgenden Policy-Bereiche fassen, die zugleich zentrale inhaltliche Bezugspunkte des zunächst bis Herbst 2001 angelegten Projekts sind.

- Fragen der Marktordnung (Fortgang der binnen- und außenwirtschaftlichen Liberalisierung);
- Fragen der Gemeinwohlorientierung (Universaldienste);

– Ökologiefragen (Internalisierung externer Kosten);
– Technologiefragen (Schnittstellenoptimierung beim Material- und Informationsfluß);
– Arbeitspolitische Fragen (Arbeitseinsatz, Arbeitszeitregulierung, Aus- und Weiterbildung).

Auf der Grundlage eines akteurszentrierten, neo-institutionalistischen Ansatzes, der kognitiven und diskurstheoretischen Aspekten politischen Wandels besondere Aufmerksamkeit widmet, sieht das Projektteam die Entwicklung in den einzelnen Policy-Bereichen von mehreren Faktoren abhängig.

Weiterführende Ergebnisse werden zu verschiedenen Themenkomplexen erwartet, etwa zur Entwicklungsdynamik von Unternehmensreorganisation, zu sektorspezifischen Veränderungen in der Interessensmediation oder zur Rolle und Funktionsweise von Expertennetzwerken in der EU.

Unternehmensberatung: Internationalisierung und „Feminisierung" einer Nicht-Profession

Vorarbeiten sind unter Mitarbeit von Hildegard Theobald und Heike Schimkat auch zu einem zweiten Projektfeld angelaufen, das die Professionalisierungsstrategien von Unternehmen und Verbänden der Beraterbranche im Kontext der Internationalisierung wissensintensiver unternehmensbezogener Dienstleistungen in den Mittelpunkt stellt. Transformationen in der internationalen Arbeitsteilung schlagen sich u. a. in einer stark expandierenden und veränderten Nachfrage nach wissensintensiven Dienstleistungen nieder. Unternehmensberatungen sind in diesem Prozeß einerseits Promotoren der Internationalisierung, andererseits werden sie auch zu Akteuren in eigener Sache, denn seit den 1980er Jahren restrukturieren und internationalisieren sie sich selbst.

Frauen im Berufsfeld

Diese zunehmende Internationalisierung stellt auch die Bestrebungen zur Professionalisierung der Tätigkeit „Unternehmensberatung" vor neue Herausforderungen, zumal internationale Abkommen zur Dienstleistungsfreiheit der Einführung von Restriktionen der Berufsausübung entgegenstehen. Marktbezogene Politiken einerseits und verbandliche Professionalisierungsstrategien andererseits werden in Abhängigkeit von der Größe der Beratungsfirma neu gewichtet. Die in diesem Kontext entwickelten Restrukturierungen in der Branche haben – so die These – geschlechtsspezifische Konturen. Für die wachsende Zahl von Frauen im Berufsfeld stellt sich damit die Frage nach der erfolgversprechendsten „Arena", um ihre Interessen an qualifikationsentsprechender Beschäftigung zur Geltung zu bringen: Markt oder Öffentlichkeit, nationale oder europäische Ebene?

Zur Konzeptionalisierung des Zusammenhangs zwischen Prozessen der Internationalisierung, Professionalisierung und Feminisierung auf Verbands- und Unternehmensebene werden unterschiedliche Theorieansätze verknüpft:

– politökonomische Ansätze zur Internationalisierung, mit der Betonung der gleichzeitigen Transformation zum Informationskapitalismus, erweitert um eine geschlechtssensible Perspektive sowie
– Andrew Abbotts (1988) Professionskonzept, das die Analyse verbandlicher wie auch unternehmensbezogener Professionalisierungspolitiken unter Bedingungen der Internationalisierung gestattet, kombiniert mit Ansätzen aus der feministischen Professionsforschung.

Empirisch sind Untersuchungen in Unternehmen in Deutschland sowie in deutschen und europäischen Verbänden geplant. In Experteninterviews auf Verbandsebene sollen die Professionalisierungspolitiken erkundet werden, aber auch Informationen über Mitgliederstrukturen, Aktivitäten, Vernetzungen und Einflußmöglichkeiten von Männern und Frauen gesammelt werden. Über die Verbände wird der Zugang zu den Mitgliedsunternehmen für die weitere Erhebung erschlossen. Auf Unternehmensebene sollen im Rahmen einer Fragebogenerhebung und späterer vertiefender Interviews in ausgewählten Beratungsunternehmen Implikationen der Internationalisierung – aufgeschlüsselt nach

Unternehmenstypen, Geschäftsfeldern und (neuen bzw. alten) Bundesländern – geklärt werden.

Die Restrukturierungsstrategien der Unternehmen sollen typisiert werden mit dem Ziel, die Zusammenhänge zwischen Mustern der Restrukturierungen und Professionalisierungspolitiken zu erfassen und die damit einhergehenden Veränderungen der beruflichen Möglichkeiten von Frauen und Männern zu analysieren.

Lebensmittelwirtschaft: Internationalisierung als Machtspiel in der Wertschöpfungskette

Mit dem Projekt, das von Hedwig Rudolph und Anne Schüttpelz initiiert wird, wird untersucht, nach welchem Modus sich Internationalisierungsprozesse in diesem Sektor vollziehen und welche Zusammenhänge mit Veränderungen von Arbeitsformen und Beschäftigung bestehen. Die Internationalisierung in der europäischen Lebensmittelwirtschaft begann in den 80er Jahren in Großbritannien, Frankreich und Deutschland auf der Einzelhandelsebene.

Entsprechende Restrukturierungsprozesse in der Lebensmittelindustrie und dem Gewerbe haben in der Folge an Dynamik gewonnen, und zwar als Gegengewicht zu der zunehmend als kritisch betrachteten Konzentration im Handel. Entsprechende Entwicklungen auf der Großhandelsstufe sind noch neueren Datums. Die Machtverschiebung in der Wertschöpfungskette zugunsten des Handels ist unbestreitbar, und sie dokumentiert sich nicht

Internationalisierung der Lebensmittelwirtschaft Foto: imo

zuletzt in dessen Übergewicht bei den Lösungen von Schnittstellenproblemen, d. h. den technischen und organisatorischen Restrukturierungen sowie der Verteilung der Rationalisierungsgewinne.

Die Zielsetzungen der geplanten Untersuchung umfassen:

- die Analyse von Zusammenhängen zwischen europäischen und nationalen (Re-)Regulierungen der Lebensmittelwirtschaft,
- die Dokumentation von Restrukturierungsprozessen dieses Wirtschaftssektors in Europa, bezogen auf die Dimensionen Marktkonzentration, Integrationsmodus und Vertriebsformen,
- die Untersuchung der Determinanten der Marktstrategien (insbesondere) fokaler Unternehmen im europäischen Raum sowie vor allem
- die Klärung der Wechselbeziehungen zwischen dem Integrationsmodus entlang der Wertschöpfungskette, realisierten informations- und kommunikationstechnischen Standards und betrieblichen Arbeitspolitiken in den Unternehmen.

Der Hauptakzent liegt auf den Produktions- und Arbeitsbeziehungen zwischen und in den Unternehmen der Wertschöpfungskette der Lebensmittelwirtschaft. Die Veränderungen von Arbeitsformen und Beschäftigung werden in diesem Zusammenhang als abhängig gesehen insbesondere von der Marktentwicklung im Branchenkontext, institutionellen Rahmenbedingungen auf den verschiedenen Ebenen, der Position der Unternehmen in der internationalen Wertschöpfungskette sowie ihren Marktstrategien.

Europa

Die Untersuchung beruht auf einem konzeptionellen Rahmen, der Unternehmen als Akteure der Internationalisierung ins Zentrum der Analyse rückt und zugleich das Institutionengefüge und die jeweils aktuellen sozio-ökonomischen Bedingungen in Rechnung stellt. Dabei werden verschiedene theoretische Perspektiven verknüpft:

- Ansätze der politischen Ökonomie, die die Prozeßhaftigkeit der Internationalisierung betonen,
- Analysekonzepte, die die Logiken transnationaler Wertschöpfungsketten modellieren,
- Konzeptionalisierungen von Internationalisierungsprozessen auf der Mesoebene als Interaktionen korporativer Akteure sowie
- arbeitssoziologische Perspektiven, die Arbeitsbedingungen und Beschäftigung als Folge der Arbeitsorganisation und betrieblichen Praktiken betrachten.

Empirische Felder des Projekts sind die europäischen Länder, die hinsichtlich der Restrukturierung des Lebensmittelsektors besonders wichtig sind. Es sind einerseits die Länder mit den aktivsten internationalen „players“ im Einzelhandel (Frankreich, Deutschland und – mit einigem Abstand – Großbritannien), andererseits die Länder, die Zielgebiete der Expansion darstellen (Österreich, Portugal, Italien, Polen und Ungarn). Die Erstellung der sektorbezogenen Länderprofile wird sich – neben Expertengesprächen – hauptsächlich auf Sekundäranalysen stützen.

Zur Dokumentation und Analyse der Restrukturierungen von Unternehmen – einschließlich ihrer Voraussetzungen und Folgen in der Wertschöpfungskette – werden Primärerhebungen durchgeführt. Verbindliche Kontakte zur Etablierung eines internationalen Forschungsnetzwerks mit Teams in den erwähnten Untersuchungsländern sind hergestellt.

*

Forschungsaufenthalte

Vom 1. bis 30. Juni 1998 hielt sich Dorothee Bohle an der Central European University in Budapest als Gast des Fachbereichs Politische Wissenschaft auf. Im Rahmen dieses Gastaufenthalts vertiefte sie ihre Forschung zu den staatssozialistischen Reformen in Polen.

Felicitas Hillmann war als Visiting Scholar an das German American Center for Visiting Scholars (GACVS) des Deutsch-Amerikanischen Akademischen Austauschdiensts (DAAK) in Washington, D.C., vom 15. Oktober 1998 bis 15. Januar 1999 eingeladen. Sie hat den aktuellen Stand der For-

schungen in den U.S.A. zu ethnischen Arbeitsmärkten studiert und ist der Frage nachgegangen, wie sich die Organisation des Diskurses über Migration in den U.S.A. und in Deutschland unterscheidet.

Lehre

Christoph Dörrenbächer führte im Wintersemester 1998/1999 und im Sommersemester 1999 zusammen mit Professor Klaus Peter Kisker an der Freien Universität Berlin, FB Wirtschaftswissenschaften, ein Hauptseminar zum Thema „Globalisierung und die internationale Mobilität deutscher Industrieunternehmen“ durch.

Sigrid Quack war als Mitglied des Steering Committee und als Dozentin an der Organisation und Durchführung des ersten European Summer Research Institute (ESRI) in Kopenhagen im September 1999 beteiligt. ESRI besteht aus einem Forschungsworkshop sowie einer Summer School für Doktoranden und Doktorandinnen und wird u. a. von der European Science Foundation finanziert.

Hedwig Rudolph führte im Sommersemester 1998 an der Technischen Universität Berlin ein Hauptseminar zum Thema „Qualifikation und Arbeit – Wissenschaftliche und politische Debatten“ durch; im Sommersemester 1999 leitete sie ein Seminar zum Thema „Migrant/Innen: Lebens-, Ausbildungs- und Arbeitsbedingungen“; im Wintersemester 1999/2000 war das Thema der Seminarveranstaltung „Migration und Integration“.

Hildegard Theobald war als Dozentin an der Fachhochschule für Verwaltung und Rechtspflege Berlin tätig zum Thema „Soziale Wahrnehmung und Beurteilung“ im Wintersemester 1997/1998; zum Thema „Konzepte der Arbeits- und Organisationspsychologie“ im Sommersemester 1998 und zum Thema „Theorie und Praxis der Kommunikation“ im Wintersemester 1998/1999.

Abteilung „Wirtschaftswandel und Beschäftigung“

Grundlagen

Arbeitslosigkeit und Innovation sind zwei Schlüsselelemente, die die Leistungsfähigkeit hochentwickelter Volkswirtschaften bestimmen. Inwieweit können diese Schlüsselelemente durch die wichtigsten Institutionengefüge erklärt werden, in die Unternehmen in unterschiedlichen nationalen „Umwelten“ eingebunden sind? Beispiele für diese Institutionengefüge sind das die Unternehmen betreffende Regelungssystem („corporate governance“), das Bildungs- und Ausbildungssystem und das System der Regelungen, durch die das Verhältnis der Unternehmen untereinander strukturiert wird.

In welchem Maß hängen diese von anderen Variablen ab, wie beispielsweise der Typ von Wirtschaftspolitik oder die Parteibindung von Regierungen? Wie werden diese Faktoren von der wachsenden Integration der Märkte und der politischen und ökonomischen Integration beeinflußt? Diese Fragen lagen der Forschung der Abteilung in den Jahren 1998 und 1999, die sich auf drei Hauptfelder („Varieties of capitalism“, Europäische Währungsunion, Reaktion des politischen Systems auf die ökonomischen Änderungen) konzentrierte, zugrunde.

Wie haben sich die oben erwähnten institutionellen Systeme als Folge der wachsenden Integration entwickelt, und wie hat dies das Verhalten der Unternehmen beeinflußt? In dieser Hinsicht ist das Schlüsselelement wirtschaftlicher Leistungsfähigkeit die Innovation. Dabei galt die besondere Aufmerksamkeit dem „Corporate governance“-System und unterschiedlichen Innovationsmustern in hochentwickelten Volkswirtschaften. An diesen Studien waren besonders Sigurt Vitols, Steven Casper, David Soskice und Tom Cusack beteiligt. Dies geschah in fallweiser Zusammenarbeit mit der Abteilung „Wettbewerbsfähigkeit und industrieller Wandel“ (Direktor: Lars-Hendrik Röller).

Der generellen Stoßrichtung dieser Analysen liegen folgende Feststellungen zugrunde:

– Auch wenn institutionelle Systeme sich tiefgreifend ändern und Unternehmen sich generell flexibler verhalten, gibt es nur eine sehr beschränkte Konvergenz zwischen unterschiedlichen nationalen Modellen,

– auch wenn die meisten Veränderungsprozesse durch Unternehmen und Wirtschaftsverbände vorangetrieben werden, haben sie in den Volkswirtschaften außerhalb der angelsächsischen Welt nur ein begrenztes Interesse, institutionelle Regelungen zu destabilisieren,

– der Grund dafür liegt darin, daß Unternehmen, die in unterschiedlichen institutionellen „Umwelten" arbeiten, jeweils spezifische institutionelle Vorteile erfahren. Für die Innovationsentwicklung in Deutschland bedeutet dies, daß der Schlüssel zur Entwicklung neuer Technologien in einer flexiblen Anpassung liegt und nicht in einer Deregulierung „à la U.S.A.".

Das zweite wichtige Thema der Abteilungsforschung war die europäische Währungsunion, das heißt die politische und ökonomische Integration, verstanden im Kontext des „Varieties-of-capitalism"-Ansatzes. Dabei geht es in erster Linie um das Verständnis der Ursachen für Arbeitslosigkeit. In welchem Umfang sind die nationalen Institutionengefüge – vor allem das Ausmaß der Regulierung der Arbeitsmärkte – für die Arbeitslosigkeit in den kontinentaleuropäischen Volkswirtschaften verantwortlich? Wieweit sind keynesianische Einflüsse verantwortlich? Inwieweit sind die derzeitigen Formen in den kollektiven Tarifverhandlungen problematisch? Und wie wird sich dies möglicherweise auf die europäische Währungsunion auswirken?

Der dritte Hauptakzent liegt – in Ergänzung der beiden genannten – auf den politischen Formen des wirtschaftlichen Wandels. Dabei geht es um die Fragen: Welchen Einfluß haben Politik und dabei vor allem parteipolitische Prägungen auf diese Entwicklungen?

Aus dem Englischen übersetzt von Christoph Albrecht

Kern der Forschungsbemühungen war die Differenzierung des in der Abteilung entwickelten Ansatzes „varieties of capitalism" und dabei vor allem die Anwendung auf neue Probleme unter besonderer Berücksichtigung der Anpassungsfähigkeit von Unternehmen an sich verändernde Marktbedingungen. Anhand von Teilstudien wurden Forschungshypothesen und Schlußfolgerungen genauer überprüft. Empirische Themen waren nationale und sektorale Innovationssysteme, „corporate governance" und die Institutionen des Finanzsystems, ein besseres Verständnis der Formen der Anpassung in Frankreich, die bisher nicht klar in den „Varieties-of-capitalism"-Ansatz zu integrieren waren, und die Bedeutung der Arbeitsbeziehungen und innerbetrieblichen Regelungen auf die Entwicklung von Unternehmen.

Innovationen

Wie entwickeln Unternehmen ihre Kompetenzen, die sie benötigen, um in der turbulenten Weltwirtschaft innovativ zu sein? Der weithin wahrgenommenen Innovationsschwäche Deutschlands gilt in diesem Zusammenhang eine besondere Aufmerksamkeit. Gibt es stark ausgeprägte Komplementaritäten, die unterschiedliche Innovationsprozesse charakterisieren? Benötigen Branchen, die „radikale Innovationen" betreiben, wie beispielsweise in der Biotechnologie oder in der Software-Entwicklung, eine andere organisatorische Unternehmensstruktur als Unternehmen, die eher einen „inkrementellen" Innovationsansatz haben, wie beispielsweise im Maschinenbau?

Die Forschungsarbeiten beruhen auf der Annahme, daß der Innovationsprozeß verstanden werden muß als Ergebnis vier miteinander verbundener Innovationsaktivitäten, die sich auf verschiedenen Ebenen abspielen:

– die Mikro-Organisation des Forschungsprozesses,

– die Analyse darüber, wie Unternehmen die Anforderungen an Interaktionen im Innovationsprozeß zwischen Eigentümern, Arbeitnehmern, Wissenschaftlern usw. gestalten,

– zu verstehen, wie Innovationsaktivitäten mit der Marktstruktur verknüpft sind,

– die Wirkungsweise institutioneller Regelungen zu verstehen, und wie Unternehmen sie nutzen, wenn sie Innovationsaktivitäten entwickeln.

In Zusammenarbeit mit der Abteilung „Wettbewerbsfähigkeit und industrieller Wandel“ von Lars-Hendrik Röller arbeitet die Abteilung seit 1998, gefördert durch das Bundesministerium für Bildung und Forschung, an einer Studie über das Innovationssystem in Deutschland. Nachdem es lange Zeit gut an den „inkrementellen“ Innovationstyp in den traditionellen, spezialisierten Industrien Deutschlands angepaßt war und Wohlstand und Beschäftigung garantiert waren, entwikkelte sich in der zweiten Hälfte der 90er Jahre der Konsens, daß Deutschland zusätzliche Innovationskapazitäten entwickeln müsse, um auch in solchen wachsenden Hochtechnologiesektoren wettbewerbsfähig zu werden, die nicht dem „klassischen“ deutschen Innovationssystem entsprechen. Regierung wie Industrie experimentieren deshalb mit neuen institutionellen Regelungen, um so auch „radikalere“ Innovationsformen zu begünstigen.

Patente

David Soskice und Tom Cusack haben eine große Patentdaten-Basis für Deutschland und die U.S.A. und einige andere hochentwickelte Volkswirtschaften zusammengestellt, um so ein Länder-Ranking der Patentspezialisierungen zu erstellen, das dem Rankingverfahren durch Messung der Forschungsintensität entspricht. Eindeutiges Ergebnis der Analyse dieser Daten war die Bestätigung der Forschungshypothese: Die „Institutionen-Architektur“ in Deutschland fördert die Wege zu einem Typ von Patentspezialisierungen in Industrien, die durch inkrementelle Innovationen charakterisiert sind, während Unternehmen in den U.S.A. eher Patente in den neuen Industrien mit „radikalen“ Innovationen anmelden.

High-tech

Abgeschlossen wurde ein Forschungsprojekt über die Gründungen neuer Hochtechnologieunternehmen in Deutschland, koordiniert von Steven Casper unter Beteiligung von Bob Hancké, David Soskice, Sigurt Vitols und Professor Mark Lehrer (University of Rhode Island). Im Mittelpunkt standen als wichtige neue High-tech-Sektoren in Deutschland die Biotechnologie und die Software-Industrie. In beiden Sektoren ist Deutschland zwar nicht an der Weltspitze, hat aber seine Wettbewerbsposition durch die gemeinsamen Anstrengungen von Regierung und Unternehmen verbessern können.

Reformen der Regierung in der Technologiepolitik und Reformen im privaten Sektor haben dazu geführt, daß mehr hochrisikobereites Kapital dynamische Unternehmensgründungen finanziert hat, daß es zu einer engeren Zusammenarbeit zwischen Wissenschaftlern an den Universitäten und Unternehmen kam und daß sich eine neue Arbeitsteilung zwischen Großunternehmen sowie kleinen und mittleren Unternehmen ergeben hat. Als Ergebnis der Analyse ist festzustellen, daß das deutsche Institutionengefüge sich anpaßt, um Unternehmensgründungen zu erleichtern, wie sich an der großen Zahl neuer Unternehmen in der Biotechnologie, Software und anderen Hochtechnologiefeldern zeigt.

Die empirischen Analysen und die Analysen der Patentdaten zeigen aber auch, daß diese Unternehmen sich auf Teilmärkte mit einem sehr viel geringeren Technologierisiko spezialisieren, als dies bei amerikanischen Unternehmen der Fall ist. Dieses andere Muster in der Spezialisierung auf der Ebene der Teilsektoren wird auf die fortdauernden, strukturierenden Wirkungen des gewachsenen Institutionengefüges hinsichtlich der marktorientierten Innovationen in Deutschland zurückgeführt. Zwar können deutsche Unternehmen nicht leicht die innovative Kompetenz erreichen, wie sie gemeinhin in den U.S.A. zu finden ist, aber es spricht vieles dafür, daß in einigen wichtigen neuen Technologiefeldern deutsche Unternehmen einen komparativen institutionellen Vorteil haben, der sich als nachhaltig gegenüber ähnlichen Unternehmen in liberalen Marktwirtschaften erweisen kann.

Im Jahr 1998 begann die Abteilung die Mitarbeit in einem dreijährigen Forschungsnetzwerk zur Analyse marktorientierter Innovationssysteme, das von der Europäischen Kommission gefördert und von Professor Franco Malerba (Centre for Research on Internationalisation CESPRI, Università

L. Bocconi, Mailand) koordiniert wird. Im Rahmen des Projekts „Sectoral Systems in Europe: Innovation, Competitiveness and Growth, ESSY" übernahm David Soskice die Aufgabe, das untersuchungsleitende theoretische Grundlagenpapier zu schreiben. Steven Casper führt mit Hannah Kettler, UK Office of Health Economics, einen Vergleich der jüngeren Entwicklungen im Biotechnologie-Sektor zwischen Deutschland und Großbritannien durch.

„Shareholder-value"

Von ganz besonderem Interesse in der Forschung zu dem „Varieties of capitalism"-Ansatz sind die institutionellen Regelungen, die sich auf Unternehmen beziehen („corporate governance") und den Austausch zwischen Top-Management, Investoren, Beschäftigten und Forschunginstitutionen strukturieren. Eine verbreitete These lautet, daß die Globalisierung der Finanzmärkte Unternehmen zu einem „shareholder-value"-orientierten Unternehmensmodell zwingt, in dem die Maximierung der Profite und Aktienkurse im Mittelpunkt steht.

Doch zeigen Analysen, die sich an ein 1996/97 mit der London School of Economics durchgeführtes und von der Anglo-German Foundation gefördertes Forschungsprojekt anschlossen, daß die die Unternehmen betreffenden Veränderungen der institutionellen Regelungen nicht eine durchgängige Anpassung an das „shareholder-value"-Modell bedeuten. Vielmehr besteht die größere Herausforderung an das Management, an die Arbeitnehmervertreter und an andere wichtige Gruppen in den Unternehmen darin, wie die Interessen international mobiler Investoren – wie etwa U.S.-amerikanische Pensionsfonds – in die Unternehmensentscheidungen einzubeziehen sind.

Banken

Sigurt Vitols ist Mitglied in einer von Professor Wolfgang Streeck, Max-Planck-Institut für Gesellschaftsforschung, Köln, und Professor Kozo Yamamura (University of Washington-Seattle) koordinierten und von der Tamaki-Foundation geförderten Forschungsgruppe. Sie analysiert die Entwicklung der deutschen und japanischen politischen Ökonomie als Beispiele für einen Kapitalismus nichtliberaler Prägung („embedded capitalism"). Untersucht wurde die Entwicklung des Finanzsystems in beiden Ländern.

Die Rolle der großen Banken in der ökonomischen Entwicklung beider Länder wird kontrovers diskutiert: Dem Argument, sie seien der Schlüssel für schnelles ökonomisches Wachstum, steht das Argument gegenüber, daß sie keinen oder sogar einen negativen Einfluß auf das Wachstum hätten. Sigurt Vitols hat Studien über die historischen Entstehungsbedingungen und die aktuellen Veränderungen der wichtigen Rolle der Banken in beiden Ländern veröffentlicht.

Frankreich

Frankreich ist ein „Außenseiter" in vielen international vergleichenden politökonomischen Studien und wird deswegen nicht angemessen wahrgenommen. Bob Hancké versucht, mit seinen Studien einen Beitrag zum besseren Verständnis der ökono-

Abteilung „Wirtschaftswandel und Beschäftigung"

Personal am 1. Oktober 1999	seit
Steven Casper Ph.D.	1995
Tom Cusack Ph.D.*	1978
Lutz Engelhardt	1999
Dott. Donatella Gatti	1998
Bob Hancké M.A.	1995
Ilona Köhler	1971
Rita Schmidt	1974
David Soskice M.A.	1990
Sigurt Vitols Ph.D.	1990
Ausgeschiedenes Personal[1]	1998–1999
Diplom-Soziologin Delphine Corteel	1997–1999
Diplom-Wirtschaftsmathematikerin Gabriele Kasten	1997–1998

*) seit 1994 mit jeweils der Hälfte der Arbeitszeit den Abteilungen „Wirtschaftswandel und Beschäftigung" und „Institutionen und sozialer Wandel" zugehörig.

1 mit mindestens 12 Monaten Zugehörigkeit zum WZB

mischen Entwicklung in Frankreich zu leisten. Die Institutionen dort sind besser auf einen schnellen Aufholprozeß ausgerichtet als auf die unsicheren Entwicklungen auf den Weltmärkten der 80er und 90er Jahre. Derzeit ist die volkswirtschaftliche Situation Frankreichs besser, als sie gemeinhin gesehen wird.

Um dies zu verstehen, ist es notwendig, über den „Staat-Markt"-Gegensatz, wie er die politökonomische Diskussion in der Regel beherrscht, hinauszugehen und einen analytischen Rahmen zu entwickeln, in dessen Mittelpunkt die Großunternehmen als die eigentlichen Akteure der ökonomischen Anpassung gesehen werden. Während der 80er und 90er Jahre reorganisierten sie ihr Regelwerk neu, ebenso das System der industriellen Beziehungen, Arbeitsorganisation und Zuliefererstrukturen, entsprechend ihren Anpassungserfordernissen. So konnten sie sich in neue Produktmärkten positionieren, wo es mehr auf Qualität und Flexibilität als lediglich auf die Produktionskosten ankommt.

Arbeitsbeziehungen

Seit dem Zweiten Weltkrieg wurden durch koordinierte Tarifverhandlungen die Löhne und darüber hinaus die Regelungen der Arbeitsbedingungen aus dem Wettbewerb ausgeschlossen; in jüngster Zeit werden sie in vielen Ländern wieder als Wettbewerbsinstrumente eingesetzt. In einer Analyse über die Entwicklungen in den 80er und 90er Jahren wies Bob Hancké nach, daß dies nicht heißt, daß die unterschiedlichen nationalen Modelle der Arbeitsbeziehungen zu einem einzigen Modell konvergieren.

Die unterschiedlichen institutionellen Regelungen der Arbeitsbeziehungen bieten den Unternehmen unterschiedliche Anreize und Anpassungsmöglichkeiten. In den 80er und 90er Jahren durchlief das deutsche, angelsächsische und französische Modell tiefgreifende Veränderungen, aber darin spiegelten sich unterschiedliche Marktstrategien der Unternehmen ebenso wie der Machteinfluß der Gewerkschaften innerhalb der Unternehmen wider. Die angelsächsischen Volkswirtschaften wurden durch die Regierungen zu einer marktorientierten Form der Arbeitsbeziehungen gedrängt, während die nordeuropäischen Volkswirtschaften sich insofern anpaßten, als sie das System der industriellen Beziehungen stärkten und dabei den Staat umgingen.

Niederlande

Unter diesem Blickwinkel wurde auch das so oft gerühmte „niederländische Modell" analysiert. Durch Lohnzurückhaltung konnte der Exportsektor in den Niederlanden (der fast 35 Prozent des Bruttosozialprodukts umfaßt) seine Produktionskosten senken und so einen Exportboom auslösen, der sich in steigender Beschäftigung niederschlug. Darauf basierend konnten die Unternehmen die Gewerkschaften, die in den Betrieben nur schwach verankert waren, dazu bringen, diese Strategie zu akzeptieren.

Die Ergebnisse der Analyse führen zu einer skeptischen Einschätzung, ob das niederländische Modell ein erfolgversprechender Weg zur Vollbeschäftigung in Deutschland sein kann. Dies gilt um so mehr, als diese makroökonomische Strategie nur schwer von der größten Volkswirtschaft in Europa, deren Verhalten zwingende Folgen für die anderen Volkswirtschaften hat, durchzuhalten wäre; außerdem gibt es grundsätzliche Unterschiede in den institutionellen Regelungen der Arbeitsbeziehungen auf der Mikroebene.

Automobilindustrie

In einem Projekt, das teilweise von dem Europäischen Metallarbeiterbund gefördert wurde, wurden die Arbeitsbeziehungen in der Automobilindustrie untersucht. Nur wenige Industriesektoren sind in den 90er Jahren durch solche dramatischen Veränderungen gegangen wie die europäische Automobilindustrie. Welche Rolle haben die Arbeitsbeziehungen bei der industriellen Umstrukturierung gespielt?

Ein Ergebnis der Analyse bezieht sich auf die deutsche Automobilindustrie. Es waren genau die starken Einflüsse und Beschränkungen, die das System der Arbeitsbeziehungen auf das Management ausübte, die die Unternehmen gezwungen haben, bei der Suche nach Anpassungsstrategien jenseits einer nur auf Kostensenkung setzenden Anpassung mit neuen organisatorischen Strukturen zu experimen-

tieren, vor allem beim Produktdesign und den Beziehungen zu den Zulieferern. So wurde die deutsche Automobilindustrie zu einem Vorreiter bei der organisatorischen Neugliederung.

Ein zweites Ergebnis dieser Studie bezieht sich auf das Agieren der europäischen Betriebsräte. Entgegen den Erwartungen, daß diese in der europäischen Automobilindustrie seit Mitte der 90er Jahre existierenden Institutionen den Druck auf Löhne und Arbeitsbedingungen reduzieren würden, ist das Gegenteil eingetreten. Seit 1996 wurde eine Serie von Standortsicherungsvereinbarungen in der europäischen Automobilindustrie abgeschlossen. Alle diese Vereinbarungen dienten dem Zweck, die Beschäftigung in den bestehenden Werken dadurch zu sichern, daß Lohnstrukturen und Arbeitszeitregelungen neu verhandelt wurden.

Eine Befragung unter Mitgliedern europäischer Betriebsräte ergab, daß es wegen des Einflusses der Gewerkschaftsvertreter „vor Ort" den europäischen Betriebsräten nicht gelang, auf den Trend des verschärften Wettbewerbs angemessen zu reagieren. Statt dies als Möglichkeit einer transnationalen Koordination zu nutzen, verwendeten die betrieblichen Gewerkschaftsvertreter die gewonnenen Informationen dazu, ihr eigenes Werk abzusichern, auch wenn dies mehr Wettbewerb unter den einzelnen Werken bedeutete.

Arbeitslosigkeit

Eine der wichtigsten Antworten auf die andauernde Arbeitslosigkeit ist die Flexibilisierung des Arbeitsmarkts. Donatella Gatti hat in einer Studie den Einfluß organisationeller und institutioneller Faktoren auf die Gleichgewichtsrate der Arbeitslosigkeit modelliert und so gezeigt, daß die Rolle institutioneller Faktoren – wie die interne Organisation eines Unternehmens, die Qualifizierung der Arbeitnehmer und die Form jeweiliger nationaler Entwicklungswege – bei Innovationen überdacht werden sollte. Es ist zu vermuten, daß diese institutionellen Faktoren eine Anreizwirkung auf Arbeitnehmer und Unternehmen auf den Arbeits- wie Gütermärkten haben. Donatella Gatti analysierte besonders

- die nationalen Ausbildungssysteme als Ergebnis der Komplementarität von Unternehmensorganisation und institutionellen Regelungen der Arbeit,
- die Auswirkungen unterschiedlicher institutioneller Regelungen auf die Gleichgewichtsrate der Arbeitslosigkeit,
- die Auswirkungen unterschiedlicher Koordinationsmuster der Wirtschaft auf die Entscheidungen hinsichtlich Forschung und Entwicklung sowie die Wechselwirkung zwischen den Innovationsstrategien, dem Wettbewerb auf den Gütermärkten und struktureller Arbeitslosigkeit.

In einer theoretischen Analyse der Ausbildungssysteme stellte sie fest, daß Unternehmen vor allem betriebsspezifische Weiterbildungsaktivitäten fördern, während für die Arbeitnehmer die arbeitsmarktrelevanten Regelungen wichtig sind. Sie modellierte einen Parameter, mit dem das Maß der Übereinstimmung zwischen den Anreizwirkungen auf die Arbeitnehmer und auf die Unternehmen ermittelt werden konnte, und kam so zu zwei stabilen Konfigurationen. Eine Konfiguration entspricht dem japanischen Ausbildungsmodell, die andere stimmt eher mit dem deutschen Modell überein.

In weiteren theoretischen Modellen untersuchte sie die strukturellen Gründe für die hohen Arbeitslosigkeitsraten in Europa gegenüber den außerordentlich niedrigen Raten in Japan und in den U.S.A. Es wurde gezeigt, daß diese strukturellen Gründe etwas mit dem hohen Zentralisierungsgrad in der Unternehmensorganisation (beispielsweise in Frankreich) zu tun haben sowie mit der im europäischen Modell der Ausbildung bevorzugten Form einer allgemeinen statt einer unternehmensspezifischen Qualifizierung.

Bezogen auf die wachsende strukturelle Arbeitslosigkeit in Europa zeigen die Modelle, daß dies eine Konsequenz des wachsenden Wettbewerbs oder eines unvollständigen Wettbewerbs auf den Gütermärkten sein könnte. Stärkerer Wettbewerb bedeutet einerseits ein wettbewerbsorientierteres Preisverhalten (mit entlastenden Wirkungen auf die Arbeitslosigkeit), andererseits ein höherer Umschlag

auf den Arbeitsmärkten, womit ein höheres Maß an struktureller Arbeitslosigkeit einhergeht. Deregulierung hat also unterschiedliche Auswirkungen in unterschiedlichen Systemen, es gibt keinen „besten Weg“, die Arbeitsmärkte zu reorganisieren, um das Problem der Arbeitslosigkeit zu lösen.

Geld- und Finanzpolitik

Welche Auswirkung wird die Europäische Währungsunion auf die Wirtschaftspolitik und die Institutionen der Tarifverhandlungen haben? Eine wachstumsorientierte Wirtschaftspolitik für Europa muß gleichzeitig zwei unterschiedliche, aber miteinander verknüpfte Probleme lösen: durch niedrige Zinsen Investitionen anregen und die Koordination strategischer Akteure nachhaltig und wachstumsverträglich fördern. Da diese beiden Ziele oft als unvereinbar betrachtet wurden, bestand die immer wieder beschworene Lösung in der Deregulierung der europäischen Arbeits- und Produktmärkte. Konsequenterweise muß eine makroökonomische Alternative gefunden werden, durch die Wachstum in Europa durch niedrige Zinsen und durch eine nachhaltige Finanzpolitik und einen entsprechenden Lohnanstieg begünstigt wird.

Diese Alternative muß eine angemessene Reaktionsweise der Europäischen Zentralbank und die Koordination in der Finanzpolitik und bei den Tarifverhandlungen kombinieren. In diesem „Dreieck“ spielt die Europäische Zentralbank eine sehr wichtige Rolle als die hervorgehobenste und maßgebliche europäische Institution.

Donatella Gatti und Christa van Wijnbergen haben sich dieses Problems in einer gemeinsamen Arbeit über die Wechselwirkung von Geld- und Finanzpolitik angenommen. Wenn die Europäische Zentralbank an einer geldpolitischen Strategie gemäß dem Prinzip „Wenn ein Kind sich in der Klasse schlecht benimmt, müssen alle Kinder nachsitzen“ festhält, fördert sie die Koordination unter den Mitgliedsländern der Europäischen Währungsunion durch Anreize für alle, sich abgestimmt zu verhalten, denn auch einzelne Abweichungen einer angemessenen Finanzpolitik würden zu einer strengeren Geldpolitik für alle führen.

Als Ergebnis erscheint eine maßvolle Finanzpolitik als gangbarer Weg für alle Regierungen. Dies erfordert von der Europäischen Zentralbank, eine antizyklische geldpolitische Linie zu verfolgen, die gleichzeitig negative Schocks ausgleicht und finanzpolitische Angemessenheit belohnt. Dazu müssen klare Zielgrößen bei den Haushaltsdefiziten vereinbart werden. Wenn alle Länder sich an diese Vereinbarungen halten, können sie von der Europäischen Zentralbank mit niedrigen Zinsen „belohnt“ werden.

Ähnliches kann über die Koordinationsnotwendigkeiten bei den Löhnen gesagt werden. Denn die Wechselwirkungen zwischen den Lohnpolitiken der Gewerkschaften in den EU-Ländern werfen in ähnlicher Weise ein Koordinationsproblem auf wie zwischen den Finanzpolitiken. Unabdingbare Voraussetzung ist, daß die Gewerkschaften Wege entwickeln, um ihre Lohnverhandlungen auf nationaler, zwischengewerkschaftlicher oder europäischer Ebene zu koordinieren. Es sind also auch die Gewerkschaften im Euro-Raum mit einem Koordinationsproblem konfrontiert, und sie haben einen Anreiz, Prozesse zu entwickeln, die eine Koordination zwischen sich und mit den für die Finanzpolitik verantwortlichen Instanzen ermöglichen.

Beschäftigung

In einem von der Hans-Böckler-Stiftung geförderten Projekt haben Gabriele Kasten und David Soskice den Zusammenhang zwischen der Europäischen Währungsunion und der Beschäftigungsentwicklung analysiert. Mitte der 90er Jahre erreichte die Arbeitslosigkeit in den europäischen Ländern ihr höchstes Niveau nach dem Zweiten Weltkrieg. Hauptziel der Studie war, alternative Ansätze für eine Beschäftigungspolitik vorzustellen, die in den führenden Mitgliedsstaaten auf Zustimmung stoßen könnte. Es wurden die europäischen Arbeitsmärkte analysiert und die Beschäftigungsperformanz innerhalb der Europäischen Union evaluiert. Weiter wurde untersucht, welche Rolle die jeweilige Zentralbank, die Generaldirektion für Wirtschafts- und Finanzangelegenheiten, die Kommission der Europäischen Gemeinschaften (Ecofin X) und die Sozialpartner in der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit gespielt haben.

Ergebnis war, daß keine dieser Institutionen alleine das Problem der Arbeitslosigkeit lösen kann. Es bedarf der Kooperation aller einschlägigen Akteure. Eine wirksame wechselseitige Information und Koordination zwischen der Zentralbank und den Sozialpartnern ist der Schlüssel, um Inflation und Arbeitslosigkeit unter Kontrolle zu halten, woraus sich wichtige Folgerungen für Deutschland ergeben.

Ausgabenpolitik

Das dritte große Forschungsthema der Abteilung läßt sich in der Frage zusammenfassen: Wie hat das politische System auf die ökonomischen Entwicklungen der jüngeren Zeit in den modernen kapitalistischen Volkswirtschaften reagiert? Mit dieser Frage hat sich vor allem Tom Cusack beschäftigt. Speziell ging es um das Problem, wie Regierungen bei der Festlegung ihrer Finanz- und Ausgabenpolitik auf nationale und internationale ökonomische Entwicklungen reagiert haben.

Zwei Aspekte standen im Vordergrund: die Grundsätze der Steuergesetzgebung und die gesellschaftlichen und politische Kräfte, die sich auf die Struktur der Sozialausgaben des Staates auswirken. Auf den ersten Aspekt bezieht sich die Frage: Spielt die parteipolitische Rückbindung der Regierungsparteien eine Rolle bei der Ausformulierung der Finanzpolitik? Gemeinhin wird der Linken unterstellt, eher zu exzessiven Defiziten zu neigen, während die Konservativen eine zurückhaltendere und restriktive Finanzpolitik bevorzugen.

Die Analyse bestätigt diese Sichtweise kaum. Vielmehr gibt es einige starke Hinweise darauf, daß unabhängig von möglichen früheren Spielräumen für parteipolitisch geprägte Entscheidungen in der Finanzpolitik durch die größere Internationalisierung der Finanzmärkte in den letzten Jahrzehnten diese Spielräume verringert oder gar gänzlich verschwunden sind.

Diese Überlegungen wurden durch unterschiedliche Modelle überprüft, in denen Daten von 14 OECD-Ländern für die Zeit von 1961 bis 1991 ausgewertet wurden. Die Befunde deuten darauf hin, daß das Wechselverhältnis von Parteiprägungen der Regierungen und ihrer Finanzpolitik in einem eher zufälligen, eher unerwarteten Zusammenhang zu makroökonomischen Bedingungen besteht. Die Linke hat dazu tendiert, Finanzpolitik als antizyklisches Instrument einzusetzen und bei einer hohen Gesamtnachfrage einen restriktiveren, bei nachlassender Nachfrage einen lockereren finanzpolitischen Kurs einzuschlagen. Dagegen haben konservative Regierungen entweder diese aktive oder auch aktivistische Politik vermieden oder eine prozyklische Politik gemacht.

Doch zeigen die Ergebnisse, daß die parteipolitischen Unterschiede in den letzten Jahrzehnten geringer geworden sind. Während linke Regierungen bei annähernder Vollbeschäftigung weiterhin eine eher konservative Grundhaltung praktizieren, ist ihre finanzpolitische Reaktion bei fortgeschrittener oder gar hoher Arbeitslosigkeit im Vergleich zu ihren historischen Positionen eher gemäßigt. Es gibt aber keinen Hinweis darauf, daß die Verringerung der parteipolitisch beeinflußten Unterschiede in der Finanzpolitik mit der wachsenden Offenheit dieser Volkswirtschaften gegenüber dem internationalen Finanzsystem direkt verknüpft ist.

David Soskice hat in dem 1999 herausgegebenen Band „Continuity and Change in Contemporary Capitalism" (Herausgeber: Herbert Kitschelt, Peter Lange, Gary Marks, John Stephens, Cambridge University Press) in drei Beiträgen, gemeinsam mit den langjährigen Kooperationspartnern Peter Hall (Harvard University) und Stewart Wood (Oxford University), die wichtigsten Ergebnisse der Abteilungsforschung zur Klassifizierung unterschiedlicher Formen der hochentwickelten kapitalistischen Volkswirtschaften zusammengefaßt.

*

Berufungen

Der britische Premierminister Tony Blair ernannte 1998 den Abteilungsdirektor David Soskice zum Berater in Forschungsfragen. Er arbeitete sechs Monate auf Teilzeitbasis in der politischen Planungsabteilung des Premierministers in 10 Downing Street. Es ging auf der Grundlage des in der Abteilung entwickelten „Varieties-of-capitalism"-Ansatzes um die Planung langfristiger Konzepte zu den Politikfeldern „Bildung" sowie „Berufliche Aus- und Weiterbildung" in ihrem Wechselverhältnis zu der wirtschaftlichen Entwicklung.

Im akademischen Jahr 1998/99 war Steven Casper als „scholar in residence" der Projektgruppe „Nationale Innovationssysteme und die Idee-Innovation-Kette" am Netherland Institute for Advanced Studies, Wassenaar. Ein wichtiges Forschungsthema waren Innovationsdynamiken in der marktorientierten Biotechnologie. In diesem Zusammenhang war Steven Casper Mitherausgeber des Bandes „Institution and Innovation" des niederländischen Wirtschaftsministeriums. Er bekam außerdem den „Founder's Prize" für das beste Papier auf der Jahreskonferenz 1998 der Society for the Advancement of Socio-Economics (SASE).

Steven Casper wurde in die Steuerungsgruppe des von der Europäischen Kommission von 1999 bis 2001 geförderten Netzwerks „National Systems of Innovation and the Idea-Innovation-Chain" gewählt. 1999 wurde er zum Vorsitzenden des Forschungsnetzwerks „Knowledge, Economy, and Society" innerhalb von SASE gewählt.

Workshops

Bob Hancké organisierte im Rahmen des von der EU-Kommission geförderten Forschungsnetzwerks „European Political-Economy Infrastructure Consortium (EPIC)" eine auf vier Jahre (1999–2002) angelegte Serie von Workshops für Doktoranden und Doktorandinnen aus allen EU-Mitgliedstaaten. Alle Mitglieder der Abteilung sind als Referenten und als informelle Betreuer der Dissertationsvorhaben in diese Workshops eingebunden. Das Forschungsnetzwerk wird gemeinsam mit der London School of Economics, der Europäischen Universität in Florenz und dem Juan March Institute for Advanced Studies in Madrid aufrechterhalten.

Preis

Tom Cusack bekam gemeinsam mit Torben Iversen 1998 als Autor des Aufsatzes „The Causes of Welfare State Expansion: Deindustrialization or Globalisation?" den Sage Prize der American Political Science Association für das beste Papier in vergleichender Politikwissenschaft.

Forschungsschwerpunkt Technik – Arbeit – Umwelt

Grundlagen

Die Schnittstellen zwischen technischen Entwicklungen, Organisation der Arbeit und Veränderungen in der natürlichen Umwelt haben sich immer deutlicher als eines der Kernprobleme für die Zukunft der modernen Industriegesellschaften erwiesen. Dabei ist in Wissenschaft und Praxis in zunehmendem Maße deutlich geworden, daß wichtige Problemsituationen sich nicht mehr auf einer sektoralen Ebene unter technik-, arbeits- oder umweltbezogenen Aspekten allein erfassen lassen, sondern daß gerade Zusammenhänge zwischen diesen Sektoren stärker in den Blick genommen werden müssen.

Diesen Rahmen hatte die Themenfindungs- und Berufungskommission in ihrem Bericht an das WZB-Kuratorium 1987 für den Forschungsschwerpunkt Technik – Arbeit – Umwelt vorgegeben. Die Kommission hatte zugleich den organisationalen Rahmen abgesteckt, innerhalb dessen seither die folgende Gesamtkonzeption des Forschungsschwerpunkts entwickelt wurde:

(1) Innerhalb des Schwerpunkts besteht ein gemeinsames Rahmenprogramm.

(2) Die Kernprozesse der Forschung vollziehen sich in den einzelnen Arbeitseinheiten (Abteilungen, Forschungsgruppen, Forschungsprofessur).

(3) Diese Aktivitäten sind durch eine Reihe operativer Verflechtungen zwischen den Arbeitseinheiten gekennzeichnet, die sich auf

- methodische Diskurse,
- direkte Forschungskooperation einerseits und bewußte Überlappung in einigen Forschungsfeldern andererseits und auf
- gemeinsame Evaluierung der Produkte im Forschungsrat des Schwerpunkts

beziehen.

(4) Unterstützt und gefördert werden diese Aktivitäten durch einen gemeinsamen Managementrahmen, der die Öffentlichkeitsarbeit einschließt.

In den drei Abteilungen und der Forschungsprofessur des Schwerpunkts waren im Herbst 1999 insgesamt 63 Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen tätig, fast drei Viertel davon (43) mit wissenschaftlichem Status. Neben einer Vielzahl von Arbeitskontakten zu Forschungseinrichtungen im In- und Ausland wurde die international vergleichend angelegte Forschungsarbeit durch Gastaufenthalte von Wissenschaftlern vor allem aus Großbritannien, Japan, Österreich, Schweden, der Schweiz, den U.S.A. und China verstärkt.

Das besondere Kennzeichen der Forschungsarbeit in den Abteilungen und Forschungsgruppen besteht in der Anlage ihrer Projekte: Die größeren Vorhaben haben eine mehrjährige Laufzeit und sind von einer vergleichenden Forschungsperspektive her konzipiert, wobei dieser Vergleich häufig international ausgerichtet ist. Die Forschungsteams sind multidisziplinär zusammengesetzt und betreiben jedes für sich eine eigene Primärempirie. In der Regel sind diese Forschungsvorhaben mischfinanziert.

Drittmittel

Zur Unterstützung der Eigenmittel des WZB wurden im Berichtszeitraum umfangreiche Mittel von dritter Seite genutzt. Unter Einbeziehung der Kooperationsprojekte, die von den Direktoren der Abteilungen in ihrer Eigenschaft als Hochschullehrer an Berliner Universitäten geleitet werden, betrug der Drittmitteleinsatz für das gesamte WZB im Berichtszeitraum etwas über 9,9 Millionen Mark. Knapp ein Drittel davon (rund 3,2 Millionen Mark) wurden für Forschungszwecke des Schwerpunkts genutzt.

Drittmittelgeber waren bzw. sind die Deutsche Forschungsgemeinschaft, die Volkswagen-Stiftung, die Hans-Böckler-Stiftung, die Gottlieb Daimler- und Karl Benz-Stiftung, der Fahrzeughersteller SKODA, die DEKRA Automobil AG, das Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) und die Europäische Union.

Im Rahmen des für die Abteilungen und Forschungsgruppen einheitlichen Projekttyps kommen im Arbeitsprozeß verstärkt inhaltliche Verbindungen zwischen den Arbeitseinheiten zum Tragen. So sind beispielsweise Automobilthemen in der Abteilung „Organisation und Technikgenese", „Regulierung von Arbeit" und der Forschungsgruppe „Transformation und Globalisierung" in jeweils spezifischen Einzelprojekten bearbeitet worden.

In diesem Zusammenhang lassen sich zwei die einzelnen Arbeitseinheiten verbindende Momente zeigen: Zum einen findet auf der Arbeitsebene durch eine Vielzahl von operativen Verflechtungen ein Erfahrungsaustausch methodischer und inhaltlicher Art über die Projekt- und Abteilungsgrenzen hinweg statt.

Zum anderen ist institutionell mit dem Forschungsrat des Schwerpunkts ein Gremium gegeben, dessen Aufgabe in der Evaluierung und Beratung von Publikationen aus der Forschungsarbeit besteht. Dem Forschungsrat gehören die Leiter der Arbeitseinheiten, der Vertreter des Geschäftsführenden Direktors, Christian Rabe, und jeweils ein gewähltes Mitglied aus den Arbeitseinheiten an: der Vorsitzende Dr. Weert Canzler (Abteilung „Organisation und Technikgenese"), Dr. Helmut Weidner (Abteilung „Normbildung und Umwelt"), Matthias Horwitz (Forschungsgruppe „Metropolenforschung") und Alexander Wegener (Abteilung „Regulierung von Arbeit").

Konferenzen

Mit Internationalität und Komplexität läßt sich der spezifische Projekttyp der meisten Forschungsprojekte des Schwerpunkts beschreiben. Er findet seinen Ausdruck aber auch in der Kommunikation und Kooperation mit ausländischen Institutionen und Organisationen. Exemplarisch seien hier drei Veranstaltungen aus den Berichtsjahren genannt:

Öffentlichkeitsbeteiligung in Planungs- und Genehmigungsverfahren weckt einerseits Hoffnungen auf eine konsensuelle Entscheidungsfindung, andererseits Befürchtungen vor irrationalen Blokkaden und standortgefährdenden Verfahrenshindernissen. In einem Workshop, an dem 25 Wissenschaftler und Praktiker teilnahmen, wurden am 5. Oktober 1998 die Resultate der Studie über die „Umsetzung von Technikfolgenabschätzung in Verwaltungsverfahren – Normbildungsprozesse und Risikoentscheidungen in rechtlichen und gesellschaftlichen Kommunikationen über Hochtechnologie" vorgestellt und diskutiert.

Den Endpunkt des vom Bundesforschungsministerium (BMBF) geförderten Verbundprojekts von WZB und Technischer Universität Berlin zum Thema „Erosionen des Automobil-Leitbilds" bildete eine Konferenz am 12. und 13. November 1998. Über 100 Teilnehmer und Teilnehmerinnen diskutierten die Ergebnisse aus den Forschungen der Projektgruppe Mobilität der Abteilung „Organisation und Technikgenese". Im Mittelpunkt stand die Erkenntnis, daß eine Verkehrspolitik, die den Wunsch nach autogestützter Selbstbeweglichkeit vernachlässigt, an den Bedürfnissen der Mehrheit der Verkehrsteilnehmenden vorbeigeht. Vor diesem Hintergrund wurden sowohl die Konsequenzen für eine kritische Verkehrs- und Mobilitätsforschung diskutiert, als auch das Spannungsfeld zwischen intermodalen Forderungen und monomodalen Optimierungsstrategien ausgeleuchtet, in dem sich viele Verkehrsmittelbetreiber derzeit befinden.

Eine vertiefende Debatte über die Pfade globaler Unternehmensintegration stand im Vordergrund eines Workshops am 17. Juni 1999, der im Rahmen des DFG-Schwerpunktprogramms „Regulierung und Restrukturierung der Arbeit in den Spannungsfeldern von Globalisierung und Dezentralisierung" am WZB durchgeführt wurde. Initiiert und moderiert wurde das Treffen von Martin Baethge vom Soziologischen Forschungsinstitut an der Universität Göttingen (SOFI) und Frieder Naschold (Abteilung „Regulierung von Arbeit"). Anknüpfungspunkte der Präsentationen waren die Zwischenbefunde mehrerer Forschungsprojekte des DFG-

Schwerpunkts, demzufolge sich die Globalisierungstrends nach Funktionsbereichen, Unternehmenstypen und Branchen stark unterscheiden.

Querschnittsgruppen

Die Aktivitäten der Querschnittsgruppe „Umweltforschung“ konzentrierten sich auf das Projekt „Arbeit und Nachhaltigkeit“, das die Wechselwirkungen von Arbeit und Umwelt zum Gegenstand hat und damit einen konzeptionellen und empirischen Beitrag der Sozialwissenschaften zur Debatte um die Konkretisierung und Umsetzung von Nachhaltigkeitsstrategien liefern soll. Ein mit dem Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung und dem Wuppertal Institut für Klima, Umwelt, Energie gemeinsam getragenes Projekt „Arbeit und Ökologie“ (gefördert von der Hans-Böckler-Stiftung) begann Anfang 1998. Das Projekt, an dem Wissenschaftler und Wissenschaftlerinnen aus sechs Forschungseinheiten und zwei Forschungsschwerpunkten des WZB beteiligt sind, wird von Eckart Hildebrandt (Abteilung „Regulierung von Arbeit“) und Helmut Weidner (Abteilung „Normbildung und Umwelt“) koordiniert.

Die Initiative zu der Querschnittsgruppe „Gender, Arbeit, Organisation“ geht auf einen 1996 gestarteten Arbeitskreis „Karriereverläufe und Chancengleichheit von Wissenschaftlerinnen“ zurück, in dem über neue konzeptionelle Zugänge für eine stärkere Integration von Wissenschaftlerinnen diskutiert wurde. Entstanden ist hieraus ein von der Deutschen Forschungsgemeinschaft (DFG) gefördertes Querschnittsprojekt „Karrieren und Barrieren im Wissenschaftsbetrieb“, das sich nicht nur auf das WZB, sondern vergleichend auf die in ihrer disziplinären Ausrichtung und Forschungsorientierung sehr unterschiedlichen außeruniversitären „Leibniz-Institute“ bezieht. Die Querschnittsgruppe wird von Maria Oppen (Abteilung „Regulierung von Arbeit“) und Dagmar Simon (Forschungsplanung und -koordination) gemeinsam geleitet.

Personalia

Inge Lippert, wissenschaftliche Mitarbeiterin im DFG-Projekt „Globalisierung von Produktionsstrukturen – Eine arbeits- und industriepolitische Analyse globaler Entwicklungsverbünde“ der Abteilung „Regulierung von Arbeit“ in Kooperation mit der Freien Universität Berlin, schloß am 30. Juni 1998 ihr Promotionsverfahren am Fachbereich Politikwissenschaft an der Freien Universität Berlin mit der Note „sehr gut“ ab. In ihrer Dissertation mit dem Titel „Prozeßketten im Wandel“ befaßte sie sich mit nationalspezifischen Entwicklungsverläufen bei der Reorganisation von Produktentstehungsprozessen im Werkzeugmaschinenbau der Triadeländer Deutschland, U.S.A. und Japan.

Aus demselben Projekt- und Hochschulzusammenhang entstand 1998 die Dissertation von Christoph Dörrenbächer, die im Folgejahr unter dem Titel „Vom Hoflieferanten zum Global Player – Unternehmensreorganisation und nationale Politik in der Welttelekommunikationsindustrie“ veröffentlicht wurde.

Gabriele Abels, bis März 1998 Doktorandin in der Abteilung „Organisation und Technikgenese“, hatte im Sommer 1999 am Fachbereich Philosophie, Geschichts-, Religions- und Sozialwissenschaften der Universität Gesamthochschule Essen ihre Dissertation zum Thema „Das Forschungsprogramm ‚Analyse des menschlichen Genoms‘ – Eine Fallstudie zur Rekonstruktion und Analyse eines technologiepolitischen Verhandlungsprozesses in der Europäischen Gemeinschaft“ mit der Note „sehr gut“ abgeschlossen. Vom Verein Berliner Kaufleute und Industrieller (VBKI) wurde sie hierfür im Dezember 1999 mit dem Preis „Europaforschung in Berlin“ ausgezeichnet.

Mit einem Vortrag über „Wissen, Macht und normative Orientierung – Zu Formen und Mechanismen von Globalisierungsprozessen“ beendete Dr. Alfons Bora, Abteilung „Normbildung und Umwelt“, am 11. November 1998 sein Habilitationsverfahren am Fachbereich Philosophie und Sozialwissenschaften der Freien Universität Berlin. In seiner Habilitationsschrift „Differenzierung und Inklusion“ behandelte er die partizipative Öffentlichkeit im Rechtssystem moderner Gesellschaften. Im Februar 1999 erhielt er den Ruf auf die C 4-Professur für das Fach Technikfolgenabschätzung, insbesondere Gentechnik-Folgenabschätzung, an der Fakultät für Soziologie der Universität Bielefeld.

Dr. Ekhart Hahn, langjähriger wissenschaftlicher Mitarbeiter am WZB, zuletzt bei der Forschungsprofessur für Umweltpolitik, hat am 1. April 1998 für zwei Jahre die Vertretung der Universitätsprofessur (C 4) „Versorgungssysteme und planerischer Umweltschutz" im Fachbereich Raumplanung der Universität Dortmund übernommen.

Lai Si Tsui-Auch Ph.D. hatte zum 1. Januar 1999 die Position eines Assistant Professor für Soziologie an der Nanyang Technological University, Singapur, angetreten. Von Mai 1996 bis September 1998 arbeitete sie in der Abteilung „Organisation und Technikgenese" insbesondere zu Fragen des Organisationslernens.

Meinolf Dierkes wurde im Januar 1999 als dritter Europäer vom Präsidenten der Schanghai-Akademie der Sozialwissenschaften, Professor Zhang Zhongli, als „Specially Invited Research Professor" zum Akademiemitglied berufen. Die Akademie für Sozialwissenschaften gehört zu den innovativsten Zentren der sozialwissenschaftlichen Forschung Chinas. Sie hat seit 1996 insgesamt 15 ausländische Mitglieder berufen, unter ihnen die Ökonomen und Nobelpreisträger Lawrence R. Klein und Merton H. Miller. Die Berufung von Dierkes erfolgte aufgrund langjähriger, intensiver Forschungskooperation.

Der Generalsekretär der Vereinten Nationen berief Udo E. Simonis zum Mitglied des „Committee for Development Policy", dem insgesamt 24 Persönlichkeiten aus fünf Kontinenten angehören. Aufgabe des Komitees ist die Evaluation der ökonomischen und sozialen Leistung der Entwicklungsländer und ihre entsprechende Kategorisierung.

Wolfgang van den Daele ist für die Dauer von drei Jahren von der Bundesministerin für Gesundheit, Andrea Fischer, in den Beirat für ethische Fragen im Gesundheitswesen berufen worden, der sich am 15. November 1999 konstituiert hat.

Lehre

Während des Berichtszeitraums haben Angehörige des Forschungsschwerpunkts mehr als 50 Lehrveranstaltungen, überwiegend an den drei Berliner Universitäten, durchgeführt.

Umsetzung

Die Umsetzung der Forschungsergebnisse im Forschungsschwerpunkt erfolgt in vielfältigen Formen: in Konferenzen, Workshops, Publikationen (Bücher: 28, Artikel in Fachzeitschriften, Büchern und Zeitungen: 269 und in Discussion papers: 54) und zahlreichen Vorträgen in wissenschaftlichen und gesellschaftspolitischen Institutionen im In- und Ausland. Ziel dieser vielfältigen Umsetzungsstrategie ist es, über die Forschungstätigkeit nicht nur ergebnisbezogen, sondern schon im Prozeß zu berichten und mit externen Experten zu diskutieren. Dies entspricht der Forschungsstrategie, Wissenschaft und Praxis schon bei der Genese der Projekte einzubeziehen und bei wichtigen Schnittstellen Rückkopplungsphasen zu organisieren.

Die Projektgruppe Mobilität der Abteilung „Organisation und Technikgenese" begann im Sommer 1998 ein gänzlich neuartiges Vorgehen: In der Verbindung mit der WZB-Tochterfirma CHOICE startete ein auf fünf Jahre angelegter sozialer Feldversuch, der mit Hilfe einer Längsschnittuntersuchung die sozialen, verkehrlichen und ökologischen Wirkungen analysiert und zugleich die Akzeptanz von CashCar erforscht und dazu die konkrete Ausgestaltung des Angebots optimieren will. Mit einem Fördervolumen von rund 4,3 Millionen Mark ist dieses Experiment das größte Drittmittelvorhaben in der bisherigen Geschichte des WZB.

*

Gedenken

Frieder Naschold starb am 30. November 1999 während einer Dienstreise in Wien, zu der er unterwegs war, um an der dortigen Wirtschaftsuniversität ein Seminar durchzuführen. Unvorbereitet und völlig unerwartet erreichte diese schreckliche Nachricht das WZB im Anschluß an die Kuratoriumssitzung des selben Tages. Die Arbeit im WZB war minutenlang eingestellt, als Präsident Friedhelm Neidhardt am 1. Dezember der gesamten Belegschaft im Konferenzsaal die Todesnachricht übermittelte, um – wie es Nascholds Kollege Wolfgang van den Daele sagte – „unsere gemeinsame Betroffenheit zum Ausdruck zu bringen (...) und die Routinen unseres eigenen Arbeitens und Lebens im Lichte dieses Todes (zu) überdenken."

Frieder Naschold Foto: Kundel-Saro

Am 13. Dezember 1999 wurde Frieder Naschold auf dem Waldfriedhof in Zehlendorf beigesetzt. Eine erste Würdigung ist in der Broschüre zur „Erinnerung an Frieder Naschold 18.3.1940 – 30.11.1999“ erfolgt, worin die Ansprachen von Gerhard Lehmbruch, Meinolf Dierkes, Friedhelm Neidhardt, Ulrich Jürgens und Wolf-Dieter Narr vor mehr als 150 Trauergästen aus dem In- und Ausland festgehalten sind.

Im Jahre 1976 war Frieder Naschold ans WZB berufen worden und leitete dort den Forschungsschwerpunkt „Arbeitspolitik“ im damaligen Internationalen Institut für Vergleichende Gesellschaftsforschung (IIVG), ab 1988 die Abteilung „Regulierung von Arbeit“. Zugleich war er Hochschullehrer an der Freien Universität Berlin. Mit Frieder Naschold verlor das WZB einen der erfahrensten und erfolgreichsten Direktoren. Meinolf Dierkes drückte dies so aus: „Frieder Naschold und ich sind die dienstältesten Direktoren am Wissenschaftszentrum Berlin – interessanterweise gehörten wir immer zu den Jüngsten. Wir waren Teil des institutionellen Gedächtnisses, der Erinnerung an die Zeiten, in denen die Grundlagen der Kultur des WZB, die es stark und einmalig gemacht hat, gelegt wurden.“

Frieder Naschold etablierte mit seinen Forschungen das Themengebiet „Arbeitspolitik“ in der Wissenschaft. In zahlreichen international vergleichenden Projekten erforschte er Entwicklungsprozesse von Arbeit in Industrie, Dienstleistung und öffentlicher Verwaltung. Seine Analysen stießen in Wissenschaft und Praxis auf große Resonanz.

Wie wenige hat Frieder Naschold es verstanden, seine wissenschaftliche Tätigkeit mit praktischer Gestaltung zu verbinden. Er war Mitglied in Leitungs- und Beratungsgremien von zahlreichen wissenschaftlichen Vereinigungen – so unter anderem der Deutschen Vereinigung für Politische Wissenschaft. Er war wichtiger Impulsgeber und Berater für die Forschungs-, Industrie- und Technologiepolitik und für die Reform der öffentlichen Verwaltung.

Im Januar 2000 wurde Ulrich Jürgens die Leitung der Abteilung „Regulierung von Arbeit“ kommissarisch übertragen.

Abteilung „Organisation und Technikgenese“

Grundlagen

Seit ihrer Gründung 1987 hat die Abteilung dazu beigetragen, daß sich die sozialwissenschaftliche Technikforschung über Nutzungsformen und Folgen bereits entwickelter Techniken hinaus mit der Technikentstehung selbst beschäftigt. Ihr besonderer Beitrag lag in der Analyse sozialer und institutioneller Faktoren im Prozeß der Entwicklung technischer Innovation.

Der im WZB-„Bericht 1994–1995“ (S. 89 ff.) dargestellte Übergang auf eine zweite Generation von Forschungsprojekten wurde im Berichtszeitraum

vollzogen und hat sich als innovativ erwiesen. Neben einer Weiterführung der übergreifenden, theoretisch konzeptionellen Forschung vor allem im Bereich der Technischen Leitbilder ist die Arbeit der Abteilung in drei für diese Programmphase zentrale Projektbereiche organisiert:

- Mobilität
- Kulturraum Internet
- Organisationslernen

Daneben wurden die seit 1993 laufenden Einzelarbeiten im Bereich der neuen Biotechnologie abgeschlossen.

Projektbereich Mobilität

Unmittelbar auf den früheren Arbeiten zur Genese von Motor- und Fahrzeugtechniken aufbauend, entwickelt die Projektgruppe Mobilität – Felix Beutler, Regina Buhr, Weert Canzler, Sassa Franke, Andreas Knie und Stephan Rammler – konzeptionelle und empirische Beiträge zu einem besseren Verständnis des gesellschaftlichen Phänomens „Mobilität".

Technische Gerätschaften, wie sie beispielsweise Automobile darstellen, sind beim Gebrauch auf eine Vielzahl von infrastrukturellen rechtlichen und sozialen Vorleistungen angewiesen. Fahrzeuge benötigen einen „Funktionsraum", um die technisch eingebauten Eigenschaften auch tatsächlich realisieren zu können.

Einen solchen Funktionsraum kann man sich mehrdimensional vorstellen. Einmal in einer technischen Dimension, da komplexe technische Gerätschaften auf ein feinmaschiges und exakt auf die Maschineneigenschaften ausgelegte Infrastruktur und ein eben solches Servicenetz angewiesen sind. Aber auch eine rechtliche Dimension kommt hinzu: Der Gebrauch von Geräten ist in vielerlei Hinsicht geregelt. Schließlich existiert auch eine Nutzungsdimension, die nicht zuletzt von Handlungsroutinen bestimmt wird.

Soziale Dimension

Mobilität und Verkehr werden in dieser Perspektive in den Kontext gesellschaftlicher Dynamik gestellt. Gerade Konzepte zur Entwicklung nachhaltiger Verkehrsformen müssen dies berücksichtigen. Oft beruhen die Konzepte zur Änderung des Verkehrsverhaltens auf zu idealistischen oder auf funktionalistischen Annahmen. Die Nutzer werden mit normativ aufgeladenen Appellen aufgefordert, auf umweltfreundliche Verkehrsmittel umzusteigen. Aus der Logik des Verzichts heraus wird in Verkehrswendekonzepten die gesellschaftliche Teilhabe allzu oft vernachlässigt.

Gleichwohl bleibt es wichtig, die negativen Auswirkungen des Automobilverkehrs einzudämmen, die Verkehrssicherheit zu erhöhen und den Schutz der schwächeren Verkehrsteilnehmer zu gewährleisten sowie die Chancen auf ein Leben auch ohne Auto zu erhalten bzw. überhaupt erst zu schaffen.

Die vom Bundesministerium für Wissenschaft, Bildung, Forschung und Technologie (BMBF) geförderten Einzelvorhaben „Personale Mobilität und Verkehrspolitik im internationalen Vergleich" sowie „Leitbildforschung am Automobil – Auflösungserscheinungen, Beharrungstendenzen und neue technische Optionen" wurden Ende 1998 mit einer Konferenz unter dem Titel „Vom Verkehrsteilnehmer zum Menschen" beendet. Die Ergebnisse der international vergleichenden Untersuchungen wurden in dem Buch „Bewegende Moderne – Fahrzeugverkehr als soziale Praxis", herausgegeben von Regina Buhr, Weert Canzler, Andreas Knie und Stephan Rammler, im Frühjahr 1999 veröffentlicht.

In verschiedenen Forschungsprojekten wurde eine sozialwissenschaftliche Aneignung des Themas Verkehr in dem Sinne versucht, Bewegungen in öffentlichen Räumen als Teil einer sozialen Praxis zu beschreiben, die oft widersinnig organisiert und nur im Zusammenhang gesellschaftlicher Entwicklungstrends deutungsfähig gemacht werden kann.

Verkehr in Zukunft

Neue Verkehrskonzepte müssen die gegebenen gesellschaftlichen und politischen Rahmenbedingungen berücksichtigen. Versuche zur Stimulanz von Verhaltensänderungen im Verkehr leiden oft an

einer normativen Überladung der Ansprüche und vernachlässigen die Bedürfnisse nach eigensinniger Gestaltung der verkehrlichen Praxis. Um eine größere Realisierungschance für eine moderne Mobilitäts- und Verkehrspolitik erreichen zu können, sind bei der Definition der Lasten- und Pflichtenhefte zukunftsfähiger Verkehrsmittel aus sozialwissenschaftlicher Perspektive drei Rahmenbedingungen zu akzeptieren:

– Ökologische Belastungen durch den Verkehr – insbesondere durch den Autoverkehr – bleiben trotz aller Erfolge technischer Kompensation ein sensibles Thema. Zwar werden einige klassische Luftschadstoffe mengenmäßig zurückgehen, der Flächenverbrauch durch die wachsende Fahrzeugflotte nimmt jedoch weiter zu, und die politischen Regulierungen der verkehrsinduzierten Probleme werden schärfer und unübersichtlicher.

– Die Individualisierung der Gesellschaft schreitet voran: Die Normalfamilie wird zur Minderheit, Arbeitszeiten und -formen werden vielfältiger, Biographien werden unkonventioneller gelebt und Verkehrsbedürfnisse komplexer angelegt. Eigene Zeitordnungen und ein wachsender Bedarf an Raum werden zu den wichtigen Bestimmungsfaktoren bei der Gestaltung zukünftiger Verkehrslandschaften.

– Die kulturelle und symbolische Bindung der Kunden an das Auto wird zwangloser. Die hohe Wertschätzung für das Auto wird bleiben, aber der Umgang mit technischen Dingen im allgemeinen und dem Automobil im besonderen folgt zunehmend der Tendenz „Nutzen statt besitzen".

Für die Praxis der Verkehrsmittelorganisation bleibt dies nicht ohne Folgen. Generell ist in modernen Gesellschaften ein starker Hang zur „Selbstbeweglichkeit" festzustellen. Konkret bedeutet dies, daß ohne ein Modul „Automobil" kein attraktives Konzept für die Zukunft des Personenverkehrs entwickelt werden kann, daß aber die Nutzung in einer neuen intelligenten Weise geschehen muß. Dem Automobil muß sozusagen der „autarke Charakter" genommen werden, um

Abteilung „Organisation und Technikgenese"	
Personal am 1. Oktober 1999	seit
Dr. Ariane Berthoin Antal M.A., B.A.	1975
Diplom-Politologe Felix Beutler	1998
Dr. Regina Buhr, Diplom-Sozialökonomin	1991
Dr. Weert Canzler, Diplom-Politologe	1993
Jutta Czerkewski	1988
Professor Dr. Meinolf Dierkes, Diplom-Kaufmann	1976
Diplom-Politologin Sassa Franke	1999
Diplom-Politologe Martin Gegner	1998
Diplom-Betriebswirt Bernd Heinemann	1999
Aline Hoffmann B.A.	1993–1996 und seit 1999
Dr. Ute Hoffmann, Diplom-Soziologin	1989
Dr. Jeanette Hofmann, Diplom-Politologin	1990
Privatdozent Dr. Andreas Knie, Diplom-Politologe	1988
Madelaine Kolodzi	1997
Dr. Lutz Marz, Diplom-Lehrer	1990
Claudia Nentwich	1990
Dr. Markus Petersen, Diplom-Kaufmann	1998
Diplom-Politologe Stephan Rammler	1997
Christel Reinelt	1978
Barbara Schlüter M.A.	1996
Birgit Schultz	1998
Ingrid Schwarzkopf	1977
Casey Teele B.A.	1999
Anne Vonderstein M.A.	1998
Ausgeschiedenes Personal[1]	1998–1999
Dr. Gabi Abels, Diplom-Politologin	1995–1998
Dr. Daniel Barben, Diplom-Soziologe	1989–1998
Dr. Sabine Helmers	1989–1998
Kai Seidler	1993–1998
Jillian-Beth Stamos-Kaschke	1996–1999
Kristina Vaillant M.A.	1996–1998
Lai Si Tsui-Auch Ph.D., M.A., B.A.	1996–1998

1 mit mindestens 12 Monaten Zugehörigkeit zum WZB

die Verknüpfung mit anderen Verkehrsmitteln überhaupt gewährleisten zu können.

Die Notwendigkeit der Übergänge von einem zum anderen Transportmittel wird mittlerweile zwar rhetorisch vorgetragen, diese wird aber faktisch durch konkurrierende Optimierungsstrukturen behindert. Eine Angebotsstruktur, die vom Endverbraucher her denkt und die traditionelle verkehrsmitteldominierte Beförderungslogik in eine funktionsorientierte Dienstleistung umdreht, existiert noch nicht.

CHOICE

Um ein solches Angebot bereitzustellen und die Wirkung auf die Verkehrsteilnehmer testen zu können, hat das WZB zusammen mit der Audi AG sowie Deutschlands führendem CharSharing-Unternehmen – der StattAuto AG – gemeinsam die Firma CHOICE Mobilitätsproviding GmbH gegründet. Die CHOICE Mobilitätsproviding GmbH wurde im Juli 1998 ins Berliner Handelsregister eingetragen. Ende 1999 sind die Berliner Verkehrsbetriebe (BVG) als neue Gesellschafter hinzugekommen. Unabhängig vom tatsächlich gehaltenen Gesellschafter-Anteil verfügen alle Gesellschafter über jeweils eine Stimme.

Ziel des Unternehmens ist laut Gesellschaftervertrag „… die Entwicklung von neuen Mobilitätskonzepten in Ballungsräumen im Sinne der Zielsetzung der Mobilitätsforschungsinitiative der Bundesregierung. Zu diesem Zweck kann die Gesellschaft einen wirtschaftlichen Geschäftsbetrieb errichten und betreiben. Ziel der Gesellschaft ist der Aufbau marktfähiger integrierter Verkehrsdienstleistungen."

Zu gleichberechtigten Geschäftsführern wurden Andreas Knie und Markus Petersen bestellt. Die Firma CHOICE hat im Frühjahr 1999 ihre Büroräume in der Jannowitzbrücke, 10179 Berlin-Mitte, bezogen und ist bis Ende 1999 auf elf Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter angewachsen.

Der Vorteil der gewählten Firmenkonstruktion liegt darin, daß damit die Forschungsakteure die Art und Weise der Verwendung des sozialwissenschaftlichen Wissens in einer experimentellen Situation beeinflussen können. Im Unterschied zur herkömmlichen „Begleitforschung" bleibt diesmal der Erzeuger des Wissens steuernder Akteur über den Verwendungsprozeß.

CashCar

Welche Möglichkeiten eine solche Verbindung von Theorie und Praxis eröffnen, zeigt sich bereits beim ersten „Produkt" des neuen Unternehmens: CashCar. Kerngedanke bei der Definition dieses Angebotsmoduls ist die Überlegung, daß ein Anbieter nur dann ökonomisch erfolgreich sein und die gewünschten umwelt- und verkehrspolitisch positiven Wirkungen erzielen kann, wenn er den sogenannten „Autobaustein" beherrscht.

Die Adressierung des Angebots muß also so erfolgen, daß dem Bedarf nach einem Automobil einerseits Rechnung getragen wird, daß dies aber andererseits in einem offenen systemischen Umfeld

erfolgt, das dem Kunden Anreize und Raum zu Verhaltensänderungen bietet. CashCar ist ein Full-Service-Leasing-Angebot, das dem Kunden die volle Verfügbarkeit über ein Automobil gibt und zusätzlich die Option eröffnet, das Fahrzeug bei Nichtgebrauch an einer der nahegelegenen Car-Sharing-Stationen „gewinn"-bringend abzugeben.

Das CarSharing ist ein bereits etabliertes System zur gemeinschaftlichen Nutzung von Fahrzeugen, die an dezentralen Stationen in städtischen Umgebungen bereitgestellt werden. Das abgegebene Automobil wird dann im CarSharing-Betrieb eingesetzt, der erzielte Umsatz wird dem CashCar-Kunden unter Abzug der anfallenden Gemeinkosten gutgeschrieben und mit der monatlichen Leasingzahlung verrechnet.

Das Fahrzeug wird für Kunden somit ökonomisch desto attraktiver, je öfter dieses von ihm selbst nicht benutzt, sondern abgegeben und zu seinen Gunsten vermietet wird. Damit ist eine Situation gegeben, in der ein möglicher Wechsel in der Bedeutungszuschreibung des Automobils von einem Privatwagen zu einem gemeinschaftlichen Nutzungsgut beobachtet und Bedingungen benannt werden können, die diesen Prozeß fördern oder aber auch behindern.

Methodisches Neuland

Bei der Abschätzung der unternehmerischen sowie der umwelt- und verkehrspolitischen Folgen ist methodisches Neuland zu betreten. Es ist zu berücksichtigen, daß die Einstellung auch zu langlebigen Konsumgütern sich während ihres Gebrauchs ändert. Dies ist keine banale Feststellung, sondern eine soziale Realität, die für wissenschaftliche Forschung nur schwer handhabbar ist. Klassische Potentialabschätzungen über mögliche Markterfolge neuer, bislang noch nicht bekannter Produkte oder Dienstleistungen können immer nur unter Ceteris Paribus-Bedingungen ermittelt werden.

Die in die Projektentwicklungsarbeit eingebaute sozialwissenschaftliche Analysearbeit wird daher mit Hilfe einer Panel-Befragung versuchen, individuelle Wahrnehmungen und Veränderungen im Umgang mit dem CashCar als Teil einer integrierten Dienstleistung abzubilden.

Hiermit läßt sich nicht nur die Zufriedenheit der Benutzer erkennen, die für den weiteren ökonomischen Erfolg der Dienstleistung von herausragender Bedeutung ist, sondern es können auch Lernkurven ermittelt werden, die über dynamische Effekte, die während der Nutzung entstehen, Auskunft geben. Denn es ist keineswegs sicher, daß eingeschworene Privatautomobilisten in einem gradlinigen Prozeß zu intermodalen Verkehrsteilnehmern werden. Der ökologisch orientierte „Kaumfahrer" könnte sich auch – unter Nutzung des CashCars – zum freudigen Vielfahrer entwikkeln. Die zentrale Frage lautet: Wirkt CashCar als „Einstiegsdroge" oder als „Methadon"?

Zur Berechnung der tatsächlich erzielten Verkehrswirkungen liefert die Panel-Befragung die zentrale Datengrundlage. Ganz entscheidend für eine Bewertung der ermittelten Ergebnisse ist aber der Aufbau einer Referenz- bzw. Kontrollgruppe zur realistischen Bewertung der Ergebnisse.

Projektbereich Kulturraum Internet

Das Internet verkörpert das Projekt globaler Konnektivität. In den vergangenen sechs Jahren ist die Zahl der weltweit ans Netz angeschlossenen Rechner von knapp 2 Millionen auf über 56 Millionen (Stand: Juli 1999) gewachsen. Als die Projektgruppe Kulturraum Internet im Sommer 1993 unter dem Titel „Kommunikationsnetze der Zukunft – Leitbilder und Praxis" erstmals Systembildner und Sozialforscher zusammenführte, war das Internet hierzulande eine noch weitgehend unbekannte, ja, verkannte Größe.

Die von Sabine Helmers, Ute Hoffmann und Jeanette Hofmann gebildete Projektgruppe gehörte in Deutschland zu den Pionieren sozialwissenschaftlicher Internetforschung. Durch ihren methodischen Ansatz, das Internet aus einer ethnographischen Binnenperspektive zu untersuchen, hat die Gruppe einen wegweisenden und vielbeachteten Beitrag zum Verständnis der Netzwelt „von innen heraus" geleistet. Zugleich stellt das Forschungsteam ein gelungenes Beispiel für die disziplinübergreifende Zusammenarbeit von Ethnologie,

Soziologie und Politologie bei der Erkundung wissenschaftlichen Neulands dar. Zum Ende des Jahres 1998 hat die Projektgruppe ihre Arbeit abgeschlossen. Ihre gesammelten Publikationen sind als CD-ROM und im WWW zugänglich (http://duplox.wz-berlin.de).

Die Arbeit der Projektgruppe zielte darauf ab, konstitutive Ordnungselemente des dezentralen, scheinbar unreglementierten Computernetzes zu ermitteln. Forschungsleitend war dabei das ethnographische Konzept des Kulturraums. Im Vordergrund des Interesses stand das spezifische, sich dynamisch wandelnde Zusammenspiel aus technischen und gesellschaftlichen Konventionen im Netz.

Beispielhaft für die empirische Erforschung des Kulturraums sind drei Fallstudien, die im Rahmen eines Kooperationsprojekts von WZB und Technischer Universität Berlin – durch die Volkswagen-Stiftung gefördert – durchgeführt wurden. Für diese Fallstudien waren die folgenden drei „Schauplätze" als Untersuchungsfelder ausgewählt worden: die Betriebssystem-Technik der Netzknoten, das Internetprotokoll IP und die Newsgroups des Usenet.

Unix

Die erste Fallstudie beschäftigte sich mit der Entwicklung des Betriebssystems Unix, das einige Zeit praktisch konkurrenzlos auf Internet-Servern zum Einsatz kam. Die Designprinzipien von Unix haben wesentliche Elemente der späteren Internetkultur mitgeprägt: die kooperative Software-Entwicklung, die Maxime einer offenen Netzarchitektur, das Ideal des freien Datenflusses und der freien Software.

In einer zweiten Fallstudie wurden am Beispiel des Internetprotokolls die Entwicklung technischer Standards im Internet untersucht. Hier konnte die Gruppe exemplarisch zeigen, daß Normensetzung in Kommunikationsnetzen zugleich „Raumordungspolitik" ist und wie schwierig sich deren Weiterentwicklung unter den Bedingungen einer offenen Netzarchitektur mit globaler Reichweite gestaltet.

Eine dritte Fallstudie befaßte sich mit dem breit genutzten Kommunikationsdienst Usenet. Wird allgemein angenommen, daß ein Medium desto höher entwickelt ist, je weniger sich die zugrundeliegende Kommunikationstechnik bemerkbar macht, so steht das Usenet für einen neuen Typus telematischer Interaktivität, der den Nutzern dauerhaft abverlangt, sich im kommunikativen Handeln der Funktionsweise und Materialität des Mediums selbst zuzuwenden.

Die Untersuchungsergebnisse der drei Fallstudien lassen übereinstimmende Organisationsmuster und -prinzipien im Interaktionsraum Internet erkennen. Der rasche Wandel des Netzes vollzieht sich weder beliebig noch chaotisch, sondern weist rekonstruierbare Muster auf, in denen sich gewissermaßen ein impliziter Designplan des Netzes zur Geltung bringt. Die Nutzung wie auch die Regulierung des globalen, technisch mediatisierten Datenraums unterliegen anderen Bedingungen als die herkömmlichen (Massen-)Medien.

„Kooperative Anarchie" – in unterschiedlichen Spielarten auf allen Ebenen des Netzes zu finden – bildet das bestimmende und gleichbleibende Merkmal von Governance im Internet. Nur lose oder gar nicht verknüpfte Sach- und Handlungsbezüge mit unbestimmter Geltungsreichweite, die vor dem Hintergrund herkömmlicher, hierarchisch gesteuerter Organisationsformen chaotisch und dysfunktional wirken, erfüllen im Internet offensichtlich ihren Zweck. Governance im Internet kennt kein identifizierbares Subjekt, sondern beruht auf „verteilten" Formen der Koordination, die ohne Hierarchie und mit einem Minimum an zentralen Funktionen und Regeln auskommen.

„Wandel durch Integration"

Zu den praktisch-politisch bedeutsamen Ergebnissen der Projektgruppe zählen die Aussagen über die Konsequenzen, die die offene Organisation des Internet für seinen Fortbestand hat. Im Vergleich der Veränderungen, die das Netz seit Mitte der 90er Jahre in den untersuchten Technikbereichen durchlaufen hat, zeichnet sich ein Muster ab, das die Projektgruppe auf den Begriff „Wandel durch Integration" gebracht hat. Dieses Prinzip der „Eingemeindung" von Neuem wird modellbildend auch für die künftige Etablierung neuer Dienste oder Übertragungstechniken im Internet wirken.

Vor allem durch Interoperabilität bzw. wechselseitige Unterstützung, weniger aber durch direkte Verdrängungsprozesse setzen sich neue Anwendungen oder Übertragungsverfahren im Netz durch. Im Lichte der Transformations- und Governanceprinzipien, die die Projektgruppe bei ihren Untersuchungen ermittelt hat, steht zu erwarten, daß Versuche der Bändigung und Normalisierung des Internet letztlich auf die Zustimmung der privaten wie auch der kommerziellen gewerblichen Nutzer angewiesen bleiben.

Je mehr allerdings aus dem Internet ein Universalmedium wird, je selbstverständlicher von seinen Diensten Gebrauch gemacht wird und je mehr Menschen darüber erreichbar werden, desto stärker verliert sich der Eindruck eines eigenständigen und gesonderten Interaktionsraums. Die Netzwelt, die in den 80er und frühen 90er Jahren noch von einer Aura des Außergewöhnlichen und Sensationellen umgeben war, wird immer alltäglicher. Die Grenze zwischen virtueller Welt und Realwelt verschwimmt zusehends. Ist also damit zu rechnen, daß das Netz seinen Status als sich selbst organisierender Kommunikationsraum verlieren wird?

ICANN

Gegenwärtig zeichnet sich ab, daß das „Selbst" des Internet eine zweite große Transformation durchläuft. Nach der ersten Zäsur in den frühen 90er Jahren begann sich das ursprünglich rein akademisch genutzte Forschungsnetz, auch für kommerzielle Betreiber zu öffnen. Die seither sprunghaft steigende gesellschaftliche und wirtschaftliche Bedeutung des Internet führt dazu, daß ein immer breiteres Spektrum von Akteuren und Interessen Mitwirkungsrechte an der Regulierung des Internet beansprucht. Wurde unter „Self-Governance" im Internet ursprünglich ein dezentrales, weitgehend durch die Nutzer bestimmtes Verwaltungsmodell verstanden, so geht es heute eher um die Etablierung von Entscheidungsstrukturen, die sicherstellen, daß die Nutzer auch künftig Einfluß auf die Regulierung des Netzes behalten.

Gegenwärtig wird die Aufsicht über die wichtigsten vier Verwaltungsbereiche des Internet in einer neuen Organisation zusammengefaßt. ICANN – die Internet Corporation for Assigned Names and Numbers – ist von der U.S.-amerikanischen Regierung mit der Absicht gegründet worden, die Verantwortung für das Internet auf eine breitere, wirtschaftliche, gesellschaftliche, technische und auch politische Interessen repräsentierende Grundlage zu stellen, ohne die basisdemokratische Tradition des Netzes aufzugeben. Ob es gelingt, die unterschiedlichen Ordnungsvorstellungen, die innerhalb von ICANN aufeinandertreffen, miteinander zu vereinbaren, ist eine offene Frage, die in einem Forschungsprojekt über Internet Governance untersucht werden soll.

Nach der Ausbreitung von Computern und Datennetzen wird im kommenden Jahrzehnt die Informatisierung der Umwelt eine wachsende Bedeutung erlangen. Innerhalb „intelligenter Umgebungen" werden die Gegenstände der gewohnten Umgebung mit Computerfähigkeiten ergänzt und immer mehr Geräte miteinander verbunden werden. Der Einzug solcher, in ihrem Verhalten zunehmend selbstselektiv agierender technischer Artefakte und Systeme in den Alltag führt zu neuartigen Problemstellungen, die sich unter dem Stichwort „Objektsozialität" zusammenfassen lassen.

Anknüpfend an Untersuchungen zu Herkunft, Einsatzfeldern und Perspektiven von Software-Agenten im Netz soll künftig zum einen den Organisationsformen und Beziehungsmustern innerhalb der sich herausbildenden künstlichen Gesellschaften und zum anderen den Veränderungen im Interaktionszusammenhang von menschlichen und nichtmenschlichen Akteuren nachgegangen werden. Die forschungsleitende Frage ist dabei, ob und inwiefern es sich bei autonomen technischen Agenten „nur" um eine neue Kategorie von Werkzeug oder um vollwertige soziale Akteure handelt. Konzeptionelle Anknüpfungspunkte finden sich hierzu in der Wissenschafts- und Techniksoziologie (vor allem in der Aktor-Netzwerk-Theorie), der „Artificial Life"- und Robotik-Forschung sowie im Diskurs zum Trans- bzw. Posthumanismus.

Projektbereich Organisationslernen

Im Zentrum der Arbeiten des Projektbereichs standen die Vorbereitung und Durchführung von drei

umfangreichen Buchpublikationen, die den Stand des Forschungsfelds Organisationslernen darstellen, bewerten und weiterführen: das „WZB-Jahrbuch 1998“, die annotierte Bibliographie zum Organisationslernen und das Handbuch des Organisationslernens. Darüber hinaus wurden in diesem Zeitraum mehrere Forschungsprojekte abgeschlossen und zwei weitere initiiert.

WZB-Jahrbuch 1998

Das WZB-Jahrbuch 1998, herausgegeben von Horst Albach (Abteilung „Market Dynamics“), Meinolf Dierkes, Ariane Berthoin Antal und Kristina Vaillant, beleuchtet die institutionellen und kulturellen Dimensionen des Organisationslernens und arbeitet bisher vernachlässigte Bereiche des Organisationslernens heraus. Organisationslernprozesse werden hier nicht nur, wie sonst üblich, in der Privatwirtschaft, sondern auch in staatlichen Organisationen, Gewerkschaften, Betrieben des Gesundheitswesens, Forschungseinrichtungen und internationalen Organisationen erfaßt. Der traditionell auf den angelsächsischen Kultur- und Sprachraum beschränkte Schwerpunkt der Forschung wird durch Beiträge über Lernprozesse in westeuropäischen Ländern, aber auch in Afghanistan, Japan, Israel und der Volksrepublik China erweitert.

Vier Beiträge des WZB-Jahrbuchs sind von Abteilungsmitgliedern verfaßt worden. Ariane Berthoin Antal liefert dort die erste umfassende Übersicht in deutscher Sprache über die Entwicklung des Forschungsfelds, den Beitrag einzelner Wissenschaftsdisziplinen sowie über anstehende Aufgaben für Theoriebildung und Praxis. Ergebnisse aus einer internationalen vergleichenden Studie des WZB über die Lernfähigkeit von Unternehmen in China, Deutschland und Israel fassen Ariane Berthoin Antal, Meinolf Dierkes und Lutz Marz in einem zweiten Beitrag zusammen. Ihre Untersuchung zeigt, daß das Verständnis von Organisationslernen sich aus einem Ensemble von Faktoren zusammensetzt: Struktur, Kultur, das vorherrschende Menschenbild und Führungs- sowie Gründungspersönlichkeiten im Unternehmen spielen dabei eine wichtige Rolle. Das läßt den Ansatz herkömmlicher Managementlehren, die nach einem einzigen Erfolgsrezept für alle Organisationsformen suchen, fragwürdig erscheinen. Entscheidend für den Erfolg eines Unternehmens ist nicht ein einziger Faktor, sondern die jeweilige Paßfähigkeit der von Unternehmen zu Unternehmen unterschiedlich zusammengesetzten einzelnen Elemente.

Ein weiterer Beitrag zum WZB-Jahrbuch von Meinolf Dierkes und Lutz Marz ist aus Arbeiten zu technologischen Leitbildern entstanden. Die Autoren suchen nach Katalysatoren des Organisationslernens und beleuchten anhand von Studien zur Technikgenese im Bereich der Schreibmaschine, der Automobilität und des Internet drei zentrale Typen des Organisationslernens (Programmlernen, Erfahrungslernen und Metalernen). Die Untersuchung verdeutlicht, daß Leitbilder Resultat und Katalysator des Organisationslernens zugleich sind und insofern immer eine Doppelrolle spielen. Die Studie liefert Anhaltspunkte dafür, daß Organisationen, die einen Pool neuer Ideen mit Leitbild-Potential entwickeln und daraus tragfähige Leitbilder gestalten können, den Herausforderungen des technischen Wandels eher gewachsen sind als andere.

Ariane Berthoin Antal und Katrin Böhling stellen im WZB-Jahrbuch ihre theoretisch-konzeptionellen Überlegungen zur Rolle von „Expatriates“ (Führungskräften, die ins Ausland geschickt werden) als Ressource für das Organisationslernen vor. Zu diesem Thema führte Ariane Berthoin Antal in Zusammenarbeit mit Ilse Stroo und Mieke Willems von der niederländischen Universität Tilburg im Berichtszeitraum eine empirische Untersuchung in zwei internationalen Unternehmen mit Sitz in Deutschland durch. Sie befragten zurückgekehrte Expatriates nach ihren Lernerfahrungen im Ausland und nach der Möglichkeit, ihrem Unternehmen dieses Wissen rückzuvermitteln.

Aus den Interviews ergibt sich, daß nur ein sehr geringer Anteil des individuell erworbenen Wissens in Organisationswissen „umgemünzt“ wird. Dies ist darin begründet, daß von Unternehmensseite Entsendungen selten als Gesamtprozeß, sondern eher als ad-hoc-Maßnahme betrieben werden und Lernen als Individualprozeß statt als Organisa-

tionsressource wahrgenommen wird. Die Ergebnisse deuten auf eine mangelnde strategische Ausrichtung der Personalpolitik und mangelhafte Lernbereitschaft von Organisationen hin.

Bibliographie

Im Berichtszeitraum wurde außerdem die „Annotated Bibliography of Organizational Learning" abgeschlossen, die im Rahmen des von der Gottlieb Daimler und Karl Benz-Stiftung geförderten und von Meinolf Dierkes geleiteten Kollegs zum „Organisationslernen unter verschiedenen Umfeldbedingungen" entstanden ist. Sie will dem wissenschaftlichen Publikum, aber auch Führungskräften aus der Praxis einen Überblick über das immer weiter verzweigte Themengebiet ermöglichen.

Gegliedert ist die Bibliographie in vier Bereiche: Ökonomie, Management, Strategie sowie Personalführung und -entwicklung. Die Einträge bieten eine Zusammenfassung der Hauptargumente und Ergebnisse der ausgewählten Literatur, eine Zuordnung zur jeweiligen intellektuellen Strömung innerhalb des Forschungsfelds sowie eine Beurteilung und Bewertung durch den Rezensenten.

Die Bibliographie erschien 1999 in der edition sigma, Berlin, in Buchform, versehen mit einer benutzerfreundlichen CD-Rom. Sie ist zugleich im Internet zugänglich (http://duplox.wz-berlin.de/oldb/bibliography.html).

Handbuch

Das dritte umfangreiche Buchvorhaben, auf das der Projektbereich Organisationslernen sich in dieser Berichtsperiode konzentrierte, war das „Handbook of Organizational Learning and Knowledge", das im Jahr 2000 unter der gemeinsamen Herausgeberschaft von Meinolf Dierkes, Ariane Berthoin Antal, John Child (Cambridge University) und Ikujiro Nonaka (Japan Advanced Institute of Science and Technology) bei Oxford University Press erscheinen wird. Das Handbuch wird einen umfassenden Überblick über das Forschungsgebiet „Organisationslernen" liefern und die zentralen Themen, Ansatzpunkte und Debatten ausführlich abhandeln.

Da es sich auch an die wissenschaftsorientierte Praxis wendet, verknüpft eine Reihe von Fallstudien den theoretisch-konzeptionellen Entwicklungsstand mit konkreten Aufgaben des Veränderungsmanagements in der Praxis. Der Umfang der Aufgaben, der hier für die Abteilung und für die Koordinatorin Anne Vonderstein anstand, wird durch einfache Zahlen deutlich: das Handbuch umfaßt 43 Artikel mit 67 Autoren aus 16 Ländern.

Das Handbuch bietet der Abteilung auch einen attraktiven Platz für Berichte aus der eigenen Forschung. So wird es beispielsweise einen Beitrag von Ariane Berthoin Antal und Camilla Krebsbach-Gnath über die Rolle von Unternehmensberatern im Prozeß des Organisationslernens enthalten. Diese Untersuchung erweitert den üblichen Rahmen, der bisher auf Akteure innerhalb der Organisation begrenzt war. Sie verdeutlicht, daß Lernprozesse durch Berater sowohl gefördert als auch behindert werden können. Letzteres kommt vor allem dann vor, wenn die Berater eine zu zentrale Rolle einnehmen bzw. von ihren Klienten zugeschrieben bekommen.

Neue Impulse liefert auch der Handbuch-Beitrag von Ariane Berthoin Antal, Uwe Lenhardt und Rolf Rosenbrock über die Barrieren zum Organisationslernen, einem bisher nur wenig behandelten Thema. Anhand von vier Fallstudien im Bereich der Gesundheitsförderung stellen die Autoren ernüchternd fest, daß Organisationslernprozesse nur schwer in Gang zu setzen sind, sich gegen eine Vielzahl von Hindernissen durchzusetzen haben und häufig blockiert werden. Die Aussichten auf Erfolg von Lernprozessen verbessern sich in dem Maße, in dem Akteure auf unterschiedlichen Ebenen der Organisation beteiligt sind, die die Bereitschaft und Macht haben, grundsätzliche (oft organisationskulturelle) Blockaden gegen Lernprozesse aus dem Wege zu räumen.

Im engeren Umfeld der Abteilungsarbeit ist die Dissertation von Christiana Weber entstanden. Ihr Handbuchbeitrag thematisiert die Zeitdimension in Zusammenhang mit organisationalem Lernen. Die Sondierung einschlägiger Literatur hierzu läßt sich in der Floskel zusammenfassen, „es dauert ewig", bis eine Organisation gelernt hat. Am empirischen Fall der Treuhandanstalt, die nur einige

Jahre existierte und eine ausgeprägte Organisationskultur entwickelte, läßt sich zeigen, daß es unterschiedliche Möglichkeiten gibt, die Zeitachse zu verkürzen.

Technologiepolitik

In mehrjähriger Arbeit hat die Abteilung – aufbauend auf einer von der Kommission der Europäischen Union geförderten Konferenz – eine Überblicksdarstellung des sich neu herausbildenden Felds „Public Understanding of Science and Technology“ zusammengestellt (herausgegeben von Meinolf Dierkes und Claudia von Grote). Aus dieser Arbeit kristallisiert sich sehr deutlich die Erkenntnis heraus, daß dem technisch-naturwissenschaftlichen Wissen für die gesellschaftliche Akzeptanz wie auch Akzeptabilität von Techniken keineswegs die ihm traditionell beigemessene zentrale Bedeutung zukommt.

Ausschlaggebender ist vielmehr das Vertrauen der Öffentlichkeit in Institutionen und Organisationen der Technologiepolitik im weitesten Sinne. Daß die Öffentlichkeit als handelnder Kollektivakteur ein wichtiger Faktor für die Akzeptanz neuer Technologien ist, muß sich bei den verantwortlichen Institutionen und Organisationen als Erkenntnis durchsetzen. Insoweit ist die Arbeit der Abteilung auf diesem Themengebiet sowohl Anwendung des Grundlagenwissens zu Organisationslernen als auch Stimulus für weitere Forschungen.

Neben dem Abschluß laufender Projekte sind im Berichtszeitraum neue Forschungsarbeiten zum Organisationslernen initiiert worden. Dazu gehört ein Verbundprojekt mit der University of California at Berkeley und dem Japanese Institute for Science and Technology über Organisationslernen in multinationalen Unternehmen, die einen Transformationsprozeß durchlaufen. Erforscht werden insbesondere der Einfluß von „Mergers“ und „Acquisitions“ auf das Organisationslernen und die Gestaltung von Entscheidungsprozessen als Lernmomente.

Lehre

Die Ergebnisse der Arbeiten im Bereich Organisationslernen konnten durch Vorträge und Lehrveranstaltungen an Einrichtungen des In- und Auslands einem breiten Interessentenkreis zugänglich gemacht werden. Im Rahmen seiner Dauergastprofessur an der University of California, Berkeley, hielt Meinolf Dierkes in beiden Berichtsjahren Lehrveranstaltungen zur Lernfähigkeit des öffentlichen wie privaten Sektors in Europa ab. Ariane Berthoin Antal hat die Erkenntnisse zu Organisationslernen und Organisationsentwicklung in innovative Lehrveranstaltungen für den Studiengang Public Health an der Technischen Universität Berlin wie auch an der Handelshochschule Leipzig und am Ashridge Management College einfließen lassen. Die langjährige Zusammenarbeit von Mitgliedern der Abteilung mit der Shanghai Academy of Social Sciences wurde auch dadurch honoriert, daß Meinolf Dierkes zu Beginn des Jahres 1999 in der Funktion eines Forschungsprofessors zum Mitglied der Akademie ernannt wurde.

Genese, Regulierung und Enkulturation der Biotechnologie

Im Berichtszeitraum wurden im Rahmen der Abteilung die Untersuchungen im Bereich sozialwissenschaftlicher Biotechnologieforschung beendet.

EU und Genom

Speziell auf Humangenomforschung bezogen ist die 1999 abgeschlossene und im Jahr 2000 veröffentlichte Dissertation von Gabriele Abels. Ihre Fallstudie zum Forschungsprogramm der Europäischen Union (EU) über die „Analyse des menschlichen Genoms“ beruht auf einer konzeptionellen Verbindung von Technikgenese- und „policy“-orientierter Europaforschung. Der wissenschaftlich-technische Inhalt des Programms zielt auf die Kartierung, Sequenzierung und schließlich Funktionsaufklärung des menschlichen Erbmaterials. Vor allem aufgrund der nicht absehbaren sozialen, ethischen und rechtlichen Folgen war der erste EU-Programmvorschlag, der dem Leitbild einer „prädiktiven Medizin“ folgte, in der politischen Generierungsphase von 1985 bis 1990 auf erhebliche und für Forschungsprogramme bis dahin einzigartige Widerstände gestoßen.

Das Hauptziel der Fallstudie war eine umfassende Rekonstruktion des Policy-Netzwerks und eine entscheidungs- und interessenanalytische Unter-

suchung des Verhandlungsprozesses im europäischen Mehrebenensystem. Methodisch wurde mit einer Kombination von Dokumentenanalyse, statischen Daten und Experteninterviews gearbeitet.

Ein Resultat des untersuchten Politikprozesses bestand darin, daß sozialwissenschaftliche Technikfolgenabschätzung erstmals integraler Bestandteil eines europäischen Forschungsprogramms wurde. In der Folgezeit wurde dies auf den gesamten Bereich der biomedizinischen und biotechnologischen Forschung ausgedehnt, um hierdurch die soziale Akzeptanz des Technikfelds zu verbessern.

Weiterhin zeigt die Analyse des Verhandlungsprozesses, an dem politische Akteure der EU-Institutionen und der Mitgliedsstaaten sowie wissenschaftliche Akteure beteiligt waren, die Kontingenz der Grenzen zwischen wissenschaftlichen und politischen Entscheidungskriterien. Wissenschaft und Politik bilden in forschungspolitischen Entscheidungsarenen Hybridgemeinschaften, die sich gegenseitig für ihre jeweils eigenen Interessen funktionalisieren können. Ohne eine substantielle Berücksichtigung der wissenschaftlich-technischen Materie kann der politische Prozeß zu diesem Forschungsprogramm nicht umfassend erklärt werden.

Aufgrund der Universalität des genetischen Codes, der Entwicklung neuer Forschungsinfrastrukturen und neuer Technologien ist das Projekt über die Biomedizin hinaus auch für die Biotechnologie insgesamt von hoher Bedeutung. Das interdisziplinäre und international angelegte Humangenomprojekt kann als das einzige Großforschungsprojekt in diesem Bereich klassifiziert werden. Die Dissertation ist im Dezember 1999 mit dem Förderpreis „Europaforschung in Berlin" des Vereins Berliner Kaufleute und Industrieller ausgezeichnet worden.

Vom 15. bis 18. Oktober 1998 fand im WZB die Jahrestagung des Arbeitskreises Politik und Technik der Deutschen Vereinigung für Politische Wissenschaft (DVPW) statt. Sie wurde unter dem Programmtitel „Biotechnologie – Globalisierung – Demokratie. Formierungsprozesse und Perspektiven einer ‚Zukunftstechnologie'" von Daniel Barben und Gabriele Abels konzeptionell und organisatorisch vorbereitet.

Abteilung „Regulierung von Arbeit"

Den gemeinsamen Bezugspunkt des Forschungsprogramms der Abteilung „Regulierung von Arbeit" bilden die weitreichenden Umstrukturierungsprozesse in der Leistungserstellung des privaten und des öffentlichen Sektors in Deutschland. Sie sind integraler Bestandteil tiefgreifender Veränderungen in der internationalen Arbeitsteilung und in den transnationalen Regulierungsstrukturen („Governance"). Zur Disposition stehen bisher vorherrschende Arbeitsformen und Arbeitsregulierungen, wie sie sich vor allem nach dem Zweiten Weltkrieg in Deutschland und anderen entwickelten Industrienationen der OECD-Welt herausgebildet haben.

Den Kern des gegenwärtigen Wandlungsprozesses bilden die Umstrukturierung des Arbeits- und Produktionsprozesses von Gütern und Dienstleistungen und deren Regulierungsstrukturen im privaten wie im öffentlichen Sektor. Es geht hierbei um die Ausbreitung wie Verknüpfung von im wesentlichen vier Organisationsentwicklungen:

- Verschiebungen in Gewicht und Einfluß der zentralen Unternehmensfunktion,
- der funktionsübergreifenden Restrukturierung der Prozeßkette,
- der betriebsübergreifenden strategischen Ausrichtung der Prozesse auf das Gesamtunternehmen und zugleich
- dessen netzförmige Verflechtung wie Entgrenzung in bezug auf die horizontale und vertikale Wertschöpfungskette.

Solche Anpassungsprozesse finden sich in allen vergleichbaren Industriestaaten. Vieles spricht

jedoch dafür, daß Deutschland sich vor einem weiterreichenden Anpassungsdruck sieht, soll die bisherige Position hinsichtlich ökonomischer Wettbewerbsfähigkeit und sozialer Wohlfahrt im internationalen Vergleich aufrechterhalten werden.

Die Umstrukturierungsprozesse können jedoch nicht nur als separate nationalstaatliche Entwicklungen betrachtet werden. Sie sind Teil der Transnationalisierung von Problembezügen und Bewältigungsstrategien, die als Weltmarktzusammenhänge die lokalen und regionalen Produktionsstrukturen durchdringen.

Das Spannungsverhältnis von internationaler Wettbewerbsfähigkeit und nationaler Sozialverträglichkeit wird darüber hinaus überlagert durch die zunehmend deutlicher werdenden ökologischen Grenzen moderner Arbeits- und Produktionsformen. So werden Anforderungen des Zeitwettbewerbs mit seinem schnellen Produktwechsel und dem Zwang zur Beschleunigung von „time-to-market" und „time-to-volume" zunehmend konfrontiert mit Anforderungen der langfristigen und umweltverträglicheren Nutzungskonzepte von Produkten und Produktionsmitteln. Diese Entwicklung verweist auf die zunehmende Notwendigkeit der Ökologisierung der Arbeitspolitik.

Themen

Die Forschungsthematik der Abteilung focussiert damit auf Prozesse und Strukturen von Anpassung und Innovation des Arbeits- und Produktionsprozesses von Kernbranchen der Industrie und des öffentlichen Sektors. Die Analyseeinheit ist dabei immer weniger die isoliert spezifizierbare Organisation (Firmen oder Nationalstaaten), sondern zunehmend die sich herausbildenden internationalen Verflechtungsgefüge und deren Governance-Strukturen.

Die Abteilung organisiert ihren eigenen Arbeitsprozeß in einer begrenzten Anzahl von größeren Kernprojekten und einigen damit zusammenhängenden kleineren Untersuchungen. Im Zentrum stehen die längerfristig angelegten Kernprojekte. Sie unterliegen aufgrund einer bewußten und konsequenten Mischfinanzierung einer kontinuierlichen Qualitätskontrolle durch den Drittmittelmarkt (überwiegend Deutsche Forschungsgemeinschaft, Volkswagen-Stiftung und Hans-Böckler-Stiftung). Sie sind überwiegend als internationale Vergleichsprojekte in der Triade von Nordamerika, Japan und Westeuropa sowie – in einzelnen Projekten – auch in den „emerging economies" angelegt. Sie erfordern häufig den Aufbau internationaler Kontakt- und Kooperationsnetzwerke. Die Abteilung übernimmt dabei in vielen Fällen die Initiierung wie die Koordinierung der internationalen Netzwerke.

Aus der komplexen Rahmenproblematik setzt die Abteilung drei Schwerpunkte für ihre Forschungsarbeit.

(1) Restrukturierung des Arbeitsprozesses in der industriellen Produktion – Aufbauend auf früheren Arbeiten zur Veränderung der horizontalen Arbeitsteilung werden Veränderungen in der vertikalen Arbeitsteilung und der Globalisierung in Prozeßketten der Produktentwicklung und Produktion in wichtigen Kernsektoren, so der Automobilindustrie, der Computerindustrie, der Telekommunikation und des Maschinenbaus, in international vergleichender Perspektive, insbesondere unter Einbeziehung der japanischen und nordamerikanischen Industrie untersucht.

(2) Restrukturierung des Arbeitsprozesses in den öffentlichen Dienstleistungen – Hier konzentriert sich die Arbeit auf die gegenwärtig anlaufenden Modernisierungsprozesse der kommunalen und staatlichen Verwaltung, die sich als Modernisierung ihrer Arbeitsprozesse und als Neuregulation ihrer Governance-Strukturen artikulieren. Einen wesentlichen Stellenwert hat auch hier die internationale Vergleichsperspektive, im Einbezug von „Best-practice"-Beispielen in den OECD-Ländern.

(3) Restrukturierung des Arbeitsprozesses und seine sozial-ökologischen Voraussetzungen und Folgen – Hier stehen Fragen der Nachhaltigkeit privater wie öffentlicher Leistungsprozesse unter der Perspektive der Grenzen produktivitäts- und wohlfahrtssteigernder Leistungsstrategien

im Zentrum. Die Vergleichsperspektive konzentriert sich hier vor allem auf den Raum der Europäischen Union.

Theoretischer Ansatz

Unter Regulierung von Arbeit wird die Organisation der horizontalen und vertikalen Arbeitsteilung des inner-, zwischen- und überbetrieblichen Arbeits- und Produktionsprozesses verstanden. Regulierung von Arbeit verweist dabei – über den ökonomischen Marktmechanismus und soziale Austauschbeziehungen hinausgehend – auf politische Koordinationsweisen des Leistungsprozesses und deren Konstitutions-, Reproduktions- und Transformationsbedingungen.

Dieses Verständnis umfaßt sowohl die Mikropolitik im Unternehmen als auch die Makropolitik von Staat und Verbänden, also der „politics in production" und „politics of production". Die Frage der Regulierung von Arbeit zielt auf die Erfassung der gesamten Governance-Strukturen von Organisationen und Sektoren ab, also auf das Zusammenwirken der unterschiedlichen Regulierungsmechanismen von Hierarchien, Märkten, politischen Institutionen, Drittsektor- und zivilgesellschaftlichen Arrangements.

Für den Forschungsansatz ist die Prämisse entscheidend, daß Politik – als die Regulierung der gesellschaftlichen Beziehungen in der Ökonomie – ein konstitutives Element des Arbeits- und Produktionsprozesses ist.

Die Abteilung hat dieses „Theorieprogramm" in der ersten Phase mit Hilfe zentraler klassischer Begriffe der Politikwissenschaft und politischen Soziologie wie Macht und Interesse, Konflikt und Konsens analysiert. Die theoretische Herausforderung an die Abteilung in der gegenwärtigen Phase liegt in der weiteren konzeptionellen Durchdringung dieser Perspektive.

Systematischer Ausgangspunkt sind die Prozeßketten des Arbeits- und Produktionszusammenhangs wichtiger Kernsektoren, und dies bei strategisch definierter Leistungstiefe im Kontext globalisierter Kooperations- und Konkurrenzbeziehungen. Gefragt wird nach den je spezifischen Entwicklungs-

Abteilung „Regulierung von Arbeit"

Personal am 1. Oktober 1999	seit
Ingrid Behrmann	1996
Dr. Gerlinde Dörr, Diplom-Politologin	1976
Gebhard Glock	1990
Privatdozent Dr. Eckart Hildebrandt, Diplom-Wirtschaftsingenieur	1977
Professor Dr. Ulrich Jürgens, Diplom-Politologe	1977
Tanja Kessel M.A.	1994
Petra Lio	1996
Dr. Inge Lippert, Diplom-Soziologin	1992
Dr. Rudolf Meißner, Betriebswirt (grad.), Diplom-Ökonom	1995
Edith Narewsky	1984
Professor Dr. Frieder Naschold † 1999	1976
Katrin Naumann	1999
Dr. Maria Oppen, Diplom-Soziologin	1979
Markus Pohl	1999
Diplom-Politologe Christian Rabe*	1979
Diplom-Volkswirt Leo Renneke	1995
Diplom-Soziologe Joachim Rupp	1999
Diplom-Politologe Holger Straßheim	1999
Friederike Theilen-Kosch	1984
Diplom-Verwaltungswissenschaftler Alexander Wegener	1994
Ausgeschiedenes Personal[1]	1998–1999
Diplom-Sozialwissenschaftler Volker Hielscher	1996–1999
Dr. Inge Lippert, Diplom-Soziologin	1992–1999
Stephan Seip	1997–1999

1 mit mindestens 12 Monaten Zugehörigkeit zum WZB
*) für den gesamten Schwerpunkt tätig

pfaden der Evolution neuer Produktentwicklungs- und Produktionskonzepte und ihrer betrieblichen und sektoralen Governance-Strukturen.

Untersucht werden dabei die Prozesse der Anpassung und Innovation unter der Perspektive des „Management of change" und des „organisatorischen Lernens". Die Externalisierung bzw. Internalisierung der sozialen und ökologischen Kosten dieser Anpassung des Innovationsprozesses bilden dabei eine integrale Perspektive.

Methoden

In methodischer Hinsicht steht der international vergleichende Fallstudienansatz im Zentrum der Abteilungsforschung, wobei der Vergleich in aller Regel die Regionen der Triade erfaßt. Dabei werden je nach Fragestellung quantitative wie qualitative Instrumente eingesetzt. In jüngster Zeit wurde dieser Methodenmix ergänzt und verstärkt in longitudinal-prospektiv angelegten Fallstudien. Vor allem dieser methodische Zugang erscheint geeignet, die zur Zeit besonders ausgeprägte „Ungewißheit" im Entwicklungsprozeß von Akteuren und Strukturen in der gegenwärtigen Transformationsphase methodisch adäquat zu erfassen.

Dieser internationale „case-comparison approach" wird ergänzt wie abgestützt durch eine Analyse des historischen, sozioökonomischen und Branchenkontexts, wofür je nach Fragestellung historische und Zeitreihenanalysen wie massenstatistische Strukturdaten einbezogen werden.

Mit diesem Ensemble von Herangehensweisen wird versucht, die bekannten Mängel des klassischen Fallstudienansatzes (wie auch des klassischen Survey-Ansatzes) zu überwinden und seine spezifischen Stärken zu nutzen.

Projekt: Veränderungen der vertikalen Arbeitsteilung – Neue Konzepte der Produkt- und Konzeptentwicklung im Branchen- und Ländervergleich

Gegenstand der von der Volkswagen-Stiftung unterstützten Untersuchung waren die Veränderungen in der vertikalen Arbeitsteilung im Zusammenhang mit der Reorganisation von Produktentstehungsprozessen im Industrie- und Ländervergleich – dem Maschinenbau sowie der Automobil- und Computerindustrie in den U.S.A., Japan, Italien und Deutschland. Die Erhebungen wurden im Zeitraum von 1992 bis 1996 durch das WZB-Kernteam in Kooperation mit Partnerteams in Italien, Japan und den U.S.A. durchgeführt. Im Berichtszeitraum standen die Abschluß- und Umsetzungsaktivitäten im Zentrum, mit denen das Projekt nunmehr abgeschlossen ist.

Bücher/ Vorträge

Wesentlicher „Output" dieser Phase waren neben Aufsätzen in Zeitschriften und Sammelbänden zwei Buchpublikationen, die die länder- und branchenübergreifenden Ergebnisse des Projekts vorstellen: der von Ulrich Jürgens herausgegebene Sammelband „New Product Development and Production Network", der sowohl die Einzelbeiträge der beteiligten Projektmitglieder wie auch Beiträge ausgewählter Experten auf dem Gebiet der Innovationsforschung umfaßt, und die Monographie von Inge Lippert, die unter dem Titel „Zwischen Pfadabhängigkeit und radikalem Wandel" die Neuordnung von Prozeßkettenbeziehungen im internationalen Maschinenbau behandelt.

Parallel zu der Arbeit an den Publikationen wurden die Projektergebnisse in zahlreichen Vorträgen auf wissenschaftlichen Konferenzen sowie praxisorientierten Tagungen und Seminaren im In- und Ausland zur Diskussion gestellt, um auf diese Weise einen Beitrag zur Umsetzung der Forschungsergebnisse in Wissenschaft und Praxis zu leisten.

Projekt: „Corporate Governance", Innovation und ökonomische Leistungsfähigkeit von Unternehmen in der EU

Ausgangspunkt dieses Projekts bilden Veränderungen in den Unternehmensstrukturen und der Managementorientierung, die sich vor dem Hintergrund der Umstrukturierungsprozesse in den Unternehmen sowie der Globalisierung der Finanzmärkte in den 90er Jahren ergeben. Diese Veränderungen haben zu einer Dezentralisierung von Unter-

nehmensstrukturen, zur Neudefinition von Prozeßketten und zu einer verstärkten Orientierung der Unternehmen auf die Anforderungen der Aktien- und Finanzmärkte geführt.

Der Wandel in diesen Orientierungen steht im engen Kontext mit Veränderungen in dem bisherigen System der Corporate Governance in Deutschland mit seinen Besonderheiten im Hinblick auf die Rolle der Banken, das System der Mitbestimmung und den eher auf Technik als auf Finanzziele ausgerichteten Anreizsystemen für das Management. Gefragt wird nach den Auswirkungen dieser Veränderungen auf die innovativen Potentiale in den Unternehmen und damit nach der langfristig ökonomischen Leistungsfähigkeit der Unternehmen. Dies bezieht sich unter anderem auf die Erwartung, daß sich gegenüber den vor allem in den deutschen Unternehmen eher langfristig und technisch ausgerichteten Orientierungen nunmehr stärker kurzfristig und finanzorientierte Kalküle durchsetzen werden.

An diesem Projekt, das von Mary O'Sullivan und William Lazonick vom European Institute of Business Administration (INSEAD, Fontainbleau, Frankreich) seit Anfang 1999 koordiniert wird, ist das WZB mit dem Projektteam Ulrich Jürgens, Katrin Naumann und Joachim Rupp beteiligt. Das Projekt wird von der Europäischen Union im Rahmen des TSER-Programms (Targeted Socio-Economic Research) für einen Zeitraum von drei Jahren gefördert.

Konzeptionell wird ein Begriff von „Corporate Governance" benutzt, der über die formellen unternehmensrechtlichen Aspekte der Beziehungen zwischen Aufsichtsrat, Vorstand, Hauptversammlung hinaus Einflußbeziehungen von Banken, institutionellen Investoren sowie die Bedeutung der formellen und informellen Mitwirkung von Gewerkschaften und betrieblichen Interessensvertretungen erfaßt. Ziel ist es, in unterschiedlichen Industrie- und Länderkontexten differenzierte Muster von shareholder-/stakeholderorientierter Corporate Governance und ihrer Wirkung auf Innovationspotentiale und -verhalten in den Unternehmen aufzuzeigen.

Vier Branchen

Im Rahmen des europäischen Projektverbunds werden von den Länderteams jeweils Untersuchungen in vier Branchen durchgeführt, in denen unterschiedliche Aspekte der Projektthematik untersucht werden. Methodisch stehen komparativ angelegte Fallstudien im Zentrum.

Die Branchenstudien umfassen die Automobilindustrie, die Computer- und Software-Industrie, die Luftfahrt, den Werkzeugmaschinenbau und die Telekommunikationsindustrie. Das WZB-Team ist innerhalb des Projektverbunds für den deutschen Untersuchungsteil verantwortlich. Durch den gemeinsam entwickelten konzeptionellen Rahmen sowie durch jährliche Arbeitskonferenzen wird sichergestellt, daß der Untersuchungsansatz vereinheitlicht wird und die Untersuchungsergebnisse in komparativer Perspektive erörtert und theoretisch reflektiert werden können.

Angestrebt sind drei Ziele: die

- Darstellung der unterschiedlichen Formen von Corporate Governance in den Ländern der EU und der Triebkräfte ihrer Veränderung in den 90er Jahren,
- Analyse der Beziehungen zwischen Corporate Governance und Innovation in den unterschiedlichen Industrie- und Länderkontexten und die
- Erarbeitung von Gestaltungskonzepten für Corporate Governance unter Innovationsgesichtspunkten.

Projekt: Vom chandlerianischen Unternehmensmodell zum Wintelismus?

Seit 1995 bearbeitet die Abteilung im Rahmen des DFG-Schwerpunktprogramms „Regulierung und Restrukturierung der Arbeit in den Spannungsfeldern von Globalisierung und Dezentralisierung" Entwicklungstendenzen der Regulierung von Arbeit in der internationalen Telekommunikationsindustrie. Die erste Projektphase (1995/1996) zielte auf die Erfassung zentraler Trends und Problemlagen bei der globalen Verteilung von Geschäftsprozessen von Telekommunikations- und Halbleiterfirmen in den drei Regionen der Triade in

bezug auf ihre vertikalen und horizontalen Produktentwicklungsverbünde.

Internet

Vor dem Hintergrund allianzbasierter Wertschöpfungsprozesse zielte die zweite Phase (ab 1997) auf die Identifizierung erfolgskritischer Integrationsprozesse und -bedingungen im Spannungsfeld von Strategien globaler Effizienz und lokaler Adaption. Wichtige Ergebnisse der zweiten Projektphase waren:

- Vor allem durch die Erweiterung des Samples von Telekommunikationsherstellerfirmen um Unternehmen aus der Internetwelt, die angesichts der zunehmenden Konvergenz der Daten- und Sprachtechnologien vorgenommen wurde, wurde deutlich, daß die Globalisierung von Wertschöpfungsaktivitäten in aller Regel mit einer weitreichenden Transformation der Unternehmen und einer Veränderung ihrer Kompetenzen und organisatorischen Routinen verbunden war.
- Für den Erfolg der Unternehmen im Globalisierungsprozeß sind in hohem Maße die „dynamic capabilities“ (so z. B. die Fähigkeit zu Technikintegration, Veränderungs- und Allianzmanagement) der Unternehmen entscheidend. In der Telekommunikations-Industrie spielte bisher der nationale Regulationsrahmen eine bedeutsame Rolle für die Unternehmensentwicklung. Es zeigt sich, daß nur diejenigen Unternehmen eine Spitzenstellung in der neuen Branchenhierarchie einnehmen können, bei denen deregulierte externe Umfeldbedingungen mit einem hohen Niveau dynamischer Fähigkeiten von Unternehmen zusammenfallen.
- Durch die longitudinale Untersuchungsperspektive wird aber auch die Ambivalenz unterneh-

mensspezifischer Kompetenzen deutlich. Sie sind einerseits die Grundlage für langfristige Wettbewerbsvorteile, andererseits können sie zu Rigiditäten und „lock-in"-Effekten führen. Dies wird besonders bei den großen traditionellen Telekommunikationsfirmen und ihren Schwierigkeiten, ihre Anpassung an die sich wandelnden Wettbewerbsbedingungen zu vollziehen, deutlich. Es gibt jedoch auch den gegenteiligen Befund der Durchbrechung der historischen Pfadabhängigkeit und einer weiterreichenden Unternehmenstransformation.

– Die Globalisierung der Unternehmen verläuft nicht nach einem einheitlichen Stufenmodell. Je nach Herkunftsland und Unternehmen sind vielmehr unterschiedliche Verlaufsformen zu beobachten. Mit diesen Verlaufsformen variiert auch die Governance-Struktur der Unternehmen. Während die Internationalisierung in den skandinavischen Unternehmen mit einer Stärkung der geozentrischen Governance-Struktur verbunden ist (wenige zentralisierte, global verteilte Centers of Competence), dominieren bei den Unternehmen aus den anderen Regionen noch überwiegend ethnozentrische oder polyzentrische Strukturen. Ein allgemeiner Trend in Richtung auf geozentrische Strukturen kann für die Telekommunikationsindustrie demnach (noch) nicht bestätigt werden.

– Zwischenbetriebliche Kooperationen werden im Globalisierungsprozeß immer wichtiger. Entscheidend für den Kooperationserfolg ist die Bewältigung der Integrationsproblematik auf der Arbeitsprozeßebene. Globale Entwicklungsverbünde sind prekäre, mit hohen Risiken behaftete fluide Gebilde, die nur dann ihr Ziel erreichen, wenn die von den Unternehmen entwickelten Koordinations- und Steuerungsinstrumente eine Zusammenarbeit zwischen den Akteuren des gemeinsamen Projekts ermöglichen. Globale Verbundstrategien scheitern häufig an der Diskrepanz zwischen Kooperationsstrategie und operativer Umsetzung.

Die dritte und letzte Projektphase (Beginn 2000) zielt auf einen Vergleich der Governance-Formen in der internationalen InfoCom-Industrie, die sich zur Zeit durch den Zusammenschluß von Telekommunikations-, Daten- sowie Netzwerktechnologien herausbildet, mit denen der internationalen Automobilindustrie. Wie die Untersuchungen der vorherigen Projektphasen gezeigt haben, entstehen bei den Pionierfirmen der Daten- und Netzwerktechnologien neue, von dem klassischen (in Anlehnung an den Wirtschaftshistoriker Alfred Chandler als „chandlerianisch" bezeichneten) Modell des multidivisionalen Unternehmens mit hoher vertikaler sowie funktional orientierter Leistungsprozeßkontrolle radikal abweichende Koordinationsformen.

InfoCom-Firmen

Die Zielsetzung in der dritten Phase liegt in der Identifizierung und Spezifizierung dieser emergenten Merkmale einer neuen Governance der InfoCom-Firmen – unter Bezug auf zwei ihrer wichtigsten Repräsentanten Microsoft („Windows") und Intel als „Wintelismus" bezeichnet – in ihrer transsektoralen Übertragbarkeit und den dadurch ausgelösten Wandlungstendenzen in der globalen Automobilindustrie als Protagonist des klassischen chandlerianischen Wertschöpfungsmodells.

Projekt: Transformation und Globalisierung

Die Fragestellung, der hier nachgegangen wird, befaßt sich mit der Vertiefung eines empirischen Befunds aus den Arbeiten der vorangegangenen gleichnamigen Forschungsgruppe am WZB (vgl. dazu S. 114–119).

Anknüpfend an die dort behandelte Problematik von betrieblichen Restrukturierungsprozessen in der Transformationsregion Ostmitteleuropa durch ausländische Direktinvestitionen von multinationalen Konzernen, richtet sich das Projekt auf eine dabei aufgekommene Folgeproblematik. Sie besteht in der Herausbildung von zwei disparaten Teilökonomien: einem wirtschaftlich dynamischen Bereich, in dem der betriebliche Strukturumbau mit internationalen Unternehmen erfolgt ist, und einem im Vergleich dazu noch sehr weit zurückgebliebenen Bereich der lokalen Industrie.

International/ regional

Die Problematik steht im größeren Kontext der unter Globalisierungsbedingungen sich neu stellenden Frage nach der Bedeutung von sowohl internationaler als auch regionaler Verankerung in nationalen Volkswirtschaften. Wie die Befunde zeigen, sind in Transformationsländern das Anschließen an die Weltmärkte und an internationale Standards für ihre Entwicklung zwar von entscheidender Bedeutung; allerdings scheinen die davon ausgehenden strukturellen Effekte bislang gering.

Als wesentlich für die festzustellende Diskrepanz zwischen internationaler und lokaler Restrukturierung erwies sich nicht nur der Kapital- und Know-how-Transfer, sondern vor allem auch, daß die Konzerne mit ihrer internationalen Netzwerkorganisation eine starke Außenorientierung verfolgen. Daraus wird die These hergeleitet, daß aufgrund der besonderen Standortbedingungen von „low cost" und „high skill"-Profilen eine Umorientierung dieser Tendenz erwartet werden kann – und zwar vor dem Hintergrund, daß der Region unter Globalisierungsdruck eine zunehmend wichtige Rolle zuwächst.

Diese Problematik fügt sich in den konzeptionellen Rahmen der Verschränkung von Transformation und Globalisierungsprozessen. Eine besondere Gewichtung erfährt dabei die regimetheoretische Ausrichtung der Analyse, die das Handeln der beteiligten Akteure – hier: Konzern, Betrieb und Staat – in den Blick rückt. Ein Hauptaugenmerk liegt dabei auf den rekursiven Wirkungen von Handeln, die sich aus dem faktischen Akteurshandeln allein nicht erschließen.

Tschechien/ Ungarn

Die empirische Basis für die Untersuchung sind die Kooperationsbeziehungen eines Automobilkonzerns zu seinen ausländischen Produktionsstätten in Tschechien und Ungarn. Repräsentiert sind die beiden dominanten Beteiligungsformen Joint Venture und „Grüne Wiese"-Investitionen. Methodisch wird mit komparativen Betriebsfallstudien gearbeitet, wobei im internationalen Vergleich die neuere transnationale Perspektive von grenzüberschreitenden Unternehmensvernetzungen und „Governance" einbezogen wird.

Die Befunde verweisen auf eine Konstellation, bei der sich die Präsenz des Staates als Regimeakteur als maßgeblich zeigt, auch wenn er situationsbedingt noch eine allgemein eher schwache „Governance-Funktion" ausübt. Dies betrifft sowohl die herkömmliche regulative Rolle als auch seine Ermöglichungsfunktion („enabling state").

Es zeigte sich, daß selbst da, wo durch den ausländischen Investor eine regionale Verankerung angestrebt wurde, diese hinter den zu erwartenden Möglichkeiten zurückgeblieben ist. Denn das Ausbleiben von industriepolitischen Maßnahmen wirkte sich nicht nur hemmend auf die Restrukturierung der lokalen Industrie aus, sondern es verstärkte auch die Außenorientierung der Konzerne auf das internationale Netzwerk.

Als gegenläufiger Befund zur Konvergenzannahme innerhalb des internationalen Produktionssystems von Konzernen erweist sich der mit dem „Upgrading" der östlichen Standorte aufgekommene interne Konkurrenzdruck. Eingetreten ist als Folge davon eine Transfer- und Interaktionszurückhaltung der etablierten westlichen Konzernbetriebe. Dies führte bei den neuen Standorten dazu, institutionelle Strukturen der Region stärker zu nutzen und weiterzuentwickeln, um so die nötigen Innovationsimpulse aus regionalen „Cluster"-Beziehungen zu gewinnen.

Unter „Governance"-Gesichtspunkten betrachtet verweist das bisherige Regimehandeln von Konzern, Staat und Unternehmen auf das Problem einer ungenügenden wechselseitigen Bezugnahme. Für eine Balancierung von internationaler/ökonomischer und regionaler/sozialer Integration hat dieser Punkt jedoch entscheidende Bedeutung.

Projekt: Strukturen, Prozesse und Wirkungen kommunaler Innovationsstrategien in Europa – „Public Governance"

Im Zentrum des Projekts steht die Analyse der Umstrukturierung der Arbeitsprozesse im öffentlichen Sektor auf zentralstaatlicher und kommunaler

Ebene. Die gegenwärtig laufenden Untersuchungen knüpfen an den Ergebnissen der ersten Projektphase (bis 1994) an. Zentrale Erkenntnisinteressen waren damals die Identifizierung typischer Modernisierungsprofile innovativer Kommunalverwaltungen im internationalen Vergleich, die Herausarbeitung der Varianten des „change managements" sowie die Effekte der Restrukturierung im Binnen- wie im Außenverhältnis, also auf Beschäftigte und Kunden.

Rückstand in Deutschland

Die Ergebnisse dieser Forschungen offenbarten einen „Modernisierungsrückstand" in Deutschland, gemessen an internationalen Standards, der nicht allein der vergleichsweise späten Öffnung Deutschlands für „New Public Management"-Ansätze zuzuschreiben ist. Beharrungstendenzen und Entschleunigungseffekte ergeben sich vielmehr als Folge der Fokussierung auf binnenorganisatorische Restrukturierungsmaßnahmen, die nicht an den strukturellen Kostentreibern ansetzen. Der Vernachlässigung von Zielparametern wie Qualität und Kundenorientierung, strategisches Management und Kulturwandel sowie insbesondere von Wettbewerb als dynamisierendes Instrument werden erhebliche Produktivitäts- und Innovationspotentiale verspielt – mit der Gefahr neobürokratischer Entwicklungen und erheblicher Wohlfahrtsverluste.

In seiner zweiten Phase zielt das Forschungsvorhaben, das weiterhin von der Hans-Böckler-Stiftung gefördert wird, dementsprechend auf die Erfassung der Entwicklungstendenzen, Funktionsweisen, Kernprobleme sowie der sozialen, politischen und ökonomischen Rahmenbedingungen derartiger Wettbewerbsmechanismen in der Produktion von Dienstleistungen „im öffentlichen Interesse".

Das Forschungskonzept des Projekts geht in seinen Basisprämissen von einem umfassenden Verständnis der Regulierung von Arbeit aus, das sowohl die horizontalen und vertikalen Arbeitsteilungsstrukturen innerhalb einer Kommune als auch die Arbeitsteilung zwischen Verwaltung und privatwirtschaftlichen Unternehmen sowie zwischen Verwaltung und bürgerschaftlichen Instanzen und Drittsektororganisationen einbezieht. Damit wird die gesamte Prozeßkette der Leistungserstellung auf der kommunalen Ebene einbezogen. Die Entwicklungsmuster der Kommunen werden so als neue Kombination von hierarchischen, marktlichen und netzwerkbezogenen Formen der Leistungserstellung gefaßt.

Dem gegenwärtig vorherrschenden Konzept eines „New Public Management" stellt das Forschungsteam ein erweitertes Konzept eines „New Public Governance" gegenüber. „Public Governance" betont insbesondere auch die operative Arbeitsebene sowie die politische Dimension der Innovationsentwicklungen. Die Chancen und Risiken von Wettbewerb im öffentlichen Sektor sind ein gesellschaftspolitisch wie wissenschaftlich weitgehend unbekanntes Terrain.

Im Forschungsvorhaben soll dementsprechend über die Analyse empirischer Entwicklungen hinaus ein Beitrag zur konzeptionellen Weiterentwicklung geleistet werden. Basis hierfür ist das Konzept des funktionsfähigen Wettbewerbs, dessen Verknüpfbarkeit mit institutionenanalytischen und vertragstheoretischen Elementen ausgelotet wird.

Fallstudien

Empirische Grundlage sind Fallstudien in deutschen Städten, soweit sie als herausragend bei der Einführung wettbewerblicher Instrumente eingestuft werden, sowie Städtefallstudien in vier weiteren Ländern (Neuseeland, U.S.A., Großbritannien und Schweden), die sich bereits in der ersten Projektphase als „Spitzenstädte" hinsichtlich ihrer Wettbewerbsorientierung identifizieren ließen. Zentrale Untersuchungseinheit ist zunächst die Kommunalverwaltung, wobei im wesentlichen eine Konzentration auf Prozesse der Ver- und Entsorgung erfolgte, aber auch auf soziale Leistungsprozesse im Bereich Jugend und Senioren einschließlich der dafür zuständigen Steuerungseinheiten.

Einige wesentliche Befunde zeigen, daß

– Wettbewerb zwischen öffentlichen und privaten Anbietern in oligopolistischen Marktstrukturen (z. B. der Ver- und Entsorgung) langfristig effektiver und effizienter ist als Privatisierungen;

– interne Profilbildung und Leistungsvielfalt bei sozialen Dienstleistungen ein erfolgversprechendes Konzept der Umsetzung von quasi-marktlichen Mechanismen darstellt;

– die Funktionen der Wettbewerber sich dann für die Kommune nutzbar machen lassen, wenn der Wettbewerb örtlich gestaltet werden kann, aber

– die Wettbewerbsdynamik stetig erhalten werden muß;

– allerdings nur sehr wenige Kommunen über einen systematischen Wettbewerbsansatz verfügen, der in eine lokale Entwicklungsstrategie eingebettet ist.

Neben den wissenschaftlichen Erkenntnisinteressen zielte der Arbeitsplan der zweiten Projektphase explizit auf die Rückvermittlung der Forschungsergebnisse in wichtige Praxisfelder. Das Projektteam ist zu diesem Zweck in ein internationales sowie ein nationales Netzwerk eingebunden.

Netzwerke

Das nationale Netzwerk „Kommunen der Zukunft“ ist vor zwei Jahren als Verbund von 85 Städten und Gemeinden von der Bertelsmann Stiftung, der Hans-Böckler-Stiftung und der Kommunalen Gemeinschaftsstelle für Verwaltungsvereinfachung (KGSt) initiiert worden. Ziel der Träger ist es, Dynamik und Qualität des Modernisierungsprozesses durch Unterstützung von Erfahrungsaustausch, wechselseitigen Lernprozessen und städteübergreifenden Umsetzungsvorhaben zu fördern. Die Mitglieder des Projektteams sind als wissenschaftliche Berater in verschiedenen Arbeitsgruppen des Netzes mit der Aufgabe integriert, wissenschaftliche Erkenntnisse und internationale Erfahrungen in Konzeptentwicklung, Umsetzungsberatung und Ergebnisevaluation einzubringen.

Neben den Arbeiten im kommunalen Bereich hat die Abteilung zugleich einen internationalen Forschungsverbund mit Wissenschaftlern aus Dänemark, Großbritannien, Neuseeland, den Niederlanden, Schweden, der Schweiz und den U.S.A. zur „Reform des Zentralstaats“ initiiert. Dieses ebenfalls von der Hans-Böckler-Stiftung geförderte Projekt wurde mit einer deutschsprachigen und einer nachfolgenden englischsprachigen Publikation sowie einer Umsetzungskonferenz mit Experten aus Bundes- und Landesverwaltungen abgeschlossen.

Projekt: Arbeitsstile – Lebensstile – Nachhaltigkeit. Zur Entwicklung von Lebensqualität unter den Bedingungen neuer Arbeitszeitmodelle am Beispiel der Volkswagen AG.

Im Themenfeld ökologisch erweiterte Arbeitspolitik werden in der Abteilung die Wechselwirkungen zwischen dem Wandel von Erwerbsarbeit, der individuellen Lebensführung und den Anforderungen an eine ökologisch nachhaltige gesellschaftliche Entwicklung untersucht.

In dem von Mitte 1996 bis Ende 1998 durchgeführten Projekt „Arbeitsstile – Lebensstile – Nachhaltigkeit“, das durch die Hans-Böckler-Stiftung gefördert wurde, standen neue arbeitspolitische Dynamiken im Mittelpunkt (neue Formen der Arbeitsorganisation, kürzere und flexiblere Arbeitszeiten). Sie verändern nicht nur die Arbeitssituation, sondern auch die Rahmenbedingungen für die alltägliche Lebensführung der Beschäftigten.

Das Forschungsinteresse war darauf konzentriert, in einer breiten, explorativen Empirie individuelle Anpassungs- und Umstellungsprozesse unter verschiedenen Anforderungskonstellationen und die ihnen zugrundeliegenden Abwägungen bei den Rearrangements der Lebensführung zu erheben. Besondere Aufmerksamkeit wurde auf die Frage gelegt, wie ausgeprägt ökologisches Bewußtsein, Wissen und Handlungsorientierungen bei verschiedenen Beschäftigtengruppen vorhanden sind, wie sie in das Alltagshandeln im Betrieb und in die Lebensführung eingehen und welche Rolle insbesondere das Verhältnis von Arbeit und freier Zeit für eine ökologisch nachhaltige Lebensführung spielt.

Reflexive Lebensführung

Die Forschungsaufgabe wurde auf zwei Arbeitsebenen angegangen: in einem empirischen Projekt bei der Volkswagen AG in Wolfsburg und in einer interdisziplinär zusammengesetzten Konzeptgruppe von Experten, die vom WZB aus koordiniert

wurde. In der Konzeptgruppe wurden die Forschungsprozesse aus verschiedenen Projekten zur Arbeitszeitforschung gebündelt und auf einen konzeptionellen Grundansatz der „reflexiven Lebensführung“ hin diskutiert.

Dieser Ansatz knüpft einerseits an das modernisierungstheoretische Konzept der „zweiten Moderne“ an und nimmt andererseits in subjektorientierter Perspektive das Konzept der „alltäglichen Lebensführung“ auf. Es bezeichnet die Grundmuster und Arrangements des praktischen Alltagslebens, die individuell nach persönlichen Bedingungen und Interessenlagen hergestellt werden, aber gleichzeitig stark durch Systemvorgaben und Gelegenheitsstrukturen geprägt sind.

Reflexiv wird die Lebensführung in dem Sinne, daß sie im Zuge des gesellschaftlichen Wandels immer weniger vorgeprägt und stabil ist. Immer häufiger entstehen Entscheidungssituationen, die – durch die eingespielte Lebensführung problematisiert – zu einem in Frage gestellten, prekären Arrangement wird.

Empirisch wurden die Forschungsfragestellungen in einer Fallstudie am Beispiel des sogenannten 28,8-Stunden-Modelltarifvertrags der Volkswagen AG bearbeitet. Dieses Modell ist dadurch charakterisiert, daß es in neuartiger Weise die Elemente einer großschrittigen Arbeitszeitverkürzung, von Einkommensminderungen und einer befristeten Beschäftigungssicherung verknüpft hat. Verbunden war die beschäftigungssichernde Arbeitszeitverkürzung zugleich mit erheblichen Rationalisierungsanstrengungen und einer Flexibilisierung der Arbeitszeit.

Die Arbeitszeit ist ein zentraler Bezugsrahmen für die Lebensführung von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern, und zwar hinsichtlich der Dauer, der Lage und der Flexibilität bzw. Stabilität der Arbeitszeit. Der Rhythmus der Erwerbsarbeit bestimmt die Gestaltungsmöglichkeiten außerhalb der Erwerbsarbeit; eine Veränderung der Arbeitszeitmuster und der Einkommensverhältnisse berührt die Lebensführung der Beschäftigten und zwingt zur Überprüfung einmal getroffener alltäglicher Arrangements. Die Formen und die Veränderung der individuellen Arrangements der Lebensführung von VW-Beschäftigten wurden mit einem qualitativen Methodenzuschnitt im Werk und in der Stadt Wolfsburg erhoben.

Chancen und Risiken

Die Resultate verweisen insbesondere auf die durch die Flexibilisierung der Arbeit geprägten sozialen Folgewirkungen des Tarifvertrags. Die Variabilisierung und Ausdifferenzierung der Arbeitszeitmuster im Werk bietet prinzipiell einerseits Chancen zur Verwirklichung individueller Interessen und Bedürfnisse. Andererseits enthält der Abbau von Standards und Regelungen Risiken daraus, daß Schutz-, Entlastungs- und Orientierungsfunktionen wegfallen.

Im Zentrum der neuen Anforderungen an die Beschäftigten stand die Koordination von beruflicher und außerberuflicher Lebenssphäre durch ein „individuelles Zeitmanagement“. Erschwert wurden insbesondere die Teilnahme an kollektiven Aktivitäten oder ehrenamtliches Engagement. Es stiegen der Anspruch an eine rund um die Uhr verfügbare Infrastruktur und der individuelle Mobilitätsaufwand, während die unter dem Aspekt von Nachhaltigkeit bedeutsamen Ansätze von gemeinsamen Versorgungsformen und Nutzungsweisen (z. B. Fahrgemeinschaften) gefährdet wurden. Insbesondere durch eine betrieblich induzierte Flexibilisierung werden die durchaus positiven Zeitwohlstandseffekte der Arbeitszeitverkürzung gemindert.

Dieser Forschungsstrang wird in einem Anschlußprojekt weitergeführt, das den Zusammenhang von Arbeitszeitflexibilisierung, dem Wandel von Zeitinstitutionen und dem Zeitwohlstand der Beschäftigten näher analysieren wird.

Querschnittsgruppe „Arbeit und Ökologie“

Die auf Initiative des WZB-Präsidenten etablierte und bei ihm angesiedelte Querschnittsgruppe bündelt im WZB vorhandene Kompetenzen in den Feldern Zukunft der Arbeit, Umweltpolitik und neue Regulierungsformen in Hinblick auf den Diskurs

über eine „zukunftsfähige Gesellschaft“. Diese Vorarbeiten wurden in einen Projektverbund mit dem Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung und dem Wuppertal-Institut eingebracht, der für die deutschen Gewerkschaften Strategievorschläge für eine „sozial-ökologische Reformstrategie“ erarbeiten soll. Damit erwachsen dem Verbund gegenüber vorliegenden Zukunftsstudien drei wesentliche Fortschritte:

- Im Gegensatz zu den stark ökonomisch bzw. ökologisch geprägten Nachhaltigkeitsstudien wird eine breite Bestandsaufnahme von Entwicklungstrends der Arbeit und deren Wechselwirkungen mit dem Ökosystem erstellt.
- Im Verbund wird das Konzept der Nachhaltigkeit weiterentwickelt, indem von einer prinzipiellen Gleichgewichtigkeit von Ökonomie, Ökologie und Sozialem für Zukunftsentwürfe der Gesellschaft ausgegangen wird. Diese drückt sich nicht nur in der Kooperation der drei Institute, sondern speziell in der Kombination methodischer Zugänge aus;
- er konkretisiert die regulative Idee der Nachhaltigkeit zu Strategievorschlägen in fünf Handlungsfeldern und prüft deren Anknüpfungsfähigkeit an derzeitige Politikmuster und Organisationsformen gesellschaftlicher Akteursgruppen, hier der deutschen Gewerkschaften.

Die thematischen Anknüpfungspunkte an Arbeiten der Abteilung sind in den Forschungen zu einem neuen Typ flexibler Arbeit, zur Transformation der industriellen Beziehungen durch die Beteiligung von Arbeitnehmern am Umweltschutz und zu neuen Formen der alltäglichen Lebensführung zu finden. Der integrierte und langfristige Ansatz der Nachhaltigkeit erforderte neben der Integration ökologischer Aspekte in die verschiedenen Bereiche der Regulierung von Arbeit auch eine Innovation in Hinsicht auf den Arbeitsbegriff.

Mischarbeit

Mit einem „erweiterten Arbeitsbegriff“ wird versucht, verschiedene gesellschaftliche Entwicklungstendenzen zu bündeln: die Ausdifferenzierung und Flexibilisierung der Erwerbsarbeit, die Entgrenzung von Arbeit und Leben sowie die Bedeutungszunahme informeller Arbeiten wie Versorgungsarbeit, Gemeinschaftsarbeit und Eigenarbeit und ihres Ergänzungsverhältnisses zur Erwerbsarbeit. In Analogie zum Konzept der Übergangsarbeitsmärkte auf der Makroebene wird damit auf der individuellen Ebene ein Modell der Mischarbeit mit einer horizontalen und vertikalen Dimension entwickelt.

Damit kann erfaßt werden, daß alle Arbeitenden gleichzeitig in unterschiedlichen und in der Arbeitsbiographie wechselnden Mischungsverhältnissen in diesen verschiedenen Arbeitsformen tätig sind; zudem kann die Anforderung operationalisiert werden, daß die Kombinationen und Übergänge individuell gestaltbar und gesellschaftlich zukunftsfähig sind.

Ein erweiterter Arbeitsbegriff wird darüber hinaus den Anforderungen der Nachhaltigkeit in besonderer Weise gerecht: Er trägt der Tatsache Rechnung, daß alle Tätigkeiten ihren „ökologischen Rucksack“ haben; daß das „haushälterische Prinzip“ der Versorgungsarbeit gegenüber dem Kalkül kurzfristiger Kostensenkung aufgewertet wird; daß ein gemeinsames Verständnis für die verschiedensten Mischungen von Arbeit in den Regionen der Welt und entsprechende Formen von Grundversorgung hergestellt wird und daß die wachsende Beteiligungs- und Moderationsarbeit für die Abstimmung und Umsetzung nachhaltiger Strategien einbezogen wird. Der erweiterte Arbeitsbegriff eröffnet somit die Möglichkeit, „soziale Kreisläufe“ nicht nur in Dimensionen von Arbeit zu verfolgen, sondern auch die damit verbundenen Voraussetzungen und Resultate (Misch-Qualifikationen, Misch-Einkommen, mehrfache Integration und soziale Sicherheit).

Die konkreten Entwicklungstrends der gesellschaftlichen Arbeit, die ökologischen Wechselwirkungen und der erweiterte Arbeitsbegriff fließen in die Bestimmung „sozialer Nachhaltigkeit“ ein und bilden einen Bezugsrahmen für die Aktivitäten der Abteilung.

Abteilung „Normbildung und Umwelt"

Grundlagen

Im Zentrum des Forschungsprogramms der Abteilung steht die Untersuchung von deliberativen, partizipativen Verfahren politischer Konfliktlösung. Von solchen Verfahren wird erwartet, daß sie Entscheidungsblockaden vermeiden oder auflösen, die regelmäßig auftreten, wenn versucht wird, Modernisierungskonflikte gewissermaßen im Normalverfahren von Mehrheitsentscheidung und rechtlicher Regulierung zu bewältigen. Typische Themen solcher Verfahren sind Risikovorsorge, ökologischer Umbau der Gesellschaft, folgenreiche technische Innovationen oder große staatliche Planungsvorhaben. Im Rekurs auf Dialoge, Diskurse, Konsensuskonferenzen, „Runde Tische" und „Bündnisse" spiegelt sich ein Wandel des Staatsverständnisses, der durch Stichworte wie „kooperativer Staat", „verhandelnder Staat" oder auch „Supervisionsstaat" gekennzeichnet wird.

Dieser Wandel signalisiert einen Rückzug vom Prinzip der hierarchischen Allzuständigkeit staatlicher Politik (und von der Hypertrophie der Staatsaufgaben). Zugleich bringt er Elemente gesellschaftlicher Selbstorganisation ins Spiel, die nicht nur Demokratisierungsansprüchen entgegenkommen, sondern auch eine Alternative dazu bieten, gesamtgesellschaftliche Problemlagen durch Deregulierung umstandslos zu privatisieren oder dem Markt zu überlassen.

Theoretisch werden partizipativen Verfahren sowohl Rationalitäts- wie Legitimitätsgewinne für politische Entscheidungen zugeschrieben. Die Verfahren sollen inhaltlich (in der Sachdimension) rechtzeitige und angemessene Problemwahrnehmung fördern, eine Klärung des Konfliktstoffs herbeiführen und Begründungen für politische Handlungsansprüche nachvollziehbar machen; gleichzeitig sollen sie prozedural (in der Sozialdimension) die Inklusion von potentiell Entscheidungsbetroffenen erweitern.

In der Abteilung „Normbildung und Umwelt" wurde untersucht, ob und unter welchen Bedingungen diese Gewinne verwirklicht werden können. Sie hat dazu in einer ersten Projektphase selbst zwei Beteiligungsverfahren zur Bearbeitung von umweltrelevanten Konflikten eingerichtet und begleitend untersucht: ein Mediationsverfahren (Verhandlung unter Einschluß eines neutralen Vermittlers) zur Entwicklung eines Abfallwirtschaftskonzepts im Kreis Neuss und ein Verfahren zur Technikfolgenabschätzung (TA) für den Einsatz von Gentechnik in der Landwirtschaft (Kulturpflanzen mit gentechnisch erzeugter Herbizidresistenz).

Konflikte lösen?

Die Auswertung der Verfahren hat folgende Befunde erbracht: Zwar erbringen Konfliktparteien, die unter Regeln der Deliberation (Diskursivität) interagieren, beachtliche Lernleistungen, wobei der zwanglose Zwang des besseren Arguments durchaus als Medium der Verständigung im Detail funktioniert. Prekär bleibt jedoch immer der Transfer solcher Leistungen in die Umwelt der Verfahren. Bei grundsätzlichen Konflikten ist einverständliche Lösung in partizipativen Verfahren kaum zu erwarten, und die Konfliktparteien werden eher einen Diskurs verlassen als in ihm argumentative Niederlagen in Punkten zu ratifizieren, die ihre strategischen Interessen verletzen.

Daher kann man zwar damit rechnen, daß in Gesellschaften, in der Protestkommunikation durch soziale Bewegungen ein wesentlicher Mechanismus der Problemwahrnehmung ist, partizipative und deliberative Verfahren immer wieder gefordert werden. Ob man auch damit rechnen kann, daß solche Verfahren konfliktlösend sind und die formalen Entscheidungsinstanzen der institutionellen Politik (Parlamente, Verwaltungen, Gerichte) entlasten werden, ist dagegen fraglich.

Die Abteilung hat im Anschluß an die Auswertung der von ihr initiierten Verfahren eine Reihe von theoretischen Fragen bearbeitet, die diese Verfahren aufgeworfen haben. Sie hat darüber hinaus die Untersuchung des Gentechnikkonflikts auf weitere Konfliktarenen ausgeweitet: auf die Öffentlichkeitsbeteiligung im Erörterungstermin nach dem deutschen Gentechnikrecht und auf die Medien-

kampagnen zur Gentechnik im Vorfeld von Volksabstimmungen in der Schweiz und in Österreich.

Projekt: Mediationsverfahren zur Regelung von Umweltkonflikten

Im Anschluß an dieses mittlerweile abgeschlossene Vorhaben betrafen weitere Arbeiten in diesem Themenfeld die praktische Umsetzung der Ergebnisse. Hier haben sich die Projektmitarbeiter an der Abfassung von Studienbriefen zur Umweltmediation beteiligt. In einer Buchpublikation sind Erträge des Projekts zu einem Leitfaden für Mediatoren zusammengefaßt worden. Die Abteilung hat mit Untersuchungen begonnen, in denen die in partizipativen Verfahren meist unterstellte überlegene Rationalität von Entscheidungsprozessen in Gruppen zum Thema gemacht wird.

Modell

In der experimentellen Modellsituation eines gruppendynamischen Spiels wurden Entrapment-Phänomene (Festhalten an erkennbar suboptimalen Strategien) zum Thema gemacht. Ziel ist es, die psychologischen Ansätze zu nutzen, um kognitive, motivationale und situationsspezifische Faktoren zu ermitteln, von denen Veränderungs- und Kooperationsbereitschaft in kollektiven Entscheidungsprozessen abhängen.

Projekt: Partizipative Technikfolgenabschätzung, Diskurs, Theorie sozialer Integration

In der Abteilung wurden im Berichtszeitraum Untersuchungen begonnen, die die Daten des Diskursprojekts zu den transgenen herbizidresistenten Nutzpflanzen im Kontext sozialwissenschaftlicher Theoriebildung auswerten. Ablauf, Ergebnisse und soziale Konsequenzen der Technikfolgenabschätzung sollen im breiteren Rahmen der Theorie sozialer Integration und des Konzepts von Argumentation (Diskurs) als Koordinationsmedium sozialen Handelns interpretiert werden. Die Auswertung erzwingt zugleich eine kritische Auseinandersetzung mit den in der Soziologie konkurrierenden gesellschaftstheoretischen Positionen.

Klärungsbedürftig ist schon das Konzept der gesellschaftlichen Integration. Wenn es die Funktion einer partizipativen Technikfolgenabschätzung ist, Konfliktlösung durch Verständigung zu erzielen, verbietet sich eine systemtheoretische Deutung, die Integration allein durch die Kontinuität (den Anschluß) des sozialen Geschehens definiert und so die Differenz von Konflikt und Konsens begrifflich einebnet. Für alle Beteiligten macht die Technikfolgenabschätzung nur deshalb Sinn, weil Konflikt nicht ebenso integrativ ist wie Konsens.

Auch die von David Lockwood in die Soziologie eingeführte Unterscheidung von System- und Sozialintegration (spannungsfreies Funktionieren von Teilen/Subsystemen eines sozialen Gebildes versus spannungsfreies Miteinander der handelnden Akteure) erweist sich als problematisch. Zumindest läßt sich damit nicht ein kategorialer Gegensatz zwischen Systemtheorie und Handlungstheorie konstruieren. In der Technikfolgenabschätzung bilden gerade die Implikationen der funktionalen Imperative von Teilsystemen (und die dadurch verursachten „Externalitäten") einen zentralen Konfliktstoff zwischen den handelnden Akteuren. Soziale Desintegration wird hier also durch systemische Desintegration konditioniert bzw. ist mit ihr identisch.

Wenig geeignet für ein theoretisches Verständnis der Technikfolgenabschätzung ist auch die Luhmannsche Variante soziologischer Systemtheorie, die kommunizierende Individuen in die Umwelt eines Systems verweist, das autopoietisch und selbstreferentiell aus Kommunikationen Anschlußkommunikationen generieren soll.

Ohne den Rekurs auf Individuen als Elemente (was sowohl der allgemeinen Systemtheorie, wie auch der soziologischen Handlungstheorie entspricht) läßt sich die Technikfolgenabschätzung als System nicht beschreiben. Wenn ein bestimmtes Argument nicht im Wissensbestand der Anwesenden enthalten ist, wird es nicht fallen. Allerdings müssen Argumente, die im Diskurs fallen – selbst wenn sie wahr sind –, nicht deshalb auch akzeptiert werden.

Um den Ablauf der Technikfolgenabschätzung theoretisch zu deuten, braucht man ein Konzept

Kommunikation

von „Kommunikation“, das (im Anschluß etwa an die Sprachphilosophie von John L. Austin/John R. Searle) die Handlungsintentionen der Sprecher („perlocutionary acts“), die jenseits der Sprechakte liegen, systematisch im Auge behält. Nur ein solches Konzept kann der Tatsache Rechnung tragen, daß Kommunikation in der Regel nicht Selbstzweck ist, vielmehr ist Sprechen in weitere Handlungsverläufe eingebettet und dient entsprechenden Handlungszwecken.

Perlokutionäre Aspekte fehlen sowohl in Luhmanns wie in Habermas' Konzept der Kommunikation. Auf die Einbeziehung der Perlokution kann die sozialwissenschaftliche Analyse speziell in den Selektionsphasen des Diskurses jedoch nicht verzichten, wenn es an das Verwerfen von irrigen Behauptungen und Positionen geht. Weil hinter den Behauptungen und Gegenbehauptungen der Kontrahenten andere Handlungsziele stecken (Technik durchsetzen, Technik verhindern, Organisationsidentität verteidigen), entstehen durch solche Selektionen Handlungskosten, die dem Akzeptieren von noch so zwingenden Argumenten letztlich im Wege stehen können.

Selektivität

Das Konzept der „Handlungskosten“ führt zu den theoretischen Ansätzen von „rational choice“ und Spieltheorie. Diese bieten sich an, um Entscheidungen über die Teilnahme an und über den Ausstieg aus einem Diskurs zu erklären. Für eine umfassende Analyse der Technikfolgenabschätzung sind sie jedoch unzureichend.

Die Entscheidungstheorie muß das Argumentationsspiel „Diskurs“ als black box behandeln und kann nur den pragmatischen Wert möglicher Schlußfolgerungen unter Kosten-/Nutzenperspektiven sortieren. Sie kann nicht erklären, warum Handlungskosten im Licht von „Werten“ dann eventuell doch akzeptiert werden. Für diese Erklärung bedarf es einer Ausarbeitung der Theorie des Argumentierens, die verständlich macht, wie und unter welchen Bedingungen der Rekurs auf Ressourcen einer gesellschaftsweit geteilten Rationalität (Wahrheit, Werte) als Medium der Vergesellschaftung funktioniert.

Abteilung „Normbildung und Umwelt

Personal am 1. Oktober 1999	seit
Emma Aulanko	1997
Dr. Eberhard Bruckner, Diplom-Physiker	1990
Professor Dr. Wolfgang van den Daele	1989
Privatdozent Dr. Rainer Döbert, Diplom-Soziologe	1989
Dr. Hans-Joachim Fietkau, Diplom-Psychologe	1977
Professor Dr. Bernhard Glaeser, Diplom-Kaufmann	1976
Christa Hartwig	1992
Diplom-Psychologin Natalie Juranek	1997
Mary Kelley-Bibra	1979
Dr. Kristine Kern, Diplom-Volkswirtin, Diplom-Verwaltungswirtin (FH)	1999
Dagmar Kollande	1977
Dr. Andrea Scharnhorst, Diplom-Physikerin	1990
Marlies Schneider, Diplom-Politikwissenschaftlerin	1997
Axel Tröster-Grönig	1977
Dr. Helmut Weidner, Diplom-Politologe	1978
Ausgeschiedenes Personal[1]	1998–1999
Dr. Alfons Bora	1991–1998
Astrid Epp	1995–1999

In diesem Zusammenhang sind auch sozialwissenschaftliche Theorien zu testen, die die Durchschlagskraft von Argumentation grundsätzlich in Frage stellen (konkurrierende Weltbilder, teilsystemspezifische Logiken). Wie die Technikfolgenabschätzung zeigt, beruhen kognitive Konflikte auf Selektivität, nicht auf inkompatiblen Weltbildern oder Systemlogiken.

1 mit mindestens 12 Monaten Zugehörigkeit zum WZB

Die Daten aus dem Projekt zur Technikfolgenabschätzung zeigen integrative Diskursleistungen auf vier Ebenen:

- In kognitiven Konflikten wird Selektivität dadurch überwunden, daß Evidenzen und Gegenevidenzen in einer sachlich repräsentativen Sicht zusammengeführt werden. Am Ende ergeben sich Beschreibungen, die Negationen internalisieren und dabei hinreichend Ungewißheit abbauen, um kognitive Konvergenz zu ermöglichen.
- In der Auseinandersetzung über die moralischen Grenzen des Technikeinsatzes reproduzieren die Konfliktparteien den gesellschaftlichen Konsens über grundlegende Normen und Werte. Darüber hinausgehende Wertungskonflikte werden dadurch entschärft, daß die gewissermaßen überschießenden „heroischen" moralischen Ansprüche an den Pluralismus verwiesen und so im Ergebnis privatisiert werden.
- Der Risikokonflikt wird durch Konsistenzforderungen strukturiert. Im Diskurs ist der Vergleich der Risiken und Ungewißheiten transgener und nicht transgener (konventionell gezüchteter) Pflanzen unabweisbar. Der Vergleich delegitimiert radikale Verbotsforderungen und bestätigt im Ergebnis das dem geltenden Recht zugrundeliegende Prinzip einer fallweisen Prüfung und Zulassung der neuen Technik.
- Verfassungspolitische Reformansprüche, die auf eine politisch-demokratische Kontrolle der gesellschaftlichen Innovationsdynamik hinauslaufen, lassen sich zwar im Diskurs verteidigen. Aber sie haben den Status einer Vision oder Option unter anderen für die weitere Entwicklung der Gesellschaft, über die legitimerweise abgestimmt werden darf.

Die reflexive Distanz, die der Diskurs erzwingt, kann schwer zu ertragen sein. Und es kann daher durchaus attraktiv sein, den Konflikt außerhalb des Diskurses – und gewissermaßen an den Rationalisierungsleistungen des Diskurses vorbei – fortzusetzen. Ob das geschieht, wird nicht zuletzt davon abhängen, in welchem Umfang Rationalisierungsleistungen von Diskursen auch in anderen Arenen sichtbar gemacht werden können und dort die Spielräume der Konfliktparteien, rein strategisch zu agieren, begrenzen.

Projekt: Die Umsetzung von Technikfolgenabschätzung in Verwaltungsverfahren

Gegenstand des Projekts, das Ende 1998 abgeschlossen wurde, war die Öffentlichkeitsbeteiligung in Genehmigungsverfahren nach dem Gentechnikgesetz. Ziel war es zu klären, warum breite Beteiligung im Recht (jeder/jede kann als Einwender auftreten) entgegen der offiziellen Begründung des Gesetzgebers offenbar wenig geeignet ist, den gesellschaftlichen Konflikt um die Gentechnik zu verarbeiten.

Zu diesem Zweck wurden anhand der Verhandlungsprotokolle die Strukturen und Dynamiken der Kommunikation in drei Erörterungsterminen zur Freisetzung gentechnisch veränderter Pflanzen untersucht. Dabei wurden acht unterschiedliche „Diskursformationen" identifiziert, die in unterschiedlicher Weise Problemwahrnehmungen, Strategien und Erwartungen der Beteiligten (Behörden, Antragsteller, Experten, Einwender) aufnehmen: ein Rechtsanwendungsdiskurs, ein politisch-strategischer, ein politisch-basisdemokratischer, ein wirtschaftlicher Diskurs, ein Rechtsgeltungsdiskurs, ein wissenschaftlicher, ein religiöser und ein Ethikdiskurs.

„Diskurs" kennzeichnet hier nicht das Verfahren, sondern im Anschluß an Michel Foucault eher die Gehalte und Ordnungsstrukturen der Kommunikation. Die Dynamik des Kommunikationsgeschehens im Erörterungstermin entwickelt sich in starkem Maße entlang von Konfliktlinien, die durch das Aufeinandertreffen von (den Diskursformationen entsprechenden) konkurrierenden Erwartungsmustern in der konkreten Interaktionssituation definiert sind. Sofern die genannten Diskurse vom Begriff der Öffentlichkeit kommunikativen Gebrauch machen, werden beispielsweise Experten-, Betroffenen-, Entscheidungs- und Publikumsöffentlichkeit gegeneinander ausgespielt.

Korrespondenzanalyse

Mit Hilfe einer Korrespondenzanalyse konnten drei zentrale Konfliktfelder abgegrenzt werden, die unterschiedlichen Diskurskollisionen entsprechen. Im ersten Konfliktfeld konkurrieren die beiden politischen Diskurse mit dem Recht um die Situationsdeutung und um Kompetenzen und Rollen der Beteiligten.

Ein zweites, weniger konfliktbeladenes Feld ist mit politisch-strategischem und wissenschaftlichem Diskurs besetzt; dort geht es hauptsächlich um Risikothemen. In einem dritten Bereich streiten Rechtsanwendung und Wissenschaft auf der einen mit Ethik und Religion auf der anderen Seite.

Der Ablauf der Erörterungstermine widerspricht der Erwartung, daß die Konfliktintensität der Interaktion sich durch Partizipation verringern werde. Vielmehr ist ein typischer Phasenverlauf zu beobachten, in dem sich jeweils unterschiedliche Diskurskollisionen ablösen. Am Anfang steht ein in der Regel heftiger Streit um Verfahrensthemen, in denen der Rechtsanwendungsdiskurs und die politischen Diskurse aufeinanderprallen. Hier geht es um die Situationsdeutung, um die Kompetenzen und Rollen der Beteiligten, die Kriterien der Verfahrensgerechtigkeit und die Funktionen der Öffentlichkeit. Diese Auseinandersetzung bildet den Eingangs- und Grundkonflikt des gesamten Interaktionsprozesses.

Es folgt eine Phase, in der das Risikokonzept verhandelt wird. In dieser Phase stehen sich Diskurse der Wissenschaft und des Rechts auf der einen und Diskurse der Politik, der Ethik und der Religion auf der anderen Seite gegenüber. Die Interaktion ist trotz mitunter starker moralischer Aufladung deutlich weniger konfliktintensiv.

Am Ende steht jedoch nicht die Beilegung der Gegensätze. Vielmehr folgt eine dritte, wiederum durch Verfahrensstreit geprägte Konfliktphase. Der Grundkonflikt bricht unvermeidlich wieder durch, sobald der Argumentationsaustausch über Risiko- und Sicherheitsthemen auf der Sachebene erschöpft ist bzw. die weitreichenden Regulierungsforderungen der Einwender unter Verweis auf das geltende Recht als irrelevant markiert werden.

Für vorrechtliche Arenen

Diese Befunde weisen insgesamt darauf hin, daß die beobachteten Schwierigkeiten mit der Öffentlichkeit in Erörterungsterminen ihre Ursache in dem Versuch haben, widerstreitende Diskursarten in einem Verfahren zu vereinen, das von Anfang an rechtlich strukturiert ist und damit für konkurrierende Kommunikationsregeln keinen Raum läßt. Vor dem Hintergrund einer differenzierungstheoretisch ansetzenden Theorie ist dies auch einigermaßen plausibel zu erklären: Was sich in den Verhandlungsprotokollen als unüberwindbare Barriere zwischen den verschiedenen diskursspezifischen Weltsichten manifestiert, kann theoretisch als Widerstreit zwischen inkompatiblen Systemreferenzen rekonstruiert werden.

Die Öffentlichkeitsbeteiligung, welche nach dem deliberativen Modell für eine gesellschaftliche Integration durch argumentative Auseinandersetzung sorgen sollte, erweist sich hier geradezu als Ursache dafür, daß strukturell inkompatible Diskursarten innerhalb einer rechtlich vordefinierten Interaktionssituation unausweichlich aufeinandertreffen. Rechtspolitisch folgt aus dem Projekt, daß sich partizipative Ressourcen der Konfliktbewältigung wohl eher in vor- bzw. außerrechtlichen Verhandlungsarenen mobilisieren lassen, kaum aber durch die Ausweitung von Öffentlichkeitsbeteiligung innerhalb der (aus Rechtsstaatsgründen zwingend) verregelten formalen Entscheidungsverfahren.

Projekt: Direktdemokratische Verfahren in technologiepolitischen Konflikten

In diesem Projekt wird die öffentliche Auseinandersetzung über die Gentechnik im Vorfeld zweier Volksabstimmungen in Österreich 1997 (Volksbegehren) und in der Schweiz 1998 (Verfassungsreferendum) untersucht. Direktdemokratische Verfahren werden häufig als letzter und eigentlich legitimer Weg zur Entscheidung grundlegender technologiepolitischer Konflikte angesehen.

Mit dem Projekt soll ein Beitrag zur Einschätzung der Leistungsfähigkeit solcher Verfahren für die Eröffnung, Strukturierung und Schließung der Konflikte erbracht werden. Insbesondere soll untersucht werden, ob öffentliche Kontroversen im Rahmen direktdemokratischer Abstimmungskampagnen diskursivere Formen annehmen als parteipolitisch dominierte, repräsentativdemokratisch gerahmte Kontroversen oder eher umgekehrt besonders anfällig sind für Demagogie und Polemik und für Verzerrungen durch asymmetrische Kommunikationsressourcen. Dazu werden Dokumente, Interviews und Printmedien ausgewertet.

Modernisierung

Die öffentliche Kommunikation wird unter zwei Fragestellungen untersucht. Zum einen sollen die inhaltliche Selektivität in bezug auf Themen und Argumentationsmuster bestimmt werden. Im Konflikt um die Gentechnik geht es für viele Akteure nicht nur um die spezifische Technologie, sondern auch um die Richtung des industriegesellschaftlichen Modernisierungspfads überhaupt. Die Frage ist, ob und in welcher Form diese fundamentalpolitische Dimension in der Öffentlichkeit überhaupt sichtbar wird. Darüber hinaus wird untersucht, was sich von der Bandbreite der Argumente befürwortender oder ablehnender Art, die von Risiko- und Nutzenaspekten, ethischen, religiösen und ästhetischen Urteilen zu Vorstellungen über demokratische Technikkontrolle, Macht und sinnvolle Formen der Technikregulierung reichen, in der öffentlichen Kontroverse wiederfinden.

Zum anderen wird die diskursive Qualität der öffentlichen Auseinandersetzung anhand von Indikatoren untersucht, an denen sich ablesen läßt, in welchem Umfang die Akteure Begründungen für ihre Positionen geben und ob sie sich mit der Gegenseite argumentativ auseinandersetzen oder eher zu rhetorischen Tricks und Polemiken greifen. Sowohl bei der Selektivität der Inhalte der öffentlichen Kontroverse als auch bei ihrer diskursiven Qualität muß zwischen Beiträgen der Konfliktakteure und eigenen Beiträgen des Journalismus differenziert werden.

Interviews mit den Konfliktakteuren haben allerdings ergeben, daß Journalisten im Vorfeld der Abstimmungen kaum als Selektionsinstanz wirksam werden, die sich zwischen Konfliktakteure und Öffentlichkeit schiebt. Inhalte und Dynamik der Kontroverse werden vielmehr durch die Kommunikationsstrategien der jeweiligen Gegenpartei bestimmt.

Projekt: Moralisches Bewußtsein im Umweltbereich

In diesem Vorhaben wurden 90 Interviews mit Erwachsenen aus Berlin und Leipzig zu umweltspezifischen und interpersonellen Dilemmata ausgewertet, die im Anschluß an Lawrence Kohlbergs Theorie der Entwicklung des moralischen Bewußtseins formuliert worden sind. Im Berichtszeitraum standen Geschlechtsunterschiede im Zentrum der Untersuchung. Im Kern ging es um die Thesen von Carol Gilligan, daß die weibliche Moral sich von der männlichen unterscheidet, weil sie sich an Fürsorge („care“) orientiert statt an Prinzipien und Gerechtigkeit.

Fürsorge bei Mann und Frau

In einem ersten Arbeitsschritt wurden Probleme in der Theorie von Gilligan behandelt. So lassen sich aus Gilligans eher literarischen Beispielen und Beschreibungen unterschiedliche Operationalisierungen der care-Moral ableiten. Beispielsweise faßt sie Fürsorge einerseits sehr weit als Differenz von Inhalten (alle auf Wohlergehen gerichteten Argumente) und andererseits sehr eng als Differenz der Form (nur Argumente, die sich formal nicht auf Prinzipien, sondern auf Empathie und Verbundenheit gründen).

Außerdem sind die Definitionsmerkmale durch die bevorzugte Verwendung von interpersonellen „real-life“-Dilemmata zu einseitig interpersonell ausgerichtet. So zeichnet sich die care-Moral durch Kompromisse wie Kommunikation und Herstellen von Beziehungen aus, wobei unbeachtet bleibt, daß Kompromisse in anderen Dilemmatypen ganz andere Formen annehmen können.

Die in der Untersuchung empirisch nachweisbaren Geschlechtsunterschiede lassen sich auf keine der von Gilligan vorgeschlagenen Rekonstruktionen

Männer sind fürsorglicher

Foto: Gerd Pfeiffer

eindeutig abbilden. Die Unterschiede liegen weniger in der Häufigkeit der Verwendung der Konzepte Verantwortung, Rechte oder Empathie, sondern in Nuancen ihrer Konstruktion.

So wird im Seedilemma (bei dem zwischen Badebedürfnis und Schutz der am See nistenden Vögel entschieden werden soll) von Männern und Frauen gleich häufig mit Verantwortung für die Natur argumentiert. Frauen konstruieren die Verantwortung aber eher über die Hilflosigkeit der Tiere und stellen eher die Analogie zu einer Eltern-Kind-Beziehung her, Männer konstruieren die Verantwortung eher über die menschliche Überlegenheit und sehen eine Parallele zur Verantwortung des Staatsmanns für sein Volk. Beides sind aber Varianten der Verantwortung, wie sie Hans Jonas konstruiert. Die Daten stützen also nicht Gilligans These der care-Moral als Verantwortungsmoral, sondern sprechen für unterschiedliche Nuancierungen von Verantwortlichkeit bei den Geschlechtern.

Im Partnerschaftsdilemma (bei dem zwischen dem Engagement in einer Menschenrechtsgruppe und der verstärkten Zuwendung zum gerade arbeitslos gewordenen Ehepartner entschieden werden soll) ist die Handlungsrichtung von Männern entgegen allen Erwartungen fürsorglicher als die von Frauen, dies aber auf der Basis normativer Begründungen. Die weniger fürsorgliche Entscheidungsrichtung der Frauen geht mit einem starken Rekurs auf frauenrechtsbezogene Argumente einher.

Weibliche Interviewte argumentieren, daß Frauen in der Gesellschaft stets das Nachsehen haben und deshalb ihr Engagement ebensowenig aufgeben sollten, wie es Männer tun würden. Geschlechts-

spezifität scheint in diesem Dilemma demnach stark von Performanzfaktoren wie politischen Orientierungen und dem aktuellen Frauen-(selbst-)bild abhängig zu sein. Weibliche Moral ist danach nicht als konstante Eigenschaft zu sehen, sie unterliegt historischem Wandel.

Projekt: Selbstorganisation sozialer Systeme

In der Abteilung befaßt sich eine kleine Arbeitsgruppe (die teils durch das Hochschulsonderprogramm HSP III, teils durch die Deutsche Forschungsgemeinschaft gefördert wird) mit der Frage, inwieweit sich soziale Ordnungsphänomene (Stratifikation, Differenzierung oder Innovation) mit Mitteln einer weiterentwickelten Evolutionsphysik aus nicht-linearen Wechselwirkungen erklären lassen. Im Berichtszeitraum wurden neben Arbeiten zur Modell- und Methodenentwicklung im Bereich sozialer Systeme empirische Untersuchungen zur Wissenschafts- und Technologieentwicklung durchgeführt.

Matthäuseffekt

Dabei hat die Arbeitsgruppe sich mit Phänomenen der Stratifikation in der internationalen Wissenschaftsgemeinschaft befaßt und gezeigt, daß der von Robert Merton postulierte „Matthäuseffekt" in der Wissenschaft (man gewinnt desto mehr Anerkennung, je bekannter und erfolgreicher man bereits ist) auch für nationale Wissenschaftssysteme gilt. Bibliometrische Analysen (Science Citation Index) zeigen, daß einige wenige Länder, die bereits hohe Zitationsraten (Zitationen pro Artikel) erwarten, über die Erwartung hinaus zitiert werden, während viele Länder, die bereits eine niedrigere Zitiererwartung aufweisen, noch weniger Zitationen pro Artikel erhalten. Die nationalen Erwartungswerte der Zitationsraten werden aus den „Impactfaktoren" der Journale berechnet, in denen die Länder publizieren.

Zur Gruppe der Gewinnerländer an internationaler Anerkennung gehören zu Beginn der 90er Jahre die Schweiz, Dänemark, die Niederlande, Schweden, Großbritannien, Finnland, Deutschland und die U.S.A. Verluste an internationaler Wahrnehmung und Anerkennung erleiden neben „kleineren" (gemessen am Publikationsaufkommen) Wissenschaftsländern Mittel- und Osteuropas, des Nahen Ostens, Südamerikas und Asiens auch „große" Wissenschaftsländer wie Indien, China und Rußland.

Kooperationsprojekt „Umweltpolitische Kapazitätsbildung"

In diesem Projekt wird international vergleichend die Entwicklung von umweltpolitischer Handlungskapazität untersucht. Es wird gemeinsam mit der Forschungsstelle für Umweltpolitik der Freien Universität Berlin durchgeführt. Das Konzept der umweltpolitischen Kapazität dürfte eher als ein instrumentbezogener Ansatz geeignet sein, die relativen Erfolge bzw. Mißerfolge von Umweltpolitik zu erklären. Es stellt auf den Handlungskontext und die Ressourcen umweltpolitischer Unterstützergruppen (Umweltprotagonisten) ab, also auf deren Stärke, Kompetenzen und Koalitionen, sowie auf die politisch-institutionellen, ökonomisch-technischen und kognitiv-informationellen Bedingungen, die ihre Chancenstruktur bestimmen.

Internationalisierung

Die Fallstudien, die für die Untersuchung angestellt wurden, belegen, daß die umweltpolitische Kapazität sowohl in den Industrie- als auch in den Entwicklungsländern in den letzten 30 Jahren bemerkenswert angestiegen ist. Ein wesentlicher Faktor dieser Kapazitätsentwicklung war die Internationalisierung von Umweltpolitik. Hierzu gehören die Zunahme von internationalen Regimen und ihre Öffnung für Umweltorganisationen; der sogenannte Rio-Prozeß (insbesondere die Initiierung und Förderung von Lokalen Agenda 21-Prozessen); die Aufnahme oder Stärkung ökologischer Handlungsziele in der EU und in internationalen Organisationen (OECD, Weltbank etc.).

Ebenfalls ein wichtiger Faktor ist die (auch durch die Internationalisierung) beschleunigte Diffusion von umweltpolitischen Innovationen in vielen Ländern, wie etwa Öko-Audit, Umweltzeichen, Freedom of Information, Klagemöglichkeiten, Haf-

tungsregeln und alternative Konfliktregelungsverfahren.

Die verbreitete Klage, Globalisierung sei ein starkes Umweltschutzhemmnis, hat empirisch eine eher schwache Basis. „Global players" haben nicht selten Interesse an ökologischen Mindeststandards; die Umweltprotagonisten vernetzen sich ihrerseits global und werden kooperationsfähiger; und Länder wie etwa Schweden, die Niederlande oder Dänemark beweisen, daß starke Weltmarktorientierung kein Hindernis für eine dynamische Umweltpolitik ist. Hemmend wirken sich eher nationale Defizite aus, etwa mangelnde demokratische Rechte, zu schwache institutionelle Ausdifferenzierung der Umweltpolitik, fehlende Opportunitäten und Unterstützung für Umweltprotagonisten, niedriges Umweltbewußtsein sowie eine starke politisch-gesellschaftliche Position von Gruppen, die besonders problematische Umweltbelastungen verursachen.

Querschnittsgruppe „Arbeit und Ökologie"

Im Rahmen einer Querschnittsgruppe des WZB werden abteilungsübergreifend soziale und arbeitspolitische Aspekte einer Strategie der „nachhaltigen Entwicklung" untersucht (siehe auch Berichtsabschnitte zum Präsidenten des WZB und zur Abteilung „Regulierung von Arbeit"). Die Abteilung „Normbildung und Umwelt" hat in diesem Zusammenhang unter anderem eine ländervergleichende Studie zur Beteiligung von Gewerkschaften an nationalen und lokalen Nachhaltigkeitsdiskursen erstellt.

Gewerkschaften

Aus international vergleichender Perspektive sind im Hinblick auf die Bedeutung der Gewerkschaften für Nachhaltigkeitsdiskurse vor allem drei Punkte von Bedeutung: Erstens hängt die Beteiligung bzw. Nichtbeteiligung der Gewerkschaften an solchen Verfahren von den Handlungskapazitäten der gewerkschaftlichen Akteure in diesem neuen Aufgabenbereich ab. Hier sind Parallelen zwischen den westlichen Industrieländern deutlich erkennbar, insbesondere zeigt sich, daß die finanziellen und personellen Kapazitäten der Gewerkschaften für eine engagierte Umsetzung der Agenda 21 in der Regel nicht ausreichen.

Zweitens werden Nachhaltigkeitsdiskurse sowohl von den nationalen Gewerkschaftssystemen als auch vom politisch-institutionellen Gefüge geprägt, in das diese Systeme eingebettet sind, wobei vor allem die Vorherrschaft korporatistischer bzw. pluralistischer Elemente der Interessenvermittlung ins Gewicht fällt. Dies führt zu direkten und indirekten Auswirkungen auf die Verfahren. Der Organisationsgrad oder die lokale Präsenz der Gewerkschaften ist entscheidend dafür, ob und wie sie an solchen Verfahren beteiligt werden.

Umweltverbände

Drittens ist die Allianzbildung zwischen Gewerkschaften und anderen Organisationen – insbesondere Umweltverbänden – von Interesse. Obgleich die Gewerkschaften bei nationalen wie lokalen Nachhaltigkeitsdiskursen zumeist unterrepräsentiert sind, nimmt nicht nur in Deutschland, sondern auch in vielen anderen Ländern (z. B. Kanada, U.S.A., Australien, Norwegen, Schweiz) die Allianzbildung zwischen Gewerkschaften und Umweltverbänden zu. Sieht man einmal von Fällen ab, die zu unlösbaren Konflikten führen, kann man drei Konstellationen voneinander abgrenzen, die mit unterschiedlichen Formen der Kooperation verbunden sind:

- „win-win"-Konstellationen, in denen die Präferenzen von Gewerkschaften und Umweltverbänden weitgehend deckungsgleich sind;
- Konstellationen, in denen sich die Präferenzen der Akteure zwar nur partiell überlagern, bei denen jedoch auch ohne Präferenzänderungen geeignete Kompromisse erzielt werden können;
- Konstellationen, die Lernprozesse ermöglichen, aus denen die gegenseitige Annäherung kontroverser Positionen resultiert.

Intensive Lernprozesse sind aber nach wie vor nur selten zu beobachten, wobei dies nicht allein die Gewerkschaftsseite betrifft, da die institutionalisierte Kooperation zwischen Gewerkschaften und Umweltverbänden immer noch eine große Herausforderung für beide Organisationen darstellt.

Forschungsprofessur „Umweltpolitik, Technikentwicklung, Arbeitsformen"

Grundlagen

Die Forschungsprofessur „Umweltpolitik, Technikentwicklung, Arbeitsformen" wurde im April 1988 eingerichtet und wird seither von Professor Dr. Udo E. Simonis wahrgenommen. Die Aufgabenstellung dieses Forschungsbereichs besteht darin, die Wechselwirkungen zwischen Arbeit, Technik und natürlicher Umwelt, die gegenseitig förderlich, vor allem aber auch abträglich sein können, zu analysieren und sie im Sinne einer zukunftsfähigen Entwicklung der Gesellschaft gestalten zu lernen.

Zwei Zusammenhänge stehen im Vordergrund der betreffenden Forschungsarbeit: Einerseits sollen die Wirkungen untersucht werden, die von der lokalen, nationalen und internationalen Umweltpolitik auf die Entwicklung und Anwendung der Technik und die Formen und Inhalte der Arbeit ausgehen; andererseits sollen die ökologischen Effekte näher beschrieben und analysiert werden, die von anstehenden oder zu erwartenden Änderungen des Technik- und Arbeitseinsatzes ausgehen.

Dieser Forschungsansatz bedarf einer spezifischen Methodik: Ökonomie, Technologie und Ökologie müssen in ihrer gegenseitigen Verknüpfung gesehen werden; erforderlich ist eine Politikanalyse, in der Aspekte der Normbildung (Zielbestimmung), Regulation (Instrumentarium) und Organisation (Institutionen) integriert sind; zu betrachten sind die verschiedene Akteursebenen (Private, Gruppen, Staat, internationale Institutionen) und deren gegenseitige Verflechtung. Es geht also um Wirkungs- und Gestaltungsforschung zugleich.

Die konkrete Forschungsarbeit ist in besonderer Weise auf die internationale Dimension der genannten Wechselwirkungen gerichtet, weil erhebliche Defizite in der Internationalisierung der Umweltpolitik bestehen und weitreichende (positive wie negative) Umwelteffekte aus der weltweit fortschreitenden Technisierung und Intensivierung der Arbeit erwartet werden. Sozialwissenschaftliche Umweltforschung wird insofern auch als eine wichtige internationale Kommunikationsaufgabe verstanden.

Zukunftsfähige Entwicklung

Im Berichtszeitraum 1998 und 1999 standen Studien zur Ökologisierung der Industriegesellschaft und zur Formulierung einer globalen Umweltpolitik im Mittelpunkt der Forschungsarbeit. Dabei wurde unter anderem die Frage untersucht, wie Wirtschaftsstruktur und Umweltbelastung miteinander zusammenhängen beziehungsweise wie welche Art des Strukturwandels von Technik und Arbeit die natürliche Umwelt belastet oder entlastet. Es zeigte sich, daß der ökonomische Strukturwandel ökologischen Kriterien nur ansatzweise gerecht wird, aber durch strategische Entscheidungen in der Umwelt- und Wirtschaftspolitik (insbesondere durch Ökosteuern, Emissionszertifikate und Umwelthaftung) beschleunigt werden kann.

Daher wurde weiterhin der Frage nachgegangen, wie sich Formulierung und Implementierung der Umweltpolitik entwickelt haben und inwieweit eine Verlagerung vom nachsorgenden zum vorsorgenden Umweltschutz, von kurativer zu präventiver Umweltpolitik gelungen ist.

Gobale Umweltpolitik

Der Fortentwicklung der globalen Umweltpolitik galt dabei das besondere Augenmerk zahlreicher Forschungsarbeiten. In Nachbereitung der Sondergeneralversammlung der Vereinten Nationen über Umwelt und Entwicklung in New York 1997 und im Zusammenhang mit der 4. und 5. Vertragsstaatenkonferenz der Klimarahmenkonvention in Buenos Aires 1998 und Bonn 1999 wurde eine Reihe von Studien angefertigt, insbesondere zu den Erfolgsbedingungen und -aussichten der Klima- und der Biodiversitäts-Konvention. Es zeigte sich, daß der Erfolg dieser globalen Umweltpolitik entscheidend davon abhängen dürfte, ob der damit verbundene neue Verteilungskonflikt zwischen Industrie- und Entwicklungsländern und der politische Positionskonflikt zwischen den verschiedenen Gruppen von Vertragsstaaten und internationalen Akteuren durch geeignete institutionelle Innovationen und finanzielle wie technische Ausgleichsmechanismen entschärft werden können.

Forschungsprofessur „Umweltpolitik, Technikentwicklung, Arbeitsformen"

Personal am 1. Oktober 1999	seit
Petra Barsch	1991
Nicole Böhm	1999
Susanne Grasow	1999
Professor Dr. Udo E. Simonis, Diplom-Volkswirt	1981

Kooperation

Die nationalen und internationalen Arbeitszusammenhänge der Forschungsprofessur sind im Berichtszeitraum weiter ausgebaut und gefestigt worden. In zahlreichen Vorträgen und Seminarveranstaltungen im In- und Ausland wurden Vorschläge zur zukunftsfähigen Entwicklung der Industriegesellschaft unterbreitet, im Sinne der Anpassung technischer Strukturen, ökonomischer und sozialer Entscheidungsmechanismen und individueller Verhaltensweisen an die ökologischen Erfordernisse. Zur weiteren Institutionalisierung der globalen Umweltpolitik wurden konzeptionelle Vorschläge unterbreitet, insbesondere zur Klima- und Biodiversitätspolitik, und an entsprechenden Initiativen wurde mitgewirkt, unter anderem im Intergovernmental Panel on Climate Change (IPCC) und im Committee for Development Policy (CDP) der Vereinten Nationen.

Publikationen

Die Jahre 1998 und 1999 waren erneut durch eine rege Publikationstätigkeit gekennzeichnet (siehe hierzu Publikationsverzeichnis S. 254 ff.)

Unter Betreuung seitens der Forschungsprofessur erschienen die Monographien von Frank Biermann zum Thema „Weltumweltpolitik zwischen Nord und Süd – Die neue Verhandlungsmacht der Entwicklungsländer", Baden-Baden: Nomos Verlagsgesellschaft, 1998, 400 S., und von Ralf Michael Prüfer mit dem Titel „Die Verpackungsverordnung und ihre ökologischen Alternativen", Beiträge zur kommunalen und regionalen Planung, Band 17, herausgegeben von Klaus Künkel und Udo E. Simonis, Frankfurt am Main, New York, Paris: Verlag Peter Lang, 1998, 209 S. In Zusammmenarbeit mit der Forschungsprofessur erschien die zweite, erheblich erweiterte Auflage der Monographie von Richard E. Benedick zum Thema „Ozone Diplomacy – New Directions in Safeguarding the Planet", enlarged edition, Cambridge, Mass., London: Harvard University Press, 1998, 468 S.

Unter der Redaktionsleitung von Udo E. Simonis und in Kooperation mit den Professoren Günter Altner (Heidelberg), Barbara Mettler-von Meibom (Essen) und Ernst U. von Weizsäcker (Wuppertal) erschien das „Jahrbuch Ökologie" (München: C.H. Beck Verlag) zum achten (1999) und neunten (2000) Mal. Am „Jahrbuch Ökologie 1999" waren insgesamt 30 Autorinnen und Autoren beteiligt, am „Jahrbuch Ökologie 2000" waren es 40.

In den Jahren 1998 und 1999 erschienen im Rahmen der Forschungsprofessur insgesamt 8 Bücher, 46 Artikel in Zeitschriften und 48 Beiträge in Sammelwerken. In der WZB-Paper-Reihe der Forschungsprofessur erschienen 12 Papers (vgl. Publikationsverzeichnis S. 258).

Berufungen

Udo E. Simonis wurde vom Generalsekretär der Vereinten Nationen in das „Committee for Development Policy (CDP)" berufen. Wiederberufungen erfolgten in den Beirat der „Stiftung Entwicklung und Frieden", in das Auswahlkomitee für Promotions- und Habilitationsstipendien der „Deutschen Bundesstiftung Umwelt" und als Vizepräsident der „World Society for Ekistics". Die Mitarbeit im Sachverständigenkreis „Stadtökologie" des Bundesministeriums für Bildung und Forschung (BMBF), im Kuratorium der „Deutschen Umweltstiftung" und des „Potsdam-Instituts für Klimafolgenforschung", im Beirat des „Deutschen Übersee-Instituts" und im Vorstand der „Vereinigung Deutscher Wissenschaftler e.V. (VDW)" wurde fortgesetzt. Weitergeführt wurde die Mitarbeit in den Redaktionsbeiräten der Zeitschriften „Environmental & Resource Economics", „Environmental Values", „International Journal of Social Economics", „Society & Natural Resources", „The Environmentalist", „Universitas" und „World Development".

Auszeichnung

Udo E. Simonis wurde 1998 mit dem Umweltpreis Wissenschaft des Bundesarbeitskreises für Umweltbewußtes Management (B.A.U.M.) ausgezeichnet.

Forschungsgruppe „Transformation und Globalisierung"

Grundlagen

Die Forschungsgruppe war eine im August 1993 vom Präsidenten des WZB auf fünf Jahre befristet eingerichtete kleinere Forschungseinheit. Ziel war es, neue gesellschaftliche Problemlagen zu eruieren und deren Relevanz für weitere Forschungsarbeiten festzustellen. Das hier aufgenommene Themenfeld von Transformation und Globalisierung ist unter dieser Zielsetzung entstanden. Im Zentrum der Arbeit stand, beide Umbruchprozesse in ihrer Verschränkung zu analysieren.

Den engeren thematischen Bezugspunkt bildeten hierbei industriebetriebliche Restrukturierungsprozesse in den Transformationsländern Ostmitteleuropas vor dem Hintergrund der aktuellen gesellschaftlichen und weltwirtschaftlichen Veränderungen. Damit wurde die Transformationsproblematik in der Anlage des Forschungskonzepts nicht nur in bezug auf den Übergang von der Planwirtschaft zu Markt und Demokratie erfaßt – also nicht als separates Phänomen behandelt –; die Analyse bezog sich ebenfalls auf die gleichzeitig ablaufende Internationalisierungsentwicklung. Über die engere regionale Restrukturierungsfrage war somit zugleich die Frage nach dem An- und Aufschließen der Länder bzw. ihrer Industriestrukturen an die geltenden Standards des internationalen Wettbewerbs gestellt.

In dieser bewußt weiter gefaßten Perspektive von Transformation zielte das Erkenntnisinteresse darauf, inwieweit sich mit der Integration in die Weltwirtschaft für die Transformationsländer Tendenzen der Peripherisierung ergeben oder ob es zu einem „Upgrading" der vorhandenen Arbeits- und Produktionsstrukturen kommt, was eine eigenständige Zukunftsperspektive für diese in ihrer Entwicklung zurückliegenden Regionen eröffnen würde.

War bei Beginn der Forschungsarbeit die Relevanz der Internationalisierungskomponente noch vorrangig aus der Sicht der Transformationsländer und ihrer Entwicklungsoptionen begründet, so hat in der Folge durch die forcierte Erweiterungsdebatte der Europäischen Union dieses Problemfeld von regionaler und internationaler Integration noch weiter an Bedeutung gewonnen. Dies vor allem auch angesichts der Reorganisation der internationalen Arbeitsteilung, die durch die Globalisierung aufgeworfen ist und die im europäischen Kontext mit dem EU-Beitritt der Transformationsländer eine neue Ausrichtung erfahren hat.

Die Bedeutung der verschränkten Fragestellung von Transformation und Globalisierung zeigte sich prägnant auch in den Befunden und den zu beobachtenden Entwicklungsverläufen in den einzelnen Regionen. Denn selbst in den ostmitteleuropäischen Ländern, wo industriekulturelle und strukturelle Voraussetzungen gegeben waren, die ein schnelles Aufholen weit besser möglich erscheinen ließen als in den östlicheren Ländern, wo solche Institutionen nicht oder nur gering ausgebildet waren, hat sich gezeigt, daß der Umstellungsprozeß weitaus länger dauert als zu Beginn angenommen. Und sowohl mit Blick auf Entwicklungsdynamik wie -richtung der industriellen Restrukturierung hat dieser Verlauf deutlich gemacht, daß der Einfluß großer, international agierender Akteure (multinationale Konzerne) sehr bestimmend ist. Von daher gesehen hat sich der doppelte Forschungsfokus als situationsadäquat erwiesen.

Standorte

Ein größeres Problemfeld, das in diesem Zusammenhang und im Verlauf der Forschungsarbeit aufgekommen ist, besteht in der registrierbaren Konkurrenzproblematik von Standorten. Eröffnete der neue Wirtschaftsraum Osteuropa für die internationalen Akteure anfangs vor allem eine neue Marktoption, was vornehmlich zu ausländischen Direktinvestitionen motivierte, so ist mittlerweile der in den Investitionsprojekten gleichfalls angelegte Verlagerungsaspekt stärker zum Tragen

gekommen. Damit tritt Ostmitteleuropa als Region für Produktionsstandorte immer mehr – und insbesondere auch für qualitativ anspruchsvolle Produkte – in den Blick.

Als Besonderheit erweist sich hier für die Region das spezifische Profil von „Low-cost"- und „High-skill"-Strukturen, durch das der traditionelle Verlagerungstypus von einfacher arbeitsintensiver Produktion durchbrochen wird. Daran wurde ein typisches Globalisierungsproblem offenkundig: die enge Verknüpfung von (Standort-)Entwicklung nachholender Länder mit Abzug von Industrieproduktion aus und den folgenden Erosionsprozessen in den etablierten westeuropäischen Industrieregionen.

Die Befunde lassen den Schluß zu, daß dieses Problem der neu aufgekommenen Ost-West-Standortkonkurrenz den weiteren Fortgang der industriellen Entwicklung in den Transformationsländern stark prägen wird. Zusammengenommen verweisen die Punkte hier auf einen weitergehenden Forschungsbedarf, der den Zusammenhang von Transformation und Globalisierung dahingehend vertieft, die Interdependenz von industrieller Restrukturierung/Entwicklung und globaler Standortkonkurrenz systematischer zu erfassen, als es in der Begrenztheit des Forschungsgruppenrahmens möglich war.

Daran schließt sich zugleich die über die ökonomisch-industrielle Entwicklung hinausgehende Frage an, wie unter dieser verschärften Konkurrenzsituation soziale Standards von Arbeit Geltung behalten oder neu erlangen können. Unter diesem Aspekt ist insbesondere auch die unter Globalisierungsbedingungen aufkommende aktuelle Debatte über Unternehmensethik als Basisregulativ in deregulierten Räumen angesprochen. Konkret: die von multinationalen Unternehmen an den eher peripheren Standorten verfolgten sozialen und arbeitspolitischen Normsetzungen.

Theorie

Die Fragestellung wurde in den Rahmen von drei größeren Theoriedebatten gestellt: der Debatte um ökonomische Globalisierung, dem Paradigmenwechsel des industriellen Produktionssystems und der Diskussion um Pfadabhängigkeit und Institutionengenese. Die drei Theorielinien richteten sich auf die drei für die Forschungsanlage maßgeblichen Handlungsebenen. Mit der Globalisierungsdebatte waren die Tendenzen von Konvergenz und Divergenz angesprochen bzw. das neue Verhältnis von internationaler und regionaler Integration, das sich durch die grenzüberschreitenden Wirtschaftsaktivitäten von multinationalen Unternehmen stellt.

Auf der betrieblichen Ebene wurde der Hauptbezug durch die organisationssoziologische Theorielinie von informeller Organisation innerhalb formaler Strukturen markiert. Sie korrespondiert mit dem neuen, stärker interaktiven Kooperationserfordernis, das sich durch Netzwerk- und Governance-Strukturen ergibt. Mit der dritten Linie wurden Bezüge zu Konzepten hergestellt, die die Frage der Bewältigung von Wandel unter der Perspektive von historisch-kulturellen Voraussetzungen und neuen Institutionalisierungsprozessen behandeln.

Methode

Methodisch wurde die in den Globalisierungskontext gestellte Transformationsproblematik dadurch eingelöst, daß bei der Wahl der Untersuchungseinheit gezielt auf betriebliche Restrukturierungsprojekte mit ausländischer Beteiligung (Direktinvestitionsprojekte) abgestellt wurde. Dabei erwies sich die Fokussierung auf den Sektor der Automobilindustrie als sehr aussagekräftig. Dabei war insbesondere die zu verzeichnende gute Anschlußfähigkeit dieser Branche an die in der Region traditionell vorhandenen Kompetenzstrukturen in der metallverarbeitenden Industrie von Bedeutung.

Weiterhin war das anhaltend starke Engagement der internationalen Automobilindustrie in den ostmitteleuropäischen Transformationsländern für die Auswahl bestimmend. Aus der empirisch identifizierbar hohen Paßfähigkeit von Strukturvoraussetzungen und Produktionsstrategien erklärt sich der prägende Einfluß der ausländischen Großprojekte auf die nationale Pfadentwicklung dieser Länder.

Als wichtig erwies sich zugleich die longitudinale Anlage der Studie, zumal es sich um einen Unter-

suchungsgegenstand in einem sehr unsteten Umgestaltungsprozeß handelte, der von radikalen Veränderungen und erheblichen Suchstrategien gekennzeichnet war. Mit dem Längsschnitt wurde die Untersuchung in zwei unterschiedliche Phasen der Transformation unterteilt: in eine erste, sehr instabile Phase mit hoher Unsicherheit und in eine zweite sogenannte Konsolidierungsphase.

Dadurch wurde es möglich, die hohe Prozeßhaftigkeit der beiden großen Umbruchlinien von Transformation und Globalisierung differenzierter in den Blick zu bekommen. Über die naturgemäß risikoreicheren Anfangs- und Einzelschritte hinaus konnten so stärker erhärtete Aussagen über weichenstellende Konstellationen gewonnen werden, die für die Einschätzung von Entwicklungsverläufen eine höhere Gültigkeit beanspruchen können.

Eine weitere methodische Ausrichtung für die Operationalisierung der Fragestellung hat sich als sinnvoll erwiesen. Angesichts der begrifflich noch wenig gefestigten Realproblematiken von Transformation und Globalisierung wurden die Arbeiten der Forschungsgruppe bewußt auf eine kleine Untersuchungseinheit ausgelegt. Es handelte sich um die Investitionsprojekte des deutschen Volkswagen-Konzerns in Ostmitteleuropa, wobei die Standorte in Tschechien und Ungarn den Schwerpunkt bildeten. Mit diesen beiden Standorten waren zugleich die dort vorherrschenden Investitionsformen von Joint-venture-Beteiligung und Grüne-Wiese-Investitionen repräsentiert.

Fallstudien

Das Kernstück bildeten intensive Betriebsfallstudien, die eine entsprechende Tiefendurchdringung des Forschungsgegenstands zuließen. Diese für repräsentative Aussagen bekanntlich begrenzte Methode zeigte sich für die Identifikation von konkreten Problemlagen, die sich aus diesen Makro-Umbrüchen für die betrieblichen Akteure stellen, jedoch als sehr angemessen. Die Datenerfassung erfolgte mit leitfadengestützten qualitativen Interviews und offenen Gesprächen sowie mit halbstandardisierten schriftlichen Befragungen.

Die Erhebungen erfolgten in mehrwöchigen Aufenthalten in den Betrieben, was auch das Instrument der teilnehmenden Beobachtung in einem größeren Maße zuließ. Einbezogen waren die betrieblichen Hierarchieebenen von Produktionsarbeitern bis Vorstand, die beiden Hauptgruppen westliches und lokales Management, punktuell auch Entscheidungsträger aus dem Konzern sowie die gewerkschaftlichen Interessenvertretungen in den Betrieben. Für die Validierung der Befunde wurde das Rückkopplungsverfahren mit betrieblichen Präsentationen angewandt.

Als methodische Weiterung des herkömmlichen Fallstudienansatzes wurden – dem neuen betrieblichen Beziehungsgefüge entsprechend – insbesondere auch die überbetrieblichen wie transnationalen Netzwerk- und Governance-Strukturen einbezogen, d. h. es wurde ein Ansatz verfolgt, der auch den neuen räumlichen Entgrenzungen des Betriebs Rechnung trägt. Entsprechend war auch der internationale Vergleich erweitert konzeptioniert worden, der neben der Länderdifferenz auch die jeweiligen Besonderheiten aus den transnationalen Organisationsformen und den Akteursbeziehungen einbezogen hat. Insofern ist auch im methodischen Vorgehen der Kontextaspekt von Globalisierung systematisch berücksichtigt worden, was sich für die Erfassung der neu entstandenen Meso-Makro-Ebene in ihrer Auswirkung auf den Betrieb als unabdingbar erwiesen hat.

Kooperationen

Die Arbeiten der Forschungsgruppe waren in einem größeren Projekt organisiert. Ergänzt wurde der Hauptstrang der internationalen Restrukturierung durch einzelne thematische Vertiefungen zu im Verlauf der Forschung aufgefundenen Problemstellungen. Zu den wichtigsten zählten das identifizierte Auseinandertreten von internationaler und lokal-autochthoner Restrukturierung, von Kompetenzentwicklung durch Kooperation und zum Problem von Transfer- und Transformationsmanagement in Ost-West-Projekten.

Zu den genuin ökonomischen Fragestellungen über die Rolle ausländischer Direktinvestitionen in den Transformationsländern bestanden Kooperationen mit ausgewiesenen Institutionen, wie dem Institut für Wirtschaftsforschung, Halle, und vor allem dem auf Osteuropa spezialisierten Wiener

Institut für Internationale Wirtschaftsvergleiche. Die historisch-kulturelle Dimension der Fragestellung wurde im Austausch mit namhaften Kultursoziologen verfolgt, hier u. a. im Zusammenhang des Economic Culture-Instituts (Prof. Peter L. Berger), Universität Boston.

Darüber hinaus ermöglichte das über die Verschränkung von Transformation und Globalisierung aufgezeigte neue Forschungsfeld die Aufnahme der sich neu stellenden Frage nach Unternehmensethik. Sie befaßt sich mit der Handlungsmaxime global agierender Konzernunternehmen in Entwicklungsregionen. Kooperationspartner dafür ist der New Yorker Carnegie Council on Ethics and International Affairs. Eine gemeinsame Tagung zu dieser Problematik ist in Vorbereitung.

Umsetzung

Vor dem Hintergrund der Zielsetzung der Forschungsgruppe, der Erschließung neuer Problemfelder, und nicht zuletzt angesichts des noch wenig konturierten und sehr schnellem Wechsel unterworfenen Gegenstands, lag der Schwerpunkt bei der Darlegung der Ergebnisse auf Discussion Papers, Aufsätzen und Berichten sowie auf Berichten in Presse und betrieblicher Praxis. Als größeren Abschluß werden die grundlegenderen Ergebnisse aus diesem Forschungszusammenhang für eine Buchpublikation bearbeitet.

Finanziert war das Projekt wesentlich durch Eigenmittel des WZB. Für die Durchführung der zweiten Erhebungsphase erfolgte eine Unterstützung durch Drittmittel von Firmen.

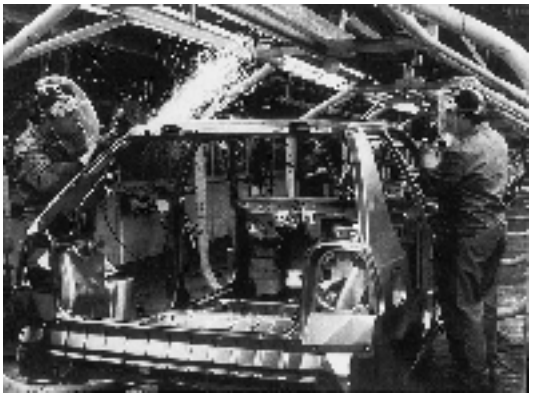
Restrukturierung

Die Studien haben gezeigt, daß die spezifische Konstellation der Hauptakteure Staat, Konzern und Betrieb das Hervorbringen von Restrukturierungskompetenz entscheidend beeinflußt hat. Dabei hat die schwache Rolle des Staates, der in den Transformationsländern umbruchbedingt mit eigenen Konstituierungsanforderungen konfrontiert war, dazu geführt, daß die Entwicklung sehr stark vom Handeln bzw. Nicht-Handeln der ökonomischen Akteure geprägt wurde.

Als sehr maßgeblich erwies sich gleichwohl, welche Pfade der Transformations- und Privatisierungspolitik im Zeitverlauf verfolgt worden und insbesondere auch wie die Regierungen mit der Öffnung in Hinblick auf Internationalisierung verfahren sind. Unter der historischen Perspektive wurde deutlich, daß in Ländern mit einer schon vor 1989 größeren Durchlässigkeit zum Westen und Liberalisierungsansätzen, wie vor allem Ungarn, gegenüber stark geschlossenen Ländern wie der Tschechoslowakei Haltungen und Politiken zum Zuge kamen, die dem Grad der vormaligen Öffnung entsprechen.

Seinen Niederschlag fand dies, exemplarisch auf dieses Länderpaar bezogen, in einer aktiven Öffnung für ausländische Investoren in der Form von Anreizpolitiken im ungarischen Fall gegenüber einer passiven Öffnung in Tschechien, die die industrielle Restrukturierung der Selbstregulierung der Marktakteure anheimstellte. Vom Ergebnis her hat sich der Transformationspfad von Restrukturierung durch Internationalisierung als sehr bedeutungsvoll gezeigt, insbesondere in Hinsicht auf die geltenden Wettbewerbsstandards. Die zu verzeichnende Relevanz der Internationalisierungskomponente reflektiert und bestätigte die im Forschungsansatz zugrunde gelegte Verschränkung von Transformation und simultan dazu verlaufenden Globalisierungsprozessen.

Die Befunde lassen sich in diesem Punkt mit der Aussage bündeln, daß angesichts der intensivierten internationalen Konkurrenz eng national ausgerichtete Transformationsstrategien nicht nur zu kurz



Tschechien – passive Öffnung Foto: Ullstein/dpa

greifen, sondern auch neue Rückständigkeiten erzeugen können. Der eingetretene ökonomische Rückfall Tschechiens weist Elemente dieser Gefahr auf.

Auch wenn die Bedeutung der Internationalisierung für die Transformationsländer unabweisbar ist, stellt sich im weiteren allerdings die Frage, wie eine breitere nationalregionale Verankerung erreicht werden kann. Denn zugleich ist auch eine Tendenz von Inselbildungen feststellbar, die sich mit einer hohen Außenorientierung der internationalen Unternehmen verbindet. Damit ist ein Problemfeld unter der größeren Thematik von globaler und regionaler Integration angesprochen, das über die vorliegende Studie hinausgeht.

Kompetenzentwicklung

Unter der Kernfragestellung nach der betrieblichen Kompetenzentwicklung in Ost-West-Kooperationen verweisen die Befunde aus den Fallstudien auf ein relativ einheitliches Ergebnis. Unabhängig von den verschiedenen Investitionsstrategien, ob als Joint-venture oder Grüne-Wiese-Investition, und den unterschiedlichen Autonomiegraden als eigenes Herstellerunternehmen oder Zulieferbetrieb im Konzern ist eine Transferleistung erfolgt, die sich nicht auf alte Technik und Organisationskonzepte beschränkte. In allen Fällen ist vielmehr ein Anschluß an neueste technische und organisatorische Entwicklungen zu beobachten.

An dieser Ausrichtung des Transfers ist abzulesen, daß nicht nur eine rein kosteninduzierte Strategie verfolgt wurde, die auf die Low-cost-Bedingungen der Region abstellte, sondern eine Strategie, die auch das qualitative Strukturprofil in Ostmitteleuropa einbezog. Dafür konnten wesentlich drei Ursachen identifiziert werden: erstens die Anforderungen an die Qualitätsstandards der Produkte, die nicht nur für die noch weniger entwickelten osteuropäischen Märkte, sondern als Konzernprodukte auch für den internationalen Markt bestimmt waren; zweitens die Nutzung des besonderen Standortprofils für technisch höherwertige Produkte als Kostenausgleich für die heimischen Hochlohnstandorte; drittens die wechselseitige hohe Bewertung von technischen Qualifikationen und industriekulturellen Wissenspotentialen der Beschäftigten.

Diese drei Ursachen korrespondieren mit drei größeren Leitprinzipien: dem Globalisierungszwang zu universelleren (Qualitäts-)Standards, der Sicherung der heimischen Produktionsstandorte durch einen neuen Kostenmix und einer unter unternehmensethischen Gesichtspunkten zu fassenden Normorientierung von Ressourcenerhalt bei den maßgeblichen Entscheidungsträgern.

Insgesamt zeigen die Entwicklungen an den ostmitteleuropäischen Konzernstandorten, daß die hervorgebrachten institutionellen und sozialen Innovationen ganz wesentlich auf die konzerninterne Kooperation zurückzuführen sind. Auch wenn die Standorte in den Transformationsländern in ihren für das Management größeren Handlungsspielraum zweifellos genutzt worden sind und die sozialen Normen nicht dem Westniveau entsprechen – ein Handlungsspielraum, der den Standortvorteil aus Unternehmenssicht wesentlich ausmacht –, ist es keineswegs zu Peripherisierungen gekommen, die ein Downgrading bewirkt hätten. Im Gegenteil: verglichen mit dem durchschnittlichen Stand in der lokalen Industrie haben die Investitionsprojekte eine Vorreiterposition errungen, die sich nicht allein nur auf deren ökonomische Leistungsfähigkeit erstreckt, sondern auch auf die Weiterentwicklung der Arbeitsstrukturen und die Kompetenzbestände.

Transfer von Fachkräften

In den untersuchten Investitionsprojekten hat sich für die Bewältigung der Restrukturierungsanforderungen der Transfer von Fach- und Führungskräften aus dem Kooperationsunternehmen als hoch zu gewichtender Faktor erwiesen. Drei Aspekte seien hier besonders hervorgehoben: Als engerer transformationsspezifischer Punkt war es die vorhandene Akteurslücke bei der zentralen Trägergruppe, also dem Management, und das gesetzte Ziel, den Strukturumbau in Verbindung mit der Professionalisierung der Akteure für die neuen Anforderungen zu verfolgen.

Unter Transfergesichtspunkten erwies sich die Delegation von Fachkräften aus dem Konzern nicht nur für die unmittelbare Wissensübertragung als relevant, sondern sie ermöglichte auch einen breiteren Zugriff auf das vorhandene Konzern-Know-how, indem das informell-formelle Netzwerk- und Orga-

nisationswissen qua Transferakteure zur Verfügung stand. Unter der Kooperationsperspektive war es die Institutionalisierung von gemeinsamen Standards, die aus dem Konzernkontext kommend in die lokalen Rahmenbedingungen zu übersetzen waren – und für deren Akzeptanz und Geltung sich die Präsenz westlichen Managements vor Ort als von zentraler Bedeutung erwies.

Der Vergleich des Transformationsmanagements in den beiden untersuchten Investitionstypen von Joint-venture- und Grüne-Wiese-Kooperation hat gezeigt, daß mit der Einführung von neuen Organisationskonzepten zugleich auch die Möglichkeiten eines deregulierten Raums in bezug auf eine Flexibilisierung des Arbeitseinsatzes sehr weitgehend genutzt wurden. Dieses an westlichen Standorten hoch umstrittene Arbeitszeitregime war – transformationsbedingt – an den osteuropäischen Standorten keine größere Konfliktquelle. Angesichts der Besserstellung der Beschäftigten in den internationalen Unternehmen gegenüber dem Gros der lokalen Industrie war ein Akzeptanzklima gegeben, das unter der forcierten Standortkonkurrenz sehr weitreichende Optionen eröffnet hat.

Ein allgemeinerer und zugleich theorierelevanter Befund, der sich aus den Ergebnissen der Forschungsgruppe ergibt, knüpft sich an das globalisierungsbedingt prekäre Verhältnis von internationaler/ökonomischer und regionaler/sozialer Integration des neuen industriellen Produktionssystems. Damit ist die Frage gestellt, ob in modernen, aber industriell und politisch zurückliegenden Ländern die mit der Globalisierung feststellbare gegenläufige Tendenz der Regionalisierung auch dergestalt genutzt werden kann, daß die notwendige Eigenständigkeit unter der gegebenen größeren Interdependenz der nationalen Ökonomien möglich wird.

Anders gefragt: welchen zusätzlichen institutionellen Rahmens bedarf es, damit ein die beiden Seiten balancierender Entwicklungspfad in den Transformationsländern erlangt werden kann? Dieser Problembereich wird in den Abschlußarbeiten der Forschungsgruppe an den empirischen Befunden diskutiert werden (vgl. dazu auch die Ausführungen unter der Abteilung „Regulierung von Arbeit“, S. 97 f.).

Forschungsschwerpunkt Sozialer Wandel, Institutionen und Vermittlungsprozesse

Grundlagen

Der Forschungsschwerpunkt Sozialer Wandel, Institutionen und Vermittlungsprozesse war im März 1987 vom Kuratorium des WZB beschlossen worden. Am 1. April 1988 übernahm Professor Dr. Friedhelm Neidhardt die Leitung der Abteilung „Öffentlichkeit und soziale Bewegungen", zum 1. September 1989 wurde unter der Leitung von Professor Dr. Hans-Dieter Klingemann die Abteilung „Institutionen und sozialer Wandel" eingerichtet. Darüber hinaus wurde zum 1. Oktober 1994 die Abteilung „Sozialstruktur und Sozialberichterstattung" unter der Leitung von Professor Dr. Wolfgang Zapf dem Schwerpunkt zugeordnet. Die Forschungsprofessur „Vergleich demokratischer Systeme" war bereits am 1. Oktober 1993 mit der Berufung von Professor Dr. Max Kaase zum Forschungsprofessor geschaffen worden.

Die drei Abteilungen und die Forschungsprofessur haben einen ähnlichen Problembezug. Sie gehen von der Annahme aus, daß die ökonomischen, sozialen und kulturellen Wandlungsprozesse neue Problemlagen und Interessen in der Gesellschaft sowie neue Formen der politischen Artikulation und Problemverarbeitung erzeugen. Es ist das Forschungsanliegen des Schwerpunkts, die Entstehung von sozialen Problemen in der Gesellschaft, ihre öffentliche Thematisierung, ihre politische Vermittlung und ihre Verarbeitung im politischen System zu beobachten, theoretisch zu konzeptionalisieren und zu analysieren. Dieser gemeinsame Bezugsrahmen ermöglicht fruchtbare Kooperationen, die noch ausgebaut werden sollen.

Die drei Abteilungen und die Forschungsprofessur setzen in diesem Prozeß allerdings an unterschiedlichen Stellen an. Das Erkenntnisinteresse der Abteilung „Öffentlichkeit und soziale Bewegungen" konzentriert sich vor allem auf die Analyse der Entstehung von Problemdefinitionen in der Gesellschaft und den Verlauf von Problemkarrieren. Die Arbeiten in der Abteilung „Institutionen und sozialer Wandel" befassen sich zuvörderst mit der Fähigkeit der politischen Institutionen, diese Probleme aufzunehmen und zu bearbeiten. Die systematische Analyse des sozialstrukturellen Wandels und seine Beschreibung durch ein System sozialer Indikatoren, das objektive Wohlfahrtsdefizite und subjektive Problemwahrnehmungen der Bevölkerung abbildet, steht im Mittelpunkt der Forschungen der Abteilung „Sozialstruktur und Sozialberichterstattung". Das Arbeitsprogramm der Forschungsprofessur vertieft und erweitert diese Forschungsperspektiven und fragt nach dem Zukunftspotential der repräsentativ verfaßten Demokratie.

Personal

In den drei Abteilungen des Forschungsschwerpunkts und an der Forschungsprofessur waren im Herbst 1999 insgesamt 29 wissenschaftliche Mitarbeiter beschäftigt. Im Berichtszeitraum waren außerdem 15 Gastwissenschaftler, zehn Praktikanten sowie drei Stipendiaten und zwei Austauschstudenten tätig. Acht der 29 wissenschaftlichen Mitarbeiter wurden über Drittmittel bzw. über ein Kooperationsprojekt mit der Freien Universität Berlin finanziert. Insgesamt hat der Schwerpunkt im Berichtszeitraum über mehr als 1,5 Millionen Mark Drittmittel eingeworben, die für Personalkosten, für Datenkäufe, Konferenzen und Reisen im Rahmen der Projekte eingesetzt wurden.

Unterstützt wurden die Arbeiten durch studentische Hilfskräfte, die für Drittmittelprojekte und für allgemeine Forschungsaktivitäten beschäftigt wurden. Die Zahl schwankte zwischen sechs und zwölf Personen. Auf die Vereinbarkeit der Anforderungen des Studiums und der Abteilungen wurde Rücksicht genommen. Oft ergaben sich aus der Abteilungstätigkeit Anregungen für Qualifikationsarbeiten.

Praktika

Im Berichtszeitraum haben zehn Studierende ein Praktikum am Forschungsschwerpunkt absolviert. Es handelt sich überwiegend um Studierende der Berliner Universitäten. Die Vergabe eines Praktikumsplatzes war an zwei Voraussetzungen gebunden. Zum einen waren die Studierenden in einer Weise in die laufenden Forschungsaktivitäten einzubinden, daß sie daraus Nutzen für ihr weiteres Studium ziehen konnten. Zum zweiten mußte eine hinreichende Betreuung durch einen der wissenschaftlichen Mitarbeiter gewährleistet sein. In vielen Fällen boten die Praktika Anregungen für das weitere Studium.

TMR-Programm

Die Beteiligung der Abteilung „Institutionen und sozialer Wandel“ an dem TMR-Netzwerk „Representation in Europe“ sei hier besonders hervorgehoben. Zur Förderung komparativer Forschungsarbeiten über Wahlen und die repräsentative Demokratie in der Europäischen Union wurde dieses Netzwerk geschaffen. Es dient nicht zuletzt auch der sozialwissenschaftlichen Nachwuchsförderung. Die Doktoranden arbeiten jeweils für mehrere Monate an einem der beteiligten Netzwerkorte. Sie nutzen dort die Daten, werden in die Arbeitsbereiche des jeweiligen Gastinstituts eingeführt und können professionelle sowie persönliche Netzwerke aufbauen.

John Garry aus Irland war im Rahmen dieses Netzwerks für zwölf Monate am WZB, Staffan Kumlin aus Schweden kam im November 1998 für 17 Monate. Das Projekt von John Garry knüpft an das Party Manifesto-Projekt an, das unter der Leitung von Hans-Dieter Klingemann in der Abteilung „Institutionen und sozialer Wandel“ bearbeitet wird. Das Projekt von Staffan Kumlin ist ein Beitrag zur Analyse von Einstellungen zum Wohlfahrtsstaat und der vergleichenden Wahlforschung – Bereiche, die in dieser Abteilung von zentraler Bedeutung sind.

Frauenförderung

Im Rahmen der Frauenförderung des WZB wurde die Diplom-Politologin Susann Burchardt für drei Jahre (bis Ende 1998) gefördert. Sie war Doktorandin in der Abteilung „Öffentlichkeit und soziale Bewegungen“. Sie schrieb eine Dissertation mit dem Thema „Ost-West-Vergleich der Medienberichterstattung über Protestereignisse 1989 bis 1996“, in der sie die im PRODAT-Projekt gewonnenen Daten nutzen und ergänzen konnte. Die Promotion wurde Ende des Jahres 1999 erfolgreich abgeschlossen.

Doktoranden

Im Rahmen der HSP III-Förderungsmöglichkeiten wurde zwei Doktorandinnen und einem Doktoranden die Möglichkeit gegeben, in dem Schwerpunkt ihre Dissertationen zu bearbeiten: Annett Schultz arbeitet über „Haushalt und Haushalten in Ostdeutschland – Lebensgestaltung, Alltagsbewältigung und Haushaltsmanagement in der Transformation“ in der Abteilung „Sozialstruktur und Sozialberichterstattung“. Annette Legutke bearbeitet das Thema „Partei und Organisation im postkommunistischen Rußland“. Sie ist an die Abteilung „Institutionen und sozialer Wandel“ angebunden. Peter Hocke arbeitet zum Thema „Massenmedien und lokaler Protest: Empirische Fallstudie zur Medienselektivität in einer westdeutschen Bewegungshochburg“. Er ist für den Zeitraum der Förderung als Doktorand der Abteilung „Öffentlichkeit und soziale Bewegungen“ angegliedert.

Mit den gewählten Themen stehen die drei Doktoranden den Forschungsprogrammen der Gastgeberabteilungen nahe, erhalten dort Anregungen und die Möglichkeit der Nutzung von Daten.

Personal

In der Abteilung „Sozialstruktur und Sozialberichterstattung“ fand eine starke Personalfluktuation statt. Zum einen wurde im Jahre 1999 Professor Dr. Horst Berger emeritiert. Zum anderen ging eine Vielzahl von Drittmittelprojekten zu Ende, die Mitarbeiter verließen nach Abschluß der Projekte die Abteilung.

Auch in der Abteilung „Öffentlichkeit und soziale Bewegungen“ fand im Bereich der studentischen Hilfskräfte eine starke Fluktuation statt. In einigen Projekten wurde aufgrund der intensiven Datenbearbeitung eine Vielzahl von studentischen Hilfskräften auf Zeit eingestellt. In „Spitzenzeiten“ arbeiteten dort zwölf Studenten, von denen zehn mit der Kodierung von Zeitungsartikeln beschäftigt waren. So gab es Zeiten, in denen der Schwer-

punkt inklusive der teilzeitbeschäftigten Hilfskräfte bis zu 80 Personen „beherbergte“, im Regelfall jedoch sind ca. 50 Personen in dem Schwerpunkt beschäftigt (Wissenschaftler, studentische Hilfskräfte, Sekretariatskräfte).

Gastwissenschaftler

In den beiden Berichtsjahren hielten sich insgesamt 15 Wissenschaftler für längere Zeit am Schwerpunkt auf. Das gemeinsame inhaltliche Interesse sowie eine hinreichende Betreuungskapazität durch Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen der Abteilungen waren unabdingbare Voraussetzungen für diese Einladungen. Die Erweiterung der eigenen Fragestellung einerseits und die Verbreitung der Ergebnisse andererseits sind Gesichtspunkte, die bei der Entscheidung, solche Einladungen auszusprechen, auch eine Rolle spielen.

Im Rahmen einer Kooperation mit der Abteilung „Institutionen und sozialer Wandel“ war Thomas König (Mannheimer Zentrum für europäische Sozialforschung) Gast der Abteilung und arbeitete mit Andrea Volkens über die deutschen Regierungserklärungen von 1949 bis 1990. Wolfgang Schroeder, Mitarbeiter der Tarifabteilung beim Vorstand der IG Metall in Frankfurt am Main, arbeitete über den Strukturwandel industrieller Beziehungen in Ostdeutschland. Er war von April bis Juli 1999 Gast der Abteilung „Institutionen und sozialer Wandel“. In dieser Zeit forschte er speziell über Fragen der Tarifpolitik im genannten Interessenbereich. Zsolt Spéder aus Budapest, Ruut Veenhoven aus Rotterdam und Thomas Link aus Wien waren Gäste, die in der Abteilung „Sozialstruktur und Sozialberichterstattung“ für längere Zeit mitarbeiteten.

Renommierte Wissenschaftler waren auch in den Jahren 1998 und 1999 wieder für jeweils kürzere Zeit Gäste der einzelnen Abteilungen. Im Berichtszeitraum waren dies 20 Personen. Im folgenden werden nur einige exemplarisch aufgeführt. Wie auch schon in der Vergangenheit kam Professor Charles L. Taylor, Virginia Polytechnic Institute and State University, Blacksburg, um in Fortsetzung der Herausgebertätigkeit (zusammen mit Hans-Dieter Klingemann) der Buchserie „Founding Elections in Eastern Europe“ sowohl an Autorenkonferenzen teilzunehmen als auch vor Ort in der Abteilung „Institutionen und sozialer Wandel“ zu arbeiten. Professor David Easton, University of California, Irvine, war 1998 dort zu Gast, Professor Ronald Inglehart, University of Michigan, Ann Arbor, im Sommer 1998. Professor Richard I. Hofferbert, State University of New York, Binghamton, war ebenso wie Professor David Olson von der University of North Carolina und Professor Juan Diez Medrano von der University of California, San Diego, zu längeren Forschungsaufenthalten in der Abteilung.

Hervorgehoben sei auch noch der Aufenthalt von Professor Seymour Martin Lipset, George Mason University, der im Juni 1999 Gastwissenschaftler der Abteilung „Institutionen und sozialer Wandel“ war. All diese Gäste hielten Vorträge in der Abteilung bzw. vor dem Gesamt-WZB und bereiteten während ihres Aufenthalts Beiträge für diverse Publikationen der Abteilung vor. Zu zwei- bis dreitägigen Aufenthalten und zur Beratung und intensiven Diskussion mit den einzelnen Abteilungen kamen weitere Gäste zu den einzelnen Abteilungen bzw. einzelnen Wissenschaftlern der Abteilungen. Hier seien Professor Otfried Jarren aus Zürich, Professor Jürgen Gerhards aus Leipzig sowie Professor Hanspeter Kriesi, ebenfalls Zürich, genannt, die in die Abteilung „Öffentlichkeit und soziale Bewegungen“ zu Arbeitsaufenthalten eingeladen waren.

Externe Aktivitäten

Die Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen der Abteilungen und der Forschungsprofessur nahmen an einer Vielzahl von Veranstaltungen außerhalb des WZB teil. Auf Tagungen, Workshops und Konferenzen wurden über 200 Vorträge gehalten, die über die laufenden Arbeiten Aufschluß gaben. Einige der Mitarbeiter wurden aufgefordert, zu einzelnen Themen – speziell während der Wahlen – Stellung zu nehmen oder an Diskussionen teilzunehmen. So war zum Beispiel in der Wahlzeit Hans-Dieter Klingemann als Experte für Wahlen häufig in den Medien präsent. Die Alfred-Grosser-Professur des Institut d’Etudes Politiques de Paris nahm Hans-Dieter Klingemann für die Zeit von Januar bis März 1999 wahr.

Kooperationen

Die Forschungsabteilungen sind national wie international in vielfältiger Weise vernetzt. Über die einzelnen Kooperationen wird in den Projektbeschreibungen ausführlich informiert. Hier sei erwähnt, daß sich in dem Berichtszeitraum insbesondere im europäischen Bereich eine Vielzahl neuer Kooperationen herausgebildet hat. So war die Abteilung „Sozialstruktur und Sozialberichterstattung" am Aufbau eines Netzwerks für einen europäischen Wohlfahrtssurvey („European Social Survey") beteiligt. Das „Euromodul" ist ein Projekt, an dem bisher 18 europäische Länder beteiligt sind.

Ein weiteres, breit angelegtes Kooperationsnetz wurde auf Initiative der Abteilung „Öffentlichkeit und soziale Bewegungen" eingerichtet. Mit den Niederlanden, der Schweiz und Frankreich wurde ein Vergleichsprojekt initiiert zum Thema der Einwanderungs- und Minderheitenpolitik, ein Thema, das für Deutschland und Großbritannien bereits in der Abteilung bearbeitet wird.

Mitarbeiter der Abteilung „Institutionen und sozialer Wandel" sind in vier größere, international vergleichende Projekte eingebunden: „The Comparative Study of Electoral Systems" (CSES), „Founding Elections in Eastern Europe", „Post-Communist Publics" (PCP) und die 4. Welle des „European and World Values Survey". In der Abteilung „Öffentlichkeit und soziale Bewegungen" wird die Wissenschaftlerin Barbara Pfetsch zusammen mit Professor Dr. Hans-Jürgen Weiß von der Freien Universität Berlin für ein Projekt durch die GIF (German Israeli Foundation for Scientific Research and Development) für drei Jahre gefördert. Es ist ein Projekt, in dem parallel auf deutscher und auf israelischer Seite zum Thema „From the Melting Pot to Cultural Pluralism: Production and Consumption of Media by and for Ethnic Minority Communities" geforscht wird.

Viele der Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen waren auf Konferenzen und Vorträgen präsent, sie brachten sich ein in nationalen und internationalen Gremien, nahmen Ämter und Funktionen in wissenschaftlichen Organisationen und Zeitschriftengremien wahr. Ferner führten sie insgesamt rund 40 Lehrveranstaltungen sowohl an den Berliner Universitäten als auch in Paris, Wien und Münster durch. Die Direktoren betreuten zahlreiche Habilitationen, Promotionen und Diplomarbeiten.

Konferenzen

Neben internen Vortragsaktivitäten – externe Referenten besuchten die einzelnen Abteilungen – wurden von einzelnen Abteilungen diverse größere Workshops und Konferenzen durchgeführt. Auch hier seien nur wenige exemplarisch genannt.

Zum WZB-Jahrbuch 2000 „Die Zukunft der Demokratie" fand im Dezember 1999 ein Autorentreffen statt. Die Herausgeber dieses Buchs, Hans-Dieter Klingemann und Friedhelm Neidhardt, hatten zur Vorbereitung des neuen Jahrbuchs 2000 eingeladen. Im Vorjahr hatten Max Kaase und Günther Schmid zur Jahrbuchkonferenz gebeten. Der Titel des im Mai 1999 publizierten Jahrbuchs ist „Eine lernende Demokratie – 50 Jahre Bundesrepublik Deutschland".

In Fortführung bereits begonnener Aktivitäten wurde eine zweite Konferenz über Protestereignisse von der Abteilung „Öffentlichkeit und soziale Bewegungen" im Juli 1998 durchgeführt. Prominente Protestforscher aus Nordamerika sowie West- und Osteuropa kamen zusammen, um neue Verfahren der Datenerhebung und -analyse zu diskutieren.

Die Abteilung „Institutionen und sozialer Wandel" setzte ihre Reihe „Autorenkonferenzen" zu den „Founding Elections in Eastern Europe" fort. In beiden Berichtsjahren fanden Konferenzen mit osteuropäischen Kollegen und den Herausgebern (Klingemann, Taylor) der Buchreihe statt. Ziel dieser Konferenzen ist nicht nur die Diskussion der Manuskripte, sondern auch die Möglichkeit, wissenschaftliche und persönliche Kontakte zwischen den Autoren aus Osteuropa und den Mitarbeitern der Abteilung zu schaffen und zu vertiefen.

Im Mai 1998 wurde gemeinsam von der Abteilung „Sozialstruktur und Sozialberichterstattung" und dem Collegium Budapest ein Workshop in Budapest zum Thema „Social Change in an Enlarging Europe: Welfare Development, Structural Change

and Theoretical Approaches“ organisiert. Auch dies war eine Gelegenheit, Kollegen aus Osteuropa mit Wissenschaftlern aus Deutschland, Italien und Holland zusammenzubringen und über gemeinsame gegenwärtige und mögliche zukünftige wissenschaftliche Fragestellungen zu diskutieren. Im Juli 1998 führte dieselbe Abteilung zum dritten Mal eine Konferenz des Euroreporting-Netzwerks durch; gleichermaßen erwähnenswert ist auch das Expertentreffen „Euromodul“, das von der Abteilung im Januar 1999 organisiert wurde.

Abteilung „Öffentlichkeit und soziale Bewegungen“

Grundlagen

Das Forschungsprogramm der seit 1989 arbeitenden Abteilung war mit den Gegenstandsbereichen „Öffentlichkeit und soziale Bewegungen“ von Anfang an auf komplexe Vermittlungsprozesse moderner Demokratien bezogen. Mit der Erzeugung „öffentlicher Meinungen“ und „sozialer Proteste“ beeinflussen Öffentlichkeit und soziale Bewegungen an den Peripherien des politischen Systems und im Vorfeld seiner zentralen Institutionen die konfliktreichen Prozesse, mit denen bestimmte Themen als „soziale Probleme“ festgestellt und politisiert werden. Das Programm der Abteilung besteht darin, die Bedingungen, Strukturen und Prozesse dieses politischen „Agenda-Building“ zu erforschen und die Gesetzmäßigkeiten festzustellen, unter denen zu bestimmten „Issues“ und in Richtung bestimmter Problemlösungen politischer Entscheidungsdruck entsteht.

Der Forschungsstand, an dem die Abteilung am Beginn ihrer Arbeit ansetzen konnte, erschien im Hinblick auf die Gegenstandsbereiche sowohl von Öffentlichkeit als auch von sozialen Bewegungen als unbefriedigend. Deshalb war die erste Phase der Abteilungsarbeit sowohl durch die Suche nach fruchtbaren theoretischen Orientierungen als auch durch eine Reihe empirischer Explorationen geprägt, die sich einerseits auf Ausdrucksformen, Strukturbesonderheiten und Prozeßabläufe von Öffentlichkeit im allgemeinen und Massenkommunikation im besonderen bezogen, andererseits auf Entstehungsbedingungen sozialer Bewegungen, dabei insbesondere auf die Rolle von Bewegungsmilieus, „mesomobilization contexts“ und „sozialen Relais“. Der theoretische Beitrag, den diese Studien ergaben, ist in vorläufige Zwischenbilanzen sowohl zur Theorie von Öffentlichkeit und öffentlicher Meinung (Neidhardt 1994; Gerhards 1994) als auch zur Theorie sozialer Bewegungen (Neidhardt/Rucht 1994) eingegangen. Er findet seinen Niederschlag ebenso in zwei Habilitationsschriften, die in der Abteilung entstanden sind (Gerhards 1994a; Rucht 1994b).

Forschungsprogramm

Der in den Jahren 1994/1995 erreichte Forschungsstand ermöglichte eine schärfere thematische Konzentrierung des Abteilungsprogramms auf Makroaspekte eines „Agenda-Building“, das einen Teil des politischen Systems moderner Demokratien darstellt. Öffentlichkeit bzw. Massenmedien und soziale Bewegungen werden als Faktoren eines vielschichtigen Zusammenhangs kollektiver Problemdefinitionen und Problemlösungsprogramme sowie gezielter Politikentscheidungen betrachtet, in den sie mit ihren Produkten – nämlich mit „öffentlichen Meinungen“ und „sozialen Protesten“ – mehr oder weniger eingreifen. Dieter Fuchs (1996; 1997) hat in mehreren Ausarbeitungen die Modellierung dieses Zusammenhangs unternommen. Der Erforschung dieses Zusammenhangs dienen Projekte, die in Mehrebenenansätzen Prozeß- und Akteursverflechtungen und deren Effekte auf Problemkarrieren untersuchen, deren institutionelle Bedingungen durch internationale Vergleiche bestimmbar machen und durch Längsschnittserhebungen imstande sind, zeitliche Veränderungen als Lerneffekte zu interpretieren. Solche Projekte wurden in den letzten Jahren bearbeitet; die ersten zusammenfassenden Ergebnisse sind im Berichtszeitraum veröffentlicht worden (siehe insbesondere Gerhards/Neidhardt/Rucht 1998; Neidhardt/Rucht 1999).

Projekttypen

Bei seiner empirischen Arbeit verfolgt das Projektprogramm der Abteilung unterschiedliche, aber miteinander verknüpfte heuristische Strategien: (a) Ein Typus von Projekten ermittelt Massendaten

auf den beiden Akteursebenen, die im Mittelpunkt der Abteilungsforschung stehen, also von sozialen Bewegungen und von Massenmedien als den zentralen Akteuren moderner Öffentlichkeit, und in beiden Fällen setzen die laufenden Projekte bei den Produkten an, mit denen sie (unter bestimmbaren Bedingungen) gesellschaftlich manifest und politisch folgenreich werden: einerseits Protesten, andererseits öffentlichen Meinungen. Im Hinblick auf beide Ebenen entstehen mit einer Fülle von Daten Zeitreihen, die systematisch aufeinander bezogen werden sollen.

Ein anderer Typus von Projekten verfolgt (b) die Strategie, am Beispiel instruktiver Fälle öffentlicher Auseinandersetzungen das komplexe Zusammenwirken von Faktoren unterschiedlicher Akteursebenen genauer zu bestimmen. Dies erfolgt mit Längsschnittsanalysen und internationalen Vergleichen einerseits am Beispiel des Abtreibungsthemas für Deutschland und die U.S.A., andererseits am Beispiel des Ausländerthemas für Deutschland und Großbritannien. Dabei sind die Untersuchungsdesigns so abgestimmt, daß auch die Zeitreihendaten der unter (a) genannten Untersuchungen zu Protesten und öffentlichen Meinungen genutzt werden können.

Die Gesamtplanung der Abteilungsforschung ist darauf eingestellt, spätestens im Jahre 2000 die Zusammenführung der diversen Projektbefunde in einer größeren Zahl von Publikationen abschließen zu können. Zum Ende des Sommersemesters 2000 wird sich der Abteilungsdirektor Friedhelm Neidhardt emeritieren lassen und dann auch die Leitung der Abteilung förmlich aufgeben. Über die weitere Zukunft der Abteilung konnte angesichts der Ressourcenprobleme des WZB noch nicht entschieden werden.

Soziale Bewegungen und soziale Proteste

Öffentliche Proteste kollektiver Akteure stellen einen instruktiven Indikator für manifeste Unzufriedenheiten und kollektive Problemwahrnehmungen, aber auch für Spannungen und Verwerfungen im System institutioneller Interessenvermittlung moderner Demokratien dar. Mit Protesten wird die Bearbeitung von Problemen eingefordert, die die Protestakteure für gleichzeitig akut und nicht hinreichend wahr- und ernstgenommen halten. Ein erheblicher, im Zeitablauf allerdings variierender Anteil solcher Proteste wird von sozialen Bewegungen durchgeführt. Insofern gab es gute Gründe dafür, im Rahmen der Abteilung eine systematische Erhebung und Analyse öffentlicher Proteste zu betreiben. Dies geschah mit mehreren, unterschiedlich ansetzenden und ungleich weit vorangeschrittenen Projekten, die auf Längsschnittsanalysen und Ländervergleiche abgestellt sind.

PRODAT

Das Projekt PRODAT („Dokumentation und Analyse von Protestereignissen in der Bundesrepublik“) beruht auf einer Inhaltsanalyse von Pressenachrichten über Protestereignisse im Zeitraum seit 1950. Gefragt wird vor allem nach Zeiten, Orten, Akteuren, Protestthemen und -formen sowie Prozeßmerkmalen.

Das Projekt wurde 1989 mit einer Reihe von Vorstudien begonnen, von 1992 bis 1994 mit Mitteln der Deutschen Forschungsgemeinschaft gefördert und ist mit umfangreichen Datenerhebungen inzwischen abgeschlossen. Analysefähige Daten für 13.000 Protestereignisse, die im Zeitraum von 1950 bis 1994 stattfanden, liegen seit dem Frühjahr 1999 vor. Sie beziehen sich auf das Gebiet der alten Bundesrepublik, seit 1989 auch zusätzlich auf die DDR bzw. die neuen Bundesländer. Die Abteilung hat sich entschlossen, die Datenerhebung über 1994 hinaus fortzusetzen und die fortlaufend aktualisierte Datenbank nach eigener Nutzung auch externen Wissenschaftlern zur Verfügung zu stellen. Aufgrund entsprechender Vereinbarungen mit dem Kölner Zentralarchiv für Empirische Sozialforschung steht dort der größte Teil des Datensatzes seit Januar 1998 zur Verfügung.

Erste Ergebnisse

In einer Reihe von Publikationen wurden vorliegende Daten analysiert und veröffentlicht (u. a. Neidhardt/Rucht 1999; Rucht 1998a; 1998b; 1998c; 1999a; 1999b). Zudem entstanden mehrere methodisch ausgerichtete Beiträge (Rucht/Koopmans/Neidhardt 1998; Rucht/Neidhardt 1998;

Koopmans/Rucht 1999). Die bisher vorliegenden Auswertungen zeigen, daß entgegen der herrschenden Wahrnehmung die durchschnittliche Protestneigung ebenso wie der Anteil gewaltförmiger Proteste seit 1950 von Jahrzehnt zu Jahrzehnt zugenommen haben.

Auffällig ist weiterhin, daß der Anteil eher informeller Protestträger (Bewegungsgruppen und Bürgerinitiativen) im Vergleich zum Anteil protestaktiver Verbände und Parteien ebenfalls gestiegen ist. Deutlich zeigt sich im übrigen ein Zusammenhang zwischen der Regierungszusammensetzung und der Häufigkeit von Protesten sowie der Art der Protestakteure.

Ergänzende Projekte

Eine vollständige Auswertung der Daten steht noch aus; sie wird noch Jahre beanspruchen. Inzwischen ist damit begonnen worden, andere Daten zu sammeln (etwa zu objektiven Problemindikatoren, subjektiven Problemwahrnehmungen, politischen Strukturdaten), um diese mit Protestereignisdaten zu verknüpfen. Dabei sollen unter anderem grundlegende Fragestellungen der Bewegungs- und Protestforschung – zum Beispiel zu den Bestimmungsfaktoren von Protestzyklen und den Elementen von „political opportunity structures" – auf empirischer Grundlage beantwortet werden. Eine von Susann Burchardt erstellte und im Herbst 1999 vorgelegte Dissertation hat sich auf den Vergleich von Protesten in West- und Ostdeutschland konzentriert und deren Spezifik durch unterschiedliche Arten und Ausmaße von Deprivation (gemessen anhand von Meinungsumfragen) sowie Mobilisierungsstrukturen (gemessen anhand von Gruppenbefragungen und vorhandenen Statistiken) zu erklären versucht.

Mit Hilfe des reichhaltigen Materials, das beim Ordnungsamt der Stadt Freiburg/Br. für Demonstrationsmärsche und vergleichbare Aktionen ausgewertet werden konnte, hat Peter Hocke im Rahmen seines Dissertationsvorhabens eine systematische und medienunabhängige Dokumentation stattgefundener Protestereignisse der Jahre 1983 bis 1989 erstellt. Nach Abschluß der inhaltsanalytischen Erhebung erfolgte die Verknüpfung und Weiterverarbeitung der gewonnenen Daten.

In der Analyse werden, vornehmlich orientiert an kommunikationswissenschaftlichen Theorien über „Nachrichtenwerte", Rückschlüsse auf Merkmale von Protestereignissen mit und ohne Medienresonanz gezogen. Die Analyse der erhobenen Daten ist inzwischen abgeschlossen. Sie bestätigen die Annahme hoher Medienselektivität und geben instruktive Hinweise auf die dabei wirksamen Faktoren. Diese Befunde werden für die Interpretation von PRODAT-Daten nützlich sein.

Im Rahmen eines abteilungsübergreifenden Kleinprojekts, das im Sommer 1997 begonnen wurde, sind Dieter Rucht und Andrea Volkens (Abteilung „Institutionen und sozialer Wandel") der Frage nachgegangen, ob und wie sich Proteste auf die Formulierung der Wahlprogramme bundesdeutscher Parteien zwischen 1953 und 1990 ausgewirkt haben. Zu diesem Zweck wurden zwei unabhängig voneinander entstandene Datensätze reorganisiert und zu einem Datenkorpus zusammengeführt, der themen-, zeit- und parteispezifische Analysen ermöglichte (Rucht/Volkens 1998).

Konferenzen

Der weiteren Verbreitung der Sammlung und Analyse von Protestereignissen dient ein methodisch ausgerichteter Sammelband (Rucht/Koopmans/Neidhardt 1998), dessen Beiträge auf eine 1995 am WZB durchgeführte internationale Konferenz zurückgehen. Eine vor allem an Analyseverfahren und Ergebnisinterpretationen orientierte Folgekonferenz wurde im Juli 1998 am WZB unter der Regie von Ruud Koopmans und Dieter Rucht durchgeführt. Ausgewählte und überarbeitete Beiträge dieser Veranstaltung sind in einem von den Organisatoren herausgegebenen Themenband der Zeitschrift „Mobilisation" veröffentlicht (Koopmans/Rucht 1999)

U.S.A.

Inzwischen hat PRODAT die Aufmerksamkeit ausländischer Forscher gefunden und das Interesse an PRODAT-förmigen Vergleichsuntersuchungen angeregt. Eine amerikanische Gruppe (John D. McCarthy/Pennsylvania State University, Sarah Soule/University of Arizona sowie Doug McAdam und Susan Olzak/Stanford University) hat damit begonnen, eine analoge Datenerhebung für die U.S.A. durchzuführen. Die geplanten kompara-

Abteilung „Öffentlichkeit und soziale Bewegungen“	
Personal am 1. Oktober 1999	seit
Claudia Daheim	1999
Dr. Christiane Eilders	1996
Martin Eisend	1998
Christian Galonska	1998
Birgit Hahn*	1981
Diplom-Politologe Peter Hocke	1999
Tobias Köhler	1998
Dr. Ruud Koopmans	1994
Birgit Kruse	1998
Konstanza Prinzessin zu Löwenstein**	1978
Diplom-Politologe Albrecht Lüter	1998
Professor Dr. Friedhelm Neidhardt	1988
Dr. Barbara Pfetsch	1994
Dr. Norbert Pütter***	1999
Diplom-Soziologe Jochen Roose	1998
Privatdozent Dr. Dieter Rucht beurlaubt 1998–2000	1988
Cornelia Vetter	1991
Ute-Marie Yu**	1978
Ausgeschiedenes Personal[1]	1998–1999
Diplom-Politologin Susann Burchardt	1996–1999
Angelika Costa	1996–1999
Gabriele Denis	1994–1998
Britta Gericke	1998–1999
Manuela Heinrich	1990–1999
Dietmar Hobler	1998–1999
Juliane Just	1998–1999
Gerald Kleine Wördemann	1998–1999
Ursula Menzel	1991–1999
Dirk Meurer	1998–1999
Verena Rösner	1994–1998
Hanns Holger Rutz	1998–1999
Paul Statham	1996–1999
Marc Weider	1998–1999
Annika Zorn	1998–1999

1 mit mindestens 12 Monaten Zugehörigkeit zum WZB
* für den Direktor der Abteilung 1 und den Präsidenten tätig
** für den gesamten Schwerpunkt tätig
*** Kooperationsvertrag mit der Freien Universität Berlin

tiven Analysen sollen sich vor allem darauf konzentrieren, sowohl die Einflußfaktoren auf Protest als auch die Wirkung von Protest zu untersuchen.

TEA-Projekt

Mit dem deutschen Teil des von der Europäischen Union finanzierten Projekts „Transformation of Environmental Activism“ beteiligt sich die Abteilung an einer ländervergleichenden Studie zu Umweltbewegungen in sieben Staaten der EU. In drei Untersuchungsteilen, die in den teilnehmenden Ländern jeweils analog durchgeführt werden, soll der Entwicklung von Engagement im Bereich des Natur- und Umweltschutzes nachgegangen werden. Eine Inhaltsanalyse der Berliner „tageszeitung“ erhebt, angelehnt an das PRODAT-Projekt, umweltbezogene Proteste in Deutschland.

Erste Ergebnisse zu diesem Untersuchungsteil wurden von Dieter Rucht und Jochen Roose im Rahmen von Konferenzen vorgetragen. Zweitens wurden bundesweite Umweltorganisationen sowie Gruppen in Berlin schriftlich zu ihren Aktivitäten und Strukturen befragt. In einem dritten Untersuchungsteil wird der Konflikt um den Transrapid im Rahmen einer Fallstudie detailliert untersucht. Das Gesamtprojekt wird 2001 abgeschlossen und mündet in mehrere ländervergleichende Veröffentlichungen. Eine Dissertation von Jochen Roose wird Daten des Projekts aufnehmen und mit Erhebungen zu umweltpolitischen Konstellationen der EU ergänzen.

Öffentliche Meinung, Massenmedien, Demoskopie

Theoretische Grundlagen

Der Einfluß der Öffentlichkeit auf politische Entscheidungsprozesse, mit denen kollektive Probleme bearbeitet werden, erfolgt unter bestimmten Bedingungen über die Entstehung und Vermittlung dessen, was „öffentliche Meinung" genannt wird. Theoretisch macht dieser unklar und widersprüchlich gebrauchte Begriff nur dann Sinn, wenn er von dem demoskopisch erhobenen, statistischen Aggregat von „Bevölkerungsmeinung" systematisch abgegrenzt wird. Öffentliche Meinung entsteht dann, wenn in öffentlichen Kommunikationen – wahrnehmbar vor allem über Massenmedien – zu bestimmten Themen eine relativ starke Konsonanz von Meinungsäußerungen entsteht. Die von der Forschung kaum bearbeitete Frage ist, unter welchen Bedingungen zu welchen Themen in der Öffentlichkeit eine Übereinstimmung von Meinungsäußerungen entsteht und welche Wirkung dies unter welchen Bedingungen auf politische Prozesse ausübt.

Die Abteilung hat in mehreren Projekten Grundprozesse öffentlicher Meinungsbildung untersucht und Ansätze einer Theorie der Öffentlichkeit entwickelt (Neidhardt 1994b). Für empirisch gehaltvolle Aussagen steht allerdings aus, eine valide und zuverlässige Messung „öffentlicher Meinung" zu erreichen. Diesem Zweck dient ein Vorhaben, das seit 1996 von Christiane Eilders zusammen mit Friedhelm Neidhardt und Barbara Pfetsch unter dem Titel „Die Stimme der Medien im politischen Prozeß: Themen und Meinungen in Pressekommentaren" bearbeitet und von der Deutschen Forschungsgemeinschaft mit Drittmitteln unterstützt wird (Eilders/Neidhardt/Pfetsch 1997; Eilders 1997; Neidhardt/Eilders/Pfetsch 1998; Eilders/Lüter 1998).

Pressekommentare

Leitartikel und Kommentare stellen das klassische und über demokratische Normen legitimierte Genre publizistischer Meinungsäußerungen dar. Sie liefern instruktive Indikatoren für den eigenständigen Beitrag der Medien zur öffentlichen Meinungsbildung und zum politischen Agenda-Setting. Der Vergleich von Kommentaren einer größeren Zahl von Printmedien über die Zeit von mehreren Jahren ermöglicht die Längsschnittsbestimmung der Medienagenda, d. h. sowohl der Themen, die besondere publizistische Aufmerksamkeit finden, und der Meinungen, die zu diesen Themen geäußert werden, als auch des Maßes an Übereinstimmung im Hinblick auf Themen und Meinungen. Im Mittelpunkt des Interesses steht daher die Gesamtheit von Themen und Meinungen im Mediensystem, insbesondere der Umfang von Übereinstimmungen mehrerer Medien hinsichtlich ihrer Themen (Fokussierung) und der Meinungen zu diesen Themen (Konsonanz). Die Annahme ist, daß die Wahrscheinlichkeit der politischen Resonanzerzeugung im Ausmaße der in Kommentaren meßbaren Fokussierungen und Konsonanzen im Mediensystem steigt.

Der eigenständige Beitrag von Medien zum politischen Diskurs wurde anhand einer Inhaltsanalyse von Kommentaren überregionaler Tageszeitungen zwischen 1994 und 1998 empirisch untersucht. Die Inhaltsanalyse sollte zum einen klären, welche politischen Themen die Medien in ihren Kommentaren aufnehmen, in welcher Weise sie diese definieren und interpretieren und dabei bestimmte Akteure und Akteursbeziehungen ansprechen und bewerten. Zum anderen sollte untersucht werden, unter welchen Bedingungen die auf diese Weise erfolgenden Relevanzzuweisungen und Problemdeutungen im politischen System Resonanz finden.

Ein Vergleich von Kommentaragenda und politischer Agenda – wie sie in Parteiprogrammen, Regierungserklärungen und Parlamentsdokumenten zum Ausdruck kommt – sollte Aufschluß über wechselseitige Einflüsse zwischen Medien und Politik geben. Parteiprogramme und Regierungserklärungen lagen für den Untersuchungszeitraum bereits in Gestalt inhaltsanalytisch aufbereiteter Daten aus dem Projekt „Party-Manifesto" der Nachbarabteilung „Institutionen und sozialer Wandel" vor, während für die Erfassung der Parlamentsdokumente eigene Inhaltsanalysen durchgeführt wurden.

Die Erfassung der Kommentare und politischen Dokumente wurde im Dezember 1999 abgeschlos-

sen. Erste Analysen der Kommentardaten sind bereits erfolgt. Genauere Untersuchungen zur Übereinstimmung zwischen den Medien sowie zu möglichen Interaktionen zwischen Kommentaragenda und politischer Agenda werden derzeit vorbereitet. Der Abschlußbericht soll Ende 2000 vorliegen.

Erste Ergebnisse

Für die Jahre 1994 bis 1998 wurden insgesamt 11.024 Kommentare der überregionalen Presse erfaßt; einbezogen waren die Frankfurter Allgemeine, die Frankfurter Rundschau, die Süddeutsche Zeitung, die taz und Die Welt. Obwohl sich in den Häufigkeiten, mit denen in den Kommentaren bestimmte politische Themen behandelt wurden, zeitungsspezifische Präferenzen ausdrücken, entsteht insgesamt ein Bild hoher Übereinstimmungen auf der Themenebene. Auch die Auswahl der in den Kommentaren genannten Akteure zeigt ein hohes Maß an zeitungsübergreifendem Konsens. Deutlich weniger Einhelligkeit besteht bei der Beurteilung dieser Akteure; hier schlagen parteispezifische Präferenzen nach einem Muster durch, das in der Medienforschung schon häufiger ermittelt wurde.

Gruppiert man die überregionalen Zeitungen auf einem links/rechts-Schema, so ergeben sich Positionen in der Reihenfolge: taz, FR, SZ, FAZ, Welt. Diese Reihenfolge stellt sich auch dann ein, wenn man die veröffentlichten Kommentarmeinungen in bezug auf bestimmte politische Handlungsoptionen eher linken oder eher rechten Positionen zuordnet. Allerdings gilt auch: Keine der Zeitungen vertritt durchgängig rechte oder linke Positionen, und keine der Zeitungen läßt sich als Parteipresse bewerten. Genauere Analysen, die auch Aufschlüsse über die wechselseitigen Einflüsse zwischen Medien- und Politikagenda und die spezifischen Bedingungen einer Resonanzerzeugung im politischen System bringen sollen, werden gegenwärtig durchgeführt.

Politische Öffentlichkeitsarbeit

Die Professionalisierungstendenzen bei der Generierung öffentlicher Meinungen werden von Barbara Pfetsch in zwei Untersuchungskomplexen bearbeitet. Sie beziehen sich einerseits auf Organisationen und Rollen politischer „Öffentlichkeitsarbeit“ im Bereich politischer Entscheidungsträger, also von Regierungen; hier erscheint die Ausdifferenzierung von Grenzstellen zur Gestaltung und Beobachtung von öffentlicher Meinung und von Bevölkerungseinstellungen zunehmend organisiert. Sie beziehen sich andererseits auf die Demoskopie, die sich zu einer wissensproduzierenden Branche eigener Art entwickelt hat; in einem darauf bezogenen Projekt werden repräsentative und „zielgruppen“-spezifisch differenzierte Bevölkerungsmeinungen ermittelt, die zunehmend medienvermittelt anderen Akteuren als Orientierung für eigene Problemwahrnehmungen und Problembearbeitungen dienen. Die Frage ist, welche Selektivitäten dabei erzeugt werden und welche Effekte im Prozeß politischen Agenda-Buildings (z. B. durch Vermittlung von politischer „Öffentlichkeitsarbeit“) dabei entstehen.

Regierungskommunikation

Mit dem Projekt „Regierungskommunikation – Eine vergleichende Studie politischer Öffentlichkeitsarbeit in der Bundesrepublik Deutschland und den U.S.A.“ untersucht Barbara Pfetsch die im Regierungsbereich ausdifferenzierten Kontaktstellen politischer Öffentlichkeitsarbeit, die an der Grenze zwischen politischem System und Mediensystem das Management des Informationsaustauschs unternehmen. Die hier positionierten Spezialisten versuchen, die Botschaften politischer Akteure nach der Eigenlogik der modernen Massenkommunikation zu gestalten und mit den politischen Interessen und Verfahrensregeln in Einklang zu halten. Während die empirische Forschung bislang aufweisen konnte, daß ein hoher Anteil der Medienberichterstattung auf die Quelle politischer Öffentlichkeitsarbeit zurückgeht, ist der Forschungsstand in bezug auf die Frage, mit welchen Ressourcen und Strategien „Public-Relations“-Spezialisten politischer Öffentlichkeitsarbeit die Medienagenda beeinflussen und in welcher Weise diese Öffentlichkeitsarbeit selber organisiert ist, weitgehend spekulativ geblieben.

Deutschland/ U.S.A.

Gegenstand des Projekts ist eine akteursspezifische Analyse der Strategien und Techniken politischer Öffentlichkeitsarbeit von Regierungen in unterschiedlichen nationalen Kontexten. Im Mittelpunkt stehen die Ziele, Mittel und Normen der Public Relations-Experten im Regierungssystem

der Bundesrepublik Deutschland und der U.S.A., die öffentliche Meinung beobachten und versuchen, die politische Agenda in den Medien zu beeinflussen, im Vergleich mit den Orientierungen der Akteure im Mediensystem, auf die sich die Anstrengungen politischer Öffentlichkeitsarbeit richten. Der in dem Projekt angelegte Vergleich zwischen der Bundesrepublik und den U.S.A. ermöglicht es, die vielfach in der Literatur postulierte These von der Amerikanisierung der politischen Kommunikation im Sinne einer weitgehenden Unterwerfung der Politik unter die Logik des massenmedialen Öffentlichkeitsprozesses zu prüfen.

Die Strukturen des politischen Systems (präsidentielles vs. parlamentarisches Regierungssystem), des Mediensystems (kommerzielles vs. duales Mediensystem) sowie die Medienkultur (konfliktbafte vs. konsensuelle Kommunikationstile) stellen entscheidende Kontextfaktoren der Interaktion von Sprechern und Journalisten dar. Die Frage ist, ob die Handlungsorientierungen und schließlich auch die Bedeutung strategischer politischer Kommunikation im Prozeß des politischen Agenda-Buildings variieren oder ob sich generalisierte Handlungs- und Bedeutungsmuster politischer Öffentlichkeitsarbeit erkennen lassen.

Empirische Grundlage der Studie sind 112 halbstandardisierte Leitfadeninterviews mit (1) Sprechern und PR-Experten in der Regierung der Bundesrepublik; (2) Korrespondenten der wichtigsten Medien in Bonn; (3) Sprechern und PR-Experten in der Regierung der U.S.A.; (4) Mitgliedern des „press corps" der wichtigsten nationalen Medien in Washington D.C. Die Leitfadengespräche umfassen etwa 4.000 Seiten Text, die mit der Methode der hermeneutisch-klassifikatorischen Inhaltsanalyse bearbeitet, d.h. verschlüsselt und dann analysiert werden. Auf der Basis dieser Methode ist es möglich, Argumente auf Aussagenebene systematisch miteinander zu verknüpfen und quantitativ auszuwerten. Für die Auswertung steht inzwischen ein quantitativer Datensatz mit 12.642 Aussagen zur Verfügung.

In den Jahren 1998 und 1999 wurde die Studie theoretisch und empirisch fortgeschrieben. Im Hinblick auf die theoretischen Grundlagen und den internationalen Vergleich ist ein Beitrag für einen von Graber et al. herausgegebenen internationalen Band (Pfetsch 1998; vgl. auch WZB-Discussionpaper FS III 99–101) entstanden, der insbesondere die Bedeutung von Kontextfaktoren des politischen Systems und des Mediensystems analysiert, die zur Herausbildung ideosynkratischer nationaler politischer Kommunikationskulturen führen. Zudem wurde die spezifische Bedeutung von Regierungen als Kommunikatoren im politischen Prozeß und die Möglichkeiten und Grenzen der Politikvermittlung durch die Regierung in einem Aufsatz für das Buch „Politikvermittlung und Demokratie in der Mediengesellschaft" (Pfetsch 1998) genauer untersucht. Die „objektiven" Bedingungen der Kommunikation politischer Akteure kann man als Strukturmerkmale der politischen Kommunikation begreifen, die im Sinne von „constraints" die Orientierungen und das Handeln der Akteure beeinflussen.

Die Auswertungen zu den akteursspezifischen Handlungsorientierungen und Bedeutungsmustern – die bisher publiziert sind (Pfetsch 1999) oder als Manuskripte vorliegen (z.B. für einen von Jürgen Gerhards im Jahr 2000 herausgegebenen Band zum deutsch-amerikanischen Kulturvergleich) – zeigen, daß die Unterschiede zwischen der Bundesrepublik und den U.S.A. bei der Interaktion von politischen Sprechern und Journalisten größer sind als die Gemeinsamkeiten. Die empirisch rekonstruierten Orientierungen der Akteure verweisen auf medienorientierte Kommunikationsrollen und Stile der Interaktion in den U.S.A. im Vergleich zu parteipolitisch motivierten Handlungsorientierungen in der Bundesrepublik. Diese grundlegende Differenz, die den populären Vorstellungen über „Amerikanisierungstendenzen" der politischen Kommunikation in Deutschland klar widerspricht, manifestiert sich sowohl hinsichtlich der Normen des gegenseitigen Umgangs und entsprechender Regelverstöße als auch der Zielsetzungen der politischen Öffentlichkeitsarbeit. Trotz differenter nationaler Kommunikationskulturen fungieren die Medien in beiden Ländern als strategische Ressource, die politische Handlungsfähigkeit erhöhen, wenn nicht gar gänzlich herstellen soll.

Politische Öffentlichkeitsarbeit Foto: Ullstein/BPA

Eine Auswertung der Wahrnehmungen von politischen Sprechern und Journalisten über die Strukturbedingungen der Kommunikation von Politik in der Bundesrepublik zeigt, daß sich die Kommunikationspolitik in flexibler Weise an die Umweltbedingungen der Medien im Dienste strategischer Positionierungen und der Durchsetzung materieller Entscheidungen anpaßt. Insofern erhöhen sich die Chancen der Durchsetzung politischer Ziele, je mehr die Bedingungen der Medien in die Strategieformulierung einbezogen werden und je professioneller dies geschieht. Das Projekt ist in der abschließenden Phase, in dem die Einzelergebnisse in einer Buchveröffentlichung zusammengefaßt werden.

Demoskopie

Die Demoskopie hat sich in den vergangenen Jahrzehnten zu einer eigenen Größe in den Agenda-Building-Prozessen des politischen Systems entwikkelt. Aus der Perspektive des Abteilungsprogramms sind an dieser Entwicklung zwei Aspekte von besonderer Bedeutung. Mit Blick auf den Beitrag der Demoskopie zum öffentlichen Diskurs stellt sich zunächst die Frage, in welchem Ausmaß sich die Meinungsforschung als eigenständige Branche entwickelt hat, die mit professionellen Mitteln Wissen für öffentliche Diskurse erzeugt und vermarktet. Zudem interessiert, welches Wissen diese Branche über welche Themen produziert und wie dieses Wissen in öffentliche Diskurse eingespeist wird.

Diese Fragen werden in der Abteilung mit zwei Einzelrecherchen bearbeitet. Die Struktur und Entwicklung der Branche der Markt- und Meinungsforschung von 1986 bis 1996 hat Simone Wack in einer Studie nachgezeichnet, deren Ergebnisse als

WZB-Discussion-paper (FS III 98–103) veröffentlicht wurde. Auf der Basis von Daten aus den Handbüchern der Marktforschungsunternehmen, die regelmäßig vom Berufsverband Deutscher Markt- und Sozialforscher herausgegeben werden, läßt sich zeigen, daß die Meinungsforschungsbranche in den vergangenen zehn Jahren fast in jeder Hinsicht gewachsen ist und weiter wachsen wird. Dies läßt sich sowohl an der Zahl der Mitarbeiter als auch der enorm expandierenden Umsätze ablesen. Darüber hinaus kam es zu einer weiteren Professionalisierung der Wissenserzeugung, die sich sowohl durch die zunehmende Akademisierung und Spezialisierung der Beschäftigten in Meinungsforschungsinstituten als auch durch eine stärkere Rationalisierung der Befragungsmethoden nachvollziehen läßt.

Eine zweite Recherche in der Abteilung bezieht sich auf die Art des in Meinungsforschungsinstituten erzeugten Wissens, d.h. die Fragen und Antworten und mit ihnen Mehrheits- und Minderheitsmeinungen, die mit Hilfe der Medien öffentlich gemacht werden. Diese Fragen verfolgen Barbara Pfetsch und Simone Wack durch eine explorative Fallstudie, in deren Mittelpunkt das Frage- und Antwortprogramm steht, das Medienakteure bei Meinungsforschungsinstituten nachfragen. Grundlage der empirischen Analyse sind 300 Umfragen, die zwischen 1996 und 1997 von verschiedenen Medien bei dem Berliner Meinungsforschungsinstitut FORSA in Auftrag gegeben wurden. Auf der Basis der Daten kann gezeigt werden, welches Wissen die Medien mit Hilfe von Umfragen produzieren, welche Themen sie für ihre publizistischen Zwecke erforschen lassen und welche Frames ihrer Wahrnehmung und Deutung für die spezifische Verwendung in den Massenmedien konstruiert werden.

Die Ergebnisse zeigen, daß sich die Mehrheit der von Medien in Auftrag gegebenen Umfragen auf wenige punktuelle Fragen beschränken. Die Medien verzichten weitgehend darauf, ein Themengebiet mit einem elaborierten Frageprogramm zu vertiefen. Zudem sind Tageszeitungen und Fernsehen in erster Linie an spezifischen politischen Einstellungen und kurzfristigen politischen Stimmungen interessiert, die im Sinne der Nachrichtenproduktion verwendet werden können. Der überwiegenden Zahl der für Medien produzierten Umfragen liegt ein aktuelles Ereignis zugrunde. Als Aufmerksamkeitskriterien sprechen diese Befragungen ganz überwiegend Merkmale von Konflikten bzw. gesellschaftlichen Interessensgegensätzen an. Diese Ergebnisse werden – zusammen mit einer zusätzlichen Recherche über die Darstellung von Umfrageergebnissen in den wichtigsten überregionalen Zeitungen und Nachrichtensendungen – den Kern eines Beitrags bilden, den Barbara Pfetsch zusammen mit Max Kaase für das WZB-Jahrbuch 2000 vorbereitet.

Fallbeispiel: Der Abtreibungskonflikt

In den beiden umfangreichen Fallstudien der Abteilung werden am Beispiel zweier „Problemkarrieren“ die komplexen Einflüsse auf den Prozeß politischen Agenda-Buildings beschrieben und aufeinander bezogen. In beiden Fällen handelt es sich um internationale Vergleichsstudien, um Längsschnittserhebungen und um Mehrebenendesigns, deren Durchführung einen relativ großen Aufwand an Zeit, Personal, Kooperation und Technik voraussetzt. Im einen Falle dient das Thema „Abtreibung“, im anderen Falle das Thema „Ausländer“ als das „Issue“, dessen konfliktreiche öffentliche Behandlung von verschiedenen Seiten aus untersucht wird.

U.S.A./ Deutschland

An dem Projekt „Strukturen und Prozesse öffentlicher Meinungsbildung im Ländervergleich: Der Abtreibungskonflikt in den U.S.A. und der Bundesrepublik Deutschland“ sind auf deutscher Seite Jürgen Gerhards (ehemals WZB), Monika Lindgens-Knoche (ehemals WZB), Friedhelm Neidhardt und Dieter Rucht, auf amerikanischer Seite William A. Gamson (Boston College) und Myra Marx Ferree (University of Connecticut) beteiligt. Das Projekt wurde 1993 begonnen und ist inzwischen weitgehend abgeschlossen. Es wurde von der Fritz Thyssen Stiftung und der National Science Foundation finanziell gefördert.

Der Konflikt um die rechtliche Regelung von Abtreibungen, der sich sowohl in den U.S.A. als auch

in Deutschland seit Jahrzehnten als eine öffentliche Auseinandersetzung zwischen unvereinbar erscheinenden moralischen Positionen abspielt, dient als Beispiel für die Rekonstruktion von Prozessen öffentlicher Meinungsbildung. Drei zentrale Fragen sollen empirisch beantwortet werden: (a) Von welchen Faktoren hängt der Erfolg von Akteuren ab, mit ihren Themen, Positionen und Deutungsmustern in die massenmediale Öffentlichkeit zu gelangen und die öffentliche Meinungsbildung mitbestimmen zu können? (b) Welche Unterschiede bestehen zwischen dem deutschen und dem amerikanischen Diskurs hinsichtlich seiner Strukturen und Abläufe, und wie können diese Unterschiede erklärt werden? (c) Welche Veränderungen des Diskurses lassen sich im Zeitablauf beobachten, und inwieweit können diese Entwicklungen als Anzeichen eines politischen Lernprozesses interpretiert werden?

Die öffentlichen Stellungnahmen der am Abtreibungskonflikt beteiligten Akteure sowie deren Resonanz in den Massenmedien wurden mit systematischen Inhaltsanalysen von Dokumenten und Tageszeitungen untersucht. Dabei wurden deren Themen, die dazu vertretenen Positionen sowie die eingesetzten Argumente („Ideen") und „Frames" erhoben und analysiert. Die sozioökonomischen Daten der „Produktionsstruktur", von der aus die beteiligten Akteure ihre Stellungnahmen verbreiten, wurden mit Hilfe einer schriftlichen und einer vertiefenden mündlichen Befragung bei den Akteuren ermittelt, wobei deren Ressourcenausstattung, ihre Öffentlichkeitsstrategien und ihre Beziehungsnetzwerke im Mittelpunkt stehen.

Publikationen

Der deutsche Untersuchungsteil wurde mit mehreren Publikationen bereits abgeschlossen (Gerhards/Neidhardt/Rucht 1998; Gerhards 1997; Neidhardt 1996). Teilergebnisse des deutsch-amerikanischen Vergleichs wurden auf mehreren Konferenzen vorgestellt. In einer umfangreichen, im Jahre 2000 fertigzustellenden Monographie (Cambridge University Press) werden speziell die komparativen Befunde ausführlich dokumentiert und im Lichte konkurrierender Theorien demokratischer Öffentlichkeit diskutiert.

Im Zusammenhang mit dem Hauptprojekt „Strukturen und Prozesse öffentlicher Meinungsbildung" steht das Dissertationsvorhaben von Barbara Franz (Universität München) mit dem Titel „Normenbildung und Konsensfindung im öffentlichen Diskurs am Beispiel der Abtreibungsdebatte 1970–1994", das im Jahre 1999 mit einer Promotion abgeschlossen wurde. Am Beispiel der Karriere des „Selbstbestimmungs-Frames", das in der Abtreibungsdiskussion eine gewichtige Rolle spielte, wird mit einschlägigen Daten des Hauptprojekts gezeigt, wie sich wertmäßig verankerte Argumentationen im Laufe öffentlicher Auseinandersetzungen verändern und in diesem Fall gleichzeitig durchsetzen und trivialisieren.

Während die Deutung von Schwangerschaftsabbruch unter dem Gesichtspunkt der freien Entscheidung von Frauen über ihren Körper, an der sich die Reformdebatte der 70er Jahre entzündet hatte, zunächst heftig umstritten und eng mit der ebenfalls nicht konsensfähigen politischen Forderung nach Straflosigkeit von Abtreibung gekoppelt war, läßt sich im Diskursverlauf mit den Daten nachzeichnen, daß das Selbstbestimmungsargument im Maße seiner Diffusion zunehmend seine normative Kraft und damit auch seine polarisierende Bedeutung verlor. Mit dem Rekurs auf den analytischen Bezugsrahmen der „New Rhetorics" wird dieser Befund zu erklären versucht.

Fallbeispiele: Mobilisierung zu ethnischen Unterschieden, Einwanderung und Staatsbürgerschaft (MERCI-Projekt)

Das zweite Fallbeispiel, mit dem in der Abteilung komplexen Interaktionseffekten nachgegangen wird, gehört primär dem Bewegungsbereich der Abteilungsforschung an, verbindet in zwei parallel geschalteten Länderprojekten aber jeweils die Ebene von Protestakteuren sowohl mit Basiseinstellungen der Bevölkerung als auch mit öffentlichen Meinungsbildungsprozessen und politischen Entscheidungen. Wieder kommt es darauf an, eine Problemkarriere aus der Interferenz unterschiedlicher Prozeßverläufe heraus zu erklären.

Einwanderungspolitik

Dazu wird dem Zusammenhang zwischen der unterschiedlichen institutionellen Gestaltung und dem öffentlichen Diskurs bezüglich der Einwanderungs- und Minderheitenpolitik in Deutschland und Großbritannien auf der einen und verschiedenen Formen der Mobilisierung ethnischer Unterschiede (rechtsextremer und ausländerfeindlicher Mobilisierung, antirassistischer Mobilisierung sowie der Mobilisierung von Ausländern und ethnischen Minderheiten) auf der anderen Seite nachgegangen. Dabei stehen drei Fragen im Mittelpunkt: (1) Wie kann Einwanderungs- und Staatsbürgerschaftspolitik integrationsfördernde Formen der Mobilisierung und Partizipation stimulieren und zur Eindämmung ausländerfeindlicher und fundamentalistischer Formen kollektiver Aktion beitragen? (2) Wie beeinflussen umgekehrt die verschiedenen Formen der Mobilisierung die offizielle Politik und den öffentlichen Diskurs zu den genannten Themen? (3) Wie wirken die drei genannten Formen der Mobilisierung aufeinander ein?

Im Projekt werden Theorien aus der Literatur zu Ethnizität und Staatsbürgerschaft kombiniert mit Einsichten aus der Forschung zu sozialen Bewegungen und kollektiver Aktion. Dabei werden die unterschiedliche institutionelle Gestaltung der Einwanderungs- und Staatsbürgerschaftspolitik sowie die öffentliche Auseinandersetzung mit diesen Themen als eine Gelegenheitsstruktur aufgefaßt, die bestimmte Formen der Mobilisierung und des „framing“ kollektiver Aktion fördert und andere beschränkt.

Die Hauptquelle von Primärdaten für die vergleichende Analyse ist eine Inhaltsanalyse der Berichterstattung zu dem angesprochenen Themenspektrum in den 90er Jahren in nationalen Tageszeitungen in den untersuchten Ländern. Die methodische Innovation des Projekts besteht darin, daß die inhaltsanalytische Erfassung öffentlicher Diskurse systematisch mit der in der Bewegungsforschung gängigen Methode der Protestereignisanalyse verbunden wird. Die Analyseeinheit bilden einzelne berichtete Handlungen, wobei sowohl verbale Aussagen, politische Entscheidungen als auch kollektive Proteste erfaßt werden.

Die aus der Inhaltsanalyse gewonnenen Daten werden zusätzlich verknüpft mit relevanten verfügbaren Sekundärdaten, etwa in bezug auf Einwanderungsströme. Das Design der Studie erlaubt sowohl Querschnittsvergleiche zwischen Ländern oder Regionen als auch Zeitreihenanalysen innerhalb der untersuchten Länder. Eine Reihe ländervergleichender Veröffentlichungen liegt bereits vor (Koopmans 1996; Koopmans/Kriesi 1997; Koopmans/Statham 1999a, 1999b, 2000).

Auf Initiative des WZB wurden 1997 Kooperationsprojekte mit den Niederlanden (Rinus Penninx und Thom Duyvené de Wit, Amsterdam), der Schweiz (Marco Giugni, Genf) und Frankreich (Florence Passy, Genf), die das gleiche Untersuchungsdesign verfolgen, einbezogen. Die Koordination des dadurch entstandenen internationalen Vergleichsprojekts liegt bei der Abteilung. Die Fertigstellung einer größeren, vergleichenden Abschlußpublikation ist für Ende 2001 geplant.

Fremdenfeindlichkeit/ Rechtsextremismus

Neben den ländervergleichenden Fragestellungen richtet sich die von Ruud Koopmans durchgeführte deutsche Teilstudie vor allem auf die Erklärung ausländerfeindlicher sowie rechtsextremer Mobilisierung und Gewalt. Der allgemeinen theoretischen Idee des Projekts folgend, steht dabei die gegenseitige Beeinflussung zwischen dieser Mobilisierung und der öffentlichen Debatte und dem Entscheidungsprozeß in der Einwanderungs- und insbesondere in der Asylpolitik im Mittelpunkt. Dabei werden einerseits longitudinale Vergleichsanalysen und andererseits ein Vergleich des politischen Umgangs mit verschiedenen Einwanderergruppen (insbesondere Asylbewerber und Aussiedler) durchgeführt.

Darüber hinaus wird der Einfluß zusätzlicher Faktoren, die nicht direkt mit der Einwanderungspolitik zusammenhängen, auf die Entwicklung des Rechtsextremismus untersucht. Unter anderem wird dabei den Fragen nach der Effektivität staatlicher Repression und zivilgesellschaftlicher Gegenmobilisierung sowie der Bedeutung von Publikumsreaktionen für die Entfaltung ausländerfeindlicher Mobilisierung nachgegangen. Die Analyse der Daten hat schon zu einer Reihe von Veröffent-

lichungen zu Teilaspekten geführt (Koopmans 1996b, 1996c, 1996d, 1997, 1998a, 1998b, 1999a, 1999b; Koopmans/Rucht 1996). Geplant ist, die Ergebnisse der deutschen Teilstudie in einer abschließenden Buchveröffentlichung zusammenzuführen.

Britische Fallstudie

In der von Paul Statham durchgeführten britischen Fallstudie liegt der Akzent auf der Mobilisierung ethnischer Gruppen. Im Gegensatz zu Deutschland gibt es in Großbritannien „schwarze" britische Staatsbürger, die bereits in der zweiten oder dritten Generation dort leben und die vollen Bürgerrechte besitzen. Trotzdem haben die ethnischen Unruhen in den 1980er Jahren sowie auch in Bradford und in Brixton (1995) gezeigt, daß ethnische Unterschiede immer noch ein Potential für soziale Konflikte darstellen. Das Ziel der Untersuchung ist es, durch eine systematische und empirisch basierte Studie Auskünfte über die Entwicklung ethnischer, rassistischer und antirassistischer Mobilisierung sowie über die Folgen dieser Mobilisierungen in Großbritannien zu erhalten.

In dem Forschungsprojekt soll untersucht werden, wie ethnische Unterschiede in der öffentlichen Diskussion aufkommen und zur Grundlage sozialer Konflikte werden. Weiter werden die Auswirkungen solcher Konflikte auf politische und institutionelle Entscheidungen im Bereich der Immigrations-, Asyl- und „race relations"-Politik untersucht. Zusätzlich richtet sich die britische Fallstudie auf den Prozeß der Konstruktion ethnisch definierter „insider/outsider"-Abgrenzungen in Lokalitäten mit starker ethnischer Mobilisierung. Wie werden ethnische Unterschiede als Grenzen in verschiedenen Lokalitäten konstruiert? Welche Rolle spielt die Identität der ethnischen Gruppe (Asian/Afro-caribbean)? Wann werden ethnische Unterschiede von Bedeutung für lokale politische Entscheidungsprozesse? Was für eine Rolle spielen die (lokalen/nationalen) Medien in diesem Prozeß? Erste Veröffentlichungen zur britischen Teilstudie liegen bereits vor (Statham 1999; Statham/Martiniello 1999).

Deutsch-israelischer Vergleich

Die spezifische Rolle der Medien bei der Integration kultureller und ethnischer Minderheiten wird schließlich in dem deutsch-israelischen Vergleichsprojekt „From Melting Pot to Cultural Pluralism: Production and Consumption by and for Ethnic and Minority Communities" untersucht, das im Jahre 1997 vorbereitet wurde und ab 1998 von der German Israeli Foundation for Scientific Research and Development (G.I.F.) für drei Jahre gefördert wird. Das Projekt wird auf der deutschen Seite im WZB von Barbara Pfetsch und Hans-Jürgen Weiß von der Freien Universität Berlin, auf der israelischen Seite von Hanna Adoni, Hebrew University of Jerusalem, Dan Caspi, Open University of Israel, Jerusalem und Akiba Cohen, Tel Aviv University, bearbeitet.

Die Studie knüpft an die Frage an, wie moderne demokratische Gesellschaften mit dem Problem erhöhter Integrationsanforderungen bei möglicherweise abnehmenden Integrationskapazitäten umgehen. Für ethnische und kulturelle Minderheiten liegt das Integrationsproblem darin, daß diese Gruppen sowohl aufgrund ihres kulturellen bzw. historischen Hintergrunds als auch aufgrund ihrer konkreten Lebenssituation mit einer Mehrheitskultur konfrontiert sind, die unterschiedliche Wertesysteme und Normen aufweist. Massenmedien können u.a. Integrationsleistungen für die Gesellschaft und das politische System erbringen, indem sie – wie neuere Ansätze betonen – in ihren Konstruktionen von Medienrealität sogenannte „imagined communities" der Zugehörigkeit oder Abschottung schaffen.

Das vergleichende Design sieht vor, die Produktion von Medien für Minderheiten, die Inhalte der von den Minderheiten genutzen Mehrheitsmedien und Minderheitsmedien sowie die Mediennutzungsmuster bei vier Gruppen zu analysieren: (1) die arabische Minderheit in Israel; (2) die russisch-jüdischen Einwanderer nach Israel; (3) die Bevölkerung in der ehemaligen DDR; (4) die russisch-deutschen Einwanderer (Aussiedler) nach Deutschland.

Das Projekt hat das Ziel zu klären, ob die Massenmedien die sektoralen Unterschiede in der Gesellschaft und damit pluralistische Tendenzen verstärken oder ob sie die sektoralen Unterschiede zwischen den Gruppen zu überbrücken und damit die Integration von Minderheiten in einer Mehrheits-

kultur zu leisten vermögen. Schließlich soll auch die politische Dimension der Integration von Minderheiten untersucht werden, indem gefragt wird, ob und wie die (in Mehrheitsmedien und Minderheitsmedien) thematisierten kulturellen Identitäten von Minderheiten im politischen Prozeß wirksam werden.

Die Projektarbeiten im Rahmen der deutschen Teilstudie am WZB in den Jahren 1998 und 1999 konzentrierten sich in erster Linie auf empirische Erhebungsarbeiten in bezug auf die Gruppe der rußlanddeutschen Aussiedler. In einer Bestandsaufnahme von Medien von und für die untersuchten Minderheiten ging es insbesondere darum, die in Deutschland verfügbaren russischsprachigen Medienangebote – darunter etwa 50 Zeitungen und Zeitschriften sowie die über Satellit verfügbaren russischen Radio- und Fernsehprogramme – zu recherchieren, um die Medienumwelt der rußlanddeutschen Spätaussiedler zu rekonstruieren. Einen zweiten Schwerpunkt bildeten Erhebungen, die Aufschluß über die Gruppenidentitäten der jeweiligen Minderheiten sowie deren Mediennutzungsverhalten geben. Fragen der Selbstdefinition und Fremdwahrnehmung von rußlanddeutschen Aussiedlern standen im Mittelpunkt von Gruppendiskussionen im Frühjahr 1999, deren Befunde in dem WZB-Discussion-paper FS III 99–103 (Pfetsch 1999) publiziert sind.

Die Ergebnisse zeigen, daß die Gruppenidentität der rußlanddeutschen Einwanderer vor allem auf der Wahrnehmung beruht, von der Mehrheitsgesellschaft nicht als Deutsche wahrgenommen und akzeptiert zu werden. Zu den Exklusionskriterien, die den Minderheitenstatus der rußlanddeutschen Immigranten begründen, gehören insbesondere Sprachbarrieren und Wertekonflikte. In dieser Grundkonstellation kommt der Nutzung sowohl deutscher als auch russischsprachiger Medien eine Schlüsselrolle zu, da die Medien sowohl Inklusionsprozesse als auch Abschottungstendenzen befördern können. Fragen der Mediennutzung bilden den Kern einer repräsentativen Umfrage mit jeweils 500 Befragten rußlanddeutscher Aussiedler sowie einer Stichprobe der Bevölkerung Sachsens und Niedersachsens, die im Herbst 1999 für das Projekt vom ZUMA Mannheim durchgeführt wurde. In der abschließenden Projektphase im Jahr 2000 sind vergleichende Analysen der Umfragedaten der deutschen Erhebungen mit den parallel dazu durchgeführten Untersuchungen in Israel sowie umfangreiche Analysen des Minderheitendiskurses in Mehrheits- und Minderheitsmedien in beiden Ländern geplant. Das Projekt wird mit einer gemeinsamen Buchpublikation der deutschen und israelischen Gruppe abgeschlossen, die die international vergleichende Perspektive in den Mittelpunkt rückt.

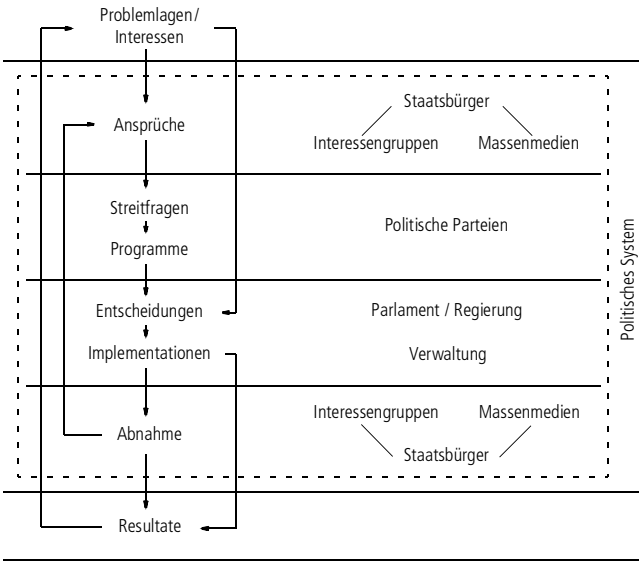
Abteilung „Institutionen und sozialer Wandel"

Grundlagen

Allgemeiner Ausgangspunkt für das Forschungsprogramm ist die Frage, inwieweit politische Institutionen in modernen Gesellschaften fähig sind, die vielfältigen Problemlagen und die unterschiedlichen Ansprüche ihrer Bürger aufzunehmen und zu verarbeiten. Durch zwei grundlegende Wandlungsprozesse haben sich die Voraussetzungen und Bedingungen für die Aufnahme und Verarbeitung von gesellschaftlichen Problemlagen und Ansprüchen in den letzten Jahrzehnten nachhaltig verändert.

Erstens haben in den westlichen Demokratien soziale und wirtschaftlich-technische Wandlungsprozesse zu neuen Problemlagen und zu einem veränderten Verhältnis der Bürger zur Politik geführt. Die Bürger artikulieren neue Ansprüche (z. B. Umweltschutz, Lebensqualität) und konfrontieren politische Institutionen mit der Forderung nach stärkerer politischer Beteiligung. Zweitens haben sich seit Ende der 80er Jahre in Mittel- und Osteuropa Wandlungen und Umwälzungen in Richtung des Aufbaus demokratischer politischer Systeme vollzogen.

Damit verbunden sind Wandlungen in allen Bereichen dieser Gesellschaften, die die entstehenden politischen Institutionen vor besondere Anforderungen stellen. Die Veränderungen in Mittel- und Osteuropa haben nicht nur Auswirkungen auf diese



Fuchs 1993

Schaubild 1 Ein Modell des demokratischen Prozesses (Auszug)

neu entstehenden Systeme, sondern durch den Wegfall des Ost-West-Konflikts ebenfalls Rückwirkungen auf die Problemhaushalte und die Legitimationsbedingungen westlicher Demokratien.

Vor dem Hintergrund dieser beiden grundlegenden Wandlungsprozesse stellt sich die Frage, ob demokratische Systeme auf die neuen Bedingungen in ihrer Umwelt angemessen reagieren, also die Frage nach ihrer Leistungsfähigkeit. Für etablierte westliche Demokratien heißt das, danach zu fragen, in welchem Maße ihre politischen Systeme in der Lage sind, den neuen Problemlagen und dem veränderten Verhältnis von Bürger und Politik zu begegnen. Die Frage nach der Leistungsfähigkeit der politischen Systeme stellt sich für die Länder Mittel- und Osteuropas in besonderer Weise. Sie müssen nicht nur die durch die Wandlungsprozesse entstandenen Problemlagen und Ansprüche aufnehmen und verarbeiten, sondern gleichzeitig auch die Aufgabe der Konsolidierung der neu eingeführten demokratischen Institutionen lösen.

Das Forschungsprogramm der Abteilung greift die Frage nach der Leistungsfähigkeit politischer Institutionen auf und versucht, in einigen zentralen Aspekten empirische Klärungen durch vergleichende Analysen vorzunehmen. Im internationalen Vergleich werden die westlichen Demokratien der OECD sowie die neu entstandenen Demokratien vor allem in Mittel- und Osteuropa untersucht.

Theoretischer Bezugsrahmen

Als allgemeiner theoretischer Bezugsrahmen für die empirischen Analysen dient zum einen ein systemtheoretisches Modell des politischen Prozesses in Demokratien. Zum anderen werden demokratische Kriterien spezifiziert und zur Beurteilung dieser Prozesse herangezogen. Die allgemeinen theoretischen Grundlagen der Forschungsaktivitäten wurden in der Abteilung entwickelt und zu einer Metatheorie des demokratischen Prozesses verdichtet (Fuchs, FS III 93–202 und FS III 93–203). In Anknüpfung an etablierte systemtheoretische Vorstellungen wird das politische System als ein Leistungssystem begriffen, dessen spezifische Funktion in der Herstellung und Durchsetzung kollektiv bindender Entscheidungen liegt. Der Prozeß wird dabei als eine gerichtete Abfolge von Handlungsprodukten unterschiedlicher Akteure des politischen Systems konzeptualisiert (s. Schaubild 1).

Dieser Prozeß beginnt nach der demokratischen Grundnorm bei den Ansprüchen der Staatsbürger. Diese Ansprüche werden sowohl von den Staatsbürgern direkt als auch vermittelt über Interessengruppen, soziale oder politische Bewegungen und Massenmedien artikuliert. Politische Parteien selektieren aus diesen Ansprüchen. Aufgegriffene Ansprüche werden Gegenstand des Parteienwettbewerbs, sie werden zu politischen Streitfragen und zum Teil in die politischen Programme der Parteien aufgenommen und gebündelt.

Über den Mechanismus der demokratischen Wahl finden bestimmte Programme Eingang in Parlament und Regierung und werden in kollektiv bindende Entscheidungen umgesetzt, die die Verwaltung anschließend implementiert. Entscheidungen haben Auswirkungen (Resultate), die von den Staatsbürgern und ihren Organisationen bewertet werden (Abnahme). Resultate und Abnahme poli-

tischer Entscheidungen wirken wieder auf die gesellschaftlichen Problemlagen und Ansprüche der Bürger zurück.

Zur Beurteilung der Qualität der politischen Prozesse wurden systematische Kriterien entwickelt (Fuchs, 1998). Im Mittelpunkt steht dabei die Frage, in welchem Ausmaß kollektive politische Akteure gesellschaftliche Problemlagen und Ansprüche der Bürger aufnehmen (Responsivität), in welchem Ausmaß diese realisiert werden (Effektivität) und wie diese Leistungen durch die Bürger beurteilt werden.

Forschungsdesign

Das empirische Forschungsprogramm der Abteilung setzt sowohl auf der mikro- als auch auf der makroanalytischen Ebene an. Die mikroanalytische Ebene bezieht sich zum einen auf die Bürger und deren politische Einstellungen und Verhaltensweisen im Rahmen des demokratischen politischen Systems und gegenüber diesem System und seinen Leistungen. Zum anderen richtet sich die mikroanalytische Perspektive auf die Einstellungen und Verhaltensweisen politischer Eliten als Leistungsträger des politischen Systems. Auf der makroanalytischen Ebene werden Strukturen und Handlungsprodukte kollektiver Akteure und Subsysteme der Politik untersucht.

Im Mittelpunkt steht dabei die Frage, welchen Einfluß Strukturen auf die Leistungsfähigkeit von kollektiven Akteuren und Subsystemen haben. Darüber hinaus werden die verschiedenen Ebenen in einen systematischen Bezug zueinander gesetzt. Zum einen wird die Frage untersucht, inwieweit Leistungen der Eliten und der kollektiven Akteure des politischen Systems den gesellschaftlichen Problemlagen und Ansprüchen der Bürger entsprechen. Zum anderen werden Unterschiede zwischen den Ländern auf der Mikroebene durch systematische Variationen auf der Makroebene erklärt.

Datenquellen

Die wichtigsten Datenquellen für das Forschungsprogramm auf der Mikroebene stellen repräsentative Bevölkerungs- und Elitenumfragen dar. Auf der Makroebene sind es Struktur- und Leistungsindikatoren der kollektiven Akteure und Subsysteme der Politik. Für die Mikro- wie die Makroebene kann zwar teilweise auf bereits vorliegende Daten zurückgegriffen werden. Für bestimmte Forschungsfragen muß die Abteilung jedoch in größerem Umfang eigene Erhebungen durchführen, die in aller Regel über Drittmittel finanziert werden. Im Berichtszeitraum zählten zu den Förderungsinstitutionen die Deutsche Forschungsgemeinschaft (DFG), die Fritz Thyssen Stiftung, die Volkswagen-Stiftung und die Europäische Kommission.

Struktur des Forschungsprogramms

Im Forschungsprogramm wird systematisch zwischen drei Untersuchungsobjekten unterschieden: Bürger, kollektive Akteure und Subsysteme der Politik sowie politische Eliten. Entsprechend den unterschiedlichen Fragestellungen gliedert sich das Programm in drei größere Bereiche. In jedem Bereich werden mehrere, vor allem international vergleichende Forschungsprojekte durchgeführt, die inhaltlich aufeinander bezogen und über Kooperationsbeziehungen miteinander verzahnt sind. Die drei Forschungsbereiche sind:

- Bürger und Politik,
- Strukturen und Leistungen kollektiver Akteure und politischer Systeme,
- Politische Eliten und politische Repräsentation.

1. Bürger und Politik

Die Forschungsprojekte und -arbeiten in diesem Bereich richten sich auf vier Aspekte des politischen Prozesses, die das Verhältnis von Bürger und Politik kennzeichnen und für die Funktionsweise des politischen Systems zentral sind: die Ansprüche der Bürger an das politische System und seine Akteure; die Art und Weise, wie Bürger durch ihr Handeln diesen Ansprüchen Ausdruck verleihen; die Beurteilung des politischen Systems und seiner Akteure durch die Bürger; sowie die Akzeptanz und Bewertung der Leistungen politischer Akteure durch die Bürger.

Forschungsleitend sind hier die Fragen, mit welchen Ansprüchen und Herausforderungen alte und neue Demokratien konfrontiert sind und welche Faktoren Unterschiede zwischen den Bürgern innerhalb

einer Demokratie und zwischen den Bürgern in verschiedenen Demokratien erklären. Bei der Erklärung der Unterschiede zwischen den Demokratien interessiert vor allem die Frage, inwieweit diese auf unterschiedliche strukturelle Merkmale und Leistungen der jeweiligen politischen Systeme zurückgeführt werden können. Die Arbeiten zu diesen Fragen konzentrieren sich auf fünf Themenfelder: Demokratie, Wohlfahrtsstaat, Wahlen und Wahlverhalten, Partizipation und Interessenvermittlung sowie Demokratisierungsprozesse.

Demokratie

Die leitende Fragestellung bezieht sich auf die Stabilität etablierter Demokratien und die Kontinuität neuer Demokratien. Dabei wird an den Grundgedanken der politischen Kulturforschung angeknüpft, der von einer Kongruenz der politischen Kultur und der existierenden institutionellen Struktur als Stabilitäts- und Konsolidierungsbedingung von Demokratien ausgeht. Dieser Grundgedanke wird in einem theoretischen Modell der Demokratie, das drei Ebenen eines demokratischen Systems unterscheidet, aufgegriffen und systematisch ausgearbeitet (Fuchs 1999; Fuchs, FS III 99–203 und FS III 99–204).

Die unterste Ebene ist die der konkreten Handlungen der Bürger und der Eliten. Nur wenn diese mit den normativen Erwartungen konform sind, die der institutionellen Struktur eines Landes zugrundeliegen, kann die Demokratie eines Landes als stabil beziehungsweise konsolidiert betrachtet werden. Diese notwendige Handlungskonformität hängt wesentlich von der Akzeptanz der institutionellen Struktur der eigenen Demokratie ab. Diese kann wiederum durch verschiedene Faktoren beeinflußt beziehungsweise erzeugt werden. Der wichtigste Faktor besteht in der Bindung der Bürger an diejenigen Werte, die der institutionellen Struktur der Demokratie des eigenen Landes zugrundeliegen und diese legitimieren können. Diese Wertebindung ist der Inhalt der politischen Kultur, die die oberste Ebene des demokratischen Systems darstellt.

Ost- und Westdeutschland

Auf der Grundlage des skizzierten Modells und seiner theoretischen Annahmen wurden im Berichtszeitraum zwei empirische Analysen durchgeführt. Die eine stellt einen Vergleich zwischen den Bürgern der alten und der neuen Bundesländer dar (Fuchs 1999). Eines der zentralen Ergebnisse dieses Vergleichs (das die Ergebnisse früherer Analysen bestätigt) ist, daß in Ostdeutschland mehrheitlich andere normative Demokratievorstellungen vor-

Abteilung „Institutionen und sozialer Wandel"

Personal am 1. Oktober 1999	seit
Thomas R. Cusack Ph.D.*	1978
Privatdozent Dr. Dieter Fuchs	1989
Philipp Harfst	1999
Hans-Joachim Hildebrandt	1999
Jutta Horstmann	1998
Diplom-Politologe Achim Kielhorn	1999
Professor Dr. Hans-Dieter Klingemann	1989
Diplom-Politologin Annette Legutke	1999
Gudrun Mouna	1990
Diplom-Soziologin Katarina Pollner	1997
Dr. Edeltraud Roller	1990
Diplom-Politologe Kai-Uwe Schnapp	1996
Ilona Sperling-Meyer	1983
Dr. Andrea Volkens	1989
Dr. Christian Welzel	1997
Dr. Bernhard Weßels	1989
Ausgeschiedenes Personal[1]	1998–1999
Jan Flickschu	1990–1998
Markus Kosselt	1997–1998
Dr. Katrin Mattusch	1996–1998
Ralf Mytzek	1996–1998
Sylvana Opitz	1995–1998

1 mit mindestens 12 Monaten Zugehörigkeit zum WZB
* den Abteilungen 2 und „Wirtschaftswandel und Beschäftigung" zugehörig

Geringe Akzeptanz der Demokratie in Ostdeutschland (hier: Erfurt) Foto: H. D. Kley

herrschen als diejenigen, die der Demokratie des vereinigten Deutschland zugrundeliegen. Diese Diskrepanz ist einer der Gründe für die empirisch festgestellte geringe Akzeptanz der Demokratie des vereinigten Deutschland in Ostdeutschland.

Deutschland und U.S.A.

Die andere Analyse vergleicht die U.S.A. mit den beiden Teilen Deutschlands (Fuchs, FS III 99–204). Dieser Vergleich erbrachte zwei wichtige Ergebnisse: Erstens, alle drei Gemeinschaften können zweifelsfrei als demokratisch bezeichnet werden, eine Disposition für andere Regierungsformen läßt sich nicht ausmachen. Zweitens gibt es aber zwischen den normativen Demokratievorstellungen beträchtliche Unterschiede. Die Bürger der U.S.A. bevorzugen das Modell einer libertären Demokratie, das in ihrem Lande auch weitgehend institutionalisiert ist. Die Bürger Westdeutschlands präferieren ein sozialdemokratisches Modell der Demokratie, das dem demokratischen Wohlfahrtsstaat des vereinigten Deutschland weitgehend entspricht. Demgegenüber präferieren die Ostdeutschen mehrheitlich ein sozialistisches Demokratiemodell, das über den demokratischen Wohlfahrtsstaat des vereinigten Deutschland erheblich hinausgeht.

Der Vergleich zwischen verschiedenen politischen Gemeinschaften unter dieser Perspektive wird in Zukunft weitergeführt. Im Vordergrund steht dabei vor allem der Vergleich zwischen den osteuropäischen und den westlichen Demokratien (vgl. S. 146).

Wohlfahrtsstaat

Die Existenz eines Wohlfahrtsstaats zählt zu den wichtigsten Legitimationsbedingungen moderner Demokratien. Herausforderungen des Wohlfahrtsstaats stellen deshalb immer auch Herausforderungen für die Legitimität dieser Demokratien dar. In westlichen Demokratien besteht die Herausforderung vor allem in der durch die ökonomische Globalisierung hervorgerufenen Standortkonkurrenz zwischen nationalen Ökonomien. Dadurch wird ein Um- oder Abbau nationaler Wohlfahrtsstaatsmodelle erzwungen. Wenn die Bürger diesen Um- oder Abbau nicht akzeptieren, kann dies negative Folgen für die Legitimität der Demokratie haben.

In den neuen Demokratien Mittel- und Osteuropas dagegen besteht die Herausforderung darin, daß die Bürger sich vom sozialistischen Wohlfahrtsstaatsmodell abkehren und stattdessen reduziertere Wohlfahrtsstaatsmodelle akzeptieren, die mit den neuen liberalen Demokratien kompatibel sind. In dem Maß, in dem die Bürger dieser Länder weiterhin an einem sozialistischen Wohlfahrtsstaat festhalten, dürfte dies die Herausbildung einer Unterstützung für die jungen liberal-demokratischen Strukturen erschweren. Zu beiden Fragestellungen wurden im Berichtszeitraum empirische Analysen vorgelegt, die sich auf einen Vergleich von Ost- und Westdeutschland konzentrieren.

Westdeutschland

Die Analysen für Westdeutschland zeigen, daß sich an der grundlegenden Zustimmung zu dem in Deutschland implementierten Wohlfahrtsstaatsmodell – dem Sozialstaat – seit den 70er Jahren bis in die 90er Jahre nur wenig verändert hat (Roller 1998, 1999). Die Zustimmung zur staatlichen Zuständigkeit für soziale Belange nimmt im Zeitverlauf zwar marginal ab, sie umfaßt aber nach wie vor die überwiegende Mehrheit der Bürger. Zwei Faktoren dürften dafür verantwortlich sein. Erstens ist die Mehrzahl der Bevölkerungsgruppen, auch die Selbständigen als klassische Gegner des Sozialstaats, inzwischen zu Nutznießern des Sozialstaats geworden. Alle haben ein Interesse am weiteren Erhalt des Systems entwickelt. Zweitens hat der sozialstaatliche Konflikt zwischen den politischen Parteien nur einen moderaten Charakter.

Während sich in der grundsätzlichen Zustimmung zur staatlichen Verantwortung, die auch als Extensität bezeichnet wird, nur geringfügige Distanzierungen vom Sozialstaat abzeichnen, ergibt sich hinsichtlich der Intensität sozialstaatlichen Handelns eine etwas größere Veränderungsbereitschaft. In den 90er Jahren stimmt zwar nur eine Minderheit der Westdeutschen der Kürzung von Sozialleistungen zu, diese Gruppe ist aber kontinuierlich angewachsen (Roller 1999). Die Kürzungsbereitschaft scheint dabei in erheblichem Maße vom Eigeninteresse bestimmt zu sein: Kürzungen werden vor allem bei solchen Sozialleistungen akzeptiert, von denen nicht die Befragten selbst, sondern andere profitieren.

Ostdeutschland

In Ostdeutschland präferieren die Bürger ein sozialistisches Wohlfahrtsstaatsmodell, das über den im vereinten Deutschland implementierten Sozialstaat hinausgeht (Roller 1999). Empirische Analysen zeigen, daß diese Einstellung die Konsolidierung der liberalen Demokratie in Ostdeutschland aus zwei Gründen erschwert. Die Demokratie des vereinigten Deutschland wird zum einen abgelehnt, weil ihre sozialpolitische Leistungsfähigkeit negativ beurteilt wird (Legitimation „von unten"), und zum anderen, weil die demokratische Struktur nicht einer normativen Demokratiekonzeption entspricht, die soziale Grundrechte und einen umfassenden Wohlfahrtsstaat vorsieht (Legitimation „von oben").

Wahlen und Wahlverhalten

Zum Kernbestand der Abteilung gehört die Analyse von Wahlen in Deutschland und im internationalen Vergleich. Die Bundestagswahlen 1994 und 1998 wurden beziehungsweise werden in drei Projekten untersucht („Wahlabstinenz, Wählerwanderung und politische Issues 1994", „Nachwahlstudie zur Bundestagswahl 1994", „Nachwahlstudie zur Bundestagswahl 1998"). Daneben sind Mitarbeiter der Abteilung derzeit in zwei größere international vergleichende Projekte eingebunden: „The Comparative Study of Electoral Systems (CSES)" und „Founding Elections in Eastern Europe". Ein drittes international vergleichendes Projekt „Cross-National Election Project (CNEP)" wurde 1999 abgeschlossen.

Bundestagswahl 1994

Die Bundestagswahl 1994 stand im Mittelpunkt von zwei Forschungsvorhaben. Die eine Studie „Wahlabstinenz, Wählerabwanderungen und politische Issues 1994" (Bearbeiter: Hans-Dieter Klingemann, Bernhard Weßels) wurde in Kooperation mit Lutz Erbring, Klaudia Erhardt, Mike Friedrichsen und Richard Stöß (alle Freie Unversität Berlin) durchgeführt und von der Deutschen Forschungsgemeinschaft gefördert. In diesem Projekt ging es primär um die Entwicklungen im Wahljahr bis zum Wahltag. Diese dynamische Perspektive konnte deshalb besonders gut untersucht werden, weil werktäglich repräsentative Telefonumfragen des ganzen Jahres und eine parallele quantitative Inhaltsanalyse der Medieninhalte als Datenquellen zur Verfügung stehen. Die jüngsten Beiträge sind in dem von Max Kaase und Hans-Dieter Klingemann herausgegebenen Band „Wahlen und Wähler" 1998 veröffentlicht. Dabei ging es zum einen um die Gründe, warum es der CDU/CSU trotz schlechter Ausgangslage im Januar 1994 gelang, die Bundestagswahlen doch noch für sich zu entscheiden. Als besonders bedeutsam erwiesen sich Re-Mobilisierungsprozesse, die durch die sich im Lauf des Jahres verbessernde wirtschaftliche Lage in Gang kamen (Weßels 1998).

Zum anderen ging es um die Frage, wie sich das Urteil der Bürger über die Parteien im Zeitverlauf seit 1969 entwickelt hat. Dabei läßt sich feststellen, daß die positiven Urteile über die Parteien im Zeit-

verlauf zurückgehen, vor allem deshalb, weil nach instrumentellen Kriterien der Leistungsbeurteilung die Parteien bei den Bürgern in der letzten Zeit schlechter abschneiden (Klingemann 1998).

Ergänzend zu diesem auf die Dynamik vor der Bundestagswahl 1994 abzielenden Projekt wurde die „Nachwahlstudie zur Bundestagswahl 1994" gemeinsam mit Max Kaase und dem Zentrum für Umfragen, Methoden und Analysen, Mannheim (ZUMA), konzipiert (Bearbeiter: Hans-Dieter Klingemann, Edeltraud Roller, Bernhard Weßels). Diese an einem klassischen Wahlstudien-Design orientierte Umfrage stellt in stärkerem Maße auf eine Strukturanalyse der Bestimmungsgründe des Wahlverhaltens ab. Die jüngsten Ergebnisse dieser Studie wurden ebenfalls in dem von Max Kaase und Hans-Dieter Klingemann herausgegebenen Band „Wahlen und Wähler" 1998 veröffentlicht.

Dabei ging es zum einen um die Frage, inwieweit politische Positionen und die Beurteilung der Leistungsfähigkeit der Parteien das Wahlverhalten beeinflussen. Auch acht Jahre nach der Vereinigung zeigen sich dabei deutliche Unterschiede zwischen Ost und West. Während die Leistungsfähigkeit in beiden Landesteilen am stärksten und in gleicher Weise die Wahlentscheidung beeinflußt, spielen politische Positionen in Ostdeutschland eine noch geringere Rolle als in Westdeutschland, weil nach wie vor die volle Vertrautheit mit dem Parteiensystem fehlt (Roller 1998). Auch hat sich durch die Vereinigung die Bedeutsamkeit politischer Themen verändert und damit die Struktur des Parteienwettbewerbs (Fuchs, Rohrschneider 1998). Die aktuelle Wettbewerbssituation beeinflußt nicht nur die Wahlentscheidung, sondern entscheidet auch maßgeblich darüber, ob Bürger sich überhaupt an den Wahlen beteiligen. Sehen Bürger im Kontext des Einflusses des Gesamtelektorats eine hohe Bedeutung der eigenen Stimme für den Wahlausgang, beteiligen sie sich auch. Entgegen weit verbreiteter Auffassung hält die viel diskutierte Politikverdrossenheit unter solchen Wettbewerbsbedingungen die Bürger nicht vom Wählen ab (Kühnel, Fuchs 1998).

Bundestagswahl 1998

Die „Nachwahlstudie zur Bundestagswahl 1998", die in Kooperation mit Max Kaase, dem Mannheimer Zentrum für europäische Sozialforschung (MZES), namentlich Hermann Schmitt, dem Zentralarchiv für empirische Sozialforschung, Köln (ZA), und dem Zentrum für Umfragen, Methoden und Analysen, Mannheim (ZUMA), durchgeführt wurde (Bearbeiter: Hans-Dieter Klingemann, Bernhard Weßels), weist einige Besonderheiten auf. Zum einen ist sie Teil der Bemühungen einer integrierten deutschen Wahlstudie der Vorbereitungsgruppe „Nationale Wahlstudie", zum anderen handelt es sich bei einem Teil der Studie um die Einschaltung eines Fragenmoduls der international vergleichenden Wahlstudie „Comparative Study of Electoral Systems" (CSES).

Neben der Frage, ob das zum Regierungswechsel führende Wahlverhalten durch das Bedürfnis nach Politikwechsel motiviert war oder lediglich eine Auswechslung des Regierungschefs („Anti-Kohl-Wahl") angestrebt wurde (Bearbeiter: Bernhard Weßels), befassen sich die Arbeiten in diesem Projekt vorwiegend mit der Entwicklung des Parteiensystems und den Auswirkungen des Wahlrechts in der Bundesrepublik Deutschland. Kontinuität und Veränderung des Parteiensystems der Bundesrepublik lassen sich dabei durch drei Bestimmungsgründe erklären: die rechtlichen Rahmenbedingungen, vor allem das Wahlrecht, die langfristig angelegten Allianzen zwischen den politischen Parteien und ihren Trägergruppen und durch das Anpassungsvermögen der politischen Parteien (Klingemann 1999).

Das Wahlrecht hat aber auch Auswirkungen auf das Wahlverhalten. So läßt sich zum einen ein Zuwachs des strategischen Stimmensplittings zwischen Erst- und Zweitstimme beobachten, zum anderen schließt die Möglichkeit, Kandidaten im Wahlkreis direkt die Stimme zu geben, die Personalisierung der Politik auf der lokalen Ebene ein. Es läßt sich zeigen, daß solche Kandidaten, die sich besonders für den Wahlkreis eingesetzt haben, ihre Wahlchancen maßgeblich erhöhen (Klingemann, Weßels, FS III 99–205).

Comparative Study

Die Nachwahlstudie zur Bundestagswahl 1998 enthält ein Fragenmodul, das in dem Forschungs-

verbund „The Comparative Study of Electoral Systems (CSES)“ (Bearbeiter: Hans-Dieter Klingemann, Bernhard Weßels) entwickelt wurde und in den Kooperationsländern ebenfalls in den Nachwahlstudien eingesetzt wird. In diesem 1994 unter der Schirmherrschaft von ICORE (International Committee of Research into Elections and Representative Democracy) gegründeten Forschungsverbund wird der Einfluß unterschiedlicher Merkmale politischer Systeme auf das Wahlverhalten untersucht. Das Modul wurde bisher in 18 Ländern im Rahmen nationaler Wahlstudien eingesetzt.

Im Rahmen des Gesamtprojekts wird die Abteilung insbesondere der Frage nachgehen, inwieweit die Strukturmerkmale der verschiedenen Typen von Demokratien die Orientierungen der Wähler gegenüber der Institution der Wahl sowie das individuelle Wahlverhalten beeinflussen. Dabei sollen nicht nur Merkmale der Wahlrechts- und Regierungssysteme, sondern auch Merkmale der Vermittlungssysteme berücksichtigt werden, wie sie beispielsweise im Abteilungsprojekt „Makroanalysen der OECD-Länder“ erhoben werden.

Cross-National Election Project

Das Forschungsprojekt „Informations- und Interessenvermittlung im Wahlkampf: Ein internationaler Vergleich (Cross-National Election Project)“ konnte 1999 abgeschlossen werden. In diesem Projekt wurden die Prozesse der Meinungsbildung und das Wahlverhalten in den 90er Jahren in Deutschland (Ost und West), Chile, Großbritannien, Japan, Spanien, Uruguay und den U.S.A. untersucht (Bearbeiter: Hans-Dieter Klingemann, Bernhard Weßels). Der deutsche Studienteil wurde von 1990 bis 1994 von der Deutschen Forschungsgemeinschaft gefördert und in Zusammenarbeit mit einer Reihe in- und ausländischer Kooperationspartner und -institutionen durchgeführt.

Die internationale Projektgruppe hat eine englischsprachige Publikation vorbereitet, in der Ergebnisse zur Wirksamkeit der unterschiedlichen nationalen Kontexte auf das Wahlverhalten vorgelegt werden. Dieser Band wird von Paul Beck (Ohio State University) und John Curtice (University of Strathclyde) herausgegeben. Der deutsche Beitrag untersucht die Frage, in welchem Maße die Vielfalt und Konfliktträchtigkeit der Interessengruppenlandschaft in Deutschland, Spanien und den U.S.A. das Wahlverhalten beeinflussen. Dabei zeigt sich, daß individuelle Gruppenbindungen um so stärker das Wahlverhalten prägen, je konfliktreicher die nationalen Interessenvermittlungssysteme sind (Bearbeiter: Weßels, Klingemann).

Eine Reihe von Ergebnissen der nationalen deutschen Wahlstudie zur Bundestagswahl 1990 wurde bereits publiziert. Mitarbeiter der Abteilung haben vor allem Analysen zu Gruppenbindungen und zu Medieninhalten vorgelegt. Inzwischen veröffentlicht sind die Ergebnisse zweier Dissertationsvorhaben im Rahmen dieses Projekts. Hierzu zählt eine Studie über die Struktur der Medieninhalte, die der Frage nachgegangen ist, inwieweit Medien bestimmte politische Positionen präsentieren und wie das Mediensystem Vielfalt garantiert (Voltmer 1999). Die zweite Studie hatte zum Ziel, die Rolle intermediärer Organisationen – also insbesondere Verbände, aber auch Kirchen – bei der Interessenvermittlung und Wählermobilisierung im Wahlkampf zu untersuchen (Hackenbroch 1999).

Founding Elections

Das dritte international vergleichende Projekt, das sich mit Wahlen und Wahlverhalten befaßt, ist das Forschungsprojekt „Founding Elections in Eastern Europe“ (Bearbeiter: Hans-Dieter Klingemann, Charles L. Taylor, Christian Welzel). In diesem Projekt werden in einer Publikationsreihe unter der Herausgeberschaft von Hans-Dieter Klingemann und Charles L. Taylor (Virginia Polytechnic Institute and State University, Blacksburg) die ersten freien Wahlen in den mittel- und osteuropäischen Staaten untersucht und dokumentiert (vgl. Klingemann 1999). Diese Buchreihe erscheint bei der edition sigma, Berlin.

In diesem von der Fritz Thyssen Stiftung seit 1991 geförderten Projekt werden für die ersten demokratischen Wahlen in jedem Land untersucht: (1) die Übergangsphase von der kommunistischen Herrschaft bis zur ersten freien Parlamentswahl, (2) die institutionellen Rahmenbedingungen, (3) die konkurrierenden Parteien, (4) die Kandidaten, (5) die Bestimmungsgründe des Wahlverhaltens sowie (6) das Wahlergebnis und der Prozeß der

Regierungsbildung. Zusätzlich werden die Daten gesichert und dokumentiert, so daß sie für spätere Sekundäranalysen zur Verfügung stehen. In dieser Reihe, die seit 1995 existiert, erschien 1998 der Band zu Serbien-Montenegro (Vladimir Goati) und 1999 der zweite Ungarn-Band (Gabor Toka, Zolt Enyedi) sowie der Band zu Rußland (Vladimir Gel'man, Grigorii Golosov). Weitere Bände sind in Vorbereitung.

In diesem Themenbereich ist auch das Dissertationsprojekt „Parteien und Organisation im postkommunistischen Rußland" angesiedelt (Bearbeiter: Annette Legutke), in dessen Rahmen die interne Organisation der Parteien, ihre Ressourcen, Entscheidungsprozesse sowie ihr Verhältnis zur sozialen und politischen Umwelt untersucht werden. Dabei steht die Frage im Vordergrund, inwieweit die Nähe zur Regierung Jelzin beziehungsweise der Grad der Opposition zur Regierung den organisatorischen Charakter der Parteien prägt.

Partizipation und Interessenvermittlung

Neben der Frage, wie Vermittlungsprozesse zwischen Bürgern und politischen Entscheidungsträgern durch Wahlen erfolgen, wird in der Abteilung untersucht, welchen politischen Aktivitäten Bürger kontinuierlich und auch zwischen den Wahlzeitpunkten nachgehen und welche Strukturen der Interessenvermittlung sich außerhalb von Wahlen ergeben.

Interessenvermittlung

In diesem Projektbereich standen vor allem zwei Fragen im Vordergrund: erstens, ob die Strukturen und Verfahren der traditionellen Interessenvermittlung erodieren, und zweitens, wie sie sich im Zuge der Internationalisierung und der europäischen Integration entwickeln. Dabei wird das allgemein diskutierte Problem aufgegriffen, ob sich in allen westlichen Demokratien die Rolle der Mitgliederorganisationen und das traditionelle System der Interessenvermittlung verändern, weil Bürger zunehmend nach anderen Wegen der Artikulation ihrer Interessen suchen.

Verschiedene Entwicklungen verweisen darauf, daß in Deutschland nach der Vereinigung zentrale Bereiche des Vermittlungssystems geschwächt worden sind. Insbesondere Gewerkschaften, aber auch Arbeitgeberverbände scheinen an Attraktivität und Verpflichtungsfähigkeit zu verlieren. Allerdings ergibt sich ein starker Zusammenhang zwischen der wirtschaftlichen Entwicklung, insbesondere der Arbeitslosigkeit, und dem Bedeutungsverlust der Organisationen der Arbeitswelt. Dieser Befund läßt sich hingegen nicht für alle Interessengruppen verallgemeinern (Weßels 1997). Immer noch sind die zentralen Vermittlungsstrukturen intakt, die sozialen Allianzen zwischen Bürgern und Verbänden sowie Parteien relativ stabil (Weßels 1998).

Dieser Befund bestätigt sich auch im internationalen Vergleich. Bezogen auf die Strukturierung und die Konzertierung von Interessen nimmt Deutschland eine mittlere Position ein. Allerdings ist die Konzertierung von Interessen von politischen Zyklen abhängig. Interessenkonzertierung und korporatistische Aushandlung haben insbesondere in den Jahren der CDU/CSU-FDP-Regierung an Bedeutung verloren (Weßels 1999).

Europäisierung

Ob dafür unter anderem auch Globalisierungs- und Internationalisierungsprozesse verantwortlich sind, ist eine zentrale Frage für die Zukunft der Interessenvermittlung. Der europäische Integrationsprozeß hat zu einer Verlagerung der politischen Kompetenzen von der nationalen auf die supranationale Ebene geführt. Daß damit nationalstaatliche Strukturen der Interessenvermittlung an Bedeutung verlieren, erscheint hingegen zweifelhaft. Auch auf der europäischen Ebene sind die nationalen Spitzenverbände mindestens ebenso präsent und als Ansprechpartner wichtig für die Politik wie die europäischen Interessenverbände (Weßels 1999).

Demokratisierungsprozesse

Im Mittelpunkt dieses Themenfelds stehen Analysen des Prozesses der Demokratisierung und der diesen Prozeß beeinflussenden Faktoren. Die Forschungen konzentrieren sich in erster Linie auf die politische Kultur als Einflußfaktor. Dabei stehen vier Aspekte im Vordergrund: die Ansprüche der Bürger an das politische System und seine Akteure; die Art

und Weise, wie Bürger durch ihr Handeln diesen Ansprüchen Ausdruck verleihen; die Beurteilung des politischen Systems und seiner Akteure sowie die Akzeptanz und Bewertung der Leistungen politischer Akteure.

Gegenwärtig werden zur Frage der Demokratisierungsprozesse drei international vergleichende Forschungsprojekte durchgeführt: das Projekt „Politische Kultur in Mittel- und Osteuropa", der „World Values Survey" und das Projekt „Politische Wissenschaft in Mittel- und Osteuropa". Während das erste und das dritte Projekt sich auf die Länder Mittel- und Osteuropas beschränken, geht das zweite über diese Region hinaus und erlaubt systematische Vergleiche zwischen den neuen Demokratien Mittel- und Osteuropas mit Demokratien unterschiedlichen Alters in anderen Regionen der Welt.

Mittel- und Osteuropa

In dem international vergleichenden Forschungsprojekt „Politische Kultur in Mittel- und Osteuropa" steht die Analyse der politisch-kulturellen Voraussetzungen der Transformation der Länder Mittel- und Osteuropas zu liberalen Demokratien im Vordergrund (Bearbeiter: Dieter Fuchs, Hans-Dieter Klingemann, Edeltraud Roller, Bernhard Weßels). In der ersten Welle dieses Projekts wurden 1990 und 1991 Umfragen zu zentralen Elementen der politischen Kultur (Parteien, Massenmedien, Wahlen, Demokratie, Streitfragen), Werten und Sozialstruktur in elf mittel- und osteuropäischen Staaten (inkl. Ost-Deutschland 1992) durchgeführt.

Die komparativen Ergebnisse dieser Studie wurden 1998 in einem Sammelband publiziert, der von Samuel H. Barnes (Georgetown University, Washington) und János Simon (Ungarische Akademie der Wissenschaften, Budapest) herausgegeben wurde. Die Mitarbeiter der Abteilung haben dazu zwei Beiträge vorgelegt, die sich zum einen mit der Entwicklung der Unterstützung der Demokratie (Fuchs, Roller 1998) und zum anderen mit der Herausbildung einer demokratischen Opposition (Weßels, Klingemann 1998) befassen.

Um die Entwicklung dieser politischen Kulturen analysieren zu können, wird seit 1998 eine zweite Erhebungswelle durchgeführt, die von der Abteilung „Institutionen und sozialer Wandel" und János Simon (Ungarische Akademie der Wissenschaften, Budapest) koordiniert wird. Die Umfrage konnte bereits in acht Ländern (Bulgarien, Lettland, Rumänien, Rußland, Slowenien, Ungarn, Ukraine, Weißrußland) repliziert werden, weitere Replikationen in anderen Ländern Mittel- und Osteuropas sowie in Deutschland sind in Vorbereitung.

World Values Survey

Im Rahmen der dritten Welle des „World Values Survey" (Koordination: Ronald Inglehart, University of Michigan, Ann Arbor) wurden von 1995 bis 1998 in 55 Ländern die Einstellungen der Bürger zu Politik, Wirtschaft, Arbeitswelt, Umwelt, Religion und Familie repräsentativ erhoben. Hans-Dieter Klingemann koordiniert den World Values Survey im gesamten mittel- und osteuropäischen Raum. Finanziert durch die Volkswagen-Stiftung, wurden von 1995 bis 1998 von der Abteilung „Institutionen und sozialer Wandel" (Bearbeiter: Dieter Fuchs, Hans-Dieter Klingemann, Christian Welzel) in Zusammenarbeit mit Max Kaase in den europäischen ehemaligen Republiken der Sowjetunion (Armenien, Aserbaidschan, Estland, Georgien, Lettland, Litauen, Moldavien, Rußland, Ukraine, Weißrußland), in den Balkanländern (Bulgarien, Mazedonien, Albanien, Bosnien-Herzegowina, Serbien-Montenegro), in Kroatien, Slowenien, der Slowakei und Tschechien sowie in Deutschland repräsentative Bevölkerungsumfragen durchgeführt.

Im Vordergrund steht zum einen die Frage nach den Chancen einer Konsolidierung in diesen sich entwickelnden Demokratien. Dabei wird angenommen, daß eine wesentliche Voraussetzung für die Konsolidierung von Demokratie und Marktwirtschaft die Entwicklung einer politischen Kultur ist, die die neuen demokratischen und marktwirtschaftlichen Strukturen unterstützt. Im Vordergrund steht zum anderen ein systematischer Vergleich zwischen Demokratien unterschiedlichen Alters in unterschiedlichen Regionen der Welt. Darüber hinaus ermöglichen Zeitvergleiche mit dem World Values Survey von 1990/91 die Analyse von Veränderungen und damit einen Aufschluß

über die Entwicklung der politischen Kultur in diesen Ländern.

Im Jahr 1999 ist die vierte Welle des European und World Values Survey angelaufen. An ihr ist die Abteilung „Institutionen und sozialer Wandel“ in Kooperation mit Wolfgang Jagodzinski (Universität zu Köln), David Rotman und Larissa Titarenko (Universität Minsk) und Ronald Inglehart (University of Michigan, Ann Arbor) beteiligt.

Auf der Grundlage der Daten des World Values Survey wurden im Berichtszeitraum vor allem Analysen zu Einstellungen zur Demokratie und Analysen des demokratischen Wandels durchgeführt. Die empirischen Analysen der Einstellungen zur Demokratie werden vom Konzept der politischen Unterstützung angeleitet, das zwischen verschiedenen Einstellungsobjekten unterscheidet. Im Mittelpunkt stehen die politische Gemeinschaft, die Demokratie als Regierungsform und die Performanz der Demokratie. In einer Analyse von 38 Ländern konnte gezeigt werden, daß die Bürger der alten und neuen Demokratien gleichermaßen zwischen diesen drei Objekten unterscheiden und daß die Zustimmung zur Demokratie als Regierungsform positiver beurteilt wird als die Performanz der Demokratie im jeweiligen Land (Klingemann 1999).

Weitergehende Analysen zur Performanz der Demokratie für 18 postkommunistische Länder kommen zu dem Ergebnis, daß in der Übergangsperiode vom kommunistischen zum demokratischen Regime den Bürgern der Zustand der Menschenrechte für das Urteil über die Leistungsfähigkeit der Demokratie im eigenen Land relativ wichtiger ist als die wirtschaftliche Situation des eigenen Haushalts (Hofferbert, Klingemann 1999). Geplant sind weitere Analysen, die sich insbesondere auf die „unzufriedenen Demokraten“ und die Frage konzentrieren, ob von dieser Gruppe zukünftig Impulse für die Weiterentwicklung der Demokratie in den post-kommunistischen Ländern zu erwarten sind.

Die Analysen zum demokratischen Wandel werden von einer Theorie der gesellschaftlichen Humanentwicklung angeleitet, die einen kausalen Zusammenhang zwischen der sozio-ökonomischen Entwicklung, einem expressiven Wertewandel und der Demokratisierung postuliert. In dem Habilitationsprojekt „Fluchtpunkt Humanentwicklung: Modernisierung, Wertewandel und Demokratie aus globaler Perspektive“ (Bearbeiter: Christian Welzel) wurde diese kausale Sequenz für 65 Länder in unterschiedlichen Kulturzonen und für unterschiedliche Zeiträume untersucht. Der Zusammenhang hat sich dabei als robust erwiesen: Die Humanentwicklung stellt sich als ein geschlossener Kreislauf von der ökonomischen Modernisierung über den Wertewandel zur Demokratie und von dieser wieder zur ökonomischen Modernisierung dar. Diese Studie wird als Monographie veröffentlicht werden. Eine Vorstudie wurde bereits als Diskussionspapier publiziert (Welzel, Inglehart, FS III 99–202).

Auf der Grundlage der Theorie der Humanentwicklung wurden außerdem für 50 Länder der dritten Welle des World Values Survey zwei Formen des zivilen Engagements der Bürger – aktive Mitgliedschaft in formalen Organisationen und Teilnahme an spontanen öffentlichen Aktionen – untersucht. Dabei erweist sich, daß die ökonomischen, motivationalen und institutionellen Faktoren der Humanentwicklung vor allem den Grad der Teilnahme an spontanen öffentlichen Aktionen und weniger die aktive Mitgliedschaft in formalen Organisationen bestimmen (Welzel 1999).

Weitere Publikationen auf der Grundlage des „World Values Surveys“ sind in Vorbereitung: ein Sammelband „Pathways to Democratic Community: Democratic Consolidation in Central and Eastern Europe“ (Hg. Klingemann, Fuchs, Zielonka) und eine Monographie „Modernization, Tradition, and Democracy: A Global Developmental Perspective“ (Inglehart, Klingemann, Welzel).

Politische Wissenschaft in Mittel- und Osteuropa

Im Projekt „Politische Wissenschaft in Mittel- und Osteuropa: Der Stand der Disziplin zehn Jahre nach der Revolution“ wird in Kooperation mit sieben osteuropäischen Wissenschaftlern die Institutionalisierung von Politischer Wissenschaft als akademischer Disziplin an den mittel- und osteuro-

päischen Universitäten und anderen akademischen Einrichtungen analysiert (Bearbeiter: Hans-Dieter Klingemann, Annette Legutke). Der Grad der Institutionalisierung dieser Disziplin wird als Indikator für den Stand des Demokratisierungsprozesses im jeweiligen Land betrachtet (vgl. auch Klingemann, Welzel 1999).

Das Projekt ist Teil des Projektverbunds „Thematic Network Political Sciences", der von der Europäischen Kommission finanziert wird. Ziel ist die Erstellung eines Berichts, der vergleichbare Angaben darüber enthält, in welchem Ausmaß und in welcher Form politikwissenschaftliche Forschung und Lehre in den akademischen Institutionen der Beitrittsländer zur Europäischen Union zehn Jahre nach der Wende institutionalisiert sind.

2. Strukturen und Leistungen kollektiver Akteure und politischer Systeme

Die Leistungsfähigkeit kollektiver Akteure politischer Systeme hängt maßgeblich von ihrer Struktur und von der institutionellen Ausgestaltung des jeweiligen politischen Systems ab. Struktur und Leistungsfähigkeit des politischen Systems beeinflussen wiederum Einstellungen und Verhalten von Bürgern und politischen Eliten. In diesem Forschungsbereich werden die in diesem Zusammenhang relevanten Strukturen und Leistungen kollektiver Akteure analysiert. Bezogen auf kollektive Akteure und Subsysteme der Politik steht dabei die Frage nach dem Einfluß struktureller Variationen auf die Leistungsfähigkeit im Vordergrund. Die Fragestellungen werden in zwei international vergleichenden Forschungsprojekten bearbeitet („Makroanalysen der OECD-Länder", „Comparative Manifestos Project").

OECD-Länder

Im Abteilungsprojekt „Makroanalysen der OECD-Länder, 1945–95" werden Typologien für verschiedene Elemente demokratischer politischer Systeme entwickelt, um auf deren Grundlage die OECD-Länder seit 1945 beschreiben zu können (Bearbeiter: Thomas R. Cusack, Dieter Fuchs, Hans-Dieter Klingemann, Edeltraud Roller, Andrea Volkens, Bernhard Weßels). Dieses Projekt, das in Kooperation mit weiteren sieben in- und ausländischen Wissenschaftlern durchgeführt wird, verfolgt vor allem zwei Ziele: erstens die Entwicklung systematischer Typologien für Strukturen der Akteurssysteme der Interessenvermittlung (Verbände, Massenmedien, Parteien) und des Regierungssystems (Bürokratien, Parlamente, Regierungen), für gesellschaftliche Problemlagen sowie für die Leistungsfähigkeit des politischen Systems anhand staatlicher Aktivitäten und ihrer Resultate; zweitens die Klassifikation der Demokratien der OECD-Länder im Zeitraum von 1949 bis 1995 auf der Grundlage dieser Typologien mit Hilfe komparativer Makrodaten.

Diesem Projekt sind weitere Studien angelagert, die verschiedene Aspekte des Einflusses unterschiedlicher demokratischer Strukturen auf die Leistungsfähigkeit politischer Systeme für die OECD-Länder untersuchen. Für den Zeitraum von 1970 bis 1995 wird in einem Dissertationsprojekt der Einfluß der Ministerialbürokratien auf Budgetentscheidungen in Abhängigkeit von der institutionellen Gestaltung der Ministerialbürokratien, des Parlaments und des Kabinetts analysiert (Bearbeiter: Kai-Uwe Schnapp). Ob Mehrheits- oder Verhandlungsdemokratien effektiver sind in der Realisierung von Politiken und ob diese verschiedenen Demokratien unterschiedliche Leistungsprofile herausbilden, ist Gegenstand einer zweiten Studie (Bearbeiter: Edeltraud Roller), die ein breites Spektrum von Politiken (Politik der Inneren Sicherheit, Wirtschafts-, Sozial- und Umweltpolitik) ebenfalls für den Zeitraum von 1970 bis 1995 in den Blick nimmt.

Comparative Manifestos Project

Im „Comparative Manifestos Project (CMP)" werden auf der Grundlage quantitativer Inhaltsanalysen von Wahlprogrammen der Parteien und Regierungserklärungen verschiedene Aspekte des Parteien- und Regierungssystems untersucht (Bearbeiter: Hans-Dieter Klingemann, Andrea Volkens). Die Datensammlung wurde von der Manifesto Research Group des European Consortium for Political Research (ECPR) 1979 begonnen. Da die Datensammlung der ECPR Research Group mit Beginn der 80er Jahre endete, hat sich die Abteilung entschlossen, diese für verschiedene Fragestellungen des Forschungsprogramms zentrale Daten-

sammlung der Wahlprogramme der Parteien fortzuschreiben und um weitere Länder zu ergänzen. Die Datensammlung umfaßt jetzt 2.359 Programme von 614 verschiedenen Parteien zu 461 nationalen Wahlen im Zeitraum zwischen 1945 und 1999 in 52 Ländern, darunter alle OECD-Länder mit Ausnahme von Korea und 24 mittel- und osteuropäische Länder.

In den vergangenen zwei Jahren wurden erstens im Rahmen einer abteilungsübergreifenden Kooperation die Responsivität deutscher Parteien auf Themen der sozialen Bewegungen (Rucht, Volkens 1998) untersucht. Dazu wurden die Programmdaten mit den in der Abteilung „Öffentlichkeit und soziale Bewegungen" erhobenen Daten zum politischen Protest in der Bundesrepublik verschränkt. Die empirischen Analysen zeigen, daß die Parteien dem Protest nur unter besonderen Bedingungen Beachtung schenken, dann nämlich wenn sich dies unter wahlstrategischen Gesichtspunkten auszuzahlen verspricht.

Zweitens wurden die Regierungserklärungen deutscher Regierungen von 1949 bis 1998 (König, Volkens, Bräuninger 1999) untersucht und der Frage nachgegangen, in welchem Ausmaß regierungsinterne und -externe Faktoren die inhaltliche Ausrichtung von Regierungserklärungen bestimmen. Gegenwärtig werden in Kooperation mit Thomas König (Mannheimer Zentrum für Europäische Sozialforschung) die Programmdaten für Analysen zu Aspekten der Europäischen Integration nutzbar gemacht. Im Mittelpunkt steht dabei die Frage, inwieweit die Politikpositionen nationaler Regierungsparteien der EU-Mitgliedsländer die Gesetzgebungstätigkeit der EU beeinflussen.

3. Politische Eliten und politische Repräsentation

Die Funktionsweise demokratischer Systeme hängt nicht nur von den Einstellungen und Aktivitäten der Bürger oder von den Strukturen und Leistungen des politischen Systems ab, sondern auch davon, wie die individuellen Akteure in den Institutionen agieren. Entscheidungsträger in den politischen Institutionen sind politische Eliten. Deren Einstellungen, Verhaltensweisen und im besonderen ihre Leistungsfähigkeit, das heißt, ihre Fähigkeit, gesellschaftliche Problemlagen und die Ansprüche der Bürger aufzunehmen und zu verarbeiten, stehen in diesem Projektbereich im Vordergrund. Neben Deutschland-bezogenen Arbeiten laufen derzeit drei international vergleichende Projekte („Lokale Eliten und Demokratie", „Abgeordnete in Europa" und der TMR-Forschungsverbund „Political Representation in Europe"), zwei international vergleichende Projekte konnten 1997/98 abgeschlossen werden („Politische Repräsentation in vergleichender Perspektive" und „Politische Repräsentation in Europa").

Eliten in Deutschland

Eine zentrale Frage dieses Projektbereichs ist, wie sich die Bedingungen politischer Repräsentation und des Handelns politischer Entscheidungsträger nach der Vereinigung verändert haben und welche Probleme sich für politische Repräsentation ergeben. In diesem Zusammenhang stehen Fragen der Rekrutierung und der Einstellungen politischer Eliten im Vordergrund. Zwar läßt sich einerseits festhalten, daß in der DDR die Prozesse der Elitentransformation schon vor der Vereinigung eingesetzt hatten und damit die Konsolidierungschancen für die Demokratie bereits früh von innen her gesetzt waren (Bearbeiter: Christian Welzel). Aber es haben sich auch deutliche Veränderungen in den grundlegenden Orientierungen ergeben, die zu einer Reduzierung des die Bundesrepublik kennzeichnenden Elitenkonsens geführt haben (Welzel 1998).

Lokale Eliten

Daß die Vereinigung zu starken Veränderungen des Problemhaushalts beigetragen hat, den die Eliten zu bewältigen haben, wird auch durch die Ergebnisse des Projekts „Lokale Eliten und Demokratie" bestätigt. Hierbei handelt es sich um ein internationales Kooperationsprojekt, das von Henry Teune (University of Pennsylvania, Philadelphia) und Krzysztof Ostrowski (TAURUS, Center for Comparative Research, Warschau) koordiniert wird und die Einstellungen und das Verhalten lokaler Eliten aus den Bereichen Verwaltung, Parteien und Politik in vergleichender Perspektive analysiert (Bearbeiter: Thomas R. Cusack, Hans-Dieter Klingemann,

Bernhard Weßels). Die deutsche Erhebung wurde in Kooperation mit dem Institut für Politikwissenschaft der Humboldt-Universität zu Berlin (Hellmut Wollmann) durchgeführt.

Über die Fragestellung des internationalen Projekts hinaus geht es in der deutschen Studie um die Leistungsfähigkeit lokaler Regierungen mit unterschiedlichen institutionellen Arrangements. Zu diesem Zweck wurden für die deutsche Studie Indikatoren zur Struktur und Leistungsfähigkeit der Städte und Gemeinden erhoben. Im Zentrum der Analysen steht die Frage, welchen Einfluß die Ausgestaltung lokaler politischer Institutionen und der Charakter lokaler politischer Kultur auf die Effektivität von Gemeinderegierungen haben (Cusack 1999) und welche Qualität die Repräsentation auf der lokalen Ebene hat (Welzel, Cusack, FS III 99–201).

Repräsentation im Vergleich

Das Projekt „Political Representation in Comparative Perspective" ist ein Kooperationsprojekt von fünf nationalen Forschungsgruppen, die in vergleichender Perspektive die Repräsentation von Bürgeransprüchen durch nationale Parlamentarier untersucht haben (Bearbeiter: Bernhard Weßels). Datenbasis sind zehn empirische Repräsentationsstudien, die in der Bundesrepublik, Frankreich, den Niederlanden und den U.S.A. in den 60er und 80er Jahren durchgeführt worden sind. Dieses Projekt konnte durch eine Buchpublikation 1998/99 abgeschlossen werden, in der Ergebnisse zu dem Einfluß der unterschiedlichen institutionellen Strukturen und Parteiensysteme auf verschiedene Aspekte der politischen Repräsentation berichtet werden (Miller, Pierce, Thomassen, Herrera, Holmberg, Esaiasson, Weßels 1999).

Repräsentation in Europa

Ebenfalls mit einer Buchpublikation abgeschlossen werden konnte das von der Deutschen Forschungsgemeinschaft geförderte Projekt „Politische Repräsentation in Europa" (Bearbeiter: Achim Kielhorn, Bernhard Weßels). Im Rahmen dieses internationalen Kooperationsprojekts wurden Befragungen der Parlamentarier des Europäischen Parlaments und elf nationaler Parlamente in Europa durchgeführt. Das Projekt hatte zum Ziel, die Probleme und Bedingungen politischer Repräsentation und europäischer Integration aus der Sicht der Parlamentarier zu untersuchen. Besonderes Augenmerk galt den Problemen, die sich aus dem Spannungsverhältnis zwischen nationaler und supranationaler Ebene ergeben (Katz, Weßels 1999).

In diesem Themenbereich ist auch das Dissertationsprojekt „Rollenorientierungen von Abgeordneten in Europa" angesiedelt (Bearbeiter: Achim Kielhorn). In diesem Vorhaben geht es zum einen um die Frage, wie Abgeordnete ihr Amt verstehen und woraus sich unterschiedliche Rollenorientierungen speisen, und zum anderen um die Frage, ob unterschiedliche Rollenorientierungen die Qualität politischer Repräsentation beeinflussen. Erste Analysen zu den Quellen der Rollenorientierungen (Weßels 1999) verweisen darauf, daß die verschiedene Ausgestaltung des Wahlrechts in den europäischen Nationen unterschiedliche Anreize bietet, bestimmte Repräsentationsrollen auszubilden.

Abgeordnete in Europa

Als Nachfolgeprojekt von „Politische Repräsentation in Europa" kann das 1999 begonnene und von der DFG geförderte Forschungsvorhaben „Abgeordnete in Europa: Ordnungsvorstellungen und europäische Integration" gelten (Bearbeiter: Achim Kielhorn, Bernhard Weßels). Im Rahmen dieses Projekts werden die nationalen Reaktionen auf den europäischen Integrationsprozeß untersucht. Im Vordergrund stehen zum einen die Vorstellungen der nationalen Parlamentarier über die zukünftige politische Ordnung in Europa und die Frage, welche Faktoren zu den unterschiedlichen Ordnungsvorstellungen beitragen.

Zum anderen geht es um die institutionellen Reaktionen der Nationalstaaten auf die europäische Integration. Beantwortet werden soll die Frage, ob sich nationalstaatliche Muster eigensinnig entwikkeln und damit Integrationsoptionen einschränken oder die institutionelle Anpassung auf der nationalstaatlichen Ebene Integration erleichtert. Erste Ergebnisse verweisen auf sehr große Unterschiede zwischen den Nationen und den unterschiedlichen politischen Kräften, so daß eher von einer Einschränkung von Integrationsoptionen auszugehen ist (Weßels 1999).

TMR Political Representation

Die Abteilung ist seit 1998 Mitglied eines von der Europäischen Kommission im Rahmen des Programms „Training and Mobility of Researchers" geförderten Forschungsverbunds „Political Representation in Europe" (Bearbeiter: Achim Kielhorn, Hans-Dieter Klingemann, Staffan Kumlin, Bernhard Weßels). Koordiniert wird dieses Netzwerk von Hermann Schmitt am Mannheimer Zentrum für europäische Sozialforschung. Dieser Forschungsverbund dient dem Wissenschaftleraustausch zwischen den zwölf europäischen Mitgliedsinstitutionen aus zehn Ländern und der Nachwuchsförderung.

Es hat zum einen zum Ziel, mehrere international vergleichende Forschungsvorhaben, an denen die Abteilung und andere Mitgliedsinstitutionen beteiligt sind, inhaltlich aufeinander zu beziehen. Hierzu zählen unter anderem die „European Election Study" und die „Comparative Study of Electoral Systems". Zum anderen sind originäre Produktionen geplant. Hierzu zählen vor allem die im Rahmen des Austauschprogramms geförderten Dissertationsvorhaben jüngerer Kollegen. Am WZB wird im Rahmen des TMR-Netzwerks das Dissertationsprojekt „Wohlfahrtsstaatserfahrungen und Staatsorientierungen" durchgeführt (Bearbeiter: Staffan Kumlin). Unter der Perspektive von Public Choice-Ansätzen und Ansätzen sozialer und prozeduraler Gerechtigkeit wird in diesem Projekt untersucht, in welcher Weise und mit welchen Auswirkungen konkrete Erfahrungen mit wohlfahrtsstaatlichen Institutionen das Staatsbild und die politischen Verhaltensweisen der Bürger prägen.

Abteilung „Sozialstruktur und Sozialberichterstattung"

Grundlagen

Die Abteilung „Sozialstruktur und Sozialberichterstattung" hat einen grundlagenwissenschaftlichen Akzent in der Analyse des sozialstrukturellen Wandels moderner Gesellschaften und einen anwendungsorientierten in der Sozialberichterstattung. Unter Sozialstruktur wird auf der Individual-Ebene die demographische Grundgliederung der Bevölkerung sowie ihre Gliederung bezüglich hochbewerteter, knapper Güter wie Erwerbspositionen, Einkommen, Prestige und Einfluß verstanden. Auf einer zweiten, einer Meso-Ebene läßt sich Sozialstruktur bestimmen als das System sozialer Klassen und Schichten, operationalisiert als System von sozialen Lagen, und seinen gegenwärtigen Differenzierungstendenzen in Richtung auf eine Pluralisierung von sozialen Milieus, Lebensformen und Lebensstilen. Auf einer dritten, der Makro-Ebene läßt sich Sozialstruktur als System von politischen, ökonomischen und kulturellen Basisinstitutionen begreifen, mit den Problemen der Systemintegration und der sozialen Integration.

Die Abteilung besteht in ihrer jetzigen Form und Ausrichtung seit 1994. Sie setzte seit ihrer Gründung das Forschungsprogramm in erweitertem Umfang fort, das zuvor von der Arbeitsgruppe „Sozialberichterstattung" durchgeführt wurde. Seit dem Bestehen der Abteilung wurde eine deutlichere Akzentuierung im Hinblick auf sozialstrukturelle Veränderungen vorgenommen, wobei im Berichtszeitraum diesbezügliche europäische Vergleiche verstärkt wurden.

Theoretische Ansätze

Den theoretischen Rahmen bilden Konzepte der Modernisierung und der Wohlfahrtsproduktion. Modernisierung wird als die durchaus konfliktthafte Weiterentwicklung komplexer Gesellschaften verstanden, die auf alternativen Pfaden verlaufen kann, aber in den Basisinstitutionen von Konkurrenzdemokratie, Marktwirtschaft, Wohlfahrtsstaat und Massenkonsum eine gemeinsame Klammer hat. In dieser Perspektive wird die Transformation, etwa der postkommunistischen Gesellschaften, als Systemwechsel und nachholende Modernisierung betrachtet, die sich jedoch eigene Entwicklungspfade suchen kann. Unter Wohlfahrtsproduktion werden die spezifischen und die kombinierten Leistungen von Staat, Markt, Assoziationen (z. B. Dritter Sektor) und Kleingruppen (z. B. Haushalte) verstanden.

Die Aufgaben der Sozialberichterstattung sind die Dauerbeobachtung des sozialstrukturellen Wandels und der Wohlfahrtsentwicklung. Dabei wird die Wohlfahrtsentwicklung als eine Teilmenge von

Prozessen des sozialen Wandels verstanden, die explizit an gesellschaftlich hochbewerteten Zielen (wie z. B. Gesundheit, gesunde Umwelt, hohe Beschäftigung) ausgerichtet sind. Moderne Gesellschaften zeichnen sich jedoch auch dadurch aus, daß sie ihren Bürgern gleiche Chancen im Hinblick auf immaterielle Dimensionen der Zugehörigkeit und Selbstverwirklichung bieten.

Wohlfahrt umfaßt als Oberbegriff drei Dimensionen: „objektive Lebensbedingungen", beispielsweise in den Bereichen Wohnen, Arbeit, Einkommen, Gesundheit, aber auch Freizeit, Sozialbeziehungen, gesellschaftliche Partizipation. „Subjektives Wohlbefinden" hat positive und negative Komponenten: Zufriedenheiten und Glück, aber auch Ängste und Sorgen, Anomie, Pessimismus. Die dritte Dimension zielt auf die „Qualität der Gesellschaft" im Aggregat und in den individuellen Bewertungen der Bürger.

Datenbasis

In methodischer Hinsicht sind bevölkerungsrepräsentative Erhebungen die wichtigsten Instrumente der Abteilung. Zentral sind die eigenen Wohlfahrtssurveys von 1978 bis 1998. In einem umfangreichen Replikationsteil werden für einzelne Lebensbereiche objektive Lebensbedingungen und das subjektive Wohlbefinden der Bürger erfaßt. Variable Teile des Frageprogramms dienen der Operationalisierung neuer Konzepte wie „Lebensstile" im Survey 1993. Inzwischen sind Analysen der sozialstrukturellen Veränderungen und der Wohlfahrtsentwicklung über einen Zeitraum von 20 Jahren möglich (Zapf/Habich 1999).

Das zusammen mit der Abteilung Sozialindikatoren des Zentrums für Umfragen, Methoden und Analysen, Mannheim (ZUMA), bei der Deutschen Forschungsgemeinschaft erfolgreich beantragte Drittmittelprojekt „Wohlfahrtssurvey 1998 – Wohlfahrtsentwicklung, Integration und Exklusion im deutsch-deutschen und europäischen Vergleich" (Zapf/Habich/Noll) startete 1998. Der Wohlfahrtssurvey 1998 ist zum einen darauf angelegt, seit 1978 erhobene Daten zur Wohlfahrtsentwicklung in Deutschland fortzuschreiben; zum anderen werden neue Konzepte zur Operationalisierung von „Integration und Exklusion" umgesetzt. Zugleich sollten wesentliche Teile des Fragebogens als Blaupause für das geplante Euromodule (s. S. 156) dienen. Dies erforderte Absprachen mit den möglichen Kooperationspartnern, um bereits 1998 eine Vergleichbarkeit mit bestehenden Umfragen anderer Länder zu gewährleisten. Die Balance von Replikation und Innovation sowie die Angleichung an andere Umfragen ist gelungen. So wurden Indikatoren der Dimension Integration/Exklusion im deutschen und im schwedischen Wohlfahrtssurvey vergleichbar erhoben.

Die Feldarbeiten machte Infratest Sozialforschung, München. Im Gegensatz zu früheren Surveys wurde 1998 eine technische Neuerung – das „computer assisted personal interview" (CAPI) – eingesetzt; d. h. die nach wie vor mündliche Befragung wird durch den Einsatz von Laptops unterstützt. Die Daten des Wohlfahrtssurveys 1998 werden ebenso wie frühere Erhebungen über das Zentralarchiv für Sozialforschung in Köln für Sekundäranalysen allgemein zur Verfügung gestellt werden.

Im Hinblick auf die Bemühungen, eine Datenbasis für eine europäisch vergleichende Wohlfahrtsforschung zu initiieren („Euromodule"), konnte im Oktober 1999 der „Wohlfahrtssurvey Trend 1999" als Buseinschaltung bei Infratest Sozialforschung realisiert werden.

Neben den Wohlfahrtssurveys werden weitere Bevölkerungsumfragen genutzt. Für Deutschland gehört hierzu insbesondere das Sozio-oekonomische Panel (SOEP). Dazu zählen auch die inzwischen für wissenschaftliche Analysen zugänglichen Erhebungen der amtlichen Statistik wie der Mikrozensus 1995 (Bulmahn 1999), die Zeitbudget-Studie des Statistischen Bundesamts oder die IAB-Beschäftigtenstichprobe. Mitarbeiter der Abteilung waren daran beteiligt, den Zugang zu Erhebungen der amtlichen Statistik zu öffnen. Für europäische Vergleiche wurden u. a. die Daten der Hungarian Household Panel Study (HHP), der New Democracies Barometer (NDB) oder des International Social Survey-Programms (ISSP) verwendet. Neben Bevölkerungsumfragen führt die Abteilung von Fall zu Fall auch andere Erhebungen durch. Im Rahmen der deutschen Teilstudie des Johns

Hopkins Comparative Nonprofit Sector Projects wurde etwa eine Organisationerhebung durchgeführt (s. S. 158 ff).

Projekte und Themen

Um die gegenwärtige Situation der Abteilung, die von dem jetzigen Direktor Wolfgang Zapf noch bis April 2002 weitergeführt wird, richtig einschätzen zu können, muß darauf hingewiesen werden, daß in den letzten Jahren vier Projektlinien mit fünf Buchpublikationen erfolgreich abgeschlossen wurden. Acht Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter haben die Abteilung bis 1998/99 aufgrund von Pensionierung, beruflichen Verbesserungen, der HRG-Fünfjahresbegrenzung und aus familiären Gründen verlassen.

Drei Projekte sind 1998 ausgelaufen. Sie werden hier nur kurz erwähnt; ausführliche Darstellungen der Forschungsergebnisse und Publikationsverweise sind über http://www.wz-berlin/sb/ abrufbar.

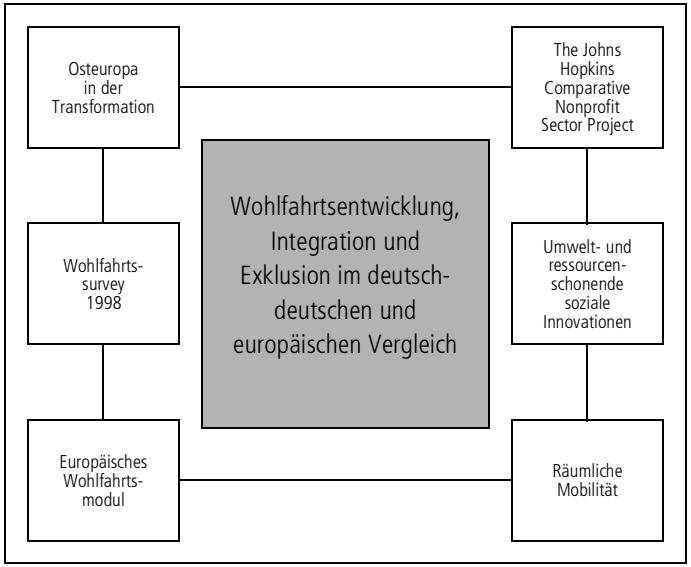
Das durch die Deutsche Forschungsgemeinschaft seit 1992 geförderte Projekt „Soziale Lage privater Haushalte in der ostdeutschen Transformation" wurde im Berichtszeitraum erfolgreich beendet. Die Forschungsergebnisse dieses Projekts wurden von Horst Berger, Wilhelm Hinrichs, Eckhard Priller und Annett Schultz 1999 als Buch mit dem Titel „Privathaushalte im Vereinigungsprozeß – Ihre soziale Lage in Ost- und Westdeutschland" veröffentlicht. Im Mittelpunkt standen drei Fragen: Erstens, welche Auswirkungen hatte die Umwälzung der gesellschaftlichen Rahmenbedingungen in Ostdeutschland auf die objektiven Lebensbedingungen, Handlungsoptionen und Entwicklungsrichtungen der sozialen Lage der ostdeutschen Privathaushalte? Zweitens, in welcher Weise konnten die Haushalte selbst zu Akteuren der sozialen Entwicklung werden? Drittens, inwieweit ergaben sich auch für die westdeutschen Haushalte Veränderungen ihrer sozialen Lage? Besondere Beachtung galt den Erwerbs-, Einkommens-, Vermögens- und Wohnverhältnissen sowie der Haushaltsausstattung und dem Verbrauch verschiedener Haushaltstypen. Datenbasen waren das Sozio-oekonomische Panel (SOEP) und eine eigene regionale Haushaltsbefragung in Brandenburg/Stadt. Horst Berger wurde mit einem wissenschaftlichen Kolloquium im Mai 1999 in den Ruhestand verabschiedet. Annett Schultz kam 1999 als Doktorandin zurück in die Abteilung.

Das Projekt „Lebensstile, Wohnbedürfnisse und Mobilitätsbereitschaft" wurde von der Wüstenrot Stiftung gefördert, von Nicole Schneider und Annette Spellerberg bearbeitet und als Kooperationsprojekt mit der Freien Universität Berlin durchgeführt. Die innovative Idee lag darin, das Konzept der „Lebensstile" in dem „praxisnahen" Bereich „Wohnen" anzuwenden, um den spezifischen Erklärungsbeitrag von Lebensstilen im Hinblick auf Wohnwünsche, Wohnbedürfnisse, Wohnstandortpräferenzen und Mobilitätsbereitschaft zu untersuchen. Die Ergebnisse wurden von Nicole Schneider und Annette Spellerberg in der Monographie „Lebensstile, Wohnbedürfnisse und räumliche Mobilität" (1999) präsentiert.

Mit einer Einschaltung in den „Sozialwissenschaften-Bus" 1996 wurden die relevanten Themen erhoben. Die Kooperation mit Ferdinand Böltken vom Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung ermöglichte es beiden Seiten, einen umfangreicheren Fragebogen zu realisieren, als dies bei Einzeleinschaltungen möglich gewesen wäre (Böltken/Schneider/Spellerberg 1999). Der Lebensstilfragebogen aus dem Wohlfahrtssurvey 1993 wurde für diese Erhebung reduziert. Somit liegt die erste Zeitreihe vor, die die oftmals vermißte dynamische Perspektive auch in der Lebensstilforschung eröffnet (Spellerberg/Berger-Schmitt 1998). Annette Spellerberg erhielt für das Akademische Jahr 1998/99 ein Stipendium des Deutsch-Amerikanischen Konzils als Fellow am Center for Advanced Study in the Behavioral Sciences in Stanford. Nicole Schneider wechselte nach Abschluß des Projekts als Doktorandin in den Präsidentenbereich des WZB.

Auch das von der Hans-Böckler-Stiftung seit 1996 geförderte Projekt „Teilzeitarbeit im europäischen Vergleich – Individuelle Dynamik, Haushaltskontext, Wohlfahrtserträge" wurde 1998 erfolgreich beendet (Karin Schulze Buschoff). Die Fragestellung, ob und inwieweit eine zu erwartende weitere

Flexibilisierung der Arbeitszeiten und eine Zunahme von Teilzeitarbeit sowohl neue Freiräume für die Individuen eröffnen als auch Einschränkungen bereithalten, wurde durch eine Sekundäranalyse nationaler und international vergleichender Umfragen beantwortet. Im Mittelpunkt stand die Frage, welche positiven und negativen Wohlfahrtserträge aus der Teilzeitbeschäftigung in den europäischen Ländern erzielt werden. Anhand subjektiver und objektiver Wohlfahrtsindikatoren wurde untersucht, ob Teilzeitarbeit als Weg hin zu einer stärker bedürfnisorientierten Arbeitsgestaltung und mehr Lebensqualität in Deutschland und darüber hinaus auf europäischer Ebene betrachtet werden kann. Neben Analysen zur Teilzeitbeschäftigung in Deutschland (SOEP-Daten) und einer deskriptiven und vergleichenden Bestandsaufnahme zur Situation der Teilzeitbeschäftigten in den EU-Ländern (Eurobarometer 1995 und 1996) wurde auf der Basis eines Drei-Länder-Panel-Vergleichs (Deutschland, Schweden, Großbritannien) eine dynamische Betrachtung im individuellen Erwerbsverlauf von Frauen vorgenommen. Die Ergebnisse wurden 1999 von Karin Schulze Buschoff in dem Buch „Teilzeitarbeit im europäischen Vergleich“ veröffentlicht.



Abteilung „Sozialstruktur und Sozialberichterstattung“

Personal am 1. Oktober 1999	seit
Diplom-Soziologin Petra Böhnke	1998
Diplom-Soziologe Thomas Bulmahn	1996
Diplom-Soziologe Jan Delhey	1998
Ursula Gerlach	1992
Dr. Katrin Gillwald	1976
Dr. Roland Habich	1988
Dr. Wilhelm Hinrichs	1992
Denis Huschka	1998
Marion Obermaier	1992
Dr. sc. Eckhard Priller	1992
Martina Sander-Blanck	1990
Diplom-Soziologin Annett Schultz	1999
Janina Söhn	1999
Professor Dr. Wolfgang Zapf	1987
Ausgeschiedenes Personal[1]	1998–1999
Professor Dr. Horst Berger	1992–1999
Nicole Breyer	1997–1998
Diplom-Soziologe Steffen Mau	1995–1998
Jana Rückert	1996–1998
Dr. Cordia Schlegelmilch	1994–1998
Diplom-Soziologin Nicole Schneider	1996–1998
Dr. Karin Schulze Buschoff	1993–1998
Dr. Annette Spellerberg	1990–1998
Dr. Ingeborg Weller	1995–1998
Steffen Werner	1994–1998

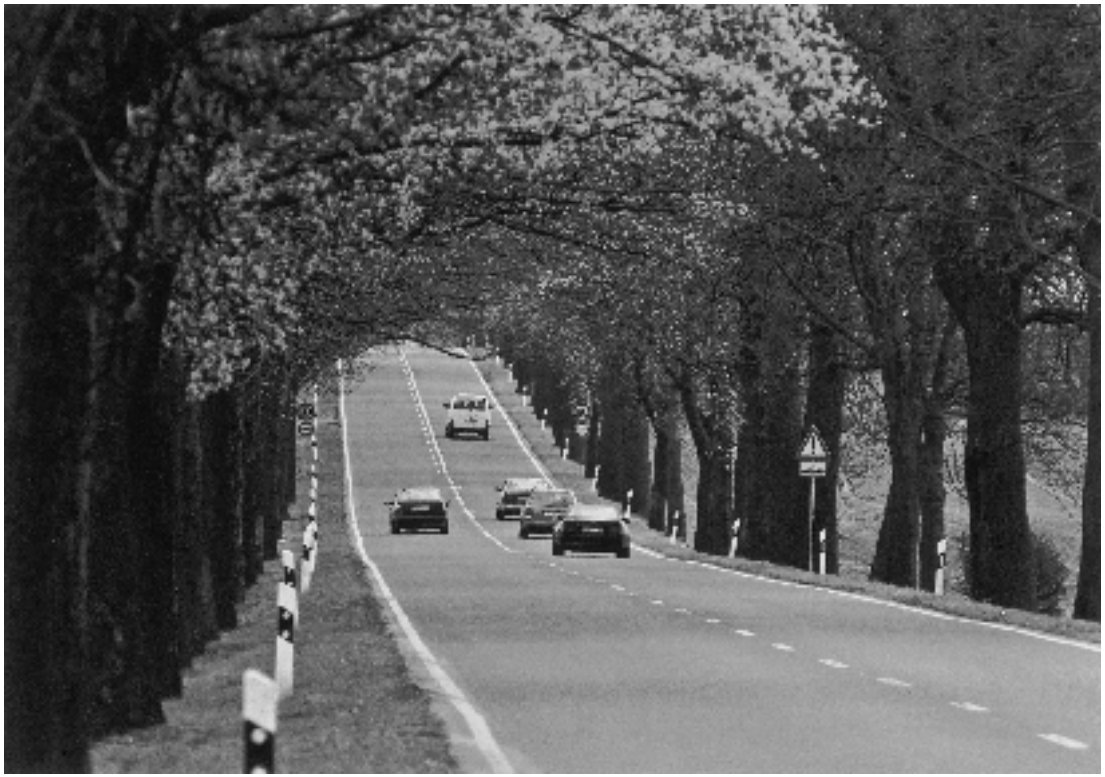
1 mit mindestens 12 Monaten Zugehörigkeit zum WZB

Bearbeitet werden weiterhin sechs Projekte, die durch das gemeinsame Thema „Wohlfahrtsentwicklung, Integration und Exklusion im deutsch-deutschen und europäischen Vergleich“ verbunden sind und die von insgesamt neun Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern bearbeitet werden. Das gemeinsame Thema ist eine Erweiterung der Arbeiten zur Wohlfahrtsentwicklung in der Bundesrepublik und im vereinten Deutschland. Die Innovation für das Forschungsprogramm der Abteilung stellt das „Europäische Wohlfahrtsmodul“ dar. Die weiteren Projekte sind: „Osteuropa in der Transformation“, das „Nonprofit Sector Project“, „Umwelt- und ressourcenschonende soziale Innovationen“ sowie „Räumliche Mobilität“.

Wohlfahrtsentwicklung, Integration und Exklusion im deutsch-deutschen und europäischen Vergleich

Wohlfahrtsentwicklung in Deutschland

Die wichtigsten Ergebnisse zur „Wohlfahrtsentwicklung im vereinten Deutschland“ basieren auf Analysen der Wohlfahrtssurveys und des SOEP, greifen jedoch auch auf Daten der amtlichen Statistik zurück. Nicht zuletzt anläßlich des 10. Jahrestags des Mauerfalls stellt sich die Frage nach dem erreichten Stand der Angleichung der ostdeutschen Lebensverhältnisse an das westdeutsche Niveau. Die diesbezügliche Bilanz der Abteilung „Sozialstruktur und Sozialberichterstattung“ ist im Hinblick auf die Wohlfahrtsentwicklung insgesamt und im wesentlichen positiv (vgl. Habich



Ostdeutschland – Verbesserungen der Infrastruktur

Foto: Ullstein/Minehau

1999; Zapf 1999; Zapf/Habich 1999; Habich/Zapf 1999; Habich/Noll/Zapf 1999).

Zehn Jahre nach dem Mauerfall kann festgestellt werden, daß die rapiden Wanderungsbewegungen aufgehört und sich auf einem niedrigen Niveau stabilisiert haben, daß der schockartige Arbeitsplatzabbau beendet ist und die Beschäftigungsentwicklung sich der in Westdeutschland in etwa angleicht, daß die anderen Prozesse aber langsamer vonstatten gehen als erwartet. Die Verarbeitung der großen Schocks in Ostdeutschland kann durch mehrere Faktoren erklärt werden. Neben den Zusammenbrüchen hat es eine Reihe schneller Entwicklungsprozesse gegeben, die die Mangelwirtschaft überwunden haben: eine deutliche Einkommensverbesserung sowohl bei Beschäftigten wie bei Beziehern von Sozialeinkommen; große Wellen des nachholenden Konsums; eindeutige Verbesserungen der Infrastruktur; klar verbesserte Sozialleistungen, insbesondere deutlich gestiegene Renten.

Die demographischen Einbrüche sind nur zum Teil Krisensymptome, sie sind zum anderen Teil Ausdruck einer freieren Lebensgestaltung. Der Arbeitsplatzabbau konnte durch die Wirtschaftspolitik zwar nicht verhindert, aber durch sozialpolitische Maßnahmen abgefedert werden. Auf der Haushaltsebene gibt es Ausgleichsprozesse dahingehend, daß zwar der früher sehr hohe Anteil von Haushalten mit zwei Vollzeitbeschäftigten zurückgegangen ist, daß aber Haushalte mit zwei arbeitslosen Erwachsenen die seltene Ausnahme sind.

Mit Indikatoren der objektiven Lebensbedingungen und des subjektiven Wohlbefindens wird gezeigt, daß es ingesamt eine deutliche Verbesserung gegeben hat, wenngleich der Abstand zu Westdeutschland noch erheblich ist (Böhnke/Delhey 1999; Delhey/Böhnke 1999). Die objektiven Lebensbedingungen der Ostdeutschen haben sich grundlegend positiv verändert. Der Abstand zu Westdeutschland hat sich deutlich verringert, ohne allerdings in allen Dimensionen das westliche Niveau zu erreichen. Die Bilanz hier ist: Die Angleichung hat weitgehend stattgefunden, die noch vorhandenen Unterschiede werden schwierig abzubauen sein. Defizite sind auf dem Arbeitsmarkt zu finden. Der drastische Abbau von Arbeitsplätzen hat zu einer hohen Arbeitslosigkeit geführt.

Der Blick auf die Erwerbsbeteiligung dagegen zeigt ähnliche Erwerbsquoten in Ost und West. Dennoch sind Wohlfahrtsdefizite festzustellen, da in Ostdeutschland die hohen Erwerbsorientierungen und -absichten fortbestehen. Die Bilanz für die Dimension des subjektiven Wohlbefindens ist alles in allem positiv, wenn auch zurückhaltend positiv; die zu beobachtenden Lücken werden längere Zeit weiterbestehen. Angleichungen in materiellen Lebenslagen führen nicht immer zu einer Angleichung in subjektiven Einschätzungen und Bewertungen (Habich/Noll/Zapf 1999).

Daß Ost-West-Unterschiede weiterbestehen, zeigt sich darin, wie bestimmte Struktur- und Qualitätsmerkmale der Gesellschaft wahrgenommen werden. Dies ist die dritte Dimension von Wohlfahrt: die wahrgenommene Qualität der Gesellschaft. Im Wohlfahrtssurvey 1998 wurde erstmals erhoben, inwieweit darauf bezogen institutionelle Aspekte der gesellschaftlichen Lebensqualität verwirklicht oder nicht verwirklicht sind. Die Bürger nehmen dabei Probleme wahr: Defizite bei Chancengleichheit und Gleichberechtigung ebenso wie Mängel beim Schutz vor Kriminalität und bei der sozialen Sicherheit. Selbst elementare Freiheitsrechte sehen einige als nicht verwirklicht an. Insgesamt wird deutlich, daß die Ostdeutschen die gesellschaftlichen Verhältnisse in der Bundesrepublik anders, das heißt vor allem kritischer, beurteilen als die Westdeutschen (Bulmahn 1999).

Die Forschungsergebnisse zur „Wohlfahrtsentwicklung im vereinten Deutschland“ sind wesentlicher Bestandteil des alle zwei/drei Jahre erscheinenden „Datenreport – Zahlen und Fakten über die Bundesrepublik Deutschland“, der in Zusammenarbeit mit dem Statistischen Bundesamt in einer Gesamtauflage von ca. 50.000 Buch-Exemplaren von der Bundeszentrale für politische Bildung vertrieben wird. Diese Kooperation zwischen amtlicher Statistik und wissenschaftlicher Sozialberichterstattung hat sich bewährt. Der „Daten-

report“ ist nach wie vor der deutsche „social report“, dies auch in der internationalen Wahrnehmung. Die 1999er Ausgabe basiert in ihrem zweiten Teil (herausgegeben von R. Habich und H.-H. Noll) fast ausschließlich auf den Daten des Wohlfahrtssurveys 1998 und wurde von den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Abteilung zusammen mit Kollegen und Kolleginnen des ZUMA, des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (DIW) sowie der Humboldt-Universität zu Berlin verfaßt. Zum ersten Mal wurde neben der traditionellen Buchausgabe eine über das Internet abrufbare Version erstellt, die zudem als CD-ROM bei den beteiligten Institutionen (Statistisches Bundesamt, ZUMA und WZB) erhältlich ist.

Der aktuelle Report informiert in seinem Teil II detailliert über die Wohlfahrtsentwicklung und den gesellschaftlichen Wandel in der Bundesrepublik Deutschland und stellt – wie schon seit 1992 – den Vergleich der Lebensverhältnisse in Ost- und Westdeutschland in den Mittelpunkt der Berichterstattung. Dies wird ergänzt durch Zeitreihen, die den sozialen Wandel bzw. auch die Stabilität der Entwicklung (für Westdeutschland) von 1978 bis 1998 dokumentieren.

Europäische Sozialberichterstattung

Ein Hauptaugenmerk der Forschungsarbeiten der Abteilung lag in den letzten Jahren auf dem Aufbau einer europäisch vergleichenden und vergleichbaren Sozialberichterstattung und Wohlfahrtsforschung. Im Berichtszeitraum organisierte die Abteilung dazu u. a. zwei Workshops. Der erste (Mai 1998) wurde gemeinsam mit dem Collegium Budapest Institute for Advanced Study in Budapest durchgeführt. Organisatoren waren Roland Habich (WZB) und Zsolt Spéder (Budapest University of Economic Sciences) – beide im Akademischen Jahr 1997/98 Fellows am Collegium Budapest. Zum Thema „Social Change in an Enlarging Europe: Welfare Development, Structural Change and Theoretical Approaches“ wurden von Teilnehmern aus acht mittel- und ostmitteleuropäischen Ländern neueste Entwicklungen und Analysen im europäischen Rahmen vorgestellt. Einige der Vorträge sind in der Discussion Paper-Serie der Abteilung erschienen.

EuReporting

Im Juli 1998 hat die Abteilung zum dritten Mal eine Konferenz des EuReporting-Netzwerks organisiert, das 1996 auf Initiative der Abteilung gegründet worden war. Ziel dieses Netzwerks ist u. a. die Entwicklung eines wissensbasierten Systems der Sozialberichterstattung für Europa. Im Rahmen des TSER-Programms (4. Schwerpunktprogramm der EU) wird dazu von 1998 bis 2000 das Projekt „Towards an European System of Social Reporting and Measurement of Welfare“ (www.zuma-mannheim.de/data/social-indicators/eureporting), an dessen Antragstellung die Abteilung federführend beteiligt war, mit zunächst drei Teilprojekten gefördert: 1) Stocktaking of Comparative Databases in Survey Research, 2) Access to Comparative Official Microdata, 3) System of Social Indicators. Die Abteilung ist an den Forschungsarbeiten des dritten Teilprojekts beteiligt (Zapf/Habich/Böhnke).

Euromodule

Daneben wurde die Initiative weiterverfolgt, ein Netzwerk für einen europäischen Wohlfahrtssurvey aufzubauen. Beim „Euromodule“ handelt es sich um ein Projekt, an dem bislang Vertreter aus 18 europäischen Ländern beteiligt sind. Mit der Idee, europaweit Daten zur Lebensqualität und individuellen Wohlfahrt zu erheben, wird an die lange Tradition der internationalen Wohlfahrtsforschung angeknüpft, die allerdings nur wenige strikt vergleichbare Studien hervorgebracht hat. In zahlreichen Ländern ist in Ergänzung zu Daten der amtlichen Statistik eine Sozialberichterstattung aufgebaut worden, die wissenschaftlichen Prinzipien folgt und auf der theoretischen Grundlage von Wohlfahrtskonzepten beruht.

Mit dem Euromodule wird der Versuch unternommen, einen gemeinsamen Nenner der jeweiligen nationalen Wohlfahrtsforschung zu finden, so daß objektive Lebensbedingungen, subjektives Wohlbefinden und die Qualität der Gesellschaft europaweit mit einem einheitlichen Instrument analysiert werden können. Damit wird eine Lücke in der europäisch vergleichenden Sozialstrukturanalyse geschlossen. Das Euromodule folgt in seiner Konzeption dem deutschen Wohlfahrtssurvey, der objektive und subjektive Dimensionen von Wohlfahrt kombiniert. Die bislang vorhandenen internatio-

nalen Umfrageprojekte widmen sich entweder vorrangig politischen Einstellungen, erheben lediglich Indikatoren für ausgewählte Lebensbereiche oder sind für wissenschaftliche Analysen schwer zugänglich. Die Europäisierung europäischer Gesellschaften, die nachholende Modernisierung Osteuropas sowie die Wechselwirkungen zwischen europäischer Integration und globaler Konkurrenz sozialer Sicherungssysteme erzeugen einen besonderen Problemdruck auf den sozialstrukturellen Wandel, der wissenschaftliche Analysen mit einer geeigneten Datenbasis erforderlich macht.

Das Projekt ist als Netzwerk organisiert; die Koordination liegt bei der Abteilung „Sozialstruktur und Sozialberichterstattung" (Zapf/Habich/Böhnke/Delhey). Für das Gesamtprojekt stehen keine zentralen finanziellen Ressourcen zur Verfügung; jedes nationale Team muß eigene Mittel für die Umfrage einwerben. Auf Tagungen am WZB wurde das gemeinsame Erhebungsinstrument entwickelt. Der Hauptteil des Fragebogens umfaßt objektive und subjektive Indikatoren verschiedener Lebensbereiche. Entsprechend den finanziellen Ressourcen der einzelnen Länder können Fragen aus einem zweiten Teil hinzugenommen werden, die Aspekte aus dem Hauptteil vertiefen. Ein für alle interessierten Länder sinnvoller Weg, das Euromodule als standardisierte repräsentative Umfrage zu realisieren und den finanziellen Aufwand möglichst gering zu halten, besteht darin, das Erhebungsinstrument an bereits vorhandene nationale Umfragen anzuschließen.

Mit dem Namen „Euromodule" wird der Werkstatt-Charakter zum Ausdruck gebracht, d. h. es handelt sich um erste konzeptionelle und praktische Schritte hin zu einem Europäischen Wohlfahrtssurvey. Slowenien und Deutschland haben als erste Teilnehmerländer im Herbst 1999 die Umfrage durchgeführt. Bis Anfang 2000 werden auch Schweden, Ungarn und möglicherweise die Türkei Daten zur Verfügung stellen; vermutlich im Frühjahr 2000 wird die Schweiz folgen. Weitere Länder, die sich um eine Teilnahme bemühen, sind Belgien, Dänemark, Finnland, Frankreich, Großbritannien, Italien, die Niederlande, Norwegen, Österreich, Polen, Spanien und Tschechien. Als erstes außereuropäisches Land hat Südkorea Interesse bekundet und will das Modul im Jahr 2000 erheben.

Das Analysepotential, das mit den Daten des Euromodules geschaffen wird, konnte mit bereits vorliegenden Daten aus Großbritannien und Deutschland erprobt werden (Böhnke/Delhey 1999). Auf der Grundlage von Peter Townsends Konzept der relativen Deprivation wurden Vorstellungen der Bevölkerung von einem angemessenen Lebensstandard analysiert und den tatsächlich realisierten Lebensbedingungen gegenübergestellt. Dieser Deprivationsansatz wurde zudem mit Einkommensarmut kombiniert, und es wurden verschiedene Armutslagen herausgearbeitet, die unterschiedliche Benachteiligungen erfassen. Mit Indikatoren des subjektiven Wohlbefindens kann gezeigt werden, daß die verschiedenen Armutsaspekte mehr als eine methodische Differenzierung darstellen: Niedriger Lebensstandard kombiniert mit niedrigem Einkommen führt zu erheblichen Zufriedenheitseinbußen. Armutsanalysen sollten sich deshalb nicht nur auf Einkommen beschränken. Lebensstandard-Indikatoren bilden eine weitere wichtige Dimension einer multidimensionalen Armutsforschung.

Osteuropa in der Transformation

Das Projekt Osteuropa in der Transformation hat zwei Stränge. Zum einen konzentriert es sich auf komparative Analysen der ungarischen und ostdeutschen Transformation im Vergleich zur westdeutschen Entwicklung (Habich); zum anderen werden Einstellungen zur Ungleichheit in den ostmittel- und osteuropäischen Transformationsgesellschaften untersucht (Delhey).

Ungarn

Im Akademischen Jahr 1997/98 ergab sich für Roland Habich und Zsolt Spéder (damals Budapest University of Economic Sciences, nun Direktor des Demographic Research Institute, Hungarian Central Statistical Office) die Möglichkeit, ihre bisherige Zusammenarbeit während eines Aufenthalts als Fellows im Collegium Budapest zu intensivieren. Die Arbeiten konzentrierten sich auf Aspekte

des sozialen Wandels und der Wohlfahrtsentwicklung. Mit Mikrodaten der Umfrageforschung wurde für den Zeitraum von 1990 bis 1996 auf der Ebene der Haushalte und Familien die faktische Entwicklung der objektiven Lebensbedingungen und des subjektiven Wohlbefindens für Ungarn, Ost- und Westdeutschland vergleichend analysiert.

Während des Aufenthalts in Budapest ergab sich für Habich die Chance, in der von Professor János Kornai organisierten Focus Group „The Interaction between Politics and Economic Policy in Post-Socialist Transition" mitzuarbeiten und Analysen und Befunde auf zwei Workshops der Focus Group (http://www.colbud.hu) vorzustellen (vgl. Spéder/Habich 1999).

Ergebnisse der Analysen wurden auf weiteren Workshops und Konferenzen präsentiert; beispielsweise im März 1998 auf der Tagung zum Thema „Längsschnittindikatoren in der Sozialberichterstattung" der Sektion Sozialindikatoren der Deutschen Gesellschaft für Soziologie in Zusammenarbeit mit der LängsschnittWerkstatt Berlin-Brandenburg am WZB und im Mai 1998 auf dem vom WZB mitorganisierten und bereits erwähnten Workshop am Collegium Budapest. Ein in der Serie des Collegiums Budapest erschienenes Discussion Paper ist in Teilen auch im ungarischen „Társadalmi Riport 1998" publiziert, der zur Frankfurter Buchmesse 1999 in einer englischen Version („Social Report 1998") vorgestellt wurde (Habich/Spéder 1999).

Ebenfalls zur Frankfurter Buchmesse 1999 erschien „Hungary in Flux", ein von Zsolt Spéder herausgegebenes und in Kooperation mit der Abteilung entstandenes Buch. Es enthält eine Reihe von empirisch orientierten Artikeln zum Verlauf der Transformation in Ungarn, die in der Zeitschrift „Századvég" erschienen waren und für diese Publikation übersetzt wurden. Somit wurden zentrale Analysen über die ungarische Gesellschaft auch einer interessierten internationalen (Fach-) Öffentlichkeit zugänglich gemacht.

Sozialistische Vergangenheit

Das zweite Projekt trägt den Titel „Zwischen Marx und Markt – Soziale Ungleichheit und soziales Bewußtsein in postsozialistischen Transformationsländern" (Jan Delhey). Im Mittelpunkt stehen die Wechselwirkungen zwischen der Systemtransformation und den veränderten Strukturen sozialer Ungleichheit sowie den Einstellungen der Bevölkerungen zu diesen Veränderungen. Die Bereitschaft der Bürger, den Transformationsprozeß mit seinen politischen, ökonomischen und sozialen Neuerungen mitzutragen, ist eine wichtige Rahmenbedingung für eine erfolgreiche nachholende Modernisierung.

Untersuchungsländer sind Ostdeutschland, Polen, Ungarn, Tschechien, Slowakien, Slowenien und Bulgarien, Hauptdatenquelle ist das ISSP. Durch den komparativen Ansatz wird gezeigt, wo die gemeinsame sozialistische Vergangenheit einen prägenden Einfluß auf die Einstellungen hat und inwieweit länderspezifische Bedingungen eine Rolle spielen. Für Ostdeutschland wurde deutlich, daß sich die besondere Situation der Vereinigung und die sich daraus ergebende externe Transformation teils vorteilhaft, teils nachteilig auf die subjektive Verarbeitung der sozialen Umbrüche auswirkt. Im Vergleich mit westlichen Demokratien sind die Einstellungen der Osteuropäer in einigen, aber nicht in allen Einstellungsbereichen ungleichheitskritischer.

Die Ergebnisse gingen in eine Dissertation ein und wurden als Buchbeitrag und Discussion papers veröffentlicht (Delhey 1998, 1999). Auf Workshops und Konferenzen wurden Teilergebnisse vorgestellt, beispielsweise auf dem Summer Institute 1999 des Deutsch-Amerikanischen Akademischen Konzils (DAAK/GAAC) zum Thema „The Unification of Germany – Problems of Transition in Comparative Perspective" in Erfurt, das mit einem Stipendium des DAAK/GAAC für Jan Delhey verbunden ist.

The Johns Hopkins Comparative Nonprofit Sector Project – Deutsche Teilstudie

Bei diesem Projekt (Eckhard Priller) handelt es sich um den deutschen Teil einer international vergleichenden Forschung, die den Dritten Sektor in seiner ökonomischen Struktur erfaßt und in seinen historischen, gesellschaftlichen und poli-

tischen Dimensionen analysiert. In der ersten Projektphase (1990 bis 1995) waren zwölf Länder beteiligt, in der zweiten Phase (1996–1999) 22 Länder.

Der Dritte Sektor umfaßt in Deutschland ein weites Spektrum von Organisationen, das Vereine, Verbände, Stiftungen und gemeinnützige GmbHs ebenso einschließt wie Umweltschutzgruppen und staatsbürgerliche Vereinigungen, Wirtschafts- und Berufsverbände sowie Gewerkschaften. Untersuchungsschwerpunkte waren der beschäftigungspolitische Stellenwert der Organisationen sowie ihre Finanzierung über öffentliche Mittel, selbsterwirtschaftete Erträge und Spenden in Form von Geld oder Zeit (ehrenamtliches Engagement). Weiterhin waren der Stellenwert der Nonprofit-Organisationen für die Schaffung zivilgesellschaftlicher Strukturen und ihr Beitrag als Wohlfahrtsproduzenten Gegenstand der Untersuchungen.

Die deutsche Teilstudie wurde in der zweiten Projektphase in Kooperation mit Annette Zimmer (Universität Münster) und Helmut K. Anheier (Johns Hopkins University, Baltimore, und London School of Economics) erstellt. Dabei wurden Mittel der Körber-Stiftung zur Untersuchung des ehrenamtlichen Engagements und Spendenverhaltens der deutschen Bevölkerung, der Hans-Böckler-Stiftung zur Untersuchung der arbeitsmarktpolitischen Bedeutung der Nonprofit-Organisationen und des TransCoop-Programms der Stiftung Deutsch-Amerikanisches Konzil zur zivilgesellschaftlichen Relevanz des Dritten Sektors eingesetzt.

Die empirischen Analysen schlossen Ergebnisse der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung und anderer zentraler statistischer Materialien ebenso ein wie spezielle Statistiken der Bundesanstalt für Arbeit, der Berufsgenossenschaften, von einzelnen Nonprofit-Organisationen und Angaben aus Bevölkerungsbefragungen. Außerdem beantworteten 1998 rund 2.400 Nonprofit-Organisationen im Rahmen der von der Hans-Böckler-Stiftung finanzierten Studie „Gemeinnützige Organisationen im gesellschaftlichen Wandel“ in einer Erhebung Fragen zur Organisationsstruktur, zu den Aufgaben- und Tätigkeitsbereichen, zur Finanzierung und Mittelerschließung sowie zur Beschäftigungssituation und -perspektive.

Ergebnisse wurden u. a. auf der im April 1999 am WZB durchgeführten Konferenz „Der Dritte Sektor im gesellschaftlichen Wandel – Ergebnisse, Probleme und Perspektiven aus dem international vergleichenden Johns Hopkins Nonprofit-Sektor-Projekt“ präsentiert. Es nahmen mehr als 200 Personen an der Veranstaltung teil. Auf der Konferenz wurden zentrale Ergebnisse des internationalen Gesamtprojekts sowie der deutschen Teilstudie vorgestellt.

Wert und Wachstum

Zu den wichtigen Resultaten des internationalen Vergleichs zählt, daß der Sektor in den meisten untersuchten Ländern einen beachtlichen wirtschaftlichen und sozialen Stellenwert hat. Seine arbeitsmarktpolitische Bedeutung ist in den 90er Jahren weiter angewachsen (Priller/Zimmer/Anheier 1999a). Zugleich sind die Potentiale der Organisationen zwischen Staat und Markt beim Umbau des Sozial- und Wohlfahrtsstaats stärker wirksam geworden. Die Rolle der Organisationen bei der Erstellung sozialer Dienstleistungen sowie ihre Funktion als Akteur und als wichtiger Teil der Infrastruktur der Zivilgesellschaft haben sich verstärkt (Priller 1999). Gemeinnützige Organisationen werden allerdings nicht vorwiegend durch private Spenden, sondern durch Gebühren und staatliche Mittel finanziert.

Auch in Deutschland befand sich der Dritte Sektor in den 1990er Jahren auf Wachstumskurs. Zugenommen haben sowohl die Gesamtausgaben als auch die Zahl der Beschäftigten. Diese Entwicklung wurde zu einem großen Teil durch die Entstehung des Nonprofit-Sektors in den neuen Bundesländern bewirkt. Der gewachsene Anteil eigenerwirtschafteter Mittel führt auch in Deutschland im Trend zu mehr Markt und zu einer stärkeren Kommerzialisierung (Priller/Zimmer/Anheier/Toepler/Salamon 1999).

Die Einzelergebnisse bestätigen größtenteils die Status-quo-Orientierung des Dritten Sektors. An-

statt ein innovatives Gegengewicht zu aktuellen Entwicklungen in Markt und Staat zu bilden, folgen Dritte-Sektor-Organisationen mehrheitlich den allgemeinen Trends in diesen Bereichen. Dies gilt im besonderen für die Diversifikation der Beschäftigungsverhältnisse. Noch sind diese im Dritten Sektor weitgehend von Vollzeitarbeit geprägt. Für die Zukunft wird von den Organisationen jedoch eine deutliche Zunahme der Teilzeitbeschäftigung sowie verschiedener Formen von geringfügiger Beschäftigung prognostiziert.

Umwelt- und ressourcenschonende soziale Innovationen

Während des Berichtszeitraums wurde eine Literaturstudie zu Begriff und Theorie sozialer Innovationen durchgeführt (Katrin Gillwald). Anders als technische Innovationen sind soziale Innovationen bislang wenig erforscht. In der Studie ist zusammengefaßt, was als Stand des Wissens betrachtet werden kann.

Soziale Innovationen werden verstanden als überall in gesellschaftlichen Systemen mögliche, gezielt herbeigeführte und gesellschaftlich folgenreiche Verhaltensänderungen, verwandt, aber nicht identisch mit technischen Innovationen. Dieser Begriff wird schrittweise differenziert, auch in Auseinandersetzung mit Ergebnissen der technikbezogenen Innovationsforschung. Neben begrifflichen Abgrenzungen – von Reformen, gesellschaftlicher Modernisierung, sozialen Inventionen (Erfindungen) und schließlich auch von technischen Innovationen – werden unterschiedliche Konzepte sozialer Innovation vorgestellt. Dazu gehören unter anderem das Verständnis von sozialer Innovation als Synonym für Neuartigkeit, als gesellschaftliche Errungenschaft, als Krise und als Form gesellschaftlichen Handelns. Dabei angesprochene Merkmale sozialer Innovationen werden anhand von Beispielen illustriert.

Neuartigkeit

Eines der Ergebnisse der Studie ist, daß auf soziale Innovationen die Vorstellung von relativer Neuartigkeit („anders als vorher“) eher zutrifft als die Vorstellung von absoluter Neuartigkeit („beispiellos“). Ein anderes Ergebnis besteht darin, daß neben der Andersartigkeit Merkmale unterhalb der Erscheinungsebene genauso wichtig, wenn nicht wichtiger zur Beschreibung und Erklärung sozialer Innovationen sind: der raum-zeitliche Kontext, die Akteure und ihre Motive etwa, die Wirkungszusammenhänge, die unmittelbaren Folgen und die Abfederungen sozialer Innovationen. Ein weiteres Ergebnis der Studie kann darin gesehen werden, daß ein systematischer Vergleich von Merkmalen sozialer und technischer Innovationen durchaus lohnend ist; die festgestellten beiderseitigen Unterschiede lassen bisherige Annahmen einer annähernden Kongruenz zweifelhaft erscheinen (Gillwald 1999).

Regionale Mobilität

Die Arbeiten am Projekt (Wilhelm Hinrichs) begannen Ende 1997. Regionale Mobilität umfaßt die zirkuläre und die residentielle Mobilität. Im vorliegenden Fall konzentrieren sich die Untersuchungen auf die Residenzmobilität. Im Berichtszeitraum wurden zunächst die im Zusammenhang mit der deutschen Vereinigung relevanten Mobilitätsströme analysiert: die länderübergreifende Migration in Deutschland unter besonderer Beachtung der „Vereinigungs-Migration“ und die in Ostdeutschland nach 1990 einsetzende Suburbanisierung.

Ost/West

In den zurückliegenden Jahren waren Wohnortwechsel zwischen den Bundesländern auf der Ebene der beiden Teil-Populationen „West-Migranten“ und „Ost-Migranten“ gekennzeichnet durch Disparität und Angleichung gleichermaßen. Die Disparität zeigt sich im nachhaltigen Rückgang der Ost-West-Umzüge und der parallelen Zunahme der West-Ost-Umzüge. Für ostdeutsche Personen haben sich die Chancen verringert, durch Aufnahme einer Erwerbstätigkeit in den alten Ländern Wohlfahrtssteigerungen zu erreichen. Zugenommen haben demgegenüber bis 1997 die West-Ost-Umzüge. Insbesondere für mobile westdeutsche qualifizierte männliche Personen, die in die neuen Länder umgezogen waren, überwogen die beruflichen Chancen.

Die sozialstrukturellen Merkmale der mobilen Personen in West und Ost haben sich ange-

glichen, ebenso die Gründe für interregionale Migration. Die West-Ost-Dimension im Mobilitätsverhalten begann einer stärkeren regionalen Ausdifferenzierung zu weichen. Historisch begründete soziokulturelle Gemeinsamkeiten in den „Grenzgebieten" der Länder sind für Mobilitätsentscheidungen inzwischen bedeutsamer als administrative Grenzen. Damit folgt das deutsch-deutsche Mobilitätsverhalten zunehmend individuellen und regional-soziokulturellen Lebensmustern.

Optimierung

Die Untersuchungen zur Suburbanisierung zeigten, daß bisherige Erklärungsmuster zur Wohnsuburbanisierung, die nur auf Wohnungsmerkmale (Erwerb von Wohneigentum, bessere Wohnumwelt, günstigere Wohnkosten im Umland) zurückgreifen, erweitert werden müssen. Denn eine suburbane Wohnstandortentscheidung ist primär eine gewünschte und gewählte Wohn- und Lebensweise in Abhängigkeit von der Lebensphase. Bei Umlandbewohnern überwiegen traditionell-familienorientierte Elemente der Wohn- und Lebensweise, bei Innenstadtbewohnern modern-individualisierte Elemente. In einem weiteren Schritt gelangen – die Entscheidung beeinflussend und begleitend – Ressourcenbedingungen ins Spiel. Als zentrale Ressourcenvariable auf der Haushaltsebene kommt die Erwerbsbeteiligung (berufliche Perspektive) in Betracht, auf der regionalen Ebene sind es die Wohnungsmarktangebote und die Wohnbedingungen im Stadtgebiet bzw. im Umland. Umfang und Dynamik von Suburbanisierungsprozessen sind durch spezielle, historisch bedingte, regionale Kontextmerkmale charakterisiert (Hinrichs 1999).

Insgesamt läßt sich die Wohnstandortentscheidung Stadtgebiet *versus* suburbaner Raum als ein Optimierungsprozeß beschreiben, mit dem die Vorteile beider Standorte im Interesse des angestrebten Lebens- und Wohnkonzepts kombiniert werden. Das Umland soll als naturnaher, ruhiger und familienfreundlicher Wohnort dienen. Die nahegelegene Stadt wird weiterhin als Arbeits-, Dienstleistungs- und Kulturraum genutzt. Die Inanspruchnahme der städtischen Optionen wird zeitlich flexibel gewünscht und auch so vorgenommen.

Kooperationen, Gastwissenschaftler, Konferenzen

Die Forschungarbeiten der Abteilung sind national wie international in vielfältiger Weise vernetzt. Über Kooperationen wurde bereits bei den einzelnen Projektbeschreibungen informiert. Zudem vermittelt die Abteilung ihre Ergebnisse durch die Organisation von Tagungen und Konferenzen, durch die aktive Beteiligung an nationalen und internationalen Tagungen sowie durch ihre Publikationen in die (Fach-)Öffentlichkeit.

Im Berichtszeitraum waren Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Abteilung (Mit-)Veranstalter von insgesamt 14 Workshops, Tagungen und Konferenzen am und außerhalb des WZB. Diese wurden unter anderem in Kooperation mit der Sektion Sozialindikatoren der Deutschen Gesellschaft für Soziologie, mit der LängsschnittWerkstatt Berlin-Brandenburg, mit dem Berlin-Brandenburger Institut für sozialwissenschaftliche Studien (BISS), mit der Projektgruppe Sozio-oekonomisches Panel des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (DIW), Berlin, oder mit dem Collegium Budapest durchgeführt. Darüber hinaus wurden von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Abteilung mehr als 60 Referate vor unterschiedlichsten Adressatenkreisen gehalten; diese reichten beispielsweise von Stiftungen und Organisationen über politische Verbände und Parteien bis zu nationalen und internationalen akademischen Kongressen.

Enge Arbeitskooperationen bestehen neben den bereits genannten Projektkooperationen zu Ruut Veenhoven (Rotterdam und Utrecht), zu Karl H. Müller und Thomas Link (Institut für Höhere Studien, Wien) und zu Bernhard Schäfers (Karlsruhe). Diese Personen arbeiteten im Berichtszeitraum als Gastwissenschaftler in der Abteilung; daneben auch Zsolt Spéder (Budapest) im Rahmen des Projekts „Osteuropa in der Transformation".

Wichtige Aufenthalte von Mitarbeiterinnen und Mitabeitern der Abteilung außerhalb des WZB sind die bereits erwähnten Fellowships von Annette Spellerberg in Stanford und Roland Habich in Budapest sowie Jan Delhey in Erfurt. Eckhard Priller

war zu einem längeren Arbeitsaufenthalt an der Johns Hopkins University in Baltimore. Roland Habich ist Mitglied im Steering Committee eines von der European Science Foundation geförderten „Citizens in Transformation Network"-Projekts (CITNET), das unter der Leitung von Richard Rose (Glasgow) und Christian Härpfer (IHS, Wien) die Daten des New Democracies Barometer (NDB) für Sekundäranalysen aufbereitet und mit Stipendiaten aus 13 europäischen Ländern analysiert.

Forschungsprofessur „Vergleich demokratischer Systeme"

Die Forschungsprofessur „Vergleich demokratischer Systeme" ist seit Oktober 1993 mit Max Kaase besetzt, der für die Wahrnehmung dieser Position von seiner Mannheimer Professur für Politische Wissenschaft und International Vergleichende Sozialforschung vom Land Baden-Württemberg beurlaubt worden ist. Das Beschäftigungsverhältnis am WZB wird am 30. September 2000 mit seinem Eintritt in den Ruhestand enden.

European Social Survey

Die der Forschungsprofessur gestellte Aufgabe des internationalen Demokratievergleichs ist im Berichtszeitraum vor allem durch den Fortgang der Vorbereitung des European Social Survey (ESS) verfolgt worden. Dabei handelt es sich um eine in allen europäischen Ländern in regelmäßigen Zeitabständen durchzuführende Repräsentativbefragung der Bevölkerung im Alter ab 15 Jahren. Diese Arbeiten laufen seit 1995 und sind in die Aktivitäten der European Science Foundation (ESF), Straßburg, zur Verbesserung der europäischen Forschungsinfrastruktur eingebettet.

Die Pläne für den ESS gehen unmittelbar auf das „Beliefs in Government"-Projekt (1989–1995) zurück, das sich die Aufgabe gestellt hatte, die Entwicklung der politischen Orientierungen der Bürger Westeuropas in der Periode von 1960 bis 1990 vergleichend zu untersuchen. Dabei bestand von Anfang an das gravierende Problem, daß die ideale Zeit x Raum x Gegenstand-Matrix durch die vorhandenen Daten nur höchst selektiv abgedeckt werden konnte. Dieser Umstand hat den Inhaber der Forschungsprofessur veranlaßt, im Rahmen seiner Mitgliedschaft im Standing Committee for the Social Sciences (SCSS) der ESF dort den ESS-Vorschlag zu unterbreiten.

Dieser Vorschlag wurde 1995 im SCSS positiv aufgenommen und Kaase gebeten, eine Arbeitsgruppe zu etablieren, die dem SCSS zu seiner Sitzung im April 1996 ein Planungspapier für den ESS vorlegte, das einstimmig von den Vertretern der ESF-Mitgliedsländer angenommen wurde. Nach der Beschlußfassung im SCSS entschieden sich 17 der 22 nationalen Mitgliedsorganisationen der ESF dafür, sich auch an der Finanzierung der beiden im Planungspapier empfohlenen Vorbereitungsgruppen (Steering Committee und Methodology Committee) zu beteiligen. Ziel der Aktivitäten von Steering Committee und Methodology Committee war die Vorlage eines entscheidungsfähigen Vorschlags für den ESS, ein sogenannter „blue print".

In den Jahren 1997 und 1998 hat sich das ESS-Steering Committee, an dem Vertreter aller ESF-Mitgliedsländer (mit Ausnahme von Island) und des assoziierten Israel beteiligt sind, unter dem Vorsitz von Kaase insgesamt viermal getroffen; das Methodology Committee, das von Professor Roger Jowell, National Centre for Social Research, London, geleitet wird, hielt unter Beteiligung Kaases zwischen 1997 und 1999 fünf Treffen ab. Auf der Grundlage dieser Vorarbeiten entstand zwischen Spätherbst 1998 und Frühjahr 1999 der endgültige Textentwurf des ESS-blue print, der vom SCSS auf seiner Sitzung am 6. Mai 1999 in Helsinki mit kleinen Änderungen einstimmig verabschiedet wurde (der vollständige Text und eine Zusammenfassung stehen seit Juni 1999 in Form zweier Broschüren der ESF unter dem Titel „The European Social Survey (ESS) – a research instrument for the social sciences in Europe" zur Verfügung und können kostenlos von der ESF in Straßburg bezogen werden).

Im Laufe des Sommers 1999 hatten die am SCSS vertretenen ESF-Mitgliedsorganisationen Gelegen-

heit, sich eine verbindliche Meinung zu dem blue print zu bilden; vereinbart worden war, daß sie sich im Rahmen der Oktobersitzung des SCSS in Straßburg endgültig zu ihrer Beteiligungsbereitschaft, einschließlich des Tragens der entsprechenden finanziellen Konsequenzen, äußern würden. Das Ergebnis dieser Sitzung war insofern überraschend erfreulich, als keine einzige der im ESS Steering Committee vertretenen Mitgliedsorganisationen eine Beteiligung explizit ablehnte, hingegen bisher 20 der 22 Mitglieder (das sind 19 Länder, da Belgien zweimal repräsentiert ist) sowie zusätzlich das der ESF assoziierte Israel die Finanzierung der nationalen Erhebungsdaten verbindlich zugesagt haben.

Ob die vorläufig für das Jahr 2002 vorgesehene erste Erhebungswelle des ESS termingerecht beginnen kann, hängt neben der Klärung einer Vielzahl von substantiellen, methodologischen und forschungspraktischen Fragen allerdings von der Erfüllung einer zentralen Zusatzbedingung ab: der Bereitschaft der Europäischen Kommission (EC), sich etwa zur Hälfte an den Gesamtkosten des Vorhabens (für zwei Jahre insgesamt etwa 7 Millionen Euro) zu beteiligen. Hier sind bereits seit längerem Vorgespräche geführt worden, die zu einem Antrag an die EC im April 2000 geführt haben. Eine definitive Entscheidung über diesen Teil der Finanzierung wird aber erst im Laufe des Jahres 2000 fallen.

Der European Social Survey wird in diesem Bericht so prominent behandelt, weil mit ihm nicht nur eine europaweit einmalige längsschnittliche Datenbasis für vergleichende sozialwissenschaftliche Analysen geschaffen und die Vernetzung der europäischen Sozialforschung erleichtert würde, sondern weil damit auch die Intention des neuen ESF-Programms EUROCORES (ESF Cooperative Research Programmes) beispielhaft für die Sozialwissenschaften verdeutlicht wird, die wissenschaftliche Zusammenarbeit in Europa nicht nur der Forscher, sondern auch der Förderorganisationen der Wissenschaft auf eine verbesserte Grundlage zu stellen.

Israel/ Deutschland

In den Bereich der internationalen Wissenschaftskooperation fällt auch das folgende Forschungsvorhaben. Seit 1995 besteht eine enge Verbindung des WZB mit der deutsch-israelischen Wissenschaftsstiftung (GIF), deren Grundstein durch den Besuch einer vierköpfigen deutschen Wissenschaftlergruppe (Max Kaase, Friedhelm Neidhardt und Georg Thurn, alle WZB, sowie Professor Rainer Münz, Humboldt-Universität zu Berlin) in Israel im Dezember 1995 gelegt worden war.

Aus dieser Kooperation resultierten 1996 zwei deutsch-israelische Konferenzen, deren erste zur Thematik „The Role of Mass Media in Democracies" von Kaase und Professor Hans-Jürgen Weiß, Freie Universität Berlin, im Juni 1996 am WZB organisiert wurde; aus ihr ist u. a. ein noch laufendes deutsch-israelisches Forschungsprojekt unter Beteiligung von Barbara Pfetsch (WZB) zur Rolle der Massenmedien für die Integration kultureller und ethnischer Minderheiten hervorgegangen. Das zweite Treffen fand im Dezember 1996 am Toten Meer zur Thematik „Conflict and Extremism in a Democratic Society" statt und war u. a. von Friedhelm Neidhardt (WZB) vorbereitet worden (der Beitrag des Inhabers der Forschungsprofessur zu dieser Konferenz ist im August 1997 in der Zeitschrift „German Politics" veröffentlicht worden).

In Weiterführung dieser deutsch-israelischen Forschungskontakte entschlossen sich im Herbst 1998 der Inhaber der Forschungsprofessur, der Geschäftsführer des Kölner Zentralarchivs für Empirische Sozialforschung, Ekkehard Mochmann, von deutscher Seite sowie die israelischen Professoren Asher Arian, Universität Haifa, und Elihu Katz, Hebrew University Jerusalem, gemeinsam an die GIF einen Antrag auf Finanzierung des Vorhabens „Changes in Individual Attitudes and Collective Identities: The Cases of Germany and Israel 1949–2001" zu richten. In diesem Projekt wird es darum gehen, für die genannten Länder auf der Grundlage von Daten aus repräsentativen Bevölkerungsbefragungen die Phase der Etablierung der Demokratie und der Herstellung einer kollektiven nationalen Identität vergleichend zu untersuchen. Das Vorhaben hat am 1. Januar 2000 begonnen und wird am 31. Dezember 2002 beendet sein.

Der Inhaber der Forschungsprofessur hat sich hierbei bereiterklärt, auch nach seiner Entpflichtung als Hochschullehrer der Untersuchung zur Verfügung zu stehen. Entsprechend verbleibt das Vorhaben bis zu seinem Abschluß am WZB. Überdies hat Professorin Elisabeth Noelle-Neumann zugesagt, gerade für die Frühphase der Bundesrepublik rar gesäte Daten aus den Beständen des Instituts für Demoskopie, Allensbach, für Sekundäranalysen zugänglich zu machen.

Wahl 1994

Im WZB-„Bericht 1996–1997" war erwähnt worden, daß die Tradition deutscher Wahlforschung am WZB mit einer Nachbefragung zur Bundestagswahl 1994 fortgesetzt worden war, die gemeinsam von Arbeitsgruppen des WZB (Forschungsprofessur plus Abteilung „Institutionen und sozialer Wandel") und des Mannheimer Zentrums für Umfragen, Methoden und Analysen (ZUMA) vorbereitet und finanziert wurde. Daraus resultierende Arbeiten sind im Frühsommer 1998 im Westdeutschen Verlag als „Wahlen und Wähler – Analysen zur Bundestagswahl 1994" unter der Herausgeberschaft von Kaase und Klingemann und mit Beiträgen u. a. von Fuchs, Kaase, Klingemann, Roller und Weßels – alle WZB – veröffentlicht worden.

Kaase, Klingemann und Weßels haben auch an der im Januar 1996 eingerichteten Arbeitsgruppe „Deutsche Nationale Wahlstudie" mitgewirkt, welche die empirischen Untersuchungen zur Bundestagswahl 1998 vorbereitet und durchgeführt hat. Hier ist besonders erwähnenswert, daß unter der Federführung der Abteilung „Institutionen und sozialer Wandel" (Klingemann, Weßels) in Kooperation mit dem Inhaber der Forschungsprofessur das deutsche Nachwahlmodul entwickelt und implementiert wurde, das im Rahmen der Comparative Study of Electoral Systems (CSES) erstmals einen systematischen internationalen Vergleich des Wahlverhaltens am Ausgang des 20. Jahrhunderts in mehr als 40 Ländern ermöglichen wird.

Zur Zeit wird unter der Herausgeberschaft von Klingemann und Kaase für das Jahr 2000 in Fortführung der bisherigen Publikationstradition auch die Veröffentlichung der wahlsoziologischen Analysen zur Bundestagswahl 1998 vorbereitet.

WZB-Jahrbücher

Ein weiterer Publikationsschwerpunkt der Forschungsprofessur lag im Berichtszeitraum wie zuvor auf dem Gebiet der politischen Massenkommunikation, denn die modernen Massenmedien – zunächst das Fernsehen und nun die neuen Informations- und Kommunikationstechniken wie etwa das Internet – haben das Zusammenleben der Menschen, ihre Weltsichten und die Art, mit der sie sich in ihrem Umfeld bewegen, entscheidend verändert. Angesichts seines kontinuierlichen Forschungsinteresses an dieser Thematik hat Kaase die Chance besonders begrüßt, für das WZB-Jahrbuch 1999 die Problematik der Informations- und Wissensgesellschaft in ihrer Auswirkung nicht zuletzt auf den politischen Prozeß in liberalen Wettbewerbsdemokratien in Form eines Buchkapitels zu behandeln. Darüber hinaus haben im Berichtszeitraum vier weitere Veröffentlichungen der Forschungsprofessur Aspekte moderner Massenkommunikation aufgegriffen; außerdem wird ein Buchkapitel zu dieser Thematik in den U.S.A. bei Cambridge University Press im Sommer 2000 erscheinen (Buchtitel: Democracy and the Media – A Comparative Perspective).

Thematisch verwandt ist das im „Bericht 1996–1997" kurz angesprochene Projekt (unter Beteiligung von Friedhelm Neidhardt und Barbara Pfetsch von der Abteilung „Öffentlichkeit und soziale Bewegungen") zur Bedeutung der Publikation von Befunden der Empirischen Sozialforschung für die Konstitution von Öffentlichkeit in demokratisch verfaßten Gesellschaften. Zwar ist hierzu im Berichtszeitraum eine Reihe von vorbereitenden kleineren Untersuchungen (so z. B. Wack 1998) durchgeführt worden, doch ist es wegen zahlreicher anderer Verpflichtungen des vorgesehenen Projektteams nicht zu dem geplanten DFG-Forschungsantrag gekommen. Der Ertrag der Vorarbeiten wird jedoch seinen Niederschlag in einem gemeinsam von Kaase und Pfetsch für das WZB-Jahrbuch 2000 verfaßten Buchkapitel finden.

KSPW

Nach dem Wechsel des Forschungsprofessors ans WZB im Herbst 1993 hatte er sich federführend im Rahmen der Kommission zur Erforschung des sozialen und politischen Wandels in den neuen Bundesländern (KSPW) mit Aspekten der Transi-

tion früher totalitär verfaßter Staaten zu demokratischen Regierungsformen und dabei besonders der deutschen Vereinigung befaßt. Mit der Auflösung der KSPW im Frühsommer 1997 haben diese Aktivitäten naturgemäß an Bedeutung verloren. Dennoch besteht sein spezifisches Forschungsinteresse an der Frage weiter, inwieweit Eigen- und Fremdstereotypisierungen der west- und ostdeutschen Bürger einen Prozeß der Annäherung beider Bevölkerungsteile im Sinne der Herstellung von „innerer Einheit“ (so ein von Kaase für das von Weidenfeld und Korte zuerst 1993 herausgegebene „Handbuch zur deutschen Einheit“ verfaßtes Stichwort) erkennen lassen. Für die Neuauflage des Handbuchs 1999 wurde dieses Stichwort von ihm daher völlig überarbeitet.

WZB-Jahrbuch 1999

Der Inhaber der Forschungsprofessur hat das an ihn und Günther Schmid, Direktor der Abteilung „Arbeitsmarktpolitik und Beschäftigung“ seitens des WZB-Präsidenten herangetragene Angebot besonders begrüßt, das WZB-Jahrbuch für 1999, das Jahr des 50jährigen Bestehens der Bundesrepublik, herauszugeben. Nach einer vorbereitenden Konferenz im Oktober 1998, in deren Rahmen erste Entwürfe der vorgesehenen Beiträge im Kreise der Autoren ausführlich diskutiert wurden, ist das Jahrbuch am 23. Mai 1999, dem Jahrestag der Veröffentlichung des Grundgesetzes 1949, termingerecht unter dem Titel „Eine lernende Demokratie – 50 Jahre Bundesrepublik“ mit insgesamt 19 Kapiteln zur politischen und wirtschaftlichen Entwicklung der Bundesrepublik erschienen. Erfreulicherweise hat sich die Nachfrage nach diesem Werk bereits 1999 so positiv gestaltet, daß noch vor Weihnachten 1999 eine zweite Auflage gedruckt werden mußte.

Umfrageforschung

Eine weitere Aktivität des Inhabers der Forschungsprofessur bezog sich auf den an ihn als Mitglied des Senats der Deutschen Forschungsgemeinschaft (DFG) durch das DFG-Präsidium erteilten Auftrag, eine Arbeitsgruppe mit dem Ziel einzuberufen, eine DFG-Denkschrift zur Problematik der Qualitätskriterien der Umfrageforschung zu entwerfen. An dieser Arbeitsgruppe beteiligten sich 19 Wissenschaftler aus der universitären, außeruniversitären und privatwirtschaftlich verfaßten Sozialforschung sowie ein Vertreter des Statistischen Bundesamts in unterschiedlichen Funktionen; die Arbeitsgruppe selber besaß 14 ständige Mitglieder und wurde von Helga Hoppe, der zuständigen Referatsleiterin bei der DFG, betreut.

Forschungsprofessur „Vergleich demokratischer Systeme“

Personal am 1. Oktober 1999	seit
Sybille Frank	1999
Jutta Höhne	1993
Professor Dr. Max Kaase	1993

Die Gruppe begann ihre Beratungen im März 1997 und schloß sie im Sommer 1998 mit einem Entwurf ab, der im Oktober 1998 die Zustimmung des DFG-Präsidiums fand. Auf dessen Anregung erfolgte umgehend auch eine Übersetzung ins Englische; das Buch ist dann im Juli 1999 unter der Herausgeberschaft von Kaase mit dem Titel „Qualitätskriterien der Umfrageforschung – Quality Criteria for Survey Research“ als DFG-Denkschrift im Akademie-Verlag Berlin innerhalb eines Bandes in deutscher und englischer Sprache veröffentlicht worden. Welche Wirkung die Denkschrift im Sinne der Etablierung von „best practices“ der Umfrageforschung entfalten wird, läßt sich noch nicht beurteilen. Zumindest ist die Denkschrift über die European Science Foundation, erleichtert durch die Verfügbarkeit einer englischsprachigen Fassung, europaweit gestreut worden.

Postmaterialismus

In Zusammenhang mit den Thesen Ingleharts zum Postmaterialismus gibt es seit längerem Kontroversen über die Validität seiner Operationalisierung des Wertkonzepts. Zum einen geht es um die Frage, ob zur Messung eine unabhängige Wichtigkeitsbewertung (Rating) von Werten oder aber die von Inglehart präferierte und den Kern seiner Argumentation treffende Rangordnungsmethode (Ranking) angemessener sei. Zum zweiten wird über Probleme bei der Erfassung der Materialismusdimension strittig diskutiert. Hierbei gilt als besonders kritisch das Item „Kampf gegen die stei-

genden Preise“, weil die Wahrscheinlichkeit der Wahl dieses Items durch die Befragten nachweislich von der objektiv in einem Lande gegebenen Inflationsrate beeinflußt wird, mit entsprechenden Effekten auf die Verteilung der Wertpräferenzen nach Inglehart.

Unabhängig voneinander haben Kaase (gemeinsam mit Petra Bauer-Kaase) in Deutschland und Professor Harold D. Clarke, University of North Texas, in Kanada in einem Split-Half-Experiment (jeweils zufällig ausgewählt erhalten zwei etwa gleichgroße Hälften einer Stichprobe unterschiedliche Versionen der gleichen Frage) das Item „Kampf gegen die steigenden Preise“ durch „Kampf gegen die steigende Arbeitslosigkeit“ ersetzt. In Kanada und Deutschland gab es fast identische und durchaus folgenreiche Ergebnisse, in Richtung eines Rückgangs des Anteils der „reinen“ Postmaterialisten in gleichen Größenordnungen. Dieser Befund wirft erhebliche Zweifel an der Validität des Inglehartschen Meßinstruments auf, zumal – wie Kaase und Bauer-Kaase bereits 1998 in einer Veröffentlichung zeigen konnten – diese Verschiebung nicht ergebnisneutral wie etwa bei einer linearen Transformation ist.

Da dieser Befund durchaus folgenreich für die internationale wissenschaftliche Diskussion zum Wertewandel ist, wurde das mit WZB-Mitteln 1996 durchgeführte, auf einer repräsentativen Umfrage bei der wahlberechtigten Bevölkerung beruhende Split-Half-Experiment 1997 zur Absicherung mit einem noch komplexeren Design, ebenfalls mit WZB-Ressourcen, repliziert. Die Ergebnisse sind im wesentlichen identisch, so daß spätestens jetzt von einem belastbaren Befund ausgegangen werden kann. Die detaillierte Auswertung dieser Daten hat inzwischen ihren Niederschlag in einem im September 1999 in der American Political Science Review veröffentlichten und gemeinsam vom Forschungsprofessor mit Harold D. Clarke, Allan Kornberg, Chris McIntyre und Petra Bauer-Kaase verfaßten Aufsatz gefunden.

Kulturwissenschaften

Abschließend soll noch darauf verwiesen werden, daß der Inhaber der Forschungsprofessur als Mitglied der DFG-Senatskommission für Kulturwissenschaften von der Kommission gebeten worden ist, in einem Forschungsprojekt eine Bestandsaufnahme der gesamten deutschen außeruniversitären Forschungslandschaft der Kulturwissenschaften durchzuführen und die Befunde in einem Bericht zu analysieren. Dieses Vorhaben ist allerdings aus forschungspraktischen Gründen nicht beim WZB, sondern beim Mannheimer Zentrum für Umfragen, Methoden und Analysen e.V. (ZUMA) angesiedelt. Mit dem Abschluß der Untersuchung ist im Frühjahr 2001 zu rechnen.

Forschungsschwerpunkt Marktprozeß und Unternehmensentwicklung

Grundlagen

Die Forschung konzentriert sich auf Probleme des globalen Wettbewerbs. Die Wechselwirkungen zwischen Markt und Unternehmen und die daraus resultierenden Strukturveränderungen von Märkten und Unternehmen stehen im Mittelpunkt der Untersuchungen. Mit der speziellen Zielsetzung, die Interdependenz von Organisationsstrukturen und Marktstrukturen in Hinblick auf die Wettbewerbsfähigkeit von Unternehmen und Branchen zu untersuchen, unterscheidet sich die Forschung des Schwerpunkts Marktprozeß und Unternehmensentwicklung von der vergleichbarer Institute in Europa. Ein weiterer wesentlicher Unterschied liegt in der engen Verbindung von volkswirtschaftlicher und betriebswirtschaftlicher Forschung, im Rahmen derer wichtige Fragen der Unternehmens-, Wettbewerbs- und Industriepolitik behandelt werden.

Leitung

Professor Dr. Dr. h.c. mult. Horst Albach war seit Januar 1991 Direktor der Abteilung „Market Dynamics“ des Forschungsschwerpunkts Marktprozeß und Unternehmensentwicklung. Mit seiner Emeritierung zum Ende des Sommersemesters 1999 ist auch die Forschungstätigkeit der von ihm geleiteten Abteilung zum Abschluß gekommen. Einzelne Drittmittelprojekte werden aber noch in Kooperation mit der Humboldt-Universität zu Berlin bis zum Frühjahr 2000 abgeschlossen. Im August 1994 hat Professor Lars-Hendrik Röller Ph.D. seine Tätigkeit als Direktor der Abteilung „Wettbewerbsfähigkeit und industrieller Wandel“ aufgenommen.

Die Neueinrichtung der zweiten Forschungsabteilung im Schwerpunkt Marktprozeß und Unternehmensentwicklung wurde im Berichtszeitraum in die Wege geleitet; mit dem Abschluß des Berufungsverfahrens für die Position des Abteilungsdirektors wird zu Anfang 2000 gerechnet. Unter der neuen Leitung sollen die Arbeiten möglichst bereits Mitte des Jahres 2000 aufgenommen werden. Erste Planungen sehen vor, daß globale Wirtschaftsprozesse und deren Wechselwirkungen mit unterschiedlichen Rahmenbedingungen untersucht sowie deren Möglichkeiten einer Neuausbalancierung von sozialer Sicherheit und ökonomischer Wettbewerbsfähigkeit berücksichtigt werden.

Forschungsprogramm

Das Forschungsprogramm des Schwerpunkts wird in klar definierten Forschungsbereichen in den beiden Abteilungen und im Bereich der befristet besetzten Forschungsprofessur bearbeitet. Zwei zentrale Aufgaben sind dem Schwerpunkt Marktprozeß und Unternehmensentwicklung gestellt. Erstens wird in der Abteilung „Market Dynamics“ ein neues internationales Wettbewerbsrecht erarbeitet. Zweitens werden in der Abteilung „Wettbewerbsfähigkeit und industrieller Wandel“ neue Konzepte zur Förderung von wettbewerbsfähigen Strukturen in den europäischen Hochlohnländern entwickelt. In enger Zusammenarbeit mit den beiden Abteilungen werden im Bereich der Forschungsprofessur alternierend Probleme des Innovationswettbewerbs und des Wettbewerbsrechts untersucht. Im Rahmen der Zusammenarbeit mit anderen Schwerpunkten im WZB ist vor allem auf die enge Zusammenarbeit mit der Abteilung „Wirtschaftswandel und Beschäftigung“ und der Abteilung „Regulierung von Arbeit“ hinzuweisen.

Frauenförderung

Im Rahmen der Frauenförderung des WZB qualifizieren sich zwei Wissenschaftlerinnen: Diplom-Volkswirtin Petra Korndörfer (Abteilung „Market Dynamics“) untersucht den Bankenwettbewerb und das Preissetzungsverhalten von Banken im Bereich des kurzfristigen Kreditgeschäfts; Diplom-Ingenieurin und Diplom-Ökonomin Christine Zulehner (Abteilung „Wettbewerbsfähigkeit und industrieller Wandel“) analysiert in ihrem Dissertationsprojekt Lerneffekte und den Wettbewerb auf dem Halbleitermarkt.

Berufungen

Privatdozent Dietmar Harhoff Ph.D., Gastprofessor im Schwerpunkt Marktprozeß und Unternehmensentwicklung, hat einen Ruf auf eine C 4-Professur für Betriebswirtschaftslehre der Universität München angenommen.

Jim Y. Jin Ph.D. hat einen Ruf der Wirtschaftswissenschaftlichen Fakultät der Queen's University of Belfast angenommen. Er wird dort als Lecturer die Fächer Mikroökonomische Theorie und Industrieökonomik vertreten.

Dr. Catherine Matraves hat einen Ruf der Texas A&M University, Department of Management, angenommen. Sie vertritt die Fächer Industrieökonomik und Strategisches Management.

Gedenken

Am 17. Juli 1998 ist Professor Dr. Bernhard Gahlen verstorben. Er hatte noch im Sommersemester an der Universität Augsburg Vorlesungen zur Wirtschaftstheorie gehalten. Am WZB hatte er von 1981 bis 1984 den Schwerpunkt „Strukturpolitik" des Internationalen Instituts für Management und Verwaltung (IIMV) geleitet. Im Mittelpunkt seines Forschungsprogramms am WZB standen Untersuchungen der Ursachen des Strukturwandels, der Wirksamkeit staatlicher Strukturpolitik und der Bedeutung der rechtlichen und institutionellen Rahmenbedingungen für die strukturelle Entwicklung der Wirtschaft.

Ehrungen

Professor Dr. Dr. h.c. mult. Horst Albach ist im Februar 1999 von der Fakultät für Maschinenbau, Elektrotechnik und Wirtschaftsingenieurwesen der Brandenburgischen Technischen Universität Cottbus die Ehrendoktor-Würde verliehen worden. Mit der Verleihung des Dr. h.c. würdigt die TU Cottbus besonders die Arbeiten von Professor Albach zur Entwicklung der betriebswirtschaftlichen Theorie der Transformation. Im Mai 1999 wurde Professor Albach vom Bowdoin College, Maine, U.S.A., der Ehrendoktor der Rechte verliehen.

Professor Albach ist für seine Verdienste auf dem Gebiet Management Sciences vom Kuratorium des European Institute for Advanced Studies in Management (Brüssel) zum Honorary Fellow ernannt worden.

Diplom-Ingenieurin und Diplom-Ökonomin Christine Zulehner ist der Young Economists' Award 1998 verliehen worden. Der Preis wird von der European Association for Research in Industrial Economics (EARIE) alljährlich jungen Ökonomen für Konferenzbeiträge zuerkannt. In diesem Jahr wurden von mehr als 80 eingereichten Beiträgen acht mit dem Preis ausgezeichnet. Zulehner hat den Preis für ihren Beitrag „Econometrics of Cattle Auctions" erhalten.

Jos Jansen M.A., Ph.D. ist für seine Arbeit „Product Preannouncement and Concealment in R&D Races with Learning Labs" von der European Association for Research in Industrial Economics (EARIE) mit dem „Young Economists' Essay Award 1999" ausgezeichnet worden.

Diplom-Volkswirtin Anja Kettner, wissenschaftliche Hilfskraft in der Abteilung „Wettbewerbsfähigkeit und industrieller Wandel" und seit März 1998 wissenschaftliche Mitarbeiterin an der Universität Hamburg, ist vom „Club km 92" mit einem Förderpreis für ihre Diplomarbeit ausgezeichnet worden. Der Preis wird für hervorragende Diplomarbeiten zum Thema „Entwicklung des Straßengüterverkehrs in Europa" verliehen.

Promotionen

Im Berichtszeitraum wurden folgende Mitarbeiter des Schwerpunkts von der Wirtschaftswissenschaftlichen Fakultät der Humboldt-Universität zum Dr. rer. pol. promoviert:

- Dieter Köster für seine Untersuchung des Wettbewerbs in Netzproduktmärkten (Titel „Wettbewerb in Netzproduktmärkten – Eine simulationsgeleitete Analyse von Märkten horizontaler Netzprodukte", Juli 1998);
- Silke Neubauer für ihre Analyse der Interdependenz zwischen Organisationsstrukturen und Marktstrukturen und deren Implikationen für strategische Entscheidungen von Mehrproduktfirmen (Titel „Multimarket Contact and Organizational Design", Mai 1999);
- Michael Tröge für seine spieltheoretische Untersuchung der Wettbewerbsmechanismen im Kre-

ditmarkt (Titel: „Competition in Credit Markets“, November 1999);

– Tobias Miarka für seine Analyse der Bedeutung von Bank-Firmen-Beziehungen (Titel: „Financial Intermediation and Deregulation – A Critical Analysis of Japanese Bank-Firm Relationships“, Dezember 1999).

Promotion außerhalb Berlins:

– Paul Heidhues hat im August 1999 sein Promotionsverfahren am Economics Department der Rice University in Houston, Texas, erfolgreich beendet. In seiner Dissertation mit dem Titel „Essays on Bargaining Power“ untersucht er aus spieltheoretischer Sicht, wie sich Koalitionen auf Inputmärkten sowohl auf die Verhandlungsmacht der Koalitionspartner als auch auf die Marktallokation auswirken.

Personalia

Außer den genannten Berufungen haben den Schwerpunkt im Berichtszeitraum verlassen: Diplom-Volkswirtin Anja Kettner (Universität Hamburg), Diplom-Kaufmann Dr. Dieter Köster (Wirtschaftsprüfungsgesellschaft Susat & Partner), Diplom-Volkswirt Ralph Leonhardt (Universität München, LMU), Diplom-Mathematiker Dr. Michael Tröge (Northwestern University), Diplom-Kauffrau Dr. Silke Neubauer (Boston Consulting Group), Diplom-Kauffrau Dr. Stephanie Rosenkranz (Universität Bonn), Diplom-Volkswirt Dr. Christoph Schenk (KPMG Consulting), Diplom-Kaufmann Thomas Westphal (Lufthansa), Diplom-Volkswirt Dr. Peter Witt (Humboldt-Universität zu Berlin), Diplom-Ingenieurin, Diplom-Ökonomin Christine Zulehner (Universität Wien).

Gastwissenschaftler

Im Rahmen von Kooperationsprojekten, die durch das WZB bzw. von dritter Seite gefördert wurden, waren als Gastwissenschaftler im Berichtszeitraum am Schwerpunkt tätig: Professor Andreas Blume Ph.D. (University of Iowa), Jeremy Lever, Queen's Counsel und Senior Dean (All Souls College, Oxford), Professor Pierre Mohnen Ph.D. (University of Quebec), Professor William Novshek Ph.D. (Purdue University), Professor Dr. Hiroyuki Okamuro (Hitutsubashi University), Professor Lynda Thoman Ph.D. (Purdue University) sowie Professor Frank Verboven Ph.D. (Universität Antwerpen).

Publikationen

Im Berichtszeitraum erschienen von Mitarbeitern des Schwerpunkts insgesamt 16 Bücher, 54 Discussion papers und 29 Beiträge in wissenschaftlichen Zeitschriften und Sammelbänden. Es wurden fünf Dissertationen abgeschlossen (Veröffentlichungslisten siehe S. 270 ff).

Konferenzen

Im Berichtszeitraum wurden folgende internationale Konferenzen veranstaltet:

– „Banking Competition and Financial Contracts“ (Oktober 1998; gefördert von der Volkswagen-Stiftung);

– „Future Perspectives of Japanese Firms“, WZB und Waseda-Universität (April 1999);

– „Evaluation of Firms, Performances and Financial Structure – Analyses with the WZB-Kaisha-Database“, WZB und Waseda-Universität (April 1999);

– „Corporate Governance“, Symposium zu Ehren von Professor Horst Albach; veranstaltet vom WZB, der Humboldt-Universität zu Berlin und ihrer Wirtschaftswissenschaftlichen Gesellschaft (Juni 1999);

– „The Organization of Competition“ (Oktober 1999).

Drittmittel

Im Berichtszeitraum hat die Deutsche Forschungsgemeinschaft (DFG) Mittel für Professor Albach für das Projekt „Erzeugung, Vermittlung und Transfer von Wissen in der japanischen Industrie“ bewilligt. Außerdem wurden von der Fritz Thyssen Stiftung Mittel für die Konferenz „Informationsverarbeitung“ und eine Japan-Studie bereitgestellt. Die EU-Kommission hat Mittel für das international vergleichende Projekt „Impact of EU Regulation on Innovation of European Industry: Regulation and Innovation in the Chemical Industry“ bewilligt.

Professor Röller wurden Drittmittel für folgende Projekte bewilligt:

– „The Evolution of Market Structure in Network Industries“, EU-Kommission, TMR-Projekt; Röller ist Netzwerkkoordinator.

– „Auswirkungen regionaler Infrastrukturunterschiede auf Produktivität, Skalenerträge und Marktstruktur: Theorie und Evidenz für Deutschland und Frankreich“, DFG-Bewilligung im Rahmen des Schwerpunktprogramms „Industrieökonomik und Inputmärkte“.

– „Deutsche Auslandsinvestitionen in Osteuropa: Theorie und Evidenz“, DFG-Bewilligung; Kooperation mit der Universität München.

– „Verhandlungen und Märkte: Der Zusammenhang zwischen Arbeitsmarkt und Produktmarkt“, DFG-Bewilligung im Rahmen des Schwerpunktprogramms „Industrieökonomik und Inputmärkte“.

– „Impediments to Innovation: A Complementarities Approach“, Bewilligung der Stiftung Deutsch-Amerikanisches Akademisches Konzil.

– Symposium „Banking Competition and Financial Contracts“, Bewilligung der Volkswagen-Stiftung an Professor Albach und Professor Röller.

– „Berichterstattung zur technologischen Leistungsfähigkeit Deutschlands“, BMBF-Bewilligung an Professor Röller und David Soskice (Abteilung „Wirtschaftswandel und Beschäftigung“).

Abteilung „Market Dynamics“

Aufgaben

Zwei Aufgaben der Abteilung „Market Dynamics“, deren Forschungsprogramm mit der Emeritierung von Professor Horst Albach im September 1999 offiziell beendet wurde, sind von zentraler Bedeutung: Erstens ist das methodologische Werkzeug für die Untersuchung der gegenseitigen Beeinflussung von Organisationsstruktur der Unternehmen und Marktstruktur unter dynamischen Bedingungen zu entwickeln. Bisher ist das methodische Rüstzeug nur in Ansätzen vorhanden. Zweitens ist ein Gesetzentwurf für ein internationales Wettbewerbsrecht zu erarbeiten, der die sich abzeichnenden Wettbewerbsbedingungen der Zukunft (Informationsprodukte, „scienceware products“) in engen Oligopolen zum Leitbild der Wettbewerbspolitik macht. Entscheidend für die Lösung dieser Aufgaben ist die enge Verbindung von Grundlagenforschung und angewandter Forschung, von methodenorientierter und problemorientierter Forschung.

Thematische Orientierung

Die Arbeit ist in zwei Forschungsbereiche gegliedert, in denen von unterschiedlichen Ausgangspunkten her das Generalthema untersucht wird:

(1) Charakteristisch für den harten Wettbewerb in engen Oligopolen ist der Innovationswettbewerb. Moderne Märkte sind durch hohe Innovationsraten, durch High-Tech-Produkte („scienceware products“), System- und Netzprodukte gekennzeichnet; die Wirksamkeit der Erfahrungskurve läßt nur wenige Unternehmen („global players“) im Wettbewerb überleben. Derartige enge Oligopole haben aber traditionell das Mißtrauen der Wettbewerbspolitiker auf sich gezogen: Sie vermuten, daß wenige Anbieter es vorziehen, sich abzustimmen (kollusives Verhalten) statt in scharfen Wettbewerb miteinander zu treten. Traditionelle Ansätze gehen hingegen von der Idee des Preiswettbewerbs zwischen Anbietern (weitgehend) homogener Güter aus. Die Arbeiten im Forschungsbereich „Marktstruktur, Wettbewerb und Organisationsentwicklung im engen Oligopol“ sind daher darauf gerichtet, der Wettbewerbspolitik bessere Instrumente zur Beurteilung des Wettbewerbs auf modernen Güter- und Faktormärkten zur Verfügung zu stellen.

In der Grundlagenforschung dieses Bereichs geht es um die Erklärung des Innovationswettbewerbs in engen Oligopolen, mit Netzprodukten, mit Wettbewerbskontakten der Unternehmen auf mehreren Märkten und unter dem Einfluß von Informationsaustausch. Als besonders wichtig für das Verständnis des Innova-

Forschungsbereich I
Marktstruktur, Wettbewerb und
Organisationsentwicklung im engen Oligopol

1. Gütermärkte
- Mehrmarktkontakte und die Organisationsstruktur von Unternehmen
- Wettbewerb in Netzproduktmärkten
- Regulierung und Innovationswettbewerb

2. Faktormärkte
- Informationsaustausch und Kapazitätswettbewerb bei Querlieferungen
- Kapazitätswettbewerb und „economies of scope"
- Informationsaustausch und Wettbewerb

3. Kapitalmärkte
- Die Struktur von Kapitalmärkten und Investitionsentscheidungen von Unternehmen
- Bankverbindungen und Investitionsverhalten deutscher Unternehmen
- Bankenwettbewerb und Zinsen für Kontokorrentkredite

Forschungsbereich II
Japanische Unternehmensstrategien
und globale Marktprozesse

4. Unternehmensstrategien
- Bank-Firmen-Beziehungen als internationaler Wettbewerbsvorteil Japans
- Finanzierungsverhalten und Risikostrategien japanischer Aktiengesellschaften

5. Informationsstrategien
- Personelle Verflechtungen über Mehrfachmandate als Voraussetzung für das Lernen in Unternehmensgruppen
- Beschäftigungsveränderungen in japanischen Industrieaktiengesellschaften
- Auswirkungen der Schaffung technischen Wissens und seiner Verbreitung im Unternehmen

Forschungsinfrastruktur: Datenbanken der Jahresabschlüsse deutscher und japanischer Aktiengesellschaften

Abbildung: Struktur des Forschungsprogramms der Abteilung „Market Dynamics" mit den fünf Forschungsgruppen

tionswettbewerbs haben sich Unvollkommenheiten auf den Faktor-(Input-) Märkten erwiesen. So wird der Zusammenhang zwischen der Marktstruktur auf Zwischenprodukt-Märkten und der Marktstruktur auf Endprodukt-Märkten untersucht. Die Beziehungen zu Kreditgebern (langfristige „bank-firm-relationships") definieren die Struktur des Kapitalmarkts und darüber hinaus das Wettbewerbsverhalten auf Gütermärkten. Am Forschungsschwerpunkt und in der Abteilung „Market Dynamics" werden diese institutionellen Determinanten des Wettbewerbs international vergleichend und mit modernen ökonometrischen Methoden untersucht.

(2) Ebenso grundlegend sind Arbeiten im Forschungsbereich „Japanische Unternehmensstrategien und globale Marktprozesse". Hierbei geht es um die Analyse der Marktstrategien japanischer Unternehmen im globalen Wettbewerb. Dabei wird auch das Finanzierungsverhalten japanischer Unternehmen und der Einfluß ihrer Beziehungen zu Banken untersucht. Mit Unterstützung der Deutschen Forschungsgemeinschaft wird ein Verbundprojekt zum Thema „Erzeugung, Vermittlung und Transfer von Wissen in der japanischen Industrie" durchgeführt. Im Mittelpunkt steht das Phänomen des Lernens durch Wissenstransfer und die Frage, ob japanische Unternehmen besser als ihre internationalen Konkurrenten die Bedeutung von Information als Ressource und Produktionsfaktor erkannt haben. Es wird die These geprüft, daß der Informationstransfer in Unternehmen besonders effizient und ein strategischer Wettbewerbsvorteil japanischer Unternehmen ist.

Forschungsbereich I: Marktstruktur, Wettbewerb und Organisationsentwicklung im engen Oligopol

Forschungsgruppe 1: Gütermärkte

Projekt: Mehrmarktkontakte und die Organisationsstruktur von Unternehmen

Untersuchungsgegenstand des Projekts von Silke Neubauer ist die Analyse der Zusammenhänge zwischen Marktstrukturen mit ihren Wirkungen auf Organisationsstrategien sowie Organisationsstrukturen mit ihren Wirkungen auf den Wettbewerb zwischen Unternehmen. Der Fokus liegt auf diversifizierten Unternehmen, welche sich auf verschiedenen Märkten als Wettbewerber gegenüberstehen (Unternehmen mit Mehrmarktkontakt).

Es wird die Frage gestellt, inwieweit Unternehmen ihre interne Struktur an solchen durch Mehrmarktkontakte gekennzeichneten Marktstrukturen ausrichten und inwieweit organisatorische Gestaltungsmöglichkeiten strategisch als Mittel zur Beeinflussung des Wettbewerbs eingesetzt werden. Die Analyse der Zusammenhänge zwischen der Art der Abteilungsbildung (divisionale versus funktionale Organisation), der gewählten Anreizstruktur für Manager und dem Umfang unternehmensinternen Informationsaustauschs einerseits, dem Marktverhalten und den Wettbewerbswirkungen andererseits erfolgt in Anwendung mikroökonomischer – insbesondere spieltheoretischer – Konzepte (Neubauer, 1999 und FS IV 99–25).

In der Forschung wurde der Zusammenhang zwischen Marktstrukturen und Organisationsstrukturen lange Zeit vernachlässigt. Sie unterstellte entweder die Existenz eines Entscheidungsträgers im Unternehmen und blendete organisatorische Fragen aus oder konzentrierte sich auf optimale Anreizmechanismen und den Einfluß von Organisationsstrukturen auf die interne Effizienz von Unternehmen, ohne das äußere Umfeld – Anzahl der Konkurrenten, Kontakte mit Konkurrenten auf mehreren Märkten – zu berücksichtigen. Erst in den letzten Jahren entwickelte sich eine Forschungsrichtung, in welcher beide Aspekte miteinander verbunden werden. Wenig behandelt sind dabei nach wie vor Unternehmen, die auf mehreren Märkten tätig sind und dort auf dieselben Wettbewerber stoßen.

Wettbewerb

Im Rahmen des Projekts wurde in einem ersten Schritt analysiert, welchen Einfluß sogenannte „(dis-)economies of scope“, d. h. negative oder positive Verbundeffekte bei Mehrmarkttätigkeit, auf die Diversifikationsbestrebungen von Unternehmen und auf die Marktgleichgewichte in den einzelnen Märkten haben. In einem zweiten Schritt wurden organisatorische Gestaltungsmöglichkeiten und ihr Einfluß auf den Wettbewerb untersucht. Zunächst wurde gezeigt, daß die Delegation von Angebotsentscheidungen an Markt- oder Produktmanager dazu genutzt werden kann, Manager zu möglichst aggressivem Verhalten zu veranlassen und so das Angebot der Wettbewerber negativ zu beeinflussen.

Im Ergebnis führt die Möglichkeit der Delegation zu einer höheren Wettbewerbsintensität. Wenn die Tätigkeit von Unternehmen auf mehreren Märkten mit „diseconomies of scope“ verbunden ist, können organisatorische Maßnahmen als Instrument dienen, sich gegenüber dem Wettbewerber auf die Spezialisierung in einem bestimmten Markt festzulegen und so Effizienzgewinne zu erzielen.

Angesichts der aktuellen Diskussion um Managementinformationssysteme wurde sodann analysiert, welche Bedeutung der betriebsinterne Austausch von Information über Nachfrage- und Kostenbedingungen für das Angebotsverhalten von Unternehmen und den Wettbewerb hat. Es konnte gezeigt werden, daß interne Informationssysteme zu besserer Abstimmung des Angebots auf schwankende Kosten- und Nachfragebedingungen führen. Trotz der Gefahr intensiveren Wettbewerbs streben Unternehmen nach besserer Information, um sich so einen Vorteil gegenüber ihren Konkurrenten zu verschaffen.

Abteilung „Market Dynamics“

Personal am 1. Oktober 1999	seit
Diplom-Informatikerin Nina Bonge	1995
Thomas Brandt	1990
Eva Buchholz	1991
Diplom-Informatiker Manfred Doesl	1989
Marie-Antoinette Eggebrecht (z. Zt. in Erziehungsurlaub)	1992
Dr. Manfred Fleischer*, Diplom-Kaufmann	1977
Noriko Fujimura B.A.	1998
Diplom-Volkswirtin Ulrike Görtzen M.A.	1997
Heiko Hoche (Kooperationsprojekt mit der Humboldt-Universität zu Berlin)	1999
Diplom-Volkswirtin Petra Korndörfer	1996
Berit Meinhart	1998
Diplom-Kaufmann Tobias Miarka	1996
Andreas Moerke M.A.	1994
Diplom-Kauffrau Silke Neubauer	1997
Anna Magdalena Paradowska-Thimm	1997
Stephan Schönfeld	1996
Diplom-Mathematiker Michael Tröge	1996
Diplom-Volkswirtin Elke Tscharf	1996
Diplom-Ingenieur Jianping Yang (Kooperationsprojekt mit der Humboldt-Universität zu Berlin)	1986
Rita Zobel M.A.	1994
Ausgeschiedenes Personal[1]	1998–1999
Professor Dr. Dr. h.c. mult. Horst Albach, Diplom-Kaufmann, Diplom-Volkswirt	1991–1999
Ina Frieser	1991–1999
Holger Jakob (Kooperationsprojekt mit der Humboldt-Universität zu Berlin)	1997–1999
Jim Y. Jin Ph.D.	1992–1999
Diplom-Kaufmann Dieter Köster	1996–1998
Eric Nemitz	1997–1998
Dr. Stephanie Rosenkranz, Dipl.-Kauffrau	1992–1999
Diplom-Volkswirt Christoph Schenk	1992–1998
Masako Sugitatsu B.A.	1997–1998
Diplom-Kaufmann Thomas Westphal	1993–1998
Dr. Peter Witt, Diplom-Volkswirt	1997–1998

1 mit mindestens 12 Monaten Zugehörigkeit zum WZB
* für den gesamten Schwerpunkt tätig

In der theoretischen und empirischen Forschung herrscht die Auffassung, daß Mehrmarktkontakte unter bestimmten Bedingungen den Wettbewerb abschwächen und zu sogenanntem „kollusivem“ Verhalten führen. Im Rahmen des Projekts von Silke Neubauer konnte gezeigt werden, daß die Organisationsstruktur eine bedeutende Rolle für die Aufrechterhaltung kollusiver Gleichgewichte und für die Art des Wettbewerbs spielt. Werden Entscheidungen dezentral getroffen, so wird der positive oder negative Einfluß des Mehrmarktkontakts auf das Angebotsverhalten von Unternehmen teilweise konterkariert.

Projekt: Wettbewerb in Netzproduktmärkten

Das Projekt beschäftigt sich mit Märkten, deren besondere Eigenschaft es ist, daß die Nachfrage von der sogenannten „installierten Basis“, also der Anzahl der in der Vergangenheit schon verkauften Stücke, abhängt (Köster, FS IV 98–10). Die Bedeutung dieser Märkte, die Netzproduktmärkte genannt werden, erstreckt sich damit auf die zur Zeit wichtigsten Wachstumsmärkte wie Telekommunikation, Internet, die Elektronikindustrie, als deren Vertreter der Markt für Personal Computer genannt werden kann, Versorgungsnetze, Massenmedien und Zahlungsservices. Mit Hilfe von Simulationsstudien gelingt ein Einblick in die Strukturen dieser sogenannten „Netzprodukt-

märkte“, der zu teilweise frappierenden neuen Einsichten führt (Köster, 1999).

Dieter Köster entwickelt ein Modell, welches einen Markt mit heterogener Nachfrage und heterogenem Angebot abbildet, in welchem Lern- und Netzeffekte vorliegen können, und das es gestattet, sowohl das Monopol als auch Oligopole zu untersuchen. Es werden vier Strategiebereiche untersucht, die den Wettbewerb in Netzproduktmärkten bestimmen: der Preiswettbewerb, der Wettbewerb der Standards, der Innovationswettbewerb und der Kapazitätswettbewerb.

Netzeffekte

Bei den Auswertungen wurden Methoden der Künstlichen Intelligenz verwendet. Die Ergebnisse zeigen, daß vorhandene Netzeffekte die Preisstrategien der Unternehmen so verändern, daß es zu einem steigenden Preispfad kommt, während Lerneffekte zu einem sinkenden Preispfad führen. Auch die Marktstruktur verändert sich: Während bei vorliegenden Größenvorteilen („economies of scale“) und Lerneffekten das enge Oligopol wohlfahrtsoptimal ist, ergibt sich in Netzproduktmärkten bei Inkompatibilität keine stabile Lösung außerhalb des Monopols.

Ist dagegen die Kompatibilitätsentscheidung selbst eine strategische Variable der Unternehmen, dann zeigt sich, daß eine Strategie des offenen Standards das Risiko eines zerstörerischen Wettbewerbs senkt und die Gewinne der Unternehmen sowie den Konsumentenüberschuß erhöht. Dabei entsteht ein stabiler Wettbewerb, der im Oligopol wohlfahrtsoptimal ist. Ob die wohlfahrtsoptimale Struktur erreicht wird, hängt wesentlich von den Anfangsbedingungen ab. In einem Modell mit freien Markteintritten konvergiert der Markt zu einem Kompatibilitätsstandard. Diese Konvergenz geht mit einer Senkung der Anbieterkonzentration einher. Ineffizienzen treten dann auf, wenn es einem dominanten Unternehmen gelingt, die Marktstruktur so zu beeinflussen, daß seine Gewinne maximiert werden.

Die Untersuchung des Innovationswettbewerbs ergibt, daß Unternehmen und Konsumenten Kompatibilität zwischen der alten und der neuen Produktgeneration bevorzugen. Sofern sie nicht ermöglicht werden kann, führen Netzeffekte zu einer Verlängerung der Innovationszyklen bei gleichzeitig vergrößerten Innovationssprüngen.

Die Simulationsanalyse zeigt auch, daß beispielsweise in Telekommunikationsmärkten eine Einschränkung der Netzkapazitäten und eine ausschließliche Konzentration auf die hochpreisigen Marktsegmente keine optimale Strategie für die Unternehmen ist, da dies immer auch eine Beschränkung des Nutzens der verbliebenen Kunden bedeutet und somit in Form von Einnahmeausfällen auf die Unternehmen zurückfällt.

Projekt: Regulierung und Innovationswettbewerb

In diesem Projekt wird der Einfluß staatlicher Regulierung auf den Innovationswettbewerb in oligopolistischen Produktmärkten analysiert. Staatliche Regulierung schränkt die Handlungsspielräume der Unternehmen ein und wird deshalb oft als Innovationshemmnis angesehen. Wie groß die Einschränkungen und Hemmnisse im Innovationswettbewerb sind, läßt sich jedoch nicht generell beantworten, da der Einfluß der Regulierung sehr stark sektoral variiert. Ob und welche Innovationswirkungen auftreten, läßt sich deshalb nur anhand von Branchenstudien aufzeigen.

Chemische Industrie

Ein von Regulierungen sehr stark betroffener Sektor ist die Chemische Industrie. Hier beeinflussen beispielsweise die gesetzlichen Vorschriften, die für die Herstellung und Markteinführung neuer chemischer Stoffe gelten (Chemikaliengesetz), erheblich die Entwicklungskosten und Markteinführungszeiten. Die entscheidende Frage ist, ob die Regulierungsziele – Mensch und Umwelt zu schützen – effizient erreicht werden. Ein Projekt, das von der EU-Kommission gefördert und von Manfred Fleischer bearbeitet wird, versucht, diese Frage zu beantworten. In einem internationalen Vergleich der sehr unterschiedlichen Neustoffregulierung in der EU, Japan und den U.S.A. wird untersucht, welche direkten und indirekten Wirkungen im Innovationswettbewerb zu beobachten sind

und welche Unterschiede in der Innovationsleistung dieser Regionen möglicherweise auf Unterschiede in den Regulierungsansätzen zurückzuführen sind (Fleischer und Palm, FS IV 99–31).

Forschungsgruppe 2: Faktormärkte

Projekt: Informationsaustausch und Kapazitätswettbewerb bei Querlieferungen

Die Studie von Christoph Schenk ist Teil eines Forschungsprojekts, welches die Bedeutung der Marktstruktur von Input-Märkten für die Wettbewerbsintensität auf Output-Märkten im Rahmen des DFG-Schwerpunktprogramms „Industrieökonomik und Inputmärkte“ untersucht (Schenk, 1999). Dabei steht die wettbewerbspolitische Beurteilung von Querlieferungen im Vordergrund. Bei Querlieferungen werden Produkte an einen Wettbewerber verkauft, obwohl der Wettbewerber das Produkt selbst herstellen könnte und auf den nachgelagerten Märkten als Konkurrent auftritt. Diese Form der Kooperation zwischen Wettbewerbern ist auf zahlreichen Märkten festzustellen.

Wettbewerb

Dabei besteht ein „trade-off“ zwischen dem Vorteil einer effizienteren Produktion aufgrund besserer Information oder Kapazitätsauslastung und dem Nachteil einer potentiell kollusiven Veränderung des Wettbewerbs durch eine Marktaufteilung. Insofern sind die Wettbewerbsbehörden sowohl zurückhaltend als auch unsicher in der Beurteilung von Querlieferungen. Deshalb werden in zwei spieltheoretischen Modellen Querlieferungen wettbewerbspolitisch beurteilt.

In dem ersten „Signaling“-Modell wird gezeigt, daß der Austausch von (Kosten-)Informationen durch Querlieferungen möglich und unter Wohlfahrtsgesichtspunkten einem Marktinformationssystem überlegen ist. Dabei werden Informationen durch die geeignete Wahl des (Querlieferungs-) Verkaufspreises ausgetauscht.

Kapazitäten

In dem zweiten „Production Sharing"-Modell wird gezeigt, wie sich Querlieferungen auf den Kapazitätswettbewerb auswirken, wenn aus technologischen Gründen nur diskrete („lumpy") Investitionen in große kapitalintensive Anlagen möglich sind. In einem dreistufigen Modell können die Unternehmen erst die Kapazitäten und Produktvielfalt festlegen, anschließend den (Querlieferungs-)Verkaufspreis und schließlich die Produktionsmengen.

Die Ergebnisse hängen nun von der Kapazitätsauslastung ab. Eine Erhöhung der Wohlfahrt geht in der Regel nicht mit einer Erhöhung der Konsumentenrente einher. Die wettbewerbspolitische Beurteilung von Querlieferungen ist daher nicht wie beim Signaling-Model einhellig positiv. Trotzdem sollte nicht nach einem Per-se-Verbot, sondern nach einer „rule of reason" beurteilt werden, da der Markt Mechanismen wie Querlieferungen hervorbringen kann, um die genannten Nachteile zu mildern.

Projekt: Kapazitätswettbewerb und „economies of scope"

In diesem Projekt, das ebenfalls ein Teil des DFG-Forschungsprojekts „Der Einfluß von Produktion, Kapazität und Information auf Marktstruktur und Wettbewerb" ist, werden ökonomische Interaktionen zwischen Firmen in unvollkommenen Inputmärkten und nachgelagerten Endproduktmärkten analysiert. Der Schwerpunkt richtet sich auf die Identifizierung und Beurteilung von Marktmechanismen zur Formulierung wettbewerbspolitischer Implikationen.

Im speziellen untersucht Elke Tscharf, wie die Wahl strategischer Entscheidungsvariablen eines Duopolisten die Marktstruktur und den Wettbewerb auf dem nachgelagerten Produktmarkt beeinflußt. Welche Rolle in diesem Zusammenhang das Kapazitätsniveau bzw. die Produktionsmengen und „economies of scope" spielen, wird im einzelnen untersucht.

Stufenspiel

Zur Bearbeitung dieser Thematik werden Lösungskonzepte aus der Spiel- und Auktionstheorie angewandt, wobei der Effekt von Kapazitätsentscheidungen in Vorproduktmärkten auf die nachgelagerte Industrie anhand eines Stufenspiels untersucht wird. Es wird dabei angenommen, daß die Nachfrager „economies of scope" realisieren, indem sie ihre heterogenen Inputgüter nur von einem Hersteller beziehen.

In der Entscheidung über das Niveau der Kapazität müssen die Firmen folglich den Kreuzeffekt der einzelnen Güter auf die Nachfrage aller anderen Güter berücksichtigen. Darüber hinaus wird untersucht, inwieweit die Existenz von „economies of scope" in der Nachfrage Querlieferungen innerhalb einer Industrie aus wohlfahrtsökonomischer Sicht rechtfertigen.

Projekt: Informationsaustausch und Wettbewerb

Wie Information das Wettbewerbsverhalten von Unternehmen auf engen Oligopolmärkten beeinflußt, steht im Mittelpunkt der Forschungsarbeiten von Jim Jin. Dabei konzentriert sich seine Arbeit, im Unterschied zu den Projekten von Schenk und Tscharf über den Kapazitätswettbewerb, unmittelbar auf die Auswirkungen von Information auf die Wettbewerbsfunktion von Märkten in drei Themenkreisen: Informationsaustausch und Wettbewerbspolitik, Lernen und Wettbewerb sowie Information und Wettbewerb.

Informationsaustausch und Wettbewerbspolitik – Im Beitrag „Information Sharing about a Demand Shock" (Jin, 1998) werden bisherige symmetrische Wettbewerbsmodelle im Hinblick auf asymmetrische Marktstrukturen verallgemeinert. Es wird gezeigt, daß in asymmetrischen Oligopolen der Austausch von Information bei Mengenwettbewerb nicht zu kollusivem Verhalten der Unternehmen führt, dies jedoch beim Preiswettbewerb der Fall ist.

Die Wettbewerbsbehörden gehen üblicherweise davon aus, daß detaillierter Informationsaustausch zwischen Unternehmen kollusives Verhalten fördert. Ohne derartige Information wären die Unter-

nehmen nicht imstande, ihr Marktverhalten abzustimmen. Diese Problematik wird in dem Diskussionspapier „Collusion with Private Aggregate Information“ (Jin, FS IV 99–10) behandelt. Selbst wenn Unternehmen keine Information über den Gewinn der Konkurrenz hätten und deren Marktverhalten nicht beobachten könnten, so wird argumentiert, dann wäre dennoch die gemeinsame Gewinnmaximierung möglich, solange die Unternehmen die Qualität und Kosten der eigenen Produkte kennen.

Dieses kollusive Verhalten setzt allerdings voraus, daß die Unternehmen den gesamten Marktgewinn und die Konsumentenwohlfahrt beobachten können. Kurz, aggregierte Information kann kollusives Verhalten unterstützen und damit auch die ökonomische Wohlfahrt beeinträchtigen.

Lernen und Wettbewerb – Die meisten Märkte sind heute durch kontinuierlichen technischen Fortschritt und durch Lernen gekennzeichnet. Von Lernen („learning by doing“) spricht man, wenn die Produktionskosten der Unternehmen in Abhängigkeit von der kumulierten Produktionsmenge sinken: Je mehr bereits produziert wurde, desto effizienter ist die Produktion (Albach und Jin, 1998). Die Auswirkungen auf den Marktwettbewerb sind zweifach. Dies führt einerseits zu niedrigeren Kosten und Preisen, andererseits können sich dadurch aber die Unterschiede in den Kostenstrukturen der Unternehmen noch stärker vergrößern, was dann im Verlauf der Marktentwicklung zu Marktaustritten („shake-outs“) und zu einer Erhöhung der Marktmacht führen kann.

Forschungsgruppe 3: Kapitalmärkte

Projekt: Die Struktur von Kapitalmärkten und Investitionsentscheidungen von Unternehmen

Banken und andere Finanzintermediäre lenken die Investitionsströme (Allokationsfunktion) und überwachen den effizienten Einsatz von Kapital in den Unternehmen („Corporate Governance“-Funktion). Sie haben daher einen entscheidenden Anteil an der Entwicklung einer Volkswirtschaft. Häufig wird deshalb die spezielle Struktur des nationalen Kapitalmarkts als Ursache von ländertypischem Verhalten von Unternehmen oder von wirtschaftlichen Entwicklungen angesehen.

Beispielsweise ist die Meinung weit verbreitet, daß die Innovationskraft der amerikanischen Industrie durch das Vorherrschen von Kapitalmarktfinanzierung erklärt werden kann. Andererseits wird häufig auch die Wichtigkeit eines stabilen und leistungsfähigen Bankensektors für die wirtschaftliche Entwicklung betont. Die bisherigen Erkenntnisse sind jedoch unzureichend, um die Leistungsfähigkeit von Finanzsystemen beurteilen zu können.

Ein besseres Verständnis der Zusammenhänge ist besonders wichtig, da Globalisierung, Deregulierung und der Fortschritt der Informationstechnologie die Struktur der Finanzmärkte grundlegend ändern. Transaktionskosten verringern sich, weshalb mehr und mehr traditionelle Aufgaben der Banken vom Kapitalmarkt übernommen werden.

Gleichzeitig findet sowohl in den U.S.A. als auch in Europa ein rasanter Konzentrationsprozeß im Bankensektor statt. Diese Entwicklungen stehen erst am Anfang. Banken und andere Finanzintermediäre werden deshalb nicht verschwinden, aber ihr Aussehen wird stärker durch die Funktion als Informationsintermediäre und das daraus resultierende strategische Umfeld bestimmt werden. Wie sich das Finanzsystem im einzelnen entwickeln wird und welche Auswirkungen diese Entwicklung auf die Unternehmen haben wird, ist weitgehend unklar.

Vor allem der Wettbewerb zwischen Finanzintermediären wird noch sehr schlecht verstanden. Es ist klar, daß ohne ein gewisses Maß an Wettbewerb Banken nicht effizient arbeiten werden. Allerdings gibt es auch Hinweise darauf, daß zu intensiver Wettbewerb schädlich sein kann. Banken brauchen Informationen, um die besten Firmen zu finanzieren und um die Unternehmensführung kontrollieren zu können. Zu starker Wettbewerb könnte die Anreize verringern, solche Informationen zu erwerben.

Im dem Projekt von Michael Tröge (1999) wurden diese Zusammenhänge mit spieltheoretischen und insbesondere auktionstheoretischen Methoden untersucht. In einem ersten Modell (Tröge, FS IV 99–23) wurde der Zusammenhang zwischen der Marktstruktur des Bankensektors und der Informationseffizienz untersucht. Es konnte gezeigt werden, daß tatsächlich die Wohlfahrt und die Firmenprofite nicht immer mit der Anzahl der im Wettbewerb stehenden Banken wachsen. Falls die Unternehmen der Volkswirtschaft insgesamt eine gute Kreditwürdigkeit besitzen, ist es nicht sinnvoll, daß zu viele Banken gleichzeitig Informationen über das Unternehmen erwerben.

Fachwissen

Mit einer Erweiterung desselben Modells (Tröge, FS IV 99–22) konnte auch gezeigt werden, daß gute Beziehungen und Informationsaustausch zwischen Banken zur Spezialisierung von jeweils einer Bank auf eine Firma führen können. Nur diese Bank erwirbt Wissen über die Qualität des Unternehmens. Das verringert die Wettbewerbsintensität und erhöht die Finanzierungskosten des Unternehmens.

Im Gegensatz zur Information über die Qualität einer Firma führt aber Fachwissen, mit dem die Bank die Unternehmenskontrolle (Corporate Governance) verbessert, immer zu Wettbewerbsvorteilen für die Bank. Deshalb begeben sich Firmen notgedrungen in eine gewisse Abhängigkeit von der Bank. In einer Studie (Tröge, FS IV 99–24) wurde demonstriert, daß die Notwendigkeit für eine Bank, eine Reputation aufrechtzuerhalten, und diese Situation nicht auszunutzen, zu Kreditrationierung für risikoreiche, aber profitable Firmen führen kann.

Projekt: Bankbeziehungen und Investitionsverhalten deutscher Unternehmen

In diesem Projekt wird von Jianping Yang (1999) untersucht, welche Auswirkungen Bankenbeziehungen auf Investitionen und Erträge von deutschen Industrieunternehmen haben. Die Untersuchung erfolgt in drei Schritten: Ausgehend von der sogenannten Marktwertrentabilität „Tobins q“ als Determinante für die Investitionsentscheidungen des Unternehmens, soll im ersten Schritt beantwortet werden, wie sich das systematische Risiko von Firmen mit Bankenbeziehungen und von Firmen ohne Bankenbeziehungen darstellt. Hierzu wird eine Risikoanalyse durchgeführt.

Marktwert

In einem zweiten Schritt soll untersucht werden, wie das Unternehmen seinen Marktwert maximieren kann. Hierzu wird vom Marktwert ausgegangen, der um eine Anpassungskostenfunktion für Investitionen erweitert wird. Da in empirischen Untersuchungen q als Determinante für Investitionsentscheidungen nicht hochsignifikant ist, wird in einem dritten Schritt in die Investitionsfunktion eine Ertragsfunktion eingefügt. Um diese Ertragsfunktion zu finden, wird davon ausgegangen, daß als Zielfunktion des Unternehmens die Maximierung des Shareholder-Nutzens steht.

Abschließend werden die Parameter der drei Funktionen in einer ökonometrischen Simultanschätzung ermittelt, um festzustellen, ob der Ertrag eines Unternehmens von einer Kapitalerhöhung oder durch das Fremdkapital beeinflußt wird. Es wird hierdurch erreicht, daß die am Anfang gestellte Frage nach den Auswirkungen von Bankenbeziehungen auf die Investition und den Ertrag eines Unternehmens beantwortet werden kann. Auf die für die Finanzierung von Investitionen entscheidende Frage, von welchen Determinanten die Höhe der Zinsen abhängt, geht das folgende Projekt ein.

Projekt: Bankenwettbewerb und Zinsen für Kontokorrentkredite

In dem Projekt von Petra Korndörfer geht es in erster Linie um das Preissetzungsverhalten von Banken im Bereich des kurzfristigen Kreditgeschäfts. Die empirische Analyse des Zusammenhangs zwischen Kontokorrent- und Refinanzierungssatz ergab folgende Resultate. Der Zinszusammenhang weist einen Strukturbruch zu Beginn der 90er Jahre auf. Vor dem Strukturbruch wurden die Zinsen auf Kontokorrentkredite vollständig an den Refinanzierungszins angepaßt. Nach dem Strukturbruch ging die Anpassungsrate im Extremfall von

100 Prozent auf 50 Prozent zurück. Für die durchschnittlichen Zinsen liegt die Anpassung in den 90er Jahren immerhin noch bei 60 Prozent.

Da die Zinsen in der Zeit nach dem Strukturbruch einem negativen Trend folgten, entfernten sich die Kontokorrentsätze deutlich vom Refinanzierungszins. Als Auslöser für den Bruch kommen sowohl die Erhöhung der Eigenkapitalunterlegung für risikobehaftete Aktiva (Kredite und Beteiligungen) im Januar 1993 als auch ein deutlicher Anstieg der Wahrscheinlichkeit von Kreditausfällen ebenfalls im Januar 1993 in Frage.

Asymmetrie

Die Schätzergebnisse eines Fehlerkorrekturmodells mit asymmetrischer Modellierung der kurzfristigen Dynamik bestätigen die Annahme asymmetrischer Zinsanpassung. Diese Hypothese besagt, daß die Reaktion von Kreditzinsen auf eine Senkung der Refinanzierungsätze schwächer ausfällt als auf einen Anstieg. Eine Analyse der geschätzten Margen zeigt, daß Banken während Zinssenkungsphasen in der Lage sind, ihre Margen zu erhöhen. Daran ändert sich auch nichts, wenn man eine Variable berücksichtigt, die das Ausfallrisiko approximiert.

Im Geschäft mit Firmenkunden ist der Kreditzins Verhandlungssache zwischen Bank und Kreditnehmer und damit auch eine Frage des jeweiligen Informationsstands. Basierend auf der Annahme, daß die Beschaffung von Informationen Kosten verursacht, kann die asymmetrische Zinsanpassung anhand von asymmetrischen Informationen zwischen Bank und Kreditnehmer erklärt werden. Aufgrund der Informationskosten verzichtet der Kreditnehmer darauf, jederzeit den aktuellen Refinanzierungszins zu kennen.

Nur wenn der erwartete Nutzen der Information die Kosten übersteigt, beschafft sich der Kreditnehmer aktuelle Informationen bezüglich des Refinanzierungssatzes. Hierbei kommt auch die Rolle von Leitzinsänderungen zum Tragen: Diese beseitigen die Informationsasymmetrie zwischen der Bank und dem Kunden, da sie veränderte Refinanzierungsbedingungen des Bankensektors widerspiegeln.

Forschungsbereich II: Japanische Unternehmensstrategien und globale Marktprozesse

In den Projekten dieses Bereichs werden die ökonomischen und institutionellen Bedingungen analysiert, die zu der starken Marktposition der japanischen Unternehmen im globalen Wettbewerb geführt haben.

Forschungsgruppe 4: Unternehmensstrategien

Projekt: Bank-Firmen-Beziehungen als internationaler Wettbewerbsvorteil Japans

Entscheidend für die Struktur des Kapitalmarkts sowie für das Wettbewerbsverhalten auf internationalen Gütermärkten ist die Beziehung zwischen Unternehmen und ihren Kreditgebern. Als charakteristisch für den internationalen Wettbewerbsvorteil japanischer Unternehmen galt lange Zeit deren Fähigkeit, durch enge und langfristige Bankbeziehungen ein hohes Investitionsniveau zu realisieren. Japanische Bank-Firmen-Beziehungen werden allgemein definiert als ein Netzwerk von Beziehungen, welches Unternehmen, verschiedene Arten von Banken, andere Finanzinstitutionen sowie Ordnungsautoritäten (das Finanzministerium und die Bank von Japan) umfaßt.

Die Internationalisierung des japanischen Kapitalmarkts seit Ende der 1970er Jahre führte zu nachhaltigen Veränderungen hinsichtlich der rechtlichen und institutionellen Rahmenbedingungen. Spätestens seit den 1990er Jahren sind diese Veränderungen soweit fortgeschritten, daß man eine grundlegende Neuordnung des Kapitalmarkts beobachten kann. Entscheidend ist daher die Frage, wie sich Kreditgeber in dieser neuen Marktformation positionieren und welche Funktion insbesondere Bank-Firmen-Beziehungen in einem liberalisierten, jedoch weiterhin unvollkommenen Kapitalmarkt einnehmen.

Finanzsysteme

In diesem Projekt untersucht Tobias Miarka, welche relevanten Bank-Firmen-Beziehungen bestehen, wie diese Beziehungen funktionieren und welche Vor-

und Nachteile Bank-Firmen-Beziehungen in bezug auf die Monitoring-Funktion von Banken sowie auf In- und Output-Faktoren von Firmen haben (Miarka, 1999; Miarka und Yang, 1999). Außerdem wird versucht, neben japanspezifischen Aspekten der Analyse einige allgemeine Merkmale großer Finanzsysteme herauszustellen. Es soll ein genereller Beitrag zu einer zunehmenden Literatur geleistet werden, die zeigt, daß nicht nur die Form eines Kreditvertrags entscheidend ist, sondern auch die Identität des Kreditgebers.

Hierzu wird ein Modell zur dualen Rolle der Banken als Bereitsteller finanzieller Mittel und als Monitor entwickelt. Mit Hilfe der Paneldaten-Analyse werden die testbaren Implikationen dieses Modells empirisch untersucht. Dabei zeigt sich, daß ein niedrigerer Marktwert relativ zur Höhe der Verschuldung ein intensiveres Monitoring notwendig macht und zu einem höheren Anteil der Bankenverschuldung führt. Da jedoch engere Bank-Firmen-Beziehungen der Bank das Monitoring erleichtern, verringern diese Beziehungen bei gleicher Monitoring-Intensität die Notwendigkeit der Finanzierung durch Bankkredite.

Die empirische Analyse stellt außerdem den Informationsvorteil von Banken in ihrer Funktion als Finanzintermediäre in den Mittelpunkt. Es läßt sich dabei zeigen, daß enge Bank-Firmen-Beziehungen nicht nur Vor-, sondern auch Nachteile mit sich bringen können. Entscheidend für den Erfolg von Bank-Firmen-Beziehungen in bezug auf die Rentabilität von Unternehmen sowie deren Wachstum, Löhne, Unternehmensrisiko und Fremdkapitalzinsen ist die spezifische Art der Beziehung. Auch wenn im Zuge der Liberalisierung des japanischen Kapitalmarkts zunehmend auch Nachteile von Bank-Firmen-Beziehungen erkennbar werden, bleiben Banken jedoch auch weiterhin ein entscheidender Faktor im unvollkommenen japanischen Kapitalmarkt.

Projekt: Finanzierungsverhalten und Risikostrategien japanischer Aktiengesellschaften

Thomas Westphal untersucht in seinem Projekt, in welchem Maße japanische Unternehmen aus der Deregulierung des japanischen Bankensektors Vorteile bezüglich ihrer Finanzierungskosten ziehen, welche Finanzierungsstruktur japanische Unternehmen als optimal betrachten, wie die Beibehaltung von festen Beziehungen zu einer Main-Bank sich auf die Anpassungsgeschwindigkeit der aktuellen Kapitalstruktur an die gewünschte Kapitalstruktur auswirkt und wie diese Main-Bank-Beziehung die finanziellen Restriktionen der Unternehmen lockert und ihnen hilft, aus finanziell angespannter Lage wieder in die Gewinnsituation zurückzukehren.

Keiretsu

Außerdem wird nach einer Erklärung gesucht, ob die Organisationsform der japanischen *Keiretsu* im Lichte der neuen Institutionenökonomik als eine effiziente Organisationsform aufgefaßt werden kann, die dazu beiträgt, die negativen Auswirkungen von Marktunvollkommenheiten zu verringern, und daher zu Vorteilen für Unternehmen mit Keiretsu-Bindungen führt. Der empirische Teil der Untersuchungen wird mit Hilfe der am WZB aufgebauten Kaisha-Datenbank durchgeführt.

Forschungsgruppe 5: Informationsstrategien

Der Ansatz des von der Deutschen Forschungsgemeinschaft geförderten Projekts „Erzeugung, Vermittlung und Transfer von Wissen in der japanischen Industrie“ basiert auf der Hypothese, daß die Flexibilität der japanischen Wirtschaft auf besonders effizienten Informationssystemen und der Dissemination von Wissen auf den verschiedensten Unternehmens- und Gesellschaftsebenen beruht. Das zentrale Phänomen ist das Lernen durch Wissenstransfer in Japan. Japanische Unternehmen haben besser als ihre Konkurrenten die Bedeutung von Informationen als Ressource bzw. Produktionsfaktor erkannt. Die erfolgreichen Unternehmen sorgen dafür, daß Erwerb und Verbreitung von Wissen kontinuierlich fortgeführt werden. Da dynamischer Wettbewerb der Wettbewerb um Informationen ist, stellen Informationsgewinnung und Weitergabe von Wissen eine wichtige Voraussetzung für den Erfolg im globalen Wettbewerb dar.

Projekt: Personelle Verflechtungen über Mehrfachmandate als Voraussetzung für das Lernen in Unternehmensgruppen

Die Verflechtungen der japanischen Unternehmen stehen seit langer Zeit im Fokus der Wissenschaft. Dabei wurden die Auswirkungen der Verflechtung auf die Stabilität der Unternehmensergebnisse, gegenseitiger Aktienbesitz oder die Beziehungen zu den Banken untersucht (vgl. Moerke, 1999). Die personellen Netzwerke und ihre Auswirkungen auf Lernprozesse in Unternehmen hingegen wurden noch nicht genügend beachtet.

Netzwerke

Ziel der Arbeit von Andreas Moerke ist die Prüfung der These, daß die erfolgreichen Unternehmen in Japan auch über die besseren personellen Netzwerke und damit über bessere Informationen verfügen. Diese bilden den Lernimpuls (Input) für eine Veränderung im Unternehmen. Bei erfolgreich lernenden Unternehmen führt diese Veränderung zu einem höheren wirtschaftlichen Erfolg.

Die Aussage wird für den Zeitraum von 1985 bis 1998 mittels einer empirischen Analyse der personellen Verflechtungen der Boards of Directors von 77 Unternehmen der Branchen Automobilbau, Elektronik, Maschinenbau und Pharmazie getestet. Die Analyse erfolgt für vier Gebiete: Verbindungen zu Finanzinstitutionen, zu anderen Unternehmen, zur staatlichen Bürokratie und zu Auslandsmärkten. Für jeden dieser Bereiche wird die Güte des Netzwerks mittels speziell entwickelter Kennzahlen zuerst separat gemessen. Um die Wechselwirkung der einzelnen Netze zu erfassen, wird in einem weiteren Schritt eine Produktionsfunktion modelliert, die alle vier Bereiche einbezieht.

Projekt: Beschäftigungsveränderungen in japanischen Industrieaktiengesellschaften

Im Personalmanagement japanischer Unternehmen wurden vor allem die langfristigen Beschäftigungsbeziehungen als ein wesentlicher Erfolgsfaktor des japanischen Wirtschaftswachstums betrachtet. Heute unterliegen diese Beziehungen einem Wandel. Wie gestalten erfolgreiche japanische Unternehmen ihre Personalpolitik heute? Durch welche Beschäftigungsmaßnahmen zeichnen sie sich aus? Gehören die Senioritätslöhne bereits der Vergangenheit an? Wichtige Fragen, die im Forschungsprojekt von Rita Zobel untersucht werden.

Unternehmen, die weiterhin erfolgreich auf dem Weltmarkt agieren, sind gekennzeichnet durch eine kürzere mittlere Dauer der Betriebszugehörigkeit als weniger erfolgreiche Unternehmen. Darüber hinaus zahlen die erfolgreichen Unternehmen höhere Löhne an ihre Beschäftigten, die im Durchschnitt sogar jünger sind als bei den weniger erfolgreichen Unternehmen. Diese Hinweise können bereits als ein Indiz auf eine Änderung im Personalmanagement japanischer Unternehmen gewertet werden.

Entsendungen

Während die Beschäftigungsbeziehung früher weitgehend auf ein Unternehmen beschränkt war, wird nun die Beziehung auf die Unternehmensgruppe erweitert (Zobel, 1999). Entsendungen (*shukkô*) gewinnen in Krisenzeiten als Maßnahme zur Personalanpassung und Kostenreduzierung sowohl auf der horizontalen als auch auf der vertikalen Ebene an Bedeutung. Neben den Entsendungen werden Einstellungsstops verhängt, und die Anzahl der Zeitarbeiter wird enorm verringert. Wie wirken sich diese Maßnahmen auf den Erfolg der Unternehmen aus? Welche Rolle spielt die Betriebsgewerkschaft?

Die Daten über die durchschnittliche Anzahl der Mitarbeiter, Entlohnung, Alter sowie Dauer der Firmenzugehörigkeit werden der Kaisha-Datenbank entnommen, die ebenso Finanzkennzahlen enthält, über die sich der betriebswirtschaftliche Erfolg der Unternehmen messen läßt. Diese Daten von 1970 bis 1998 gelten als Grundlage für die Analyse.

In den Geschäftsberichten nach dem japanischen Wertpapierhandelsgesetz geben einzelne Unternehmen Auskunft über die Anzahl an irregulär Beschäftigten (Teilzeit- und Zeitarbeiter), Entsendungen von Mitarbeitern innerhalb oder außerhalb der Unternehmensgruppe sowie zur Anzahl der Gewerkschaftsmitglieder. Diese Angaben der Unternehmen werden exemplarisch untersucht, um ein ausgewogenes Bild der Veränderungen im Beschäf-

tigungssystem der japanischen Unternehmen zu erhalten.

Projekt: Auswirkungen der Schaffung technischen Wissens und seiner Verbreitung im Unternehmen

Entwicklung, Aufnahme und Nutzung des für ein Unternehmen relevanten Wissens sind entscheidende Wettbewerbsfaktoren. Nur mit einem effizienten Management von organisationalem Wissen kann ein Unternehmen im globalen Wettbewerb langfristig bestehen. In dem Projekt von Ulrike Görtzen wird die Entstehung und Dissemination von Wissen und deren Einfluß auf den Unternehmenserfolg untersucht.

Ziel ist es herauszuarbeiten, wie externe Informationen ermittelt und verarbeitet, internes Know-how entwickelt und dieses Wissen im Unternehmen verbreitet und genutzt wird. Daran anschließend soll festgestellt werden, inwieweit Industrieeffekte und Gruppenzugehörigkeiten eine Rolle spielen und ob ein unmittelbarer Zusammenhang zur Wettbewerbsfähigkeit festzustellen ist (vgl. Görtzen, 1999).

FuE-Input

Mit Variablen der Kaisha-Datenbank und Angaben aus den Geschäftsberichten der in der Datenbank erfaßten Unternehmen aus den Jahren von 1985 bis 1998, die am WZB vorliegen, wird ein Maß für den technischen Informationsfluß in den Unternehmen ermittelt. Bestandteile dieses Maßes sind die Organisationsstruktur von Forschung und Entwicklung (FuE), die Anzahl der Forschungsinstitute im Ausland sowie die Anzahl der aus dem FuE-Bereich stammenden Vorstandsmitglieder. Es wird sowohl die Bedeutung dieser Faktoren für den innovativen Output – approximiert durch erworbene Patente – als auch ihr Beitrag zur Steigerung der Produktivität des FuE-Inputs untersucht.

Der FuE-Input wird gemessen durch die Höhe der FuE-Ausgaben sowie alternativ durch den FuE-Kapitalstock bzw. die FuE-Budgets. Der FuE-Kapitalstock wird auf der Grundlage der akkumulierten FuE-Ausgaben, die mit einer Rate des Wissensverlusts abgeschrieben werden, berechnet. Das Konzept der FuE-Budgets berücksichtigt, daß Innovationen nur selten allein auf die FuE-Ausgaben desselben Jahrs zurückzuführen sind.

Forschungsinfrastruktur: Datenbanken der Jahresabschlüsse deutscher und japanischer Aktiengesellschaften

Die Forschung stützt sich auf zwei Datenbanken, die am Schwerpunkt gepflegt werden. Die „Bonner Datenbank“ enthält die Jahresabschlußdaten von 300 börsennotierten deutschen Industrie-Aktiengesellschaften seit 1961. Die Datenbank ist dokumentiert in Albach, Brandt, Jakob, Konitz, Paradowska-Thimm, Schmidt und Willud (FS IV 99–26).

Die „Kaisha-Datenbank“ enthält die Jahresabschlußdaten von 100 großen japanischen High-Tech-Unternehmen für die letzten 20 Jahre. Die Basisversion der Kaisha-Datenbank ist dokumentiert in Albach, Görtzen, Miarka, Moerke, Westphal und Zobel (FS IV 97–39). Der Aufbau beider Datenbanken wurde von der Deutschen Forschungsgemeinschaft gefördert.

Abteilung „Wettbewerbsfähigkeit und industrieller Wandel“

Grundlagen

Das Forschungsprogramm konzentriert sich auf die Entstehung und Erhaltung von wettbewerbsfähigen Strukturen in einem sich weltweit verändernden wirtschaftlichen Umfeld. Der Forschungsansatz wird dabei von einer modernen industrieökonomischen Ausrichtung bestimmt, wodurch die Beurteilung von wettbewerbsfähigen Marktstrukturen in den Mittelpunkt des Forschungsinteresses rückt. Dabei bildet die Verbindung von modernen industrieökonomischen Erkenntnissen mit praxisbezogener empirischer Forschung eine wichtige Komponente.

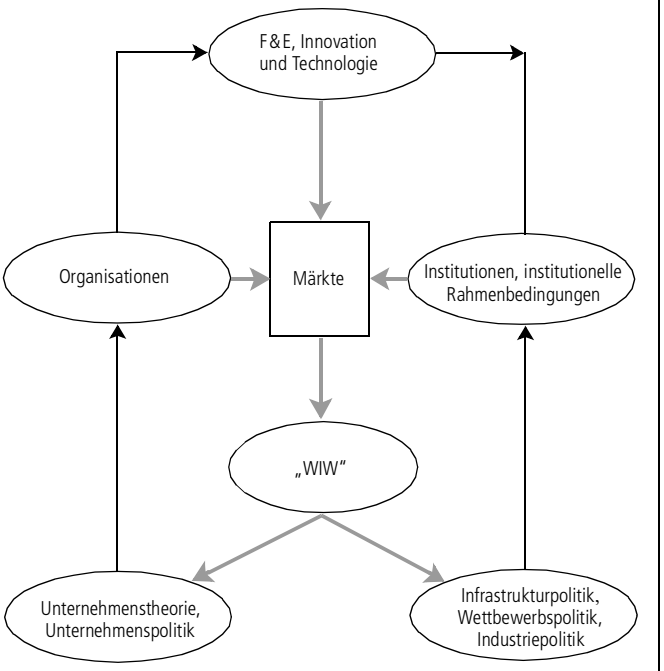
Methodisch geht das Forschungsprogramm grundsätzlich von zwei Kritikpunkten der traditionellen

Industrieökonomie aus. Hierbei wird der sogenannte „reduced-form"-Ansatz durch strukturierte Modelle („structural modelling") weiterentwickelt. Dieser neue Ansatz verbindet, stärker als bisher, die neuesten Erkenntnisse aus der modernen Industrieökonomie (zum Beispiel auch spieltheoretische Betrachtungsweisen) mit empirisch-ökonometrischen Forschungsansätzen. Dabei ist es möglich, genauere Aussagen über die fundamentalen Interdependenzen zwischen Institutionen, Unternehmen, Märkten und Wettbewerbsfähigkeit zu erarbeiten.

Darüber hinaus konzentriert sich der theoretische Ansatz des Forschungsprogramms stärker auf asymmetrische Modelle. Hierbei werden die symmetrischen Betrachtungsweisen der traditionellen Industrieökonomie durch heterogene Strukturen (wie etwa unterschiedliche Kostenstrukturen, unterschiedliche Innovationspotentiale und verschiedene Unternehmensgrößen) weiterentwickelt. Ziel dieses Ansatzes ist es, die institutionelle und marktspezifische Wirtschaftspolitik besser auf die Wettbewerbsfähigkeit einzelner Unternehmen zu beziehen.

Das Forschungsprogramm der Abteilung wird besonders durch zwei Inhalte charakterisiert. Zum einen ist der industrieökonomische Ansatz gezielt interdisziplinär ausgerichtet. Die Interdisziplinarität bezieht sich auf die Integration des betriebswirtschaftlichen Ansatzes der Unternehmenstheorie, welcher das Unternehmen als wichtigstes Wettbewerbselement hervorhebt, in die industrieökonomische Betrachtungsweise, die den Markt als zentrale Wettbewerbsdeterminante ansieht. Ein weiterer Gesichtspunkt ist das Einbringen von institutionellen und staatlichen Aspekten der einzelnen europäischen Staaten, welche auch in Zusammenarbeit mit der Abteilung „Wirtschaftswandel und Beschäftigung" des Forschungsschwerpunkts Arbeitsmarkt und Beschäftigung erarbeitet wird.

Als wichtigste Komponente des Zusammenspiels von Organisationen, Märkten und Institutionen sind die Veränderungen von Technologie durch Innovationen und Forschung und Entwicklung zu nennen. Darüber hinaus werden Veränderungen



Überblick 1 Forschungsstruktur
der Abteilung „Wettbewerbsfähigkeit und industrieller Wandel (WIW)"

nicht nur im betriebs- und volkswirtschaftlichen, sondern auch im sozialen Umfeld berücksichtigt (siehe auch Überblick 1). Die gegenseitige Wechselwirkung von Markt und sozialem Umfeld ist besonders wichtig, wenn man europäische Lösungen im Bereich der Wettbewerbsfähigkeit vor dem Hintergrund der Globalisierung aufzeigen möchte.

Der zweite Forschungsinhalt der Abteilung ist die Betonung eines gezielt europäischen Lösungsansatzes einer modernen Industrieökonomie. Nationale Industriepolitik ist auf vielen Märkten weit verbreitet. Diese nationalen Strategien beruhen auf nationalen, wirtschaftlichen und sozialen Interessen. Leider führen aber die nationalen Interessen sehr oft zu suboptimalen Lösungen, wenn man eine gesamteuropäische Perspektive wählt. Dies ist zum Beispiel der Fall, wenn sich nationale industriepolitische Strategien gegenseitig aufheben. Die

Absicht auf diesem Forschungsgebiet ist, die suboptimalen nationalen Lösungen aufzuzeigen und Wege zu einer zukunftsorientierten europäischen Industriepolitik zu verdeutlichen.

Forschungsbereich 1: Infrastruktur, Wettbewerbsfähigkeit und Wachstum

Innerhalb des Forschungsbereichs 1 wird die Bedeutung der Infrastruktur im Hinblick auf die Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen im Markt und das gesamtwirtschaftliche Wachstum genauer untersucht. Dabei gilt es, die Auswirkungen einer modernen regionalen und überregionalen Infrastruktur auf das wirtschaftliche Wachstum, die Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen und die Beschäftigung zu erfassen. In diesem Kontext werden auch Impulse der Entstehung von transeuropäischen Netzen berücksichtigt. Die traditionelle Infrastruktur – Beispiele hierfür sind Verkehrsverbindungen (Straße, Schiene, Wasser, Luft) und Energieversorgungsnetze – wird in Projekt 1 mit Unterstützung der Deutschen Forschungsgemeinschaft für deutsche und französische Regionen untersucht. Infrastruktureinrichtungen im Bereich der Telekommunikations- und Informationstechnologien werden in Projekt 2 analysiert.

Projekt 1: Die wirtschaftlichen Auswirkungen der traditionellen Infrastruktur

Im ersten Teil des Projekts werden die Produktivitätseffekte von Infrastruktur mit Daten für 21 französische Regionen im Zeitraum von 1985 bis 1991 geschätzt. Das empirische Modell beruht auf einem theoretischen Ansatz, mit welchem die politischen Entscheidungen über Infrastrukturinvestitionen endogen beschrieben werden können. Dadurch lassen sich in der empirischen Analyse mögliche Ursachen für eine verzerrte Schätzung der Parameter in der Produktionsfunktion beseitigen. Der theoretische Ansatz basiert auf einem politisch-ökonomischen „Lobbyismus"-Modell. Hintergrund dieses Modells bildet die Annahme, daß große Firmen versuchen werden, Einfluß auf die politische Entscheidung der regionalen Allokation von Infrastrukturinvestitionen zu nehmen.

Frankreich

Die Resultate der empirischen Analysen zeigen (Cadot, Röller und Stephan, FS IV 99–15), daß im Untersuchungszeitraum beeinflussende Aktivitäten von großen Firmen und die Parteizugehörigkeit von lokalen Politikern in der Tat signifikant für die regionale Allokation von Verkehrsinfrastrukturinvestitionen in Frankreich sind. Ein weiteres Resultat dieser Studie ist, daß die erwarteten Produktivitätseffekte von Infrastrukturinvestitionen für die regionale Allokation keine Bedeutung zu haben scheinen.

In einem zweiten Teil werden ebenfalls politisch-ökonomische und andere Determinanten für Infrastrukturinvestitionen mit einem Paneldatensatz von 92 kreisfreien Städten in Deutschland für die Jahre 1980, 1986 und 1988 untersucht. Der Ansatz beruht wie in der Studie für Frankreich auf einem „Lobbyismus"-Modell. In der empirischen Analyse werden neben den politisch-ökonomischen auch andere Determinanten von Infrastrukturinvestitionen wie beispielsweise Bund-/ Länderzuweisungen, Kfz-Bestand, Schuldenstand, Steueraufkommen betrachtet. Dadurch, daß einerseits die Wirkung der Infrastrukturinvestitionen auf den Output, andererseits auch die Wirkung des Outputs auf die Infrastrukturinvestitionen berücksichtigt werden, ist es möglich, die wechselseitige Beziehung zwischen diesen Größen zu erfassen.

Deutschland

Die empirischen Schätzungen zeigen, daß von den öffentlichen Infrastrukturinvestitionen positive Effekte auf die private Produktion ausgehen, d. h. daß öffentliche Infrastrukturausgaben der Städte „produktiv" sind. Für die Determinanten der städtischen Infrastrukturinvestitionen zeigt sich, daß im Gegensatz zur Studie für Frankreich die Anzahl der großen Unternehmen in einer Stadt keine signifikante Erklärungsvariable für die Höhe der getätigten Infrastrukturinvestitionen ist. Ein weiteres Resultat der Studie ist, daß allerdings auch die Parteizugehörigkeit der Mehrheit im Stadtrat die Höhe der vom Land erhaltenen Infrastrukturinvestitionszuweisungen erklären kann.

Abteilung „Wettbewerbsfähigkeit und industrieller Wandel"	
Personal am 1. Oktober 1999	seit
Stephanie Aubert	1998
Diplom-Ökonom Getachew Bekele B.A.	1998
Diplom-Kauffrau Annekathrin Bell	1997
Tomaso Duso, Dottore in Economia	1999
Eva Eszes (z. Z. beurlaubt)	1995
Bianca Faber	1978
Paul Heidhues Ph.D., M.A.	1998
Jos Jansen M.A.	1998
Achim Kemmerling	1998
Johan Lagerlöf Ph.D.	1998
Christiane Loycke (z. Z. befristet auf Rente)	1978
Dr.-Ing. Talat Mahmood, Diplom-Informatiker	1981
Diplom-Volkswirt Rainer Nitsche M.Sc.	1999
Olaf Reimann*	1996
Professor Lars-Hendrik Röller Ph.D.	1994
Stephan Scheinert	1998
Diplom-Volkswirt Ralph Siebert	1994
Diplom-Ingenieur Andreas Stephan	1996
Dr. Christian Wey, Diplom-Kaufmann, M.A.	1998
Zhentang Zhang Ph.D.	1995
Ausgeschiedenes Personal[1]	1998–1999
Damaris Gohr	1998–1999
Professor Dietmar Harhoff Ph.D., Diplom-Ingenieur	1997–1998
Diplom-Volkswirtin Anja Kettner	1995–1998
Diplom-Volkswirt Ralph Leonhardt	1997–1998
Catherine Anne Matraves Ph.D., M.A.	1995–1998
Diplom-Ingenieurin, Diplom-Ökonomin Christine Zulehner	1997–1999

1 mit mindestens 12 Monaten Zugehörigkeit zum WZB
* auch für den Schwerpunkt Arbeitsmarkt und Beschäftigung und die Arbeitsgruppe „Public Health" tätig

Straßen

Im abschließenden Teil des Projekts wird der Einfluß von Straßeninfrastruktur auf Produktivität und Wachstum des verarbeitenden Gewerbes in Deutschland für den Zeitraum von 1970 bis 1996 untersucht. Hintergrund bildet die in der Literatur kontrovers diskutierte Hypothese über das „Defizit an öffentlichem Kapital", wonach der seit Anfang der 70er Jahre in vielen Ländern zu beobachtende allgemeine Rückgang des Produktivitätswachstums auf die in diesem Zeitraum ebenfalls zurückgegangenen Ausgaben für öffentliche Infrastruktur zurückgeführt werden kann. Die empirische Analyse wird mit einem Paneldatensatz auf der regionalen Ebene der elf westdeutschen Bundesländer durchgeführt.

Zwei Wirkungsweisen von Infrastruktur auf die private Produktion werden unterschieden. Erstens können Firmen öffentliche Infrastruktur quasi wie ein kostenloses „Zwischenprodukt" für die Produktion nutzen. Zweitens kann Infrastruktur ähnlich wie technischer Fortschritt die Produktivität der privaten Produktionsfaktoren erhöhen. In der empirischen Analyse werden beide Wirkungen von Infrastruktur berücksichtigt.

Die empirischen Ergebnisse zeigen eine Korrelation zwischen dem Produktivitätswachstum im verarbeitenden Gewerbe und der Straßeninfrastruktur. Allerdings ist diese Korrelation im Querschnittsvergleich der Bundesländer stärker ausgeprägt als im Zeitverlauf. Die Hypothese über „das Defizit an öffentlichem Kapital" wird daher für das verarbeitende Gewerbe in Deutschland im Rahmen dieser Studie nicht bestätigt.

Projekt 2: Die Infrastruktur im Bereich der Telekommunikations- und Informationstechnologien

Der Übergang von der Industrie- zur Informationsgesellschaft verändert in bedeutendem Maße

grundlegende Aspekte der Wirtschaft und Gesellschaft. Wirtschaftlich ist diese Tendenz von einer weltweiten Verschärfung der Konkurrenz gekennzeichnet. Um sich im globalen Wettbewerb zu behaupten und die Gesellschaft auf die Herausforderungen des Informationszeitalters vorzubereiten, werden sowohl von privater als auch von staatlicher Seite Infrastrukturinvestitionen getätigt. Infrastrukturinvestitionen sind eine Voraussetzung für die Modernisierung der Wirtschaft und dienen damit dem wirtschaftlichen Wachstum, der Wettbewerbsfähigkeit und der Produktivität.

Wachstum

Ziel der empirischen Analyse ist, den Zusammenhang zwischen informationstechnologischen Infrastrukturinvestitionen, Produktivität, Wettbewerbsfähigkeit und ökonomischem Wachstum zu untersuchen. Rein deskriptiv wurden zunächst die Entwicklungtendenzen der Informationstechnologie in verschiedenen Sektoren – wie dem Hardwarebereich, dem Softwarebereich und dem Dienstleistungsbereich – dargestellt. Zugrundegelegt werden sowohl firmenspezifische als auch aggregierte Industriedaten aus den OECD-Ländern.

Für den Bereich Telekommunikation untersuchten Röller und Waverman (1996) die Auswirkungen der Telekommunikationsinfrastruktur auf das Wirtschaftswachstum. Für eine Auswahl von OECD-Ländern und unter Berücksichtigung der Wechselwirkungen zwischen Wachstum und Telekommunikationsinfrastruktur ermittelten sie einen äußerst signifikanten Zusammenhang, vorausgesetzt die Infrastruktureinrichtungen auf dem Gebiet der Telekommunikation überschreiten einen kritischen Mindestwert.

Forschungsbereich 2: Innovation und Organisationen

So sehr wie noch nie hängt heute das Bestehen von Unternehmen am Markt von ihrer Fähigkeit zu Innovationen ab. Für die Mehrheit der Ökonomen sind Innovationen außerdem der Schlüssel zu mehr Wachstum, internationaler Wettbewerbsfähigkeit und letztlich zu einem höheren Lebensstandard. Die Frage, durch welche Rahmenbedingungen Innovationen günstig beeinflußt werden können, nimmt in der wissenschaftlichen und politischen Diskussion einen breiten Raum ein. Dabei hat sich gezeigt, daß die eingeschlagenen Wege nationaler Autoritäten nicht immer erfolgreich waren und sind. So konnten ökonometrische Studien beispielsweise zeigen, daß öffentlich finanzierte Forschung und Entwicklung weniger Innovationen hervorbringen als private und daß großzügige Steuervergünstigungen in der Regel nicht zu vermehrten Ausgaben für die Forschung führen.

Der Forschungsbereich 2 untersucht die Funktionsfähigkeit von Unternehmen. Dabei werden diverse Anreizeffekte bzw. Innovationshemmnisse gleichzeitig berücksichtigt. Des weiteren werden Forschungskooperationen und Informationsaustausch zwischen konkurrierenden Unternehmen besonders betrachtet.

Projekt 3: Innovationshemmnisse im europäischen Vergleich

Auf die Theorie der Innovation läßt sich eine der bahnbrechendsten theoretischen Neuerungen der Mikroökonomik des vergangenen Jahrzehnts anwenden: die Einbeziehung diskreter Strukturen in die Modellierung von ökonomischen Systemen (Verbandstheorie). So können auch zwischen diskret variierbaren Variablen wie bei institutionellen Entscheidungen Systemzusammenhänge (Komplementarität) abgeleitet und getestet werden. Trotz der empirischen Relevanz von nicht-stetigen Variablen und der zu erwartenden neuen Erkenntnisse wurde die diskrete Mathematik bisher nur in wenigen ökonomischen Analysen angewandt.

Das Ausmaß und die Richtung des Zusammenwirkens von Innovationsanreizen zu verstehen, ist das Hauptanliegen des Projekts. Ist es sinnvoll, relevante Institutionen einzeln zu schaffen und zu verändern? Oder hängt das Ausmaß unternehmerischer Forschung und Entwicklung vielmehr von deren Zusammenwirken ab? Um diese Fragen beantworten zu können, sollen empirische Methoden

entwickelt werden, die explizit die Implikationen der Komplementaritätstheorie testen. Dabei werden diese Methoden allgemein genug sein, um sie auch auf komplementäre Systeme anderer Wissenschaften (z. B. Soziologie, Politikwissenschaft) anwenden zu können.

EU/ Kanada

Zur Untersuchung von Innovationshemmnissen stehen Daten auf Firmenebene aus Ländern der EU zur Verfügung. Ähnliches Material von kanadischen Firmen erlaubt einen weitergehenden Vergleich. Mit den reichhaltigen Datensätzen wird ein simultanes Mehrgleichungsmodell geschätzt, welches die Entscheidung für Innovation (binär), das Ausmaß der Innovationen und von den Firmen wahrgenommene Innovationshindernisse erklären soll.

Das Projekt wird von der Stiftung Deutsch-Amerikanisches Akademisches Konzil gefördert und zusammen mit der Abteilung „Wirtschaftswandel und Beschäftigung" durchgeführt. Darüber hinaus sind Wissenschaftler des Centre Interuniversitaire de Recherche en ANalyze des Organisations (CIRANO)/Montreal beteiligt. Die Ergebnisse werden sowohl technische als auch mehr politikorientierte Beiträge sein.

Projekt 4: Forschungs-Joint Ventures

Im Mittelpunkt dieses Projekts steht die Rolle von Forschung und Entwicklung als strategisches Wettbewerbsinstrument. Dabei werden besonders dynamische Strategien und deren Auswirkungen auf die Innovationstätigkeit und den Produktmarktwettbewerb analysiert. Ein wichtiger Teil der Literatur zu Forschung und Entwicklung (FuE) und Innovation untersucht Joint Ventures auf dem Gebiet der Forschung (Forschungs-Joint Ventures, FJV) mit Hilfe des modernen spieltheoretischen Ansatzes innerhalb der Industrieökonomik.

Als FJV fungieren mehrere mögliche Kooperationsvereinbarungen zur gemeinsamen Durchführung von Forschungsvorhaben der Unternehmen, wobei sie in den Produktmärkten weiterhin als Konkurrenten auftreten. Unternehmen kommen dabei überein, Kosten und Nutzen eines bestimmten Forschungsprojekts zu teilen.

FJVs spielen besonders in Hochtechnologiebranchen zur Sicherung der Wettbewerbsfähigkeit eine zentrale Rolle. Seit den 80er Jahren hatten die Kartellbehörden in Europa, Japan und den U.S.A. beschlossen, solche Formen der Forschungskollusion zu begünstigen, solange sich daraus keine weiteren wettbewerbsbeschränkenden Vereinbarungen hinsichtlich der Festsetzung von Preisen, Produktionsmengen oder Produktinnovationen ergeben.

Höhere Wohlfahrt

Wichtigstes theoretisches Ergebnis des Projekts: ein kartellartiges FJV in Form einer gemeinsam von konkurrierenden Firmen einer Industrie betriebenen FuE-Einrichtung, d. h. eines integrierten Labors, führt zu niedrigeren Produktpreisen, höheren Unternehmensgewinnen und somit zu höheren gesellschaftlichen Wohlfahrtseffekten, wenn internalisierte Informationseffekte hinreichend groß sind.

Im ersten Projektteil analysieren Röller, Tombak und Siebert (FS IV 98–15), inwieweit die Anreize eines einzelnen Unternehmens, an einem FJV teilzunehmen, durch die anfängliche Kostenstruktur oder den anfänglichen Marktanteil berührt werden. Weiterhin untersuchen sie die Komplementaritäten bezüglich gemeinsam genutzter Technologien und die etwaigen Konsequenzen einer FJV-Gründung. Der volkswirtschaftliche Nutzen von FJVs wird dabei von der Wirkung eines „tradeoffs" zwischen Marktmacht- und Effizienzvorteilen bestimmt.

Im zweiten Teil des Projekts werden Daten aus dem US-Federal Register analysiert. Die Ergebnisse bestätigen, daß sich Unternehmen gleicher Größe öfter zu einem FJV zusammenschließen. Dieses Ergebnis unterstreicht die Aussage aus dem theoretischen Modell. Weiterhin kann bestätigt werden, daß der Kostenaufteilungseffekt bzw. Freifahrereffekt abhängig ist von der Größe des FJVs und den Industrien. Im allgemeinen kann jedoch bestätigt werden, daß der Kostenaufteilungseffekt dominiert.

Projekt 5: Innovationsanreize im Wettbewerb

Forschung und Entwicklung (FuE) ist eine wichtige Determinante des Wirtschaftswachstums. Aufgrund von FuE-Spillovers und Unsicherheiten, die mit Innovationsaktivitäten zusammenhängen, ist heutzutage allgemein anerkannt, daß unregulierte Märkte den Firmen keine optimalen Anreize zu FuE-Investitionen geben. Eine mögliche ordnungspolitische Lösung, um dieses Marktversagen zu verringern, ist es, FuE-Kooperationen zwischen Unternehmen zu fördern.

Im ersten Teil des Projekts wird untersucht, inwieweit Managementverträge Anreize für FuE-Investitionen setzen, insbesondere bei FuE-Kooperationen. Zhentang Zhang zeigt in ihrer Arbeit („R&D Subsidy and Licensing", FS IV 99–28), unter welchen Bedingungen die Berücksichtigung der Managementverträge die Vorzüge von FuE-Kooperationen bestärkt. Die Berücksichtigung des Managementvertrags führt weiterhin dazu, daß Kooperation zwischen Unternehmen im FuE-Bereich ökonomisch effizienter sein kann als FuE-Wettbewerb.

Information

Jos Jansen untersucht in seinem Teil des Projekts die Anreizwirkungen von Information. Er behandelt die Frage der optimalen Gestaltung von Regulierungen und die Anreizwirkungen von Information. Im Kern geht es um die Rolle von asymmetrischer Information (vgl. z. B. Jansen, FS IV 99–30). So wird beispielsweise die Frage behandelt, wie die Industrie reguliert werden sollte, damit die Unternehmen wahrheitsgetreue Information zu den geringsten Kosten offenlegen. Dies spielt eine wichtige Rolle für den Innovationswettbewerb im Hochtechnologiebereich, da innovative Unternehmen hier besonders aktiv ihren Informationfluß managen.

So beeinflußt Information, die eine Firma über ihre eigene Forschung herausgibt, die Urteilsbildung der Konkurrenz (und auch die der potentiellen Nachfrager) im Hinblick auf die Erfolgsaussichten eben dieser Forschung und damit auf das Verhalten der Wettbewerber. Deshalb hat die Frage der Offenlegung von Information strategische Bedeutung. Dieser Zusammenhang läßt sich anhand spezieller spieltheoretischer Modelle analysieren, die Jansen in seinen Untersuchungen anwendet (vgl. Jansen, FS IV 99–11).

Forschungsbereich 3: Die Evolution der Marktstruktur

Projekt 6: Regulierung und Wettbewerb in Netzwerkindustrien

Aus ökonomischer Perspektive ist die gegenwärtig vorangetriebene Öffnung der Netzökonomien für den Wettbewerb überfällig. Die Argumentation, daß die den Netzen inhärenten Größen- und Bündelungsvorteile eine monopolistische Angebotsstruktur nahelegten und daß Monopolanbieter von Gütern, die für die Daseinsvorsorge wesentlich sind, in der öffentlichen Hand verweilen sollten, ist überholt. Heute steht die Öffnung von Netzökonomien für den Wettbewerb in vielen europäischen Ländern oben auf der politischen Agenda. Damit bekommt ein Untersuchungsgegenstand erhebliche praktische Bedeutung: Im Zuge der Liberalisierung der Netze muß der Regulierungsrahmen und damit die Beziehung zwischen Regulierung und Wettbewerbspolitik neu gestaltet werden.

Netzwerkindustrien – wie Telekommunikation, Post, Energie, Wasser und Abwasser, Luftfahrt, Schienen- und Busverkehr – zeichnen sich durch sechs Merkmale aus, die bei der Gestaltung des Regulierungsrahmens von Bedeutung sind: versunkene Kosten, natürliches Monopol bzw. Oligopol, örtliche und zeitliche Differenzierung, Bedeutung des Netzzugangs, Netzwerkexternalitäten sowie Altlasten und Restrukturierungsbedarf.

In diesem Projekt, das von der Europäischen Kommission gefördert wird, wurden diese Charakteristika herausgearbeitet und eine politikorientierte Forschung im Hinblick auf die Liberalisierung dieser Industrien vorgenommen. Dabei wurden bereits wesentliche Ergebnisse erzielt.

Foto: Andreas Froese/Caro

Liberalisierung

Ein Ziel der Liberalisierung von Netzwerkindustrien ist die Verbesserung der Qualität der Dienstleistungen und eine kostengünstigere Bereitstellung. Die Anbindung von abgelegenen Nutzern an die Versorgungsnetze – wie die Zustellung von Post im ländlichen Raum – kann jedoch wesentlich höhere Kosten verursachen als vergleichbare Leistungen in Städten. Wettbewerb legt diese Kostenunterschiede offen und führt zu Preisdifferenzierung. Häufig wird jedoch politisch der Erhalt einer Grundversorgung oder eines Universaldiensts zu „erschwinglichen Preisen" für alle Nutzer angestrebt. In vielen Fällen wäre es besser, wenn das dahinterliegende strukturpolitische Ziel über Steuer- und Zuwendungsinstrumente verfolgt würde als über den Eingriff in Marktpreise.

Technologische Innovationen erhöhen das Potential für Marktöffnung und Wettbewerb. Beispiele sind die Alternativen zum Festnetz im Telekommunikationswesen oder neue Kraftwerkstypen, die bereits bei geringerem Investitionsvolumen effizient Strom erzeugen.

Privatisierung ist häufig ein hilfreicher Baustein im Rahmen einer Liberalisierung, nicht nur aufgrund der damit verbundenen organisationalen Veränderungen, sondern auch wegen der Notwendigkeit, gleiche Wettbewerbsbedingungen für alle Marktteilnehmer zu schaffen. Mögliche Konflikte zwischen dezentralen und übergeordneten Regulierungsinstanzen (z. B. nationalen Kartellämtern und der EU-Kommission) bestehen, werden jedoch teilweise überbetont. Ein wesentlicher Nachteil des gegenwärtigen Systems beruht in der langsamen Reaktionsgeschwindigkeit.

Wesentliche Ergebnisse dieser Art sind bereits in die Veröffentlichung „Europe's Network Industries: Conflicting Priorities" (Bergman et al., 1998) eingeflossen, die Lars-Hendrik Röller in Zusammenarbeit mit den Wissenschaftlern des von ihm

koordinierten TMR-Projekts „The Evolution of Market Structure in Network Industries“ erstellt hat. Darüber hinaus werden zur Zeit folgende Einzelthemen von verschiedenen Forschern der Abteilung bearbeitet:

- die Auswirkungen von Kosten des Anbieterwechsels auf das Marktergebnis in der Telekommunikationsindustrie;
- die Auswirkungen von Regulierung auf das Marktergebnis im US-Mobilfunkmarkt – eine empirische Analyse;
- Konflikte zwischen zentraler und dezentraler Fusionsregulierung;
- Regulierung von komplementären Vorleistungen: Kostenkorrelation und beschränkte Haftung;
- die Bedeutung von Reputationseffekten in Märkten mit lokalem Wettbewerb.

Projekt 7: Konzentrationsprozesse und Wettbewerb

Im Kontext neuerer Entwicklungen in der Literatur zur Produktdifferenzierung liefert das Projekt eine theoretische und empirische Analyse der Bestimmungsgrößen der europäischen Marktstruktur.

Die Existenz einer Beziehung zwischen Marktstruktur und Marktgröße ist ein Standardergebnis der ökonomischen Analyse von Oligopolen. So leitet das „klassische“ Cournotsche Wettbewerbsmodell eine genaue Beziehung zwischen der Unternehmenszahl und der Preis-Kosten-Marge in einem Markt ab – je mehr Unternehmen in einem Markt agieren, desto geringer ist die Marge. Dieses einfache Ergebnis muß jedoch in Frage gestellt werden, wenn man Wettbewerbsinstrumente wie Werbung und FuE berücksichtigt. Eine auf Daten des Jahres 1987 beruhende vergleichende Untersuchung gliederte die Industriezweige in Europa nach Werbe- und/oder FuE-Ausgaben und analysierte die Marktstrukturen in diesen Industrien. Dabei konnte die Vermutung, daß FuE- und Werbeausgaben Einfluß auf die Marktstruktur haben, bestätigt werden:

- Die Produktion in FuE-intensiven Industriezweigen ist stark auf die großen Mitgliedsländer konzentriert, wobei insbesondere Deutschland ein Drittel aller FuE-intensiven Industrien abdeckt.
- Homogene und werbeintensive Branchen sind gleichmäßiger über die Mitgliedsstaaten verteilt.
- Insgesamt wurde festgestellt, daß 16 der 20 am stärksten konzentrierten Industrien differenzierte Produkte herstellen, für die der Wettbewerb mit hohen Werbungskosten und/oder hohen FuE-Ausgaben einhergeht.

Wichtig: Industrietyp

Insgesamt läßt die Untersuchung die Schlußfolgerung zu, daß der klassische Zusammenhang von starkem Wettbewerb und niedrigem Konzentrationsgrad sich umkehrt, sobald der Industrietyp berücksichtigt wird. Dies bedeutet, daß eine stark konzentrierte Marktstruktur in Europa nicht unbedingt ein hohes Maß an Wettbewerb ausschließt, wenn man strategische Variablen – wie Werbung und Forschung und Entwicklung – in die Wettbewerbsanalyse mit einbezieht (vgl. im einzelnen zu den Industrien: Pharmazeutische Industrie: Matraves, FS IV 98–17, Herstellung von alkoholfreien Getränken: Matraves, FS IV 99–13 und zur Preisdiskriminierung in der Automobilindustrie: Goldberg und Verboven, FS IV 99–14).

In einer empirischen Untersuchung, die mit Unterstützung der Anglo-German Foundation durchgeführt wurde, sollte deshalb festgestellt werden, wie Unternehmen auf die Öffnung des Binnenmarkts reagierten und welche Marktstrukturen entstanden. Zu diesem Zweck wurde der Grad der Diversifizierung und Internationalisierung innerhalb der Europäischen Union anhand von 65 britischen und 75 deutschen Unternehmen über den Zeitraum von 1987 bis 1993, d. h. parallel zur graduellen Umsetzung des Binnenmarkts, untersucht.

Deutschland/ Großbritannien

Wie erwartet stieg der Internationalisierungsgrad bei deutschen und britischen Unternehmen in dem Untersuchungszeitraum stark an. Interessanterweise nahm jedoch der Unterschied zwischen beiden Unternehmensgruppen nicht ab. Nach wie vor haben britische Unternehmen eine stärkere interna-

tionale Ausrichtung. In bezug auf den Grad der Diversifizierung waren zwei gegenläufige Entwicklungen zu beobachten: Die britischen Unternehmen bauten ihren Diversifizierungsgrad tendenziell ab, bei den deutschen Unternehmen nahm der Grad der Diversifizierung zu. Damit konnte die für den untersuchten Zeitraum häufig postulierte Konzentration auf die Kernaktivitäten nur für die britischen Unternehmen nachgewiesen werden (vgl. Davies, Matraves, Petts und Röller, 1999).

Projekt 8: Politische und ökonomische Regulierung

Das Projekt konzentriert sich auf drei Schwerpunkte: Wahlwettbewerb zwischen politischen Akteuren, Politik von Interessengruppen und Probleme der Glaubwürdigkeit politischer Prozesse.

Politiker

Das Problem „Wahlwettbewerb zwischen politischen Akteuren" wird von Johan Lagerlöf mit den Instrumenten der Spieltheorie untersucht. Lagerlöf zeigt beispielsweise, daß ein Gleichgewicht in reinen Strategien existiert, auch wenn es keinen „Condorcet"-Gewinner gibt. In diesem Gleichgewicht wählen sie aus ihrer Sicht eine ideale Politikalternative (d. h., daß die Plattformen nicht konvergieren). Er behandelt auch die Frage, ob „besser" informierte Politiker imstande sind, diese Information glaubwürdig den Wählern gegenüber zu kommunizieren, wenn sie sich vor einer Wahl für eine bestimmte Politikalternative festlegen müssen.

Zum Problem der Politik von Interessengruppen ist die Studie „Are We Better Off If Our Politicians Know How the Economy Works?" von Lagerlöf (FS IV 98–7) hervorzuheben. Lagerlöf analysiert Mechanismen der Wählerbeeinflussung und erörtert die Frage, inwieweit die Ergebnisse dieser Analyse hilfreich sind, sowohl positive wie auch normative Fragen zur Politik von Interessengruppen zu beantworten. Die empirische Studie von Cadot, Röller und Stephan (FS IV 99–15) analysiert die Einflüsse von Interessengruppenaktivitäten in Frankreich.

Samariter-Dilemma

Das dritte Problem betrifft die Glaubwürdigkeit im politischen Prozeß. Lagerlöf analysiert es in dem Discussion paper „Incomplete Information in the Samaritan's Dilemma: The Dilemma (Almost) Vanishes" (FS IV 99–12). Dabei geht es um Altruismus. Angenommen, eine altruistische Person A ist bereit, Ressourcen einer zweiten Person B zu übertragen, wenn für B schwierige Zeiten anbrechen. Wenn B antizipiert, daß A in dieser Weise handeln wird, dann wird B wenig sparen aus der Sicht beider Agenten. Dies ist das Samariter-Dilemma.

Der Mechanismus dieses Dilemmas wird in einer umfangreichen Literatur angewendet, wobei eine breite Spanne von sowohl normativen als auch positiven Fragestellungen angegangen wird. Ein wichtiges Resultat in den theoretischen Arbeiten von Lagerlöf ist, daß das klassische Samariter-Dilemma verschwindet, sobald man etwas Unsicherheit in der Anreizstruktur zuläßt. Da dynamische Anreizstrukturen oft von großer Unsicherheit geprägt sind, zeigen Lagerlöfs Arbeiten, daß die Bedeutung von Samariter-Dilemmata in wirtschaftspolitischen Fragestellungen eine eher untergeordnete Rolle spielen sollte.

Projekt 9: Markteintritte, Investitionen und Standortreputation

Talat Mahmood untersucht in diesem Teilprojekt die Post-Eintritt-Dynamik von Neugründungen. Er konzentriert sich auf folgende Fragen: Was passiert mit den Neugründungen nach Markteintritt? Wie beeinflussen die Ressourcen und die Marktumgebung das Überleben der Neugründungen? Und: Wie variiert die Risikorate zwischen Low-tech-, Moderate-tech- und High-tech-Industrien bzw. innerhalb und zwischen zweistelligen Industrien des verarbeitenden Gewerbes?

Getestet werden Hypothesen, die aus dem theoretischen Ansatz „Liability of Adolescence" (Belastbarkeit im Jugendalter) der Organisationsökologie abgeleitet wurden. Die „Liability of Adolesence" stellt die Hypothese auf, daß die Risikorate einen umgekehrten U-förmigen Verlauf annimmt. Das bedeutet, daß die Risikorate in der Anfangsphase niedrig ist; und daß das Ende der „Adolescence" durch

ein Maximum der Risikorate bestimmt wird, welche danach monoton abfällt. Tritt das Maximum der Risikorate später ein, ist also die Kurve nach rechts verschoben, dann sind die Neugründungen einem niedrigeren Risiko ausgesetzt, sonst einem höheren. Bei den für die Untersuchung ausgewählten Stichproben von Neugründungen handelt es sich um Zeitreihen des U.S.-amerikanischen verarbeitenden Gewerbes, die mit verschiedenen ökonometrischen Modellen ausgewertet werden. Für die Region Berlin wurden diese Zusammenhänge bereits 1996 untersucht (Mahmood, FS IV 96–19).

Anfangsressourcen

In der Untersuchung fand Mahmood (1998) heraus, daß in allen Low-tech-Industrien Skalenerträge die Risikorate nicht beeinflussen. In einer größeren Anzahl von Moderate-tech-Industrien (Chemie, Stein, Erde und Glas, Transport) senkt der Einfluß der Skalenerträgen das Risiko. Bei allen High-tech-Industrien (Maschinen, Elektronik und Instrumente) wird das Risiko erhöht, was auf eine kürzere „Adolesence" hindeutet.

Der Einfluß der Gründungsgröße auf die Verringerung der Risikorate ist zwischen allen zweistelligen Low-tech-, Moderate-tech- und High-tech-Industrien ähnlich. Der Koeffizient ist bei allen Industrien negativ, ausgenommen bei der High-tech-Elektronik-Industrie, was darauf hindeutet, daß das Risikomaximum der Neugründungen nach rechts verschoben wird. Das heißt also, daß ein höherer Bestand an finanziellen Ressourcen die Chancen des Unternehmens, die kritische Anfangsperiode zu überstehen und zufällige Umweltschocks zu bewältigen, verbessert. Die Höhe der Anfangsressourcen trägt demnach zur Verringerung des Risikos von Neugründungen bei.

Schließlich übt die FuE-Intensität einen Einfluß auf das Risiko der Neugründungen innerhalb der Low-tech-, Moderate-tech- und High-tech-Industrien aus. Ein signifikanter positiver Einfluß wird bei der Holzverarbeitung und bei der Druck- (low-tech), Stein-, Erd- und Glas-Industrie (moderate-tech) und Maschinen-Industrie (high-tech) festgestellt. Für die übrigen Industriezweige ist der Effekt negativ.

Osteuropa

Das Teilprojekt „Deutsche Auslandsinvestitionen in Osteuropa: Theorie und Evidenz" wird durch die Deutsche Forschungsgemeinschaft (DFG) unterstützt und steht unter der Federführung von Lars-Hendrik Röller (WZB), Dalia Marin und Monika Schnitzer (beide Universität München). Das Ziel dieses Forschungsvorhabens ist es, die institutionenökonomische Theorie ausländischer Direktinvestitionen in Osteuropa weiterzuentwickeln.

Obwohl das Ausmaß multinationaler Aktivitäten und die Bedeutung multinationaler Unternehmen in der Weltwirtschaft seit Mitte der 1980er Jahre stark gestiegen sind, ist der Analyse von Direktinvestitionen als spezieller Organisationsform des internationalen Kapital- und Technologietransfers bisher kaum Beachtung geschenkt worden. Durch Anwendung der modernen vertragstheoretischen Methoden sollen Erkenntnisse darüber gewonnen werden, durch welche institutionellen Arrangements die Anreizprobleme im internationalen Informations-, Technologie- und Kapitalaustausch möglichst effektiv überwunden werden können.

Die entwickelten theoretischen Erklärungszusammenhänge sollen durch eine Fragebogenerhebung bei deutschen Unternehmen, die in Osteuropa investieren, empirisch überprüft werden. Diese Erhebung ist noch nicht abgeschlossen. Die Firmenerhebung ist als Vollerhebung angelegt und eröffnet durch insgesamt 69 Fragen einen detaillierten Einblick in die einzelnen Investitionsfälle. Die durch die Erhebung gewonnenen Datensätze erlauben auch Rückschlüsse über die Attraktivität des Standorts Deutschland und die Wirkungen der Ost-West-Integration.

„Made in Germany"

Das Teilprojekt „Standortwahl und Standortreputation" beschäftigt sich mit folgenden Fragen: Warum werden an „teuren" Standorten wie Deutschland oft Produkte hoher Qualität und an „billigen" Standorten häufig Produkte niedriger Qualität hergestellt? Welche Bedeutung haben Herkunftsbezeichnungen wie „Made in Germany"? Das Hauptergebnis der Untersuchung ist, daß relativ hohe Standortkosten langfristig gesehen Produzenten niedrigqualitativer Produkte von einer Ansiedlung abschrecken und somit dazu

beitragen, das Qualitätsimage eines Standorts zu schützen.

Während die Bedeutung von Herkunftszeichen im Marketing seit langem bekannt ist, hatte die ökonomische Theorie bisher wenig zu diesem Phänomen zu sagen. Im Gegensatz zu Marketingstudien, die vornehmlich deskriptiven Charakter haben, wird in diesem Projekt die ökonomische Bedeutung von Herkunftsbezeichnungen auf rationales Individualverhalten zurückgeführt. Konsumenten haben oft Schwierigkeiten, die Qualität von bestimmten Produkten vor dem Kauf festzustellen. Dies gilt gerade für neue und technologisch komplexe Produkte, die in der ökonomischen Theorie in Abgrenzung zu standardisierten Produkten als Erfahrungsgüter bezeichnet werden. Wie die Informationsökonomik gezeigt hat, kann dieses Informationsdefizit unter Umständen dazu führen, daß bestimmte hochqualitative Produkte sich nicht am Markt durchsetzen können, weil die Konsumenten zu wenig über die Qualität neuer Produkte wissen.

In Haucap, Wey und Barmbold (1998) wird gezeigt, daß Unternehmen ihre Produktqualität glaubwürdig gegenüber den Konsumenten signalisieren können, wenn sie sich an einem relativ teuren Standort ansiedeln. Das Problem der asymmetrischen Information zwischen Anbieter und Käufer kann somit durch Herkunftszeichen wie dem „Made in Germany" überwunden werden, weil es Allgemeinwissen ist, daß eine Produktion in Deutschland im internationalen Vergleich vergleichsweise teuer ist.

Eine Ansiedlung an einem relativ teuren Standort bürdet dem Unternehmen zusätzliche Kosten auf, die sich nur dann rentieren, wenn das Unternehmen langfristig auf dem Markt für Produkte hoher Qualität bestehen bleibt. Das ist jedoch nur dann möglich, wenn es sein Qualitätsversprechen einhält. Nur Unternehmen, die langfristig hohe Qualität anbieten möchten, können es sich daher leisten, zusätzliche Standortkosten zu tragen. Unternehmen, die Produkte niedriger Qualität herstellen, werden hingegen durch relativ hohe Standortkosten von einer Ansiedlung in einem teuren Standort abgeschreckt.

Haucap und Wey (1999) untersuchen, welche Implikationen sich für die internationale Standortkonkurrenz ergeben, wenn Standortreputation eine wichtige Determinante internationaler Standortentscheidungen ist. Es wird gezeigt, daß ein Standort mit hohen Ansiedlungs- und Produktionskosten auch bei verschärfter Standortkonkurrenz ein Hochqualitätsexporteur bleiben kann, und daß es hierbei nicht zu einem „Runterkonkurrieren" auf ineffizient niedrige Steuersätze kommen muß.

Projekt 10: Inputmärkte und Produktmarktstruktur

Im abschließenden Projekt der Abteilung „Wettbewerbsfähigkeit und industrieller Wandel" werden wichtige ökonomische Wechselwirkungen zwischen Input- und Outputmärkten untersucht. Die Arbeiten, die im Rahmen des von der Deutschen Forschungsgemeinschaft geförderten Schwerpunktprogramms „Industrieökonomik und Inputmärkte" durchgeführt werden, konzentrieren sich auf die Analyse der Zusammenhänge zwischen den organisatorischen Merkmalen von Tarifverhandlungen auf dem Arbeitsmarkt und oligopolistischen Angebotsstrukturen auf dem Absatzmarkt.

Flug-gesellschaften

Neven, Roeller und Zhang (FS IV 99–5) untersuchen diesen Zusammenhang zwischen Produktmarktwettbewerb und „rent-sharing" für den Fall der europäischen Fluggesellschaften. Die „rent-sharing"-Hypothese besagt, daß ein Teil der erwirtschafteten Monopolgewinne auf die Arbeitnehmer – in Form von höheren Löhnen – umverteilt wird. Aufgrund dieser Umverteilung werden die Monopolgewinne deutlich gesenkt, während die Unternehmenskosten ansteigen.

Ziel dieser Arbeit ist es, empirisch zu überprüfen, inwieweit ein niedriger Wettbewerbsdruck zu höheren Löhnen und damit zu höheren Unternehmenskosten führen kann. Des weiteren soll das empirisch geschätzte Gleichgewicht auf seine Wohlfahrtsverluste hin überprüft werden. Die Resultate zeigen, daß eine Umverteilung in Sinne der „rent-sharing"-Hypothese einen nicht zu vernachlässigenden Umfang annehmen. Allerdings sind die dadurch verursachten Wohlfahrtsverluste bedeu-

tend geringer, da die Umverteilung weniger über die Grenzkosten als über die Fixkosten vonstattengehen.

Gewerkschaften

Ein nicht zu übersehender Trend der Gewerkschaften in Deutschland ist, daß diese zu immer größeren Einheiten fusionieren. Eine interessante und auch wirtschaftspolitisch bedeutende Frage ist, ob solche Fusionen die Verhandlungsmacht der Gewerkschaften erhöhen. In herkömmlichen Modellen erhöht die Kartellbildung auf seiten der Gewerkschaft deren Verhandlungsmacht nur dann, wenn die einzelnen Gewerkschaften in unterschiedlichen, miteinander konkurrierenden Unternehmen tätig sind.

In diesen Modellen führen die jüngsten großen Gewerkschaftsfusionen in Deutschland daher nicht zu einer besseren Verhandlungsposition der Arbeitnehmer und müßten demnach anders begründet werden. In Chae und Heidhues (FS IV 99–1) wird untersucht, wann es sich für Spieler lohnt, zwischen unabhängigen Märkten zu fusionieren. Eine Verhandlungstheorie, in der solche Zusammenschlüsse profitabel sind, kann auch Gewerkschaftsfusionen zwischen unterschiedlichen Industrien erklären, wie man sie zur Zeit in Deutschland beobachtet.

U.S.A.

Ausgehend von zwei unabhängigen bilateralen Monopolen untersuchen Chae und Heidhues die Auswirkungen von horizontalen Unternehmenszusammenschlüssen auf die Verhandlungsmacht einer Marktseite. Als Beispiel einer solchen Marktstruktur wird das Verhandlungsproblem zwischen U.S.-amerikanischen Kabelbetreibern und lokalen Fernsehstationen in zwei voneinander unabhängigen Märkten betrachtet. Es wird gezeigt, daß sich ein Zusammenschluß auf einer Marktseite lohnen kann, weil sich hierdurch die Verhandlungsmacht der integrierten Unternehmung erhöhen kann.

Arbeitgeber

Haucap, Pauly und Wey (1999) untersuchen die Rolle von Arbeitgeberverbänden in zentralisierten Lohnverhandlungen. Die Studie zeigt, daß Arbeitgeberverbände unter Umständen bestrebt sind, Lohnerhöhungen durchzusetzen, um die Lohnkosten von nicht-organisierten Konkurrenzunternehmen überproportional zu erhöhen.

In einem einfachen Modell wird bewiesen, daß ein Arbeitgeberverband Anreize hat, allgemein verbindliche Löhne als ein Instrument zur Errichtung von Markteintrittsbarrieren zu benutzen, wenn die nicht-organisierten Unternehmen eine niedrigere Arbeitsproduktivität aufweisen. Des weiteren wird die Rolle einer Gewerkschaft untersucht, die die Lohnsumme ihrer Mitglieder maximiert. Auf der Grundlage des Modells wird von Haucap et al. argumentiert, daß Arbeitgeberorganisationen unter Umständen für die Implementierung von Minimallöhnen eintreten.

Forschungseinheiten beim Präsidenten

Außerhalb der Forschungsschwerpunkte sind beim Präsidenten einige Forschungseinheiten institutionell angesiedelt: Es handelt sich um die Arbeitsgruppen „Public Health", „Metropolenforschung", „Wissenschaftstransformation" und „Internationale Politik". Darüber hinaus bestehen sogenannte Querschnittsgruppen, die zu Themen eingerichtet sind, die in mehreren Abteilungen bearbeitet werden und abteilungsübergreifend besondere Aufmerksamkeit verdienen. Bestehende Forschungsansätze und Forschungsarbeiten werden neu ausgerichtet auf wissenschaftliche Zusammenhänge hin, deren Erforschung von der Verknüpfung unterschiedlicher abteilungsspezifischer Kompetenzen profitieren kann. Querschnittsgruppen organisieren auf Zeit problembezogene Forschungskooperationen. Sie werden in Verantwortung des Präsidenten zentral betreut.

Querschnittsgruppe „Arbeit und Ökologie"

Die Querschnittsgruppe „Arbeit und Ökologie" konzentrierte ihre Aktivitäten in den Jahren 1998 und 1999 auf ein Forschungsprojekt, das soziale und arbeitspolitische Aspekte in ihrer Wechselwirkung mit zentralen Elementen von unterschiedlich akzentuierten Nachhaltigkeitskonzepten zum Untersuchungsgegenstand hat. Es wurde in einem Forschungsverbund mit den Kooperationspartnern Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung (DIW) und Wuppertal Institut für Klima, Umwelt, Energie (WI) durchgeführt und von der Hans-Böckler-Stiftung gefördert.

An dem Projekt „Arbeit und Ökologie" beteiligen sich seitens des WZB Wissenschaftler und Wissenschaftlerinnen aus sechs Forschungseinheiten. Dr. Eckart Hildebrandt (Abteilung „Regulierung von Arbeit") und Dr. Helmut Weidner (Abteilung „Normbildung und Umwelt") leiten die Querschnittsgruppe und das Forschungsprojekt, an dem auch externe Experten beteiligt sind. Sebastian Brandl ist für Koordinierungsaufgaben und Forschungsarbeiten in dem Projekt tätig.

Nachhaltigkeit

Im DGB-Grundsatzprogramm von 1996 wurde die Gestaltung einer nachhaltigen Entwicklung zu einer wichtigen Aufgabe erklärt. Die Suche nach einer sozial-ökologischen Reformstrategie stand unter der Prämisse, daß ökologische, ökonomische und soziale Nachhaltigkeitsziele gleichwertig verfolgt werden müssen, wobei erhebliche Defizite bei der Berücksichtigung der sozialen Dimension von Nachhaltigkeitskonzepten konstatiert wurden.

Vor diesem Hintergrund haben sich die drei Forschungsinstitute DIW, WI und WZB in dem Projektverbund „Arbeit und Ökologie" auf drei Leitfragestellungen konzentriert: (1) das Verhältnis zwischen den sozialen Implikationen von Nachhaltigkeitsstrategien und gewerkschaftlichen Zielen, (2) die Bausteine einer sozial-ökologischen Reformstrategie und (3) die Rolle der deutschen Gewerkschaften in einem gesellschaftlichen Nachhaltigkeitsdiskurs.

Den komplexen Anforderungen der Projektfragestellungen entsprechend wurde das Projekt in drei Phasen gegliedert: (1) Querschnittsanalysen dienen der Erfassung und Klärung der vielfältigen Wechselbeziehungen zwischen Nachhaltigkeit und Arbeit aus ökonomischer, sozialer und ökologischer Sicht. Hierbei geht es auf der Makroebene etwa um Fragen von Wirtschaftswachstum, Beschäftigungsentwicklung, sozialer Sicherheit und Ressourcenverbrauch; auf der Mikroebene werden neue Arbeitsverhältnisse und Arbeitszeiten, das Verhältnis von formeller und informeller Arbeit sowie sozial-ökologische Innovationspotentiale untersucht.

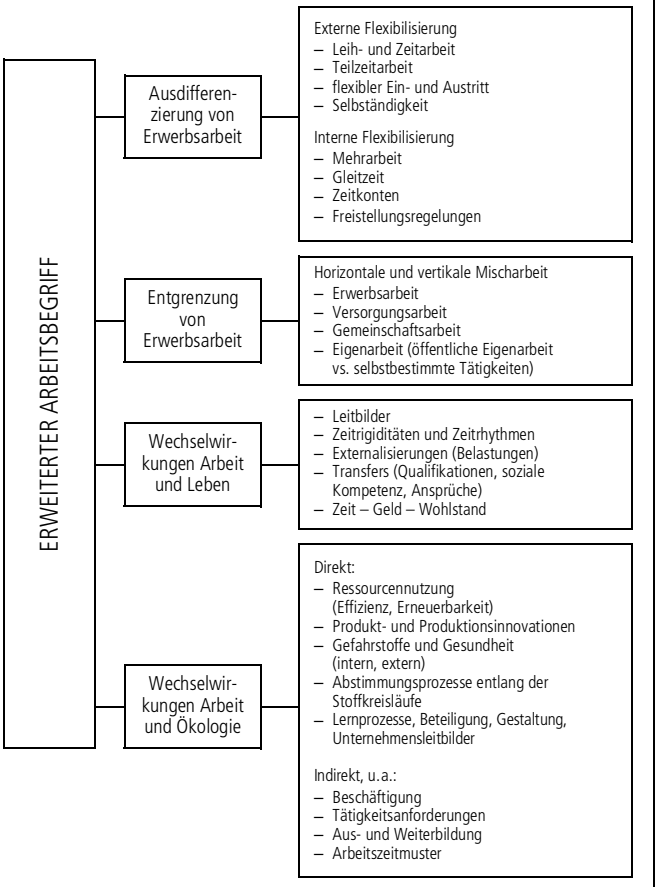


Schaubild 1 Der erweiterte Arbeitsbegriff

Mit (2) Szenarioanalysen ist beabsichtigt, dem Spektrum verschiedener Positionen in der Nachhaltigkeitsdiskussion gerecht zu werden. Ein sogenanntes ökonomisch-soziales Szenario geht von der ökonomischen Kritik an der vorherrschenden Wirtschaftspolitik aus, während das sogenannte ökologisch-soziale Szenario auf der ökologischen Kritik vorherrschender umweltrelevanter Politikmuster basiert. Als Hintergrundfolie für die Beurteilung der beiden Szenarien dient ein sogenanntes angebotsorientiertes Kontrastszenario, das auf einer Fortschreibung bisher dominierender wirtschaftspolitischer Konzepte beruht. Die Bewertung der Szenarien nach ökonomischen, ökologischen und sozialen Kriterien der Nachhaltigkeit soll Zielkonflikte und -synergien aufdecken und damit schließlich (3) der Strategieformulierung dienen und somit einen Beitrag für die Entwicklung einer gewerkschaftlichen sozial-ökologischen Reformstrategie liefern.

Zur Ermittlung der Wechselwirkungen zwischen den die Nachhaltigkeit konstituierenden gesellschaftlichen Systemlogiken (Ökologie, Ökonomie, Soziales) und insbesondere den Wechselwirkungen zwischen Arbeit und Ökologie erstellte das WZB für den arbeitspolitisch-sozialen Teil des Forschungsvorhabens Überblicksanalysen in den Themenfeldern Arbeit in und durch Umweltschutz; Risiken und Chancen in der Erwerbsarbeit, neue Arbeitsformen und Gesundheitsverhältnisse; Gesundheitsschutz – Arbeitsschutz – Umweltschutz; neue Formen der Arbeit und der Versorgung sowie neue Regulierungsformen. Ausgangspunkt der Analyse waren Annahmen über den längerfristigen Wandel der Arbeit, der sich in Form der Flexibilisierung und Ausdifferenzierung der Erwerbsarbeit, in neuen Wechselwirkungen zwischen Erwerbsarbeit und Leben wie auch zwischen Arbeit und Ökologie abzeichnet.

Begriff der Arbeit

Diese vier Grundannahmen wurden im Konzept eines erweiterten Arbeitsbegriffs (siehe Schaubild 1) zusammengefaßt, das die ganze gesellschaftliche Arbeit in den Blick nimmt. Neben der sich zunehmend ausdifferenzierenden Erwerbsarbeit schließt sie die Versorgungsarbeit, die Gemeinschafts- oder Bürgerarbeit und Teile der Eigenarbeit ein. Das Konzept ist in besonderer Weise geeignet, auf der Mikroebene die individuellen Kombinationen von verschiedenen Arbeiten zur gleichen Zeit (horizontale Mischarbeit) und die unterschiedlichen biographischen Kombinationen (vertikale Mischarbeit) sowie die Übergänge zwischen unterschiedlichen Kombinationen abzubilden. Durch Flexibilisierung und Entgrenzung werden Marktrestriktionen in das Privatleben der Beschäftigten externalisiert. Dadurch entstehen neue Wechselwirkungen zwischen Erwerbsarbeit und Leben. In Folge dieser Prozesse rückt die mit der bisherigen Fixierung auf

das männliche Normalarbeitsverhältnis ausgeblendete Bedeutung informeller Arbeit zusehends in den Blick.

Direkte Wechselwirkungen zwischen Arbeit und Ökologie sind auf verschiedenen Ebenen zu konstatieren. Primäre Anknüpfungspunkte sind die Produktionsverfahren und die Produkte respektive Dienstleistungen, der dafür aufgewendete Ressourceneinsatz und die entstehenden Schadstoffbelastungen. Aus arbeitspolitischer Sicht ist hierbei am relevantesten, ob und wie die Beschäftigten und ihre Interessensvertretungen in Betrieb und Verwaltung an der Minimierung ökonomischer Belastungen und der sozialen Bewältigung daraus resultierender arbeitspolitischer Veränderungen beteiligt sind.

Als weitere Leitkonzepte dienen den arbeitspolitisch-sozialen Querschnittsanalysen neben dem erweiterten Arbeitsbegriff das Modell einer nachhaltigen Lebensqualität sowie soziale Innovationen. Die Einbeziehung von Nachhaltigkeit verschiebt den Schwerpunkt des Lebensqualitätskonzepts von der individuellen Wohlfahrt hin zum gesamtgesellschaftlichen Kontext und seinen Wechselwirkungen.

Diese Erweiterungen sind keineswegs unproblematisch, denn sie integrieren zusätzliche Elemente, die teilweise zu den materiellen Elementen der Lebensqualität in einem Spannungsverhältnis stehen. Dies bedeutet, daß es eine Vielzahl von (sozialen) Innovationen geben muß, um Abstimmungsprozesse zu organisieren und neue, nachhaltigere Lösungen zu finden.

Institutionen

Eine Gesellschaftsentwicklung in Richtung Nachhaltigkeit kann nicht einer linearen Weiterentwicklung folgen, wie sie im Bild des technischen Fortschritts angelegt ist. Vielmehr geht es um eine Richtungsänderung, die sich auf die Orientierung, das Verhalten von Individuen, Gruppen und Organisationen bezieht. Hierbei wird die Rolle von Institutionen und ihr aktivierender Charakter in den Vordergrund gestellt.

Dieser Ansatz steht im Kontext zivilgesellschaftlicher Modelle, akzentuiert hierbei die aktivierende Rolle des Staates und zentraler gesellschaftlicher Institutionen einschließlich der Gewerkschaften. Die Handlungsfelder für Nachhaltigkeitsstrategien sind im Schaubild 2 dargestellt.

Soziale Gestaltung

- Verbesserung und Ausweitung von den Strukturwandel begleitenden und unterstützenden Übergangshilfen
- Qualifizierung für Strukturwandel
- Förderung sozialer Schlüsselqualifikationen
- Verbesserung geschlechtsspezifischer Zugangschancen

Innovation

- Ökologische Innovationen als integraler Teil von Innovationsprozessen (gefördert durch geänderte Rahmenbedingungen)
- Grundsätzlich höhere Gewichtung von Qualifizierung, Verknüpfung mit Arbeitszeitverkürzung
- Durchgängigkeit des Ökologiethemas in Forschung, Wissenschaft, Bildung (integrative Umweltpolitik)

Arbeitszeiten

- Weitere Verringerung des durchschnittlichen Jahresarbeitszeitvolumens
- Zunehmende Bedeutung der Ausdifferenzierung von Arbeitszeitmustern (Bezugspunkt: Lebensarbeitszeit?)

Konsumwandel

- Verstärktes Umweltauditing in privaten und öffentlichen Unternehmen
- Information und Bildung für umweltverträglichen Konsum
- Veränderte Preisrelationen in Richtung Verbilligung ökologischer Produkte
- Vermehrtes standardisiertes Produkt-Labelling

Ökologische Gestaltung

- Stärkere Belastung des Umweltverbrauchs durch (1.) Ökosteuer, (2.) Subventionsumbau
- Einsatz von Umweltinformationsinstrumenten (Umwelt-Auditing)
- Infrastrukturprogramme (einschließlich neuer Umsetzungsmodelle wie Public Private Partnerships)
- Differenzierung der Mehrwertsteuer nach sozialen und/oder ökologischen Kriterien

Schaubild 2 Handlungsfelder von Nachhaltigkeitsstrategien

Zur Diskussion und Bündelung der Ergebnisse der arbeitspolitisch-sozialen Querschnittsanalysen hat die Querschnittsgruppe drei Workshops mit jeweils ca. 60 internen und externen Experten und Expertinnen veranstaltet. Die Ergebnisse werden in aller Regel in der Reihe der Discussion papers des Präsidenten veröffentlicht. Das Verbundprojekt „Arbeit und Ökologie“ wurde zusätzlich während

seiner zweijährigen Laufzeit von einem Beirat unterstützt, in den Experten aus Wissenschaft und gesellschaftlicher Praxis berufen wurden.

Querschnittsgruppe „Geschlecht, Arbeit, Organisation"

Im Februar 1999 wurde eine Querschnittsgruppe zur Thematik „Gender, Arbeit, Organisation" gegründet, an der sich Wissenschaftlerinnen aus drei Forschungsschwerpunkten beteiligen. Diese Initiative geht auf einen bereits 1996 gestarteten Arbeitskreis „Karriereverläufe und Chancengleichheit von Wissenschaftlerinnen" zurück, in dem – ausgehend von den begrenzten Erfolgen einer quantitativ ausgerichteten Frauenförderpolitik am WZB und anderen Forschungsinstituten – über neue konzeptionelle Zugänge für eine stärkere strukturelle Integration von Wissenschaftlerinnen diskutiert wurde.

Entstanden ist hieraus ein von der Deutschen Forschungsgemeinschaft gefördertes Querschnittsprojekt „Karrieren und Barrieren im Wissenschaftsbetrieb", das sich nicht nur auf das WZB, sondern vergleichend auf die in ihrer disziplinären Ausrichtung und Forschungsorientierung sehr divergenten außeruniversitären „Leibniz-Institute" bezieht (vgl. P 99–601, P 00–001). Bearbeitet wird das Projekt von Ellen Kuhlmann, Hildegard Matthies, Maria Oppen und Dagmar Simon.

In dem Forschungsvorhaben wird danach gefragt, welche Arbeitsstrukturen und -kulturen sowie Karrierepfade – vor dem Hintergrund eines sich abzeichnenden Strukturwandels im deutschen Wissenschaftssystem – an den Fähigkeiten und Arbeitsinteressen der beschäftigten Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler anknüpfen bzw. inwieweit sich aus möglichen Unvereinbarkeiten Marginalisierungstendenzen ergeben. Dabei geht es um die Identifizierung der Voraussetzungen beruflicher Entwicklungsmöglichkeiten und Teilhabechancen sowie einer möglichst breiten Nutzung der vielfältigen Potentiale für die Wissensproduktion.

Arbeitssysteme

Konzeptionell wird von der wechselseitigen Verschränkung von Subjektpotentialen der im Wissenschaftssystem Tätigen und den Strukturen, Prozessen und Normen betriebsförmig gestalteter Forschung (Arbeitssysteme) unter je spezifischen organisationalen und institutionellen Rahmenbedingungen ausgegangen. Im Zentrum der Fallstudien stehen die formalen und informalen Aushandlungsprozesse, in deren Rahmen die Parameter von Arbeit und Leistung ebenso wie von personalen Entwicklungschancen definiert und redefiniert werden. Im Zusammenhang mit diesen Forschungsarbeiten steht ein Dissertationsprojekt von Nicole Schneider, das berufliche Orientierungen und „Planungen" von Wissenschaftlern und Wissenschaftlerinnen in Instituten der WGL zum Gegenstand hat.

Zentrale Fragestellungen und Zwischenergebnisse der erwähnten Projekte wurden in der Querschnittsgruppe vorgestellt und dahingehend diskutiert, inwieweit Anschlußstellen zu wissenschaftlichen Ansätzen unterschiedlicher Disziplinen im WZB bestehen, die im Hinblick auf die konzeptionell-analytische Weiterentwicklung des Forschungsvorhabens eingebracht werden können. Zunächst wurden gender-analytischen Forschungen, unter anderem aus den Abteilungen „Arbeitsmarktpolitik und Beschäftigung", „Organisation und Beschäftigung" und „Organisation und Technikgenese", in den Querschnittsgruppen präsentiert, um zu eruieren, welche Fokussierungen von gemeinsamem wissenschaftlichen Interesse sind und „produktbezogen" weiterentwickelt werden können.

Ein erstes Resultat stellt die gemeinsame Erarbeitung einer Konzeption für eine Buchpublikation zur Thematik „Institutionenwandel und Geschlechterverhältnis" mit Beiträgen aus den WZB-Forschungseinheiten sowie von externen Autoren und Autorinnen dar. Hierdurch soll auch den gender-analytischen Forschungen, die als Teilaspekte in verschiedenen Abteilungen des WZB eine Rolle spielen, eine stärkere Sichtbarkeit verschafft werden.

Um einen Austausch und eine Zusammenarbeit mit externen Wissenschaftlern und Wissenschaftlerinnen zu fördern, die zu diesem Themenfeld arbeiten, finden in loser Folge Kolloquien zu „Gender

und Organisation“ statt. Die Querschnittsgruppe wird von Maria Oppen (Abteilung „Regulierung von Arbeit“) und Dagmar Simon (Forschungsplanung und -koordination) gemeinsam geleitet.

Querschnittsgruppe „Innovationsforschung“

In einer weiteren Querschnittsgruppe zur „Innovationsforschung“ werden gemeinsame Forschungsinteressen zunächst der Abteilungen „Wettbewerbsfähigkeit und industrieller Wandel“, „Regulierung von Arbeit“ und „Wirtschaftswandel und Beschäftigung“ zusammengeführt und auf Unternehmensprozesse mit Blick auf neue Produktentwicklungen in globalen Kontexten fokussiert. Ein gemeinsamer Antrag zur Beteiligung an der Ausschreibung „Berichterstattung zur technologischen Leistungsfähigkeit Deutschlands“ des BMBF, der sich auf das Thema „Institutionelle Rahmenbedingungen nationaler Innovationssysteme: Innovationshemmnisse und -vorteile Deutschlands“ bezieht, wurde bewilligt.

Arbeitsgruppe „Public Health“

Die Arbeitsgruppe „Public Health“ wurde zum 1. Januar 1995 eingerichtet. Sie ist hervorgegangen aus der 1988 gegründeten Forschungsgruppe „Gesundheitsrisiken und Präventionspolitik“. Leiter der Arbeitsgruppe war Professor Dr. Rolf Rosenbrock.

Grundlagen

Heute wird zunehmend erkannt, daß ein primär kurativ und individualmedizinisch orientiertes Versorgungssystem zwar vielen Einzelnen zu helfen vermag, aber im gesellschaftlichen Maßstab die vorherrschenden zivilisationsbedingten Gesundheitsstörungen und chronischen Krankheiten erst relativ spät und nicht besonders wirksam beeinflussen kann. Auch bleibt das medizinische System gegenüber dem persistierenden Problem der sozialen Ungleichheit von Gesundheitschancen weitgehend hilflos. Das wachsende Spannungsverhältnis zwischen der Leistungsstruktur der Gesundheitssysteme und der gesundheitlichen Lage der Bevölkerung in industrialisierten Ländern verweist auf die Notwendigkeit von Umstrukturierungen und Anpassungen an gewandelte Problemlagen.

„Public Health“, wortgemäß nicht ins Deutsche zu übersetzen, bedeutet soviel wie Theorie und Praxis der auf Gruppen und Bevölkerungen bezogenen Maßnahmen und Strategien der Verminderung von Erkrankungs- und Sterbewahrscheinlichkeiten durch Senkung von (pathogenen) Belastungen und Förderung von (salutogenen) Ressourcen. Public Health untersucht und beeinflußt epidemiologisch faßbare Risikostrukturen, Verursachungszusammenhänge und Bewältigungsmöglichkeiten. Wissenschaftlich ist Public Health eine Multidisziplin, politisch-praktisch sollen die daraus herleitbaren Entscheidungskriterien und Handlungspostulate in nahezu alle gesellschaftlichen Gestaltungsbereiche und Politikfelder integriert werden.

Die Gruppe untersucht Gesundheitsrisiken und Präventionspolitik, Voraussetzungen, Instrumente und Wirkungen von Strategien und Maßnahmen des Interventionstyps „Public Health“ und fragt nach den professionellen und politischen Konstellationen, die ihre Herausbildung begünstigen bzw. behindern. Zur Debatte und Entwicklung dieses innovativen Ansatzes in Deutschland leistete sie spürbare, auch international sichtbare und anerkannte Beiträge.

Ein Beispiel sind ihre Arbeiten zur Aids-Politik und Aids-Prävention, die einen wesentlichen und international stark beachteten Anteil haben an der Formulierung der gesellschaftlichen Antwort („gesellschaftliche Lernstrategien“) auf die durch die Infektionskrankheit gestellten Herausforderungen. Ein anderes ist die Kritik der Lebensstilkonzepte („Healthismus“) in Prävention und Gesundheitsförderung. In Studien zur betrieblichen Gesundheitssicherung konnten sinnvolle Verbindungen von Verhältnis- und Verhaltensprävention identifiziert werden.

In der Theoriebildung geht es dabei vornehmlich um die Verknüpfung sozialepidemiologischer Wis-

sensbestände mit Theorien bzw. Hypothesen zur Entstehung von Gesundheit und Krankheit sowie zu Implementationsbedingungen, Partizipationschancen und „Governance"-Strukturen. Die dazu erforderliche Multidisziplinarität (Ökonomie, Soziologie, Pädagogik, Politikwissenschaft etc.) ist in der Gruppe und durch ihre vielfältigen in- und ausländischen Vernetzungen vorhanden.

Zugleich führen die an Public Health geknüpften hohen Umsetzungserwartungen zu einer beständig drängenden Beratungsnachfrage vor allem von Regierungen, Parlamenten, Sozialversicherungen, Verbänden sowie aus dem Selbsthilfebereich. Die im Forschungsalltag oft als potentiell überlastend erlebte Spannung zwischen den Postulaten der Theoriebildung, des internationalen Transfers, der Verankerung in der überwiegend universitären Forschung (und Lehre) sowie der Mitarbeit und Beratung in zahlreichen wissenschaftspolitischen und praktisch-politischen Zusammenhängen verweist auf die besondere Rolle problemorientierter Grundlagenforschung in einem jungen und rasch expandierenden Wissens- und Praxisfeld.

Drittmittel

Die Forschungen, Konferenzen und Publikationen der Forschungsgruppe wären ohne erhebliche Zuwendungen von Dritten nicht möglich gewesen. Hervorzuheben sind insbesondere die großzügigen Förderungen durch die Bundesministerien für Forschung und Technologie sowie für Gesundheit, das Ministerium für Arbeit, Frauen, Gesundheit und Soziales des Landes Sachsen-Anhalt, die Hans-Böckler-Stiftung sowie das „Berliner Zentrum Public Health".

In den Jahren 1998 und 1999 veröffentlichten Wissenschaftler der Arbeitsgruppe 14 Bücher, 83 Beiträge in wissenschaftlichen Zeitschriften und Sammelbänden; als Discussion papers wurden elf Forschungsberichte herausgebracht (vgl. Publikationsliste).

„Public Health" wird von der Arbeitsgruppe vornehmlich im Sinne einer sozial innovativen Wahrnehmungs- und Handlungslogik verstanden, die in einer großen Vielfalt gesundheitspolitisch relevanter Handlungsfelder angewandt werden kann. Entsprechend liegen die Schwerpunkte ihrer Arbeit auf den drei Feldern (1) betriebliche Organisationsentwicklung, (2) Lebensweise – an den Beispielen „Ernährung" und HIV-Infektion – sowie (3) Krankenversorgung.

Projektbereich „Public Health durch Organisationsentwicklung"

Im Hinblick auf die arbeitsbedingte Morbidität, Invalidität und Mortalität ist der expertendominierte und an einzelnen Risiken ansetzende betriebliche Arbeitsschutz ebenso an seine Grenzen geraten wie die Versuche, Prävention und Gesundheitsförderung durch vermehrte Information und Belehrung zu verbessern. Zukunftsträchtiger sind Konzepte, die durch Beeinflussung der betrieblichen Anreiz- und Sanktionssysteme sowohl die materiell-technischen als auch die organisatorischen, qualifikatorischen, kommunikativen und „klimatischen" Bedingungen für risikomindernde und gesundheitsfördernde Kooperation in Organisationen verbessern sollen.

Prävention und Gesundheitsförderung in Betrieben

Das ab Oktober 1995 von der Hans-Böckler-Stiftung geförderte Forschungsprojekt „Bedingungen und Verläufe krankenkasseninduzierter Prävention und Gesundheitsförderung in Betrieben" wurde im Berichtszeitraum mit einer Monographie abgeschlossen (Lenhardt 1999). Wie hier gezeigt wird, stellt der GKV-Wettbewerb eine zentrale Triebkraft für Gesundheitsförderung als Handlungsfeld von Krankenkassen dar. Der bestehende Konflikt zwischen wettbewerbsstrategischen und präventionsbezogenen Zielen in der Gesundheitsförderungspolitik der Kassen muß aber organisationsintern ausbalanciert werden.

Beachtliche Wirkungen

Die Untersuchung ergab ferner, daß Krankenstandsprobleme für Betriebe das herausragende Motiv sind, sich auf Gesundheitsförderungsangebote einzulassen. Abhängig von der Unterstützung durch das Management, die direkten Vorgesetzten und die Belegschaftsvertretung sowie der aktiven Beteiligung der Mitarbeiter entfalten Gesundheits-

förderungsprojekte zum Teil beachtliche Veränderungswirkungen in unterschiedlichsten Problembereichen – von der Arbeitsplatzergonomie bis hin zu Hierarchie- und Kommunikationsbeziehungen.

Bei allen positiven Erfahrungen verweist die Studie jedoch auch auf Grenzen und Anfälligkeiten von Gesundheitsförderungsprozessen im Betrieb. Es wurde deutlich, wie sehr solche Prozesse an den betrieblichen Alltag gebunden bleiben, der sich in Form von Restriktionen, Handlungszwängen und konkurrierenden Prioritäten geltend macht. Diese lassen Gesundheitsförderung immer wieder hintanstehen und behindern ihre Entfaltung. Besonders prekär wird es, wenn Personalabbaumaßnahmen, größere Rationalisierungsvorhaben oder betriebliche Umstrukturierungen auf der Tagesordnung stehen: In solchen Situationen sinken die Chancen betrieblicher Gesundheitsförderung drastisch. Aus diesen Gründen erweist sich die „Überlebensfähigkeit" der in Gesundheitsförderungsprojekten gesetzten Innovationsimpulse häufig als gering.

Anpassung und Modernisierung der arbeitsweltbezogenen Prävention

Durch Bundesgesetzgebung sind 1996/97 Ziele und Reichweite betrieblicher Prävention erheblich erweitert sowie diesbezügliche Zuständigkeiten, Instrumente und Kooperationen insbesondere von Arbeitgebern, Unfallversicherungsträgern, Krankenkassen und staatlicher Aufsicht auf eine neue Grundlage gestellt worden. Diese neue Konstellation bildet den Gegenstand des im Dezember 1998 begonnenen und vom Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) sowie vom Ministerium für Arbeit, Frauen, Gesundheit und Soziales des Landes Sachsen-Anhalt geförderten Forschungsprojekts „Anpassungs- und Modernisierungsprozesse im System arbeitsweltbezogener Präventionsakteure".

Zentrale Akteure

Es soll untersucht werden, wie sich die zentralen Institutionen und Akteure arbeitsweltbezogener Prävention an die durch den Gesetzgeber weitreichend veränderten Aufgabendefinitionen und Zuständigkeiten anpassen. Ziel ist es abzuschätzen, welche Wirkungen von diesen Anpassungsreaktionen im Hinblick auf die Qualität und Problemadäquanz betrieblicher Präventionspraxis zu erwarten sind.

Methodisch wird auf drei Ebenen vorgegangen: Auf der ersten Ebene werden Akteure aus Arbeitsschutzbehörden, der Gesetzlichen Unfallversicherung, den Krankenkassen, Arbeitnehmer- und Arbeitgeberverbänden und Arbeitsschutzdiensten mittels qualitativer Interviews befragt. Hierbei

Arbeitsgruppe „Public Health"

Personal am 1. Oktober 1999	seit
Gesine Bär	1999
Dr. phil. Dr. rer. med. Thomas Gerlinger, Diplom-Politologe	1999
Diplom-Sozialwirtin Susanne Jordan	1999
Privatdozent Dr. Hagen Kühn, Diplom-Volkswirt	1977
Dr. Uwe Lenhardt, Diplom-Politologe (Kooperationsprojekt mit der Technischen Universität Berlin)	1993
Hannelore Rees	1978
Olaf Reimann*	1996
Professor Dr. Rolf Rosenbrock, Diplom-Kaufmann	1977
Ausgeschiedenes Personal[1]	1998–1999
Jutta Görlitz	1996–1999
Dr. Rainer Herrn, Diplom-Agraringenieur	1996–1998
Mirjam Jacobowitz	1997–1999
Diplom-Chemikerin Barbara Maria Köhler Ph.D.	1972–1999
Professor Dr. Michael Simon, Diplom-Pädagoge	1996–1998

1 mit mindestens 12 Monaten Zugehörigkeit zum WZB
* auch für den Schwerpunkt Arbeitsmarkt und Beschäftigung und die Abteilung „Wettbewerbsfähigkeit und industrieller Wandel" tätig

geht es vor allem darum, wie die gesetzlich neu definierten Aufgaben jeweils begriffen, welche Modernisierungs- und Kooperationsanforderungen daraus abgeleitet und welche Möglichkeiten bzw. Hemmnisse für deren Umsetzung gesehen werden.

Auf einer zweiten Ebene werden betriebliche Praxisansätze im Rahmen von Betriebsfallstudien auf ihre Voraussetzungen und Wirkungen hin analysiert. Eine dritte Projektebene bildet die Rückkopplung der Befunde an Institutionen und Handlungsträger aus dem Forschungsfeld in Form von Workshops.

Projektbereich „Public Health und Lebensweise"

Immer noch häufig wird unter „lebensweisebezogener Prävention" nichts weiter als Verhaltensmodifikation durch Information und Gesundheitserziehung verstanden. Die Arbeitsgruppe geht von einem Konzept aus, nach dem Lebensweisen zwar als subjektive, aber gesellschaftlich vermittelte und damit veränderbare Wahrnehmungs- und Bewertungsmuster gesundheitsrelevanten Verhaltens im Lebenszusammenhang von Individuen und Gruppen gesehen werden.

Ernährung und Soziologie des Essens
Die Untersuchungen zur Ernährung sozial unterprivilegierter Bevölkerungsschichten wurden im Berichtszeitraum abgeschlossen. Zu diesem Thema erschien 1998 als Buch und Diskette eine Bibliographie mit dem Titel „Annotierte Bibliographie Armut und Ernährung".

Auf den Forschungsergebnissen über Ernährung in der Armut bauten zwei weitere Projekte auf. Das erste zeigte, daß die Ernährung – bisher in Public Health stark unterbelichtet – ein Schwerpunkt der öffentlichen Gesundheitsförderung werden sollte. Dazu wurden notwendige und in anderen europäischen Ländern bereits bestehende institutionelle Rahmenbedingungen vorgestellt und in einem Sammelband „Public Health and Nutrition" publiziert.

Ein neues Politikfeld

Das zweite Projekt hat Ernährungsberichterstattung als primärpräventiv angelegte Ernährungspolitik zum Gegenstand. Ausgangspunkt ist die Einsicht, daß Ernährungsberichterstattung als ein wichtiges Element fungieren sollte, um Public Health Nutrition als Politikfeld zu etablieren. Der geplante Band „Ernährungsberichterstattung" stellt die Erfordernisse an eine zukunftsfähige, nachhaltige und politikrelevante Berichterstattung zusammen und erscheint 2000.

Ein weiteres, grundlagenorientiertes Projekt dieses Schwerpunkts bestand darin, eine bislang national und international noch nicht vorliegende, theoretische Grundlegung einer Soziologie des Essens vorzulegen. Damit verband sich das Ziel, die bislang häufig durch Alltagserfahrungen geprägte Ernährungsprävention auf ein theoretisches Fundament zu stellen. In der Studie wurden die verschiedenen sozial- und kulturwissenschaftlichen Forschungsansätze zu diesem Thema systematisch dargestellt und eine eigenständige Theoretisierung der Soziologie des Essens entwickelt (Barlösius 1999).

Aids-Prävention
Seit ca. 15 Jahren widmet sich die Arbeitsgruppe der Untersuchung und Optimierung der Aids-Prävention als gesellschaftliche Lernstrategie der Bevölkerung. Im Berichtszeitraum wurde dazu ein weiteres Projekt durchgeführt und u. a. mit einer Monographie (Herrn 1999) abgeschlossen.

Zum Zeitpunkt der Vereinigung Deutschlands unterschieden sich die beiden deutschen Staaten im Hinblick auf die epidemiologischen Niveaus, die nationalen Aids-Präventionsstrategien, aber auch die Präventionsbedingungen, besonders jene der hauptsächlich betroffenen Gruppe der schwulen Männer. Jedoch kam in den neuen Ländern die gleiche Aids-Präventionsstrategie zur Anwendung wie in den alten Ländern.

Neue Bundesländer

Untersucht wurde daher in dem vom Bundesministerium für Gesundheit (BMG) geförderten Forschungsprojekt „Kommunikationsstrukturen, Gesellungsstile und Lebensweisen schwuler Männer in den neuen Bundesländern", wie Aids-Präven-

tion, insbesondere die für die Gruppe der schwulen Männer, umgesetzt wird und auf welchen Ebenen dabei Probleme auftreten. Dazu wurden zunächst individuelle und kollektive Lebensbedingungen sowie die Dynamiken ihrer Transformation mit qualitativen Methoden (Interviews, Vor-Ort-Beobachtungen, Zeitungs- und Literaturanalyse) detailliert erhoben und beschrieben.

Auch zehn Jahre nach der Vereinigung waren – so zeigte sich – viele der ursprünglichen Differenzen noch vorhanden und auch verhaltenswirksam. Auf Grundlage dieser Befunde wurden neben einer Problemanalyse für die zielgruppenspezifische Aids-Prävention Vorschläge für deren Verbesserung auf den Ebenen Inhalte, Methoden und Akteure entwickelt.

Projektbereich „Public Health und Gesundheitssysteme"

Public Health stellt an Gesundheitssysteme vor allem zwei Fragen: (1) Sind Gesamtstruktur, Institutionen, Anreizsystem und Normen sowie Qualifikationen so beschaffen, daß möglichst jeder Mensch mit Gesundheitsproblemen zum richtigen Zeitpunkt in die richtige Institution gelangt? (2) Gewährleisten diese Strukturen und Institutionen eine möglichst angemessene Versorgung nach Kriterien der Wirksamkeit, der umfassenden Qualität („Systemqualität") und der Wirtschaftlichkeit?

Im Zentrum der Arbeit standen (1) Studien über die Entwicklung der Managed Care-Medizin in den U.S.A., (2) die Integration der medizinischen Versorgung, (3) die Anpassungsprozesse der deutschen Krankenhäuser an die Umkehr der Anreizwirkungen durch die neue prospektive Finanzierung sowie (4) Fragen der Umstrukturierung der Krankenversorgung und ihrer Finanzierung in ehemals staatssozialistischen Ländern.

Managed Care

„Managed Care" ist der Begriff für eine – von den U.S.A. ausgehende und sich modifiziert auf die Gesundheitssysteme der anderen westlichen Industrieländer verbreitende – Tendenz der Anwendung von Instrumenten und Prinzipien betrieblichen Managements in der medizinischen Versorgung und der Integration und Steuerung von Versorgungssystemen durch die Finanzierungs- bzw. Versicherungsseite. In den U.S.A. wird der Prozeß weitgehend dominiert durch große, im Wettbewerb stehende Kapital- oder Nonprofitgesellschaften und andere Formen der Zusammenschlüsse. Die Modellwirkung auf Westeuropa läßt sich sowohl auf der Ebene einzelner Managementmethoden als auch auf der Ebene großer integrierter Versorgungsformen beobachten.

Nachahmungen

Die westeuropäischen Reformdiskurse sind stark gekennzeichnet durch punktuelle bis gesamtkonzeptionelle Nachahmungen ohne ausreichende Berücksichtigung der amerikanischen Erfahrungen in ihrem spezifischen Kontext auf der einen Seite und unreflektierter Ablehnung auf der anderen. Die Möglichkeiten, die amerikanische Entwicklung mit ihrer Vielfalt als eine Art Laboratorium der Innovationen zu nutzen, wird damit vergeben.

Die im amerikanischen Gesundheitssystem mit der Umwandlung der traditionellen Versorgung in Managed Care-Unternehmen einhergehenden Vergesellschaftungsprozesse weisen zahlreiche Merkmale von Industrialisierungsprozessen auf, beispielsweise werden technische und organisatorische Ressourcen zusammengefaßt (Krankenhausketten, Ambulatorien, Medical Groups, Integrated Networks etc.); mit der Informationstechnologie erfolgt die Sammlung, Zusammenführung und Bearbeitung von Informationen auf neue Weise und bietet Möglichkeiten, die Arbeitsprozesse zu kalkulieren, zu standardisieren, zu kontrollieren und zu steuern. Im Zentrum steht die Arzt-Patient-Beziehung im Spannungsfeld zwischen therapeutisch notwendiger (relativer) Autonomie und ihrer Verbetrieblichung. Die direkten Interventionen in die Dienstleistungsprozesse, d. h. ihr wissenschaftliches „Micromanagement", werden ergänzt durch den Einsatz finanzieller Anreiz- und Sanktionsmechanismen. Damit verbunden sind dynamische Konzentrationsprozesse hin zu integrierten Versorgungsstrukturen. Die Auswertung der empirischen Forschungsliteratur, Erfahrungsberichte und Interviews und deren kritische Analyse im Systemkon-

text soll die amerikanischen Erfahrungen für differenziertere Abwägungen in der Modernisierungsdiskussion des deutschen Gesundheitswesens nutzbar machen.

Integration

Anknüpfend an das Managed Care-Projekt wurde 1999 unter Einbeziehung weiterer internationaler Erfahrungen über die U.S.A. hinaus (Großbritannien, Schweden, Niederlande) eine Studie zu dem Reformthema „Integration im Gesundheitswesen" erstellt, die im Jahr 2000 veröffentlicht wird. Unter Integration werden institutionelle Verknüpfungen verstanden, die zum Ziel haben, umfassende, koordinierte und kontinuierliche Dienstleistungen bereitzustellen und für einen nahtlosen Versorgungsprozeß zu sorgen.

Verzahnung

Der in der deutschen Reformdebatte (Strukturverträge, Praxisnetze etc.) gebräuchliche Begriff Verzahnung verleitet zu der Sichtweise, es gehe lediglich um Probleme an den Schnittstellen zwischen Kassenarztpraxis und Krankenhaus. Die entscheidende Frage, die über den Verzahnungshorizont hinausweist, ist jedoch die nach der Integrationsfähigkeit der jeweiligen Institutionen. Der internationale Vergleich zeigt, daß weder die in Deutschland gängige ärztliche Solopraxis noch das insulare Krankenhaus mit seiner vormodernen Binnenstruktur angemessene Voraussetzungen für ein Maß an Integration bieten, bei dem sich die Potentiale der Medizin und Pflege wirkungsvoller und wirtschaftlicher ausschöpfen lassen.

Krankenhaus

In den medizinischen Versorgungssystemen der westlichen Industrieländer wird im Zuge der ökonomischen Rationalisierung zunehmend durch prospektive Finanzierungsweisen das wirtschaftliche Behandlungsrisiko tendenziell auf die Anbieter medizinischer und pflegerischer Dienstleistungen verlagert. Deren wirtschaftlicher Erfolg hängt dann davon ab, wie weit der Ressourcenverbrauch unter den fixierten Preisen, Fallpauschalen oder Budgets liegt. Damit verändern sich die finanzierungsspezifischen Versorgungsrisiken von solchen einer tendenziellen Überversorgung bei tagesgleichen Pflegesätzen (z. B. lange Liegedauer, überflüssige Diagnostik und Behandlung) in solche der tendenziellen Unterversorgung (z. B. vorzeitige Entlassung, Vermeidung von Patienten mit überdurchschnittlichen Risiken).

Rationalisierung

Das im Rahmen des Berliner Zentrums Public Health durchgeführte und vom Bundesforschungsministerium (BMBF) finanzierte Projekt „Anpassungsprozesse der Krankenhäuser an die prospektive Finanzierung und ihre Auswirkung auf Patientenorientierung" untersucht institutionelle Anpassungsstrategien und Veränderungsprozesse. Auf der positiven Seite genutzter Chancen reicht das Spektrum von der Erschließung von Rationalisierungsreserven (z. B. Reduzierung der Wartezeiten) und logistischer Kooperation zwischen Krankenhäusern (z. B. beim Einkauf) über den Ausbau des betrieblichen Informations- und Rechnungswesens bis hin zu Reorganisationsversuchen.

Spezifische Versorgungsrisiken, wie sie in zahlreichen Ländern für prospektive Finanzierungsweisen dokumentiert sind, lassen sich ebenfalls finden. So wird die Aufnahme von ökonomisch riskanten Patienten vermieden oder zeitlich verschoben; als Folge zu früher Entlassungen müssen Patienten wieder aufgenommen werden; die ärztlichen Indikationsstellungen werden zunehmend durch Kosten-Erlös-Erwägungen beeinflußt.

Bleibt die Patientenorientierung? Foto: Gerd Pfeiffer

Budgetierung

Die Auswertung der qualitativen Interviews verweist auf tiefgreifende Veränderungen in der „Kultur“ der Krankenhäuser. Diese ist einerseits geprägt von einer gewissen „Kundenorientierung“ und birgt andererseits bereits konkret sichtbare Zeichen einer Ökonomisierung, nicht zu verstehen im Sinne von Wirtschaftlichkeit, sondern der Überformung professioneller fachlicher und ethischer Handlungsmotive durch tatsächliche oder auch vermeintliche Zwänge des mit der Budgetierung einhergehenden wirtschaftlichen Wettbewerbs.

Ehemalige Sowjetrepubliken

Die Umstrukturierung der Krankenversorgung und ihrer Finanzierung in ehemals staatssozialistischen Ländern ist unter gesundheitspolitischen Gesichtspunkten eine der international größten Herausforderungen für Public Health. Unter forschungsstrategischem Blickwinkel ist diese Transformation ein beispielloser Vorgang sozialer Innovation, bei dem wie in einem natürlichen Experiment zahlreiche Konzepte der Institutionalisierung, Regulierung und Steuerung parallel erprobt werden.

Die Länder der ehemaligen Sowjetunion verfügten im Jahre 1991 über ein institutionell und personell ausgebautes Krankenversorgungssystem, das alles in allem flächendeckend und bevölkerungsweit kostenlosen und undiskriminierten Zugang zu allen verfügbaren Versorgungsleistungen weit über dem Weltdurchschnitt bot. Die Versorgung war durch Tendenzen der Ineffizienz und Übermedikalisierung sowie durch ein hohes Maß an Arztzentrierung gekennzeichnet.

Hinsichtlich der Zielbestimmung der Transformation zeichnet sich trotz vieler nationaler Unterschiede ein Kernbestand gemeinsamer Vorstellungen ab. Die Recherchen erbrachten zahlreiche Befunde sowohl zu Defiziten in den Transformationsländern als auch zu den gegenüber vorherrschenden Formen der internationalen Zusammenarbeit und Politikberatung. Diese Ergebnisse wurden in die Politikberatung eingebracht und dienen zugleich als Grundlage der Entwicklung weiterer Forschungsprojekte.

Querschnittsprojekt „Public Health als soziale Innovation“

Die überwiegend individualmedizinische, kurative und auf einem einseitig naturwissenschaftlichen Krankheitsverständnis beruhende Ausrichtung des deutschen Gesundheitssystems wird seit langem kritisiert. Dabei werden wesentliche Defizitbereiche nahezu im Konsens thematisiert. Jedoch sind trotz zahlreicher Anläufe die meisten der daraus abzuleitenden Innovationen bisher nicht auf den Weg gebracht worden.

Das Projekt „Soziale Innovationen in der Gesundheitspolitik“ geht der Frage nach, welche politischen, ökonomischen, institutionellen und professionellen Bedingungen die Durchsetzung von Innovationen hemmen oder fördern. Dabei wird zwischen der Ebene der Norm- und Regelsetzung und der Implementation von Innovationen in das gesundheitliche Versorgungssystem unterschieden.

Welche Problemwahrnehmungsmuster prägen die von den verschiedenen Akteuren bevorzugten Regulierungsinstrumente? Durch welche Interessenkonstellationen sind Konflikte um Innovationen in der Gesundheitspolitik gekennzeichnet? In welcher Weise begünstigen oder hemmen Machtbeziehungen und institutionelle Verfahrensregeln gesundheitspolitischer Entscheidungen die Durchsetzung von Innovationen? Aus welchen Gründen zeigen die gewählten Regulierungsinstrumente nicht den gewünschten Steuerungserfolg? Diese Fragen sollen anhand ausgewählter Fallbeispiele unter Heranziehung von Forschungsergebnissen der Arbeitsgruppe beantwortet werden. Zugleich werden dabei die bisherigen Erklärungsansätze zu den Reformbedingungen im Gesundheitswesen überprüft und diskutiert.

Aufwertung der Prävention

Zu den wichtigsten Innovationsbemühungen in der Gesundheitspolitik zählt die Aufwertung von Prävention und Gesundheitsförderung. Hier wird den Formen der Partizipation der Betroffenen oftmals ein zentraler Stellenwert zugewiesen. Insbesondere auf dem Gebiet der Aids-Prävention und zum Teil auch in der betrieblichen Gesundheitsförderung haben sich partizipativ ausgerichtete Projekte als überlegen erwiesen. Mit Hilfe einer zu entwickeln-

den Kategorisierung unterschiedlicher Partizipationsstufen sollen die Zusammenhänge zwischen Gesundheit und Partizipation in der Prävention gezeigt und die Bedingungen einer Verallgemeinerungsfähigkeit partizipativer Ansätze für unterschiedliche Handlungsfelder der Prävention herausgearbeitet werden.

Arbeitsgruppe „Wissenschaftstransformation"

Die frühere Forschungsgruppe „Wissenschaftsstatistik" wurde zum 1. Januar 1997 in die Arbeitsgruppe „Wissenschaftstransformation" umgewandelt. Ihr Leiter ist Professor Dr. sc. Werner Meske. Der Arbeitsgruppe gehören Dr. Jochen Gläser (bis 31. März 1998) und Dr. sc. Charles Melis an.

Grundlagen

Die Arbeitsgruppe untersucht international vergleichend Entwicklungsdynamiken von Wissenschaftssystemen im Transformationsprozeß, um Zusammenhänge zwischen Bedingungen und Ergebnissen der Transformation aufzuklären. Im Zentrum des Interesses steht dabei die Dialektik von Strukturwandel und Kontinuität. Veränderungen der (nationalen) institutionellen Bedingungen in der Wissenschaft (und in ihren Umwelten) sollen die Integration der Wissenschaft in die Transformations-Gesellschaft ermöglichen und dabei insbesondere die Leistungsfähigkeit der Forschung auch unter Bedingungen der internationalen Öffnung und des Übergangs zur Marktwirtschaft gewährleisten.

Dieser Strukturwandel muß jedoch zugleich ein Mindestmaß an Kontinuität sichern, insbesondere in Form der „Anschlußfähigkeit" neuer Forschungsprozesse an vorhergegangene. Anderenfalls gehen die notwendigen kognitiven und sozialen Bedingungen für erfolgreiche Forschung – wie Verfügung über relevantes implizites Wissen, Reputation in „scientific communities", die Einbindung in informelle Netzwerke usw. – verloren.

In den Transformationsgesellschaften ist letzteres in erster Linie im Bereich der Wirtschaft der Fall. Bei internationaler Öffnung und rascher Umstellung auf marktwirtschaftliche Bedingungen erfolgt die erforderliche technologische Anpassung vor allem über Technologie-Transfer und andere nicht-FuE-gebundene innovative Aktivitäten, so daß es nicht notwendig bzw. gar nicht möglich ist, an bisherige FuE-Arbeiten anzuschließen. Zu dem fehlenden Bedarf für Forschung und Entwicklung (FuE) kommt der Zwang zur Rationalisierung in den neuen Unternehmen hinzu, so daß FuE zumindest zeitweilig primär als (unnötiger) Kostenfaktor wahrgenommen wird.

Folgerichtig unterliegt die Industrieforschung in den Ländern, die den Transformationsprozeß marktwirtschaftlichen Strukturen und Mechanismen überlassen, einem schnellen und starken Abbau. Eher zentralistisch gesteuerte Transformationsprozesse – wie in China und Vietnam – können diesen Abbau zwar auch nicht verhindern, versuchen ihm aber durch Übergangslösungen entgegenzuwirken und dabei sozialverträgliche Varianten einer effektiven Um- bzw. Neuprofilierung von Potentialen zu finden.

Anders als bei der Industrieforschung sind im Bereich der öffentlich finanzierten Forschungseinrichtungen Strukturwandel und Anschlußfähigkeit gleichermaßen Erfolgsbedingungen der Transformation. Hier hängt es wesentlich von den konkreten Akteurkonstellationen im Transformationsprozeß ab, wie und mit welchem Tempo institutioneller Wandel verwirklicht wird und inwieweit es dabei gelingt, die von den Akteuren auf der Makroebene nicht bewußt berücksichtigte Erfolgsbedingung „Anschlußfähigkeit" aufrechtzuerhalten.

Die generell schrumpfenden Ressourcen für Wissenschaft und das Fehlen einer Nachfrage aus der Wirtschaft lassen eine Reduzierung und (Re-)Orientierung auf Grundlagenforschung und den Anschluß an internationale „scientific communities" als einen wahrscheinlichen Pfad dieser Forschung erscheinen. Dem wird aber durch den Zwang, Drittmittel einzuwerben, der vielen Einrichtungen bei der institutionellen Transformation auferlegt ist, entgegengewirkt.

Die bisherigen Forschungsergebnisse bestätigen unterschiedliche Entwicklungslinien in den Sektoren

des Wissenschaftssystems, insbesondere einen Rückgang der Industrieforschung mit negativen Auswirkungen auf die Praxisverbindungen der öffentlichen (akademischen) FuE. Das wirft die Frage auf, die nicht nur für Transformationsländer Bedeutung hat, ob und wie sich unter diesen Bedingungen effiziente Systeme von Wissenschaft und Technik sowohl lokal und national (unter Bedingungen von Marktwirtschaft und Demokratie) als auch regional und international (unter Bedingungen der EU-Erweiterung und der Globalisierung) herausbilden und welchen Einfluß dabei Akteure in Wissenschaft, Wirtschaft und Politik nehmen (können).

Wissenschaft in Ostdeutschland

Seit 1990 analysiert die Forschungsgruppe die Entwicklung der ostdeutschen Forschungslandschaft, insbesondere die öffentlich finanzierte außeruniversitäre Forschung und ihre Beziehungen zur Wirtschaft. Dabei wurde festgestellt, daß die Transformations- und Integrationsprozesse mit dem weitgehend erfolgreich verwirklichten „Institutionentransfer“ nicht abgeschlossen sind. Es kam vielmehr zur Herausbildung von Strukturen im Forschungssystem, die von denen in den alten Bundesländern abweichen und die die weitere Entwicklung erheblich beeinflussen. Mit dem Auslaufen von verschiedenen Übergangslösungen und speziellen Förderprogrammen kommt es ab 1997/98 zu nochmaligen deutlichen Veränderungen, vor allem beim wissenschaftlichen Personal.

Blaue-Liste-Institute

Die Transformation der außeruniversitären Forschung (AUF) sollte den „Erhalt leistungsfähigen Forschungspotentials“ sichern, was sowohl die Weiterführung qualitativ hochwertiger und ertragreicher Forschungsfelder als auch die Weiterbeschäftigung von Wissenschaftlern bedeutete. Damit waren eine wissenschaftliche und eine soziale Aufgabe formuliert, deren Bewältigung den (durchaus widersprüchlichen) Kern der folgenden Integrationsprozesse bildete. Diese wurden anhand der „Integration von ostdeutschen Blaue-Liste-Instituten (BLI) in die deutsche Wissenschaftslandschaft“ unter der Leitung von Werner Meske bei Beteiligung fast der gesamten Forschungsgruppe mit einem durch die Deutsche Forschungsgemeinschaft (DFG) geförderten Projekt seit 1993 untersucht.

Es wurde zwar 1997 mit einem Forschungsbericht abgeschlossen, die Ergebnisse jedoch noch nicht veröffentlicht, da dem erhebliche Probleme bei der Anonymisierung von Instituten und Personen entgegenstanden. Unter Berücksichtigung des Datenschutzes und der bevorstehenden neuen Evaluierung der untersuchten Institute durch den Wissenschaftsrat wurden deshalb 1998/99 nur einige ausgewählte Befunde für Sekundär-Analysen und methodenorientierte Arbeiten ausgewertet. Gleichzeitig wurden bestimmte Veränderungen in den Instituten unter dem „Integrationsaspekt“ weiter beobachtet; das betrifft insbesondere Veränderungen in der Personalstruktur und beim Publikationsverhalten der Wissenschaftler sowie die Einwerbung von Drittmitteln.

Die ursprünglich vorgegebene Personal-Durchmischung mit Ost- und Westwissenschaftlern hat die Integration der Institute überwiegend gefördert. Tendenziell nimmt der Anteil ostdeutscher Wissenschaftler aber ab, da die Übernahme der Regeln zur Befristung von Beschäftigungsverhältnissen in der Wissenschaft die Weiterbeschäftigung befristet angestellter ostdeutscher Wissenschaftler zunehmend verhindert.

Auch die deutlich (im Vergleich zu westdeutschen Instituten bis 1990) erweiterte Funktion der Drittmittel im Finanzierungs- und Personalkonzept der in Ostdeutschland neugegründeten BLI spielt hierbei eine durchaus ambivalente Rolle. Sie fördert einerseits die Flexibilisierung der Forschung, führt andererseits aber auch zu Diskontinuitäten im Forschungsbetrieb und bei der Personalentwicklung. Unter Einbeziehung dieser ergänzenden Arbeiten sowie nach Lösung von Anonymisierungsproblemen werden die Ergebnisse der langjährigen Forschungsarbeiten zur Integration ostdeutscher Forschungsinstitute im Jahre 2000 in einer Buchpublikation der Öffentlichkeit vorgestellt.

Grundlagenforschung

Die kognitive Neuorientierung der ostdeutschen außeruniversitären Grundlagenforschung als Folge des Institutionentransfers wurde durch Jochen Gläser in den Jahren 1996/98 in einem weiteren Projekt untersucht, das ebenfalls von der DFG gefördert wurde. Dieses Projekt ging von der Hypothese aus, daß sich mit dem Übergang in das funktional stärker differenzierte Wissenschaftssystem der Bundesrepublik auch weitgehende inhaltliche Veränderungen in der (nach Evaluierung übernommenen) ostdeutschen Grundlagenforschung vollziehen werden, da diese nun nicht mehr dem früheren Druck auf Anwendungsorientierung ausgesetzt ist. Diese Hypothese wurde in einer empirischen Untersuchung geprüft und muß zurückgewiesen werden.

Nur in wenigen Fällen löste die Transformation inhaltliche Veränderungen der Grundlagenforschung aus. Dafür gab es vor allem drei Ursachen: Erstens war die Grundlagenforschung in der Akademie der Wissenschaften (AdW) zwar quantitativ ständig zurückgegangen, in vielen Fällen aber institutionell von den forschungspolitischen Forderungen abgeschirmt worden. Deshalb entwickelte sie sich relativ autonom, was Kurskorrekturen in und nach der Transformation überflüssig machte.

Zweitens haben sich bald nach der Wende die forschungspolitischen Verhaltenserwartungen in Deutschland generell dahingehend geändert, daß nun auch von der Grundlagenforschung ein Beitrag zu Anwendungen erwartet wird. Dieser Einfluß wurde im Falle der ostdeutschen Grundlagenforschung dadurch verstärkt, daß die Weiterbeschäftigung ehemaliger Mitarbeiter durch Drittmitteleinwerbung gesichert werden mußte bzw. sollte. Deshalb sah sich selbst die Grundlagenforschung, die an der AdW nicht institutionell abgesichert war und schon dort ihre Anwendungsrelevanz nachweisen mußte, wenig veränderten Erwartungen gegenüber.

Auch heute erfolgt in größeren Instituten in Deutschland eine institutionelle Abschirmung der Grundlagenforschung, indem die forschungspolitischen Erwartungen nur mit einem Teil des Potentials erfüllt werden. Dabei unterstützten eine gewisse Größe der Organisation und ihre Heterogenität, d. h. die Existenz mehrerer Arbeitsrichtungen, so die empirischen Befunde, die Realisierung von Pufferstrategien zur Autonomiewahrung der Forschung. Die meist kleinen und oft nur befristet etablierten Gruppen in Ostdeutschland hatten und haben demgegenüber wenig Handlungsspielraum und müssen entweder mit einem (relativ kleinen) Potential forschen, das nur wenig über das institutionell geförderte hinausgeht, oder ergänzend anwendungsrelevante Drittmittelprojekte durchführen.

Die langjährige Begleitforschung zur ostdeutschen Wissenschaftsentwicklung hat auch im Berichtszeitraum die noch andauernden Auswirkungen der Transformation und speziell des Institutionentransfers nachgewiesen; dabei zeigt sich immer deutlicher, daß mit wachsender Integration der neuen Institute diese zunehmend mit generellen Problemen der (deutschen) Wissenschaftsentwicklung im Zuge der Globalisierung und Regionalisierung konfrontiert sind. Wegen der besonderen Situation in Ostdeutschland treten diese Probleme

hier jedoch sehr frühzeitig und deutlich in Erscheinung und lassen sich somit unter „Extrembedingungen“ relativ gut analysieren.

Wissenschaft in anderen Transformationsländern

In den Transformationsländern Mittel- und Osteuropas (MOE) wird die Transformation der früher weitgehend direkt oder indirekt staatlich finanzierten Forschung nicht zentral gesteuert, sondern vollzieht sich im Kräfteparallelogramm unterschiedlicher Interessen der Akteure in Wissenschaft, Politik und Wirtschaft. Die „Anschlußfähigkeit“ der Forschung ist eine wissenschaftsinterne Bedingung, die vor allem den Interessen der erfahrenen Wissenschaftler und „alten“ Akteure des Wissenschaftssystems entspricht.

Letztere benutzen das Kontinuitätsargument dabei auch, um Machtpositionen zu sichern. Der Strukturwandel ist dagegen primär exogen veranlaßt und wird durch neue Akteure vor allem in Wirtschaft und Politik, aber auch innerhalb der Wissenschaft getragen. Zwischen diesen Akteuren verlaufen die Konfliktlinien im Transformationsprozeß.

MOE-Länder

Die aktuellen Probleme und die Möglichkeiten ihrer Lösung in allen MOE-Transformationsländern wurden in einem auf vergleichende Untersuchungen angelegten internationalen Projekt mit dem Titel „Restructuring and Reintegration of Science and Technology Systems in the European Economies in Transition“ untersucht. In dieses im TSER-Programm der Europäischen Union in den Jahren 1996 bis 1998 geförderten Projekt von vier wissenschaftlichen Einrichtungen aus Großbritannien, Frankreich und Deutschland sind auch Wissenschaftler aus den MOE-Ländern einbezogen. Werner Meske und Mitarbeiter der Arbeitsgruppe untersuchten dabei insbesondere Fragen der institutionellen Transformation von Wissenschaft und Technik in Richtung moderner nationaler Innovationssysteme; Untersuchungsfeld sind die MOEL einschließlich der europäischen Nachfolgestaaten der UdSSR.

Arbeitsgruppe „Wissenschaftstransformation“

Personal am 1. Oktober 1999	seit
Margret Arzt	1992
Dr. Charles Melis	1992
Professor Dr. Werner Meske	1992
Ausgeschiedenes Personal[1]	1998–1999
Dr. Jochen Gläser	1994–1998
Gabi Rosenstreich	1996–1999

Während im Zeitraum 1996/97 nach einer abgestimmten Methodik insbesondere Verlauf und (Zwischen-)Ergebnisse in einzelnen Ländern und Sektoren durch Länderberichte sowie vertiefende Analysen und Fallstudien zur industriellen FuE untersucht worden sind, konzentrierte sich die Arbeit 1998/99 auf die vergleichende Auswertung der Veränderungen. Daraus wurde ein 3-Phasen-Modell der institutionellen Transformation des Wissenschafts- und Technik-Systems (WTS) in den MOEL entwickelt.

Phase 1 besteht in der Auflösung und Fragmentation des alten sozialistischen Wissenschafts- und Techniksystems. Sie äußert sich vor allem in der Auflösung der früheren hierarchischen Leitungs- und Organisationssysteme durch „top-down“- wie „bottom-up“-Prozesse. Sie ist in allen Ländern von einer erheblichen Verringerung der für Wissenschaft und Technik eingesetzten finanziellen und personellen Ressourcen begleitet.

Die zweite Phase ist durch die Neuorientierung und Konsolidierung der „überlebenden“ Teile des alten WTS sowie ihrer Anpassung an neue Bedingungen gekennzeichnet. Hinzu kommen neuentstehende Akteure und Institutionen, wodurch sich auch deutliche Verschiebungen im Gesamtspektrum innovativer Aktivitäten ergeben, meist weg von FuE und hin zu Technologietransfer, „learning

1 mit mindestens 12 Monaten Zugehörigkeit zum WZB

by doing“, ständige Anpassung an neue Normen, veränderte Nachfrage usw. Hierbei nehmen die in den einzelnen Ländern entstehenden neuen Umwelten in Politik und Wirtschaft einen wesentlichen Einfluß auf die weitere Existenz und Entwicklung der Wissenschaft.

Es hat sich gezeigt, daß ohne Stabilisierung in Wirtschaft und Politik die Transformation der FuE-Einrichtungen und damit die zweite Phase der WTS-Transformation nicht erfolgreich abgeschlossen werden können. In der dritten Phase schließlich soll ein neues Innovationssystem mittels vielfältiger Integrationsprozesse und durch den Aufbau neuer Netzwerke sowohl im nationalen wie im internationalen Kontext entstehen. Wegen der geringen Größe und Wirtschaftskraft der meisten Transformationsländer spielt hierbei der Aufbau internationaler Verbindungen in Wissenschaft und Wirtschaft eine entscheidende Rolle.

Das bedeutet, daß auch in den MOE-Transformationsländern die Transformation zunehmend in neue Integrationsprozesse mündet. Hieraus resultieren nicht nur relativ lange Zeiträume für die Vollendung der Transformation; es ergeben sich auch neue Fragen bezüglich des Charakters der „Integration“ als Prozeß hin zu einem „Normalzustand“ und der dafür relevanten Kriterien und Indikatoren. Dies eröffnet Vergleiche und Verbindungen zwischen den Projekten zur Transformation in Ostdeutschland, Mittel- und Osteuropa sowie Vietnam, wirft aber auch neue theoretische Fragen zum Charakter verschiedenartiger Wissenschafts-(teil-)systeme und ihrer Wandlung unter den gegenwärtigen Globalisierungstendenzen auf.

Drei Gruppen

Der Vergleich der Transformationsprozesse in den einzelnen MOEL zeigt, daß die ursprünglichen Unterschiede der nationalen Wissenschafts- und Techniksysteme sich im Verlaufe der Transformation eher verstärkt haben. So konnte man drei relativ gut unterscheidbare große Gruppen von Ländern ermitteln. Danach umfaßt die erste, am weitesten fortgeschrittene Gruppe der Länder insbesondere die ersten Kandidaten für eine Mitgliedschaft in der EU: Polen, die Tschechische Republik, Ungarn, Estland und Slowenien.

In dieser Gruppe ist die Umgestaltung und Reorganisation der individuellen FuE-Einrichtungen weitgehend abgeschlossen, begünstigt durch die Tatsache, daß es hier seit längerem relativ stabile „Umweltbedingungen“ sowohl in der Politik als auch in der Wirtschaft gibt. In einer zweiten Gruppe von Ländern sind ähnliche institutionelle Veränderungen in der Wissenschaft erreicht oder zumindest eingeleitet worden. Jedoch wird deren vollständige Umsetzung vor allem durch eine unzureichende Finanzierung aus dem Staatshaushalt und anderen Quellen behindert.

Infolge der Stagnation des Bruttosozialprodukts auf einem niedrigen Niveau fehlen die notwendigen finanziellen Mittel, so daß insbesondere für eine wettbewerbliche Projektfinanzierung kaum Mittel zur Verfügung stehen. Schließlich gibt es eine dritte Gruppe von Ländern, zu der insbesondere die GUS-Staaten Rußland, Ukraine und Weißrußland gehören, in denen die zweite Phase der Transformation noch nicht bewältigt wurde. Hier ist weder eine Konsolidierung der verbliebenen FuE-Institutionen noch die Schaffung eines neuen, effektiveren nationalen Innovationssystems in der nächsten Zukunft zu erwarten. Das liegt vor allem daran, daß weder in der Politik die entsprechenden Gremien und Regulierungen (z. B. eine Mindestfinanzierung der Wissenschaft aus dem Staatshaushalt) für eine stabile Arbeit in Wissenschaft und Technik vorbereitet oder durchgesetzt wurden noch in der Wirtschaft die Umstrukturierung der Betriebe erfolgt ist.

Vietnam

Vietnam (und China) stehen vor ähnlichen Problemen wie die europäischen Transformationsländer bei der Anpassung ihrer Wissenschaftspotentiale an eingeschränkte finanzielle Voraussetzungen und neue Marktbedürfnisse. Sie versuchen diese jedoch durch zentral von den herrschenden kommunistischen Parteien „gesteuerte“ Top-down-Transformationsprozesse zu lösen. Nach ersten Ergebnissen eines gemeinsam mit dem NISTPASS, Hanoi, in den Jahren 1996–1999 durchgeführten und von der Volkswagen-Stiftung geförderten Projekts zur Untersuchung des „Zusammenhangs von Struktur- und Funktionswandel des vietnamesischen Forschungs- und Entwicklungssystems“ lassen sich

dadurch eine grundlegende organisatorische Umprofilierung und ein Abbau des FuE-Personals auf etwa 20 bis 30 Prozent des früheren Bestands auch in Vietnam nicht vermeiden.

Durch Übergangslösungen bei der Finanzierung werden die sozialen Konsequenzen zwar gemildert, jedoch ist fraglich, ob es dadurch besser gelingt, das in FuE-Einrichtungen freiwerdende Personal anderweitig effektiv für den Aufbau eines Innovationssystems einzusetzen. Die Voraussetzungen für die Aufnahme von Ergebnissen aus der eigenen FuE sind weder in den staatlichen noch in den meist kleinen privaten Unternehmen der Wirtschaft entwickelt, da hier technologische und andere Veränderungen bisher kaum erfolgen, zumindest nicht zur betrieblichen Routine zählen.

In Vietnam kommt es deshalb vor allem darauf an, nationale und betriebliche Kapazitäten zur Auswahl, Einführung, Adaption und Weiterentwicklung ausländischer Technologien als Teil eines nationalen Innovationssystems zu schaffen, wobei hierfür auch bisheriges FuE-Personal genutzt werden kann. Ohne ein Mindestniveau an innovativen Aktivitäten und Akteuren in den Unternehmen läßt sich die bisherige Trennung zwischen (relativ entwickelten) FuE-Instituten und (fehlender) Nachfrage nach ihren Ergebnissen in der Praxis nicht überwinden.

Das schließt ein, daß die bisherige Praxis des Imports fertiger Produktionsanlagen ohne nachfolgende Weiterentwicklung der importierten Technologien und Produkte überwunden und ein Prozeß des ständigen technologischen Lernens implementiert und verbreitet wird. Während in den europäischen Transformationsländern wesentliche Voraussetzungen an Qualifikation, Organisation, Erfahrung usw. für ein modernes Innovationssystem bereits vorhanden sind, müssen sie in Vietnam insbesondere im Bereich der Wirtschaft, aber auch im Wissenschaftssystem durch Lehre und Forschung erst noch geschaffen werden.

Die von der Arbeitsgruppe durchgeführten Projekte belegen, daß die Überlagerung der Auflösungsprozesse der alten Wissenschaftssysteme mit neuen, durch die Transformation initiierten Entwicklungs- und Integrationsprozessen von einzelnen Forschungseinrichtungen und Wissenschaftssektoren zu einer besonderen Dynamik in der Entwicklung der Wissenschaftssysteme der Transformationsländer führt. Die Arbeitsgruppe verbindet daher in ihrem methodischen Vorgehen zur Erfassung und Erklärung dieser Dynamik makrostrukturelle Analysen zur Entwicklung des Wissenschaftssystems und seiner Sektoren mit Fallstudien auf der Mesoebene der Organisationsentwicklung von Forschungseinrichtungen.

Inhaltlich entsteht dabei – vor allem durch den zunehmenden Übergang von Transformations- zu vielfältigen neuen Integrationsprozessen im nationalen wie internationalen Maßstab – eine immer stärkere Annäherung an Grundfragen der Wissenschaftsentwicklung in modernen Gesellschaften. Die Arbeitsgruppe stellt demzufolge in ihren Analysen zunehmend auch Beziehungen zu Veränderungen in westlichen Industrieländern her, die dort seit Beginn der 90er Jahre insbesondere unter den Stichwörtern „science in a steady state“ bzw. „R&D systems in transition“ diskutiert werden und sich auf die Entwicklung neuartiger „public private partnerships“ zwischen Wissenschaft, Wirtschaft und Politik konzentrieren. Diese Beziehungen werden in dem Maße verstärkt, wie die meisten europäischen Transformationsländer durch ihren bevorstehenden Beitritt zur EU in eine neue gesamteuropäische Wissenschaftslandschaft integriert werden und diese bereits jetzt aktiv mitgestalten, etwa als gleichberechtigte Partner im 5. Rahmenprogramm Wissenschaft und Technik der EU.

*

Gastwissenschaftler

Dr. Grit Laudel vom Frankfurter Institut für Transformationsstudien der Europa-Universität Viadrina ist seit 1. April 1998 Gastwissenschaftlerin der Arbeitsgruppe.

Zu Arbeitsbesuchen und Vorträgen waren Professor Gennady A. Nesvetailov (Institute of Sociology, Academy of Sciences, Minsk, Weißrußland),

Professorin Judith Mosoni-Fried (Institute for Research Organisation, Academy of Sciences, Budapest, Ungarn), Professor Dang Duy Thinh, Professor Dao Dinh Tan und Professor Nguyen Thanh Thinh (National Institute of Science and Technology Policy and Strategy Studies, Hanoi, Vietnam) und Professor Pham Huyen (Ministry of Science, Technology and Environment, Hanoi, Vietnam) eingeladen worden.

Kooperationen

Die Arbeitsgruppe hat im Berichtszeitraum die meisten ihrer vielfältigen, insbesondere auch internationalen, Arbeitsbeziehungen aufrechterhalten. Durch die neuaufgenommene Verbindung zum Institut für Technologische Zukunftsforschung (IPTS/Sevilla) der Gemeinsamen Forschungsstelle der EU und eine zusammen mit diesem Institut 1999 am WZB durchgeführte Konferenz zur Erweiterung der EU wurde die Vernetzung mit Wissenschaftlern sowohl aus der EU wie aus den Beitrittskandidaten-Ländern weiterentwicklt. Der Leiter der Arbeitsgruppe hat im Dezember 1999 auf Einladung des IPTS einen halbjährigen Forschungsaufenthalt in Sevilla begonnen.

Arbeitsgruppe „Internationale Politik"

Grundlagen

Die internationale Politik und die deutsche Außenpolitik unterliegen nicht erst seit 1989 einem Strukturwandel. Jenseits dieses Strukturbruchs sind schon seit langem Veränderungen im internationalen System in Gang gekommen, die man mit dem Konzept der „Vergesellschaftung der Außenpolitik" (Ernst-Otto Czempiel) bezeichnen kann. Damit verknüpft ist der Prozeß der zunehmenden Verflechtung zwischen den Gesellschaften wie zwischen den Staaten.

Daraus ergeben sich eine Fülle theoretisch fundamentaler Probleme, von denen zwei herausgegriffen seien:

- Führt diese Vergesellschaftung dazu, daß die Staaten immer weniger in der Lage sind, regulierend in die internationalen Prozesse einzugreifen?
- Beinhaltet der Verflechtungsprozeß, daß die Staaten immer weniger in der Lage sind, national wie international diese komplexen Prozesse zu kontrollieren?

Bejaht man beide Fragen, so müßte daraus der Schluß der zunehmenden Erosion der staatlichen Souveränität gezogen werden; diese ist die zentrale Institution, auf der das internationale System aufgebaut ist. Dabei stellt sich die Frage, ob nicht gerade wegen der zunehmenden Verflechtungs- und Interaktionsdichte die Regulierungsfähigkeit des Staates notwendiger denn je ist, um gleichermaßen der Fragmentierung im internationalen System vorzubeugen wie um Integrationsprozesse zu fördern.

Im Mittelpunkt der Forschung der Arbeitsgruppe „Internationale Politik" (Leiter: Professor Dr. Wolf-Dieter Eberwein) steht das Projekt zur „Humanitären Hilfe", konzipiert vor allem unter dem Gesichtspunkt der Regulierung und der Fragmentierung. Die Integrationsproblematik wird mit der „deutsch-polnischen Elite-Studie" verfolgt.

Humanitäre Hilfe

Das Forschungsprojekt „Im Spannungsfeld von Politik und Moral: Die Politik humanitärer Hilfe" geht von dem tiefgreifenden Wandel des humanitären Hilfesystems wie des internationalen Systems insgesamt aus:

- Art und Umfang der Katastrophen haben sich verändert;
- das internationale System befindet sich seit dem Ende der Bipolarität in einem Transformationsprozeß;
- auch innerhalb des humanitären Hilfesystems selbst ist ein Transformationsprozeß im Gange.

Was Art und Umfang der Katastrophen betrifft, so kann man grob in menschliche und natürliche Katastrophen unterscheiden. Die Häufigkeit kurz- und langfristiger Naturkatastrophen hat in den vergangenen 40 Jahren erheblich zugenommen. Diese Katastrophen müssen im Zusammenhang

mit dem Bevölkerungswachstum und der Umweltdegradation gesehen werden.

Noch dramatischer sind die Zuwachsraten bei den technischen Unfällen, die als menschlich verursachte Katastrophen bezeichnet werden. Schließlich sind noch die humanitären Katastrophen zu nennen, die Folge zwischen- und innerstaatlicher Gewalt sind. Gerade letztere sind aus humanitärer Sicht bedeutsam, weil die Zivilbevölkerung Opfer der Gewalt wird. Diese Art der Katastrophen ist häufig Folge des Zusammenbruchs staatlicher Strukturen.

Mit der Beendigung der Blockkonfrontation haben viele Staaten an politischer und strategischer Bedeutung verloren. Damit fiel auch die Unterstützung weg, die sie während des Kalten Kriegs erhielten. Eine der Folgen ist, daß eine ganze Reihe von sogenannten „Quasi-Staaten“ dabei ist, zu kollabieren, sofern dies nicht schon geschehen ist. Die Häufung und zunehmende Dauer innerstaatlicher kollektiver Gewalt sind die Folgen, mit denen die humanitäre Hilfe konfrontiert ist.

Ironischerweise erfolgt parallel dazu eine Relativierung des Prinzips der Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten der Staaten im Namen der Menschenrechte; militärische Interventionen werden heute damit legitimiert, daß innerstaatliche Gewalt unterbunden werden soll (z. B. Kosovo). Die Bereitschaft zur Intervention ist allerdings gering und zudem kontextabhängig – wie der Vergleich zwischen dem Kosovo und Tschetschenien belegt.

Form und Inhalt der humanitären Hilfe haben sich verändert. Durch die Zunahme der Katastrophen ist es seit Mitte der 80er Jahre zu einer dramatischen Zunahme der Anzahl humanitärer Hilfsorganisationen gekommen. So hat sich zum einen humanitäre Hilfe zu einem hart umkämpften Wirt-

schaftssektor entwickelt. Zum anderen sind die humanitären Einsätze heute wesentlich risikoreicher, denn vielfach erfolgen sie mitten in den Konfliktgebieten.

Auch wenn der Vergesellschaftungsprozeß im Bereich der humanitären Hilfe spätestens seit den 80er Jahren substantiell angewachsen ist, so hat das keineswegs zur „Entstaatlichung" geführt. In diesem Politikfeld gibt es eine natürliche Arbeitsteilung zwischen dem Staat und der Gesellschaft, den humanitären Hilfsorganisationen: Normierungszuständigkeit der Staaten im Rahmen etwa des humanitären Völkerrechts, operative Zuständigkeit der humanitären Hilfsorganisationen, das heißt Versorgung der Opfer. Damit ist offen, wie diese Komplementarität sich effektiv gestaltet. Die staatliche Dominanz in diesem Politikfeld, die die Instrumentalisierung der humanitären Hilfe erst möglich macht, steht außer Frage.

Das humanitäre Hilfesystem ist asymmetrisch strukturiert. Wenigen Geberstaaten als Anbietern humanitärer Hilfe (bzw. der hierfür notwendigen Ressourcen) stehen die vielen humanitären Hilfsorganisationen in der Stellvertreterrolle der Opfer als Nachfrager gegenüber. Damit ist dieses System in hohem Maße durch das Angebot bestimmt.

Die Angebotsseite deckt sich allerdings nicht mit dem Bedarf. Das wird etwa deutlich an den unterschiedlichen Reaktionen auf die „consolidated appeals" der UNO. In einer Reihe von Fällen ist das Angebot geringer als die Nachfrage (etwa Afghanistan), in anderen größer als die Absorptionskapazität vor Ort.

Strukturell ist damit ein politischer Selektionsmechanismus eingebaut: Es gibt politisch attraktive Katastrophengebiete, aber es gibt eben auch unattraktive. Dieser Mechanismus wird von den Medien noch verstärkt, ohne die weder die Politik aktiviert noch die Spendenbereitschaft der Öffentlichkeit mobilisiert werden können.

Selektivität ist eine Form der Instrumentalisierung im Sinne der Steuerung der humanitären Hilfe durch die Politik. Diese Strategie hat sich auf der Geberseite wie auf der Empfängerseite eingebürgert. Über die Finanzierung legen die Geldgeber auch die Bedingungen fest, wo und zunehmend auch wie humanitäre Hilfe geleistet wird. Zuweilen ist humanitäre Hilfe auch Ersatz für die fehlende Bereitschaft sicherheitspolitischen Engagements, insbesondere beim Auftreten innerstaatlicher Gewalt.

Auch auf der Empfängerseite hat man es gelernt, die humanitäre Hilfe zu instrumentalisieren; als Beispiele seien der Sudan oder Nordkorea genannt. Die Nahrungsmittelhilfe ist Ergebnis eines außenpolitischen Deals, und humanitäre Hilfe scheint zur Dauersubvention maroder politischer und wirtschaftlicher Systeme durch den Westen zu mutieren.

Welche Konsequenzen hat dies für die humanitären Hilfsorganisationen selbst? Die Probleme stellen sich auf zwei Ebenen:

- auf der Ebene der Hilfsorganisationen insgesamt,
- auf der Ebene der einzelnen Organisationen.

Auf der kollektiven Ebene wirkt sich die Tatsache aus, daß humanitäre Hilfe für Samariter wie Geschäftsleute, für Profis wie für Amateure gleichermaßen attraktiv geworden ist. Ein zivilgesellschaftlicher Wildwuchs hat um sich gegriffen, der weder im Interesse der professionellen Hilfsorganisationen noch der Opfer sein kann.

Bestrebungen sind im Gange, die mangelnde Kontrolle von außen durch Selbstkontrolle von innen auszugleichen, sei es über die verschiedenen „codes of conduct" oder über die Einigung über bestimmte Minimalstandards. Das ist Ausdruck des Trends zur Professionalisierung in der humanitären Hilfe. Die einzelnen Organisationen sind konzeptionell, personell, finanziell und organisatorisch unter Druck geraten.

Die vorläufige Schlußfolgerung lautet daher, daß entgegen der These des Souveränitätsverlusts der Staaten sowohl ihre Kontrollfähigkeit als auch die

Regelungskompetenz im Bereich der humanitären Hilfe nicht nur unbestritten, sondern sogar angewachsen ist.

Im Rahmen dieses Projekts werden die historische Entwicklung, die politisch-konzeptionelle und die strukturell-organisatorische Anpassung, die in diesem Politikfeld im Gange sind, erfaßt. Im einzelnen sind dies die humanitären Katastrophen selbst (Art und Umfang sowie deren Korrelate), ausgewählte Institutionen in diesem Politikfeld „Humanitäre Hilfe" (Deutschland, EU, UN) sowie die Organisationen und Akteure humanitärer Hilfe (in Deutschland, im Rahmen der EU, die internationalen Organisationen und humanitäre NGO-Netzwerke). An diesem Projekt sind Catherine Götze und Yasemin Topçu sowie Ulrike Sauer beteiligt.

Arbeitsgruppe „Internationale Politik"

Personal am 1. Oktober 1999	seit
Professor Dr. Wolf-Dieter Eberwein	1978
Diplom-Politologin Catherine Götze	1997
Diplom-Politologin Yasemin Topçu	1997
Ulrike Sauer	1998
Ausgeschiedenes Personal[1]	1998–1999
Doris Bigeschke	1997–1998
Diplom-Politologe Matthias Ecker	1997–1999
Ingmar Stelter	1997–1998

Prävention

Ergänzend zu diesem Bereich wurde eine kleinere Studie zur Prävention gewaltsamer Konflikte von Sven Chojnacki durchgeführt. Diese Problematik hängt unmittelbar mit dem Auftreten kollektiver innerstaatlicher Gewalt zusammen, die heute in starkem Maße die Probleme humanitärer Hilfe bestimmen. Im Rahmen dieser Vorstudie stehen vier miteinander verknüpfte Probleme im Mittelpunkt.

Erstens geht es um die Klärung der theoretisch-konzeptionellen Dimension, das heißt um die Grundlagen von Prävention, die nach wie vor alles andere als klar sind. Als Stichworte seien genannt: kurze, operative Prävention vs. langfristige, strukturelle Prävention; Zuordnung und Schnittmengen einzelner Politikbereiche wie Sicherheit, Entwicklung, Umwelt mit humanitärer Hilfe.

Zweitens muß die empirisch-analytische Dimension geklärt werden. Darunter fällt das Problem der empirischen Umsetzung und die Risikoevaluierung, während die Konfliktdynamik nur auf der mikroanalytischen Ebene evaluiert werden kann. Schließlich gehört hierzu auch die Berücksichtigung der geeigneten Analyseinstrumente und Modelle.

Die dritte Dimension hängt mit dem praxeologischen Problem der Fähigkeit und Bereitschaft der Akteure, eine präventive Politik zu verfolgen, zusammen. Viertens wird auch die Frage der notwendigerweise interdisziplinär konzipierten Forschungsorganisation bzw. der zukünftigen institutionellen Ausgestaltung von Präventionsforschung einerseits und der Vernetzung von Forschung und Praxis andererseits thematisiert.

Elitestudie

Die deutsch-polnische Elitestudie geht auf eine Initiative des Leiters des „Center for International Relations" am „Institute of Public Affairs" in Warschau, Botschafter a. D. Janusz Reiter, zurück. Ausgangspunkt des Projekts ist die Frage, inwieweit fast zehn Jahre nach Unterzeichnung der beiden Normalisierungsverträge (Freundschafts- und Grenzvertrag) die dort als Ziel formulierte Werte- und Interessengemeinschaft verwirklicht worden ist beziehungsweise warum das (noch) nicht der Fall ist. Dies gilt ungeachtet der Tatsache, daß die offiziellen deutsch-polnischen Beziehungen in der Geschichte wohl noch nie so gut gewesen sind, was in beiden Ländern auch immer wieder betont wird.

Zentral bei dieser Untersuchung ist die Beantwortung der Frage, ob die deutschen und polnischen Eliten einen solchen Integrationsprozeß im Sinne der Herausbildung einer Interessen- und Werte-

1 mit mindestens 12 Monaten Zugehörigkeit zum WZB

gemeinschaft fördern oder nicht. Nur bei einer positiven, aktiven Grundeinstellung ist ein umfassender Integrationsprozeß zwischen zwei Gemeinschaften möglich.

Die Entscheidung für die Durchführung einer Elite-Studie lag deswegen nahe, weil davon ausgegangen werden kann, daß die Eliten in beiden Ländern einen wesentlichen Einfluß auf die Gestaltung der wechselseitigen Beziehungen ausüben oder ausüben können. Die einschlägige Elitenforschung besagt, daß Macht und Einfluß bei den Macht- bzw. Positionseliten, vor allem im politischen, aber auch im ökonomischen, gesellschaftlichen und kulturellen Bereich, konzentriert ist. Ihre Bedeutung für das deutsch-polnische Verhältnis ist in zweierlei Hinsicht gut zu begründen: Sie haben Einfluß auf Entscheidungen der staatlichen Außenpolitik, und sie haben in besonderem Umfang auch die Möglichkeiten eigener transnationaler Aktivitäten. Dies prädestiniert sie zur Analyse ihrer relevanten Einstellungen zu einer deutsch-polnischen Interessen- und Wertegemeinschaft.

In der Analyse wird angenommen, daß das bilaterale Verhältnis zwischen Deutschland und Polen durchaus vor dem Hintergrund eines Integrationsansatzes analysiert werden kann und sollte. Integration ist dabei nicht auf die Frage einer baldigen EU- oder NATO-Mitgliedschaft Polens zu reduzieren und auch nicht auf die rein zwischenstaatlichen Beziehungen. Vielmehr ist damit das gemeint, was Karl W. Deutsch in seinem Integrationsansatz als Wertekomplementarität bezeichnete, aufgrund derer die Beziehungen zwischen den Eliten verschiedener Staaten im Vergleich zu anderen Gruppen vergleichsweise eng sind und demzufolge eine hohe Interaktionsdichte aufweisen.

Zu Beginn des Jahres 1998 wurde eine schriftliche Befragung in Deutschland und Polen durchgeführt. Schwerpunkte der Befragung waren die Interessen, Wertevorstellungen und Einschätzung des sicherheitspolitischen Umfelds aus Sicht der Eliten der beiden Länder, die Einschätzung und Bewertung der Aufnahme Polens in die NATO und die beabsichtigte Aufnahme Polens in die Europäische Union.

Wie sich zeigte, besteht ein erstaunlich hohes Ausmaß an Übereinstimmung zwischen den Eliten beider Länder, was die bilateralen Beziehungen und die EU- und NATO-Erweiterung betrifft. Allerdings besteht nach wie vor eine Kluft bezüglich des Grads der Verbundenheit und der Wertvorstellungen. Mitarbeiter an diesem Projekt waren Matthias Ecker sowie Ingmar Stelter.

*

Kooperationen

Im Jahre 1998 waren Wolf-Dieter Eberwein, Catherine Götze und Yasemin Topçu zur Teilnahme an der Klausurtagung des Koordinierungsausschusses Humanitäre Hilfe des Auswärtigen Amts eingeladen.

Wolf-Dieter Eberwein und Sven Chojnacki hielten einen Vortrag auf der Tagung ECHO in Bad Neuenahr im Jahr 1999.

Professor Wolf-Dieter Eberwein war für das Symposium von Médécins sans Frontières in Bonn anläßlich der Verleihung des Friedens-Nobelpreises 1999 eingeladen, einen Vortrag über Ergebnisse aus der Forschung zum Thema „Humanitäre Hilfe“ zu halten. Er war ferner eingeladen zur Teilnahme an dem Globalisierungssymposium 1999 des Auswärtigen Amts über Fragen der Katastrophen-Prävention.

Arbeitsgruppe „Metropolenforschung“

Grundlagen

Auf der Grundlage des Programms der Arbeitsgruppe wurden im Berichtszeitraum drei Projektlinien weiterverfolgt und teilweise abgeschlossen: Untersuchungen zur Organisationspraxis in metropolitanen Verwaltungen („Managing the Big City“), Untersuchungen zur Stadtwissenschaft („Metropolendiskurse in der Urbanistik“) sowie Untersuchungen zur massenmedialen Repräsentation großer Städte („Die große Stadt im Film“). Das Interesse galt dabei den Beziehungen und Übersetzungsverhältnissen in und zwischen administra-

tiven, intellektuellen und fiktiv-audiovisuellen Diskursfeldern.

Personal

Neben dem Leiter der Forschungsgruppe, Professor Dr. Bernward Joerges, teilen sich die Soziologin Katharina Peters und der Historiker und Soziologe Matthias Horwitz die eine Stelle, die der Forschungsgruppe bis 1998 zugeteilt war. Sie führen Untersuchungen zur Berliner Budgetreform und zur wissenschaftlichen Expertise für den Potsdamer Platz durch. Der Student der Soziologie Jörg Potthast unterstützt als wissenschaftliche Hilfskraft die Arbeiten der Gruppe und führt eigenständige Arbeiten zur Eigenart architektonischer Expertise durch. Seit 1999 ist er als Stipendiat des Graduiertenkollegs „Vergleichende Gesellschaftsanalyse" der Gruppe zugeordnet und führt Untersuchungen zur Organisation internationaler Zentralflughäfen durch. Die Studentin der Sozial- und Kulturanthropologie Anne Meyer-Rath absolviert ein Praktikum zur „photologischen" Erkundung der Infobox am Potsdamer Platz. Seit 1999 arbeiten der Soziologe Dietmar Jazbinsek und der Germanist und Medienwissenschaftler Ralf Thies im Rahmen eines DFG-geförderten Projekts zur frühen Berliner Großstadtforschung. Bei den umfangreichen Recherchearbeiten werden sie von der studentischen Mitarbeiterin Katharina Fichtenau unterstützt.

Das ursprünglich als internationales Verbundprojekt angelegte Programm der Gruppe wird als WZB-internes Projekt reorganisiert. Richard Rottenburg (Institut für Sozial- und Kulturanthropologie, Europa-Universität Viadrina, Frankfurt/Oder) wendet sich seinem eigenen Habilitationsprojekt zu, das sich nicht mehr auf die Berlin-Untersuchungen der Gruppe bezieht. Die Paralleluntersuchungen in Frankfurt/Oder verzögern sich. Barbara Czarniawska (Institute of Economic Research, Universität Göteborg) führt mit ihrer Forschungsgruppe die gemeinsam eingeleiteten Untersuchungen in Stockholm, Warschau und Rom weiter, verläßt aber den Projektverbund. Synoptische Arbeiten beschränken sich auf Sekundäranalysen (das Gesamtverzeichnis dieser Arbeiten findet sich unter: http://hem.passagen.se/basia/proj.htm).

Seit Februar 1999 wird die frühere Forschungsgruppe als „Arbeitsgruppe Metropolenforschung" weitergeführt, die zugewiesene Mitarbeiterstelle entfällt.

Projektlinie 1: „Managing the Big City"

Die übergeordnete Fragestellung nach Ordnung/Unordnung der Stadt war für Berlin dahingehend präzisiert worden, welche Umordnungsprozesse der Prozeß eines Rückbaus staatlicher und kommunaler Funktionen und der Überführung von Kompetenzen und Verantwortlichkeiten an unmittelbar betroffene Instanzen und Akteure auslöst.

Im Kontext öffentlicher Debatten über eine zunehmende Deregulierung und Reprivatisierung kommunaler Funktionen stellt sich aus sozialwissenschaftlicher Perspektive die Frage, wie sich die Möglichkeiten translokaler Abstimmungsprozesse verändern. Findet hier ein historischer Wandel statt, der die hergebrachten bürgerlich-modernen Ordnungsmodelle sowohl von Hierarchien/Bürokratien als auch von Märkten in Frage stellt? Welche Formen der Koordination und Kontrolle zeitlich und räumlich weit erstreckter Interaktionsnetzwerke ersetzen hergebrachte bürgerlich-moderne Ordnungsmodelle?

Metropolen sind ausgezeichnete Orte, an denen sich solche Veränderungen von allgemeinerem Interesse für eine Anthropologie (spät-)industrieller Gesellschaften erkunden lassen (zur theoretischen Fragestellung Czarniawska/Joerges 1998, Rottenburg 1998a, 1998b; zur Analyse der Reformvorhaben in Warschau Czarniawska 1998a, 1998b).

Problemfeld Verwaltungsreform

Als prioritäres Berliner Stadtprojekt mit einem ausreichend guten Feldzugang war die Berliner Verwaltungsreform identifiziert worden. Im Kern geht es hier darum, das Modell Bürokratie mit einem seiner wichtigsten Fundamente (der Aufteilung von Finanz-, Personal- und Fachaufsicht auf drei verschiedene Instanzen) in ein anderes Modell zu transportieren, in dem die drei Kompe-

tenzen nach Möglichkeit zusammengeführt und möglichst dort angesiedelt werden, wo die Kosten anfallen, also dort, wo die Dienstleistungen bereitgestellt werden.

Die „Kameralistik" und insbesondere die damit zusammenhängende Budgetkultur sollen reformiert werden. Das Verhältnis zwischen „öffentlichen Händen" und privaten Akteuren soll in neue organisationelle Formen einer „öffentlich-privaten Partnerschaft" überführt werden.

Budgetkultur

Zwei verschiedene Budgetkulturen und mit ihnen verbundene Repräsentationen und Praktiken, eine kamerale und eine betriebswirtschaftliche, befinden sich in Berlin in einem laufenden Prozeß der De-Institutionalisierung und Re-Institutionalisierung. Dieser Umstellungsprozeß wird in drei ethnographisch angelegten Fallstudien beobachtet.

Die Doppelkonstruktion budgetärer Wirklichkeit: Repräsentationen und Praktiken der Finanzverwaltung

Es werden Verfahren der Geldverteilung beschrieben, wie sie in Berlin unter den Bedingungen eines kameralistisch strukturierten und von einschneidenden Finanzrestriktionen geprägten Haushaltens zustandekommen. Die finanzwissenschaftliche Vorstellung von der geordneten Geldverteilung durch den sogenannten Budgetkreislauf wird mit einer Perspektive kontrastiert, wie sie sich aus der teilnehmenden Beobachtung von Haushaltsverhandlungen in den Senatsverwaltungen Berlins ergibt.

Die Übersetzung der Verteilungsproblematik in bürokratische Prozeduren führt dazu, daß neben der repräsentativen Seite des Budgetkreislaufs ein zweiter inneradministrativer Budgetkreislauf entsteht. Er entspricht dem des deutschen Kinderspieles „Der Plumpsack geht um": Die Verwaltungseinheiten versuchen sich untereinander die Einsparlast zuzuschieben. Ein Endlosspiel, in dem es nur temporäre Verlierer gibt. Unter Bedingungen extremer Sparzwänge werden zwei Budgetkreisläufe benötigt, um Budgetierung bürokratisch zu materialisieren.

Die Finanzierung der Stadt: Ein Streitgespräch

Der Stadtstaat Berlin befindet sich in einer umfassenden Reformierung seiner Strukturen. In diesem Schwerpunkt des Teilprojekts werden Verfahren der Legitimierung beschrieben, die den Prozeß der Reformierung rahmen. In quasi-literarischer Form werden unterschiedliche Positionen in der Diskussion um die Zukunft des Haushaltens in Berlin in einem Streitgespräch zusammengeführt. Damit werden Verfahren der Übersetzung von sozialen Sachverhalten in quantitative „Fakten" als gesellschaftliche Aktivitäten zur Herstellung von städtischer Ordnung expliziert.

Wenn Reform ins Spiel kommt: zwei Perspektiven auf die Verteilung öffentlicher Gelder

In einer dritten Fallstudie wird die Umstellung einer inputorientierten in eine outputorientierte Finanzierung am Beispiel der Einführung eines neuen Budgetierungsinstruments (den Globalsummen) untersucht. Mit der Metapher vom Spiel wird die Verteilung öffentlicher Gelder nach Rollen und Typen von Regeln, unterschiedlichen Arten ihrer Nutzung und an Zielen ausgerichtet beschrieben: Jede administrative Instanz sucht Gestaltungsspielräume in Form von Geld zu gewinnen und zu halten.

Die Reform stellt das Repertoire aus aktuell genutzten Spielregeln und ihren Anwendungsmöglichkeiten dar. In einer prozeßorientierten Perspektive wird Reform nicht als ein „Vorher-und-Nachher" untersucht, sondern als Veränderung in Form der Kumulation minimaler Effekte (Peters 1999a, 1999b).

Die Arbeiten zu dieser Thematik werden von Katharina Peters im Rahmen eines Dissertationsvorhabens an der Universität Bielefeld weitergeführt.

Problemfeld privatwirtschaftliche Produktion öffentlicher Anlagen

Im zentralen Bereich von Berlin hat sich ein komplexes Organisationsfeld herausgebildet, auf dem unterschiedliche private und öffentliche Akteure

mit- und nebeneinander materiale Stadt produzieren. Die alte, lange leer gehaltene Mitte, die besonderen Besitzverhältnisse, die sich ablösenden und neu gesuchten Symboliken des Orts, die technologische Größenordnung, der dramatische Zeitplan, die Zahl der Mitspieler, die Abwesenheit eines klassischen „Systemführers" in der Steuerung des Projekts – das sind einige Merkmale, die dieses Organisationsfeld interessant machen.

Analog zur Verwaltungsreform, die gezielte Devolution produzieren soll, finden hier Entwicklungen mit ähnlichen Effekten statt. Es kommt an verschiedenen Stellen zu einer Verwischung der Grenzen zwischen privat und öffentlich, ohne daß diese Situation Teil einer geplanten Reform wäre. Gleichwohl handelt es sich um eine lokale Artikulation eines transnationalen Prozesses, in dem das Verhältnis von Markt und Öffentlicher Hand neu verhandelt wird.

Potsdamer Platz

Als zweites Stadtprojekt mit ausreichendem Zugang für eine ethnographische Untersuchung war in diesem Problemzusammenhang die privat-öffentliche Wiederherstellung des Potsdamer Platzes, insbesondere seiner unterirdischen Anlagen identifiziert worden. Hier kann beobachtet werden, wie Stadt, Bahn und die Bauherren des Potsdamer Platzes gemeinsam Verfahren entwickeln, die es ihnen ermöglichen, Leistungen nachträglich abzurechnen, die dritte Parteien (in der Regel Bauunternehmen) erbracht haben, ohne daß es eine einfache Zuordnung der Leistungsempfänger gegeben hat.

Teilprojekt Aushandlungsprozesse

In einer organisationssoziologisch orientierten Perspektive wird in dem Teilprojekt das Verhältnis von Repräsentationen und Praktiken in Aushandlungsprozessen rekonstruiert, in denen es um die Klärung der Zurechenbarkeit von Kosten geht. Die offiziellen Repräsentationen – wie Verträge, Pläne und Finanzierungsvereinbarungen – sollten einerseits die Rechts-, Planungs- und Finanzierungssicherheiten garantieren, mußten andererseits immer wieder in konkrete Handlungssituationen übersetzt werden. In der Vermittlung translokaler Standards und lokaler Entwicklungslinien waren die offiziellen Repräsentationen selbst Neuinterpretationen unterworfen.

Das daraus erwachsende Problem der Handlungskoordination und der Stabilisierung des Ordnungsrahmens über den gesamten Projektverlauf hinweg wird am Beispiel der Kooperation zwischen dem ehemals öffentlichen Betrieb „Deutsche Bahn" und einem der privatwirtschaftlichen Investoren am Potsdamer Platz untersucht (Bär 1999).

Forschungsgruppe „Metropolenforschung"

Personal am 1. Oktober 1999	seit
Katharina Fichtenau	1999
Diplom-Soziologe Dietmar Jazbinsek	1999
Professor Dr. Bernward Joerges	1979
Dagmar Kollande	1977
Diplom-Soziologin Katharina Peters	1994
Jörg Potthast M.A.	1994
Ralf Thies M.A.	1999
Ausgeschiedenes Personal[1]	1998–1999
Diplom-Soziologe Matthias Horwitz	1994–1999

Projektlinie 2: Metropolendiskurse in der Urbanistik

Wie wird die Problematik metropolitaner Ordnung in sozialwissenschaftlichen Analysen der großen Stadt verhandelt? Dieser Frage wird auf zwei Ebenen nachgegangen: der Ebene wissenschaftshistorisch ausgerichteter Analysen des Wandels von „Metropolendiskursen" in der Stadtforschung (Urbanistik): Wie sind diese Diskurse geordnet, und wie wird in der Urbanistik unter Gesichtspunkten wie Gestaltbarkeit, Regierbarkeit und Verwaltbarkeit über Metropolen gesprochen? Und auf der Ebene einer Analyse stadtwissenschaftlicher Expertise: wie

1 mit mindestens 12 Monaten Zugehörigkeit zum WZB

verhalten sich wissenschaftliche und außerwissenschaftliche, in der Management- und Organisationspraxis generierte Repräsentationen zueinander, und welche Rolle kommt wissenschaftlicher Expertise in der Produktion von Stadt zu?

Teilprojekt „Stadtlabor"

City West

In einer wissenschafts- und techniksoziologisch angelegten Studie zum „Architekturbüro als Labor der Stadt" wird am Fall der Hochhausbebauung in der Berliner City West die Eigenart architektonischer Expertise untersucht. Professor X, Leiter eines bekannten Berliner Architekturbüros, schlägt vor, dort mehrere Hochhäuser und einen Paradiesischen Garten zu bauen. Die Biographie dieses umstrittenen Projekts wird nachgezeichnet: Was tun Architekten, wenn sie entwerfen? Wie beschaffen sie gute Gründe, hier und nicht dort, so und nicht anders zu entwerfen? Wodurch zeichnet sich architektonische Expertise aus?

An einigen Episoden wird gezeigt, wie die interne Logik des Entwurfs und Positionen des politisch-administrativen Felds, in dem der Entwurf plaziert werden muß, zusammenhängen. Unter Verwendung der Interpretationsfigur Repräsentationen/Praktiken gelingt eine feingliedrige Beschreibung dieses Vermittlungsprozesses. Architektonische Expertise, so der Befund, hat vor allem damit zu tun, Referenzen auf Stadt/Urbanität in ihre Entwürfe einzuarbeiten (Potthast 1998).

Teilprojekt „Wissenschaftliche Expertise für den Potsdamer Platz"

Im Untersuchungsfeld „Zentraler Bereich von Berlin" befindet sich die derzeit größte innerstädtische Baustelle Europas. Eine Unzahl von Organisationen ist damit beschäftigt, an einer Reihe von Großprojekten zur Wiederherstellung der alten Berliner Mitte zu arbeiten. Wie wird das unter der Bedingung gemacht, daß es keine Organisation gibt, die das Gesamtgeschehen steuert, und welche Rolle spielen Technik- und Kulturwissenschaft dabei?

Bahn

Im Anschluß an die Untersuchungen eines Falls ingenieurwissenschaftlicher Expertise (Erfindung eines Stahlfaserbetons für Unterwasserbetonsohlen am Potsdamer Platz) wird die Erfindung eines rechtswissenschaftlichen Arguments untersucht. Es geht um die von Rechtswissenschaftlern eingebrachte Expertise, die es der Bahn erlauben soll, ihre Auftragsvergabe als Bauherr des Tiergartentunnels nach dem für sie günstigeren Abschnitt 4 der Verdingungsordnung für Bauleistungen durchzuführen. Ein innovatives rechtstechnisches Argument wird von seiner Erfindung bis zum andauernden Streit um eine neue Rahmenfinanzierungsvereinbarung zwischen Bahn, Bund und Interessenverbänden verfolgt.

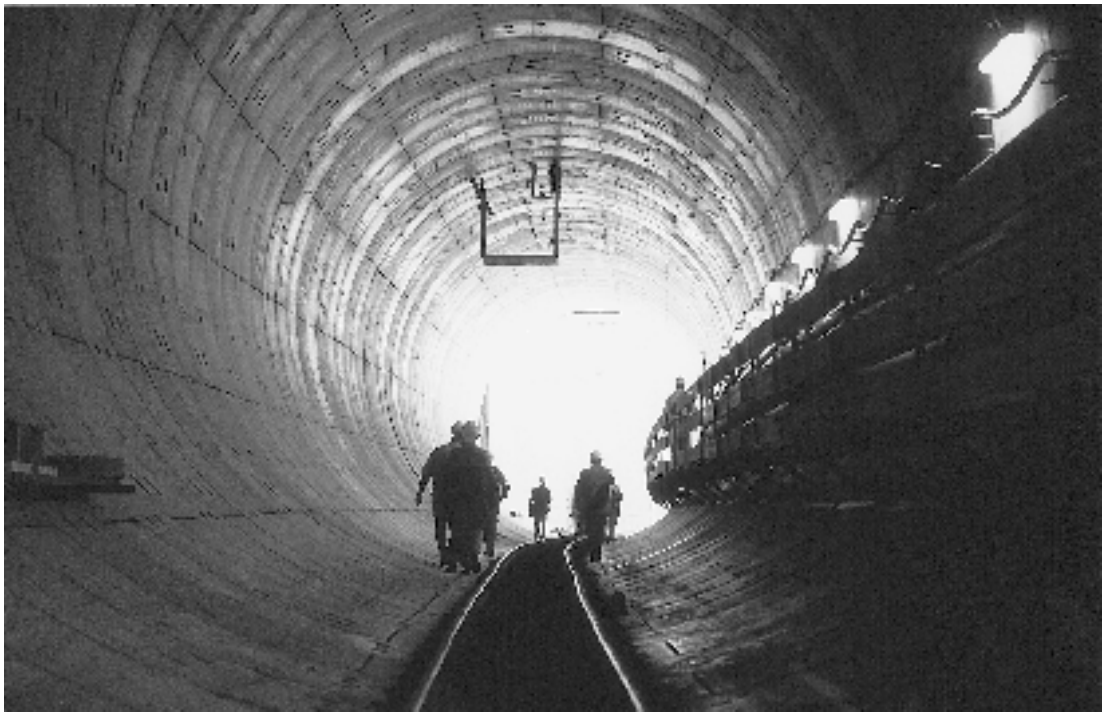
Im Vergleich von im weiteren Sinn technikwissenschaftlicher und kulturwissenschaftlicher Expertise zeigt sich, daß sich in beiden Fällen die Verwendungen wissenschaftlichen Wissens als Institutionalisierung von Grenzobjekten begreifen lassen. Die Arbeit an den Objekten erfolgt als fortlaufende Verknüpfung von Repräsentationen und Praktiken in weitläufigen organisationellen Umfeldern.

Die Kunst besteht darin, aus singulären, für den Einzelfall konzipierten generalisierte, tendenziell überall einsetzbare Objekte zu machen. Mit Hilfe von Repräsentationen werden sie mit der nötigen Legitimität und Autorität versehen, so daß sie sich gegen bereits im Feld etablierte Konkurrenz durchsetzen können. Und über Praktiken werden die Objekte entsprechend den Anforderungen des Felds standardisiert. Ein entscheidender Schritt auf dem Weg zu einer erfolgreichen wissenschaftlichen Innovation wird darin gesehen, sie aus ihrem Entstehungszusammenhang herauszulösen und sie in einen größeren, außerwissenschaftlichen Kontext zu überführen.

Auch diese Arbeiten werden von Mattias Horwitz im Rahmen eines Dissertationsvorhabens an der Technischen Universität Berlin weitergeführt.

Teilprojekt „Die Brücken des Robert Moses"

Wie in vielen anderen wissenschaftlichen Disziplinen geistern auch durch die Sozialwissenschaften einprägsame Gleichnisse: fromme, wie aus der empirischen Forschungspraxis gegriffene Geschichten, die gewisse allgemeine theoretische Folgerungen nahelegen. In vielfachen Abwandlungen werden sie weitergetragen und gewinnen im Verlauf



Tiergartentunnel – Baustelle für die Bahn (1998) Foto: Ullstein/K. Mittenzwei

dieser „Stillen Post“ den Charakter von fast unangreifbaren Lehrstücken. Eine solche Parabel, die in der Stadt- und Technikforschung über Jahrzehnte weitererzählt wurde, ist die Geschichte von den niedrigen Brücken, mit denen Robert Moses Armen und Schwarzen gezielt und erfolgreich den Zugang zu den Stränden der Weißen auf Long Island verwehrt habe.

Die Rezeption der Geschichte in der sozialwissenschaftlichen Literatur zu Stadt- und Technikforschung wurde analysiert. Es wird gezeigt, daß die Erschließung Long Islands durch Moses und die Planungsverbände seiner Zeit keine guten Gründe liefern, an den in der Literatur überlieferten Versionen festzuhalten: Moses hätte seine Brücken nicht höher bauen können, auch wenn er das gewollt hätte, und die Abwesenheit schwarzer und armer Bevölkerungsgruppen von den Erholungsgebieten auf der langen Insel hatte viele andere Gründe.

Entzauberung

Zwar wird in dem Projekt ein kleiner Mythos des wissenschaftlichen Alltags entzaubert, aber die Auflösung gibt Anlaß zu Fragen von theoretischem Interesse, die über die Botschaft der Parabel hinausführen. Die Rezeption der Moses-Geschichte fand im Kontext eines mächtigen sozialwissenschaftlichen Diskurses statt, in dem die „Ordnung der Stadt“ im Rahmen von Theorien geplanten Wandels verhandelt wird: Soziale Ordnung und Unordnung ist das Resultat intentionalen Handelns. Der Rest wird unter „unbeabsichtigten Nebenfolgen“ des Handelns abgebucht. Städte werden hier (zumindest auch) als Produkt bestimmter Regime präsentiert, sie sind Ergebnis planvollen Handelns.

Diesem kontrolltheoretischen Diskurs läßt sich ein kontingenztheoretischer gegenüberstellen, in dem soziale Ordnung und Unordnung als Resultat der Verknüpfung von Handlungsfolgen vieler kleiner, durchaus intentionaler, aber im Prinzip blinder,

keinem übergeordneten Plan folgender Anpassungsleistungen sozialer Akteure vorgestellt werden. Hier werden Städte als höchst kontingente Prozesse vorgestellt, die planen und steuern zu wollen unrealistisch wäre.

Die New Yorker Projekte des Stadtbaumeisters Moses werden dann in Zusammenhang mit einer spezifischen Naturpolitik gebracht, in der es um den Zubau einer künstlichen Natur für die autogerecht zugerichtete Metropole geht. Ein alternatives Konzept für die Interpretation des Zusammenhangs von technischen Artefakten und städtischer Entwicklung wird vorgeschlagen: Die Macht städtischer Artefakte wird nicht in ihrer baulich-technischen Form gesucht, sondern in ihren historisch wandelbaren Repräsentationen. Wofür und von wem sie praktisch eingesetzt und genutzt werden können, hängt insbesondere davon ab, wer legitimerweise über sie verfügen und mit Zugangsrechten ausstatten kann (Joerges 1999a, 1999b, 1999c, 1999d).

Teilprojekt „Großstadt-Dokumente"
In diesem Projekt wird eine Rekonstruktion der intellektuellen Milieus unternommen, in denen in den Jahren von 1904 bis 1908 eine von dem Berliner Publizisten Hans Ostwald herausgegebene 50-bändige Schriftenreihe entstand. Anlaß für eine wissenschaftshistorische Rekonstruktion dieses frühen Stadtforschungsprojekts waren die Verweise auf die Berliner Reihe in einem Klassiker der Stadtsoziologie, dem von Robert E. Park und William I. Thomas herausgegebenen Band „The City" aus dem Jahr 1925.

Recherchen in den Archiven der University of Chicago ergeben, daß die Großstadt-Dokumente dort bereits im Jahre 1914 komplett vom Department of Sociology angeschafft worden sind. (Interessant, daß heute in keiner deutschen Bibliothek die gesamte Reihe existiert.) Anhand der Ausleihkarten der Einzelbände in der Regenstein Library ließ sich der Nachweis führen, daß prominente Vertreter der sogenannten Chicagoer Schule der Stadtforschung – darunter Ernest W. Burgess, William I. Thomas und Louis Wirth – Bände der Großstadt-Dokumente sowie andere Stadttexte von Hans Ostwald und seinen Koautoren ausgeliehen und zum persönlichen Studium herangezogen haben. Genutzt wurden die Bände hauptsächlich in den Jahren von 1920 bis 1935, also genau in der Periode, die als die klassische Ära der Chicago School gilt (Jazbinsek/Thies 1998).

Chicago/Berlin

Die Arbeiten der Chicago-Schule und des Kreises um die „Großstadt-Dokumente" legen einen Vergleich der Diskurse über diese beiden Metropolen nahe. Daß gerade Chicago und Berlin zu Beginn des 20. Jahrhunderts Schauplätze großangelegter Ethnographien des urbanen Lebens waren, war – wenn man sich die Parallelen in der Geschichte der beiden Städte vor Augen führt – kein Zufall. Die amerikanische Metropole Chicago galt damals – wie keine andere neben ihr – als Emblem der anbrechenden Moderne, Berlin wurde als Vorposten der „Amerikanisierung" angesehen. Das Schlagwort des Amerikanismus bezog sich dabei nicht allein auf die Modernisierung der städtischen Infrastruktur, sondern auch auf die Mentalität der Stadtbewohner, beispielsweise den Habitus des „self-made-man". Die Diskussion um das „Chicago an der Spree" in den Stadttexten der Jahrhundertwende nimmt Motive vorweg, die in der Amerikanisierungsdebatte am Ende des 20. Jahrhunderts nachklingen (Jazbinsek/Thies 1999, Thies/Jazbinsek 1999).

Zur systematischen Rekonstruktion und theoretischen Aufarbeitung der Entstehungs- und Wirkungsgeschichte der „Großstadt-Dokumente" wurde ein Antrag für eine dreijährige Forschungsförderung erarbeitet, der Ende 1998 von der Deutschen Forschungsgemeinschaft bewilligt worden ist.

Projektlinie 3: „Visuelle Repräsentation der großen Stadt"

Neben Seminarveranstaltungen und studentischen Übungen des Arbeitsgruppenleiters an der Technischen Universität Berlin wird von Anne Meyer-Rath im Rahmen eines Praktikums in der Gruppe eine Photodokumentation der visuellen Projektionen in der Infobox am Potsdamer Platz durchgeführt.

Dorothea Kress, eine ausgeschiedene Mitarbeiterin der Arbeitsgruppe, kann ihre Arbeiten über die Visualisierung von Geschlechterordungen in Stadtfilmen im Rahmen einer Förderung der Berliner Senatsverwaltung für Arbeit, Soziales und Frauen weiterführen. Ausgangshypothese ist hier, daß Stadtfilme anschaulich Spuren einer Produktion von geschlechtsspezifischen Ein- und Ausschließungen, zeitlich-dynamischen Entwicklungen und räumlich-topographischen Aufteilungen vermitteln.

Geschlechter-ordnung

Ein Charakteristikum großer Städte – so wird immer wieder behauptet – sei die Problematisierung der Geschlechterverhältnisse. Zwei aktuelle Teilprobleme werden aufgegriffen: die mehr oder weniger radikalen Wandlungsprozesse großer Städte und die Vorstellung, städtische Räume seien in hohem Maße „gendered" – geschlechtsspezifisch organisiert. Am Beispiel von sechs neueren Großstadtfilmen (aus Paris, Madrid und Hongkong) wird nach Geschlechterordnungen im Wandel gefragt.

Geschlechterordnungen werden als das Ergebnis komplexer, inhomogener und unsystematisch zusammenwirkender Diskurse betrachtet, an deren Erzeugung das Massenmedium Film maßgeblich beteiligt ist. Die Analyse und Interpretation der Filme zeigt, daß und wie stabile – meist essentialistisch gedachte – Geschlechterdichotomien und deren Verlängerung in entsprechend duale räumliche Aufteilungen zur Disposition gestellt werden.

Für diese Stadtfilme trifft demnach zu, daß Geschlechterrollen ihre Eindeutigkeit und Zurechenbarkeit verloren haben. Zu beobachten ist, wie vielfältige Geschlechterdifferenzen in einem Prozeß der ständigen Re- und Neuinszenierung erzeugt werden.

Gibt man die Vorstellung eines gegebenen Raums auf und erkundet mit dem Blick von Danebenstehenden, wie ein Geflecht von Orten über die Praktiken der Benutzer hergestellt wird, dann geraten „Übersetzungen in der Mitte" ins Blickfeld der Untersuchung. In diesem Sinn werden die filmischen Erzählungen und Metaphern als Grenzobjekte interpretiert, die geteilte und nicht-geteilte Fiktionen erzeugen. Sie werden in einem mehrfachen Sinn zu grenzüberschreitenden und grenzverbindenden Vehikeln. Daran schließen Überlegungen an, wie man kleine Geschichten, die von Alltagspraktiken handeln und nicht in Metanarrativen der Geschlechterdualismen aufgehen, für eine Analyse von Ordnungen im Wandel nutzen kann (Kress 1999).

Mitglieder des Kuratoriums des WZB

(Stand: Juni 2000)

Vorsitzender:

Wolf-Michael Catenhusen MdB
Parlamentarischer Staatssekretär
Bundesministerium für Bildung und Forschung

Stellvertretender Vorsitzender:

Dr. Christoph Stölzl
Senator für Wissenschaft, Forschung und Kultur
Berlin

Professor Dr. Hans-Jürgen Ewers
Präsident, Technische Universität Berlin

Professor Dr. med. Peter Gaehtgens
Präsident, Freie Universität Berlin

Professorin Dr. Christine Landfried
Universität Hamburg

Werner Lensing MdB
CDU/CSU-Fraktion des Deutschen Bundestags

Professor Dr. Hans Meyer
Präsident, Humboldt-Universität zu Berlin

Professorin Dr. Helga Nowotny Ph.D.
ETH Zürich

Professor Dr. Wolfgang Schluchter
Universität Erfurt

Professor Dr. Dr. h.c. Richard Schröder
Von der SPD-Fraktion des Deutschen Bundestags benannt

Professor Dr. Dr. h. c. mult. Dieter Simon
Präsident, Berlin-Brandenburgische
Akademie der Wissenschaften

Professor Dr. Klaus F. Zimmermann
Präsident, Deutsches Institut
für Wirtschaftsforschung, Berlin

mit beratender Stimme:

Professor Dr. Dr. h.c. Hans-Hermann Hartwich
Vorsitzender des WZB-Beirats

Dr. Maria Oppen
Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung

Dr. Gerd Paul
Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung

Weitere WZB-Gremien

(Stand: Juni 2000)

WZB-Beirat

Professorin Eileen Appelbaum Ph.D., Washington D.C.
Professorin Dr. Marlis Buchmann, Zürich
Professor Dr. Wolfgang Franz, Mannheim
Professor Dr. Dr. h.c. Hans-Hermann Hartwich, Hamburg (Vorsitzender)
Professorin Dr. Karin Hausen, Berlin
Professor Ronald F. Inglehart Ph.D., Ann Arbor, Michigan
Professor Hanspeter Kriesi Ph.D., Genf
Dr. Bogdan Mach, Warschau
Professor Dr. Meinhard Miegel, Bonn
Professor Dr. Arnold Picot, München
Professor Dr. Ulrich K. Preuß, Berlin
Professor Dr. Manfred G. Schmidt, Bremen
Professor Dr. Gunnar Folke Schuppert, Berlin
N.N.
N.N.

Wissenschaftlicher Rat des WZB

Dr. Weert Canzler
Professor Dr. Wolfgang van den Daele
Professor Dr. Meinolf Dierkes
Professor Dr. Ulrich Jürgens
Professor Dr. Max Kaase
Professor Dr. Hans-Dieter Klingemann
Dr. Hildegard Matthies
Professor Dr. Friedhelm Neidhardt (Vorsitzender)
Christiane Neumann (mit beratender Stimme)
Jacqueline O'Reilly Ph.D.
Dieter Plehwe
Dr. sc. Eckhard Priller
Professor Lars-Hendrik Röller Ph.D.
Professorin Dr. Hedwig Rudolph
Professor Dr. Günther Schmid
Ulrike Schumacher
Ralph Siebert
Professor Dr. Udo E. Simonis
David Soskice
Dr. Helmut Weidner
Dr. Christian Wey
Dr. Bernhard Weßels (Sprecher)
Professor Dr. Wolfgang Zapf

Betriebsrat des WZB

Dagmar Kollande
Marion Obermaier
Katharina Pollner
Thomas Schuh
Axel Tröster-Grönig (Vorsitzender)
Dr. Andrea Volkens
Dr. Christian Welzel

Gleichstellungsbeauftragte

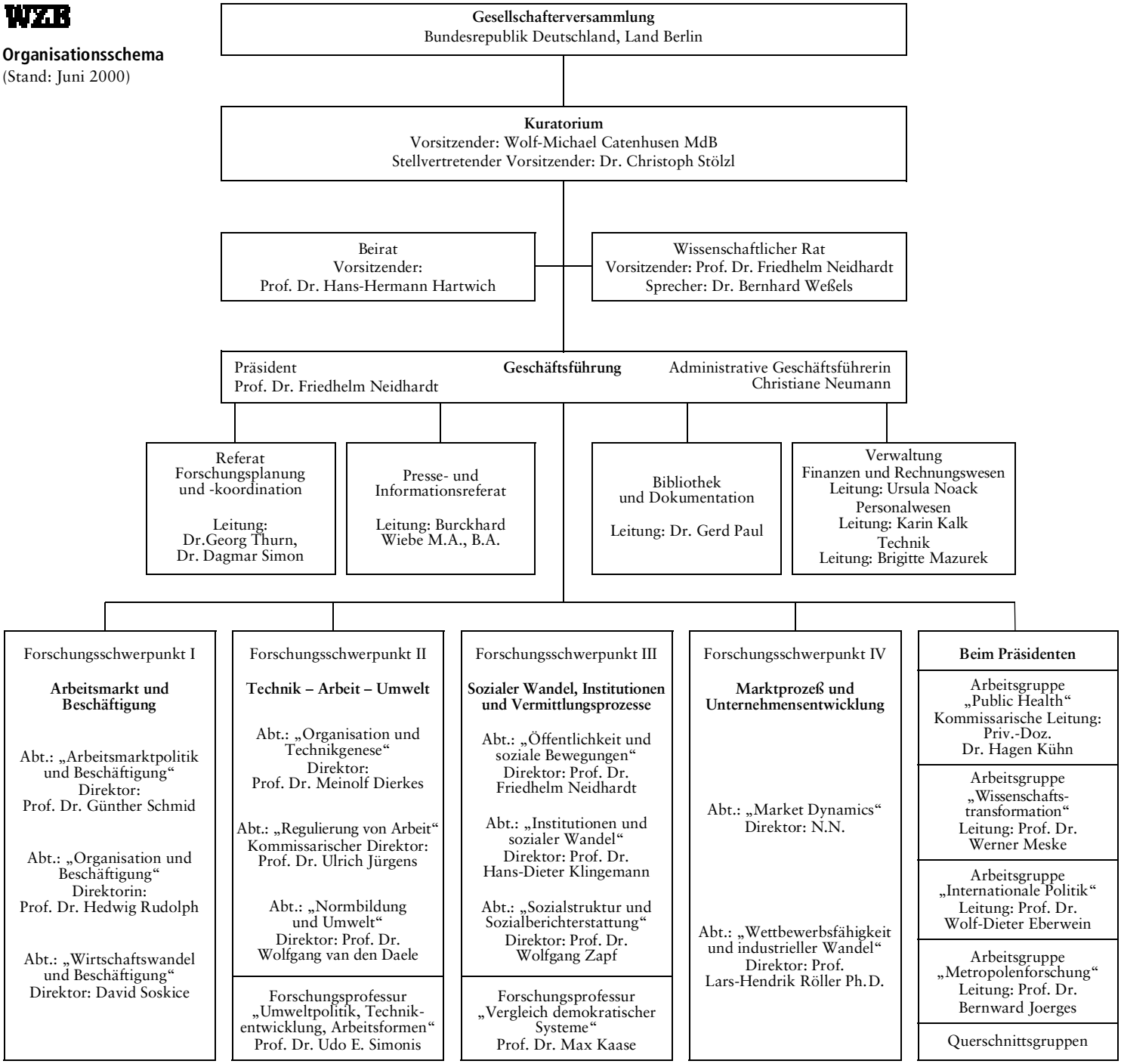
Anke Geßner

Frauenausschuß des WZB

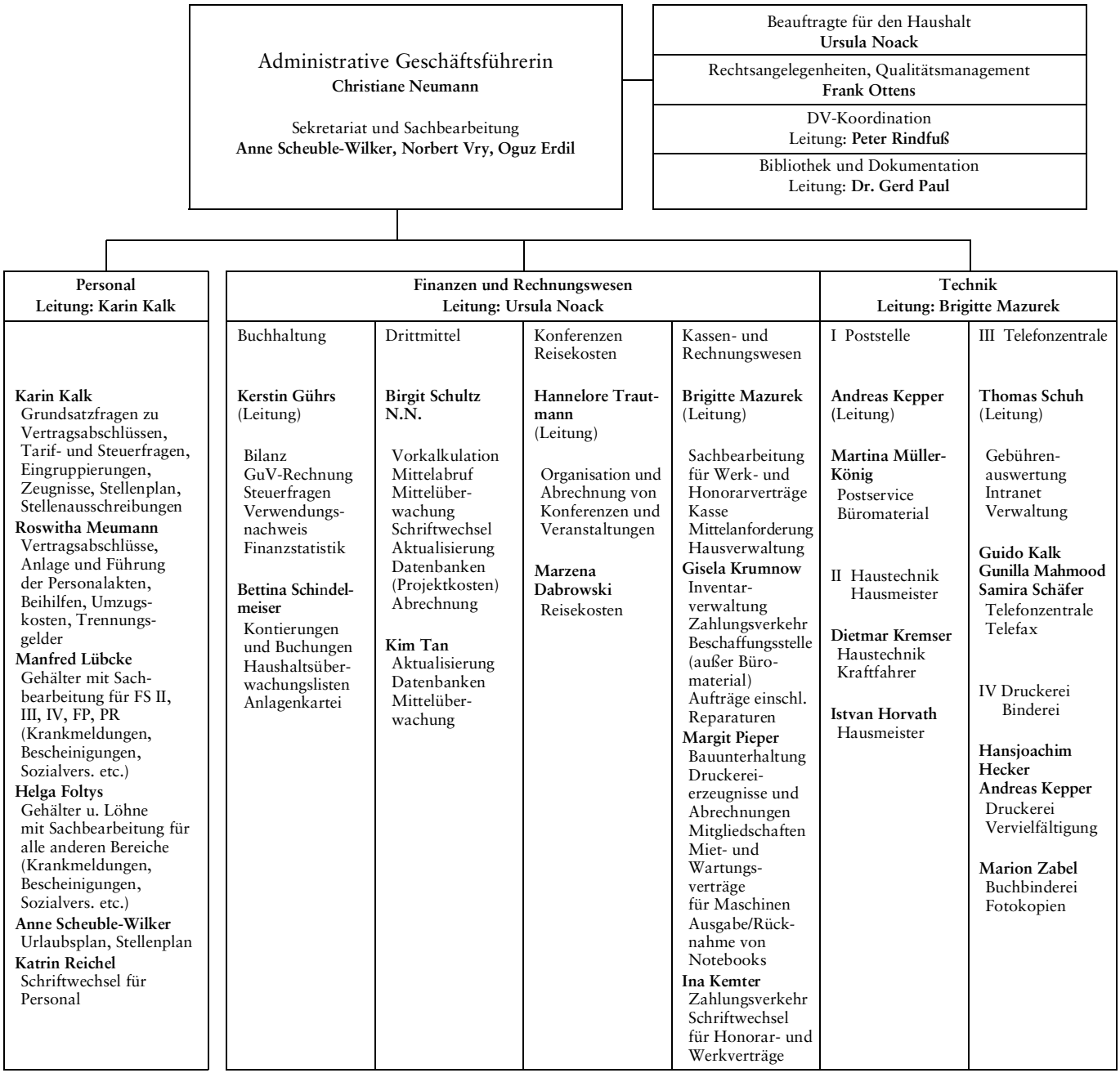
Anne Scheuble-Wilker
Nicole Schneider
Hildegard Theobald

WZB

Organisationsschema
(Stand: Juni 2000)



Verwaltung des WZB
(Stand: Juni 2000)



WZB-Kolloquien 1998–1999

17. Februar 1998
Laslo Sekelj (Belgrad): „Ethnizität und Transformation – Zur Bedeutung ethnischer Spaltungen für die Konsolidierung nachkommunistischer Demokratien"

16. April 1998
Jens Hölscher (Birmingham): „Progress and set-backs in transitions towards market economies"

21. April 1998
Andrzej Rychard (Warschau): „Coping strategies and institution building in Poland: coexistence or contradiction?"

27. April 1998
Richard I. Hofferbert (Binghamton): „The Pattern of Party Concerns in Modern Democracies"

12. Mai 1998
Richard Benedick (Washington): „Lehren aus dem Ozonloch: Das Montrealer Protokoll und die neue globale Diplomatie"

19. Mai 1998
Michal Federowicz (Warschau): „Business Elites' and Big Firms' Strategies in Central-Eastern Europe: Between the State and Foreign Capital"

28. Mai 1998
Marianne A. Ferber (Illinois): „Women and Work, Paid and Unpaid", in co-operation with the Längsschnittwerkstatt Berlin-Brandenburg

23. Juni 1998
John Mollenkopf (Amsterdam): „Racial and Ethnic Trajectories in the Global City – Economic Restructuring and the New Second Generation in New York City"

8. Juli 1998
Ronald Inglehart (Michigan): „Clash of Civilizations or Globalization of Cultures? Empirical Evidence from 61 Societies"

22. September 1998
Thomas König (Saarbrücken): „Regierungswechsel ohne politischen Wandel? – Ein Leitfaden für den wechselorientierten Wähler"

10. November 1998
Arndt Sorge (Tilburg): „Die Hochschule als betriebsförmige Wirtschaftsorganisation in den Niederlanden"

23. November 1998
Richard W. Morris (Washington, D.C.): „U.S. Programs for Technological Innovation and Economic Growth"

16. Dezember 1998
Nancy Fraser (New York): „Social Justice in the Age of Identity Politics: Redistribution, Recognition, Participation"

17. Dezember 1998
Vladimir Gel'man (St. Petersburg): „Regime Transition and Prospects for Democratization: The Politics of Russia's Regions in a Comparative Perspective"

26. Januar 1999
Sencer Ayata (Ankara): „Political Conflict and Social Change in Contemporary Turkey"

9. Februar 1999
Ayse Günes-Ayata (Ankara): „State, Society and Gender in Turkey"

23. Februar 1999
Laslo Sekelj (Belgrad): „Eliten in der Transformation: Osteuropäische Länder im Vergleich"

9. März 1999
Jeremy Lever Q.C. (Oxford): „The Development of British Competition Law – A Complete Overhaul and Harmonization"

11. Mai 1999
Guillermo A. O'Donnell (Notre Dame, Indiana): „Democratic Theory and Comparative Politics"

7. Mai 1998
Werner Knopp (Berlin): „Die Stiftung als Mikrokosmos der deutschen Wiedervereinigung" (WZB-Open, Verein der Freunde und Förderer des WZB)

14. Mai 1999
Ulrich Beck (München): „Die Zukunft der Arbeit und ihre Szenarien"

15. Juni 1999
Alison Woodward (Brüssel): „Mainstreaming as Policy Innovation? – Speaking the Language of Power to Gender Test the State"

21. Juni 1999
Seymour Martin Lipset (Washington, D.C.): „Conditions of Democracy"

29. Juni 1999
José Magone (Hull): „Democratic Institutional Transfer within and outwards the European Union – Towards a Sociology of Knowledge of Pan-European Public Administrative Convergence"

30. Juni 1999
Rainer Düvell, Karsten Feucht (Berlin): „Raumentwicklung Kulturforum"

13. Juli 1999
Franz-Xaver Kaufmann (Bielefeld/Berlin): „Der deutsche Sozialstaat im internationalen Vergleich"

12. Oktober 1999
Peter J. Katzenstein (Ithaca, N.Y.): „Eine Welt der Regionen?"

19. Oktober 1999
Hubert Orlowski (Poznan): „Effizienzdenken versus Modernisierungsdefizite: ‚Polnische Wirtschaft' – Zum deutschen Polendiskurs der Neuzeit"

2. November 1999
Gunnar Folke Schuppert (Berlin): „Gemeinwohl und Institutionenbildung"

10. November 1999
Peter Hennicke (Wuppertal): „Ein weltweites Faktor-Vier-Szenario"

23. November 1999
Kjell Goldmann (Stockholm): „Internationalisation and the Nation-State"

Kolloquienreihe „Globalisierung, Systemwettbewerb, Innovation"

3. März 1998
Axel Börsch-Supan (Mannheim): „Soziale Sicherungssysteme im globalen Wettbewerb"

24. März 1998
Jane Humphries (Cambridge): „Gender and Economics"

26. Mai 1998
Hans Werner Sinn (München): „Deutschland im Steuerwettbewerb"

9. Juni 1998
Dietmar Harhoff (Mannheim; WZB): „Globalisierung und Innovation"

16. Juni 1998
Richard B. Freeman (Cambridge, MA): „Globalization, Welfare and Democracy"

30. Juni 1998
Frieder Meyer-Krahmer (Karlsruhe): „Globalisierung und nationale Forschungs- und Innovationssysteme"

14. Juli 1998
Dennis Snower (London): „Globalisierung und Wohlfahrtsstaatsreform"

Forumsreihe „Berlins Zweite Zukunft" in Zusammenarbeit mit dem „Berliner Wirtschaftsgespräche e.V."

25. November 1998
„Stockholm, Berlin, Warschau, Prag, Wien: Eine neue mitteleuropäische Region?"

20. Januar 1999
„Schulen in Berlin – Steuerung und Selbststeuerung"

10. Februar 1999
„Berlin: Beschäftigungspolitische Zukunftswerkstatt im Lichte internationaler Erfahrungen"

3. März 1999
„Migrantinnen und Migranten in Berlin – Chancen und Herausforderungen für die Stadt"

31. März 1999
„Polen – eine Chance für Deutschland und eine Herausforderung für die Region Berlin-Brandenburg"

Publikationen

Forschungseinheiten beim Präsidenten

Discussion papers 1998

P 97–004
Klaus Mueller, East European Studies, Neo-Totalitarianism and Socical Science Theory, 45 S.

P 98–001
Bogdan W. Mach, Wlodzimierz Wesolowski, Politicians in Times of Transformation: „Transformational Correctness" or Genuine Differences in Perception?, 29 S.

P 98–002
Wladyslaw Adamski, The Legacy of State Socialism as a Challenge to Systemic Transformation: Poland in Comparative Perspective, 51 S.

Discussion papers 1999

P 99–001
Vladimir Gel'man, Regime Transition, Uncertainty and Prospects for Democratization: The Politics of Russia's Regions in a Comparative Perspective, 31 S.

P 99–002
Martina Röbbecke, Dagmar Simon, Zwischen Reputation und Markt – Ziele, Verfahren und Instrumente von (Selbst-)Evaluationen außeruniversitärer, öffentlicher Forschungseinrichtungen, 81 S.

P 99–003
Martina Röbbecke, Dagmar Simon, Qualitätsförderung durch Evaluation? Ziele, Aufgaben und Verfahren von Forschungsbewertungen im Wandel, 117 S.

P 99–004
Guillermo O'Donnell, Democratic Theory and Comparative Politics, 73 S.

Querschnittsgruppe „Geschlecht, Arbeit, Organisation"

P 99–601
Sünne Andresen, Maria Oppen, Dagmar Simon, Karrieren und Barrieren im Wissenschaftsbetrieb – Geschlechterdifferenz als Ergebnis von Aushandlungsprozessen in Organisationen, 83 S.

Querschnittsgruppe „Arbeit und Ökologie"

Discussion papers 1998

P 98–501
Jürgen Blazejczak, Eckart Hildebrandt, Joachim H. Spangenberg, Helmut Weidner, Arbeit und Ökologie – Ein neues Forschungsprogramm, 85 S.

Discussion papers 1999

P 99–501
IG Metall/WZB, Gewerkschaften und Ökologie – Forschungs- und Betriebsprojekte zu nachhaltiger Entwicklung (Dokumentation). Redaktion: Joachim Beerhorst, Anneli Rüling, 58 S.

P 99–502
Eckart Hildebrandt, Arbeit und Nachhaltigkeit, 39 S.

P 99–503
Felix Beutler, Jörg Brackmann, Neue Mobilitätskonzepte in Deutschland – Ökologische, soziale und wirtschaftliche Perspektiven, 80 S.

P 99–504
Volker Hielscher, Gewerkschaftsarbeit im Wohngebiet: Eine Antwort auf neue Herausforderungen der Gewerkschaften?, 29 S.

P 99–505
Sebastian Brandl, Ulli Lawatsch, Vernetzung von betrieblichen Interessenvertretungen entlang der Stoffströme – Alternativen zu dezentralisierten, den einzelnen Betrieb betreffenden Formen der Interessenvertretung, 46 S.

P 99–506
Carroll Haak, Günther Schmid, Arbeitsmärkte für Künstler und Publizisten – Modelle einer zukünftigen Arbeitswelt?, 44 S.

P 99–507
Eckart Hildebrandt, Flexible Arbeit und nachhaltige Lebensführung, 38 S.

P 99–508
Weert Canzler, Andreas Knie, Neue Mobilitätskonzepte: Rahmenbedingungen, Chancen und Grenzen, 33 S.

P 99–509
Elisabeth Redler, Eigenarbeits- und Reparaturzentren – Ökologische Qualität der Eigenarbeit, 36 S.

P 99–510
Ulrike Schumacher, Zwischen Ausgrenzung und neuen Potentialen – Die Modernisierung ehrenamtlicher Arbeit und der individuelle Mix von Tätigkeiten am Beispiel des Engagements in Berliner Umweltschutzorganisationen, 59 S.

P 99–511
Thomas Ritt, Die Beschäftigungsfelder im Umweltschutz und deren Veränderung, 41 S.

P 99–512
Frank Kleemann, Ingo Matuschek, G. Günter Voß, Zur Subjektivierung von Arbeit, 50 S.

Arbeitsgruppe „Public Health"

Bücher

Barlösius, Eva, Soziologie des Essens – Eine sozial- und kulturwissenschaftliche

Einführung in die Ernährungsforschung, Grundlagentexte Soziologie, Weinheim und München: Juventa 1999, 260 S.

Braun, Bernard, Hagen Kühn, Hartmut Reiners, Das Märchen von der Kostenexplosion: Populäre Irrtümer zur Gesundheitspolitik, Frankfurt am Main: Fischer Taschenbuch Verlag 1998, 1.–3. Auflage, 158 S.

Ewers, Michael, Pflegequalität – Arbeitsbuch für die ambulante Pflege bei Aids, Deutsche AIDS-Hilfe e.V. (Hg.), Schlütersche Verlagsanstalt: Hannover 1998, 280 S.

Garms-Homolová, Vjenka, Doris Schaeffer (Hg.), Medizin und Pflege – Kooperation in der ambulanten Versorgung, Wiesbaden: Ullstein Medical 1998, 203 S.

Gerlinger, Th., L. Hinricher, G. Hungeling, Th. Isenberg, H. Kühn, U. Lenhardt, J. Malzahn, M. Simon, K. Stegmüller, N. Wolf (Hg.), Jahrbuch für Kritische Medizin 29: Standardisierungen in der Medizin, Hamburg: Argument Verlag 1998, 142 S.

Gerlinger, Th., L. Hinricher, G. Hungeling, Th. Isenberg, H. Kühn, U. Lenhardt, M. Simon, K. Stegmüller, N. Wolf (Hg.), Jahrbuch für Kritische Medizin 30: Zwischenzeiten, Hamburg: Argument Verlag 1998, 142 S.

Gerlinger, Th., M. Herrmann, L. Hinricher, G. Hungeling, U. Lenhardt, M. Simon, K. Stegmüller, N. Wolf (Hg.), Jahrbuch für Kritische Medizin 31: Chronische Erkrankungen, Hamburg: Argument Verlag 1999, 145 S.

Herrn, Rainer, Schwule Lebenswelten im Osten: andere Orte, andere Biographien, Aids-Forum DAH, Band XXXIV, mit einer Einführung von Rolf Rosenbrock, Berlin: Deutsche Aids-Hilfe 1999, 199 S.

Köhler, Barbara Maria, Elfriede Feichtinger (Hg.), Annotierte Bibliographie Armut und Ernährung, Berlin: edition sigma 1998, 251 S. und eine Diskette zum Buch

Köhler, Barbara Maria, Elfriede Feichtinger, Elizabeth Dowler, Gertrud Winkler (Eds.), Public Health und Nutrition – The challenge, Berlin: edition sigma 1999, 292 S.

Lenhardt, Uwe, Betriebliche Gesundheitsförderung durch Krankenkassen, Rahmenbedingungen – Angebotsstrategien – Umsetzung, mit einem Vorwort von Rolf Rosenbrock, Berlin: edition sigma 1999, 182 S.

Müller, Rainer, Rolf Rosenbrock (Hg.), Betriebliches Gesundheitsmanagement, Arbeitsschutz und Gesundheitsförderung – Bilanz und Perspektiven, Sankt Augustin: Asgard-Verlag 1998, 406 S.

Rosenbrock, Rolf, Uwe Lenhardt, Die Bedeutung von Betriebsärzten in einer modernen betrieblichen Gesundheitspolitik, hg. v. d. Bertelsmann-Stiftung, Gütersloh: Verlag Bertelsmann Stiftung 1999, 101 S.

Schaeffer, Doris, Martin Moers, Hilde Steppe, Afaf Meleis (Hg.), Pflegetheorien – Beispiele aus den U.S.A., Bern/Göttingen: Verlag Hans Huber 1997, 304 S.

Sonstige Veröffentlichungen

Barlösius, Eva, „Abschied von der Mitte – Anmerkungen über soziale Ungleichheit", in: Susanne Schmidt, Marcus Havel (Hg.), Vom Nutzen der Kritik – Perspektiven der Studierenden und ihrer Proteste, Hannover: Offizin-Verlag 1998, S. 105–119

Barlösius, Eva, „Leben mit Sozialhilfe – Eine Bilanz der ‚dynamischen Armutsforschung'", in: Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie 3 (1998), S. 569–574

Barlösius, Eva, „Vegetarische Kochbücher", in: Gisela Franke (Hg.), Man nehme ... Literatur für Küche und Haus aus dem Kochbuchmuseum, Bielefeld: Verlag für Regionalgeschichte 1998, S. 287–303

Barlösius, Eva, „Abschied von der Nivellierten Mittelstandsgesellschaft – Anmerkungen zur sozialen Ungleichheit", in: Polizei-Führungsakademie (Hg.), Schlußbericht: Aktuelle gesellschaftliche Entwicklungen und ihre Einflüsse auf die Polizei – Was hält die Gesellschaft zusammen?, Münster 1998, S. 23–42

Barlösius, Eva, „‚Das Elend der Welt' – Bourdieus Modell für die ‚Pluralität der Perspektiven' und seine Gegenwartsdiagnose über die ‚‚neoliberale Invasion'", in: BIOS – Zeitschrift für Biographieforschung und Oral History, Heft 1/1999, 12. Jg., S. 3–27

Barlösius, Eva, „Soziologische Wortmeldungen – Ein Spagat zwischen akademischer Distanziertheit und politischem Engagement", in: Wolfgang Lenk, Mechthild Rumpf, Lutz Hieber (Hg.), Kritische Theorie und politischer Eingriff – Oskar Negt zum 65. Geburtstag, Hannover: Offizin 1999, S. 656–666

Barlösius, Eva, „Der ewige Streit über die ‚richtige Ernährung' – Auswirkungen auf Produktion, Konsum und Politik", in: Schriftenreihe des Bundes für Lebensmittelrecht und Lebensmittelkunde e.V., Heft 128, 1999, S. 51–58

Barlösius, Eva, „Der ewige Streit über die ‚richtige Ernährung'", in: Ernährungsumschau, 46. Jg., 1999, Heft 11, S. 400–404

Barlösius, Eva, Barbara Maria Köhler, „Öffentlich Bericht erstatten – Repräsentationen gesellschaftlich umkämpfter Sachverhalte", in: Berliner Journal für Soziologie, Band 9 (1999), 4, S. 449–586

Braun, Bernard, Hagen Kühn, Hartmut Reiners, „Fabeln wie der ‚blaue Montag'", in: Pharma–Marketing Journal, 2/1999, S. 42–45

Gerlinger, Thomas, „Vom Arbeitsschutz zur betrieblichen Gesundheitsförderung? – Probleme und Perspektiven betrieblicher Gesundheitspolitik nach der Reform des Arbeitsschutzrechts", in: Horst Schmitthenner, Hans-Jürgen Urban (Hg.), Sozialstaat als Reformprojekt – Optionen für eine andere Politik, Hamburg: VSA 1999, S. 196–217

Herrn, Rainer, Rolf Rosenbrock, „Aids-Prävention für schwule Männer in den neuen Bundesländern", in: Hans Jäger (Hg.), Mit Aids leben – Prävention, Therapie, Behandlungsalternativen, psychosoziale Aspekte, Landsberg: ecomed-Verlag 1999, S. 349–354

Klein-Lange, Matthias, Wilhelm Kirch, Jutta Krappweis, Martin Moers, Doris Schaeffer, Rolf Rosenbrock: „Krankenversorgung", in: F. W. Schwartz et al. (Hg.), Das Public Health Buch – Gesundheit und Gesundheitswesen, München-Wien-Baltimore: Urban & Schwarzenberg 1998, S. 213–244

Köhler, Barbara, „Ernährungspolitik im Dienste der Gesundheit?", in: Barbara Maria Köhler, Elfriede Feichtinger (Hg.), Annotierte Bibliographie Armut und Er-

nährung, Berlin: edition sigma 1998, S. 79–102

Köhler, Barbara, Elfriede Feichtinger, „Die Bibliographie Armut und Ernährung: Eine Einleitung", in: Barbara Maria Köhler, Elfriede Feichtinger (Hg.), Annotierte Bibliographie Armut und Ernährung, Berlin: edition sigma 1998, S. 9–19

Köhler, Barbara Maria, Elfirede Feichtinger, Elizabeth Dowler, Gertrud Winkler, „Improving Europe's Health – The Role of Nutrition in Public Health", in:. Barbara Maria Köhler, Elfriede Feichtinger, Elizabeth Dowler, Gertrud Winkler, Public Health und Nutrition – The challenge, Berlin: edition sigma 1999, S. 13–24

Kühn, Hagen, „Ökonomisch rationalisierte Medizin und Ethik", in: impulse, Newsletter zur Gesundheitsförderung, Nr. 17/1997, S. 1

Kühn, Hagen, „Industrialisierung der Medizin? Zum politisch-ökonomischen Kontext der Standardisierungstendenzen", in: Jahrbuch für Kritische Medizin: Standardisierungen in der Medizin, Bd. 29, Hamburg: Argument Verlag 1998, S. 34–52

Kühn, Hagen, „Wettbewerb im Gesundheitswesen und sozial ungleiche Versorgungsrisiken", in: Sozialer Fortschrift, Jg. 47 (1998), H. 6, S. 131–136

Kühn, Hagen, „Ergebnisorientierung versus Wettbewerb in der medizinischen Versorgung", in: Monika Knoche, Germanus Hungeling (Hg.), Soziale und ökologische Gesundheitspolitik, Frankfurt am Main: Mabuse Verlag 1998, S. 208–220

Kühn, Hagen, „Profit kontra Moral?", in: Arzt & Wirtschaft, Nr. 4/1998, S. 8

Kühn, Hagen, „Gesundheit/Gesundheitssystem", in: B. Schäfers, W. Zapf (Hg.), Handwörterbuch zur Gesellschaft Deutschlands, Opladen: Westdeutscher Verlag 1998, S. 263–275

Kühn, Hagen, „A critical view of global budgeting in Germany's social health insurance system", in: A. Benos, H.-U. Deppe, St. Iliffe (Ed.), Equity and freedom in health care, Proceedings of the 10th European Conference of the International Association of Health Policy (Europe), Arbeitspapier Nr. 19/1998 aus der Abteilung für Medizinische Soziologie im Klinikum der Johann Wolfgang Goethe-Universität: Frankfurt/Main 1998, S. 34–44

Kühn, Hagen, „Rationierende Medizin: Praxis und Ideologie der ‚Rationierung' in den USA und Großbritannien", in: H. Kaupen-Haas, C. Rothmaler (Hg.), Strategien der Gesundheitsökonomie, Frankfurt/Main 1998 [Sozialhygiene und Public Health, Bd. 4], S. 65–86

Kühn, Hagen, „Das Managed-Care-Prinzip", in: Pharma Marketing Journal, 22 (1997), 3, S. 78–81

Kühn, Hagen, „Medizinische Versorgung im Wandel: Entwicklungstendenzen in Versorgungssystemen westlicher Industrieländer", in: Uwe Körner, Rainer Mosandl, Ellis Huber, Bodo Fast (Hg.), Wird Gesundheit zur Luxusware? Solidarische Gesundheitsversorgung und die Zukunft der Medizin, Berliner Medizinethische Schriften, Heft 26/27, Dortmund: Humanitas Verlag 1998, S. 25–41

Kühn, Hagen, „Selbstverantwortung in der Gesundheitspolitik", in: Th. Gerlinger et al. (Hg.), Zwischenzeiten, Jahrbuch für Kritische Medizin 30, Berlin: Argument Verlag 1998, S. 7–20

Kühn, Hagen, „Ergebnisorientierung versus Wettbewerb in der medizinischen Versorgung", in: U. Laaser, A.Schwalbe (Hg.), Das Gesundheitswesen in Deutschland – Von der Kosten- zur Nutzenorientierung, Lage: Verlag Jacobs 1999, S. 145–157

Kühn, Hagen, „Eine neue Gesundheitsmoral? Anmerkungen zur lebensstilbezogenen Prävention und Gesundheitsförderung", in: W. Schlicht, H.-H. Dickhutz (Hg.), Gesundheit für alle: Fiktion oder Realität, Schorndorf (Hofmann) & Stuttgart/New York (Schattauer) 1999, S. 205 bis 224

Kühn, Hagen, „Wettbewerb im Gesundheitswesen: Auswirkungen auf die Versorgung älterer Menschen", in: Wo bleibt der ältere Patient – Zwischen Qualitätsanforderungen, Wettbewerb und Kostendenken, Schriftenreihe ‚Theorie und Praxis' der Arbeiterwohlfahrt, Bonn 1999, S. 7–15

Kühn, Hagen, „Wettbewerb im Gesundheitswesen: Thesen zu den Auswirkungen eines ökonomischen Konzepts", in: VSSR, Vierteljahresschrift für Sozialrecht, 3/1999, S. 197–206

Kühn, Hagen, „Werner Hofmann und das ‚Elend der Nationalökonomie' ", in: H. Claas, J. Hofman-Göttig, R. Käpernick, J. Limbers, Werner Hofmann – Gesellschaftslehre in praktischer Absicht, Marburg/Lahn: BdWi-Verlag 1999, S. 91–106

Lenhardt, Uwe, „Das neue Arbeitsschutzgesetz: der große Sprung nach vorn?", in: Die Mitbestimmung, 44. Jg., Heft 4/1998, S. 10–14

Lenhardt, Uwe, „Beteiligungskultur fördert Gesundheitsaktivitäten", in: Die Mitbestimmung, 44. Jg., Heft 12/1998, S. 58–59

Lenhardt, Uwe, „Betriebliche Gesundheitsförderung: vom Innovationsprojekt zum Auslaufmodell?", in: Hans-Jürgen Dahme, Norbert Wohlfahrt (Hg.), Umsteuerung oder Ende der Gesundheitsförderung? – Neue Herausforderungen an die Prävention, Düsseldorf: Akademie für Öffentliches Gesundheitswesen 1998, S. 112–138

Lenhardt, Uwe, „Konjunkturen arbeitsweltbezogener Präventionspolitik 1973–1998", in: Hans-Ulrich Deppe (Hg.) Medizin und wirtschaftlicher Wettbewerb, Frankfurt am Main: VAS-Verlag für Akademische Schriften 1998, S. 67–78

Lenhardt, Uwe, Rolf Rosenbrock, „Modernisierungstrends betrieblicher Gesundheitspolitik? – Konjunkturen arbeitsweltbezogener Prävention 1973–1998", in: Norbert Schmacke (Hg.), Gesundheit und Demokratie – Von der Utopie der sozialen Medizin, Frankfurt am Main: Verlag für Akademische Schriften 1999, S. 87–100

Lenhardt, Uwe, Rolf Rosenbrock, „Betriebsproblem Rückenschmerz", in: Public Health Forschungsverbünde in der Deutschen Gesellschaft für Public Health (Hg.), Public-Health-Forschung in Deutschland, Bern, Göttingen, Toronto, Seattle: Verlag Hans Huber 1999, S. 205–210

Lenhardt, Uwe, Rolf Rosenbrock, „Bedingungs- und Akteurkonstellationen für Gesundheitsförderung im Betrieb", in: Eva Bamberg, Antje Ducki, Anna-Marie Metz (Hg.), Handbuch Betriebliche Gesundheitsförderung, Göttingen, Bern, Toronto, Seattle: Hogrefe-Verlag für Angewandte Psychologie 1998, S. 355–373

Lenhardt, Uwe, Rolf Rosenbrock, „Gesundheitsförderung in der Betriebs- und Unternehmenspolitik. Voraussetzungen –

Akteure – Verläufe“, in: Rainer Müller, Rolf Rosenbrock (Hg.), Betriebliches Gesundheitsmanagement, Arbeitsschutz und Gesundheitsförderung – Bilanz und Perspektiven, Sankt Augustin: Asgard-Verlag 1998, S. 298–326

Lenhardt, Uwe, Rolf Rosenbrock, „Gesundheitsförderung als betriebliches Lernfeld. Voraussetzungen – Akteure – Verläufe“, in: H. Albach, M. Dierkes, A. Berthoin Antal, K. Vaillant (Hg.), Organisationslernen – Institutionelle und kulturelle Dimensionen, WZB-Jahrbuch 1998, Berlin: edition sigma 1998, S. 135–160

Lenhardt, Uwe, Rolf Rosenbrock, „Betriebsärzte in der betrieblichen Gesundheitspolitik“, in: Die BKK, Zeitschrift der Betrieblichen Krankenversicherung, 87. Jg., Heft 10/1999, S. 485–504

Maschewsky, Werner, Rolf Rosenbrock, „Prävention umweltbedingter Gesundheitsprobleme – Ein Beitrag zur Systematisierung von Kontroversen“, in: Th. Gerlinger et al. (Hg.), Zwischenzeiten, Jahrbuch für Kritische Medizin 30, Berlin: Argument Verlag 1998, S. 37–66

Müller, Rainer, Rolf Rosenbrock, Vorbemerkung der Herausgeber, in: Rainer Müller, Rolf Rosenbrock (Hg.), Betriebliches Gesundheitsmanagement, Arbeitsschutz und Gesundheitsförderung – Bilanz und Perspektiven, Sankt Augustin: Asgard-Verlag 1998, S. 1–9

Rosenbrock, Rolf, „Pflege und Public Health: Innovationen in Wissenschaft und Praxis“, in: standpunkt: sozial, Hamburger Forum für Soziale Arbeit, Heft 1/1998, S. 6–12

Rosenbrock, Rolf, „Pflege und Public Health – Innovationen in Wissenschaften und Praxis“, in: Fachhochschule Hamburg, Gemeinsame Kommission Pflege und Gesundheit (Hg.), Pflege und Gesundheit – Zwei neue Studiengänge, Dokumentation Nr. 1, Hamburg: Selbstverlag 1997, S. 9–18

Rosenbrock, Rolf, „Arbeitslosigkeit und Krankheit – Gesundheitswissenschaftliche Befunde“, in: FORUM Wissenschaft, 15. Jg., Nr. 1/1998, S. 15–17

Rosenbrock, Rolf, „Reforme libérale du GKV en Allemagne: vers la fin du principle de solidarité?“, in: La santé dans tous ses états: assistance, assurance ou droit universel, la revue M, Nr. 93, Januar/Februar 1998, S. 47–54

Rosenbrock, Rolf, „Die vernachlässigte Gesundheit – Healthy Public Policy in Deutschland“, in: Forum Public Health, 6. Jg./1998, Nr. 20, S. 6–7

Rosenbrock, Rolf, „Arbeitslosigkeit und Krankheit – Gesundheitswissenschaftliche Befunde“, in: Arbeitsgemeinschaft zur Patienteninformation über Gesundheit und Umwelt e.V. (Hg.), Fachwissen für den Arzt, 14. Lfg., Rodgau: Gesundheit und Umwelt 1998, S. 15–21

Rosenbrock, Rolf, „Die Gesetzliche Krankenversicherung – ein Steuerungsmodell am Scheideweg“, in: Monika Knoche, Germanus Hungeling (Hg.), Soziale und ökologische Gesundheitspolitik, Frankfurt am Main: Mabuse Verlag 1998, S. 196–207

Rosenbrock, Rolf, „Uusimad muudatused seadusjärgses ravikindlustuses (GKV) 1996–1997.a.Saksamaal“, in: EPOS/GVG (Hg.): Sotsiaalne ravikindlustus, Balti konverents 16.–19. September 1997, Bad Homburg/Köln 1997: EPOS/GVG 1998, S. 28–52

Rosenbrock, Rolf, „Saksamaa Kohustusliku Ravikindlustuse (KRK) süsteemi põhijooned – tekkimine, kogemused, perspektivid“, in: EPOS/GVG (Hg.), Sotsiaalne ravikindlustus, Balti konferents 16.–19. September 1997, Bad Homburg/Köln 1997: EPOS/GVG 1998, S. 53–79

Rosenbrock, Rolf, „Vâcijas Obligâtâs veselîbas apdroðinâðanas (OVA) sistçmas pamatprincipi – raðanâs, pieredze, perspektîvas“, in: EPOS/GVG (Hg.), Sociâlâ veselîbas apdroðinâðana, Baltijas valstu konference 1997.gada 16.–19. septembris, 1997, Bad Homburg/Köln: EPOS/GVG 1998, S. 25–44

Rosenbrock, Rolf, „1996. un 1997. gada izdarîtie pçdçjie grozîjumi Vâcijas likumdoðanas noteiktajâ veselîbas apdroðinâðanâ“, in: EPOS/GVG (Hg.), Sociâlâ veselîbas apdroðinâðana, Baltijas valstu konference 1997.gada 16.–19. septembris 1997, Bad Homburg/Köln: EPOS/GVG 1998, S. 45–57

Rosenbrock, Rolf, „Gemeindenahe Pflege aus der Sicht von Public Health“, in: Pflege – Die wissenschaftliche Zeitschrift für Pflegeberufe, 11. Jg., Heft 3/98, S. 120–128

Rosenbrock, Rolf, „Wa(h)re Gesundheit – Prävention und Gesundheitsförderung in der Bundesrepublik Deutschland seit den sechziger Jahren“, in: S. Roeßiger, H. Merk (Hg. im Auftrage des Deutschen Hygiene Museums, Dresden, und der Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung, Köln), Hauptsache gesund! Gesundheitsaufklärung zwischen Disziplinierung und Emanzipation, Marburg: Jonas Verlag 1998, S. 202–216

Rosenbrock, Rolf, „Modelling health care reforms in former socialist countries“, in: A. Benos, H.-U. Deppe, St. Iliffe (Ed.), Equity and freedom in health care – Proceedings of the 10th European Conference of the International Association of Health Policy (Europe), Arbeitspapier Nr. 19/1998 aus der Abteilung für Medizinische Soziologie im Klinikum der Johann Wolfgang Goethe-Universität: Frankfurt/Main 1998, S. 50–55

Rosenbrock, Rolf, „Gestaltung durch Zerstörung? Das Schicksal des Solidarprinzips in der ‚3. Stufe der Gesundheitsreform‘ “, in: Klaus Merke (Hg.), Umbau oder Abbau im Gesundheitswesen? Finanzierung – Versorgungsstrukturen – Selbstverwaltung, Berlin, Chicago usw.: Quintessenz Verlag 1998, S. 92–98

Rosenbrock, Rolf, „Gesundheitspolitik“, in: Klaus Hurrelmann, Ulrich Laaser (Hg.), Handbuch Gesundheitswissenschaften, Neuausgabe (1. Auflage 1993), Weinheim und München: Juventa Verlag 1998, S. 707–751

Rosenbrock, Rolf, „Gesundheitsförderung – Ideologie, Chimäre oder Perspektive. Zehn Jahre gesundheitspolitische Erfahrungen mit der Ottawa Charta der WHO“, in: Veröffentlichungen der Interessengemeinschaft Medizin und Gesellschaft, 5. Jg., Heft 20, 1999, S. 36–51

Rosenbrock, Rolf, „Die vermeidbare Krankheit“, in: KURIER, Sonderbeilage 4. November 1998, Wien, S. 4

Rosenbrock, Rolf, „Dritte Stufe der Gesundheitsreform – das Ende des Solidarprinzips?“ in: Uwe Körner, Rainer Mosandl, Ellis Huber, Bodo Fast (Hg.), Wird Gesundheit zur Luxusware? Solidarische Gesundheitsversorgung und die Zukunft der Medizin, Berliner Medizinethische Schriften, Heft 26/27, Dortmund: Humanitas Verlag 1998, S. 203 bis 216

Rosenbrock, Rolf, „Healthy Public Policy – Fragen an die Gesundheitspolitik für das 21. Jahrhundert“, in: impulse – Newsletter zur Gesundheitsförderung, Nr. 21, IV/1998, S. 1–2

Rosenbrock, Rolf, „Aids-Politik, Gesundheitspolitik und Schwulenpolitik“, in: U. Ferdinand, A. Pretzel, A. Seeck (Hg.), Verqueere Wissenschaft? Berliner Schriften zur Sexualwissenschaft und Sexualpolitik, Band 1, Münster: LIT Verlag 1998, S. 365 bis 378

Rosenbrock, Rolf, „Gesundheitsförderung – Ideologie, Chimäre oder Perspektive. Zehn Jahre gesundheitspolitische Erfahrungen mit der Ottawa Charta der WHO“, in: Veröffentlichungen der Interessengemeinschaft Medizin und Gesellschaft, 5. Jg., Heft 20, 1999, S. 36–51

Rosenbrock, Rolf, „Vermeidbare Krankheit – Ergebnisse und Perspektiven von Prävention und Gesundheitsförderung“, in: Pharmig Vereinigung pharmazeutischer Unternehmen (Hg.), Die Zukunft des Gesundheitswesens, Internationales Symposion, Dokumentation, Wien: Pharmig 1998, S. 41–61

Rosenbrock, Rolf, „Prävention und Gesundheitsförderung als Handlungsfeld der Gesetzlichen Krankenversicherung“, in: Landesvereinigung für Gesundheit Niedersachsen e.V. (Hg.), Gesundheitsförderung, Prävention und Selbsthilfe als Zukunftsaufgabe der gesetzlichen Krankenversicherung, Gesundheitspolitische Perspektiven, Hannover: Selbstverlag 1999, S. 15–21

Rosenbrock, Rolf, „Von der Therapie zur Prävention“, in: Ulrike Faber, Gerd Glaeske, Udo Puteanus, Ingrid Schubert (Hg.), Wechselwirkungen – Beiträge zu Pharmazie und Politik, Frankfurt am Main: Mabuse-Verlag 1999, S. 125–132

Rosenbrock, Rolf, „Die Eckpunkte zur Gesundheitsreform – Ein neuer Anlauf zu ehrwürdigen und erreichbaren Zielen“, in: Wirtschaftsdienst, Zeitschrift für Wirtschaftspolitik, 79. Jg., April 1999, S. 221 –223

Rosenbrock, Rolf, „Neuer Anlauf zu erreichbaren Zielen – Die Eckpunkte zur Gesundheitsreform“, in: Dr. med. Mabuse, Zeitschrift im Gesundheitswesen, 24. Jg., Mai/Juni 1999, Nr. 119, S. 16–17

Rosenbrock, Rolf, „Fördernde und hemmende Bedingungen in oder bei Projekten betrieblicher Gesundheitsförderung“, in: Gewerkschaft ÖTV Hauptverwaltung (Hg.), Wenn Arbeit gesund macht..., Effiziente Organisations- und Führungsformen, Stuttgart: ÖTV 1998, S. 41–48

Rosenbrock, Rolf, „Aspekte kassenärztlicher Tätigkeit im Zuge der Modernisierung der ambulanten Gesundheitsversorgung in Deutschland", in: Der Internist, 40. Jg. Nr. 2/99, S. 42–47

Rosenbrock, Rolf, „Das Globalbudget – Chancen und Risiken für die Versorgungsqualität“, in: Die Krankenversicherung, 51. Jg., Juni 1999, S. 174–179

Rosenbrock, Rolf, „Vermeidbare Krankheit – Ergebnisse und Perspektiven von Prävention und Gesundheitsförderung“, in: Soziale Sicherheit, hrsg. vom Hauptverband der österreichischen Sozialversicherungsträger, 52. Jg., Nr. 5/1999, S. 398–404

Rosenbrock, Rolf, „Wo Licht ist, ist auch Schatten – Gesundheitspolitische Modernisierungstendenzen auf dem Prüfstand“, in: Pharmig info 6/1999, Sonderheft, Wien: Pharmig 1999, 20 S.

Rosenbrock, Rolf, „Verbraucher und Patienten als handelnde Subjekte – Anmerkungen aus der Sicht von Public Health“, in: Arbeitsgemeinschaft der Verbraucherverbände Forum (AgV-Forum), Heft 3/1999, S. 66–74

Rosenbrock, Rolf, „Epidemiologische ‚Normalisierung‘: Aids wird eine Krankheit wie andere auch“, in: Deutsche AIDS-Hilfe (Hg.), AIDS-Hilfe – Unternehmen Zukunft? Berlin: Deutsche AIDS-Hilfe 1999, S. 18–27

Rosenbrock, Rolf, „Einheit heißt nicht Einheitlichkeit“, Einführende Bemerkungen in: Rainer Herrn, Schwule Lebenswelten im Osten: andere Orte, andere Biographien, Aids-Forum DAH, Band XXXIV, Berlin: Deutsche Aids-Hilfe 1999, S. 11–15

Rosenbrock, Rolf, „Versorgungsqualität – Solidarität – Wirtschaftlichkeit. Anforderungen an eine Strukturreform der gesetzlichen Krankenversicherung“, in: Horst Schmitthenner, Hans-Jürgen Urban (Hg.), Sozialstaat als Reformprojekt – Optionen für eine andere Politik, Hamburg: VSA 1999, S. 175–195

Rosenbrock, Rolf, „Aufgaben und Struktur der Selbsthilfe in einer modernen Gesundheitspolitik“, in: Nationale Kontakt- und Informationsstelle zur Anregung und Unterstützung von Selbsthilfegruppen (NAKOS) (Hg.), Stärkung der Selbsthilfe in der Gesundheitsreform 2000, NAKOS-Extra Nr. 29, Berlin: Selbstverlag 1999, S. 18–29

Rosenbrock, Rolf, „Chancen betrieblicher Gesundheitsförderung unter neuen gesetzlichen Rahmenbedingungen“, in: Johannes Siegrist, Michael Ebert (Hg.), Verhütung arbeitsbedingter Gesundheitsgefahren und Erkrankungen – Was kann Public Health-Forschung dazu beitragen?, Bielefeld, Düsseldorf, Köln: Nordrhein-Westfälischer Forschungsverbund Public Health 1999, S. 3–9

Rosenbrock, Rolf, „Healthy Public Policy – Fragen an die Gesundheitspolitik für das 21. Jahrhundert“, in: Komitee für Grundrechte und Politik (Hg.), Jahrbuch ’98/99, Einhausen: hbo-druck 1999, S. 219–222

Rosenbrock, Rolf, „Le normalisation du sida en Europe de l’ouest – Le cycle politique sous l’angle d’une maladie infectieuse“, in: Infotheque – Le magazine de Sida Info Doc Suisse, 11e année, 5/99, S. 5–15

Rosenbrock, Rolf, „Anforderungen und Bedingungen für Prävention in der Arbeitswelt“, in: M. Stein, G. Schneider (Hg.), Betriebliche Gesundheitsförderung – Schwierige Zeiten für weiche Faktoren?, Dokumentation einer Fachtagung, Recklinghausen: FiAB 1999, S. 101–112

Rosenbrock, Rolf, „Qualitätssicherung für Leistungen der primären Prävention durch die gesetzliche Krankenversicherung im Rahmen des § 20 SGB V n.F.“, in: AOK-Bundesverband et al., Qualitätssicherung in der Gesundheitsförderung und Prävention bei der Umsetzung von § 20 SGB V (n.F.), Dokumentation einer Tagung der Spitzenverbände der gesetzlichen Krankenkassen, Bergisch Gladbach 1999, S. 6–15

Rosenbrock, Rolf, Rainer Müller, „Prävention arbeitsbedingter Gesundheitsgefahren und Erkrankungen – Perspektiven des Arbeitsschutzes“, in: Rainer Müller, Rolf Rosenbrock (Hg.), Betriebliches Gesundheitsmanagement, Arbeitsschutz und Gesundheitsförderung – Bilanz und Perspektiven, Sankt Augustin: Asgard-Verlag 1998, S. 10–32

Rosenbrock, Rolf, Doris Schaeffer, Martin Moers, Françoise Dubois-Arber, Patrice

Pinell, Michel Setbon, „Die Normalisierung von Aids in Westeuropa – Der Politik-Zyklus am Beispiel einer Infektionskrankheit", in: Aids Infothek – Das Magazin der Aids Info Docu Schweiz, 11. Jg., Nr. 5/1999. S. 4–15

Simon, Michael, Hagen Kühn, „Organisationslernen im Krankenhaus – Wandel einer reformresistenten Institution unter dem Eindruck geänderter Rahmenbedingungen", in: H. Albach, M. Dierkes, A. B. Antal, K. Vaillant (Hg.), Organisationslernen – institutionelle und kulturelle Dimensionen, WZB-Jahrbuch 1998, Berlin: edition sigma 1998, S. 161 bis 192

Discussion papers 1998

P 98–201
Rolf Rosenbrock, Die Umsetzung der Ottawa Charta in Deutschland – Prävention und Gesundheitsförderung im gesellschaftlichen Umgang mit Gesundheit und Krankheit, 27 S.

P 98–202
Andreas Mielck, Kathrin Beckett-Milburn, Stephen Pavis, Perception of Health Inequalities in Different Social Classes, by Health Professionals and Health Policy Makers in Germany and in the United Kingdom, 54 S.

P 98–203
Rolf Rosenbrock, Gesundheitspolitik – Einführung und Überblick, 104 S.

P 98–204
Lisa Luger, HIV/AIDS prevention and ‚class' and socio-economic related factors of risk of HIV infection, 59 S.

P 98–205
Rolf Rosenbrock, Werner Maschewsky, Präventionspolitische Bewertungskontroversen im Bereich „Umwelt und Gesundheit", 142 S.

P 98–206
Rolf Rosenbrock (Ed.), Politics behind Aids Policies – Case Studies from India, Russia and South Africa, 63 S.

Discussion papers 1999

P 99–201
Rolf Rosenbrock, Doris Schaeffer, Martin Moers, Françoise Dubois-Arber, Patrice Pinell, Michel Setbon unter Mitarbeit von Norbert Brömme und Anne Gröger, Die Normalisierung von Aids in Westeuropa – Der Politik-Zyklus am Beispiel einer Infektionskrankheit, 62 S.

P 99–202
Rolf Rosenbrock, Doris Schaeffer, Françoise Dubois-Arber, Martin Moers, Patrice Pinell, Michel Setbon with Assistance by Norbert Brömme, Anne Gröger, The Aids Policy Cycle in Western Europe – From Exceptionalism to Normalization, 58 S.

P 99–203
Rainer Herrn, Vereinigung ist nicht Vereinheitlichung – Aids-Prävention für schwule Männer in den neuen Ländern: Befunde, Erfordernisse, Vorschläge, 82 S.

P 99–204
Birgit Lampe, Die Bedeutung von ‚Gender' in lateinamerikanischen HIV/Aids-Programmen – Eine Befragung von Nicht-Regierungsorganisationen, 58 S.

P 99–205
Rolf Rosenbrock, Neue Wege zu alten Zielen? Anforderungen an eine Strukturreform der GKV, 25 S.

Arbeitsgruppe „Internationale Politik"

Bücher

Chojnacki, Sven, Dyadische Konflikte und die Eskalation zum Krieg – Prozesse und Strukturbedingungen dyadischer Gewalt in Europa, 1816–1992, Dissertation, Berlin 1999, 230 S.

Eberwein, Wolf-Dieter, Karl Kaiser (Hg.), Deutschlands neue Außenpolitik – Institutionen und Ressourcen, Bd. 4, München: Oldenbourg 1998, 300 S.

Sonstige Veröffentlichungen

Eberwein, Wolf-Dieter, „Environmentally-induced conflict – Methodological Notes", in: Alexander Carius, Kurt-M. Lietzmann (Eds.), Environmental Change and Security – A European Perspective, Berlin/Heidelberg/New York: Springer 1999, S. 167 bis 181

Eberwein, Wolf-Dieter, „Commentary on ‚Is Global Modelling Feasible?' ", in: Hans-Joachim Schellnhuber, Volker Wenzel (Eds.), Earth System Analysis, Berlin: Springer 1998, S. 508–514

Eberwein, Wolf-Dieter, „Umweltbedingte Konflikte – Methodologische Notizen", in: Alexander Carius, Kurt-M. Lietzmann, (Hg.), Umwelt und Sicherheit – Herausforderungen für die internationale Politik, Berlin: Springer Verlag 1998, S. 179 bis 194

Eberwein, Wolf-Dieter, Matthias Ecker, Yasemin Topçu, „Lernen in der Außenpolitik – Das Auswärtige Amt und die Politik humanitärer Hilfe", in: Horst Albach, Meinolf Dierkes, Ariane Berthoin Antal, Kristina Vaillant (Hg.), Organisationslernen – Institutionelle und kulturelle Dimensionen, WZB-Jahrbuch 1998, Berlin: edition sigma 1998, S. 269–287

Eberwein, Wolf-Dieter, Janusz Reiter, Die deutsch-polnischen Beziehungen – Eine Interessen- und Wertegemeinschaft? Zur ersten deutsch-polnischen Elitestudie, Berlin: WZB 1999, 59 S.

Eberwein, Wolf-Dieter, Sven Chojnacki, Catherine Götze, Yasemin Topçu, „Humanitäre Hilfe in globalen Konflikten", in: Aus Politik und Zeitgeschichte, B 52–53, 1999, S. 31–38

Discussion papers 1998:

P 98–301
Wolf-Dieter Eberwein, Die deutsch-polnischen Beziehungen: Integrationstheoretische Überlegungen, 35 S.

P 98–302
Wolf-Dieter Eberwein, Sven Chojnacki, Disasters and Violence, 1946–1997, The link between the natural and the social environment, 50 S.

P 98–303
Catherine Götze, Humanitäre Organisationen und Zivilgesellschaft – Konzeptionelle Überlegungen zum zivilgesellschaftlichen Charakter von Nichtregierungsorganisationen, 40 S.

P 98–304
Ortwin Renn, Andreas Klinke, Risikoevaluierung von Katastrophen, 43 S.

P 98-305
Matthias Ecker, Die „Deutsch-Polnische Elitestudie": Konstruktion und Repräsentativität der deutschen Stichprobe, 37 S.

Discussion papers 1999:

P 99-301
Basil Kerski, Die Rolle nichtstaatlicher Akteure in den deutsch-polnischen Beziehungen vor 1990, 35 S.

P 99–302
Yasemin Topçu, Humanitarian NGO-Networks – Identifying Powerful Political Actors in an International Policy-Field, 43 S.

P 99–303
Wolf-Dieter Eberwein, Sven Chojnacki, The Capacity and Willingness to Act – Two Constitutive Elements of Strategy Design, 24 S.

P 99–304
Catherine Götze, Von der humanitären zur Entwicklungshilfe – Entwicklung, Konflikt, Nothilfe und die ambivalente Aktualität des Kontinuum-Ansatzes, 50 S.

P 99–305
Uta Bronner, Helfer in humanitären Projekten: Strategien und Probleme der Personalplanung, 36 S.

P 99–306
Nikola Gillhoff, Die Errichtung eines ständigen Internationalen Gerichtshofes – Beginn einer neuen Ära?, 52 S.

Arbeitsgruppe „Wissenschaftstransformation"

Bücher

Laudel, Grit, Interdisziplinäre Forschungskooperation: Erfolgsbedingungen der Institution „Sonderforschungsbereich", Berlin: edition sigma 1999, 278 S.

Meske, Werner, Judith Mosoni-Fried, Henry Etzkowitz, Gennady Nesvetailov (Eds.), Transforming Science and Technology Systems – the Endless Transition?, NATO Science Series 4: Science and Technology Policy – Vol. 23, IOS Press/ Ohmsha; Amsterdam, Berlin, Oxford, Tokyo, Washington 1998, 375 S.

Spielkamp, Alfred, Werner Meske et al., Industrielle Forschung und Entwicklung in Ostdeutschland, ZEW-Wirtschaftsanalysen, Bd. 29, Baden-Baden: Nomos Verlagsgesellschaft 1998, 178 S.

Sonstige Veröffentlichungen

Gläser, Jochen, „Lernen Forschungsinstitute anders? Handlungsbedingungen und Organisationslernen in vier neugegründeten ostdeutschen Forschungsinstituten", in: Horst Albach, Meinolf Dierkes, Ariane Berthoin Antal, Kristina Vaillant (Hg.), Organisationslernen – institutionelle und kulturelle Dimensionen. WZB-Jahrbuch 1998, Berlin: edition sigma 1998, S. 193– 213

Gläser, Jochen, „Datenschutzrechtliche und ethische Probleme beim Publizieren von Fallstudien: Informantenschutz und ‚Objektschutz' ", in: Soziologie 4/1999, S. 30–45

Meske, Werner, „Toward New S&T Networks: The Transformation of Actors and Activities", in: Werner Meske, Judith Mosoni-Fried, Henry Etzkowitz, Gennady Nesvetailov (Eds.), Transforming Science and Technology Systems – the Endless Transition?, NATO Science Series 4: Science and Technology Policy – Vol. 23, IOS Press/Ohmsha; Amsterdam, Berlin, Oxford, Tokyo, Washington 1998, S. 3–26

Meske, Werner, „Öffentliche Forschung als notwendige Infrastruktur für Innovationen in Ostdeutschland", in: Michael Fritsch, Frieder Meyer-Krahmer, Franz Pleschak (Hg.), Innovationen in Ostdeutschland – Potentiale und Probleme, Schriftenreihe Technik, Wirtschaft und Politik des Fraunhofer-Instituts für Systemtechnik und Innovationsforschung (ISI), Heidelberg: Physica-Verlag 1998, S. 293 bis 312

Meske, Werner, „Zanjatostj i vidy dejatel'nosti ucenych v Vostocnoj Germanii (Employment and professional activites in Eastern Germany)", in: Naucno-Techniceskije Kadry: Mobil'nostj v Usloviach Konversii, Meshdunarodnyj Gumanitarnyj Fond. Evrope'skij Gumanitarnyj Universitet, Minsk 1998, S. 42–65

Meske, Werner, „Die Veränderungen von Wissenschaft und Technik in Mittel- und Osteuropa im Verlaufe des Transformationsprozesses", in: Aloys Henning, Jutta Petersdorf (Hg.), Wissenschaftsgeschichte in Osteuropa, Wiesbaden: Harrassowitz Verlag 1998, S. 267–288

Meske, Werner, „Die neue ostdeutsche Forschungslandschaft – Besonderheiten und Konsequenzen für die Wirtschaft der neuen Länder", in: Siegfried Greif, Hubert Laitko, Heinrich Parthey (Hg.), Wissenschaftsforschung: Jahrbuch 1996/97, Forum Wissenschaft: Studien, Bd. 40, Marburg: BdWi-Verlag 1998, S. 161–188

Meske, Werner, „Changes in the Innovation System in Economies in Transition – Basic Patterns and National Particularities", in: Andrzeja H. Jasinskiego, Marka Kruka (Eds.), Innowacje Techniczne i Zmiany Strukturalne w Procesie Transformacji Polskiej Gospodarki, TOM 1, Uniwersytet w Bialymstoku/Wydzial Ekonomiczny, Bialystok 1999, S. 145–163

Meske, Werner, „Transformation of R&D in the Post-Socialist Countries: Asset or Liability?", in: David A. Dyker, Slavo Radosevic (Eds.), Innovation and Structural Change in Post-Socialist Countries: A Quantitative Approach, Dordrecht: Kluwer Academic Publishers 1999, S. 137–152

Discussion papers 1998

P 98–401
Grit Laudel, Jochen Gläser, What are Institutional Boundaries and how can they be overcome? Germany's Collaborative Research Centres as Boundary-Spanning Networks, 19 S.

P 98–402
Jochen Gläser, Kognitive Neuorientierung der ostdeutschen außeruniversitären Grundlagenforschung, 109 S.

P 98–403
Werner Meske, Institutional Transformation of S&T Systems in the European Economies in Transition – Comparative Analysis, 81 S.

Discussion papers 1999

P 99–401
Jochen Gläser, Grit Laudel, Theoriegeleitete Textanalyse? Das Potential einer variablenorientierten qualitativen Inhaltsangabe, 24 S.

P 99–402
Jochen Gläser, Grit Laudel, Where do the Actants/Mangles Come From?, 14 S.

Arbeitsgruppe „Metropolenforschung"

Beiträge in Büchern und Zeitschriften

Czarniawska, Barbara, „Learning organizing in a changing institutional order – Examples from City Management in Warszaw", in: Management Learning, 28 (4), 1998, S. 477–497

Czarniawska, Barbara, „Changing organizations in a changing institutional order: The administrative reform of the city of Warsaw", in: Studies of Cultures, Organizations, Societies, 4 (2), 1998, S. 1–27

Czarniawska, Barbara, Bernward Joerges, „Winds of Organizational Change: How Ideas Translate into Objects and Actions", in: Nils Brunsson, Johan P. Olson (Eds.), Organizing Organizations, Festschrift für James March, Bergen-Sanviken: Fagbokforlaget 1998, S. 197–236

Jazbinsek, Dietmar, Ralf Thies, „Berlin – das europäische Chicago. Über ein Leitmotiv der Amerikanismusdebatte zu Beginn des 20. Jahrhunderts", in: Clemens Zimmermann (Hg.), Die Stadt als Moloch? Das Land als Kraftquell? Wahrnehmungen und Wirkungen der Großstädte um 1900. Stadtforschung aktuell, Band 76, Basel, Boston, Berlin: Birkhäuser Verlag 1999, S. 53–94

Joerges, Bernward, „Do Politics Have Artefacts?"; in: Social Studies of Sciences, 29 (3), 1999, S. 411–431

Joerges, Bernward, „Scams Cannot be Busted: Reply to Woolgar & Cooper", in: Social Studies of Sciences, 29 (3), 1999, S. 450–457

Joerges, Bernward, „Die Brücken des Robert Moses: Stille Post in der Stadt- und Techniksoziologie", in: Leviathan, 27 (1), 1999, S. 43–63

Joerges, Bernward, „Brücken, Busse, Autos und andere Verkehrsteilnehmer – Zur Repräsentation und Wirkung städtischer Artefakte", in: Gert Schmidt (Hg.), Technik und Gesellschaft, Jahrbuch 10, Frankfurt/Main, New York: Campus 1999, S. 197–218

Joerges, Bernward, „High Variability Discourse in the History and Sociology of Large Technical Systems", in: Olivier Coutard (Ed.), The Governance of Large Technical Systems, London, New York: Routledge 1999, S. 258–290

Joerges, Bernward, Barbara Czarniawska, „The Question of Technology, or How Organizations Inscribe the World", in: Organization Studies, 19 (3), 1998, S. 363–385

Rottenburg, Richard, „Verführung zur nächsten Sünde – Ein Kommentar zu Bruno Latour", in: Reinhard von Kapfer et al. (Hg.), Wegmarken – Eine Bibliothek der ethnologischen Imagination, Wuppertal: Edition Trickster im Peter Hammer Verlag 1998, S. 212–235

Rottenburg, Richard, „Towards an ethnography of translocal processes and central institutions of modern societies", in: Aleksander von Posern-Zielinski(Ed.), The Tasks of Ethnology – Cultural Anthropology in Unifying Europe, Poznan: Komitetu Nauk Etnologicznych 1998, S. 59–66

Discussion papers 1998

FS II 98–501
Dietmar Jazbinsek, Ralf Thies, Berlin/Chicago 1914 – Die Großstadt-Dokumente und ihre Rezeption durch die Gründergeneration der Chicago School of Sociology, 56 S.

FS II 98–502
Jörg Potthast, „Sollen wir mal ein Hochhaus bauen?" – Das Architekturbüro als Labor der Stadt, 84 S.

FS II 98–503
Bernward Joerges, High Variability Discourse in the History and Sociology of Large Technical Systems, 31 S.

Discussion papers 1999

FS II 99–501
Ralf Thies, Dietmar Jazbinsek, Embleme der Moderne – Berlin und Chicago in Stadttexten der Jahrhundertwende, 26 S.

FS II 99–502
Katharina Peters, Der Plumpsack geht um: Berliner Budgetkreisläufe, 40 S.

FS II 99–503
Dorothea Kress, Großstadt und Geschlechterordnung – Geschichten aus dem Kino, 18 S.

FS II 99–504
Matthias Horwitz, Max Webers Institutionalisierungskonzept – Über den Zusammenhang von Ideen und Interessen am Beispiel Stadt, 38 S.

FS II 99–505
Katharina Peters, Wenn Reform ins Spiel kommt: Zwei Perspektiven auf das Verteilen öffentlicher Gelder, 23 S.

Abteilung „Arbeitsmarktpolitik und Beschäftigung"

Bücher

Kaase, Max, Günther Schmid (Hg.), Eine lernende Demokratie – 50 Jahre Bundesrepublik Deutschland, WZB-Jahrbuch 1999, Berlin: edition sigma 1999, 586 S.

O'Reilly, Jacqueline, Colette Fagan (Eds.), Part-time Prospects: International comparisons of part-time work in Europe, North America and the Pacific Rim, London, New York: Routledge 1998, 286 S.

Schömann, Klaus, Ralf Rogowski, Thomas Kruppe, Labour Market Efficiency in the European Union, A Legal and Economic Evaluation of Employment Protection and Fixed-Term Contracts, London: Routledge 1998, 214 S.

Sonstige Veröffentlichungen

Becker, Rolf, Klaus Schömann, „Berufliche Weiterbildung und Einkommenschancen im Lebensverlauf: Empirische Befunde für Frauen und Männer in West- und Ostdeutschland", in: Doris Beer, Bernd Frick, Renate Neubäumer, Werner Sesselmeier (Hg.), Die wirtschaftlichen Folgen von Aus- und Weiterbildung, München und Mering: Rainer Hampp Verlag 1999, S. 93–121

Bothfeld, Silke, Jana Rückert, „Vermehren durch Teilen? Eine Bestandsaufnahme der Arbeitszeitpräferenzen", in: Mitbestimmung, 45. Jg., November 1999, S. 30–31

Dathe, Dietmar, „Alte Gleichheiten und neue Ausgrenzungen? – Zur Einkommensentwicklung in den neuen Bundesländern", in: Leo Montada, Anne Dieter (Hg.), Veränderungserfahrungen in den neuen Bundesländern nach der Wiedervereinigung, Berichte aus dem Zentrum für Gerechtigkeitsforschung an der Universität Potsdam, Nr. 6, 1998, S. 86–103

Dathe, Dietmar, „Kontinuität und Wandel ostdeutscher Ungleichheitsstrukturen", in: Umbruch – Beiträge zur sozialen Transformation in den alten und neuen Bundesländern, Bd. 13, 1998, S. 79–95

Dathe, Dietmar, „Zur sozio-ökonomischen Situation abhängig Beschäftigter in Berlin und Brandenburg", in: Umbruch – Beiträge zur sozialen Transformation in den alten und neuen Bundesländern, Bd. 15, 1999, S. 73–92

Dathe, Dietmar, „Einkommensentwicklung und -unterschiede", in: Gunnar Winkler (Hg.), Sozialreport 1999 – Daten und Fakten zur sozialen Lage in den neuen Bundesländern, Berlin: Verlag am Turm 1999, S. 170–200

Dathe, Dietmar, „Zeit- und Geldpräferenzen im EU-Vergleich", in: Hermann Schwengel (Hg.), Grenzenlose Gesellschaft?, 29. Kongress der Deutschen Gesellschaft für Soziologie, Bd. II/1, Pfaffenweiler: Centaurus 1999, S. 453–455

Dathe, Dietmar, „Familienlebenszyklus und Erwerbsbeteiligung der Ehepartner in Ehen mit Kindern in West- und Ostdeutschland", in: Paul Lüttinger (Hg.), Sozialstrukturanalysen mit dem Mikrozensus, ZUMA Nachrichten Spezial, Bd. 6, 1999, S. 149–170

Fagan, Colette, Jacqueline O'Reilly, „Conceptualising part-time work: the value of an integrated comparative perspective" in: Jacqueline O'Reilly, Colette Fagan (Eds.), Part-time Prospects, London: Routledge 1998, S.1–32

Fagan, Colette, Jacqueline O'Reilly, Jill Rubery, „Teilzeitarbeit in den Niederlanden, Deutschland und dem Vereinigten Königreich: Eine Herausforderung für den Geschlechtervertrag?", in: WSI-Mitteilungen, Monatszeitschrift des Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Instituts in der Hans-Böckler-Stiftung, 51(10) 1998, S. 58–69

Fagan, Colette, Jacqueline O'Reilly, Jill Rubery, „Le temps partiel aus Pays-Bas, en Allemagne et au Royaume-Uni: un noveau contrat social entres les sexes?", in: Margaret Maruani (Ed.), Les habits neufs de l'inégalité, Paris: Editions La Découverte 1998, S. 263–275

Kruppe, Thomas, Klaus Schömann, Heidi Oschmiansky, „Selbständigkeit: Beschäftigungsdynamik in der Europäischen Union", in: inforMISEP „Maßnahmen", Nr. 64, Berlin 1998, S. 36–47 (also in English and French)

Kruppe, Thomas, Klaus Schömann, Heidi Oschmiansky, „Übergänge in Rente" in: inforMISEP „Maßnahmen", Nr. 65, Berlin 1999, S. 34–43 (also in English and French)

Mosley, Hugh, Tiziana Keller, Stefan Speckesser, The Role of the Social Partners in the Design and Implementation of Active Measures, Employment and Training Papers 27, Geneva 1998: ILO

Mosley, Hugh, Holger Schütz, „The Public Employment Service and Employability Policies", in: Bernard Gazier (Ed.), Employability Concepts and Policies, Berlin: European Commission Employment Observatory 1999, S. 147–178

O'Reilly, Jacqueline, Claudia Spee, „The Future Regulation of Work and Welfare: Time for a Revised Social and Gender Contract?", in: European Journal of Industrial Relations, 1998 4(3), S. 259–281

O'Reilly, Jacqueline, Silke Bothfeld, „Labour Market Transitions and Part-Time Work", in: Peter Auer (Ed.), Employment Policies in Focus – Labour Markets and Labour Market Policy in Europe and Beyond – International Experiences, IAS (Sekretariat des Europäischen Beschäftigungsobservatoriums): Berlin 1999, S. 158–171

O'Reilly, Jacqueline, Günther Schmid, „The future of welfare and work in Germany and the UK: Prospects for Transitional Labour Markets", in: Social Policy Review 11, 1999, S. 264–285

O'Reilly, Jacqueline, Günther Schmid, „Future patterns of work and employment: Transitional Labour Markets", in: H. Weber (Ed.), The Future of the Welfare State: British and German Perspectives, Großbritannien-Zentrum Humboldt Universität zu Berlin, Trier: Wissenschaftlicher Verlag Trier 1999, S. 104–112

Rabe, Birgitta, Günther Schmid, „Eine Frage der Balance: Reform der Arbeitsmarktpolitik", in: E. Wiedemann, Ch. Brinkmann, E. Spitznagel, U. Walwei (Hg.), Die arbeitsmarkt- und beschäftigungspolitische Herausforderung in Ostdeutschland, Nürnberg: Beiträge aus der Arbeitsmarkt- und Berufsforschung 1999 (BeitrAB 223), S. 373–403

Rabe, Birgitta, Günther Schmid, „Eine Frage der Balance: Reform der Arbeitsmarktpolitik", in: Aus Politik und Zeitgeschichte, B 37, 1999, S. 21–30

Reissert, Bernd, Günther Schmid, „Berlin – Modellstadt der Arbeitsmarktpolitik?", in: Walter Momper, Jürgen Kromphardt, Georg Dybe, Rudolf Steinke (Hg.), Berlins Zweite Zukunft – Aufbruch in das 21. Jahrhundert, Berlin: edition sigma 1999, S. 157–188

Schmid, Günther, in Zusammenarbeit mit **Maja Helmer**, „The Dutch Employment Miracle? A Comparison of Employment Systems in the Netherlands and Germany", in: Lei Delsen, Eelke de Jong (Eds.), The German and Dutch Economies – Who Follows Whom?, Heidelberg: Physica Verlag 1998, S. 52–85

Schmid, Günther, „Arbeitsmarkt und Beschäftigung", in: Bernhard Schäfers, Wolfgang Zapf (Hg.), Handwörterbuch zur Gesellschaft Deutschlands, Opladen: Leske + Budrich 1998, S. 22–34

Schmid, Günther, zusammen mit **Peter Auer**, „Transitional Labour Markets: Concepts and Examples in Europe", in: European Academy of the Urban Environment (EA.UE), New Institutional Arrangements in the Labour Market – Transitional Labour Markets as a New Full Employment Concept, Berlin 1998, S. 11–28

Schmid, Günther, „Können wir von den Niederlanden lernen? Ein Vergleich des niederländischen und deutschen Beschäftigungssystems", in: Bernd Müller (Hg.), Vorbild Niederlande? Tips und Informationen zu Alltagsleben, Politik und Wirtschaft, Münster: agenda verlag 1998, S. 97–113

Schmid, Günther, „Das Nadelöhr der Wirklichkeit verfehlt: Eine beschäftigungspolitische Bilanz der Ära Kohl", in: Göttrik Wewer (Hg.), Bilanz der Ära Kohl – Christlich-liberale Politik in Deutschland 1982–1998, Opladen: Leske + Budrich 1998, S. 145–181

Schmid, Günther, zusammen mit **Ralf Rogowski**, „Reflexive Deregulierung – Ein Ansatz zur Dynamisierung des Arbeitsmarktes", in: Berndt Keller, Hartmut Seifert (Hg.), Deregulierung am Arbeitsmarkt – Eine empirische Zwischenbilanz, Hamburg: VSA-Verlag 1998, S. 215–253

Schmid, Günther, „El pleno empleo aún es posible? Los mercados de trabajo ‚transitorios' en tanto nueva estrategia en las politicas de empleo", in: Jérôme Gautié, Julio César Neffa (comps.), Desempleo y políticas de empleo en Europa y Estados Unidos, Buenos Aires: Lumen/Humanitas 1998, S. 501–519

Schmid, Günther, „Übergangsarbeitsmärkte im kooperativen Sozialstaat: Entwicklungstendenzen der Arbeitsmarktpolitik in Europa", in: Winfried Schmähl, Herbert Rische (Hg.), Wandel der Arbeitswelt – Folgerungen für die Sozialpolitik, Baden-Baden: Nomos Verlagsgesellschaft 1999, S. 123–150

Schmid, Günther, zusammen mit **Bernard Gazier, Stefanie Flechtner**, „Transitional Labour Markets, Unemployment Insurance and Employability", in: Bernard Gazier (Ed.), Employability: Concepts and Policies, Berlin 1999, Employment Observatory Research Network, Report 1998, S. 268–297

Schmid, Günther, zusammen mit **Nicola Wiebe**, „Die Politik der Vollbeschäftigung im Wandel – Von der passiven zur interaktiven Arbeitsmarktpolitik", in: Max Kaase, Günther Schmid (Hg.), Eine lernende Demokratie – 50 Jahre Bundesrepublik Deutschland, WZB-Jahrbuch 1999, Berlin: edition sigma 1999, S. 357–396

Schmid, Günther, „Wie wir in Zukunft arbeiten werden", in: Tobias Pforte, Nicole Rosin (Hg.), Arbeit ohne Zukunft? – Eindrücke am Ende des Jahrhunderts, Dortmund: spw-Verlag 1999, S. 83–87

Schmid, Günther, „Teilhabe sichern – Übergänge schaffen. Neue Konzepte in der Arbeitsmarktpolitik", in: Arbeitskreis Alternative Arbeitsmarktpolitik (Hg.), Beschäftigung für alle – Neue Konzepte in der Arbeitsmarktpolitik, Eine Dokumentation des AKAA, Saarbrücken: Blattlaus Verlag 1999, S. 20–43

Schmid, Günther, „Weiterbilden und Einstellen – Ein Beispiel für ein realistisches Bündnis für Arbeit", in: Werner Fricke (Hg.), Jahrbuch für Arbeit und Technik 1999/2000, Bonn: J.H.W. Dietz Nachf. Verlag 1999, S. 128–138

Schmid, Günther, zusammen mit **Holger Schütz, Stefan Speckesser,** „Broadening the Scope of Benchmarking: Radar Charts and Employment Systems", in: Labour – Review of Labour Economics and Industrial Relations, Vol. 13, No. 4, 1999, S. 879 bis 899

Schmid, Günther, Hugh Mosley, Christoph Hilbert, Holger Schütz, „Zur Effektivität aktiver Arbeitsmarktpolitik: Erfahrungen aus einer integrierten Wirkungs- und Implementationsstudie", in: Mitteilungen aus der Arbeitsmarkt- und Berufsforschung, H. 4, 1999

Schmid, Günther, „Transitional Labour Markets: A New European Employment Strategy", in: Bernd Marin, Danièle Meulders, Dennis J. Snower (Eds.), Innovative Employment Initiatives, Aldershot et al.: Ashgate 2000, S. 223–254

Schömann, Klaus, „Access to life-long learning and Implications for Strategies of organisational learning in the European Union", in: Horst Albach, Meinolf Dierkes, Ariane Berthoin Antal, Kristina Vaillant (Hg.), Organisationslernen – institutionelle und kulturelle Dimensionen, WZB-Jahrbuch 1998, Berlin: edition sigma 1998, S. 443– 446

Schömann, Klaus, Christoph Hilbert, „The Labour Market for Youth in Germany – A new target group for German labour market policies?", in: DIW-Vierteljahreshefte zur Wirtschaftsforschung 1998, Nr. 4, S. 272–285

Schömann, Klaus, Rolf Becker, „Selektivität in der beruflichen Weiterbildung und Ein-

kommensverläufe“, in: Friedhelm Pfeiffer, Winfried Pohlmeier (Hg.), Qualifikation, Weiterbildung und Arbeitsmarkterfolg, Baden-Baden: Nomos-Verlag 1998, S. 279–310

Schömann, Klaus, „Transitional labour markets: training and education“, in: New institutional arrangements in the labour market, Berlin 1998: EA.UE, S. 78–89

Schömann, Klaus, Christoph Hilbert, „L'emploi des jeunes en Allemagne – Unemployed nouveau groupe cible pour les politiques du marchjé du travail?“, Revue de l'IRES Nr. 31, 1999

Schömann, Klaus, Stefanie Flechtner, Ralf Mytzek, Isabelle Schömann, „Moving towards Employment Insurance: Unemployment insurance and employment protection in the OECD“, in: Development of atypical employment and transformation of labour markets, Japan Productivity Center for Socio-Economic Development 1999, S. 299–352

Schömann, Klaus, „Sonnige Konjunktur und arbeitsmarktpolitische Schatten“, in: Die Mitbestimmung, Baden-Baden: Nomos Verlag 1999, S. 36–37

Schömann, Klaus, Ralf Mytzek, Silke Gülker, Institutionelle und finanzielle Rahmenbedingungen für Jobrotation in neun europäischen Ländern, Schriftenreihe der Senatsverwaltung für Arbeit, Berufliche Bildung und Frauen, Nr. 36, Berlin 1999: BBJ Verlag

Discussion papers 1998

FS I 98–201
Dietmar Dathe, Wechselwirkungen zwischen Arbeitszeitpolitik und Arbeitsangebotsverhalten – Eine Untersuchung zur Bedeutung von Arbeitspräferenzen für eine Politik der Arbeitsumverteilung, 41 S.

FS I 98–202
Ton Wilthagen, Flexicurity: A New Paradigm for Labour Market Policy Reform, 27 S.

FS I 98–203
Klaus Schömann, Thomas Kruppe, Heidi Oschmiansky, Beschäftigungsdynamik und Arbeitslosigkeit in der Europäischen Union, 113 S.

FS I 98–204
Jacqueline O'Reilly, Ralf Rogowski (Hg./Eds.), Dokumentation des Round-Table Gesprächs „Die neue Labour-Regierung in Großbritannien: Zwischenbilanz der ersten hundert Tage“ – „The New Labour Government in Great Britain: Assessment of the first 100 days“, 28 S.

FS I 98–205
Holger Schütz, Stefan Speckesser, Günther Schmid, Benchmarking Labour Market Performance and Labour Market Policies: Theoretical Foundations and Applications, 62 S.

FS I 98–206
Günther Schmid, Transitional Labour Markets: A New European Employment Strategy, 39 S.

FS I 98–207
Klaus Schömann, Ralf Mytzek, Silke Gülker, Institutional and Financial Framework for Job Rotation in ine European Countries, 52 S.

FS I 98–208
Dietmar Dathe, Der Familienzyklus als Bestimmungsfaktor für das Familieneinkommen und das Arbeitsangebot – Eine Untersuchung für West- und Ostdeutschland auf der Grundlage des Mikrozensus 1995, 29 S.

Discussion Papers 1999

FS I 99–201
Günther Schmid, Klaus Schömann (Hg./Eds.), Von Dänemark lernen, Learning from Denmark, 38 S.

FS I 99–202
Hugh Mosley, Anje Mayer, Benchmarking National Labour Market Performance: A Radar Chart Approach, 49 S.

FS I 99–203
Eunice Rodriguez, Marginal Employment and Health in Germany and the United Kingdom: Does Unstable Employment Predict Health?, 13 S. + 7 S. Appendix

P 99–506
Carroll Haak, Günther Schmid, Arbeitsmärkte für Künstler und Publizisten – Modelle einer zukünftigen Arbeitswelt?, 44 S.

Abteilung „Organisation und Beschäftigung“

Bücher

Plehwe, Dieter, Hans Uske, Hermann Völlings, Arnd Dalbeck, Die Logistikbranche im Umbruch – Arbeit und Mitbestimmung in einem sich wandelnden Dienstleistungsbereich, Duisburg: RISP 1998, 111 S.

Rudolph, Hedwig, Anne Schüttpelz, Commitment statt Kommando – Organisationslernen in Versicherungsunternehmen, Berlin: edition sigma 1999, 146 S.

Theobald, Hildegard, Geschlecht, Qualifikation und Wohlfahrtsstaat – Deutschland und Schweden im Vergleich, Berlin: edition sigma 1999, 200 S.

Sonstige Veröffentlichungen

Hillmann, Felicitas, „A look at the ‚hidden side‘: Turkish women in Berlins Ethnic Labour market“, in: International Journal of Urban and Regional Research, Vol. 23, Nr. 2, 1999, S. 267–282

Hillmann, Felicitas, „Vita e lavoro degli immigrati nella Milano degli anni '90“, in: Studi Emigrazione/Migration Studies, XXXVI, Nr. 133, 1999, S. 81–101

Hillmann, Felicitas, „Zuwanderungskontrolle all'Italiana – Peruanische Immigrantinnen in Mailand“, in: Migration und Illegalität, IMIS-Schriften 7, Hg. von Eberhard Eichenhofer, Osnabrück 1999, S. 195–212

Lane, Christel, Sigrid Quack, „The Social Dimensions of Risk: Bank Financing of SMEs in Britain and Germany“, in: Organization Studies, 20, 6, 1999, S. 987–1010

Miera, Frauke, „Are Recent Migrants to Berlin Part of a Polish Community?“, in: Przeglad Polonijny, 1999

Plehwe, Dieter, Bernhard Walpen, „Wissenschaftliche und wissenschaftspolitische Produktionsweisen im Neoliberalismus“, Beiträge der Mont Pèlerin Society und marktradikaler Think Tanks zur Hegemoniegewinnung und -erhaltung, in: PROKLA, Heft 115, 29. Jg., Nr. 2, 1999, S. 203 bis 235

Plehwe, Dieter, Bernhard Walpen, „Marktradikale Think-Tanks, Stiftungen und Intellektuelle – International organisierte Netzwerke als Stütze der Neuen Rechten", in: Christoph Butterwegge, Gudrun Hentges (Hg.), Alte und Neue Rechte an den Hochschulen, Münster: agenda Verlag 1999, S. 39–51

Plehwe, Dieter, Bernhard Walpen, „Eine ‚Art von internationaler fünfter Kolonne des Liberalismus' ", in: Regina Stötzel (Hg.), Ungleichheit als Projekt – Globalisierung – Standort – Neoliberalismus, Forum Wissenschaft, Studien Bd. 43, Marburg: BdWi-Verlag 1998, S. 367–380

Plehwe, Dieter, Bernhard Walpen, „Marktradikale think tanks und Stiftungen – International organisierte und institutionalisierte Diskursagglomeration als Kräfteaggregat der Neuen Rechten", in: Forum Wissenschaft I/98, 1998, S. VI–IX

Plehwe, Dieter, „Ludwig Erhards D-Mark", in: LAKS Hessen e.V. (Hg.), Fünfzig Jahre Deutsche Mark, Berlin: Elefanten Press 1998, S. 16–27

Plehwe, Dieter, „Business Reengineering – was tun?", in: Mitbestimmung 12/98, 1998, S. 65

Plehwe, Dieter, „Die internationalen Post- und Paketmärkte – Der Kuchen wird verteilt", in: Gewerkschaftliche Praxis, 3, 1998, S. 17–21

Quack, Sigrid, „Unternehmensreorganisation, Karrierewege und Geschlecht – Banken im internationalen Kontext", in: Hildegard Maria Nickel, Susanne Völker, Hasko Hüning (Hg.), Transformation – Unternehmensreorganisation – Geschlechterforschung, Opladen: Leske und Budrich 1999, S. 109–130

Quack, Sigrid, zusammen mit **Ariane Berthoin Antal,** „Der langsame Aufstieg in die Beletage – Karrieremöglichkeiten von Frauen im Management in mittleren und großen Unternehmen", in: Marlene Kück (Hg.), Macht und Ohnmacht von Geschäftsfrauen, Berlin: Arno Spitz Verlag GmbH 1998, S. 109–122

Quack, Sigrid, zusammen mit **Jill Rubery, Francesca Bettio, Colette Fagan, Friederike Maier, Paola Villa,** „Payment systems and gender pay differentials: some societal effects", in: Jill Rubery (Ed.), Equal Pay in Europe? Closing the Gender Wage Gap, London: Macmillan 1998, S. 1–34

Quack, Sigrid, zusammen mit **Janne Tienari, Hildegard Theobald,** Stuck! Organizational Reforms and Feminization of Middle Management: The Commmon Mechanism and Societal Differences, Helsinki School of Economics, Discussion Paper Series, Helsinki 1998, 56 S.

Quack, Sigrid, „Gender-specific pay differentials in banking: case study of A-Bank in Germany", in: Jill Rubery (Ed.), Equal Pay in Europe? Closing the Gender Wage Gap, London: Macmillan 1998, S. 52–75

Quack, Sigrid, „Karrieren von Frauen in Glaspalästen – Weibliche Führungskräfte in europäischen Banken", in: Handelsblatt, 23./24. Februar 1998, S. 55

Rudolph, Hedwig, „Das Geld ist (noch) männlich – Zur Marginalisierung des Geschlechterverhältnisses in den Wirtschaftswissenschaften", in: Doris Janshen (Hg.), Frauen über Wissenschaften – Die widerspenstigen Erbinnen der Männeruniversität, Frankfurt am Main, New York: Campus 1999, S. 95–106

Rudolph, Hedwig, Felicitas Hillmann, „The Invisible Hand Needs Visible Heads: Managers, Experts, and Professionals from Western Countries in Poland", in: Kahlid Koser, Helma Lutz (Eds.), The New Migration in Europe: Social Constructions and Social Realities, London: Macmillan 1998, S. 60–89

Rudolph, Hedwig, Felicitas Hillmann, „How Turkish is the donar kebab? Turks in Berlin's food sector", in: Journal of the Royal Scottish Geographical Society, Vol. 114, No. 3, November 1998, S. 138–147

Rudolph, Hedwig, „Die Hälfte des Himmels – und die Hälfte der DFG-Mittel?", in: Feministische Studien, Heft 2, 1998, S. 144–146

Theobald, Hildegard, „Ein Schritt vor – und dann? Frauenkarrieren in Banken", in: Forum Wissenschaft, 4, 15. Jg., 1998, S. 26–29

Discussion papers 1998

FS I 98–101
Hildegard Theobald, Frauen in leitenden Positionen in der Privatwirtschaft – Eine Untersuchung des schwedischen und deutschen Geschlechtervertrages, 62 S.

FS I 98–102
Isabel Georges, Heterogeneity versus homogeneity? Transformation of wage relations of the French and the German public telephone operators: the case of directory inquiry services, 42 S.

FS I 98–103
Dieter Plehwe (Hg.), Transformation der Logistik, 75 S.

FS I 98–104
Sigrid Quack, Reorganisation im Bankensektor – Neue Chancen für Frauen im Management?, 25 S.

FS I 98–105
Janne Tienari, Sigrid Quack, Hildegard Theobald, Organizational Reforms and Gender: Feminization of Middle Management in Finnish and German Banking, 84 S.

FS I 98–106
Hedwig Rudolph, Felicitas Hillmann, Via Baltica – Die Rolle westlicher Fach- und Führungskräfte im Transformationsprozeß Lettlands, 90 S.

FS I 98–107
Felicitas Hillmann, Türkische Unternehmerinnen und Beschäftigte im Berliner ethnischen Gewerbe, 49 S.

FS I 98–108
Nancy Fraser, Social Justice in the Age of Identity Politics: Redistribution, Recognition, Participation, 14 S.

Discussion papers 1999

FS I 99–101
Swen Hildebrandt, Lean Banking als Reorganisationsmuster für deutsche und französische Kreditinstitute? – Anmerkungen zur Tragfähigkeit eines leitbildprägenden Managementkonzepts, 25 S.

FS I 99–102
Dieter Plehwe, Why and How Do National Monopolies Go „Global"?, 42 S.

FS I 99–103
Dorothee Bohle, Der Pfad in die Abhängigkeit? – Eine kritische Bewertung institutionalistischer Beiträge in der Transformationsdebatte, 23 S.

FS I 99–104
Normand Filion, Hedwig Rudolph, Power, Control and Organisational Learning, 26 S.

Abteilung „Wirtschaftswandel und Beschäftigung"

Sonstige Veröffentlichungen

Casper, Steven, Mark Lehrer, David Soskice, „Can High-Technology Industries Prosper in Germany? Institutional Frameworks and the Evolution of the German Software and Biotechnology Industries", in: Industry and Innovation, Oxfordshire, Great Britain, Vol. 6, No. 1, 1999, S. 5–24

Casper, Steven, Robert Hancké, „Global Quality Norms within National Production Regimes: ISO 9000 Norm Implementation in the French and German Car Industries", in: Organization Studies, Vol. 20, No. 6, 1999, S. 961–985

Cieply, Sylvie, Robert Hancké, „Le Financement des P.M.E. dans leur Espace de Transaction: Le Relâchement de L'Hypothèse de Rationnement du Crédit", in: Revue Internationale des PME, Vol. 11, No. 4, 1999, S. 95–104

Corteel, Delphine, „Flexibilité et Post-fordisme dans les usines automobiles allemandes", in: L'Allemagne en chantier, No. 3, 1999, S. 85–104

Cusack, Thomas R. „The Shaping of Popular Satisfaction with Government and Regime Performance in Germany", in: British Journal of Political Science, Vol. 28, No. 4, 1999, S. 641–672

Cusack, Thomas R. „Partisan Politics and Fiscal Policy", in: Comparative Political Studies, Vol. 32, No. 4, 1999, S. 464–486

Cusack, Thomas R. „Die Unzufriedenheit in der deutschen Bevölkerung mit dem politischen System", in: Max Kaase, Günther Schmid (Hg.), Eine lernende Demokratie: 50 Jahre Bundesrepublik Deutschland, WZB-Jahrbuch 1999, Berlin: edition sigma 1999, S. 237–262

Gatti, Donatella, „Equilibrium Unemployment, the Nature of Competence, The Organization of the Firm", in: Economia Politica, Vol. 16, No. 1, 1999, S. 13–35

Hall, Peter, Robert J. Franzese, „Mixed Signals: Central Bank Independence, Coordinated Wage Bargaining and European Monetary Union", in: International Organization, Vol. 52, No. 3, 1998, S. 505–535

Hancké, Robert, „Varieties of Capitalism Revisited – Globalisation and Comparative Institutional Advantage", in: Lettre de Régulation, No. 30, September 1999, S. 1–4

Hancké, Robert, „Deregulierung und Flexibilität als Wunderheilmittel: Fragen zur Übertragbarkeit des flexiblen Modells", in: WSI-Mitteilungen, Vol. 51, No. 4, 1998, S. 255–257

Hancké, Robert, „Le Rôle de l'Etat dans les Relations de Travail", in: Problèmes Economiques, Nr. 2556, Februar 1998, S. 6–11

Hancké, Robert, „Trust or Hierarchy? Changing Relationships beween Large and Small Firms in France", in: Small Business Economics, Vol. 11, No. 3, 1998, S. 237–252

Hancké, Robert, „Politiques Economiques et Relations de Travail en Europe 1980–90", in: Alain Supiot (Hg.), Le Travail en Perspectives, Paris: Librairie Générale de Droit et de Jurisprudence 1998, S. 359–374

Iversen, Torben, „Wage Bargaining, Central Bank Independence, and the Real Effects of Money", in: International Organization, Vol. 52, No. 3, 1998, S. 469–504

Kasten, Gabriele, Susanne G. Müller, „Die NAIRU – ein Konzept für Europa", in: Birger Priddat, Arnis Vilks (Hg.), Wirtschaftswissenschaft und Wirtschaftswirklichkeit, Marburg: Metropolis Verlag 1998, S. 119–140

Quack, Sigrid, Robert Hancké, „Women in Decision-Making in the Financial Sector", in: Women for the Renewal of Politics and Society, Proceedings of the European Conference, Rome, 1996 (Brussels: Commission of the European Communities, 1998), S. 110–124

Soskice, David, „Globalisierung und institutionelle Divergenz: Die U.S.A. und Deutschland im Vergleich", in: Geschichte und Gesellschaft, Vol. 25, No. 2, 1999, S. 201–225

Soskice, David, „Divergent Production Regimes – Coordinated and Uncoordinated Market Economies in the 1980s and 1990s", in: Herbert Kitschelt, Peter Lange, Gary Marks, John D. Stephens (Hg.), Continuity and Change in Contemporary Capitalism, Cambridge: Cambridge University Press 1999, S. 101–134

Soskice, David, „Openness and Diversity in Transatlantic Economic Relations", in: Barry Eichengreen (Hg.), Transatlantic Economic Relations in the Post-Cold War Era, Brookings and New York: Council on Foreign Relations Press 1998, S. 8–35

Soskice, David, Torben Iversen, „Multiple Wage-Bargaining Systems in the Single European Currency Area", in: Oxford Review of Economic Policy, Vol. 14, No. 3, 1998, S. 110–124

Vitols, Sigurt, „Globalization: A Fundamental Challenge to the German Model?", in: Geoffrey Underhill (Hg.), Political Economy and the Changing Global Order, Oxford: Oxford University Press 1999, S. 373–381

Vitols, Sigurt, „Are German Banks Different?", in: Small Business Economics, Vol. 10, No. 2, 1998, S. 79–91

Discussion papers 1998

FS I 98–301
Karin Wagner, The German Apprenticeship System after Unification, 33 S.

FS I 98–302
Donatella Gatti, The Equilibrium Rate of Unemployment in Varying Micro-Institutional Settings, 28 S.

FS I 98–303
Steven Casper, The Legal Framework for Corporate Governance: Explaining the Development of Contract Law in Germany and the United States, 35 S.

FS I 98–304
Torben Iversen, Thomas R. Cusack, The Causes of Welfare State Expansion: Deindustrialization or Globalization?, 43 S.

FS I 98–305
Robert Hancké, Industrial Restructuring and Industrial Relations in the European Car Industry – Instruments and Strategies for Employment, 30 S.

FS I 98–306
Donatella Gatti, Unemployment and Innovation Patterns – The Role of Business Coordination and Market Competition, 41 S.

Discussion papers 1999

FS I 99–301
Robert Hancké, Revisiting the French Model – Coordination and Restructuring in French Industry in the 1980s, 35 S.

FS I 99–302
David Soskice, The Political Economy of EMU – Rethinking the Effects of Monetary Integration on Europe, 16 S.

FS I 99–303
Gabriele Kasten, David Soskice unter Mitarbeit von **Alexandra Hennessy**, Möglichkeiten und Grenzen der Beschäftigungspolitik in der Europäischen Wirtschafts- und Währungsunion, 71 S.

FS I 99–304
Julie Pellegrin, German Production Networks in Central/Eastern Europe – Between Dependency and Globalisation, 21 S.

FS I 99–305
Donatella Gatti, Christa van Wijnbergen, The Case for a Symmetric Reaction Function of the European Central Bank, 11 S.

FS I 99–306
Steven Casper, National Institutional Frameworks and High-Technology Innovation in Germany – The Case of Biotechnology, 32 S.

FS I 99–307
Steven Casper, High Technology Governance and Institutional Adaptiveness – Do Technology Policies Usefully Promote Commercial Innovation within the German Biotechnology Industry?, 33 S.

FS I 99–308
André Mach, Small European States in World Markets, revisited: The Questioning of Compensation Policies in the Light of the Swiss Case, 21 S.

FS I 99–309
Bruno Amable, Institutional Complementarity and Diversity of Social Systems of Innovation and Production, 36 S.

Abteilung „Organisation und Technikgenese"

Bücher

Abels, Gabriele, Stefanie Sifft (Hg.), Demokratie als Projekt – Feministische Kritik an der Universalisierung einer Herrschaftsform, Frankfurt/Main, New York: Campus 1999, 276 S.

Albach, Horst, Meinolf Dierkes, Ariane Berthoin Antal, Kristina Vaillant (Hg.), Organisationslernen – institutionelle und kulturelle Dimensionen, WZB-Jahrbuch 1998, Berlin: edition sigma 1998, 528 S.

Buhr, Regina, Weert Canzler, Andreas Knie, Stephan Rammler (Hg.), Bewegende Moderne – Fahrzeugverkehr als soziale Praxis, Berlin: edition sigma 1999, 198 S.

Canzler, Weert, Andreas Knie, Möglichkeitsräume – Grundrisse einer modernen Mobilitäts- und Verkehrspolitik, Wien, Köln, Weimar: Böhlau Verlag 1998, 156 S.

Dierkes, Meinolf, Marcus Alexis, Ariane Berthoin Antal, Bo Hedberg, Peter Pawlowsky, John Stopford, Lai Si Tsui-Auch (Eds.), The Annotated Bibliography of Organizational Learning, Berlin: edition sigma 1999, 310 S. (plus CD-Rom)

Knie, Andreas, Otto Berthold, Sylvia Harms, Bernhard Truffer, Die Neuerfindung urbaner Automobilität – Elektroautos und ihr Gebrauch in den U.S.A. und Europa, Berlin: edition sigma 1999, 106 S.

Zimmermann, Bénédicte, Claude Didry, Peter Wagner (éds.), Le travail et la nation – Histoire croisée de la France et de l'Allemagne, Paris: Éditions de la Maison des Sciences de l'Homme 1999, 402 S.

Sonstige Veröffentlichungen

Abels, Gabriele, „The European Community as an Ethical Actor? Policy Making on the Human Genome and the Role of the European Parliament", in: Peter Wheale, René von Schomberg, Peter Glasner (Eds.), The Social Management of Genetic Engineering, Aldershot u. a.: Ashgate 1998, S. 45–62

Barben, Daniel, „‚Funktionale Differenzierung' als regulierendes Resultat: Zur analytischen Rekonstruktion des Verhältnisses von Theorietechnik und Politik bei Luhmann", in: Schweizerische Zeitschrift für Soziologie, Jg. 24, 1998, Nr. 3, S. 479–510

Barben, Daniel, „Genese und Wirkungen biotechnologischer Regime – Elemente einer erweiterten Regimeanalyse", in: Österreichische Zeitschrift für Politikwissenschaft, 27. Jg. (1998), H. 1, S. 47–61

Barben, Daniel, „Leitbildforschung", in: Stephan Bröchler, Georg Simonis, Karsten Sundermann (Hg.), Handbuch Technikfolgenabschätzung, Bd. 1, Berlin: edition sigma 1999, S. 167–182

Barben, Daniel, „Ein ‚neuer Kontinent des Lebens'? Regime der Ent- und Begrenzung biotechnologischer Industrialisierung", in: Claudia Honegger, Stefan Hradil, Franz Traxler (Hg.), Grenzenlose Gesellschaft? Verhandlungen des 29. Kongresses der Deutschen Gesellschaft für Soziologie, des 16. Kongresses der Österreichischen Gesellschaft für Soziologie, des 11. Kongresses der Schweizerischen Gesellschaft für Soziologie in Freiburg i. Br. 1998, Teil 2, Opladen: Leske + Budrich 1999, S. 305–320

Barben, Daniel, „The Political Economy of Genetic Engineering: The Neoliberal Formation of the Biotechnology Industry", in: Organization and Environment, Vol. 11, No. 4, Dezember 1998, S. 406–420

Barben, Daniel, „Social Studies of Contested Technologies – The Case of Biotechnology and Genetic Engineering", in: Swiss Journal of Sociology/Schweizerische Zeitschrift für Soziologie, Vol. 25, No. 3, 1999, S. 449–458

Berthoin Antal, Ariane, „Das strategische Denken fördern", in: Blick durch die Wirtschaft, 27. April 1998, S. 5

Berthoin Antal, Ariane, „Le défi culturel de la mondialisation", in: Sciences Humaines, Sonderheft Nr. 20, März-April 1998, S. 48–51

Berthoin Antal, Ariane, Meinolf Dierkes, Lutz Marz, „Organizational Learning in China, Germany and Israel", in: Journal of General Management, Vol. 25, No. 1, Autumn 1999, S. 17–42

Berthoin Antal, Ariane, Meinolf Dierkes, Lutz Marz, Zhang Xinhua, „Implicit Theory of OL – Theoretical Overview of an empirical study in China, Germany and Israel", in: Quarterly Journal of the Shanghai Academy of Social Sciences, Nr. 1, 1999, S.145–153

Berthoin Antal, Ariane, Sigrid Quack, „Der langsame Aufstieg in die Beletage – Karrieremöglichkeiten von Frauen im Management in mittleren und großen Unternehmen", in: Marlene Kück (Hg.), Macht und Ohnmacht von Geschäftsfrauen, Berlin: Berlin-Verlag Spitz 1998, S. 109–122

Buhr, Regina, „Das Auto: Ein Mittel zur Erleichterung der Haushaltsführung?", in Antje Flade, Maria Limbourg (Hg.), Frauen und Männer in der mobilen Gesellschaft, Opladen: Leske + Budrich 1999, S. 155–173

Buhr, Regina, „Neue Nutzungskonzepte – Zur Bedeutung des Autos im Alltag der Frauen", in: Regina Buhr, Weert Canzler, Andreas Knie, Stephan Rammler (Hg.), Bewegende Moderne – Fahrzeugverkehr als soziale Praxis, Berlin: edition sigma 1999, S. 105–131

Buhr, Regina, Boris Buchholz, „Mit QWERTY ins 21. Jahrhundert? Die

Tastatur im Spannungsfeld zwischen Technikherstellung, Anwendung und Geschlechterverhältnis“, in: Martina Ritter (Hg.), Bits und Bytes vom Apfel der Erkenntnis. Frauen – Technik – Männer, Münster: Westfälisches Dampfboot 1999, S. 171–185

Cai, Wenzi, Meinolf Dierkes, Zhang Xinhua, „Empirical Analysis of Organizational Learning of Chinese Enterprises“, in: Quarterly Journal of the Shanghai Academy of Social Sciences, Nr. 1, 1999, S. 154–162 (nur in chinesischer Sprache)

Canzler, Weert, „Zur Adoption freigegeben: Verkehrstelematik und die Zukunft des Autoverkehrs“, in: Regina Buhr, Weert Canzler, Andreas Knie, Stephan Rammler (Hg.), Bewegende Moderne – Fahrzeugverkehr als soziale Praxis, Berlin: edition sigma 1999, S. 73–104

Canzler, Weert, „Alternative Antriebe“, in: Alexander von Vegesack, Mateo Kries (Hg.), Automobility – Was uns bewegt, Weil am Rhein: Vitra Design Museum 1999, S. 412–425

Canzler, Weert, „Der anhaltende Erfolg des Automobils – Zu den Modernisierungsleistungen eines außergewöhnlichen technischen Artefaktes“, in: Gert Schmidt (Hg.), Technik und Gesellschaft, Jahrbuch 10, Frankfurt/Main, New York: Campus 1999, S. 19–40

Canzler, Weert, „Automobil- und Mobilitätsleitbilder – Geschichte und Alternativen“, in: Transportation Design. Mobilität – Konturen einer gesellschaftlichen Herausforderung, Reader zur Vortragsreihe der Hochschule für Bildende Künste Braunschweig und der Regionalen Entwicklung für Südostniedersachsen e. V. (reson), November 1998, S. 1–28

Canzler, Weert, „Das Ende der Gewißheiten – Thesen zu einer künftigen Mobilitäts- und Verkehrspolitik“ und „CashCar: Car Sharing andersherum“, in: ZUKÜNFTE; Nr. 23, Frühjahr 1998, S. 62–64

Canzler, Weert, „Mobilität, Nachhaltigkeit und Entschleunigung: Kulturkritik im ökologischen Gewand“, in: Berliner Debatte, INITIAL 9 (1998) 2/3, S. 237–242

Canzler, Weert, „Telematik und Auto: Renn-Reiselimousine mit integrierter Satellitenschüssel“, in: Mitteilungen Verbund sozialwissenschaftliche Technikforschung, Heft 20, 1998, S. 107–127

Canzler, Weert, Andreas Knie, „Ende der Gewißheiten – Grundrisse einer modernen Verkehrspolitik“, in: Internationales Verkehrswesen, Jg. 50, 9/1998, S. 376–377

Didry, Claude, Peter Wagner, „La nation comme cadre de l'action économique – La Première Guerre mondiale et l'émergence d'une économie nationale en France et en Allemagne“, in: Bénédicte Zimmermann, Claude Didry, Peter Wagner (éds.), Le travail et la nation – Histoire croisée de la France et de l'Allemagne, Paris: Éditions de la Maison des Sciences de l'Homme 1999, S. 29–54

Dierkes, Meinolf, „Nicht nur der einzelne Mensch lernt, auch Unternehmen lernen“, in: KURIER-Extra, Wien, 29. Juli 1999, S. 5

Dierkes, Meinolf, Weert Canzler, „Innovationsforschung als Gegenstand der Technikgeneseforschung“, in: Wolfgang Hoffmann-Riem, Jens-Peter Schneider (Hg.), Rechtswissenschaftliche Innovationsforschung: Grundlagen, Forschungsansätze, Gegenstandsbereiche, Baden-Baden: Nomos 1998, S. 63–84

Dierkes, Meinolf, Weert Canzler, „Technikgenese und politische Steuerung“, in: Christine Wächter, Günter Getzinger, Ines Oehme, Harald Rohracher, Armin Spök, Jürgen Suschek-Berger, Wibke Tritthart, Peter Wilding (Hg.), Technik Gestalten – interdisziplinäre Beiträge zu Technikforschung und Technologiepolitik, München, Wien: Profil 1998, S. 23–34

Dierkes, Meinolf, Katrin Hähner, „Konzeptentwicklung von Technikfolgenabschätzung: Rückblick und Ausblick“, in: Thomas Petermann, Reinhard Coenen (Hg.), Technikfolgenabschätzung in Deutschland – Bilanz und Perspektiven, Frankfurt am Main, New York: Campus Verlag 1999, S. 97–113

Dierkes, Meinolf, Jeanette Hofmann, Lutz Marz, „Evolution technique et changement organisationnel: des structures d'innovation divergentes“, in: Les technologies du XXIe siècle – Promesses et périls d'un futur dynamique, Paris: OCDE 1998, S. 109–138

Dierkes, Meinolf, Jeanette Hofmann, Lutz Marz, „Technological Development and Organisational Change: Differing Patterns of Innovation“, in: 21st Century Technologies – Promises and Perils of a Dynamic Future, Paris: OECD 1998, S. 97–122

Dierkes, Meinolf, Lutz Marz, „Unternehmensumfeld 2010: Welche soziopolitische und ökonomische Entwicklung ist von Bedeutung für die langfristige Unternehmenspolitik“, in: Frank E. P. Dievernich, Tobias Gößling (Hg.), Trends und Trendsurfen, Marburg: Metropolis-Verlag 1998, S. 97–103

Dierkes, Meinolf, Lutz Marz, „Wissensmanagement und Zukunft“, in: Peter Pawlowsky (Hg.), Wissensmanagement, Wiesbaden: Gabler Verlag 1998, S. 201–224

Dierkes, Meinolf, Lutz Marz, Zhang Xinhua, Wenzi Cai, „Visionbuilding – basis, starting point and implementation of Organizational Learning“, in: Quarterly Journal of the Shanghai Academy of Social Sciences, Nr. 2, 1999, S. 164–173 (nur in chinesischer Sprache)

Dierkes, Meinolf, Zhanh Xinhua, Corporate Transformation and Organizational Learning: The People's Republic of China, The William Davidson Institute, Ann Arbor, Michigan, Working Paper No. 202, March 1998, 42 S.

Dienel, Hans-Liudger, Andreas Knie, „Kontrasträume im Freizeit- und Urlaubsverkehr – Raumpartnerschaften und räumliche Aktionsmuster von Reisenden“, in: Ulrich Brannolte, Kay Axhausen, Hans-Liudger Dienel, Andreas Rade (Hg.), Freizeitverkehr – Innovative Analysen und Lösungsansätze in einem multidisziplinären Handlungsfeld, Dokumentation eines interdisziplinären Workshops des Bundesministeriums für Bildung und Forschung am 10. und 11. 12. 1998 in Bonn, Technische Universität Berlin, Berlin 1999, S. 31–42

Hoffmann, Ute, „@home im Datenraum oder: Die fremde Heimat der Netzwelt“, in: Zukünfte, 7. Jg., H. 25, 1998, S. 18–21

Hoffmann, Ute, „Identität und Sozialität in der Netzwelt“, in: Spektrum der Wissenschaft, Dossier: Die Welt im Internet, 1/1998, S. 96–97

Hoffmann, Ute, „Virtuelle Heimat – Lebenswelt Netz“, in: Frauenarbeit und Informatik, Nr. 19, Juni 1999, S. 23–28

Hoffmann, Ute, Jillian-Beth Stamos-Kaschke, „Mission Impossible? User Meets Agent“, in: H. S. Nwana, D. T. Ndumu

(Hg.), Proceedings of the Third International Conference on the Practical Application of Intelligent Agents and Multi-Agent Technology, Blackpool: The Practical Application Company Ltd. 1998, S. 173–189 [www]

Hofmann, Jeanette, „Deadheads, Netheads, Ringheads, Bellheads", in: Spiegel Online, 5. August 1999, http://www.spiegel-online.de/netzwelt/

Hofmann, Jeanette, „Der Erfolg offener Standards und seine Nebenwirkungen", in: Telepolis, 26. Juli 1999, http://www.heise.de/tp

Hofmann, Jeanette, „Am Herzen der Dinge – Regierungsmacht im Internet", in: Wienand Gellner, Fritz von Korff (Hg.), Internet und Demokratie, Baden-Baden: Nomos Verlag 1998, S. 55–77

Hofmann, Jeanette, „‚Let a thousand proposals bloom' – Mailing-Listen als Forschungsquelle", in: Bernad Batinic, Andreas Werner, Lorenz Gräf, Wolfgang Bandilla (Hg.), Online Research: Methoden, Anwendungen und Ergebnisse, Göttingen, Bern, Toronto, Seattle: Hogrefe 1999, S. 179–199

Hofmann, Jeanette, „Writers, texts and writing acts: gendered user images in word processing software", in: Donald MacKenzie, Judy Wajcman (Eds.), The Social Shaping of Technology, Buckingham: Open University Press 1999, S. 222–243

Hård, Mikael, Andreas Knie, „The Grammar of Technology – German and French Diesel Engineering, 1920–1940", in: Technology and Culture, Vol. 40, Nr. 1, Januar 1999, S. 26–46

Hård, Mikael, Andreas Knie, „Style ou langue technique? Construction orthodoxe et pragmatique de moteurs diesel en Allemagne et en France dans les années 1920 et 1930", in: Bénédicte Zimmermann, Claude Didry, Peter Wagner (éds.), Le travail et la nation – Histoire croisée de la France et de l'Allemagne, Paris: Éditions de la Maison des Sciences de l'Homme 1999, S. 311–334

Knie, Andreas, „Ein Abo mit Auto – In der Schweiz soll das Carsharing eine echte Alternative zum eigenen Pkw werden", in: Frankfurter Rundschau, 8. September 1998, S. 6

Knie, Andreas, „Ideen zu einer zukünftigen Mobilität", in: Evangelische Akademien in Deutschland, Dokumentation der Gedanken- und Ideenwerkstatt zu Grundfragen der ökologischen Bildung IV, Hamburg 1998, S. 37–58

Knie, Andreas, „Die Macht der Gewohnheit: ‚Schließen', ‚Leitbilder' und ‚Institutionen' als Kategorien einer sozialwissenschaftlichen Technikforschung", in: Josef Esser, Gerd Fleischmann, Thomas Heimer (Hg.), Soziale Schließung im Prozeß der Technologieentwicklung, Frankfurt/Main, New York: Campus Verlag 1998, S. 36–50

Knie, Andreas, „Die Nutzer", in: Hans-Liudger Dienel, Dieter Flämig, Rolf Hanitsch, Axel Sanne (Hg.), Erdgas- und Elektrofahrzeuge in Berlin – Zukunftskonzepte für emissionsarme Fahrzeugflotten, Schriftenreihe des Zentrums Technik und Gesellschaft der Technischen Universität Berlin, Band 1, Berlin: edition sigma 1999, S. 141–145

Knie, Andreas, „Plan zur Abschaffung des Privat-Automobils – Ein verkehrspolitischer und wissenschaftssoziologischer Feldversuch", in: Gert Schmidt (Hg.), Technik und Gesellschaft, Jahrbuch 10, Frankfurt/Main, New York: Campus 1999, S. 129–147

Knie, Andreas, „Zum Raumbedarf der Moderne – Mobilität und Verkehr im internationalen Vergleich", in: Regina Buhr, Weert Canzler, Andreas Knie, Stephan Rammler (Hg.), Bewegende Moderne – Fahrzeugverkehr als soziale Praxis, Berlin: edition sigma 1999, S. 21–38

Knie, Andreas, „Die Technik und ihr Funktionsraum – Der technische Wandel in der Automobilindustrie als dreifache Erfindungsleistung", in: Christine Wächter, Günter Getzinger, Ines Oehme, Harald Rohracher, Armin Spök, Jürgen Suschek-Berger, Wibke Tritthart, Peter Wilding (Hg.), Technik Gestalten: interdisziplinäre Beiträge zu Technikforschung und Technologiepolitik, München, Wien: Profil 1998, S. 253–260

Knie, Andreas, „Technik- und industriepolitische Probleme hochvermachteter Branchen, verdichtet in Biographien von Erfindern: Das Beispiel Felix Wankel", in: Wilhelm Füßl, Stefan Ittner (Hg.), BIOS, Zeitschrift für Biographieforschung und Oral History, Jg. 11, 1998, Sonderheft, S. 189–197

Knie, Andreas, Lutz Marz, „Die Stadtmaschine – Zu einer Raumlast der organisierten Moderne – Teil I", in: Wechselwirkung, Jg. 20, Nr. 91, Juni/Juli 1998, S. 40–49

Knie, Andreas, Lutz Marz, „Die Stadtmaschine – Zu einer Raumlast der organisierten Moderne – Teil II", in: Wechselwirkung, Jg. 20, Nr. 92, August/September 1998, S. 46–53

Knie, Andreas, Markus Petersen, „Intermodalität als wissenschaftsbasierte Dienstleistung: Das Unternehmen CHOICE", in: Regina Buhr, Weert Canzler, Andreas Knie, Stephan Rammler (Hg.), Bewegende Moderne – Fahrzeugverkehr als soziale Praxis, Berlin: edition sigma 1999, S. 133–146

Knie, Andreas, Markus Petersen, „Selbstbeweglichkeit als neue Verkehrsdienstleistung", in: Günter Altner, Barbara Mettler-von Meibom, Udo E. Simonis, Ernst U. von Weizsäcker (Hg.), Jahrbuch Ökologie 2000, München: Beck 1999, S. 68–75

Knie, Andreas, Stephan Rammler, „Automobilität und Selbstbeweglichkeit – Soziologische Überlegungen zur besonderen Affinität von Moderne und Motorisierung", in: Alexander von Vegesack, Mateo Kries (Hg.), Automobility – Was uns bewegt, Weil am Rhein: Vitra Design Museum 1999, S. 354–365

Marz, Lutz, Meinolf Dierkes, „Schlechte Zeiten für gutes Gewissen? Zur Karriere, Krise und Zukunft anwendungsorientierter Wirtschafts- und Technikethik", in: Hans Lenk, Matthias Maring (Hg.), Technikethik und Wirtschaftsethik – Fragen der praktischen Philosophie, Opladen: Leske + Budrich 1998, S. 21–52

Moritz, Eckehard Fozzy, „Im Stau – Reflexionen über neuen Verkehr und neue Technik in Tokio und München", in: Regina Buhr, Weert Canzler, Andreas Knie, Stephan Rammler (Hg.), Bewegende Moderne – Fahrzeugverkehr als soziale Praxis, Berlin: edition sigma 1999, S. 147–177

Rammler, Stephan, „Die Wahlverwandtschaft von Moderne und Mobilität", in: Arch+, Zeitschrift für Architektur und Stadtbau, August 1999, S. 105–110

Rammler, Stephan, „Die Wahlverwandtschaft von Moderne und Mobilität – Vorüberlegungen zu einem soziologischen Er-

klärungsansatz der Verkehrsentstehung", in: Regina Buhr, Weert Canzler, Andreas Knie, Stephan Rammler (Hg.), Bewegende Moderne – Fahrzeugverkehr als soziale Praxis, Berlin: edition sigma 1999, S. 39–71

Sifft, Stefanie, Gabriele Abels, „Demokratie als Projekt: Anmerkungen zur Interdependenz von Staat, Zivilgesellschaft und Geschlechterverhältnissen – Eine Einleitung", in: Gabriele Abels, Stefanie Sifft (Hg.), Demokratie als Projekt: Feministische Kritik an der Universalisierung einer Herrschaftsform, Frankfurt am Main, New York: Campus 1999, S. 9–33

Tsui-Auch, Lai Si, „Has the Hong Kong Model Worked? Industrial Policy in Retrospect", in: Development and Change, Vol. 29, January 1998, No. 1, S. 55–78

Tsui-Auch, Lai Si, „Regional Subcontracting and Labor: Information/Communication Technology Production in Hong Kong and Shenzhen", in: Gerald Sussman, John Lent (Eds.), Global Productions: Labor in the Making of the Making of the Information Society, Cresskill, NJ: Hampton Press 1998, S. 145–171

Wagner, Peter, „Etat et identités économiques régionales", in: Bénédicte Zimmermann, Claude Didry, Peter Wagner (éds.), Le travail et la nation – Histoire croisée de la France et de l'Allemagne, Paris: Édition de la Maison des Sciences de l'Homme 1999, S. 9–12

Zhang, Xinhua, Meinolf Dierkes, Wenzi Cai, „Organizational Learning under the impact of high technological transformation", in: Quarterly, Journal of the Shanghai Academy of Social Sciences, Nr. 2, 1999, S. 71–79 (nur in chinesischer Sprache)

Discussion papers 1998

FS II 98–101
Meinolf Dierkes, Lutz Marz, Lernkonventionen und Leitbilder – Zum Organisationslernen in Krisen, 69 S.

FS II 98–102
Meinolf Dierkes, Lutz Marz, Wissensmanagement und Zukunft – Orientierungsnöte, Erwartungsfallen und „4D"-Strategie, 36 S.

FS II 98–103
Meinolf Dierkes, Lutz Marz, Leitbildzentriertes Organisationslernen und technischer Wandel, 43 S.

FS II 98–104
Tilman Baumgärtel, Reisen ohne Karte – Wie funktionieren Suchmaschinen?, 33 S. [www]

FS II 98–105
Valentina Djordjevic, Von „emily postnews" zu „help manners" – Netiquette im Internet, 49 S. [www]

FS II 98–106
Gabriele Abels, Engendering the Representational Democratic Deficit in the European Union, 41 S.

FS II 98–107
Stephan Rammler, Gerhard Prätorius, Karlheinz W. Lehrach, Regionale Verkehrspolitik und Klimaschutz – Landespolitische Interventionsmöglichkeiten zur Reduktion der verkehrsbedingten CO_2-Emissionen in Niedersachsen, 67 S.

FS II 98–108
Henning Breuer, Technische Innovation und Altern – Leitbilder und Innovationsstile bei der Entwicklung neuer Informations- und Kommunikationstechnologien für eine alternde Menschheit, 74 S.

FS II 98–109
Ariane Berthoin Antal, Camilla Krebsbach-Gnath, Consultants as Agents of Organizational Learning: The Importance of Marginality, 36 S.

FS II 98–110
Tilman Baumgärtel, Das imaginäre Museum – Zu einigen Motiven der Netzkunst, 47 S.

FS II 98–111
Meinolf Dierkes, Claudia von Grote (Eds.), Public Opinion and Public Debates – Notes on two perspectives for examining public understanding of science and technology, 69 S.

FS II 98–112
Sabine Helmers, Ute Hoffmann, Jeanette Hofmann, Internet . . . The Final Frontier: Eine Ethnographie, Schlußbericht des Projekts „Interaktionsraum Internet – Netzkultur und Netzwerkorganisation", 134 S. [www]

[www] auch als elektronische Publikation verfügbar auf dem WorldWideWeb-Server der Projektgruppe Kulturraum Internet: URL: http://duplox.wz-berlin.de/dokumente.html

Discussion papers 1999

FS II 99–101
Emily Udler, Israeli Business in Transition, 45 S.

FS II 99–102
Mark B. Brown, Policy design, expertise, and citizenship: Revising the California electric vehicle Program, 51 S.

FS II 99–103
Stefan Bratzel, Umweltorientierter Verkehrspolitikwandel in Städten – Eine vergleichende Analyse der Innovationsbedingungen von „relativen Erfolgsfällen", 61 S.

Abteilung „Regulierung von Arbeit"

Bücher

Bogumil, Jörg, Frieder Naschold, Modernisierung des Staates – New Public Management und Verwaltungsreform, Opladen: Leske + Budrich 1998, 204 S.

Boyer, Robert, Elsie Charron, Ulrich Jürgens, Steven Tolliday (Eds.), Between Imitation and Innovation – The Transfer and Hybridization of Productive Models in the International Automobile Industry, Oxford: Oxford University Press 1998, 394 S.

Dörrenbächer, Christoph, Vom Hoflieferanten zum Global Player: Unternehmensreorganisation und nationale Politik in der Welttelekommunikationsindustrie, Berlin: edition sigma 1999, 226 S.

Hielscher, Volker, Eckart Hildebrandt, Zeit für Lebensqualität – Auswirkungen verkürzter und flexibilisierter Arbeitszeiten auf die Lebensführung, Forschung aus der Hans-Böckler-Stiftung 21, Berlin: edition sigma 1999, 292 S.

Hildebrandt, Eckart, Eberhard Schmidt (Hg.), Arbeitnehmerbeteiligung am Umweltschutz – Die ökologische Erweiterung der Industriellen Beziehungen in der Europäischen Union, Berlin: edition sigma 1999, 165 S.

Lang, Jochen, Frieder Naschold, Bernd Reissert, Management der EU-Strukturpolitik – Steuerungsprobleme und Reform-

perspektiven, Berlin: edition sigma 1998, 135 S.

Lippert, Inge, Zwischen Pfadabhängigkeit und radikalem Wandel – Neuordnung von Prozeßketten im internationalen Maschinenbau, Berlin: edition sigma 1999, 256 S.

Naschold, Frieder, Maria Oppen, Alexander Wegener, Kommunale Spitzeninnovationen – Konzepte, Umsetzung, Wirkungen in internationaler Perspektive, Berlin: edition sigma 1998, 108 S.

Sonstige Veröffentlichungen

Badham, Richard, Ulrich Jürgens, „Images of Good Work and the Politics of Teamwork", in: Economic and Industrial Democacy, Vol. 19, 1998, S. 33–58

Dörr, Gerlinde, Tanja Kessel, „Aufholen und überholen", in: Die Mitbestimmung, Heft 10, 1999, S. 42–44

Dörr, Gerlinde, Tanja Kessel, „Restrukturierung durch Internationalisierung – Direktinvestitionsprojekte der Automobilindustrie in Ostmitteleuropa", in: Hansjörg Herr, Kurt Hübner (Hg.), Der „lange Marsch" in die Marktwirtschaft – Entwicklungen und Erfahrungen in der VR China und Osteuropa, Berlin: edition sigma 1999, S. 243–277

Dörr, Gerlinde, Tanja Kessel, „Wenn die Produktion nach Ungarn oder Tschechien auswandert – Die neue Standortkonkurrenz zwischen Ost und West am Beispiel der Automobilindustrie", in: Frankfurter Rundschau, Nr. 162, 16. Juli 1999, S. 7

Dörrenbächer, Christoph, „Unternehmensglobalisierung – Best practice oder Pfadabhängigkeit?", in: Andrea Eckardt, Holm-Detlev Köhler, Ludger Pries (Hg.), Global players in lokalen Bindungen, Berlin: edition sigma 1999, S. 135–145

Dohse, Knuth, Ulrich Jürgens, Thomas Malsch, „From ‚Fordism' to ‚Toyotism'", translated and edited by Katsuhiko Hirasawa as „Research Material for the Discussion on Japanese Management", in: Nihon University Journal of Business, Vol. LXVIII, No. 4, 1999, S. 51–75

Hielscher, Volker, „Arbeitsorientierungen in Ostdeutschland", in: Rainer Zoll (Hg.), Ostdeutsche Biographien – Lebenswelt im Umbruch, Franfurt/Main: Suhrkamp 1999, S. 125–139

Hielscher, Volker, „ ,... ich bin den Weg des geringsten Widerstands gegangen' – Fremdleitung und individuelle Anpassung", in: Rainer Zoll (Hg.), Ostdeutsche Biographien – Lebenswelt im Umbruch, Frankfurt/Main: Suhrkamp 1999, S. 140–161

Hielscher, Volker, „Ökologischer Wohlstand durch weniger Arbeitszeit? Zur Lebensführung von Industriebeschäftigten unter veränderten Arbeitszeit- und Einkommensbedingungen", in: Michael Hofmann, Kaspar Maase, Bernd Jürgen Warneken (Hg.), Ökostile, Marburg: Arbeitskreis Volkskunde und Kulturwissenschaften 1999, S. 45–64

Hielscher, Volker, Eckart Hildebrandt, „Zeitwohlstand in der Flexibilisierungsfalle", in: Die Mitbestimmung, 44. Jg., Heft 3, März 1999, S. 30–32

Hildebrandt, Eckart, „Arbeiten und Leben im Wissen um ihre ökologischen Nebenfolgen", in: Thomas Ritt (Hg.), Umwelt und Arbeit – Bestandsaufnahme und Perspektiven, Umwelt und Arbeit IV., Informationen zur Umweltpolitik Nr. 124, Wien: Bundeskammer für Arbeiter und Angestellte 1998, S. 115–143

Hildebrandt, Eckart, „Durabilité écologique et travail: le lien entre les nouveaux modèles de travail et le mode de vie", in: Ministère de l'emploi et de la solidarité (Ed.), Travail – Activité – Emploi. Une comparaison France-Allemagne, Cahier travail et emploi, Tagungsband, Paris: La Documentation française 1999, S. 199–213

Hildebrandt, Eckart, „Nachhaltigkeit und Arbeit – Leitbilder, Handlungskonstellationen und Entwicklungsdynamiken", in: Beate Littig (Hg.), Ökologie und soziale Krise – Wie zukunftsfähig ist die Nachhaltigkeit? Wien: Verband Wiener Volksbildung 1998, S. 90–115

Hildebrandt, Eckart, „Das Prinzip Nachhaltigkeit und die Arbeit der Lebensführung" (Editorial), in: Personalführung plus, Heft 2, 1999, S. 1–2

Hildebrandt, Eckart, „Auf zu neuen Ufern", in: Politische Ökologie, Heft 63/64, 1999, S. 25–26

Hildebrandt, Eckart, „Die Zukunft der Arbeit in einer nachhaltigen Entwicklung – Ansatzpunkte für Reformstrategien", in: Der Bürger im Staat, 48. Jg., Heft 2, 1998, S. 83–91

Hildebrandt, Eckart, Volker Hielscher, „Die Flexibilisierungsfalle", in: UNIVERSITAS, Zeitschrift für interdisziplinäre Wissenschaft, 54. Jg., Nr. 632, Februar 1999, S. 103–107

Hildebrandt, Eckart, Volker Hielscher, „Weniger Erwerbsarbeit – mehr Wohlstand?", in: Politische Ökologie, Sonderheft 11, 1998, S. 48–52

Jansen, Peter, Ulrich Jürgens, „Arbeitsorganisation und Arbeitsindividuen – Beispiele für Widersprüche zwischen Standardisierung, Gestaltbarkeit und Autonomie in der modernen Fabrik", in: Rolf Busch (Hg.), Autonomie und Gesundheit – Moderne Arbeitsorganisation und betriebliche Gesundheitspolitik, Forschung und Weiterbildung für die betriebliche Praxis, Band 19, München/Mehring: Rainer Hampp Verlag 1999, S. 34–58

Jürgens, Ulrich, „Anticipating problems with manufacturing during the product development process", in: Anna Comacchio, Giuseppe Volpato, Arnaldo Camuffo (Eds.), Automation in Automotive Industries – Recent Developments. Berlin etc.: Springer 1999, S. 74–91

Jürgens, Ulrich, „The Development of Volkswagen's Industrial Model, 1967–1995", in: Michael Freyssenet, Andrew Mair, Koichi Shimizu, Giuseppe Volpato (Eds.), One Best Way? Trajectories and Industial Models of the World's Automobile Producers, Oxford, New York: Oxford University Press 1998, S. 273–310

Jürgens, Ulrich, „Implanting Change: The Role of ‚Indigenous Transplants' in Transforming the German Productive Model", in: Robert Boyer, Elsie Charron, Ulrich Jürgens, Steven Tolliday (Eds.), Between Imitation and Innovation – Transfer and Hybridization of Productive Models in the International Automobile Industry, Oxford: Oxford University Press 1998, S. 319–341

Jürgens, Ulrich, „Neue Systeme der Produktentstehung im Spannungsfeld von Regionalisierung und Internationalisierung",

in: Gerhard Fuchs, Gerhard Krauss, Hans-Georg Wolf (Hg.), Die Bindungen der Globalisierung – Interorganisationsbeziehungen im regionalen und globalen Wirtschaftsraum, Marburg: Metropolis-Verlag 1999, S. 162–191

Jürgens, Ulrich, „Reestruturacao produtiva e relacoes capital-trabalho na industria automobilistica alema", in: Francisco de Oliveira, Alvaro A. Comin (Eds.), Os cavaleiros do antiapocalipse – trabalho e politica na industria automobilistica, Sao Paulo: entrelinhas 1999, S. 155–163

Jürgens, Ulrich, „Die Rolle der Wissensarbeit bei der Produktentwicklung", in: Wilfried Konrad, Wilhelm Schumm (Hg.), Wissen und Arbeit – Neue Konturen von Wissensarbeit, Münster: Westfälisches Dampfboot 1999, S. 58–76

Jürgens, Ulrich, Inge Lippert, „Schnittstellen", in: Die Mitbestimmung, 3/1998, S. 10–15

Naschold, Frieder, „Beschäftigung und wirtschaftliche Entwicklung in Europa", in: Ewald E. Krainz, Ruth Simsa (Hg.), Die Zukunft kommt – wohin geht die Wirtschaft?, Wiesbaden: Gabler 1999, S. 29–55

Naschold, Frieder, „Kommunale Verwaltungsmodernisierung irn Netzwerk", in: Herbert Mai (Hg.), Lernen im Netzwerk „Kommunen der Zukunft", Frankfurt/Main: Courier-Verlag 1999, S. 14–28

Naschold, Frieder, „Kulturwandel", in: Frieder Naschold, Maria Oppen, Alexander Wegener, Kommunale Spitzeninnovationen – Konzepte, Umsetzung, Wirkungen in internationaler Perspektive, Berlin: edition sigma 1998, S. 88–101

Naschold, Frieder, „Strategisches Management", in: Frieder Naschold, Maria Oppen, Alexander Wegener, Kommunale Spitzeninnovationen – Konzepte, Umsetzung, Wirkungen in internationaler Perspektive, Berlin: edition sigma 1998, S. 28–42

Naschold, Frieder, „Trends und Problemstellungen im organisatorischen Erneuerungsprozeß (TQM): Evaluationskriterien zur Organisationsentwicklung", in: Volker Graf, Bernd Mühlbauer, Käte Harms, Jürgen-Ferdinand Riemann (Hg.), Ein Krankenhaus im Reformprozeß – Total Quality Management in der Praxis, Melsungen: Bibliomed 1998, S. 5–27

Naschold, Frieder, Maria Oppen, Alexander Wegener, „Spitzeninnovationen und Veränderungsmanagement", in: Frieder Naschold, Maria Oppen, Alexander Wegener, Kommunale Spitzeninnovationen – Konzepte, Umsetzung, Wirkungen in internationaler Perspektive, Berlin: edition sigma 1998, S. 101–105

Oppen, Maria, „Bürgerbeteiligung durch Kooperation", in: Frieder Naschold, Maria Oppen, Alexander Wegener, Kommunale Spitzeninnovationen – Konzepte, Umsetzung, Wirkungen in internationaler Perspektive, Berlin: edition sigma 1998, S. 68–77

Oppen, Maria, „BürgerInnen als MitgestalterInnen aus internationaler Perspektive – Das Beteiligungsmodell der Stadt Hämeenlinna", in: Jörg Bogumil, Hans Josef Vogel (Hg.), Bürgerschaftliches Engagement in der kommunalen Praxis – Initiatoren, Erfolgsfaktoren und Instrumente, Köln: KGSt 1999, S. 86–106, 155–157

Oppen, Maria, „Demokratisierungspotentiale innovativer Kommunen – Ansätze der Nutzerdemokratie in den Nordischen Ländern", in: perspektiven des demokratischen sozialismus, 16. Jg., 1999, Heft 4, S. 30–43

Oppen, Maria, „Gleichstellungsperspektiven im internationalen Modernisierungskontext", in: Leo Kißler, Elke Wiechmann (Hg.), Gleichstellungspolitik und kommunale Verwaltungsreform, Baden-Baden: Nomos 1999, S. 69–85

Oppen, Maria, „Innovationsschwächen im Modernisierungsprozeß deutscher Kommunalverwaltungen", in: Rolf Prigge (Hg.), Steuerung und Mitbestimmung kommunaler Verwaltungsreform, Ergebnisse und Dokumentation der Arbeitstagung des Kooperationsbereichs Universität/Arbeiterkammer und des ÖTV-Bezirks Weser-Ems vom 22. Juni 1998, Bremen 1999, S. 67–93

Oppen, Maria, „Kunden und Nutzerinnen als ‚Consultants' ", in: Frieder Naschold, Maria Oppen, Alexander Wegener, Kommunale Spitzeninnovationen – Konzepte, Umsetzung, Wirkungen in internationaler Perspektive, Berlin: edition sigma 1998, S. 42–53

Oppen, Maria, „Die Neuverteilung von Ungleichheit im öffentlichen Sektor – Von der Personalverwaltung zum Female Resource Management?", in: Ulla Regenhard (Hg.), Die männliche Wirtschaft – Geschlechtertrennung und Konzepte zur Frauenintegration, fhw forschung 32/33, Berlin: edition sigma 1998, S. 165–191

Oppen, Maria, „Qualitätsmanagement in sozialen Dienstleistungsorganisationen – Konzepte, Instrumente und Umsetzung", in: Archiv für Wissenschaft und Praxis der sozialen Arbeit, Doppelheft, 29./30. Jg., Nr. 4/1998/1/1999, S. 292–318

Oppen, Maria, „Von Qualitätsinitiativen zum Total Quality Management", in: Frieder Naschold, Maria Oppen, Alexander Wegener, Kommunale Spitzeninnovationen – Konzepte, Umsetzung, Wirkungen in internationaler Perspektive, Berlin: edition sigma 1998, S. 53–68

Rupp, Joachim, „Gestaltung und Kopplung – Dimensionen im Innovationsprozeß", in: Zeitschrift für Soziologie, 28. Jg., Heft 5, Oktober 1999, S. 365–378

Wegener, Alexander, „Grundbausteine der Verwaltungsrestrukturierung: Ergebnissteuerung, Kontraktmanagement, Wettbewerb", in: Frieder Naschold, Maria Oppen, Alexander Wegener, Kommunale Spitzeninnovationen – Konzepte, Umsetzung, Wirkungen in internationaler Perspektive, Berlin: edition sigma 1998, S. 12–27

Wegener, Alexander, „Kommunale Produkt- und Ressourcenprofile", in: Frieder Naschold, Maria Oppen, Alexander Wegener, Kommunale Spitzeninnovationen – Konzepte, Umsetzung, Wirkungen in internationaler Perspektive, Berlin: edition sigma 1998, S. 9–12

Wegener, Alexander, „‚Die virtuelle Stadt': Informations- und Kommunikationstechnologien", in: Frieder Naschold, Maria Oppen, Alexander Wegener, Kommunale Spitzeninnovationen – Konzepte, Umsetzung, Wirkungen in internationaler Perspektive, Berlin: edition sigma 1998, S. 78–87

Discussion papers 1998

FS II 98–201
Frieder Naschold, Ökonomische Leistungsfähigkeit und institutionelle Innova-

tion – Das deutsche Produktionsregime im internationalen Regimewettbewerb, 47 S.

FS II 98–202
Jochen Lang, Frieder Naschold, Bernd Reissert, Reforming the Implementation of European Structural Fonds – A Next Development Step, 60 S.

FS II 98–203
Karin Hirschfeld, Auf verschlungenen Pfaden zum High-Tech-Produkt: Das Digitalfunkkonsortium – Eine strategische Allianz und ihre Folgen, 56 S.

FS II 98–204
Gerd Bender, Entstandardisierte Formen der Entgeltbestimmung – Neuere Entwicklungen bei der Leistungsvergütung und der Personalbeurteilung, 41 S.

FS II 98–205
Frieder Naschold, Christoph Reichard, Manfred Röber, Alexander Wegener (Hg.), „Verwaltungsreform auf Ministerialebene" – Dokumentation zur Fachtagung am 9. Juni 1998 am Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung, 90 S.

FS II 98–206
Maria Oppen, Alexander Wegener, Restrukturierung der kommunalen Dienstleistungsproduktion – Innovationsfähigkeit deutscher Kommunen in internationaler Perspektive, 26 S.

FS II 98–207
Maria Oppen, Elke Wiechmann, Frauenförderpläne unter Reformdruck – Effektivität und Innovationserfordernisse am Beispiel der niedersächsischen Stufenpläne, 53 S.

FS II 98–208
Hermann Hibbeler, „Markttest" öffentlicher Dienstleistungen: Einführung von Wettbewerb durch flächendeckende Angebotsbeziehung – Konzept des Personalrats Stadt Detmold, 37 S.

FS II 98–209
Stephan Seip, Netzwerkbildung im globalen Wettbewerb – Transnationalisierung und Standardisierung im Telekommunikationssektor, 76 S.

P 98–501
Jürgen Blazejczak, Eckart Hildebrandt, Joachim H. Spangenberg, Helmut Weidner, Arbeit und Ökologie – Ein neues Forschungsprogramm, 85 S.

Discussion papers 1999

FS II 99–201
Gerlinde Dörr, Tanja Kessel, Restructuring via Internationalization – The Auto Industry's Direct Investment Projects in Eastern Central Europe, 24 S.

FS II 99–202
Helmut Drüke, Regulierungssysteme in der internationalen Telekommunikation, 55 S.

FS II 99–203
Gerlinde Dörr, Tanja Kessel, Mehr als ein Nullsummenspiel? Die neue Standortkonkurrenz zwischen Ost und West – More Than a Zero Sum Game? The New Locational Competition Between East and West (zweisprachig), 19 S.

FS II 99–204
Frieder Naschold, Ulrich Jürgens, Inge Lippert, Leo Renneke, Vom chandlerianischen Unternehmensmodell zum Wintelismus, 26 S.

P 99–502
Eckart Hildebrandt, Arbeit und Nachhaltigkeit, 39 S.

P 99–504
Volker Hielscher, Gewerkschaftsarbeit im Wohngebiet: Eine Antwort auf neue Herausforderungen der Gewerkschaften?, 29 S.

P 99–507
Eckart Hildebrandt, Flexible Arbeit und nachhaltige Lebensführung, 38 S.

P 99–601
Sünne Andresen, Maria Oppen, Dagmar Simon, Karrieren und Barrieren im Wissenschaftsbetrieb – Geschlechterdifferenz als Ergebnis von Aushandlungsprozessen in Organisationen, 83 S.

Abteilung „Normbildung und Umwelt"

Bücher

Bora, Alfons (Hg.), Rechtliches Risikomanagement – Form, Funktion und Leistungsfähigkeit des Rechts in der Risikogesellschaft, Schriftenreihe zur Rechtssoziologie und Rechtstatsachenforschung, Berlin: Duncker & Humblot 1999, Band 80, 307 S.

Bora, Alfons, Differenzierung und Inklusion – Partizipative Öffentlichkeit im Rechtssystem moderner Gesellschaften, Schriften der Vereinigung für Rechtssoziologie, Baden-Baden: Nomos Verlagsgesellschaft 1999, Bd. 25, 450 S.

Fietkau, Hans-Joachim, Helmut Weidner unter Mitarbeit von **Katharina Holzinger, Birgit Lackmann** und **Karin Pfingsten,** Umweltverhandeln – Konzepte, Praxis und Analysen alternativer Konfliktregelungsverfahren, Berlin: edition sigma 1998, 375 S.

Glaeser, Bernhard, Jessika Grahm (Eds.), On Northern Shores and Islands: Human Well-Being and Environmental Change, Proceedings from the International Nordic Conference in Human Ecology, Strömstad, Sweden, 16–18 August 1996, Humanekologiska skrifter 16, Göteborg: Göteborg University (Kompendiet) 1998, 183 S.

Jänicke, Martin, Helmut Weidner (Eds.), Successful Environmental Policy, Tokyo: Yuhikaku 1998, 267 S. (gekürzte Übersetzung des englischen Readers von 1994 ins Japanische)

Weidner, Helmut (Ed.), Alternative Dispute Resolution in Environmental Conflicts – Experiences in 12 Countries, Berlin: edition sigma 1998, 465 S.

Sonstige Veröffentlichungen

Bonitz, Manfred, Eberhard Bruckner, Andrea Scharnhorst, „The Matthew Index – Concentration Patterns and Matthew Core Journals", Paper presented at the Fifth International Conference on Science and Technology Indicators, June 4–6, 1998, Hinxton, Cambridge, England. Extended Abstract, see URL: http://sahara.fsw.leidenuniv.nl/s&tconference/abstracts.html#bonitz.

Bonitz, Manfred, Eberhard Bruckner, Andrea Scharnhorst, „The Matthew Index – Concentration Patterns and Matthew Core Journals", in: Scientometrics, Vol. 44, No. 3, 1999, S. 361–378

Bonitz, Manfred, Eberhard Bruckner, Andrea Scharnhorst, „The Micro-Structure of the Matthew Effect for Countries", in:

Proceedings of the Seventh International Conference on Scientometrics and Informetrics, July 5–8, 1999, Colima, Mexico, Colima: Universidad de Colima 1999, S. 50–64

Bora, Alfons, „Discourse Formations and Constellations of Conflict: Problems of Public Participation in the German Debate on Genetically Altered Plants", in: Patrick O'Mahony (Ed.), Nature, Risk and Responsibility: Discourses of Biotechnology, Houndmills, Basingstoke, Hampshire/ London: Macmillan Press Ltd. 1999, S. 130–146

Bora, Alfons, „Einleitung: Mehr Optionen und gesteigertes Risiko – Zur Stellung des Rechts in der Risikogesellschaft", in: Alfons Bora (Hg.), Rechtliches Risikomanagement – Form, Funktion und Leistungsfähigkeit des Rechts in der Risikogesellschaft, Schriftenreihe zur Rechtssoziologie und Rechtstatsachenforschung, Band 80, Berlin: Duncker & Humblot 1999, S. 9–28

Bora, Alfons, „Konfliktlösung durch Verhandlung? Empirische Probleme des Erörterungstermins im Verwaltungsverfahren", in: Jürgen Brand, Dieter Strempel (Hg.), Soziologie des Rechts, Festschrift für Erhard Blankenburg zum 60. Geburtstag, Baden-Baden: Nomos 1998, S. 613–623

Bora, Alfons, „Legal Procedure and Participation by the Public: Germany's 1990 Genetic Engineering Act", in: Law & Policy, Vol. 20, No. 1, January 1998, Blackwell Publishers Ltd., S. 113–133

Bruckner, Eberhard, Werner Ebeling, Andrea Scharnhorst, „Technologischer Wandel und Innovation – Stochastische Modelle für innovative Veränderungen in der Ökonomie", in: Frank Schweitzer, Gerald Silverberg (Hg.), Evolution und Selbstorganisation in der Ökonomie, Berlin: Duncker & Humblot 1998, S. 361–382

van den Daele, Wolfgang, „Annäherungen an einen uneingeschränkten Diskurs – Argumentationen in einer partizipativen Technikfolgenabschätzung", in: L. Honnefelder, C. Streffer (Hg.), Jahrbuch für Wissenschaft und Ethik, Band 3, Berlin/New York: de Gruyter 1998, S. 15–32

van den Daele, Wolfgang, „Dealing with the risks of genetic engineering as an example of ‚reflexive modernization' ", in: New Genetics and Society, 1999, 18 (1), S. 65–77

van den Daele, Wolfgang, „Von rechtlicher Risikovorsorge zu politischer Planung – Begründungen für Innovationskontrollen in einer partizipativen Technikfolgenabschätzung zu gentechnisch erzeugten herbizidresistenten Pflanzen", in: Alfons Bora (Hg.), Rechtliches Risikomanagement – Form, Funktion und Leistungsfähigkeit des Rechts in der Risikogesellschaft, Schriftenreihe zur Rechtssoziologie und Rechtstatsachenforschung, Berlin: Duncker & Humblot 1999, Band 80, S. 259–291

van den Daele, Wolfgang, „Regulierung, Selbstregulierung, Evolution – Grenzen der Steuerung sozialer Prozesse", in: Michael Kloepfer (Hg.), Selbst-Beherrschung im technischen und ökologischen Bereich – Selbststeuerung und Selbstregulierung in der Technikentwicklung und im Umweltschutz, Erstes Berliner Kolloquium der Gottlieb Daimler- und Karl Benz-Stiftung, Berlin: Duncker & Humblot 1998, S. 35–47

van den Daele, Wolfgang, „Risk prevention and the political control of genetic engineering: lessons from a participatory technology assessment on transgenic herbicide-resistant crops", in: AGBiotech News and Information 1998, Vol. 10, No. 11, S. 355N–358N

van den Daele, Wolfgang, Wolfgang Krohn, „Experimental implementation as a linking mechanism in the process of innovation", in: Research Policy 27, 1998, S. 853–868

Döbert, Rainer, „Identitätsformationen und Gesellschaftsstruktur im Schatten von Globalisierungsprozessen – An der Schwelle zur multikulturellen Identität?", in: Matthias Grundmann (Hg.), Konstruktivistische Sozialisationsforschung – Lebensweltliche Erfahrungskonzepte, individuelle Handlungskompetenzen und die Konstruktion sozialer Strukturen, Frankfurt/Main: Suhrkamp Verlag 1999, S. 290–323

Ebeling, Werner, Andrea Scharnhorst, Miguel A. Jiménez-Montaño, Karmeshu, „Evolutions- und Innovationsdynamik als Suchprozeß in komplexen adaptiven Landschaften", in: Klaus Mainzer (Hg.), Komplexe Systeme und Nichtlineare Dynamik in Natur und Gesellschaft – Komplexitätsforschung in Deutschland auf dem Weg ins nächste Jahrhundert, Berlin, Heidelberg, New York: Springer 1999, S. 446–473

Fietkau, Hans-Joachim, „Mediation", in: Peter Heinrich, Jochen Schulz zur Wiesch (Hg.), Wörterbuch zur Mikropolitik, Opladen: Leske + Budrich 1998, S. 169–170

Fietkau, Hans-Joachim, „Die methodische Eigenständigkeit von Mediationsverfahren", in: Wolfgang Vögele (Hg.), Mediation – vermitteln – verhandeln – schlichten. Rechtspolitische Chancen kooperativer, vorgerichtlicher Konfliktbearbeitung. Loccumer Protokolle 2/98, S. 184–191

Fietkau, Hans-Joachim, „Psychodynamik und Gestaltung von Mediationsverfahren – Kapitel 5", in: Förderverein Umweltmediation e.V. Zur Implementierung der Umweltmediation in Deutschland (Hg.), Studienbrief Umweltmediation – Eine interdisziplinäre Einführung, Bonn 1999, S. 101–133

Fietkau, Hans-Joachim, „Vom schwierigen Umgang mit umweltrelevanten Großprojekten", in: Mediations-report, 1, 2, 1999, S. 14

Fietkau, Hans-Joachim, „Kommunikation und Problemlösung in Mediationsverfahren", in: Zeitschrift für Mediation 4, 1999, S. 219–224

Glaeser, Bernhard, „Ecological requirements for increased food production: towards an integrated habitat-farm system in South India", in: Uwe Kracht, Manfred Schulz (Eds.), Food Security and Nutrition: The Global Challenge (Aus der Reihe Spektrum – Berlin Series on Society, Economy and Politics in Developing Countries, herausgegeben von Volker Lühr, Ute Luig, Manfred Schulz, Freie Universität Berlin), Berlin: Lit Verlag, New York: St. Martin's Press 1999, S. 253–269

Glaeser, Bernhard, „Humanekologi – en holistisk vetenskap" (Human ecology – a holistic science), in: H. Bruun, T. Gullberg (Eds.), Humanekologiska perspektiv på människans tillvaro, Nora/Schweden: Bokförlaget Nya Doxa 1999, S. 319–331

Glaeser, Bernhard, „Integrated Coastal Zone Management: Assessing Conflicts to Attain Sustainabilitiy", Human Ecology Report Series, Subseries SUCOZOMA Project „Competing Interests and Conditions for Conflict Solution", (HERS-SUCOZOMA-Report 1998: 1), Department for Interdisciplinary Studies of the Human Condition, Human Ecology Section, Göteborg University, Göteborg, Schweden, 1998, S. 335–375

Glaeser, Bernhard, „Human ecology as an inter-discipline“, in: Bernhard Glaeser, Jessika Grahm (Eds.), On Northern Shores and Islands: Human Well-Being and Environmental Change, Proceedings from the International Nordic Conference in Human Ecology, Strömstad, Sweden, 16–18 August 1996, Göteborg: Göteborg University 1998, S. 11–18

Glaeser, Bernhard, Laura Píriz, „Sustainable coastal zone management – Competing interests and conflict resolution in Sweden“, in: Bernhard Glaeser, Jessika Grahm (Eds.), On Northern Shores and Islands: Human Well-Being and Environmental Change, Proceedings from the International Nordic Conference in Human Ecology, Strömstad, Sweden, 16–18 August 1996, Humanekologiska skrifter 16, Göteborg: Göteborg University 1998, S. 161–176

Hans-Böckler-Stiftung, Abt. Öffentlichkeitsarbeit (Hg.), Projektinformation „Arbeit & Ökologie“, Düsseldorf 1999, 32 S.

Hans-Böckler-Stiftung, Abt. Öffentlichkeitsarbeit (ed.), Project Information „Work + Ecology“, Düsseldorf 1999, 32 S.

Holzinger, Katharina, „Die Leistungsfähigkeit umweltpolitischer Kooperationslösungen“, in: Hermann Bartmann, Klaus Dieter John (Hg.), Kooperative Umweltpolitik, Beiträge zum 8. Mainzer Umweltsymposium, Band 1, Aachen: Shaker Verlag 1999, S. 39–73

Jänicke, Martin, Helmut Weidner, „¿Se tiende a una convergencia global?“, in: Ambiente y Desarrollo, Bd. XIV, Heft 3, 1998, S. 34–42

Kern, Kristine, „Politische Kultur und Umweltpolitik – Amerikanische Erfahrungen und europäische Perspektiven“, in: Mainauer Gespräche 1998, Europas Kulturen und ihr Umgang mit der Natur, Band 14 der Mainauer Gesprächsbeiträge zu gesellschaftspolitischen Fragen unserer Zeit, Lennart-Bernadotte-Stiftung, S. 29–62

Krohn, Wolfgang, Wolfgang van den Daele, „Science as an agent of change: finalization and experimental implementation“, in: Symposium: „Revisiting the theory of ‚Finalization in Science‘ “, Social Science Information, London, Thousand Oaks, CA, New Delhi: Sage Publications 1998, 37 (1), S. 191–222

Scharnhorst, Andrea, „Citations – Networks, Science Landscapes and Evolutionary Strategies“, in: Scientometrics, Vol. 43, No. 1, 1998, S. 95–106

Scharnhorst, Andrea, „Modelle von Wertedynamik und Kompetenzentwicklung“, in: John Erpenbeck, Volker Heyse (Hg.), Kompetenzbiographie, Kompetenzmilieu, Kompetenztransfer, QUEM-report, Schriften zur beruflichen Weiterbildung, Heft 62, Berlin 1999, S. 106–140

Scharnhorst, Andrea, „Zur Modellierung der Kompetenzentwicklung durch selbstorganisiertes Lernen“, in: John Erpenbeck, Volker Heyse (Hg.), Kompetenzbiographie – Kompetenzmilieu – Kompetenztransfer, Bonn: BMBF-Studie 1999, S. 31–69

Weidner, Helmut, „Alternative Dispute Resolution in Environmental Conflicts – Promises, Problems, Practical Experience“, in: ders. (Ed.), Alternative Dispute Resolution in Environmental Conflicts – Experiences in 12 Countries, Berlin: edition sigma 1998, S. 11–55

Weidner, Helmut, „Alternative Dispute Resolution in Japan“, in: ders. (Ed.), Alternative Dispute Resolution in Environmental Conflicts – Experiences in 12 Countries, Berlin: edition sigma 1998, S. 447–462

Weidner, Helmut, „Environmental Conflict Resolution in Germany“, in: Christopher Napier (Ed.), Environmental Conflict Resolution, London: Cameron May 1998, S. 58–109

Weidner, Helmut, „Internationale Erfahrungen mit Umweltmediation. Kapitel 6“, in: Förderverein Umweltmediation e.V. Zur Implementierung der Umweltmediation in Deutschland (Hg.), Studienbrief Umweltmediation – Eine interdisziplinäre Einführung, Bonn 1999, S. 135–162

Weidner, Helmut, „Umweltpolitik – Entwicklungslinien, Kapazitäten und Effekte“, in: Max Kaase, Günther Schmid (Hg.), Eine lernende Demokratie, WZB-Jahrbuch 1999, Berlin: edition sigma 1999, S. 425–460

Weidner, Helmut, Hans-Joachim Fietkau, „The Mediation Procedure on the Waste Management Plan in the District of Neuss – A Political and Social Research Experiment“ in: Helmut Weidner (Ed.), Alternative Dispute Resolution in Environmental Conflicts – Experiences in 12 Countries, Berlin: edition sigma 1998, S. 183–233

Weidner, Helmut, Martin Jänicke, „Vom Aufstieg und Niedergang eines Vorreiters – Eine umweltpolitische Bilanz der Ära Kohl“, in: Göttrik Wewer (Hg.), Bilanz der Ära Kohl – Christlich-liberale Politik in Deutschland 1982–1998, Sonderband der Zeitschrift Gegenwartskunde, Hans-Hermann Hartwich zum 70. Geburtstag, Opladen: Leske + Budrich 1998, S. 201–228

Weidner, Helmut, Peter Knoepfel, „Evaluation et la mediation (La)“, in: Werner Bussmann, Ulrich Klöti, Peter Knoepfel (Hg.), Politiques publiques, Paris: Economica 1998, S. 151–167

Discussion papers 1998

FS II 98–301
Ralf Jülich unter Mitarbeit von **Sven Deimann**, Öffentlichkeitsbeteiligung in gentechnikrechtlichen Zulassungsverfahren im internationalen Vergleich – Die Ausgestaltung von Informations- und Partizipationsrechten in den EU-Mitgliedsstaaten, der Schweiz und Norwegen, 52 S.

FS II 98–302
Astrid Epp, Divergierende Konzepte von „Verfahrensgerechtigkeit“ – Eine Kritik der Procedural Justice Forschung, 104 S.

FS II 98–303
Alfons Bora unter Mitarbeit von **Astrid Epp, Axel Foerster** und **Arno Schlick**, Die Umsetzung von Technikfolgenabschätzung in Verwaltungsverfahren – Normbildungsprozesse und Risikoentscheidungen in rechtlichen und gesellschaftlichen Kommunikationen über Hochtechnologie, Schlußbericht an die Volkswagen-Stiftung, 347 S. [vergriffen]

P 98–501
Jürgen Blazejczak, Eckardt Hildebrandt, Joachim H. Spangenberg, Helmut Weidner, Arbeit und Ökologie – Ein neues Forschungsprogramm, 85 S.

Kristine Kern, Horizontale und vertikale Politikdiffusion in Mehrebenensystemen, Berlin: Freie Universität Berlin, Forschungsstelle für Umweltpolitik (FFU-Report 98-6), 32 S.

Discussion papers 1999

FS II 99–301
Hans-Joachim Fietkau, Matthias Trénel, Gewinnt soviel ihr könnt! Entscheidungs-

verhalten in Intergruppenkonflikten – Eine experimentelle Untersuchung von Entrapment-Strategien, 36 S.

Kristine Kern, Politische Kultur und Umweltpolitik – Die amerikanischen Einzelstaaten im Vergleich, Berlin: Freie Universität Berlin, Forschungsstelle für Umweltpolitik (FFU-Report 99-8), 29 S.

Kristine Kern, Helge Jörgens, Martin Jänicke, Die Diffusion umweltpolitischer Innovationen – Ein Beitrag zur Globalisierung von Umweltpolitik, Berlin: Freie Universität Berlin, Forschungsstelle für Umweltpolitik (FFU-Report 99-11), 37 S.

Forschungsprofessur „Umweltpolitik, Technikentwicklung und Arbeitsformen"

I. Bücher

Altner, Günter, Barbara Mettler-von Meibom, Udo E. Simonis, Ernst U. von Weizsäcker (Hg.), Jahrbuch Ökologie 1999, München: C.H. Beck Verlag 1998, 288 S.

Altner, Günter, Barbara Mettler-von Meibom, Udo E. Simonis, Ernst U. von Weizsäcker (Hg.), Jahrbuch Ökologie 2000, München: C.H. Beck Verlag 1999, 303 S.

Benedick, Richard E., Ozone Diplomacy – New Directions in Safeguarding the Planet, Enlarged edition, Cambridge, Mass., London: Harvard University Press 1998, 468 S.

Biermann, Frank, Weltumweltpolitik zwischen Nord und Süd – Die neue Verhandlungsmacht der Entwicklungsländer, Baden-Baden: Nomos Verlagsgesellschaft 1998, 400 S.

Helm, Carsten, A Mechanism for the Fair Division of Climate Change Protection Burdens, Nota di Lavoro 45.99, Milano: Fondazione Eni Enrico Mattei 1999, 28 S.

Meyer-Krahmer, Frieder, Udo E. Simonis et al., Wirtschaftliche Leistungsfähigkeit, sozialer Zusammenhalt, ökologische Nachhaltigkeit. Drei Ziele – ein Weg, Bericht der Zukunftskommission der Friedrich Ebert Stiftung, Bonn: Verlag J.H.W. Dietz Nachf. 1998, 416 S.

Prüfer, Ralf Michael, Die Verpackungsverordnung und ihre ökologischen Alternativen, Beiträge zur kommunalen und regionalen Planung, Band 17, herausgegeben von Klaus Künkel und Udo E. Simonis, Frankfurt am Main, New York, Paris: Verlag Peter Lang 1998, 209 S.

Simonis, Udo E. et al., Weltumweltpolitik – Grundriß und Bausteine eines neuen Politikfeldes, Nachdruck, Berlin: edition sigma 1999, 325 S.

II. Beiträge zu Büchern

Benedick, Richard E., „Decision Framing, Government Structure and Governance", in: German-American Academic Council Foundation (Ed.), Climate Change Policy in Germany and the United States, Conference Proceedings, Bonn, Washington, DC: Publications of the GAAC, Volume 7, 1999, S. 181, 203, 205, 209 f., 263 f., 296 ff.

Benedick, Richard E., „Diplomacy for the Environment", in: American Institute for Contemporary German Studies and Heinrich Böll Foundation (Eds.), Environmental Diplomacy, Washington, DC: The Johns Hopkins University 1999, S. 3–12

Biermann, Frank, „Die UN-Sondergeneralversammlung über Umwelt und Entwicklung", in: Jahrbuch Ökologie 1999, München: C.H. Beck Verlag 1998, S. 133–142

Biermann, Frank, „Justice in the Greenhouse – Perspectives from International Law", in: Ferenc L. Tóth (Ed.), Fair Weather? Equity Concerns in Climate Change, London: Earthscan Publications 1999, S. 160–172

Biermann, Frank, „Linking Trade with Environment – The False Promise", in: American Institute for Contemporary German Studies and Heinrich Böll Stiftung (Eds.), Environmental Diplomacy, Washington, DC: The Johns Hopkins University 1999, S. 39–46

Biermann, Frank, „Stirbt die Natur, flieht der Mensch – Umweltzerstörung als Fluchtursache", in: Franz-Josef Hutter, Anja Mihr, Carsten Tessmer (Hg.), Menschen auf der Flucht, Opladen: Leske + Budrich Verlag 1999, S. 87–95

Biermann, Frank, „Syndrome des Globalen Wandels als Typologie für die Friedens- und Konfliktforschung", in: Alexander Carius et al., Umwelt und Sicherheit – Herausforderungen für die internationale Politik, Berlin, Heidelberg, New York: Springer Verlag 1998, S. 138–153

Biermann, Frank, Udo E. Simonis, „Institutionelles Lernen in der Weltumweltpolitik", in: Horst Albach et al. (Hg.), Organisationslernen – institutionelle und kulturelle Dimensionen, WZB-Jahrbuch 1998, Berlin: edition sigma 1998, S. 289 bis 308

Biermann, Frank, Udo E. Simonis, „Pleading for a World Environment and Development Organization", in: Agni Vlavianos-Arvanitis, Laszlo Kapolyi (Eds.) Biopolitics – The Bio-Environment, Volume VII, Athen: Biopolitics International Organization 1999, S. 51–67

Brühl, Tanja, Udo E. Simonis, „Strukturen und Trends der Weltökologie", in: Stiftung Entwicklung und Frieden (Hg.), Globale Trends 2000 – Fakten, Analysen, Prognosen, Frankfurt am Main: Fischer Taschenbuch Verlag 1999, S. 271–293

Dombrowsky, Ines, „The Jordan River Basin – Prospects for Cooperation in the Middle East Peace Process", in: Waltina Scheumann, Manuell Schiffler (Eds.), Water in the Middle East – Potential for Conflicts and Prospects for Cooperation, Berlin, Heidelberg, New York: Springer Verlag 1998, S. 91–112

Hahn, Ekhart, „Green Corridor and Eco-Station – Local Agenda 21 and a Model Project for Ecological Urban Restructuring", in: Bio-City, No. 15, Tokyo 1999, S. 73–82

Hahn, Ekhart, „Leipzig – East Regional Project", in: Jürgen Breuste, Hildegard Feldmann, Ogarit Uhlmann (Eds.), Urban Ecology, Berlin, Heidelberg, New York: Springer Verlag 1998, S. 365–370

Hahn, Ekhart, „Ökologischer Stadtumbau und postindustrielle Segelschifftechnologien", in: K. M. Schmals (Hg.), Was ist Raumplanung?, Dortmunder Beiträge zur Raumplanung Nr. 89, Dortmund 1999, S. 228–250

Helm, Carsten, „Criteria for an Equitable Distribution of Internationally Tradeable Emission Certificates", in: Hans-Joachim Schellnhuber, Volker Wenzel (Eds.), Earth System Analysis – Integrating Science for

Sustainability, Berlin, Heidelberg, New York: Springer Verlag 1998, S. 337–341

Helm, Carsten, „Sind Freihandel und Umweltschutz vereinbar?“, in: Friedrich Ebert Stiftung (Hg.), Ein Ordnungsrahmen für die Weltwirtschaft: nötig und möglich, Bonn: Friedrich Ebert Stiftung 1998, S. 28–33

Hofmann, Bernd, „Umweltverbände in der Klimapolitik“, in: Jahrbuch Ökologie 1999, München: C.H. Beck Verlag 1998, S. 240–247

Leipert, Christian, Prefazione: „L'economia e suo rapporto con la natura“, in: Enzo Tiezzi, Nadia Maschettini (Eds.), Che Cos'è Lo Sviluppo Sostenibile? Le basi scientifiche della sostenibilità ed i guasti del pensiero unico, Roma: Donzelli Editore 1999, S. XI–XX

Leipert, Christian, „Status of Green Accounting – Recent Worldwide Experiences and Application Problems“, in: Mohan Munasinghe, Stefan Dreyer, Pradeep Kurukulasuriya (Eds.), Greening the National Income Accounts, Relevance for South Asia, Colombo: Lanka International Forum on Environment and Sustainable Development 1999, S. 125–147

Leipert, Christian, „The Work of the German Federal Statistical Office on Environmental-Economic Accounting“, in: Mohan Munasinghe, Stefan Dreyer, Pradeep Kurukulasuriya (Eds.), Greening the National Income Accounts – Relevance for South Asia, Colombo: Lanka International Forum on Environment and Sustainable Development 1999, S. 171–175

Postel, Sandra L., Olof Cramer, „Wasserknappheit und globale Ernährungssicherung“, in: Jahrbuch Ökologie 2000, München: C.H. Beck Verlag 1999, S. 87–98

Siebenhüner, Bernd, „Ökologische Ökonomik – Ein neuer Ansatz zur Verbindung von Natur- und Wirtschaftswissenschaften“, in: Ökologische Stoffverwertung, Berichte Nr. 1/99, Halle (Saale) 1999, S. 53–71

Simonis, Udo E., „Bioregionalism – A Pragmatic European Perspective“, in: Lucia Mariani, Matteo Mascia, Martina Vagacova (Eds.), New Europe – Transformation and Environmental Issues, Münster: Lit Verlag 1998, S. 209–220

Simonis, Udo E., „Das Kyoto-Protokoll – Aufforderung zu einer innovativen Klimapolitik“, in: UnternehmensGrün (Hg.), Märkte ohne Grenzen – Unternehmen im Spannungsfeld zwischen nachhaltigem Wirtschaften und globalem Wettbewerb, München: ökom-Verlag 1998, S. 141–148

Simonis, Udo E., „Decision Framing in Germany“, in: German-American Academic Council Foundation (Ed.), Climate Change Policy in Germany and the United States, Conference Proceedings, Bonn, Washington, DC: Publications of the GAAC, Volume 7, 1999, S. 191–199

Simonis, Udo E., „Die Grenzen des Wachstums – Der Umweltschutz“, in: Meilensteine der Menschheit – Einhundert Entdeckungen, Erfindungen und Wendepunkte der Geschichte, herausgegeben von der Brockhaus-Redaktion, Leipzig, Mannheim: F.A. Brockhaus 1999, S. 394–397

Simonis, Udo E., „Ecological Modernization of Industrial Society: Three Strategic Elements“, in: Robert U. Ayres, Kenneth Button, Peter Nijkamp (Eds.), Global Aspects of the Environment, Volume II, Cheltenham Glos: Edward Elgar Publishing 1999, S. 255–269

Simonis, Udo E., „Global Environmental Management: On Measures of Climate Policy and How to Use Them“, in: Dieter Dettke (Ed.) The Challenge of Globalization for Germany's Social Democracy – A Policy Agenda for the Twenty-First Century, New York, Oxford: Berghahn Books 1998, S. 167–185

Simonis, Udo E., „Globale Umweltprobleme lösen“, in: Birgit Breuel (Hg.), Agenda 21 – Vision nachhaltige Entwicklung, Buchreihe der EXPO 2000, Band 1, Frankfurt am Main, New York: Campus Verlag 1999, S. 75–106

Simonis, Udo E., „Globalisierung der Umweltpolitik oder: Die neue Macht der Entwicklungsländer“, in: Deutsche Gesellschaft für Technische Zusammenarbeit (GTZ) und Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) (Hg.), Globalisierung: Chancen und Herausforderungen für die Entwicklungszusammenarbeit, Fachkolloquium, Eschborn: GTZ 1998, S. 47–52; *in überarbeiteter Fassung* in: Greenpeace und Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung (Hg.), Wirtschaft ohne Wachstum? – Denkanstöße, Handlungskonzepte, Strategien, Wiesbaden: Gabler Verlag 1999, S. 163 bis 169

Simonis, Udo E., „Globalisierung und ökologische unternehmerische Verantwortung“, in: UnternehmensGrün (Hg.), Märkte ohne Grenzen – Unternehmen im Spannungsfeld zwischen nachhaltigem Wirtschaften und globalem Wettbewerb, München: ökom-Verlag 1998, S. 31–38; *in überarbeiteter Fassung* in: Hessen im Dialog – Zukunftsfragen: Wirtschaftsentwicklung, Zukunft der Arbeit, Neue Wege in der Umweltpolitik, Herausgegeben von der HLT – Gesellschaft für Forschung und Planung, Frankfurt am Main: Eichborn Verlag 1999, S. 96–106

Simonis, Udo E., „Institutionalisierung der Weltumweltpolitik“, in: Helmut Hesse, Peter Wetzel (Hg.), Wirtschaftspolitik zwischen gesellschaftlichen Ansprüchen und ökonomischen Grenzen, Festschrift für Reinhard Blum zum 65. Geburtstag, Göttingen: Vandenhoek & Ruprecht 1998, S. 437–460

Simonis, Udo E., „Institutionen der künftigen Weltumweltpolitik“, in: Dirk Messner (Hg.), Die Zukunft des Staates und der Politik – Möglichkeiten und Grenzen politischer Steuerung in der Weltgesellschaft, Bonn: Verlag J.H.W. Dietz Nachf. 1998, S. 300–322

Simonis, Udo E., „Internationally Tradeable Emission Certificates – Efficiency and Equity in Linking Environmental Protection with Economic Development“, in: Hans-Joachim Schellnhuber, Volker Wenzel (Eds.), Earth System Analysis – Integrating Science for Sustainability, Berlin, Heidelberg, New York: Springer Verlag 1998, S. 321–336

Simonis, Udo E., „Komplexität ökonomisch-ökologischer Zusammenhänge – Zehn Thesen“, in: Anna M. Wobus et al., Vom Einfachen zur Ganzheitlichkeit, Nova Acta Leopoldina, Band 77, Halle (Saale): Deutsche Akademie für Naturforscher Leopoldina 1998, S. 136–145

Simonis, Udo E., „Naturwissenschaften brauchen Sozialwissenschaften – und umgekehrt“, in: Irene Schöne (Hg.), Dokumentation des Ersten Ökologischen Wissenschaftstages in Schleswig-Holstein, Kiel: umWeltforum der SPD Schleswig-Holstein 1998, S. 17–20

Simonis, Udo E., „Paul Streeten“, in: Harald Hagemann, Claus-Dieter Krohn (Hg.), Biographisches Handbuch der deutschsprachigen wirtschaftswissenschaftlichen

Emigration nach 1933, Zwei Bände, München: K. G. Saur 1999, S. 699–703

Simonis, Udo E., „Projekt 2000: Eine Weltorganisation für Umwelt und Entwicklung", in: Wilhelm Nölting, Karl Albrecht Schachtschneider, Joachim Starbatty (Hg.), Währungsunion und Weltwirtschaft, Festschrift für Wilhelm Hankel zum 70. Geburtstag, Stuttgart: Verlag Lucius & Lucius 1999, S. 393 bis 409

Simonis, Udo E., „Report of the Third Working Group: Society", in: German-American Academic Council Foundation (Ed.), Climate Change Policy in Germany and the United States, Conference Proceedings, Bonn, Washington, DC: Publications of the GAAC, Volume 7, 1999, S. 285–286

Simonis, Udo E., „Schritte zur globalen Umweltpolitik – Eine institutionell-ökonomische Perspektive", in: Bundesministerium für Wissenschaft und Verkehr (Hg.), Theorien und Modelle der Kulturlandschaft, Band 4, Wien: bm:wv 1998, S. 107–118

Simonis, Udo E., „Strategien der Nachhaltigkeit – Umweltplanung im internationalen Vergleich", in: Martin Jänicke, Helge Joergens (Hg.), Umweltplanung im internationalen Vergleich – Strategien der Nachhaltigkeit, Berlin, Heidelberg, New York: Springer 1999, S. 101–110

Simonis, Udo E., „Strukturwandel der Wirtschaft – Entlastung der Umwelt", in: Ulrich Heilemann, Dietmar Kath, Norbert Kloten (Hg.), Entgrenzung als Erkenntnis und Gestaltungsaufgabe, Festschrift für Reimut Jochimsen zum 65. Geburtstag, Berlin: Verlag Duncker & Humblot 1998, S. 177–195

Simonis, Udo E., „Strukturwandel und Umwelt", in: Handbuch der Umweltwissenschaften – Grundlagen und Anwendungen der Ökosystemforschung, Landsberg am Lech: Ecomed Verlagsgesellschaft 1998, 1. Erg. Lfg. 5/98, S. 1–13

Simonis, Udo E., „Sustainable Development – Ökologische Information für eine bessere Zukunft", in: Andreas Dally (Hg.), Bildung im Umbruch: Anforderungen der Agenda 21 und Chancen der Informationsgesellschaft, Rehburg-Loccum: Loccumer Protokolle 1998, S. 27–43

Simonis, Udo E., „Unterentwicklung, Fehlentwicklung, nachhaltige Entwicklung oder: Unterschiedliche Betonungen und wechselnde Schwerpunkte der Entwicklungstheorie", in: epd-Entwicklungspolitik, Materialien III, 1999, S. 45–70

Simonis, Udo E., „Weltumweltpolitik", in: Wichard Woyke (Hg.), Handwörterbuch Internationale Politik, 7. Auflage, Opladen: Leske + Budrich Verlag 1998, S. 501–514

Simonis, Udo E., Frank Biermann, „Politikinnovationen auf der globalen Ebene", in: Jahrbuch Ökologie 2000, München: C.H. Beck Verlag 1999, S. 26–37; *wieder abgedruckt* in: epd-Entwicklungspolitik, Heft 19/20, 1999, S. 43–47

Volkery, Axel, Thorben Becker, „Klimaschutz – Top, die Wette gilt!", in: Jahrbuch Ökologie 2000, München: C.H. Beck Verlag 1999, S. 221–226

III. Artikel

Ayres, Robert U., Udo E. Simonis, „Organismus Industriesystem – Das Leitbild des industriellen Metabolismus", in: Politische Ökologie, 17. Jg., Heft 62, 1999, S. 43–45

Benedick, Richard E., „Auf dem falschen Weg zum Klimaschutz?", in: Universitas, Zeitschrift für interdisziplinäre Wissenschaft, 53. Jg., 11, 1998, S. 1017–1031

Biermann, Frank, „Die neue Verhandlungsmacht der Entwicklungsländer – eine Replik", in: epd-Entwicklungspolitik, Heft 19/20, 1999, S. 71–73

Biermann, Frank, „Eine ökologische Reform der Welthandelsorganisation – Die Umweltverbände des Nordens im Konflikt mit den Entwicklungsländern", in: Zeitschrift für angewandte Umweltforschung, 12. Jg., Heft 4, 1999, S. 465–479

Biermann, Frank, „Finanzierung der Umweltpolitik in Entwicklungsländern – Erfahrungen mit dem internationalen FCKW-Verbotsregime", in: Zeitschrift für angewandte Umweltforschung, 11. Jg., Heft 3/4, 1998, S. 483–495

Biermann, Frank, „Handel und Umwelt – Die Umweltverbände des Nordens im Konflikt mit den Entwicklungsländern", in: punkt.um, Heft 12, 1999, S. 2

Biermann, Frank, „Land in Sight for Marine Environmentalists? A Review of the United Nations Convention on the Law of the Sea and the Washington Programme of Action", in: Revue de Droit International, de Sciences Diplomatiques et Politiques (The International Law Review), Vol. 76, 1, 1998, S. 35–65

Biermann, Frank, „Zur ökologischen Reform der WTO – Handel und Umwelt in der Millenniumsrunde", in: epd-Entwicklungspolitik, Heft 22, 1999, S. 21–23

Biermann, Frank, Gerhard Petschel-Held, Christoph Rohloff, „Umweltdegradation als Konfliktursache? Theoretische Konzeptualisierung und empirische Untersuchung des Zusammenhangs von ‚Umwelt' und ‚Sicherheit' ", in: Zeitschrift für Internationale Beziehungen, 5. Jg., Heft 2, 1998, S. 273–308

Biermann, Frank, Udo E. Simonis, „Eine Weltorganisation für Umwelt und Entwicklung – Ein Vorschlag", in: Universitas, Zeitschrift für interdisziplinäre Wissenschaft, 53. Jg., 9, 1998, S. 822–831

Biermann, Frank, Udo E. Simonis, „Globale Umweltpolitik neu organisieren!", in: Politische Ökologie, 17. Jg., Heft 57/58, 1998, S. 126–128

Biermann, Frank, Udo E. Simonis, „The Multilateral Ozone Fund: A Case Study on Institutional Learning" (Essays in Honour of Clement Allen Tisdell), in: International Journal of Social Economics, Vol. 26, Nos. 1–3, 1999, S. 239–273

Biermann, Frank, Udo E. Simonis, „Politikinnovation auf der globalen Ebene – Eine Weltorganisation für Umwelt und Entwicklung", in: Aus Politik und Zeitgeschichte, Beilage zur Wochenzeitung Das Parlament, B 48/99, 26. November 1999, S. 3–11

Biermann, Frank, Christine Wank, „Die POP-Konvention – Nord-Süd-Konflikt oder Kooperation?", in: Forum Umwelt & Entwicklung, Rundbrief 3, 1998, S. 22–24

Biermann, Frank, Christine Wank, „Eine vierte Rio-Konvention – Die Verhandlungen über ein internationales Chemikalienabkommen haben in Montreal begonnen", in: epd-Entwicklungspolitik, Heft 12, 1998, S. 25–28

Brouwer, Roy, Christian Leipert, „The Role of Environmental Protection Expen-

ditures in Integrated Economic-Environmental Accounting: Tuning Theoretical Perspectives and Statistical Realities", in: International Journal of Sustainable Development, Vol. 2, No. 1, 1999, S. 185–200

Hahn, Eckhart, „Ökostation – ein Modellprojekt", in: Glasforum, Nr. 3, 1998, S. 38–39

Helm, Carsten, „A Policy for Trade and the Environment in a Global Economy", in: Economics, Vol. 55/56, 1998, S. 94–112

Helm, Carsten, „International Cooperation Behind the Veil of Uncertainty – The Case of Transboundary Acidification", in: Environmental & Resource Economics, Vol. 12, 2, 1998, S. 185–201

Helm, Carsten et al., „Value Judgments and the Choice of Climate Protection Strategies" (Essays in honour of Clement Allen Tisdell), in: International Journal of Social Economics, Vol. 26, Nos. 7–9, 1999, S. 974–998

Leipert, Christian, „L'Economia e il suo Rapporto con la Natura", in: OIKOS – Rivista Quadrimestrale per una Ecologia delle Idee, Nr. 7, 1999, S. 39–47

Rauch, Tanja, „Abfallmanagement in ländlichen Regionen von Belize", in: Entwicklung + ländlicher Raum, Heft 1, 1999, S. 29–30

Siebenhüner, Bernd, „Beyond Growth: Policies and Institutions for Sustainability – The Fifth Biennial Meeting of the International Society for Ecological Economics (ISEE) – Tagungsbericht", in: Zeitschrift für angewandte Umweltforschung, 12. Jg., Heft 1, 1999, S. 131–132

Siebenhüner, Bernd, „Homo sustinens – Für ein neues Menschenbild", in: Universitas, Zeitschrift für interdisziplinäre Wissenschaft, 54. Jg., Nr. 635, 1999, S. 448–459

Simonis, Udo E., „Bioregionalism: A Pragmatic European Perspective", in: Ekistics, The Problems and Science of Human Settlements, Vol. 63, Nos. 382–384, 1999, S. 67–72

Simonis, Udo E., Das ‚Kyoto-Protokoll' – Beginn einer wundersamen Entwicklung", in: epd-Entwicklungspolitik, Heft 1, 1998, S. 38–42

Simonis, Udo E., „Das Kyoto-Protokoll und seine Bewertung", in: Spektrum der Wissenschaft, März 1998, S. 96–103

Simonis, Udo E., „Das magische Dreieck zukunftsfähiger Entwicklung", in: Gewerkschaftliche Monatshefte, 49. Jg., Heft 6/7, 1998, S. 466–469

Simonis, Udo E., „Die neue Macht der Entwicklungsländer", in: epd-Entwicklungspolitik, Heft 4, 1999, S. 12

Simonis, Udo E., „Die UN und die Welt-Umwelt", in: Grünstift – Das Umweltmagazin für Berlin und Brandenburg, Heft 11/12, 1999, S. 3

Simonis, Udo E., „Forschung zur Politik nachhaltiger Entwicklung – Ein Vorschlag", in: Zeitschrift für angewandte Umweltforschung, 12. Jg., Heft 4, 1999, S. 457–458

Simonis, Udo E., „GEO-2000 Bericht – Time is running out", in: epd-Entwicklungspolitik, Heft 21, 1999, S. 59–60

Simonis, Udo E., „Globale öffentliche Güter", in: epd-Entwicklungspolitik, Heft 13/14, 1999, S. 70–71; *in gekürzter Fassung* in: E+Z – Entwicklung und Zusammenarbeit, 40. Jg., Heft 7, 1999, S. 226

Simonis, Udo E., „Global Public Goods – International Cooperation in the 21st Century", in: Zeitschrift für angewandte Umweltforschung, 12. Jg., Heft 4, 1999, S. 580–582

Simonis, Udo E., „Globalization and Ecological Responsibility", in: Productivity – A Quarterly Journal of the National Productivity Council, New Delhi, Vol. 40, No. 3, 1999, S. 433–439

Simonis, Udo E., „Internationalisierung der Umweltpolitik", in: Die Friedens-Warte – Blätter für internationale Verständigung und zwischenstaatliche Organisation, Band 73, Heft 1, 1998, S. 9–24

Simonis, Udo E., „Katastophen ohne theoretische Fundierung", in: epd-Entwicklungspolitik, Heft 23/24, 1998, S. 74

Simonis, Udo E., „Klimapolitik heißt Veränderung unserer Zukunftsvorstellungen", in: Zukünfte – Zeitschrift für Zukunftsgestaltung und vernetztes Denken, 6. Jg., Heft 22, 1998, S. 40–42

Simonis, Udo E., „Kyoto ist der Beginn eines Transformationsprozesses unserer Gesellschaft", Interview mit Hartmut Kuhlmann, in: Universitas – Zeitschrift für interdisziplinäre Wissenschaft, 53. Jg., 3, 1998, S. 203–217

Simonis, Udo E., „Ökologischer Imperativ und privates Eigentum", in: Zeitschrift für angewandte Umweltforschung, 11. Jg., Heft 1, 1998, S. 63–71; *in überarbeiteter Fassung* in: Zeitschrift für Ganzheitsforschung, 43. Jg., Heft IV, 1999, S. 189–198

Simonis, Udo E., „Ressourcenproduktivität – Innovationen für Umwelt und Beschäftigung", in: Zeitschrift für angewandte Umweltforschung, 11. Jg., Heft 3/4, 1998, S. 565

Simonis, Udo E., „‚Rot-Grün' und die internationale Umweltpolitik", in: Zeitschrift für angewandte Umweltforschung, 11. Jg., Heft 3/4, 1998, S. 542–545

Simonis, Udo E., „Schrumpfen und Wachsen – Strukturwandel der Wirtschaft und Entlastung der Umwelt", in: Universitas – Zeitschrift für interdisziplinäre Wissenschaft, 54. Jg., 11, 1999, S. 1035–1047

Simonis, Udo E., „The Kyoto Protocol – What Next?", in: Productivity – A Quarterly Journal of the National Productivity Council, New Delhi, Vol. 40, No. 2, 1999, S. 263–268

Simonis, Udo E., „Umweltschutz im britischen Stromexperiment – Ein Bericht", in: Zeitschrift für Umweltpolitik und Umweltrecht, 21. Jg., Heft 3, 1998, S. 435–438

Simonis, Udo E., „Wasser in Gefahr", in: Wochenschau für politische Erziehung, 50. Jg., Nr. 3/4, 1999, S. 142

IV. Gutachten

Biermann, Frank, Udo E. Simonis, A World Environment and Development Organisation – Functions, Opportunities, Issues, Bonn: Development and Peace Foundation, Policy Paper 9, 1998, 12 S.

Biermann, Frank, Udo E. Simonis, Eine Weltorganisation für Umwelt und Entwicklung – Funktionen, Chancen, Probleme, Bonn: Stiftung Entwicklung und Frieden, Policy Paper 9, 1998, 12 S.

Faaland, Just, Udo E. Simonis et al., Globalization and Vulnerability of Least Devel-

oped Countries, New York: Committee for Development Policy of the United Nations, 1999, 24 S.

Helm, Carsten, Matthias Buck, Zehn Jahre Basler Übereinkommen – Internationaler Handel mit gefährlichen Abfällen, Gutachten im Auftrag der Friedrich Ebert Stiftung, Bonn: Friedrich Ebert Stiftung 1999, 51 S.

Meyer-Krahmer, Frieder, Udo E. Simonis et al., Economic Performance, Social Cohesion, Environmental Sustainability. Three Goals – One Path, Bonn: The Future Commission of the Friedrich Ebert Foundation 1998, 36 S.

Meyer-Krahmer, Frieder, Udo E. Simonis et al., Potentiel économique, cohésion sociale, écologie équilibrée et durable. Trois objectifs – une méthode, Bonn: Commission de la Fondation Friedrich Ebert pour les questions d'avenir 1998, 40 S.

Meyer-Krahmer, Frieder, Udo E. Simonis et al., Eficacia Económica, Cohesión Social, Sostenibilidad Ecológica. Tres Metas – Un Camino, Bonn: Comisión Futuro de la Fundación Friedrich Ebert 1998, 40 S.

Temelli, Sinan Y., Udo E. Simonis et al., Sustainable Germany? Deutsche Verantwortung und die Lage der Welt 1999 – Ein ergänzender Beitrag von Germanwatch zur Veröffentlichung des Worldwatch-Instituts 1999: Zur Lage der Welt, Bonn: Germanwatch e.V. 1999, 31 S.

V. Sonstige Veröffentlichungen

Benedick, Richard E., „How to Salvage the Kyoto Protocol", in: Resources for the Future, Washington DC, March 1998, on <www.rff.org> „weathervane"

Biermann, Frank, Udo E. Simonis, „Nützt die explosionsartige Vermehrung der Rechtstexte der Umwelt? Warum eine eigenständige Weltorganisation für Umwelt und Entwicklung gebraucht wird", in: Frankfurter Rundschau, 22. Juli 1998, S. 16

Simonis, Udo E., „Bei der internationalen Umweltpolitik muß die neue Bonner Koalition von Klima- bis Artenschutz nachbessern", in: Frankfurter Rundschau, 13. November 1998, S. 7

Simonis, Udo E., „Die Zeit läuft ab – GEO-2000 Bericht zur Lage der Welt-Umwelt, in: Freitag – Wochenzeitung, 8. Oktober 1999, S. 7

Simonis, Udo E., „Passen Mensch und Natur zusammen?" Interview mit Jörg Staude und Heiko Balsmeyer, in: Neues Deutschland, ND-Serie, 11./12. Dezember 1999, S. 14–15

Simonis, Udo E., „Signale aus Kyoto", in: E+Z – Entwicklung und Zusammenarbeit, Heft 1, 1998, S. 7

VI. Discussion papers 1998

FS II 98–401
Udo E. Simonis, How To Lead World Society Towards Sustainable Development?, 31 S.

FS II 98–402
Clem Tisdell, Weak and Strong Conditions for Sustainable Development – Concepts and Policy Implications, 21 S.

FS II 98–403
Udo E. Simonis, Das „Kyoto-Protokoll" – Aufforderung zu einer innovativen Klimapolitik, 49 S.

FS II 98–404
Frank Biermann, Udo E. Simonis, Institutionelles Lernen in der Weltumweltpolitik, 27 S.

FS II 98–405
Udo E. Simonis, Global Environmental Problems – Searching for Adequate Solutions, 38 S.

FS II 98–406
Frank Biermann, Udo E. Simonis, Plädoyer für eine Weltorganisation für Umwelt und Entwicklung, 26 S.

FS II 98–407
Richard E. Benedick, Das fragwürdige Kyoto-Klimaprotokoll – Unbeachtete Lehren aus der Ozongeschichte, 24 S.

FS II 98–408
Frank Biermann, Udo E. Simonis, Needed Now: A World Organization for Environment and Development, 26 S.

Discussion papers 1999

FS II 99–401
Udo E. Simonis, Schrumpfen und Wachsen – Strukturwandel der Wirtschaft und Entlastung der Umwelt, 25 S.

FS II 99–402
Frank Biermann, Christine Wank, Die „POP-Konvention" – Das neue Chemikalien-Regime der Vereinten Nationen, 37 S.

FS II 99–403
Frank Biermann, Internationale Umweltverträge im Welthandelsrecht – Zur ökologischen Reform der Welthandelsorganisation angesichts der geplanten „Millenniumsrunde", 79 S.

FS II 99–404
Richard E. Benedick, Contrasting Approaches: The Ozone Layer, Climate Change, and Resolving the Kyoto Dilemma, 37 S.

Forschungsgruppe „Transformation und Globalisierung"

Dörr, Gerlinde, Tanja Kessel, „Zkusenosti s Joint Ventures v Ceske Republice: Pripad Skoda-Volkswagen" (Erfahrungen mit Joint Ventures in der Tschechischen Republik: Der Fall Skoda-Volkswagen), in: Sociologický casopis, 2/1998, S. 221–233

Kessel, Tanja, Gerlinde Dörr, „Management zwischen Transformation und Restrukturierung – Zwei Transfermodelle in Ost-West-Kooperationen", in: Christoph I. Barmeyer, Jürgen Bolten (Hg.), Interkulturelle Personalorganisation, Sternenfels; Berlin: Verlag Wissenschaft und Praxis 1998 (Schriftenreihe Interkulturelle Wirtschaftskommunikation, Bd. 4), S. 33–48

FS II 98–601
Josef Pöschl, Central and East European Countries: Prone to Currency Crisis?, 20 S.

Forschungsschwerpunkt Sozialer Wandel, Institutionen und Vermittlungsprozesse

Abteilung „Öffentlichkeit und soziale Bewegungen"

Bücher

Gerhards, Jürgen, Friedhelm Neidhardt, Dieter Rucht, Zwischen Palaver und Diskurs – Strukturen öffentlicher Meinungsbildung am Beispiel der deutschen Diskussion zur Abtreibung, Opladen, Wiesbaden: Westdeutscher Verlag 1998, 223 S.

Gerhards, Jürgen, Ronald Hitzler (Hg.), Eigenwilligkeit und Rationalität sozialer Prozesse, Festschrift zum 65. Geburtstag von Friedhelm Neidhardt, Opladen, Wiesbaden: Westdeutscher Verlag 1999, 477 S.

Hellman, Kai-Uwe, Ruud Koopmans (Hg.), Paradigmen der Bewegungsforschung – Entstehung und Entwicklung von Neuen sozialen Bewegungen und Rechtsextremismus, Opladen, Wiesbaden: Westdeutscher Verlag 1998, 223 S.

Neidhardt, Friedhelm, Karl Martin Bolte, Heinz Bude (Hg.), Soziologie als Beruf – Erinnerungen westdeutscher Hochschullehrer der Nachkriegsgeneration, Sonderband 11, Soziale Welt, Baden-Baden: Nomos 1998, 438 S.

Rucht, Dieter, Ruud Koopmans, Friedhelm Neidhardt (Eds.), Acts of Dissent: New Developments in the Study of Protest, Berlin: edition sigma 1998, 348 S.

Rucht, Dieter, Ruud Koopmans (Eds.), Special Issue: Protest Event Analysis, Mobilization, Vol. 4, No. 2, Fall 1999, S. 123–270

Rucht, Dieter, Donatella della Porta, Hanspeter Kriesi (Eds.), Social Movements in a Globalizing World, London: Macmillan 1999, 256 S.

Sonstige Veröffentlichungen

Anheier, Helmut K., Friedhelm Neidhardt, „The Nazi-Party and Its Capital: An Analysis of the NSDAP Membership in Munich, 1925–1930", in: American Behavioral Scientist, Vol. 41, No. 9, 1998, S. 1219–1236

Anheier, Helmut K., Friedhelm Neidhardt, Wolfgang Vortkamp, „Movement Cycles and the Nazi-Party – Activities of the Munich NSDAP, 1925 to 1930", in: American Behavioral Scientist, Vol. 41, No. 9, 1998, S. 1262–1281

Anheier, Helmut K., Friedhelm Neidhardt, Wolfgang Vortkamp, „Konjunkturen der NS-Bewegung – Eine Untersuchung der Veranstaltungsaktivitäten der Münchener NSDAP, 1925–1930", in: Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie, Heft 4, 1999, S. 619–643

Eilders, Christiane, „Synchronization of Issue Agendas in News and Editorials of the Prestige Press in Germany", in: Communications 24, Heft 3, 1999, S. 301–328

Eilders, Christiane, „Zum Konzept der Selektivität – Auswahlprozesse bei Medien und Publikum", in: Werner Wirth, Wolfgang Schweiger (Hg.), Selektion im Internet, Opladen, Wiesbaden: Westdeutscher Verlag 1999, S. 13–41

Eilders, Christiane, Werner Wirth, „Die Nachrichtenwertforschung auf dem Weg zum Publikum: Eine experimentelle Überprüfung des Einflusses von Nachrichtenfaktoren bei der Rezeption", in: Publizistik 44, 1999, S. 35–57

Koopmans, Ruud, „Die Neue Rechte in den Niederlanden – Oder: Warum es sie nicht gibt", in: Wolfgang Gessenharter, Hartmut Fröchling (Hg.), Paradigmen der Bewegungsforschung, Opladen: Leske + Budrich 1998, S. 241–252

Koopmans, Ruud, „Rechtsextremismus, fremdenfeindliche Mobilisierung und Einwanderungspolitik – Bewegungsanalyse unter dem Gesichtspunkt politischer Gelegenheitsstrukturen", in: Kai-Uwe Hellmann, Ruud Koopmans (Hg.), Paradigmen der Bewegungsforschung, Opladen, Wiesbaden: Westdeutscher Verlag 1998, S. 198–212

Koopmans, Ruud, „Schlußbetrachtung – Konkurrierende Paradigmen oder friedlich koexistierende Komplemente? Eine Bilanz der Theorien sozialer Bewegungen", in: Kai-Uwe Hellman, Ruud Koopmans (Hg.), Paradigmen der Bewegungsforschung, Opladen, Wiesbaden: Westdeutscher Verlag 1998, S. 215–231

Koopmans, Ruud, „The Use of Protest Event Data in Comparative Research: Cross-National Comparability, Sampling Methods and Robustness", in: Dieter Rucht, Ruud Koopmans, Friedhelm Neidhardt (Hg.), Acts of Dissent, Berlin: edition sigma 1998, S. 90–110

Koopmans, Ruud, „Deutschland und seine Einwanderer: ein gespaltenes Verhältnis", in: Max Kaase, Günther Schmid (Hg.), Eine lernende Demokratie – 50 Jahre Bundesrepublik Deutschland, WZB-Jahrbuch 1999, Berlin: edition sigma 1999, S. 165–199

Koopmans, Ruud, „Germany and its immigrants: an ambivalent relationship", in: Journal of Ethnic and Migration Studies, Vol. 25, No. 4, 1999, S. 627–647

Koopmans, Ruud, „Globalization or Still National Politics? A Comparison of Protests against the Gulf War in Germany, France, and the Netherlands", in: Hanspeter Kriesi, Donatella della Porta, Dieter Rucht (Eds.), Social Movements in a Globalizing World, Houndmills, Basingstoke: Macmillan 1999, S. 57–70

Koopmans, Ruud, „Political Opportunity Structure – Some Splitting to Balance the Lumping", in: Sociological Forum, Vol. 14, No. 1, 1999, S. 97–110

Koopmans, Ruud, Dieter Rucht, „Protest Event Analysis – Where to Now?", in: Die-

ter Rucht, Ruud Koopmans (Eds.), Special Issue: Protest Event Analysis, Mobilization, Vol. 4, No. 2, Fall 1999, S. 123–130

Koopmans, Ruud, Paul Statham, „Challenging the Liberal Nation-State? Postnationalism, Collective Claims-Making of Migrants and Ethnic Minorities in Britain and Germany", in: American Journal of Sociology, Vol. 105, No. 3, 1999, S. 652–696

Koopmans, Ruud, Paul Statham, „Ethnic and Civic Conceptions of Nationhood and the Differential Success of the Extreme Right in Germany and Italy", in: Marco G. Guigni, Doug McAdam, Charles Tilly (Eds.), How Social Movements Matter, Minneapolis: University of Minnesota Press 1999, S. 225–251

Koopmans, Ruud, Paul Statham, „Political Claims Analysis: Integrating Protest Event and Political Discourse Approaches", in: Dieter Rucht, Ruud Koopmans (Eds.), Special Issue: Protest Event Analysis, Mobilization, Vol. 4, No. 2, Fall 1999, S. 203–221

Neidhardt, Friedhelm, „Social Science Organisation and Policy Issues in Germany", in: OECD (Ed.), The Social Sciences at a Turning Point?, OECD 1999, S. 59–63

Neidhardt, Friedhelm, Heinz Bude, „Die Professionalisierung der deutschen Nachkriegssoziologie", in: Friedhelm Neidhardt, Karl Martin Bolte, Heinz Bude (Hg.), Soziologie als Beruf – Erinnerungen westdeutscher Hochschullehrer der Nachkriegsgeneration, Baden-Baden: Nomos 1998, S. 405–418

Neidhardt, Friedhelm, Dieter Rucht, „Protest und Protestgeschichte in der Bundesrepublik 1950–1994", in: Max Kaase, Günther Schmidt (Hg.), Eine lernende Demokratie – 50 Jahre Bundesrepublik Deutschland, WZB-Jahrbuch 1999, Berlin: edition sigma 1999, S. 129–164

Pfetsch, Barbara, „Government News Management", in: Doris Graber, Pippa Norris, Denis McQuail (Eds.), The Politics of News: The News of Politics, Washington: Congressional Quarterly 1998, S. 70–94

Pfetsch, Barbara, „Regieren unter den Bedingungen medialer Allgegenwart", in: Ulrich Sarcinelli (Hg.), Politikvermittlung und Demokratie in der Mediengesellschaft, Opladen, Wiesbaden: Westdeutscher Verlag 1998, S. 233–252

Pfetsch, Barbara, Stichworte: „Bürger/Publikum, Regierung, Regierungsprecher, Bundes-Pressekonferenz/Landespressekonferenzen, Formate, Pseudoereignis", in: Otfried Jarren, Ulrich Sarcinelli, Ulrich Saxer (Hg.), Politische Kommunikation in der demokratischen Gesellschaft – Ein Handbuch mit Lexikon, Opladen, Wiesbaden: Westdeutscher Verlag 1998, S. 406–413, S. 641–642, S. 650, S. 713, S. 716–717, S. 717–718

Pfetsch, Barbara, „Strategische Kommunikation von Arbeitnehmerverbänden", in: G. Gstöttner-Hofer, W. Greif, E. Kaiser, P. Deutschbauer (Hg.), Mobilisierung und Kampagnenfähigkeit – Impulse für die gewerkschaftliche Interessendurchsetzung, Wien: ÖGB Verlag 1998, S. 115–135

Pfetsch, Barbara, „Kommunikationsgesellschaft", in: H. J. Meyer (Hg.), Dialog und Solidarität, Münster: Lit 1999, S. 127–140

Pfetsch, Barbara, „Politische PR-Kultur? Zur These der Amerikanisierung der politischen Kommunikation", in: K. Imhof, O. Jarren, R. Blum (Hg.), Steuerungs- und Regelungsprobleme in der Informationsgesellschaft, Opladen, Wiesbaden: Westdeutscher Verlag 1999, S. 180–191

Rucht, Dieter, „1968 und 1989: Wendepunkte in der Protestgeschichte Deutschlands?", in: Kurt Imhof, Peter Schulz (Hg.), Kommunikation und Revolution, Zürich: Seismo 1998, S. 285–310

Rucht, Dieter, „Die Ereignisse von 1968 als soziale Bewegung: Methodologische Überlegungen und einige empirische Befunde", in: Ingrid Gilcher-Holtey (Hg.), 1968 – Vom Ereignis zum Gegenstand der Geschichtswissenschaft, Geschichte und Gesellschaft, Sonderheft 17, Göttingen: Vandenhoeck und Ruprecht 1998, S. 116–130

Rucht, Dieter, „Gesellschaft als Projekt – Projekte in der Gesellschaft", in: Forschungsjournal Neue Soziale Bewegungen, 11. Jahrgang, Heft 1, 1998, S. 15–24

Rucht, Dieter, „Komplexe Phänomene – komplexe Erklärungen. Die politischen Gelegenheitsstrukturen neuer sozialer Bewegungen", in: Kai-Uwe Hellmann, Ruud Koopmans (Hg.), Paradigmen der Bewegungsforschung – Entstehung und Entwicklung von Neuen sozialen Bewegungen und Rechtsextremismus, Opladen, Wiesbaden: Westdeutscher Verlag 1998, S. 109 bis 127

Rucht, Dieter, „Ökologische Frage und Umweltbewegung im Spiegel der Soziologie", in: Jürgen Friedrichs, M. Rainer Lepsius, Karl Ulrich Mayer (Hg.), Die Diagnosefähigkeit der Soziologie, Sonderheft 38, Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie, Opladen, Wiesbaden: Westdeutscher Verlag 1998, S. 404–429

Rucht, Dieter, „Parteien, Verbände und Bewegungen als Systeme politischer Interessenvermittlung", in: Josef Schmidt (Hg.), Verbände – Interessenvermittlung und Interessenorganisationen, Lehr- und Arbeitsbuch, München, Wien: Oldenbourg 1998, S. 101–114

Rucht, Dieter, Stichworte: „Intermediäres System, Neue Soziale Bewegungen, Nichtregierungsorganisationen, Protest", in: Otfried Jarren, Ulrich Sarcinelli, Ulrich Saxer (Hg.), Politische Kommunikation in der demokratischen Gesellschaft, Opladen, Wiesbaden: Westdeutscher Verlag 1998, S. 664 f., S. 692, S. 692 f., S. 712 f.

Rucht, Dieter, „The Structure and Culture of Collective Protest in Germany since 1950", in: David Meyer, Sidney Tarrow (Eds.), The Social Movement Society: Contentious Politics for a New Century, Boulder, CO: Rowman & Littlefield 1998, S. 29–57

Rucht, Dieter, „Gesellschaft als Projekt – Projekte in der Gesellschaft", in: Ansgar Klein, Hans Josef Legrand, Thomas Leif (Hg.), Neue soziale Bewegungen – Impulse, Bilanzen und Perspektiven, Opladen, Wiesbaden: Westdeutscher Verlag 1999, S. 15–27

Rucht, Dieter, „Konfrontation und Gewalt – Verlauf, Struktur und Bedingungen unfriedlicher politischer Proteste in der Bundesrepublik", in: Jürgen Gerhards, Ronald Hitzler (Hg.), Eigenwilligkeit und Rationalität sozialer Prozesse, Festschrift zum 65. Geburtstag von Friedhelm Neidhardt, Opladen, Wiesbaden: Westdeutscher Verlag 1999, S. 352–378

Rucht, Dieter, „Linking Organization and Mobilization: Michaels' Iron Law of Oligarchy Reconsidered", in: Dieter Rucht, Ruud Koopmans (Eds.), Special Issue: Protest Event Analysis, Mobilization, Vol. 4, No. 2, Fall 1999, S. 151–169

Rucht, Dieter, „The Impact of Environmental Movements in Western Societies", in: Marco Guigni, Doug McAdam, Charles

Tilly (Eds.), How Social Movements Matter, Minneapolis: University of Minnesota Press 1999, S. 204–224

Rucht, Dieter, „The Transnationalization of Social Movements: Trends, Causes, Problems", in: Donatella della Porta, Hanspeter Kriesi, Dieter Rucht (Eds.), Social Movements in a Globalizing World, London: Macmillan 1999, S. 206–222

Rucht, Dieter, Friedhelm Neidhardt, „Methodological Issues in Collecting Protest Event Data: Units of Analysis, Sources and Sampling, Coding Problems", in: Dieter Rucht, Ruud Koopmans, Friedhelm Neidhardt (Eds.), Acts of Dissent: New Developments in the Study of Protest, Berlin: edition sigma 1998, S. 65–89

Rucht, Dieter, Andrea Volkens, „Der Einfluß von politischem Protest auf Wahlprogramme in der Bundesrepublik – Eine quantitative Analyse", in: Horst Albach, Meinolf Dierkes (Hg.), Organisationslernen – institutionelle und kulturelle Dimensionen, WZB-Jahrbuch 1998, Berlin: edition sigma 1998, S. 309–334

Rucht, Dieter, Ruud Koopmans, Friedhelm Neidhardt, „Introduction: Protest as a Subject of Empirical Research", in: Dieter Rucht, Ruud Koopmans, Friedhelm Neidhardt (Eds.), Acts of Dissent: New Developments in the Study of Protest, Berlin: edition sigma 1998, S. 7–30

Rucht, Dieter, Jochen Roose, „The German environmental movement at a crossroads", in: Chris Rootes (Ed.), Environmental Movements: Local, National and Global, London, Portland: Frank Cass 1999, S. 59–80

Statham, Paul, „Political mobilisation by minorities in Britain: a negative feedback of ‚race relations'?", in: Journal of Ethnic and Migration Studies, Vol. 25, No. 4, 1999, S. 597–626

Statham, Paul, Marco Martiniello, „Introduction to special issue on ethnic mobilisation and political participation", in: Journal of Ethnic and Migration Studies, Vol. 25, No. 4, 1999, S. 565–573

Discussion papers 1998

FS III 98–101
Susann Burchardt, Proteststrukturen im Ost-West-Vergleich 1989–1992, 60 S.

FS III 98–102
Paul Statham, The Political Construction of Immigration in Italy: Opportunities, Mobilisation and Outcomes, 63 S.

FS III 98–103
Simone Wack, Die Branchenstruktur der Markt- und Meinungsforschung in der Bundesrepublik Deutschland von 1986 bis 1996 – Eine deskriptive Analyse, 29 S.

FS III 98–104
Helmut K. Anheier, Friedhelm Neidhardt, Wolfgang Vortkamp, Konjunkturen der NS-Bewegung – Eine Untersuchung der Veranstaltungsaktivitäten der Münchener NSDAP, 1925–1930, 41 S.

FS III 98–105
Ruud Koopmans, Paul Statham, Challenging the Liberal Nation-State? Postnationalism, Multiculturalism, and the Collective Claims-Making of Migrants and Ethnic Minorities in Britain and Germany, 62 S.

FS III 98–106
Friedhelm Neidhardt, Christiane Eilders, Barbara Pfetsch, Die Stimme der Medien im politischen Prozeß: Themen und Meinungen in Pressekommentaren, 51 S.

FS III 98–107
Christiane Eilders, Albrecht Lüter, Ein inhaltsanalytisches Kategoriensystem zur Erfassung von Themen und Meinungen in Pressekommentaren, 83 S.

Discussion papers 1999

FS III 99–101
Barbara Pfetsch, Government News Management – Strategic Communication in Comparative Perspective, 41 S.

FS III 99–102
Jonathan Laurence, (Re)constructing Community in Berlin; Of Jews, Turks and German Responsibility, 35 S.

FS III 99–103
Barbara Pfetsch, „In Russia we were Germans, and now we are Russians." – Dilemmas of Identity Formation and Communication among German-Russian *Aussiedler*, 48 S.

Abteilung „Institutionen und sozialer Wandel"

Bücher

Gel'man, Vladimir, Grigorii V. Golosov (Eds.), Elections in Russia, 1993–1996: Analyses, Documents and Data, Reihe Founding Elections in Eastern Europe, Berlin: edition sigma 1999, 473 S.

Goati, Vladimir (Ed.), Elections to the Federal and Republican Parliaments of Yugoslavia (Serbia and Montenegro): 1990–1996, Analyses, Documents and Data, Reihe Founding Elections in Eastern Europe, Berlin: edition sigma 1998, 398 S.

Hackenbroch, Rolf, Verbände und Massenmedien – Öffentlichkeitsarbeit und ihre Resonanz in den Medien, Wiesbaden: Deutscher Universitäts-Verlag 1998, 233 S.

Kaase, Max, Hans-Dieter Klingemann (Hg.), Wahlen und Wähler – Analysen aus Anlaß der Bundestagswahl 1994, Opladen: Westdeutscher Verlag 1998, 669 S.

Katz, Richard S., Bernhard Weßels (Hg.), The European Parliament, the National Parliaments, and European Integration, Oxford: Oxford University Press 1999, 278 S.

Tóka, Gábor, Zsolt Enyedi (Eds.), Elections to the Hungarian National Assembly 1994: Analyses, Documents and Data, Berlin: edition sigma 1999, 317 S.

Voltmer, Katrin, Medienqualität und Demokratie – Eine empirische Analyse publizistischer Informations- und Orientierungsleistungen in der Wahlkampfkommunikation, Baden-Baden: Nomos 1998/1999, 211 S.

Sonstige Veröffentlichungen

Cusack, Thomas R., „Social Capital, Institutional Structures, and Democratic Performance: A Comparative Study of German Local Governments", in: European Journal of Political Research, 35 (1999), S. 1–34

Fuchs, Dieter, „Kriterien demokratischer Performanz in Liberalen Demokratien", in:

Michael Greven (Hg.), Demokratie – Eine Kultur des Westens?, Opladen: Leske + Budrich 1998, S. 151–179

Fuchs, Dieter, „The Democratic Culture of Unified Germany", in: Pippa Norris (Ed.), Critical Citizens: Global Support for Democratic Government, Oxford, New York: Oxford University Press 1999, S. 123–145

Fuchs, Dieter, Robert Rohrschneider, „Postmaterialism and Electoral Choice before and after German Unification", in: West European Politics, 21 (1998), S. 95–116

Fuchs, Dieter, Edeltraud Roller, „Cultural Conditions of Transition to Liberal Democracies in Central and Eastern Europe", in: Samuel H. Barnes, János Simon (Eds.), The Postcommunist Citizen, Budapest: Central European University Press 1998, S. 35–77

Hofferbert, Richard I., Hans-Dieter Klingemann, „Remembering the Bad Old Days: Human Rights, Economic Conditions and Democratic Performance in Transitional Regimes", in: European Journal of Political Research, 36 (1999), S. 155–174

Kaase, Max, Hans-Dieter Klingemann, „Einführung", in: Max Kaase, Hans-Dieter Klingemann (Hg.), Wahlen und Wähler – Analysen aus Anlaß der Bundestagswahl 1994, Opladen: Westdeutscher Verlag 1998, S. 9–14

Katz, Richard S., Bernhard Weßels, „Parliaments and Democracy in Europe in the Era of the Euro", in: Richard S. Katz, Bernhard Weßels (Eds.), The European Parliament, the National Parliaments, and European Integration, Oxford: Oxford University Press 1999, S. 231–247

Klingemann, Hans-Dieter, „From Ideology to Social Reality: Drug Use in Postcommunist Society", in: Harald Klingemann, Geoffrey Hunt (Eds.), Drug Treatment Systems in an International Perspective – Drugs, Demons and Delinquents, Thousand Oaks, London, New Delhi: Sage Publications 1998, S. 139–142

Klingemann, Hans-Dieter, „Parteien im Urteil der Bürger: Eine Längsschnittanalyse 1969–1994", in: Max Kaase, Hans-Dieter Klingemann (Hg.), Wahlen und Wähler – Analysen aus Anlaß der Bundestagswahl 1994, Opladen: Westdeutscher Verlag 1998, S. 391–462

Klingemann, Hans-Dieter, „Demokratični razvoj, volilni sitemi in volitve", in: Teorija in praksa, Družboslovna revija, 3 (1999), S. 481–494

Klingemann, Hans-Dieter, „Kontinuität und Veränderung des deutschen Parteiensystems, 1949–1998", in: Max Kaase, Günther Schmid (Hg.), Eine lernende Demokratie – 50 Jahre Bundesrepublik Deutschland, WZB-Jahrbuch 1999, Berlin: edition sigma 1999, S. 115–128

Klingemann, Hans-Dieter, „Les élections européennes de 1999 en Allemagne", in: Gérard Grunberg, Romain Pache (Eds.), La situation politique et les enjeux des élections européennes en Allemagne, au Royaume-Uni, en Italie, en Espagne et en France, Paris: Louis Harris 1999, S. 10–16

Klingemann, Hans-Dieter, „Mapping Political Support in the 1990s: A Global Analysis", in: Pippa Norris (Ed.), Critical Citizens: Global Support for Democratic Government, Oxford, New York: Oxford University Press 1999, S. 31–56

Klingemann, Hans-Dieter, Jürgen W. Falter, „Die deutsche Politikwissenschaft im Urteil der Fachvertreter – Erste Ergebnisse einer Umfrage von 1996/97", in: Michael Th. Greven (Hg.), Demokratie – eine Kultur des Westens?, 20. Wissenschaftlicher Kongreß der Deutschen Vereinigung für Politische Wissenschaft, Opladen: Leske + Budrich 1998, S. 305–341

Клингеманн, Ганс-Дитер, Рихард И. Хофферберт, „Права человека, экономические условия и эффективностъ демократических перемен в странах с переходеным режимом экономикики", in: Социология, 3 (1998), S. 15–26

Klingemann, Hans-Dieter, Andrea Römmele, Evi Scholz, „Leuchttürme Europas – Ein 3-Stufen-Modell politischer Kommunikation und erste empirische Ergebnisse", in: Thomas König, Elmar Rieger, Hermann Schmitt (Hg.), Europa der Bürger? – Voraussetzungen, Alternativen, Konsequenzen, Frankfurt am Main, New York: Campus Verlag 1998, S. 201 bis 219

Klingemann, Hans-Dieter, Džemal Sokolović, „Democracy and Human Rights in Multi-ethnic Societies, International Seminary of the Institute for Strengthening Democracy in Bosnia (Konjic, Bosnien-Herzegowina, 5.–10. Juli 1998)", in: Ethnos-Nation – Eine europäische Zeitschrift, 1–2 (1998), S. 162–163

Klingemann, Hans-Dieter, Katrin Voltmer, „Politische Kommunikation als Wahlkampfkommunikation", in: Otfried Jarren, Ulrich Sarcinelli, Ulrich Saxer (Hg.), Politische Kommunikation in der demokratischen Gesellschaft – Ein Handbuch mit Lexikonteil, Opladen: Westdeutscher Verlag 1998, S. 396–405

Klingemann, Hans-Dieter, Christian Welzel, „Political Science and the Emergance of Democracy in Central and Eastern Europe: The Perspective of Citizens", in: Ali Kazancigil, David Makinson (Eds.), World Social Science Report, Paris: UNESCO Publishing/Elsevier 1999, S. 96 bis 97

König, Thomas, Andrea Volkens, Thomas Bräuninger, „Regierungserklärungen von 1949 bis 1998 – Eine vergleichende Untersuchung ihrer regierungsinternen und -externen Bestimmungsfaktoren", in: Zeitschrift für Parlamentsfragen, 29 (1999), S. 641–659

Kühnel, Steffen M., Dieter Fuchs, „Nichtwählen als rationales Handeln: Anmerkungen zum Nutzen des Rational-Choice-Ansatzes in der empirischen Wahlforschung II", in: Max Kaase, Hans-Dieter Klingemann (Hg.), Wahlen und Wähler – Analysen aus Anlaß der Bundestagswahl 1994, Opladen: Westdeutscher Verlag 1998, S. 317–356

Miller, Warren, Roy Pierce, Jacques Thomassen, Richard Herrera, Sören Holmberg, Peter Esaiasson, Bernhard Weßels, Policy Representation in Western Democracies, Oxford: Oxford University Press 1999, 180 S.

Roller, Edeltraud, „Ist der Sozialstaat im vereinigten Deutschland überfordert? Wohlfahrtsansprüche in Ost- und Westdeutschland im Vergleich", in: Josef Schmid, Reiner Niketta (Hg.), Wohlfahrtsstaat: Krise und Reform im Vergleich, Marburg: Metropolis-Verlag 1998, S. 85 bis 111

Roller, Edeltraud, „Positions- und performanzbasierte Sachfragenorientierungen und Wahlentscheidung: Eine theoretische und empirische Analyse aus Anlaß der Bundestagswahl 1994", in: Max Kaase, Hans-Dieter Klingemann (Hg.), Wahlen und Wähler – Analysen aus Anlaß der

Bundestagswahl 1994, Opladen: Westdeutscher Verlag 1998, S. 173–220

Roller, Edeltraud, „Shrinking the Welfare State – Citizens' Attitudes Towards Cuts in Social Spending in Germany in the 1990s", in: German Politics, 8 (1999), S. 21–39

Roller, Edeltraud, „Sozialpolitik und demokratische Konsolidierung – Eine empirische Analyse für die Neuen Bundesländer", in: Fritz Plasser, Oscar W. Gabriel, Jürgen W. Falter, Peter A. Ulram (Hg.), Wahlen und politische Einstellungen in Deutschland und Österreich, Frankfurt am Main: Peter Lang 1999, S. 313–346

Roller, Edeltraud, „Staatsbezug und Individualismus: Dimensionen des sozialkulturellen Wertewandels", in: Thomas Ellwein, Everhard Holtmann (Hg.), 50 Jahre Bundesrepublik Deutschland. Rahmenbedingungen – Entwicklungen – Perspektiven, Sonderheft 30 der Politischen Vierteljahresschrift, Opladen: Westdeutscher Verlag 1999, S. 229–246

Rucht, Dieter, Andrea Volkens, „Der Einfluß von politischem Protest auf Wahlprogramme in der Bundesrepublik Deutschland – Eine quantitative Analyse", in: Horst Albach, Meinolf Dierkes, Ariane Berthoin Antal, Kristina Vaillant (Hg.), Organisationslernen – institutionelle und kulturelle Dimensionen, WZB-Jahrbuch 1998, Berlin: edition sigma 1998, S. 309–334

Welzel, Christian, „Vom Konsens zum Dissens? Politische Ordnungspräferenzen von Eliten und Bürgern im ost-westdeutschen Vergleich", in: Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie, 50 (1998), S. 238–262

Welzel, Christian, „Humanentwicklung und der Phasenwechsel der Zivilgesellschaft: Ziviles Engagement in 50 Nationen", in: Hans-Joachim Lauth, Ulrike Liebert (Hg.), Im Schatten demokratischer Legitimität: Informelle Institutionen und Partizipation im inter-kulturellen Demokratievergleich, Opladen: Westdeutscher Verlag 1999, S. 207–236; *auch in Englisch:* „The Development of Civil Societies: Participation and ‚Human Development' in 45 Nations", in: Alexander Koryuschkin, Gerd Meyer (Eds.), Communitarianism, Liberalism, and the Quest for Democracy in Post-Communist Countries, St. Petersburg: St. Petersburg University Press 1999, S. 140–154

Weßels, Bernhard, „Mitverantworten und Mitregieren – Bedeutungsverlust von Interessengruppen und Bürgervereinigungen?", in: Funkkolleg „Deutschland im Umbruch", Studienbrief 4, Studieneinheit 14, hrsg. v. Deutschen Institut für Fernstudienforschung an der Universität Tübingen (DIFF) in Verbindung mit DeutschlandRadio u. a., Tübingen 1997, S. 14/1–14/36

Weßels, Bernhard, „International Comparative Research with Individual Data", in: Werner Haug, Klaus Armingeon, Peter Farago, Markus Zürcher (Hg.), Statistik im Dienste der Öffentlichkeit, Bern: Swiss Federal Statistical Office 1998, S. 59–67

Weßels, Bernhard, „Social Alliances and Coalitions: The Organizational Underpinnings of Democracy in West Germany", in: Dietrich Rueschemeyer, Marilyn Rueschemeyer, Björn Wittrock (Eds.), Participation and Democracy – East and West. Comparisons and Interpretations, Armonk, New York, London, England: M. E. Sharpe 1998, S. 203–232

Weßels, Bernhard, „Wahlpräferenzen in den Regionen: Stabilität und Veränderung im Wahljahr 1994 – oder: Die ‚Heimkehr' der CDU/CSU-Wähler von 1990", in: Max Kaase, Hans-Dieter Klingemann (Hg.), Wahlen und Wähler – Analysen aus Anlaß des Bundestagswahl 1994, Opladen, Wiesbaden: Westdeutscher Verlag 1998, S. 259–284

Weßels, Bernhard, „Decision-making and Institutional Change", in: Richard S. Katz, Bernhard Weßels (Eds.), The European Parliament, the National Parliaments, and European Integration, Oxford: Oxford University Press 1999, S. 213–228

Weßels, Bernhard, „Die deutsche Variante des Korporatismus", in: Max Kaase, Günther Schmid (Hg.), Eine lernende Demokratie – 50 Jahre Bundesrepublik Deutschland, WZB-Jahrbuch 1999, Berlin: edition sigma 1999, S. 87–113

Weßels, Bernhard, „European Parliament and Interest Groups", in: Richard S. Katz, Bernhard Weßels (Eds.), The European Parliament, the National Parliaments, and European Integration, Oxford: Oxford University Press 1999, S. 105–128

Weßels, Bernhard, „Political Representation and Political Integration in Europe: Is it possible to square the circle? Findings from Surveys Among the Members of the European Parliament and Members from Eleven National Parliaments", in: European Integration online Papers (EIoP), 3 (1999) (URL: http://eiop.or.at/eiop/texte/1999-009a.htm)

Weßels, Bernhard, „System Characteristics Matter: Empirical Evidence from Ten Representation Studies", in: Warren E. Miller u. a., Policy Representation in Western Democracies, Oxford: Oxford University Press 1999, S. 137–161

Weßels, Bernhard, „Whom to Represent? Role Orientations of Legislators in Europe", in: Hermann Schmitt, Jacques Thomassen (Eds.), Political Representation and Legitimacy in the European Union, Oxford: Oxford University Press 1999, S. 211–236

Weßels, Bernhard, Richard S. Katz, „Introduction: European Parliament, National Parliaments, and European Integration", in: Richard S. Katz, Bernhard Weßels (Eds.), The European Parliament, the National Parliaments, and European Integration, Oxford: Oxford University Press 1999, S. 3–18

Weßels, Bernhard, Achim Kielhorn, „Which Competencies for Which Political Level?", in: Richard S. Katz, Bernhard Weßels (Eds.), The European Parliament, the National Parliaments, and European Integration, Oxford: Oxford University Press 1999, S. 174–196

Weßels, Bernhard, Hans-Dieter Klingemann, „Transformation and the Prerequisites of Democratic Opposition in Central and Eastern Europe", in: Samuel H. Barnes, János Simon (Eds.), The Postcommunist Citizen, Budapest: Erasmus Foundation and Institute of Political Science of the Hungarian Academy of Sciences 1998, S. 1–34

Discussion papers 1998

FS III 98–201
Christian Welzel, Vom Konsens zum Dissens? Politische Ordnungspräferenzen von Eliten und Bürgern im ost-westdeutschen Vergleich, 31 S.

FS III 98–202
Hans-Dieter Klingemann, Mapping Political Support in the 1990s: A Global Analysis, 42 S.

FS III 98–203
Hans-Dieter Klingemann, Richard I. Hofferbert, Remembering the Bad Old Days: Human Rights, Economic Conditions, and Democratic Performance in Transitional Regimes, 24 S.

FS III 98–204
Dieter Fuchs, The Political Culture of Unified Germany, 45 S.

Discussion papers 1999

FS III 99–201
Christian Welzel, Thomas R. Cusack, Näherung oder Richtung? Der Theorienstreit der Wahlforschung aus der Sicht politischer Repräsentation, 33 S.

FS III 99–202
Christian Welzel, Ronald Inglehart, Analyzing Democratic Change and Stability: A Human Development Theory of Democracy, 36 S.

FS III 99–203
Dieter Fuchs, Soziale Integration und politische Institutionen in modernen Gesellschaften, 40 S.

FS III 99–204
Dieter Fuchs, Die demokratische Gemeinschaft in den U.S.A. und in Deutschland, 48 S.

FS III 99–205
Hans-Dieter Klingemann, Bernhard Weßels, Political Consequences of Germany's Mixed-Member System: Personalization at the Grass-Roots?, 21 S.

Abteilung „Sozialstruktur und Sozialberichterstattung"

Bücher

Anheier, Helmut K., Eckhard Priller, Wolfgang Seibel, Annette Zimmer (Hg.), Der Dritte Sektor in Deutschland – Organisationen zwischen Staat und Markt im gesellschaftlichen Wandel, Berlin: edition sigma 1998, 285 S.

Berger, Horst, Wilhelm Hinrichs, Eckhard Priller, Annett Schultz, Privathaushalte im Vereinigungsprozeß – Ihre soziale Lage in Ost- und Westdeutschland, Reihe Stiftung „Der Private Haushalt", Bd. 35, Frankfurt am Main, New York: Campus Verlag 1999, 330 S.

Kistler, Ernst, Heinz-Herbert Noll, Eckhard Priller (Hg.), Perspektiven gesellschaftlichen Zusammenhalts – Empirische Befunde, Praxiserfahrungen, Meßkonzepte, Berlin: edition sigma 1999, 470 S.

Schäfers, Bernhard, Wolfgang Zapf (Hg.), Handwörterbuch zur Gesellschaft Deutschlands, Opladen: Leske + Budrich 1998, 770 S.

Schneider, Nicole, Annette Spellerberg, Lebensstile, Wohnbedürfnisse und räumliche Mobilität, Opladen: Leske + Budrich 1999, 250 S.

Schulze Buschoff, Karin, Teilzeitarbeit im europäischen Vergleich – Individuelle Dynamik, Haushaltskontext, Wohlfahrtserträge, Düsseldorf: edition der Hans-Böckler-Stiftung, Bd. 10, 1999, 127 S.

Schupp, Jürgen, Felix Büchel, Martin Diewald, Roland Habich (Hg.), Arbeitsmarktstatistik zwischen Realität und Fiktion, Berlin: edition sigma 1998, 315 S.

Spéder, Zsolt (Ed.), Hungary in Flux – Society, Politics and Transformation, Hamburg: Verlag Dr. R. Krämer 1999, 254 S.

Tacken, Mart, Fiorella Marcellini, Heidrun Mollenkopf, Isto Ruoppila (Eds.), Keeping the Elderly Mobile – Outdoor Mobility of the Elderly: Problems and Solutions, The Netherlands TRAIL Research School, Delft: Delft University Press 1999, 368 S.

Zapf, Wolfgang, Modernisierung, Wohlfahrtsentwicklung und Transformation, Beijing: Social Science Literature Press 1998, 153 S. (chinesische Ausgabe)

Statistisches Bundesamt (Hg.), in Zusammenarbeit mit dem **Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung** und dem **Zentrum für Umfragen, Methoden und Analysen, Mannheim,** Datenreport 1999 – Daten und Fakten über die Bundesrepublik Deutschland, Schriftenreihe der Bundeszentrale für politische Bildung, Band 365, Bonn 1999, Teil II „Objektive Lebensbedingungen und subjektives Wohlbefinden im vereinten Deutschland", hrsg. von Roland Habich, Heinz-Herbert Noll, S. 415–612

darin:
Böhnke, Petra, „Bildung und Kompetenzen", S. 471–479

Böhnke, Petra, „Wertorientierungen und Zukunftserwartungen", S. 443–452

Böhnke, Petra, Jan Delhey, „Lebensstandard", S. 453–462

Bulmahn, Thomas, „Freiheit, Sicherheit und Gerechtigkeit im Urteil der Bürger", S. 602–612

Bulmahn, Thomas, „Globalmaße des subjektiven Wohlbefindens", S. 420–430

Delhey, Jan, „Gesellschaftliche Konflikte und soziale Integration", S. 592–601

Habich, Roland, „Problemgruppen", S. 560–568

Habich, Roland, Heinz-Herbert Noll, „Einstellungen zur Arbeit und Arbeitszufriedenheit", S. 490–499

Habich, Roland, Heinz-Herbert Noll, „Soziale Schichtung und soziale Lagen", S. 552–559

Habich, Roland, Heinz-Herbert Noll, „Zufriedenheit in Lebensbereichen", S. 431–442

Krause, Peter, Roland Habich, „Einkommensverteilung und Armut", S. 581–591

Noll, Heinz-Herbert, Roland Habich, „Objektive Lebensbedingungen und subjektives Wohlbefinden: Konzepte und Daten der Sozialberichterstattung", S. 415–419

Sonstige Veröffentlichungen

Anheier, Helmut K., Eckhard Priller, Annette Zimmer, „Zunehmende Bedeutung des Dritten Sektors – Ergebnisse des international vergleichenden Johns Hopkins-Projekts", in: Verein & Management, Zeitschrift für Führungskräfte in Non-Profit-Organisationen, 3/99, 8. Jg., Juni 1999, S. 15–17

Berger, Horst, „Wiederentdeckung des Haushalts durch die Wissenschaft in Ostdeutschland im Kontext divergierender gesellschaftlicher Orientierungen", in: Irmintraut Richarz (Hg.), Der Haushalt – Neubewertung in der Postmoderne, Göt-

tingen: Vandenhoeck & Ruprecht 1998, S. 187–196

Berger, Horst, „Erwerbssituation der Haushalte“, in: Horst Berger et al., Privathaushalte im Vereinigungsprozeß – Ihre soziale Lage in Ost- und Westdeutschland, Frankfurt am Main, New York: Campus Verlag 1999, S. 65–113

Berger, Horst, „Privathaushalt und Transformation“, in: Horst Berger et al., Privathaushalte im Vereinigungsprozeß – Ihre soziale Lage in Ost- und Westdeutschland, Frankfurt am Main, New York: Campus Verlag 1999, S. 13–27

Berger, Horst, Wilhelm Hinrichs, „Haushaltsarbeit in West- und Ostdeutschland in den neunziger Jahren“, in: Hauswirtschaft und Wissenschaft – Europäische Zeitschrift für Haushaltsökonomie, Haushaltstechnik und Sozialmanagement, 47. Jg. Heft 2, 2. Quartal 1999, S. 54–64

Berger, Horst, Wilhelm Hinrichs, „Haushaltsproduktion“, in: Horst Berger et al., Privathaushalte im Vereinigungsprozeß – Ihre soziale Lage in Ost- und Westdeutschland, Frankfurt am Main, New York: Campus Verlag 1999, S. 114–135

Berger, Horst, Annett Schultz, „Ostdeutsche Privathaushalte im Spannungsfeld von Integration und Differenzierung“, in: Horst Berger et al., Privathaushalte im Vereinigungsprozeß – Ihre soziale Lage in Ost- und Westdeutschland, Frankfurt am Main, New York: Campus Verlag 1999, S. 291–318

Böltken, Ferdinand, Nicole Schneider, Annette Spellerberg, „Wohnen – Wunsch und Wirklichkeit. Subjektive Prioritäten und subjektive Defizite als Beitrag zur Wohnungsmarktbeobachtung“, in: Informationen zur Raumentwicklung, Heft 2, 1999, S. 141–156

Bulmahn, Thomas, „Plurale Vorsorge – Die Zukunft der sozialen Sicherheit“, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, Beilage zur Wochenzeitung Das Parlament, B 18/98, S. 11–18

Bulmahn, Thomas, „Soziale Schichtung und Mobilität im ostdeutschen Transformationsprozeß“, in: Hans Bertram, Wolfgang Kreher, Irene Müller-Hartmann (Hg.), Systemwechsel zwischen Projekt und Prozeß – Analysen zu den Umbrüchen in Ostdeutschland, Opladen: Leske + Budrich 1998, S. 457–482

Bulmahn, Thomas, „Altersvorsorge im Wandel“, in: Paul Lüttinger (Hg.), Sozialstrukturanalysen mit dem Mikrozensus, ZUMA-Nachrichten Spezial Band 6, Mannheim: ZUMA 1999, S. 300–322

Bulmahn, Thomas, „Vereinigungsbilanzen – Die deutsche Einheit im Spiegel der Sozialwissenschaften“, in: Zanghyon Bak (Hg.), Wiedervereinigung Deutschlands – Muster für Korea?, Seoul: Munwon-Verlag 1999, S. 277–293

Delhey, Jan, „Zwischen Marx und Markt – der Wunsch nach Gleichheit“, in: Mitbestimmung – Magazin der Hans Böckler Stiftung, 10/99, S. 45–47

Flaschenträger, P., L. Spazzafumo, F. Marcellini, H. Mollenkopf, I. Ruoppila, „The Perception of Traffic Conditions by Elderly People“, in: J. Graafmans, V. Taipale, N. Charness (Eds.), Gerontechnology – A Sustainable Investment in the Future, Amsterdam: IOS Press 1998, S. 212–216

Gillwald, Katrin, „Ökologisierung moderner Lebensstile als soziale Innovation – Ein Fall von Car Sharing“, in: Umweltbundesamt (Hg.), Trendsetter – Schritte zum Nachhaltigen Konsumverhalten am Beispiel der privaten Haushalte. Initiativen – Projekte – Rahmenbedingungen, Berlin 1998, S. 99–103

Glatzer, Wolfgang, Wolfgang Zapf, „Wohin entwickelt sich die Gesellschaft der Bundesrepublik Deutschland?“, in: Institut für Länderkunde Leipzig (Hg.), Nationalatlas Bundesrepublik Deutschland, Bd. 1, Gesellschaft und Staat, Heidelberg, Berlin: Spektrum Akademischer Verlag GmbH 1999, S. 22–27

Habich, Roland, „Lebensbedingungen“, in: Werner Weidenfeld, Karl-Rudolf Korte (Hg.), Handbuch zur deutschen Einheit – 1949–1989–1999, Neuausgabe 1999. Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung 1999, S. 523–538 (Ebenfalls veröffentlicht im Campus Verlag)

Habich, Roland, Regina Berger-Schmitt, „Familie – Wohlstand – Beruf – Selbstverwirklichung: Einstellungsmuster und -profile zur Konkurrenz von Lebensbereichen“, Materialien zur Bevölkerungswissenschaft, Heft 82 f, Wiesbaden: Bundesinstitut für Bevölkerungsforschung 1998, 125 S. und Tabellenanhang (73 S.)

Habich, Roland, Zsolt Spéder, „Vesztesek és nyertesek: a társadalmi változás következményei három országban“, in: Tamás Kolosi, István György Tóth, György Vukovich (Hg.), Társadalmi Riport 1998 (Szialreport), Budapest 1998, S. 117–139

Habich, Roland, Zsolt Spéder, „Winners and Losers – Transformational Outcomes in a Comparative Context“, Collegium Budapest, Institute for Advanced Study, Discussion Paper No. 56, December 1998, Budapest, 39 S.

Habich, Roland, Zsolt Spéder, „Winners and Losers – Transformational Outcomes in a Comparative Context“, in: Tamás Kolosi, István György Tóth, György Vukovich (Eds.), Social Report 1998, Budapest: TÁRKI (Social Research Informatics Center) 1999, S. 123–147

Habich, Roland, Wolfgang Zapf, „Wohlfahrtsindikatoren für Deutschland 1950 bis 1998 – Visuelle Darstellung“, in: Wolfgang Glatzer, Ilona Ostner (Hg.), Deutschland im Wandel – Sozialstrukturelle Analysen, Opladen: Leske + Budrich 1999, S. 31–48

Habich, Roland, Heinz-Herbert Noll, Wolfgang Zapf, „Subjektives Wohlbefinden in Ostdeutschland nähert sich westdeutschem Niveau – Ergebnisse des Wohlfahrtssurveys 1998“, in: ISI (Informationsdienst Soziale Indikatoren) 22, Juli 1999, S. 1–6

Hinrichs, Wilhelm, „Wohnmobilität der Berliner Bevölkerung“, in: Sozialwissenschaftliches Forschungszentrum Berlin-Brandenburg e.V./Hans Böckler Stiftung (Hg.), Sozialreport, I. Quartal 1998, Berlin, S. 17–23

Hinrichs, Wilhelm, „Berlin-Brandenburgische Suburbanisierung – Zwischen Stadtflucht und rationalem Kalkül“, in: Sozialwissenschaftliches Forschungszentrum Berlin-Brandenburg (Hg.), Umbruch – Beiträge zur sozialen Transformation in den alten und neuen Bundesländern, Band 15, Berlin: Verlag am Turm 1999, S. 54–77

Hinrichs, Wilhelm, „Entwicklung der Wohnverhältnisse in Ostdeutschland 1990–1999“, in: Gunnar Winkler (Hg.), Sozialreport 1999 – Daten und Fakten zur sozialen Lage in den neuen Bundesländern, Berlin: Verlag am Turm 1999, S. 228–268

Hinrichs, Wilhelm, „Wohnverhältnisse“, in: Horst Berger et al., Privathaushalte im

Vereinigungsprozeß – Ihre soziale Lage in Ost- und Westdeutschland, Frankfurt am Main, New York: Campus Verlag 1999, S. 183–242

Maas, Ineke, Petra Böhnke, Nanette Maske, „Coding German Occupational Titles into HISCO", in: Historical International Standard Coding of Occupation: Final Coding Principles with Examples from Norway and Germany, HISMA Occasional Papers and Documents Series No. 4/1998, Berlin: Max Planck Institute for Human Development, S. 75–108

Marcellini, F., C. Gagliardi, L. Spazzafumo, H. Mollenkopf, I. Ruoppila, „Diffusion and Acceptance of Technological Solutions among the Elderly in Three European Countries", in: J. Graafmans, V. Taipale, N. Charness (Eds.), Gerontechnology – A Sustainable Investment in the Future, Amsterdam: IOS Press 1998, S. 462–464

Mau, Steffen, „Akzeptanzbedingungen des wohlfahrtsstaatlichen Umbaus – Ein internationaler Vergleich", in: Zeitschrift für Sozialreform, Heft 11/12 1998, 44. Jg., S. 856–872

Mau, Steffen, „Das Soziale – neu definiert", in: Die Mitbestimmung, Magazin der Hans Böckler Stiftung, 8/1998, S. 19 bis 22

Mau, Steffen, „Soziale Sicherung und Sicherheitsempfinden – Anmerkungen zu einem Zusammenhang und einigen sozialpolitischen Folgen", in: Zeitschrift für Sozialreform, 44. Jg., Heft 8, Aug. 1998, S. 593–611

Mau, Steffen, „Zwischen Moralität und Eigeninteresse – Einstellungen zum Wohlfahrtsstaat in internationaler Perspektive", in: Aus Politik und Zeitgeschichte, Beilage zur Wochenzeitung Das Parlament, B 34–35, 1998, S. 27–37

Mollenkopf, Heidrun, „Altern in technisierten Gesellschaften", in: Wolfgang Clemens, Gertrud M. Backes (Hg.), Altern und Gesellschaft – Gesellschaftliche Modernisierung durch Atersstrukturwandel, Opladen: Leske + Budrich 1998, S. 217–236

Mollenkopf, Heidrun, „Environmental effects on the mobility and activities of elderly persons: Supporting and aggravating circumstances", in: H.-W. Wahl, U. Lehr (Eds.), Elderly People and their Environments, Forschungsberichte aus dem DZFA Nr. 4, Heidelberg: DZFA 1998, S. 26–46

Mollenkopf, Heidrun, „Soziale Integration und gesellschaftliche Teilhabe alter Menschen durch Technik", in: Th. Erkert, J. Salomon (Hg.), Seniorinnen und Senioren in der Wissensgesellschaft, Bielefeld: Kleine Verlag 1998, S. 125–135

Mollenkopf, Heidrun, „Technik im Dienste der Lebensqualität im Alter", in: P. Borscheid, H. Bausinger, L. Rosenmayr u. a. (Hg.), Die Gesellschaft braucht die Alten – Fragen der (Wieder-)Eingliederung in den Lebenszusammenhang, Opladen: Leske + Budrich 1998, S. 98–118

Mollenkopf, Heidrun, Pia Flaschenträger, Steffen Werner, „Wohnen und Mobilität Älterer", in: Deutsches Zentrum für Altersfragen (Hg.), Regionales Altern und Mobilitätsprozesse Älterer, Expertisenband 2 zum Zweiten Altenbericht der Bundesregierung, Frankfurt am Main, New York: Campus Verlag 1998, S. 264–350

Mollenkopf, Heidrun, Fiorella Marcellini, Isto Ruoppila, „The Outdoor Mobility of Elderly People – A Comparative Study in Three European Countries", in: J. Graafmans, V. Taipale, N. Charness (Eds.), Gerontechnology – A Sustainable Investment in the Future, Amsterdam: IOS Press 1998, S. 204–211

Priller, Eckhard, „Der Dritte Sektor in den neuen Bundesländern: Eine sozial-ökonomische Analyse", in: Helmut K. Anheier, Eckhard Priller, Wolfgang Seibel, Annette Zimmer (Hg.), Der Dritte Sektor in Deutschland – Organisationen zwischen Staat und Markt im gesellschaftlichen Wandel, Berlin: edition sigma 1998, S. 99–125

Priller, Eckhard, „Der Dritte Sektor in einem etatistischen System", in: Rupert Graf Strachwitz (Hg.), Dritter Sektor – Dritte Kraft. Versuch einer Standortbestimmung, Stuttgart u. a.: Raabe 1998, S. 535–553

Priller, Eckhard, „Einstellungen zur Demokratie in Ostdeutschland", in: Leo Montada, Anne Dieter (Hg.), Veränderungserfahrungen in den neuen Bundesländern nach der Wiedervereinigung, Bericht Nr. 6, Zentrum für Gerechtigkeitsforschung, Universität Potsdam 1998, S. 70–85

Priller, Eckhard, „‚Jedermann an jedem Ort – jede Woche mehrmals Sport': Sport im Zeitbudget von Erwachsenen in der DDR", in: Jochen Hinsching (Hg.), Alltagssport in der DDR, Aachen: Meyer & Meyer Verlag 1998, S. 295–312

Priller, Eckhard, „Demokratieentwicklung und gesellschaftliche Mitwirkung", in: Gunnar Winkler (Hg.), Sozialreport 1999, Daten und Fakten zur sozialen Lage in den neuen Bundesländern, Berlin: Verlag am Turm 1999, S. 327–377

Priller, Eckhard, „Der Dritte Sektor in Deutschland – Rahmen und Wirkungsfeld der Selbsthilfe und der Selbsthilfekontaktstellen", in: Deutsche Arbeitsgemeinschaft Selbsthilfegruppen e.V. (Hg.), selbsthilfegruppenjahrbuch 1999, Gießen 1999, S. 160–169

Priller, Eckhard, „Die Zweischneidigkeit von Öffentlichkeit – Ergebnisse aus einer Organisationsbefragung", in: Bertelsmann Stiftung, Maecenata Institut für Dritter-Sektor-Forschung (Hg.), Expertenkommission zur Reform des Stiftungs- und Gemeinnützigkeitsrechts, Gütersloh: Verlag Bertelsmann Stiftung 1999, S. C-71–C-79

Priller, Eckhard, „Einkommens- und Vermögensentwicklung der Haushalte", in: Horst Berger et al., Privathaushalte im Vereinigungsprozeß – Ihre soziale Lage in Ost- und Westdeutschland, Frankfurt am Main, New York: Campus Verlag 1999, S. 136–183

Priller, Eckhard, „Stiftungen im Spannungsfeld von Kontinuität und Wandel", in: Stiftung Sponsoring – Das Magazin für Non-Profit-Management und -Marketing, 1/1999, S. 37–40

Priller, Eckhard, „Variationen zum Thema ‚Ehrenamt' – Unterschiedliche Perspektiven und Resultate", in: Ernst Kistler, Heinz-Herbert Noll, Eckhard Priller (Hg.), Perspektiven gesellschaftlichen Zusammenhalts – Empirische Befunde, Praxiserfahrungen, Meßkonzepte, Berlin: edition sigma 1999, S. 131–143

Priller, Eckhard, Annette Zimmer, „Ende der Mitgliederorganisationen? Laufen den NPOs die Mitglieder davon?", in: Dieter Witt, Ernst-Bernd Blümle, Reinbert Schauer, Helmut K. Anheier (Hg.), Ehrenamt und Modernisierungsdruck in Nonprofit-Organisationen – Eine Dokumentation, Wiesbaden: Dt. Univ.-Verl.; Wiesbaden: Gabler (Gabler Edition Wissenschaft: NPO-Management) 1999, S. 127–147

Priller, Eckhard, Annette Zimmer, „Non-Profit-Bereich im Aufwind“, in: Die Mitbestimmung. Magazin der Hans Böckler Stiftung, 3/1999, S. 18–20

Priller, Eckhard, Annette Zimmer, Helmut K. Anheier, „Der Dritte Sektor in Deutschland – Entwicklungen, Potentiale, Erwartungen“, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, Beilage zur Wochenzeitung Das Parlament, B 9/1999, S. 12–21

Priller, Eckhard, Annette Zimmer, Helmut K. Anheier, Stefan Toepler, Lester M. Salamon, „Germany: Unification and Change“, in: Lester M. Salamon, Helmut K. Anheier, Regina List, Stefan Toepler, S. Wojciech Sokolowski and Associates, Global Civil Society – Dimensions of the Nonprofit Sector, Baltimore: The Johns Hopkins Center for Civil Society Studies 1999, S. 99–118

Schlegelmilch, Cordia, „‚Fanatiker der Heimat‘ – Der RUNDBLICK – eine ungewöhnliche Heimatzeitschrift“, in: Deutschland Archiv – Zeitschrift für das vereinigte Deutschland, 31. Jg., Heft 6, 1998, S. 899–907

Schlegelmilch, Cordia, „‚Fanatiker der Heimat‘ – zwischen Collm und Mulde. Geschichte und Geschichten des RUNDBLICKS“, in: Manfred Müller (Hg.), Rundblick Jahrbuch 1999 – Aus Natur und Heimat des Muldentalkreises um Grimma und Wurzen, 45. Jg., Beucha: Sax Verlag 1998, S. 8–19

Schultz, Annett, „Alltagsbewältigung im Transformationsprozeß“, in: Horst Berger et al., Privathaushalte im Vereinigungsprozeß – Ihre soziale Lage in Ost- und Westdeutschland, Frankfurt am Main, New York: Campus Verlag 1999, S. 243–290

Schultz, Annett, „Datenbasis und methodisches Analysekonzept“, in: Horst Berger et al., Privathaushalte im Vereinigungsprozeß – Ihre soziale Lage in Ost- und Westdeutschland, Frankfurt am Main, New York: Campus Verlag 1999, S. 28–37

Schultz, Annett, „Haushaltsstrukturen und Haushaltsformen“, in: Horst Berger et al., Privathaushalte im Vereinigungsprozeß – Ihre soziale Lage in Ost- und Westdeutschland, Frankfurt am Main, New York: Campus Verlag 1999, S. 39–64

Schulze Buschoff, Karin, „Life Forms and the Quality of Life: A Comparison between East and West Germany“, in: Social Indicators Network News (SINET), No. 54, May 1998, S. 1–8

Schulze Buschoff, Karin, „Arbeitszeiten – individuelle Bedürfnisse und Präferenzen“, in: Joachim Gutmann (Hg.), Arbeitszeitmodelle – Die neue Zeit der Arbeit: Erfahrungen mit Konzepten der Flexibilisierung, Stuttgart: Schäffer-Poeschel, Edition Kienbaum 1999, S. 3–33

Spellerberg, Annette, Katrin Schäfgen, „Kulturelle Leitbilder und institutionelle Regelungen für Frauen in den U.S.A., in West- und in Ostdeutschland“, in: Berliner Journal für Soziologie, H. 1/1998, S. 73–90

Zapf, Wolfgang, „Alternative Paths of Societal Development and the Dynamics of German Transformation“, in: Sophia Symposium 1995, Tokyo: Sophia University 1998, S. 5–34

Zapf, Wolfgang, „Modernisierung und Transformation“, in: Bernhard Schäfers, Wolfgang Zapf (Hg.), Handwörterbuch zur Gesellschaft Deutschlands, Opladen: Leske + Budrich 1998, S. 472–482

Zapf, Wolfgang, „Zu organisatorischen Problemen der Sozialwissenschaften und der Sozialberichterstattung“, in: Heinz P. Galler, Gert Wagner (Hg.), Empirische Forschung und wirtschaftspolitische Beratung, Festschrift für Hans-Jürgen Krupp, Frankfurt am Main: Campus Verlag 1998, S. 507–521

Zapf, Wolfgang, „Gesellschaftliche Wohlfahrt und Sozialberichterstattung – Erfahrungen und Möglichkeiten“, in: J. Gerhards, R. Hitzler (Hg.), Eigenwilligkeit und Rationalität sozialer Prozesse, Festschrift zum 65. Geburtstag von Friedhelm Neidhardt, Opladen, Wiesbaden: Westdeutscher Verlag 1999, S. 46–60

Zapf, Wolfgang, „Sozialberichterstattung in der Bundesrepublik Deutschland“, in: ZUMA-Nachrichten, 45. Jg., November 1999, S. 23–31

Zapf, Wolfgang, „Qualität des Lebens – Wege und Irrwege einer langen Entwicklung“, in: Franz Lehner (Hg.), WertSchöpfung – Maßstäbe einer neuen Ökonomie, München: Rainer Hampp Verlag 1999, S. 162–170

Zapf, Wolfgang, Roland Habich, „Das größte Glück für die größte Zahl – Wohlstand und Wohlfahrtsstaat in der Bundesrepublik Deutschland“, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 18. Juni 1999, S. 11

Zapf, Wolfgang, Roland Habich, „Die Wohlfahrtsentwicklung in der Bundesrepublik Deutschland 1949 bis 1999“, in: Max Kaase, Günther Schmid (Hg), Eine lernende Demokratie – 50 Jahre Bundesrepublik Deutschland, WZB-Jahrbuch 1999, Berlin: edition sigma 1999, S. 285–314

Zapf, Wolfgang, Steffen Mau, „Eine demographische Revolution in Ostdeutschland? – Die Entwicklung von Geburten, Eheschließungen und Ehescheidungen“, in: Ingrid Lötsch, Hansgünter Meyer (Hg.), Die Sozialstruktur als Gegenstand der Soziologie und der empirischen soziologischen Forschung, Beiträge zu einem Kolloquium in memoriam Manfred Lötsch, Berlin: trafo verlag 1998, S. 215–222

Zimmer, Annette, Eckhard Priller, „Zukunft des Dritten Sektors in Deutschland“, in: Helmut K. Anheier, Eckhard Priller, Wolfgang Seibel, Annette Zimmer (Hg.), Der Dritte Sektor in Deutschland – Organisationen zwischen Staat und Markt im gesellschaftlichen Wandel, Berlin: edition sigma 1998, S. 249–283

Discussion papers 1998

FS III 98–401
Jan Delhey, Inequality and Support for Redistributive Policy: One World of Post-Communism, Two Worlds of Western Capitalism?, 28 S.

FS III 98–402
Li Pengcheng, Über die Möglichkeit einer kontinuierlichen und zügigen Fortsetzung des chinesischen Modernisierungsprozesses, 17 S

FS III 98–403
Annette Spellerberg, Regina Berger-Schmitt, Lebensstile im Zeitvergleich: Typologien für West- und Ostdeutschland 1993 und 1996, 68 S.

FS III 98–404
Karin Schulze Buschoff, Jana Rückert, Teilzeitbeschäftigte in Europa – Arbeitsbedingungen, Familienkontext, Motive und subjektive Bewertungen, 64. S.

FS III 98–405
Karin Schulze Buschoff, Inge Weller, Jana

Rückert, Das Erwerbsverhalten von Frauen im europäischen Vergleich – Welche Faktoren beeinflussen Arbeitszeiten und Arbeitszeitwünsche?, 43 S.

FS III 98–406
Thomas Bulmahn, Rette sich, wer kann? Die Krise der gesetzlichen Rentenversicherung und die Privatisierung der Altersvorsorge, 30 S.

FS III 98–407
Thomas Bulmahn, Taking Stock: German Unification as Reflected in the Social Sciences, 35 S.

Discussion papers 1999

FS III 99–401
Wilhelm Hinrichs, Wohnsuburbanisierung am Beispiel Berlin – Ein Erklärungsrahmen, 40 S.

FS III 99–402
Zsolt Spéder, Roland Habich, Income Dynamics in Three Societies – An investigation of social dynamics, 22 S.

FS III 99–403
Jan Delhey, Inequality and Attitudes – Postcommunism, Western Capitalism and Beyond, 14 S.

FS III 99–404
Wolfgang Zapf, Social Reporting in the 1970s and 1990s, 14 S.

FS III 99–405
Heinz-Herbert Noll, New Structures of Inequality – Some Trends of Social Change in Modernized Societies, 17 S.

FS III 99–406
Karin Schulze Buschoff unter Mitarbeit von **Jana Rückert-John**, Teilzeitarbeit in Schweden, Großbritannien und Deutschland – Individuelle Dynamik und Haushaltskontext im Ländervergleich, 36 S.

FS III 99–407
Bernhard Schäfers, Komparative und nicht-komparative Ansätze zur Analyse der Europäisierung der Sozialstrukturen, 24 S.

FS III 99–408
Petra Böhnke, Jan Delhey, Lebensstandard und Armut im vereinten Deutschland, 40 S.

FS III 99–409
Wilhelm Hinrichs, Entwicklung der Wohnverhältnisse in Ost- und Westdeutschland in den 90er Jahren, 50 S.

FS III 99–410
Eckhard Priller, Demokratieentwicklung und Mitwirkung in Ostdeutschland, 46 S.

FS III 99–411
Thomas Bulmahn, Freiheit, Wohlstand, Sicherheit und Gerechtigkeit – Attribute einer lebenswerten Gesellschaft, 36 S.

FS III 99–412
Jan Delhey, Petra Böhnke, Über die materielle zur inneren Einheit? Wohlstandslagen und subjektives Wohlbefinden in Ost und West, 40 S.

FS III 99–413
Petra Böhnke, Jan Delhey, Poverty in a Multidimensional Perspective: Great Britain and Germany in Comparison, 28 S.

Forschungsprofessur „Vergleich demokratischer Systeme"

Bücher

Kaase, Max, Hans-Dieter Klingemann (Hg.), Wahlen und Wähler – Analysen aus Anlaß der Bundestagswahl 1994, Opladen, Wiesbaden: Westdeutscher Verlag 1998, 669 S.

Kaase, Max (Hg.), Qualitätskriterien der Umfrageforschung/Quality Criteria for Survey Research, Denkschrift der DFG/Memorandum, Berlin: Akademie-Verlag 1999, 288 S.

Kaase, Max, Günther Schmid (Hg.), Eine lernende Demokratie – 50 Jahre Bundesrepublik Deutschland, WZB-Jahrbuch 1999, Berlin: edition sigma 1999, 587 S.

Aufsätze in Zeitschriften

Kaase, Max, „Wahlforschung und Demokratie – eine Bilanz am Ende des Jahrhunderts", in: ZUMA-Nachrichten, Heft 44, Mai 1999, S. 62–82; *ebenfalls erschienen* in: Forschungsgruppe Wahlen (Hg.), Festvorträge zum 25jährigen Bestehen der Forschungsgruppe Wahlen e.V., Mannheim am 18. Januar 1999, Mannheim: Forschungsgruppe Wahlen 1999, S. 3–20

Kaase, Max, „Interpersonal Trust, Political Trust and Non-institutionalised Political Participation in Western Europe", in: West European Politics, 22, Heft 3, 1999, S. 1–21

Kaase, Max, Harold D. Clarke, Allan Kornberg, Chris Mclntyre, Petra Bauer-Kaase, „The Effect of Economic Priorities on the Measurement of Value Change: New Experimental Evidence", in: American Political Science Review, 93, Heft 3, September 1999, S. 637–647

Aufsätze in Sammelbänden

Kaase, Max, Petra Bauer-Kaase, „Zur Beteiligung an der Bundestagswahl 1994", in: Max Kaase, Hans-Dieter Klingemann (Hg.), Wahlen und Wähler – Analysen aus Anlaß der Bundestagswahl 1994, Opladen: Westdeutscher Verlag 1998, S. 85–112

Kaase, Max, Petra Bauer-Kaase, „Werte und Wertewandel – ein altes Thema und eine neue Facette", in: Heinz P. Galler, Gert Wagner (Hg.), Empirische Forschung und wirtschaftspolitische Beratung, Festschrift für Hans-Jürgen Krupp zum 65. Geburtstag, Frankfurt am Main, New York: Campus Verlag 1998, S. 256–274

Kaase, Max, „Die Europäische Forschungslandschaft und die Schweiz: Probleme des Datenzugangs", in: Werner Haug, Klaus Armingeon, Peter Farago, Markus Zürcher (Hg.), Statistik im Dienste der Öffentlichkeit, Bern: Bundesamt für Statistik 1998, S. 35–46

Kaase, Max, Petra Bauer-Kaase, „Deutsche Vereinigung und innere Einheit 1990–1997", in: Heiner Meulemann (Hg.), Werte und nationale Identität im vereinten Deutschland – Erklärungsansätze der Umfrageforschung, Opladen: Leske + Budrich 1998, S. 251–267

Kaase, Max, „Die Bundesrepublik: Prognosen und Diagnosen der Demokratieentwicklung in der rückblickenden Bewertung", in: Jürgen Friedrichs, M. Rainer Lepsius, Karl Ulrich Mayer (Hg.), Die Diagnosefähigkeit der Soziologie, 38. Sonderheft der Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie, Opladen, Wiesbaden 1998, S. 35–55

Kaase, Max, „Demokratisches System und die Mediatisierung von Politik", in: Ulrich Sarcinelli (Hg.), Politikvermittlung und Demokratie in der Mediengesellschaft, Opladen, Wiesbaden: Westdeutscher Verlag 1998, S. 24–51

Kaase, Max, Kenneth Newton, „What People Expect From the State: Plus Ça Change…", in: Roger Jowell, John Curtice et al., British and European Social Attitudes – How Britain Differs, The 15th report, Aldershot, Brookfield, U.S.A., Singapore, Sydney: Ashgate 1998, S. 39–56

Kaase, Max, „Politik im Zwiespalt zwischen Wandel und Status Quo", in: Jürgen Gerhards, Ronald Hitzler (Hg.), Eigenwilligkeit und Rationalität sozialer Prozesse, Festschrift zum 65. Geburtstag von Friedhelm Neidhardt, Opladen, Wiesbaden: Westdeutscher Verlag 1999, S. 234–257

Kaase, Max, „Deutschland als Informations- und Wissensgesellschaft", in: Max Kaase, Günther Schmid (Hg.), Eine lernende Demokratie – 50 Jahre Bundesrepublik Deutschland, WZB-Jahrbuch 1999, Berlin: edition sigma 1999, S. 529–559

Kaase, Max, „Welche Aussagen erlauben die Zuschaueranteile über den Einfluß der Fernsehprogramme auf die Meinungsbildung?", in: Zuschaueranteile als Maßstab vorherrschender Meinungsmacht, Dokumentation des Symposiums der Kommission zur Ermittlung der Konzentration im Medienbereich (KEK), Berlin: VISTAS 1999, S. 17–48

Aufsätze in Handwörterbüchern, Lexika etc.

Kaase, Max, „Datenzugang und Datenschutz"; „Massenkommunikation und Massenmedien", in: Bernhard Schäfers, Wolfgang Zapf (Hg.), Handwörterbuch zur Gesellschaft Deutschlands, Opladen: Leske + Budrich 1998, S. 101–111, S. 452–462

Kaase, Max, „Politische Kommunikation – Politikwissenschaftliche Perspektiven", in: Otfried Jarren, Ulrich Sarcinelli, Ulrich Saxer (Hg.), Politische Kommunikation in der demokratischen Gesellschaft – Ein Handbuch, Opladen, Wiesbaden: Westdeutscher Verlag 1998, S. 97–113

Kaase, Max, „Innere Einheit", in: Werner Weidenfeld, Karl-Rudolf Korte (Hg.), Handbuch zur deutschen Einheit 1949–1989–1999, Neuausgabe 1999, Bonn: Bundeszentrale für Politische Bildung, S. 454–466 (ebenfalls veröffentlicht im Campus Verlag)

Forschungsschwerpunkt Marktprozeß und Unternehmensentwicklung

Albach, Horst, „Humankapitaltheorie der Transformation", in: Manfred Becker, Josef Kloock, Reinhart Schmidt, Gerhard Wäscher (Hg.), Unternehmen im Wandel und Umbruch, Stuttgart: Schäffer-Poeschel Verlag 1998, S. 3–24

Albach, Horst, „Bankbeziehungen und Wettbewerbsfähigkeit", in: Zeitschrift für Betriebswirtschaft, Ergänzungsheft 2, 1998, S. 1–28

Albach, Horst, „Kreatives Organisationslernen", in: Horst Albach, Meinolf Dierkes, Ariane Berthoin Antal, Kristina Vaillant (Hg.), Organisationslernen – institutionelle und kulturelle Dimensionen, WZB-Jahrbuch 1998, Berlin: edition sigma 1998, S. 55–77

Albach, Horst, „Unternehmensgründungen in Deutschland – Potentiale und Lücken", in: DStR Deutsches Steuerrecht, Wochenschrift für Steuerrecht, Wirtschaftsrecht und Betriebswirtschaft, 36. Jg., Juni 1998, S. 988–992

Albach, Horst, „A Vallalatelo Elmelete", in: Vezetestudomany, Nr. 7–8 (Juli–August), 1998, S. 37–42

Albach, Horst (Hg.), Betriebliches Umweltmanagement, Wiesbaden: Gabler Verlag 1998, 184 S.

Albach, Horst, „La gestion en los procesos de aprendizaje en la empresa", in: RIDE – Revista Internacional de Direccion de Empresas, Nr. 4, Dezember 1998, S. 405–415

Albach, Horst, „Privatisierung und Deregulierung im Verkehrssektor am Beispiel der Bahnreform", in: Peter Eichhorn, Günter Püttner (Hg.), Zeitschrift für öffentliche und gemeinwirtschaftliche Unternehmen, Band 21, Heft 3, Baden-Baden: Nomos Verlagsgesellschaft 1998, S. 331–341

Albach, Horst, „Wirtschaftspolitische und technologiepolitische Folgen der Globalisierung", in: Klaus Pinkau, Manfred Popp, Christina Stahlberg (Hg.), Der Universitäts- und Forschungsstandort Deutschland im globalen Markt, Stuttgart: Hirzel Verlag 1998, S. 21–36

Albach, Horst, „Wissensbasierte Produkte für den globalen Wettbewerb der Zukunft", in: Horst Wildemann, Strategien zur Marktführerschaft, Die Kundenanforderungen von morgen gestalten, Frankfurt am Main: Frankfurter Allgemeine Zeitung, Verlagsbereich Buch 1998, S. 135–148

Albach, Horst, „Eine allgemeine Theorie der Unternehmung", in: Zeitschrift für Betriebswirtschaft, 69. Jg., 1999, S. 411–427

Albach, Horst, „Unternehmensgründungen in Deutschland – Potentiale und Lücken", in: Dietger Hahn, Klaus Esser (Hg.), Unternehmensgründungen – Wege in die Selbständigkeit, Chancen für innovative Unternehmen, Stuttgart: Schäffer-Poeschel Verlag 1999, S. 1–13

Albach, Horst, Corporate Governance, Jaakko Honko Lecture 1998, Helsinki: Helsinki School of Economics and Business Administration 1999, 96 S.

Albach, Horst, Einführung in die Allgemeine Betriebswirtschaftslehre, Wiesbaden: Gabler Verlag 1999, 494 S.

Albach, Horst (Hg.), Innovation und Investition, Zeitschrift für Betriebswirtschaft, Ergänzungsheft Nr. 1, Wiesbaden: Gabler Verlag 1999, 142 S.

Albach, Horst, Thomas Brandt, Manfred Fleischer, Jianping Yang, „Soziale Marktwirtschaft: eine Erfolgsgeschichte – 50 Jahre Bundesrepublik Deutschland im Lichte von Industriebilanzen", in: Max Kaase, Günther Schmid (Hg.), Eine lernende Demokratie – 50 Jahre Bundesrepublik Deutschland, WZB-Jahrbuch 1999, Berlin: edition sigma 1999, S. 461–498

Albach, Horst, Meinolf Dierkes, Ariane Berthoin Antal, Kristina Vaillant (Hg.), Organisationslernen – institutionelle und kulturelle Dimensionen, WZB-Jahrbuch 1998, Berlin: edition sigma 1998, 526 S.

Albach, Horst, Santiago Garcia Echevarria (Hg.), Globalisacion, Madrid: Verlag Diaz de Santos 1999, 109 S.

Albach, Horst, Egbert Eymann, Alfred Luhmer, Marion Steven (Hg.), Die Theorie der Unternehmung in Forschung und Praxis, Berlin: Springer Verlag 1999, 841 S.

Albach, Horst, Ulrike Görtzen, Rita Zobel (Eds.), Information Processing as a Competitive Advantage of Japanese Firms, Berlin: edition sigma 1999, 292 S.

Albach, Horst, Jim Y. Jin, „Learning in the Market", in: Horst Albach, Meinolf Dierkes, Ariane Berthoin Antal, Kristina Vaillant (Hg.), Organisationslernen – institutionelle und kulturelle Dimensionen, WZB-Jahrbuch 1998, Berlin: edition sigma 1998, S. 355–372

Albach, Horst, Ellen Krupa, Dieter Köster, „Entry, Entry-Deterrence and Exit: A Study of the Market for CFCs", in: Kyklos, Vol. 51, 1998, Fasc. 4, S. 469–488

Bergman, Lars, Chris Doyle, Damien Neven, Lars-Hendrik Röller, „General Principles and European Deregulation", in: Lars-Hendrik Röller, Romesh Vaitilingam et al. (Eds.), Europe's Network Industries: Conflicting Priorities, Telecommunications, Monitoring European Deregulation 1, London: Centre for Economic Policy Research 1998, S. 1–140

Cool, Karel, Lars-Hendrik Röller, Benoit Leleux, „The Relative Impact of Actual and Potential Rivalry on Firm Profitability in the Pharmaceutical Industry", in: Strategic Management Journal, Vol. 20, 1999, S. 1–14

Davis, Stephen, Catherine Matraves, David Petts, Lars-Hendrik Röller, The Corporate Structure of UK and German Firms: Changes in Response the SEM, London: Anglo-German Foundation 1999, 69 S.

Duso, Tomaso, „Complete Markets in Italy: An Analysis on Micro Data", in:

Giornale degli Economisti e Annali di Economia, Vol. 58, No. 1, 1999, S. 1–25

Fleischer, Manfred, „Key Issues Related to the Legislation of Chemicals in the EU", in: Jens Hemmelskamp, Fabio Leone (Eds.), The Impact of EU-Regulation on Innovation of European Industry, Sevilla: Institute for Prospective Technological Studies (IPTS), Publication EUR 18111, 1998, S. 40–72

Fleischer, Manfred, „Innovation, Patenting, and Performance", in: Economie Appliquée, Vol. LII, No. 2, 1999, S. 95–119

Görtzen, Ulrike, „R&D Activities and Technical Information Flow in Japanese Electronic Corporations", in: Horst Albach, Ulrike Görtzen, Rita Zobel (Eds.), Information Processing as a Competitive Advantage of Japanese Firms, Berlin: edition sigma 1999, S. 169–192

Harhoff, Dietmar, Lars-Hendrik Röller, „Entwicklung und Perspektiven der bundesrepublikanischen Beihilfepolitik", in: Max Kaase, Günther Schmid (Hg.), Eine lernende Demokratie – 50 Jahre Bundesrepublik Deutschland, WZB-Jahrbuch 1999, Berlin: edition sigma 1999, S. 461–498

Jin, Jim Y., „Information Sharing about a Demand Shock", in: Journal of Economics, Vol. 68, No. 2, 1998, S. 137–152

Köster, Dieter, Wettbewerb in Netzproduktmärkten, Wiesbaden: Deutscher Universitäts-Verlag/Gabler Verlag 1999, 224 S.

Miarka, Tobias, Financial Intermediation and Deregulation – A Critical Analysis of Japanese Bank-Firm Relationships, Heidelberg: Physica-Verlag 1999, 165 S.

Miarka, Tobias, „On Bank-Firm-Relationships and Bank-Debt: Evidence from Recent Developments in Japan", in: Christopher B. Meek, Shane J. Schvanefeld (Eds.), Best Papers Proceedings of the 1999 Annual Conference of the Association of Japanese Business Studies, Madison: Omnipress 1999, S. 159–176

Miarka, Tobias, Jianping Yang, „Japanese Bank-Firm Relationships and Corporate Performance", in: Horst Albach, Ulrike Görtzen, Rita Zobel (Eds.), Information Processing as a Competitive Advantage of Japanese Firms, Berlin: edition sigma 1999, S. 45–79

Moerke, Andreas, „Performance and Corporate Governance Structures of Japanese Keiretsu Groups", in: Horst Albach, Ulrike Görtzen, Rita Zobel (Eds.), Information Processing as a Competitive Advantage of Japanese Firms, Berlin: edition sigma 1999, S. 211–238

Neubauer, Silke, Multimarket Contact and Organizational Design – An Analysis of the Interplay between Multimarket Strategies and the Internal Structure of Firms, Dissertation, Humboldt-Universität zu Berlin, Berlin 1999, 195 S.

Neven, Damien, Lars-Hendrik Röller, „An Aggregate Structural Model of Competition in the European Banking Industry", in: International Journal of Industrial Organization, Vol. 17, 1999, S. 1059–1074

Röller, Lars-Hendrik, Jean Dermine, Carole Bonanni, „Some Evidence on Customer ‚Lock-In' in the French Mutual Funds Industry", in: Applied Economic Letters, Vol. 5, 1998, S. 275–279

Röller, Lars-Hendrik, Romesh Vaitilingam et al. (Eds.), Europe's Network Industries: Conflicting Priorities, Telecommunications, Monitoring European Deregulation 1, London: Centre for Economic Policy Research 1998, 258 S.

Schenk, Christoph, Cooperation between Competitors – Subcontracting and the Influence of Information, Production and Capacity on Market Structure and Competition, Dissertation, Humboldt-Universität zu Berlin, Berlin 1999, 115 S.

Tröge, Michael, Competition in Credit Markets, Dissertation, Humboldt-Universität zu Berlin, Berlin 1999, 110 S.

Wey, Christian, Marktorganisation durch Standardisierung: Ein Beitrag zur Neuen Institutionenökonomik des Marktes, Berlin: edition sigma 1999, 282 S.

Yang, Jianping, Aspekte eines Investitionsmodells innerhalb der q-Theorie unter Berücksichtigung von Bankbeziehungen deutscher Unternehmen und Risikoanalyse, Dissertation, Humboldt-Universität zu Berlin, Berlin 1999, 165 S.

Zobel, Rita, „Employee-Transfer as an Instrument of Information-Transfer Through Vertical Relations?", in: Horst Albach, Ulrike Görtzen, Rita Zobel (Eds.), Information Processing as a Competitive Advantage of Japanese Firms, Berlin: edition sigma 1999, S. 255–274

Discussion papers 1998

FS IV 98–1
Horst Albach, Unternehmensgründungen in Deutschland – Potentiale und Lücken, 16 S.

FS IV 98–2
Dietmar Harhoff, Vertical Organization, Technology Flows and R&D Incentives – An Exploratory Analysis, 28 S.

FS IV 98–3
Karel Cool, Lars-Hendrik Röller, Benoit Leleux, Der Einfluß des tatsächlichen und des potentiellen Wettbewerbs auf die Rentabilität von Unternehmen der pharmazeutischen Industrie, 25 S.

FS IV 98–4
Horst Albach, Blühende Landschaften? Ein Beitrag zur Transformationsforschung, 38 S.

FS IV 98–5
Shiho Futagami, Tomoki Waragai, Thomas Westphal, *Shukko* in Japanese Companies and its Economic and Managerial Effects, 22 S.

FS IV 98–6
Dietmar Harhoff, Timm Körting, Lending Relationships in Germany: Empirical Results from Survey Data, 35 S.

FS IV 98–7
Johan Lagerlöf, Are We Better Off if Our Politicians Know How the Economy Works?, 25 S.

FS IV 98–8
Justus Haucap, Christian Wey, Jens Barmbold, Location Costs, Product Quality and Implicit Franchise Contracts, 29 S.

FS IV 98–9
Manfred Fleischer, Patenting and Industrial Performance: The Case of the Machine Tool Industry, 20 S.

FS IV 98–10
Dieter Köster, Was sind Netzprodukte? – Eigenschaften, Definition und Systematisierung von Netzprodukten, 35 S.

FS IV 98–11
Andreas Blume, Coordination and Learning with a Partial Language, 33 S.

FS IV 98–12
Andreas Blume, Uri Gneezy, An Experimental Investigation of Optimal Learning in Coordination Games, 11 S.

FS IV 98–13
Andreas Blume, Douglas V. DeJong, George R. Neumann, N. E. Savin, Learning in Sender-Receiver Games, 35 S.

FS IV 98–14
Hans Mewis, The Stability of Information Cascades: How Herd Behavior Breaks Down, 23 S.

FS IV 98–15
Lars-Hendrik Röller, Mihkel M. Tombak, Ralph Siebert, The Incentives to Form Research Joint Ventures: Theory and Evidence, 29 S.

FS IV 98–16
Christine Zulehner, Econometric Analysis of Cattle Auctions, 21 S.

FS IV 98–17
Catherine Matraves, Market Structure, R&D and Advertising in the Pharmaceutical Industry, 28 S.

Discussion papers 1999

FS IV 99–1
Suchan Chae, Paul Heidhues, Bargaining Power of a Coalition in Parallel Bargaining: Advantage of Multiple Cable Systems Operators, 55 S.

FS IV 99–2
Christian Wey, Compatibility Investments in Duopoly with Demand Side Spillovers under Different Degrees of Cooperation, 38 S.

FS IV 99–3
Horst Albach, Des paysages florissants? Une contribution à la recherche sur la transformation, 35 S.

FS IV 99–4
Jeremy Lever, The Development of British Competition Law: A Complete Overhaul and Harmonization, 26 S.

FS IV 99–5
Damien J. Neven, Lars-Hendrik Röller, Zhentang Zhang, Union Power and Product Market Competition: Evidence from the Airline Industry, 24 S.

FS IV 99–6
Justus Haucap, Uwe Pauly, Christian Wey, The Incentives of Employers' Associations to Raise Rivals' Costs in the Presence of Collective Bargaining, 44 S.

FS IV 99–7
Jianbo Zhang, Zhentang Zhang, Asymptotic Efficiency in Stackelberg Markets with Incomplete Information, 20 S.

FS IV 99–8
Justus Haucap, Christian Wey, Standortwahl als Franchisingproblem, 30 S.

FS IV 99–9
Yasar Barut, Dan Kovenock, Charles Noussair, A Comparison of Multiple-Unit All-Pay and Winner-Pay Auctions Under Incomplete Information, 45 S.

FS IV 99–10
Jim Y. Jin, Collusion with Private and Aggregate Information, 17 S.

FS IV 99–11
Jos Jansen, Strategic Information Revelation and Revenue Sharing in an R&D Race with Learning Labs, 40 S.

FS IV 99–12
Johan Lagerlöf, Incomplete Information in the Samaritan's Dilemma: The Dilemma (Almost) Vanishes, 58 S.

FS IV 99–13
Catherine Matraves, Market Integration and Market Structure in the European Soft Drinks Industry: Always Coca-Cola?, 25 S.

FS IV 99–14
Pinelopi Koujianou Goldberg, Frank Verboven, The Evolution of Price Discrimination in the European Car Market, 60 S.

FS IV 99–15
Olivier Cadot, Lars-Hendrik Röller, Andreas Stephan, A Political Economy Model of Infrastructure Allocation: An Empirical Assessment, 33 S.

FS IV 99–16
Holger Derlien, Tobias Faupel, Christian Nieters, Industriestandort mit Vorbildfunktion? Das ostdeutsche Chemiedreieck, 48 S.

FS IV 99–17
Christine Zulehner, Testing Dynamic Oligopolistic Interaction: Evidence from the Semiconductor Industry, 25 S.

FS IV 99–18
Johan Lagerlöf, Costly Information Acquisition and Delegation to a „Liberal" Central Banker, 11 S.

FS IV 99–19
Ralph Siebert, Innovation by Multiproduct Firms, 30 S.

FS IV 99–20
Ralph Siebert, Credible Vertical Preemption, 27 S.

FS IV 99–21
Ralph Siebert, Multiproduct Competition, Learning by Doing and Price-Cost Margins over the Product Life Cycle from the DRAM Industry, 37 S.

FS IV 99–22
Michael Tröge, Asymmetric Information Acquisition in Credit Auctions, 28 S.

FS IV 99–23
Michael Tröge, The Structure of the Banking Sector, Credit Screening and Firm Risk, 20 S.

FS IV 99–24
Michael Tröge, Monitored Finance, Usury and Credit Rationing, 32 S.

FS IV 99–25
Silke Neubauer, Multimarket Contact and the Internal Structure of Firms, 35 S.

FS IV 99–26
Horst Albach, Thomas Brandt, Holger Jakob, Achim Konitz, Magdalena Anna Paradowska-Thimm, Andreas Schmidt, Eric Willud, Dokumentation der „Bonner Stichprobe" – Zur Datenbank der Jahresabschlüsse deutscher Aktiengesellschaften, 1960–1997, 128 S.

FS IV 99–27
Lars-Hendrik Röller, Zhentang Zhang, The Provision of Social Goods and the Soft Budget Constraints, 20 S.

FS IV 99–28
Cuihong Fan, Zhentang Zhang, R&D Subsidy and Licensing, 18 S.

FS IV 99–29
Tomaso Duso, Endogenous Switching Costs and the Incentive for High Quality Entry, 29 S.

FS IV 99–30
Jos Jansen, Regulating Complementary Input Supply: Production Cost Correlation and Limited Liability, 29 S.

FS IV 99–31
Manfred Fleischer, Deborah Palm, Competition of Regulatory Systems: The Case of New Chemicals Notification in the EU, Japan and the US, 50 S.

FS IV 99–32
Manfred Fleischer, Sabine Kelm, The Economic Performance of the Chemical Industry: A Comparison of European, Japanese and US Firms, 60 S.

FS IV 99–33
Manfred Fleischer, Nina Moldenhauer, Christian Nieters, Deborah Palm, Tabea Ulbrich, The Innovative Performance of the Chemical Industry: A Comparison of European, Japanese and US Firms, 120 S.

FS IV 99–34
Robert Greb, Internationalisierung der FuE-Tätigkeit von Unternehmen der Chemischen Industrie in Deutschland, 30 S.

FS IV 99–35
Chae Suchan, Paul Heidhues, The Effects of Downstream Distributor Chains on Upstream Producer Entry: A Bargaining Perspective, 46 S.

FS IV 99–36
Tobias Miarka, The Recent Economic Role of Bank-Firm Relationships in Japan, 30 S.

FS IV 99–37
William Novshek, Lynda Thoman, Demand for Customized Products, Production Flexibility, and Price Competition, 28 S.

Sachregister

Abtreibung 132
Afghanistan 88, 214
Akademie der Wissenschaften (DDR) 208
Albanien 29, 145
Alexander von Humboldt-Stiftung 55
Anglo-German Foundation 31, 71, 190
Arbeitszeit 52, 101, 153
Armenien 145
Aserbaidschan 145
Asylpolitik 134
Audi AG. 34, 84
Ausbildung 57, 68, 73, 76
Ausländer 8, 132, 134
Australien 111
Auswärtiges Amt 216
Automobil, -industrie 72, 78, 88, 92, 94, 97, 98, 115, 181

Banken 57, 59, 71, 95, 167, 171, 177, 178, 179
Beirat des WZB 13, 22, 226, 227
Belgien 157, 163
Berlin 10, 13, 18, 31, 34, 42, 49, 55, 61, 62, 79, 84, 91, 108, 127, 192, 217, 218, 220, 222, 227, 230
Berlin-Brandenburgische Akademie der Wissenschaften 28
Berliner Verkehrsbetriebe (BVG) 84
Bertelsmann Stiftung 100
Betriebsrat des WZB 226
Bibliothek des WZB 39, 40, 227
Biotechnologie 70, 71, 90
Bosnien-Herzegowina 145
Brandenburg (Land) 12, 28, 49, 55, 152
Bulgarien 10, 27, 29, 145, 158
Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung 152
Bundesanstalt für Arbeit 50, 159
Bundesarchiv 50
Bundesministerium für Arbeit und Sozialordnung 50
Bundesministerium für Bildung und Forschung 23, 27, 34, 51, 70, 78, 82, 113, 170, 199, 200, 201, 204
Bundesministerium für Gesundheit 80, 200, 202
Bundestagswahlen 141, 142, 164
Bundeszentrale für politische Bildung 155
Bund-Länder-Kommission für Bildungsplanung und Forschungsförderung 35

Centre Marc Bloch 28
Centre National de la Recherche Scientifique 28
Chemische Industrie 174
Chile 143
China 77, 80, 88, 90, 110, 206, 210
Choice Mobilitätsproviding GmbH 23, 34, 80, 84

Dänemark 54, 55, 68, 100, 110, 111, 157
Dekra Automobil AG. 78
Demoskopie 131
Deutsch-Amerikanisches Konzil 152, 159, 170, 187
Deutsche Forschungsgemeinschaft 14, 21, 23, 27, 34, 37, 78, 79, 92, 96, 110, 125, 128, 138, 141, 143, 149, 151, 152, 164, 165, 166, 169, 170, 171, 175, 176, 180, 182, 184, 192, 193, 207, 208, 217, 222
Deutscher Akademischer Austauschdienst (DAAD) 59
Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung 79, 102, 156, 161, 195
Deutsches Jugendinstitut 55
Deutsch-Israelische Stiftung (G.I.F.) 28, 123, 135, 163
Dienstleistungen 49, 57, 65, 91, 92, 99, 100, 186, 189
Dritter Sektor 150, 158
Drittmittel 14, 18, 23, 37, 38, 77, 92, 117, 120, 138, 169, 200

Eliten 138, 139, 147, 148, 215
Erhebung des WZB 9, 14, 27
Estland 10, 27, 145, 210
Europäische Kommission 42, 45, 46, 48, 49, 55, 59, 70, 76, 90, 138, 147, 150, 163, 169, 170, 188, 189
Europäischer Metallarbeiterbund 72
Europäische Union 10, 14, 23, 27, 51, 55, 56, 60, 75, 78, 90, 93, 95, 110, 120, 127, 147, 153, 187, 207, 209, 212, 215, 216
Europäische Zentralbank 74
European Science Foundation 68, 162, 165

Film 216, 223
Finnland 59, 110, 157, 162

Frankreich 10, 28, 42, 45, 46, 51, 53, 54, 57, 58, 66, 67, 69, 71, 73, 95, 122, 123, 134, 149, 157, 184, 209, 223
Frauen, -förderung 8, 19, 42, 52, 53, 54, 59, 61, 62, 65, 79, 109, 121, 167, 198, 223
Frauenausschuß des WZB 19, 24, 226
Freie Universität Berlin 11, 13, 22, 55, 68, 79, 81, 110, 120, 123, 135, 141, 152, 163
Fritz Thyssen Stiftung 55, 132, 138, 143, 169

Gastwissenschaftler 17, 23, 29, 30, 36, 55, 120, 122, 161, 211
Gentechnik 103, 106, 107
Georgien 145
Gesundheitsforschung 8, 55, 89, 151, 196, 199
Gewerkschaften 111, 144, 194, 195, 231
Gleichstellungsbeauftragte des WZB 24, 226
Globalisierung 9, 44, 94, 97, 111, 114, 140, 144, 177, 207
Gottlieb Daimler- und Karl Benz-Stiftung 58, 78, 89
Großbritannien 10, 29, 34, 42, 45, 46, 53, 57, 58, 66, 67, 71, 76, 77, 99, 100, 110, 123, 125, 134, 135, 143, 153, 157, 190, 204, 209

Hans-Böckler-Stiftung 75, 78, 79, 92, 99, 100, 152, 159, 195, 200, 253
Haushalt des WZB 18, 36
Hongkong 223
Humboldt-Universität zu Berlin 11, 13, 23, 29, 36, 55, 149, 156, 163, 167, 168, 169, 173

ILO 48
Indien 110
informationsdienst wissenschaft (idw) 33
Informationstechnologien 60, 184
Infrastruktur 185
Innovationen 70, 73, 160, 175, 182, 183, 186, 189, 197, 211
Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung 55, 151
Internet 13, 38, 39, 85, 88, 96, 156, 164, 173
Irland 45, 51, 121
Island 162

Israel 28, 88, 123, 135, 136, 162, 163
Italien 10, 46, 67, 71, 76, 94, 124, 157, 217

Jahrbücher des WZB 21, 25, 33, 88, 123, 132, 164, 165
Japan 10, 46, 73, 77, 79, 88, 90, 92, 94, 143, 169, 171, 174, 179, 180, 181, 187
Jugoslawien 29

Kanada 111, 166, 187
Karl W. Deutsch-Gastprofessur 10, 30
Kolloquien 32, 229
Kommunalverwaltung 99
Konferenzen 10, 78, 80, 82, 94, 100, 123, 126, 161, 169
Körber-Stiftung 159
Korea 148, 157, 214
Kosovo 213
Kosten- und Leistungsrechnung 35, 38
Kroatien 145
Kulturwissenschaften 166
Künstlersozialversicherung 52
Kuratorium des WZB 11, 13, 22, 24, 77, 120, 225, 227

Lebensmittel 66
Lettland 27, 42, 60, 61, 145
Litauen 27, 145
Logistik 63

Maschinenbau 92, 94, 181
Max-Delbrück-Centrum für Molekulare Medizin 28
Max-Planck-Gesellschaft, -Institute 29, 71
Mazedonien 29, 145
Medien 124, 128, 129, 131, 132, 135, 136, 143, 147, 163, 164, 173, 214, 223
Migranten 61, 160, 230
Mobilität 82, 160
Moldavien 145
Montenegro 29, 144, 145

National Science Foundation 132
Neuseeland 99, 100
Niederlande 10, 29, 46, 47, 51, 53, 54, 55, 72, 76, 88, 100, 110, 111, 122, 123, 124, 134, 149, 157, 204
Norwegen 49, 111, 157

OECD 75, 91, 92, 110, 137, 147, 148, 186
Öffentlichkeit 8, 90, 106, 108, 124, 128, 133
Öffentlichkeitsarbeit 13, 17, 32, 129
Ostdeutschland 50, 53, 126, 139, 140, 141, 142, 143, 145, 152, 155, 156, 158, 160, 165, 202, 207, 210
Österreich 33, 67, 77, 104, 107, 116, 122, 157

Osteuropa 10, 60, 110, 114, 123, 124, 136, 137, 140, 143, 145, 146, 153, 154, 157, 158, 192, 209, 210

Polen 10, 27, 28, 32, 42, 59, 60, 61, 67, 148, 157, 158, 210, 215, 217, 230
Portugal 67

Querschnittsgruppen 18, 23, 24, 25, 52, 79, 101, 111, 195, 227

Rumänien 27, 145
Rußland 10, 29, 30, 61, 110, 136, 144, 145, 205, 210

Schweden 33, 46, 47, 77, 99, 100, 110, 111, 121, 153, 157, 204, 217
Schweiz 10, 55, 77, 100, 104, 107, 110, 111, 122, 123, 134, 157
Senatsverwaltung für Arbeit, Berufliche Bildung und Frauen (Berlin) 46, 55, 223
Senatsverwaltung für Wissenschaft, Forschung und Kultur (Berlin) 31
Serbien 29, 144, 145
Singapur 80
Skoda 78
Slowakische Republik 27, 145, 158
Slowenien 145, 157, 158, 210
Spanien 10, 27, 46, 47, 51, 76, 143, 157, 212, 223
Statistisches Bundesamt 151, 155, 165, 264
Stattauto Berlin GmbH 34, 84
Sudan 214

Tamaki Foundation 71
Technikfolgenabschätzung 78, 91, 103, 104, 106
Technische Universität Berlin 11, 13, 68, 78, 86, 90, 220, 222
Teilzeitarbeit 53
Telekommunikation 92, 96, 173, 184, 186, 188, 189
Transformation 28, 32, 42, 56, 59, 60, 97, 114, 154, 157, 168, 205, 206, 212
Treuhandanstalt 50
Tschechien 10, 27, 98, 116, 117, 145, 157, 158, 210
Tschechoslowakei 117
Türkei 29, 157

Ukraine 145, 210
Umweltforschung 8, 102, 104, 108, 110, 111, 112, 145, 151, 160, 196
Ungarn 10, 27, 67, 98, 116, 117, 122, 123, 144, 145, 151, 156, 157, 158, 161, 210, 212
Uruguay 143

U.S.A. 10, 29, 34, 46, 55, 67, 69, 70, 73, 77, 79, 94, 99, 100, 110, 111, 122, 125, 126, 129, 130, 132, 140, 143, 149, 164, 174, 177, 187, 194, 203, 204, 221, 222

Vereinte Nationen 112, 113, 214, 215
Versicherungen 58
Vietnam 206, 210, 211, 212
Volkswagen AG. 100, 116
Volkswagen-Stiftung 64, 78, 86, 92, 94, 138, 145, 169, 170, 210

Weiterbildung 38, 44, 45, 51, 73, 76
Weißrußland 145, 210, 211
Weltbank 110
Wissenschaftlicher Rat des WZB 14, 24, 227
Wissenschaftsgemeinschaft Gottfried Wilhelm Leibniz 26, 34, 198, 207
Wissenschaftskolleg zu Berlin 28, 29
Wissenschaftsrat 5, 23
Wissenschaftssysteme 110, 145, 146, 206
Wohlfahrtsentwicklung 8, 53, 92, 139, 150, 154, 155, 187
Wuppertal Institut für Klima, Umwelt, Energie 79, 102, 195
Wüstenrot Stiftung 152
WZB abstracts 13, 32
WZB-Forschung 12, 32
WZB-Mitteilungen 12, 14, 32

Zentralarchiv für Empirische Sozialforschung 125, 142, 151, 163
Zentrum für europäische Sozialforschung 122, 148, 150
Zentrum für Europäische Wirtschaftsforschung 29
Zentrum für Umfragen, Methoden und Analysen 136, 142, 151, 156, 164, 166
Zypern 27

Personenregister

Abbotts, A. 65
Abels, G. 79, 83, 90, 91, 245, 248
Adamski, W. 231
Adoni, H. 135
Albach, H. 5, 25, 33, 88, 167, 168, 169, 170, 173, 177, 182, 245, 270, 271, 272
Albrecht, C. 47, 69
Alexis, M. 33, 245
Altner, G. 34, 113, 254
Amable, B. 244
Andresen, S. 231, 251
Anheier, H. K. 33, 159, 259, 261, 264, 267
Antal, A. B. 25, 33, 83, 88, 89, 90, 242, 245, 248, 270
Appelbaum, E. 13, 226
Arian, A. 163
Arzt, M. 209
Aubert, S. 185
Auer, P. 47, 240
Aulanko, E. 105
Austin, J. L. 105
Ayata, S. 29, 32, 229
Ayres, R. U. 256

Badham, R. 249
Baethge, M. 78
Banai, M. 29
Bär, G. 201
Barben, D. 83, 91, 245
Barlösius, E. 231, 232
Barmbold, J. 193, 271
Barnes, S. H. 145
Barsch, P. 113
Barut, Y. 272
Bauer-Kaase, P. 166, 268
Baumgärtel, T. 248
Beck, P. 143
Beck, U. 32, 229
Becker, R. 239, 240
Becker, T. 256
Beckett-Milburn, K. 236
Behrmann, I. 93
Bekele, G. 185
Bell, A. 185
Bender, G. 251
Benedick, R. E. 30, 113, 229, 254, 256, 258
Berger, H. 121, 152, 153, 264, 265
Berger, P. L. 117
Berger-Schmitt, R. 152, 265, 267
Bergman, L. 189, 270
Berthold, O. 245
Bettio, F. 242
Beutler, F. 82, 83, 231
Biermann, F. 254, 256, 257, 258
Bigeschke, D. 215
Blair, T. 76
Blazejczak, J. 231, 251, 253
Blume, A. 29, 169, 271, 272
Bogumil, J. 248
Bohle, D. 42, 59, 67, 242
Böhling, K. 88
Böhm, N. 113
Böhnke, P. 153, 155, 156, 157, 264, 266, 268
Bolte, K. M. 259
Böltken, F. 152, 265
Bonge, N. 173
Bonitz, M. 251
Bora, A. 79, 105, 251, 252, 253
Borchert, U. 34
Börsch-Supan, A. 32, 230
Bothfeld, S. 47, 52, 54, 55, 239
Boyer, R. 248
Brackmann, J. 231
Brandl, S. 195, 231
Brandt, T. 173, 182, 270, 272
Bratzel, S. 248
Braun, B. 232
Bräuninger, T. 148, 262
Brenner, K. 28
Breuer, H. 248
Breyer, N. 153
Brömme, N. 236
Bronner, U. 237
Brouwer, R. 256
Brown, M. B. 248
Bruchhaus, J. 39
Bruckner, E. 105, 251, 252
Brühl, T. 254
Büchel, F. 33, 264
Buchholz, B. 245
Buchholz, E. 173
Buchmann, M. 13, 226
Buck, M. 258
Bude, H. 260
Buhr, R. 82, 83, 245
Bulmahn, T. 153, 155, 264, 265, 268
Burchardt, S. 121, 126, 127, 261
Burgess, E. W. 222

Cadiou, J.-M. 28
Cadot, O. 184, 191, 272
Cai, W. 246, 248
Canzler, W. 78, 82, 83, 226, 231, 245, 246
Casper, S. 68, 70, 71, 243, 244
Caspi, D. 135
Catenhusen, W.-M. 13, 225, 227
Cebrián, I. 46
Chae, S. 194, 272, 273
Chandler, A. 97
Charron, E. 248
Child, J. 89
Chojnacki, S. 215, 216, 236, 237
Cieply, S. 243
Clarke, H. D. 166, 268
Cohen, A. 135
Cool, K. 270, 271
Corteel, D. 71, 243
Costa, A. 127
Cramer, O. 255
Curtice, J. 143
Cusack, T. 68, 70, 71, 75, 76, 139, 147, 148, 149, 243, 261, 264
Czarniawska, B. 217, 238
Czempiel, E.-O. 212
Czerkewski, J. 83

Dabrowski, M. 228
Daele, W. van den 16, 80, 105, 226, 227, 252, 253
Daheim, C. 127
Dalbeck, A. 241
Dang Duy Thinh 212
Dao Dinh Tan 212
Dathe, D. 47, 48, 49, 53, 54, 55, 239, 241
Davies, S. 191, 270
Deimann, S. 253
DeJong, D. V. 272
Delhey, J. 153, 155, 157, 158, 161, 264, 265, 267, 268
Denis, G. 127
Deniz, A. 59
Derlien, H. 272
Dermine, J. 271
Deutsch, K. W. 216
Didry, C. 245, 246
Dienel, H.-L. 246
Dierkes, M. 16, 25, 33, 58, 80, 81, 83, 88, 89, 90, 226, 227, 245, 246, 247, 248, 270
Diewald, M. 33, 264
Djordjevic, V. 248
Döbert, R. 105, 252
Doesl, M. 173

Dohse, K. 249
Dombrowsky, I. 254
Dörr, G. 93, 249, 251, 258
Dörrenbächer, C. 64, 68, 248, 249
Dowler, E. 232, 233
Doyle, C. 270
Drüke, H. 251
Dubois, I. 25
Dubois-Arber, F. 235, 236
Duso, T. 185, 270, 272
Düvell, R. 229
Duyvené de Wit, T. 134

Easton, D. 122
Ebeling, W. 252
Eberwein, W.-D. 16, 28, 215, 216, 227, 236, 237
Echevarria, S. G. 270
Ecker, M. 215, 216, 236, 237
Eggebrecht, M.-A. 173
Eilders, C. 127, 128, 259, 261
Eisend, M. 127
Engelhardt, L. 71
Enyedi, Z. 144, 261
Epp, A. 105, 253
Erbring, L. 141
Erdil, O. 228
Erhardt, K. 141
Ernst, C. 40
Esaiasson, P. 149, 262
Eszes, E. 185
Etzkowitz, H. 237
Ewers, H.-J. 13, 225
Ewers, M. 232
Eymann, E. 270

Faaland, J. 257
Faber, B. 185
Faensen, S. 40
Fagan, C. 29, 34, 53, 55, 239, 242
Falter, J. W. 262
Fan, C. 272
Faupel, T. 272
Federowicz, M. 32, 229
Feichtinger, E. 232, 233
Ferber, M. A. 229
Ferree, M. M. 132
Feucht, K. 229
Fichtenau, K. 217, 219
Fielk, N. 25
Fietkau, H.-J. 105, 251, 252, 253
Filion, N. 243
Fischer, A. 80
Flaschenträger, P. 265, 266
Flechtner, S. 48, 240, 241
Fleischer, M. 173, 174, 175, 270, 271, 273
Flickschu, J. 39, 139
Foerster, A. 253
Foltys, H. 228
Foucault, M. 106
Frank, S. 165
Franke, S. 82, 83
Franz, B. 133
Franz, W. 13, 226
Franzese, R. J. 243
Fraser, N. 29, 32, 229, 242
Freeman, R. B. 32, 230
Freihoff, B. 59
Friedrichsen, M. 141
Frieser, I. 173
Fuchs, D. 138, 139, 140, 142, 145, 146, 147, 164, 261, 262, 264
Fujimura, N. 173
Futagami, S. 271

Gaethgens, P. 13, 225
Gagliardi, C. 266
Gahlen, B. 168
Galonska, C. 127
Gamson, W. A. 132
Garms-Homolová, V. 232
Garry, J. 121
Gatti, D. 71, 73, 74, 243, 244
Gazier, B. 46, 240
Gegner, M. 83
Gel'man, V. 29, 30, 32, 144, 229, 231, 261
Georges, I. 242
Gerhards, J. 122, 124, 133, 259
Gericke, B. 127
Gerlach, U. 153
Gerlinger, T. 201, 232
Gessner, A. 40, 226
Gillhoff, N. 237
Gilligan, C. 108
Gillwald, K. 153, 160, 265
Giugni, M. 134
Glaeser, B. 105, 251, 252, 253
Gläser, J. 206, 208, 209, 237, 238
Glatzer, W. 265
Glock, G. 93
Gneezy, U. 272
Goati, V. 144, 261
Gohr, D. 185
Goldberg, P. K. 190, 272
Goldmann, K. 229
Golosov, G. 144, 261
Görlitz, J. 201
Görtzen, U. 173, 182, 270, 271
Götze, C. 215, 216, 236, 237
Grahm, J. 251
Grasow, S. 113
Greb, R. 273
Gröger, A. 236
Grote, C. von 90, 248
Gruber, B. 33
Gührs, K. 228
Gülker, S. 47, 51, 241
Günes-Ayata, A. 32, 229

Haak, C. 51, 231, 241
Habich, R. 33, 151, 153, 154, 155, 156, 157, 158, 161, 162, 264, 265, 267, 268
Hackenbroch, R. 143, 261
Hahn, B. 25, 127
Hahn, E. 80, 254, 257
Hähner, K. 246
Hall, P. 76, 243
Hancké, B. 70, 71, 72, 76, 243, 244
Harfst, P. 139
Harhoff, D. 29, 32, 168, 185, 230, 271
Harms, S. 245
Härpfer, C. 162
Hartmann, C. 47
Hartwich, H.-H. 13, 225, 226, 227
Hartwig, C. 105
Haucap, J. 193, 194, 271, 272
Hausen, K. 13, 226
Hecker, H. 228
Hedberg, B. 33, 245
Heidhues, P. 169, 185, 194, 272, 273
Heinemann, B. 83
Heinrich, M. 127
Hellmann, K.-U. 259
Helm, C. 254, 255, 257, 258
Helmer, M. 240
Helmers, S. 83, 85, 248
Hennessy, A. 244
Hennicke, P. 229
Herrera, R. 149, 262
Herrmann, M. 232
Herrn, R. 201, 202, 232, 236
Herzog, R. 31
Hibbeler, H. 251
Hielscher, V. 93, 231, 248, 249, 251
Hilbert, C. 46, 47, 51, 240, 241
Hildebrandt, E. 33, 79, 93, 231, 248, 249, 251, 253
Hildebrandt, H.-J. 139
Hildebrandt, S. 57, 58, 59, 242
Hillmann, F. 59, 60, 62, 67, 241, 242
Hilzinger, H. 21, 34
Hinricher, L. 232
Hinrichs, W. 152, 153, 160, 264, 265, 268
Hirschfeld, K. 251
Hitzler, R. 259
Hobler, D. 127
Hoche, H. 173
Hocke, P. 121, 126, 127
Hofferbert, R. I. 29, 122, 146, 229, 262, 264
Hoffmann, A. 83
Hoffmann, I. 39
Hoffmann, U. 83, 85, 246, 248
Hofmann, B. 255
Hofmann, J. 83, 85, 246, 247, 248
Höhne, J. 165
Höhne, S. 40
Holmberg, S. 149, 262
Hölscher, J. 229
Holzinger, K. 251, 253
Hoppe, H. 165
Horstmann, J. 139
Horvath, I. 228

Horwitz, M. 78, 217, 219, 220, 238
Hughes, A. 58
Humphries, J. 32, 230
Hünerbein, B. 40
Hungeling, G. 232
Huschka, D. 153
Husingen, U. 40
Hygum, O. 55
Hård, M. 247

Inglehart, R. F. 13, 32, 122, 145, 146, 165, 226, 229, 264
Isenberg, T. 232
Iversen, T. 76, 243

Jacobowitz, M. 201
Jagodzinski, W. 146
Jahn, G. 5, 6
Jakob, H. 173, 182, 272
Jänicke, M. 251, 253, 254
Jansen, J. 168, 185, 188, 272
Jansen, P. 249
Jarren, O. 122
Jazbinsek, D. 217, 219, 222, 238
Jiménez-Montaño, M. A. 252
Jin, J. 168, 173, 176, 177, 270, 271, 272
Joerges, B. 16, 217, 219, 222, 227, 238
Jonas, H. 109
Jordan, S. 201
Jörgens, H. 254
Jowell, R. 162
Jülich, R. 253
Juranek, N. 105
Jürgens, U. 16, 81, 93, 94, 95, 226, 227, 248, 249, 250, 251
Just, J. 127

Kaase, M. 16, 25, 33, 120, 123, 132, 141, 142, 145, 162, 163, 164, 165, 166, 226, 227, 239, 261, 262, 268, 269
Kaiser, K. 236
Kalk, G. 228
Kalk, K. 227, 228
Kasten, G. 71, 75, 243, 244
Katz, E. 163
Katz, R. S. 149, 261, 262, 263
Katzenstein, P. J. 29, 30, 229
Kaufmann, F.-X. 229
Keller, T. 239
Kelley-Bibra, M. 105
Kelm, S. 273
Kemmerling, A. 185
Kemter, I. 228
Kepper, A. 228
Kern, K. 105, 253, 254
Kerski, B. 237
Kessel, T. 93, 249, 251, 258
Kettler, H. 71
Kettner, A. 168, 169, 185
Kielhorn, A. 139, 149, 150, 263
Kirch, W. 232
Kisker, K. P. 68
Kistler, E. 264
Kitschelt, H. 76
Kleemann, F. 231
Klein, L. R. 80
Kleine Wördemann, G. 127
Klein-Lange, M. 232
Klingemann, H.-D. 16, 25, 28, 30, 33, 120, 121, 122, 123, 139, 141, 142, 143, 145, 146, 147, 148, 150, 164, 226, 227, 261, 262, 263, 264, 268
Klinke, A. 236
Knie, A. 82, 83, 84, 231, 245, 246, 247
Knoepfel, P. 253
Knopp, W. 229
Kocka, J. 13
Kohlberg, L. 108
Köhler, B. M. 201, 232, 233
Köhler, I. 71
Köhler, T. 127
Kollande, D. 105, 219, 226
Kollmorgen, S. 25
Kolodzi, M. 83
König, T. 29, 30, 122, 148, 229, 262
Koning, J. de 29, 46
Konitz, A. 182, 272
Konrad, K. 22
Koopmans, R. 34, 125, 126, 127, 134, 135, 259, 260, 261
Kornai, J. 158
Kornberg, A. 166, 268
Korndörfer, P. 167, 173, 178
Korte, K.-R. 165
Körting, T. 271
Kosselt, M. 139
Köster, D. 168, 169, 173, 174, 270, 271
Kovenock, D. 272
Krappweis, J. 232
Krause, P. 264
Krebsbach-Gnath, C. 89, 248
Kremser, D. 228
Kress, D. 223, 238
Kriesi, H. 13, 122, 134, 226
Krohn, W. 252, 253
Krumnow, G. 228
Krupa, E. 270
Kruppe, T. 34, 47, 49, 239, 241
Kruse, B. 127
Kubicek, H. 13
Kuhlmann, E. 198
Kühn, H. 16, 201, 227, 232, 233, 236
Kühnel, S. M. 142, 262
Kumlin, S. 121, 150
Künkel, K. 113

Lackmann, B. 251
Lagerlöf, J. 185, 191, 271, 272
Lallement, M. 46
Lampe, B. 236
Landfried, C. 225
Lane, C. 58, 241
Lang, J. 248, 251
Lange, P. 76
Larsson, A. 55
Laudel, G. 211, 237, 238
Laurence, J. 261
Lawatsch, U. 231
Lazonick, W. 95
Legutke, A. 121, 139, 144, 147
Lehmbruch, G. 81
Lehrach, K. W. 248
Lehrer, M. 70, 243
Leipert, C. 255, 256, 257
Leleux, B. 270, 271
Lenhardt, U. 89, 200, 201, 232, 233, 234
Lensing, W. 13, 225
Lenz, M. 34
Leonhardt, R. 169, 185
Lepsius, M. R. 30
Lever, J. 29, 169, 229, 272
Li Pengcheng 267
Lindgens-Knoche, M. 132
Link, T. 122, 161
Lio, P. 93
Lippert, I. 79, 93, 94, 249, 250, 251
Lipset, S. M. 30, 32, 122, 229
Lockwood, D. 104
Löwenstein, K. Prinzessin zu 127
Loycke, C. 185
Lübcke, M. 228
Luger, L. 236
Luhmer, A. 270
Lüter, A. 127, 128, 261

Maas, I. 266
Mach, A. 244
Mach, B. W. 13, 226, 231
Magone, J. M. 30, 229
Mahmood, G. 228
Mahmood, T. 185, 191, 192
Maier, F. 242
Malerba, F. 70
Malsch, T. 249
Malzahn, J. 232
Marcellini, F. 264, 265, 266
Marin, D. 192
Marks, G. 76
Martiniello, M. 135, 261
Marz, L. 83, 88, 245, 246, 247, 248
Maschewsky, W. 234, 236
Maske, N. 266
Matraves, C. 168, 185, 190, 191, 270, 272
Matthies, H. 198, 226
Mattusch, K. 139
Matuschek, I. 231
Mau, S. 153, 266, 267
Mayer, A. 48, 241
Mazurek, B. 227, 228
McIntyre, C. 166, 268
Medrano, J. D. 122
Meinhart, B. 173
Meißner, R. 93
Meleis, A. 232

Melis, C. 206, 209
Menzel, U. 127
Meske, W. 16, 28, 206, 207, 209, 227, 237
Mettler-von Meibom, B. 34, 113, 254
Meumann, R. 228
Meurer, D. 127
Mewis, H. 272
Meyer, H. 13, 225
Meyer-Krahmer, F. 32, 230, 254, 258
Meyer-Rath, A. 217, 222
Miarka, T. 169, 173, 179, 180, 182, 271, 273
Miegel, M. 13, 226
Mielck, A. 236
Miera, F. 59, 61, 241
Miller, M. H. 80
Miller, W. 149, 262
Minzlaff, H. 47
Mittelstraß, J. 7
Mochmann, E. 163
Moerke, A. 173, 181, 182, 271
Moers, M. 232, 235, 236
Mohnen, P. 169
Moldenhauer, N. 273
Mollenkopf, H. 264, 265, 266
Mollenkopf, J. 229
Morgan, G. 58
Moritz, E. F. 247
Morris, R. W. 229
Moses, R. 220
Mosley, H. 46, 47, 48, 239, 240, 241
Mosoni-Fried, J. 212, 237
Mouna, G. 139
Mueller, K. 231
Müller, K. H. 161
Müller, R. 232, 234, 235
Müller, S. G. 243
Müller-König, M. 228
Münz, R. 163
Mytzek, R. 139, 241

Narewsky, E. 93
Narr, W.-D. 81
Naschold, F. 5, 31, 78, 80, 93, 248, 249, 250, 251
Naumann, K. 93, 95
Neidhardt, F. 6, 16, 21, 25, 34, 80, 81, 120, 123, 124, 125, 126, 127, 128, 132, 133, 163, 164, 226, 227, 259, 260, 261
Nemitz, E. 173
Nentwich, C. 83
Nesvetailov, G. A. 211, 237
Neubauer, S. 168, 169, 172, 173, 271, 272
Neumann, C. 6, 16, 21, 226, 227, 228
Neumann, G. R. 272
Neven, D. 193, 270, 271, 272
Newton, K. 269
Nguyen Thanh Thinh 212
Nieters, C. 272, 273
Nitsche, R. 185
Noack, U. 227, 228
Noelle-Neumann, E. 164
Noll, H.-H. 151, 155, 156, 264, 265, 268
Nonaka, I. 89
Noussair, C. 272
Novshek, W. 169, 273
Nowotny, H. 13, 225

Obermaier, M. 153, 226
O'Connel, P. J. 46
O'Donnell, G. A. 229, 231
Okamuro, H. 169
Olson, D. 122
Opitz, S. 139
Oppen, M. 13, 79, 93, 198, 199, 225, 231, 249, 250, 251
O'Reilly, J. 34, 45, 46, 47, 52, 53, 55, 226, 239, 240, 241
Orlowski, H. 32, 229
Oschmiansky, F. 50
Oschmiansky, H. 49, 239, 241
Ostrowski, K. 148
Ostwald, H. 222
O'Sullivan, M. 95
Ottens, F. 228

Palm, D. 175, 273
Paradowska-Thimm, A. M. 173, 182, 272
Park, R. E. 222
Passy, F. 134
Paul, G. 13, 40, 225, 227, 228
Pauly, U. 194, 272
Pavis, S. 236
Pawlowsky, P. 33, 245
Pellegrin, J. 244
Penninx, R. 134
Peters, K. 217, 218, 219, 238
Petersen, M. 83, 84, 247
Petschel-Held, G. 256
Petts, D. 191, 270
Pfetsch, B. 123, 127, 128, 129, 132, 135, 136, 163, 164, 260, 261
Pfingsten, K. 251
Pham Huyen 212
Phlips, L. 13
Pichorner, S. 59
Picot, A. 13, 226
Pieper, M. 228
Pierce, R. 149, 262
Pinell, P. 236
Piotrowski, C. 25
Píriz, L. 253
Plehwe, D. 59, 63, 64, 226, 241, 242
Pohl, M. 93
Pollner, K. 139, 226
Porta, D. della 259
Pöschl, J. 258
Postel, S. L. 255
Potthast, J. 217, 219, 238
Prätorius, G. 248
Preuß, U. K. 13, 226
Priller, E. 33, 152, 153, 158, 159, 161, 226, 264, 266, 267, 268
Prüfer, R. M. 113, 254
Purbs, D. 40
Pütter, N. 127

Quack, S. 57, 58, 59, 68, 241, 242, 243, 245

Rabe, B. 47, 49, 50, 240
Rabe, C. 78, 93
Rammler, S. 82, 83, 245, 247, 248
Rauch, T. 257
Redler, E. 231
Rees, H. 201
Reichard, C. 251
Reichel, K. 228
Reimann, O. 47, 185, 201
Reinelt, C. 83
Reiners, H. 232
Reinsch, K. 47
Reissert, B. 240, 248, 251
Reiter, J. 28, 215, 236
Renn, O. 236
Renneke, L. 93, 251
Richter, J. 40
Rindfuß, P. 39, 228
Ritt, T. 231
Röbbecke, M. 25, 26, 231
Röber, M. 251
Rodriguez, E. 55, 241
Rogowski, R. 34, 239, 240, 241
Rohloff, C. 256
Rohrschneider, R. 142, 262
Roller, E. 139, 142, 145, 147, 164, 262, 263
Röller, L.-H. 16, 26, 31, 68, 70, 167, 169, 170, 184, 185, 186, 187, 189, 191, 192, 193, 226, 227, 270, 271, 272
Römmele, A. 262
Roose, J. 127, 261
Rose, R. 162
Rosenbrock, R. 89, 199, 201, 232, 233, 234, 235, 236
Rosenkranz, S. 169, 173
Rosenstreich, G. 209
Rösner, V. 127
Rotman, D. 146
Rottenburg, R. 217, 238
Röttig, K. 40
Rubery, J. 239, 242
Rucht, D. 34, 124, 125, 126, 127, 132, 133, 135, 148, 259, 260, 261, 263
Rückert, J. 153, 239, 267, 268
Rudolph, H. 16, 58, 59, 60, 66, 68, 226, 227, 241, 242, 243
Ruoppila, I. 264, 265, 266
Rupp, J. 93, 95, 250
Rutz, H. H. 127
Rychard, A. 32, 229

Salamon, L. M. 159, 267
Salecker, E. 40
Sander-Blanck, M. 153
Sauer, U. 215
Savin, N. E. 272
Schaeffer, D. 232, 235, 236
Schäfer, S. 228
Schäfers, B. 161, 264, 268
Schäfgen, K. 267
Scharnhorst, A. 105, 251, 252, 253
Scheinert, S. 185
Schelkle, B. 40
Schenk, C. 169, 173, 175, 176, 271
Scheuble-Wilker, A. 226, 228
Schimkat, H. 65
Schindelmeiser, B. 228
Schirmer, C. 39
Schlegelmilch, C. 153, 267
Schlicht, E. 32
Schlick, A. 253
Schluchter, W. 13, 225
Schlüter, B. 83
Schmid, G. 16, 25, 33, 45, 46, 47, 48, 49, 50, 51, 54, 55, 123, 165, 226, 227, 231, 239, 240, 241, 268
Schmidt, A. 272
Schmidt, E. 33, 248
Schmidt, M. G. 13, 226
Schmidt, R. 71
Schmitt, H. 142, 150
Schnapp, K.-U. 139, 147
Schneider, M. 105
Schneider, N. 152, 153, 198, 226, 264, 265
Schnitzer, M. 192
Scholz, E. 262
Schömann, I. 241
Schömann, K. 34, 47, 49, 51, 55, 239, 240, 241
Schönfeld, S. 173
Schöttler, G. 55
Schröder, R. 13, 225
Schroeder, W. 122
Schuh, T. 226, 228
Schultz, A. 121, 152, 153, 264, 265, 267
Schultz, B. 83, 228
Schulze Buschoff, K. 152, 153, 264, 267, 268
Schumacher, U. 226, 231
Schupp, J. 33, 264
Schuppert, G. F. 13, 23, 29, 226, 229
Schüttpelz, A. 58, 59, 66, 241
Schütz, H. 46, 47, 48, 239, 240, 241
Schwarzkopf, I. 83
Searle, J. R. 105
Seibel, W. 33, 264
Seidler, K. 83
Seip, S. 93, 251
Sekelj, L. 32, 229
Sell, K. 40
Setbon, M. 236
Siebenhüner, B. 255, 257
Siebert, R. 185, 187, 226, 272
Sifft, S. 245, 248
Simon, Dagmar 21, 25, 26, 79, 198, 199, 227, 231, 251
Simon, Dieter 13, 225
Simon, J. 145
Simon, M. 201, 232, 236
Simonis, U. E. 16, 34, 80, 112, 113, 114, 226, 227, 254, 255, 256, 257, 258
Sinn, H. W. 32, 230
Snower, D. 32, 230
Söhn, J. 153
Sokolović, D. 262
Sorge, A. 32, 229
Soskice, D. 16, 31, 68, 70, 71, 75, 76, 170, 226, 227, 243, 244
Spangenberg, J. H. 231, 251, 253
Spazzafumo, L. 265, 266
Speckesser, S. 46, 47, 48, 55, 239, 240, 241
Spéder, Z. 122, 156, 157, 158, 161, 264, 265, 268
Spee, C. 239
Spellerberg, A. 152, 153, 161, 264, 267
Sperling-Meyer, I. 139
Spielkamp, A. 237
Stamos-Kaschke, J.-B. 83, 246
Statham, P. 127, 134, 135, 260, 261
Stegmüller, K. 232
Stelter, I. 215, 216
Stephan, A. 184, 185, 191, 272
Stephens, J. 76
Steppe, H. 232
Steven, M. 270
Stölzl, C. 225, 227
Stopford, J. 33, 245
Stöß, R. 141
Straßheim, H. 93
Streeck, W. 71
Stroo, I. 88
Sugitatsu, M. 173
Sühring, R. 40

Tacken, M. 264
Tan, K. 228
Taylor, C. L. 122, 123, 143
Teele, C. 83
Teichert, V. 29
Temelli, S. Y. 258
Teune, H. 148
Theilen-Kosch, F. 93
Theobald, H. 59, 65, 68, 226, 241, 242
Thies, R. 217, 219, 222, 238
Thoben, C. 13
Thoman, L. 169, 273
Thomas, W. I. 222
Thomassen, J. 149, 262
Thurn, G. 21, 25, 163, 227
Tienari, J. 59, 242
Tisdell, C. 258
Titarenko, L. 146
Toepler, S. 159, 267
Toka, G. 144, 261
Tolliday, S. 248
Tombak, M. M. 187, 272
Topçu, Y. 215, 216, 236, 237
Townsend, P. 157
Trautmann, H. 228
Trénel, M. 253
Tröge, M. 168, 169, 173, 178, 271, 272
Tröster-Grönig, A. 105, 226
Truffer, B. 245
Tscharf, E. 173, 176
Tsui-Auch, L. S. 33, 80, 83, 245, 248

Udler, E. 248
Ulbrich, T. 273
Uske, H. 241

Vaillant, K. 25, 33, 83, 88, 245, 270
Vaitilingam, R. 271
Veenhoven, R. 122, 161
Verboven, F. 169, 190, 272
Vescovi, S. 64
Vetter, C. 127
Villa, P. 242
Vitols, S. 68, 70, 71, 243
Volkens, A. 122, 126, 139, 147, 148, 226, 261, 262, 263
Volkery, A. 256
Völlings, H. 241
Voltmer, K. 143, 261, 262
Vonderstein, A. 83, 89
Vortkamp, W. 259, 261
Voß, G. G. 231
Vry, N. 228

Wack, S. 131, 132, 164, 261
Wagner, K. 243
Wagner, P. 245, 246, 248
Walpen, B. 241, 242
Wank, C. 256, 258
Waragai, T. 271
Waverman, L. 186
Weber, C. 89
Wegener, A. 31, 78, 93, 249, 250, 251
Weidenfeld, W. 165
Weider, M. 127
Weidner, H. 78, 79, 105, 195, 226, 231, 251, 253
Weik-Kornecki, I. 34
Weizsäcker, E. U. von 34, 113, 254
Weiß, H.-J. 123, 135, 163
Weller, I. 153, 267
Welzel, C. 139, 143, 145, 146, 147, 148, 149, 226, 262, 263, 264
Werner, S. 153, 266
Wesolowski, W. 231
Westphal, T. 169, 173, 180, 182
Wey, C. 185, 193, 194, 226, 271, 272
Weßels, B. 139, 141, 142, 143, 144, 145, 147, 149, 150, 164, 226, 227, 261, 262, 263, 264
Whitley, R. 58

Wiebe, B. 21, 34, 227
Wiebe, N. 47, 50, 240
Wiechmann, E. 251
Wiesener, R. 47
Wijnbergen, C. van 74, 244
Wilkinson, F. 58
Willems, M. 88
Willud, E. 182, 272
Wilthagen, T. 241
Winkler, G. 232, 233
Wirth, L. 222
Wirth, W. 259
Witt, P. 169, 173
Wobig, B. 40
Wolf, N. 232
Wollmann, H. 149
Wood, S. 76
Woodward, A. 229

Yamamura, K. 71
Yang, J. 173, 178, 180, 270, 271
Yu, U.-M. 127
Yuchtman-Yaar, E. 28

Zabel, M. 228
Zapf, W. 16, 120, 151, 152, 153, 155, 156, 157, 226, 227, 264, 265, 267, 268
Zhang, J. 272
Zhang, X. 245, 246, 248
Zhang, Z. 185, 188, 193, 272
Ziegler, K. 40
Zielonka, J. 146
Zimmer, A. 33, 159, 264, 266, 267
Zimmermann, B. 245
Zimmermann, K. F. 13, 225
Zobel, R. 173, 181, 182, 270, 271
Zorn, A. 127
Zulehner, C. 167, 168, 169, 185, 272